

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Methodische Grundlagen der Agrarstrukturerhebung 2016



2016

Erscheinungsfolge: unregelmäßig
Erschienen am 02. Mai 2017
Artikelnummer: 2032605169004

Ihr Kontakt zu uns:
www.destatis.de/kontakt
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Erläuterungen

1	Allgemeines	6
1.1	Überblick über die Agrarstrukturerhebung 2016	6
1.2	Merkmalsprogramm einschließlich Änderungen gegenüber den Vorerhebungen	8
1.3	Statistikspezifische Begriffe und Definitionen der ASE.....	14
2	Verfahren der Betriebsklassifizierung	17
2.1	Allgemeines	17
2.2	Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung (BWA)	18
2.3	Die wirtschaftliche Betriebsgröße	19
2.4	Standardoutputs	19
2.4.1	Berechnung der Standardoutputs	19
2.4.2	Sonderfälle bei der Berechnung der Standardoutputs	20
3	Hinweise zur Stichprobenerhebung	27
4	Vorbereitung der Erhebung	28
5	Aufbereitung	29
5.1	Datenerfassung	29
5.2	Kontrollarbeiten	29
5.3	Tabellenprogramm	29
6	Veröffentlichung der Ergebnisse	30
6.1	Veröffentlichungen durch das Statistische Bundesamt	31
6.2	Veröffentlichungen durch die Statistischen Ämter der Länder	32
7	Zeitliche Vergleichbarkeit	34
8	Die Agrarstrukturerhebung als Teil der europaweiten Betriebsstrukturerhebungen	34

Übersichten innerhalb der Erläuterungen

Übersicht 1: Erfassungsgrenzen der ASE 2016	7
Übersicht 2: Gliederung der Agrarstrukturerhebung 2016.....	10
Übersicht 3: Liste der landwirtschaftlichen Tätigkeiten, auf die in der Definition des landwirtschaftlichen Betriebes Bezug genommen wird	15
Übersicht 4: Umrechnungsschlüssel zur Bestimmung der Großvieheinheiten	16
Übersicht 5: Beispiele für Zuordnungskriterien der Allgemeinen BWA-Klassen.....	18
Übersicht 6: Zuordnung von Merkmalen der Agrarstrukturerhebung 2016 zu den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen des Klassifizierungssystems für die Landwirtschaft (BWA 1 – 9)	21
Übersicht 7: Vorspaltengrößengliederungen in den Aufbereitungstabellen ...	33
Übersicht 8: Tabellenprogramm	36

Anhang

- Anlage 1 Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749)
- Anlage 2 Agrarstatistikgesetz (AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1975)
- Anlage 3 Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über die Betriebsstrukturhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden
- Anlage 4 Verordnung (EG) Nr. 1200/2009 der Kommission vom 30. November 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008
- Anlage 5 Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen vom 10. Juli 1995 (BGBl. I S. 910), zuletzt geändert durch Artikel 26 des Gesetzes vom 09. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934)
- Anlage 6 Fragebogen zur Agrarstrukturhebung 2016
- Anlage 7 Handbuch zur Agrarstrukturhebung 2016

Abkürzungen

AGRA	=	Aufbereitungs- und Plausibilisierungsprogramm in der Agrarstatistik
AgrStatG	=	Agrarstatistikgesetz
AK-E	=	Arbeitskräfte-Einheit (Maßeinheit der Arbeitsleistung)
ASE	=	Agrarstrukturerhebung
BGBL	=	Bundesgesetzblatt
BRL	=	Betriebsregister Landwirtschaft
BStatG	=	Bundesstatistikgesetz
BWA	=	Betriebswirtschaftliche Ausrichtung
EG	=	Europäische Gemeinschaft
ELER	=	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes
EU	=	Europäische Union
Eurostat	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft
FdG	=	Feststellung der Grundgesamtheit
GENESIS	=	Gemeinsames neues statistisches Informationssystem
GbR	=	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
Gkl.	=	Größenklasse
GV	=	Großvieheinheit
ha	=	Hektar
HIT	=	Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere
IDEV	=	Internet-Datenerhebung im Verbund
InVeKoS	=	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
kg	=	Kilogramm
KTBL	=	Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft
LF	=	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
LZ	=	Landwirtschaftszählung
MVP	=	Mindestveröffentlichungsprogramm
NACE	=	Europäische statistische Systematik der Wirtschaftszweige
NUTS	=	Europäische Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik
SO	=	Standardoutput
VO	=	Verordnung

1 Allgemeines

Agrarstrukturhebungen geben Auskunft über die Betriebsstrukturen sowie die wirtschaftliche und soziale Situation in den landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland. Sie bilden den inhaltlichen Hauptbestandteil der zehnjährlichen Landwirtschaftszählungen und finden dazwischen alle drei bis vier Jahre als eigenständige Erhebungen statt. Die Agrarstrukturhebungen liefern unter anderem Informationen zu Zahl und Größe der Betriebe, zur Bodennutzung, den Viehbeständen, der Rechtsform, den Eigentums- und Pachtverhältnissen, dem ökologischen Landbau, der Beschäftigtenstruktur sowie dem Erwerbscharakter der Betriebe. Im Jahr 2016 wurden auch forstwirtschaftliche Betriebe in die Erhebung einbezogen.

Bei der Agrarstrukturhebung handelt es sich um eine dezentrale Bundesstatistik, d. h. das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder arbeiten bei der Erhebung eng zusammen. Während die technische sowie methodische Organisation und Koordination der Erhebung beim Statistischen Bundesamt im Benehmen mit den statistischen Ämtern der Länder erfolgen, gehören die Datengewinnung und die Aufbereitung der Länderergebnisse zu den Aufgaben der Statistischen Ämter der Länder. Die Erstellung des Bundesergebnisses und die Übermittlung der Ergebnisse an das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) obliegen dem Statistischen Bundesamt.

Die vorliegende Veröffentlichung beschreibt die Inhalte und Methodik der Agrarstrukturhebung 2016 und verdeutlicht die Veränderungen zu vorangegangenen Strukturhebungen.

1.1 Überblick über die Agrarstrukturhebung 2016

Im Rahmen der Agrarstrukturhebung (ASE) 2016 wurden alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die mindestens eine der unter § 91 Agrarstatistikgesetz¹ festgelegten Erfassungsgrenzen (siehe Übersicht 1) erreichten, im ersten Halbjahr 2016 befragt. Bis auf die Erfassungsgrenze „1 000 Haltungsplätze für Geflügel“, durch die zur ASE 2016 die bisherige Erfassungsgrenze „1 000 Stück Geflügel“ ersetzt wurde, gelten die übrigen in Übersicht 1 aufgeführten Erfassungsgrenzen seit der Landwirtschaftszählung 2010.

Die ASE 2016 wurde bei landwirtschaftlichen Betrieben als Kombination einer allgemeinen Erhebung (Totalerhebung mit Abschneidegrenzen) mit einer repräsentativen Erhebung (Stichprobenerhebung) durchgeführt. In der Stichprobenerhebung wurden rund 80 000 Betriebe befragt. Diese Betriebe erhielten einen Fragebogen, der den vollständigen Merkmalskatalog der Agrarstrukturhebung 2016 umfasste (ASE-S-Fragebogen, siehe Anhang 6). Die übrigen landwirtschaftlichen Betriebe bekamen einen Fragebogen mit reduziertem Merkmalskatalog (ASE-N-Fragebogen), der die Themenkomplexe Rechtsformen, Bodennutzung, Zwischenfruchtanbau, Viehbestände, ökologischer Landbau sowie Gewinnermittlung und Umsatzbesteuerung umfasste. Die Angaben zur Bodennutzung entsprachen dabei denen der Bodennutzungshaupterhebung 2016, die in die ASE integriert war.

Des Weiteren wurden bei allen landwirtschaftlichen Betrieben, die Gartenbaugewächse anbauen, Angaben zu hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern und zu für deren Beheizung verbrauchten Energiemengen sowie zu Einnahmen des Betriebes erhoben.

Für forstwirtschaftliche Betriebe wurde ein separater Fragebogen angeboten (ASE-F-Fragebogen), der nur Angaben zur Rechtsform sowie zu Hauptnutzungsarten der

¹ Agrarstatistikgesetz (AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1975) geändert worden ist.

Bodennutzung erforderte. Diese Angaben wurden allgemein bei allen forstwirtschaftlichen Betrieben erhoben.

Die ASE ist gemäß dem Agrarstatistikgesetz eine Erhebung mit Auskunftspflicht. Auskunftspflichtig sind die Inhaber/innen oder Leiter/innen der befragten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.

Übersicht 1: Erfassungsgrenzen der ASE 2016

Erfassungsgrenzen für landwirtschaftliche Betriebe:	
• 5,0 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche	• 0,1 ha Produktionsfläche für Speisepilze
• 0,5 ha Hopfen	• 0,1 ha Kulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen inkl. Gewächshäusern
• 0,5 ha Tabak	• 10 Rinder
• 1,0 ha Dauerkulturfläche im Freiland	• 50 Schweine
• 0,5 ha Obstanbaufläche	• 10 Zuchtsauen
• 0,5 ha Rebfläche	• 20 Schafe
• 0,5 ha Baumschulfläche	• 20 Ziegen
• 0,5 ha Gemüse oder Erdbeeren im Freiland	• 1 000 Haltungsplätze für Geflügel
• 0,3 ha Blumen oder Zierpflanzen im Freiland	
Erfassungsgrenzen für forstwirtschaftliche Betriebe (nur Betriebe, die keine der oben aufgeführten Erfassungsgrenzen für landwirtschaftliche Betriebe erreichten):	
10 ha Waldflächen oder Flächen mit schnell wachsenden Baumarten (Kurzumtriebsplantagen)	

Um die auskunftgebenden Betriebe zu entlasten, nutzen die Statistischen Ämter der Länder wenn möglich Verwaltungsdaten. Dazu konnten die Betriebe in die Fragebogen ASE-S und ASE-N beispielsweise die Antragsnummern aus dem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) sowie die Betriebsnummern für die Rinderhaltung aus dem Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT) eintragen. Mit Hilfe dieser Nummern konnte das zuständige statistische Landesamt dann einen Teil der erforderlichen Angaben zur Bodennutzung sowie den Großteil der Daten zum Rinderbestand aus diesen Verwaltungsdaten übernehmen. Des Weiteren nutzen die Statistischen Ämter der Länder Angaben zur Teilnahme an Förderprogrammen zur ländlichen Entwicklung (ELER) aus Daten der Agrarverwaltung und Koordinatenangaben aus den amtlichen Hauskoordinaten.

1.2 Merkmalsprogramm einschließlich Änderungen gegenüber den Vorerhebungen

Das Merkmalsprogramm der Agrarstrukturerhebung 2016 ist vom Gesetzgeber mit dem Agrarstatistikgesetz und der Verordnung (EG) 1166/2008² vorgeschrieben (siehe Anlagen 2 und 3). Für die verschiedenen Merkmalskomplexe der ASE 2016 galten unterschiedliche Berichtszeiträume, die einer [Übersicht](#) im beigefügten Handbuch zur ASE 2016 (siehe Anlage 7) dargestellt sind.

Lagekoordinaten des Betriebssitzes

Die Lage des Betriebssitzes wird in Form von geografischen Koordinaten aus den amtlichen Hauskoordinaten der Landesvermessungsämter übernommen.

Rechtsform des Betriebes


Die Rechtsform bildet die Grundlage der externen und internen Rechtsbeziehungen einer Unternehmung. In der Agrarstrukturerhebung werden Einzelunternehmen, Personengemeinschaften und –gesellschaften sowie juristische Personen nachgewiesen.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung

Hierzu zählen alle Flächen des Betriebes, unabhängig davon, ob sie genutzt werden oder nicht. Im Einzelnen werden der

- Anbau auf dem Ackerland nach Kulturarten, Pflanzengruppen, -arten und Kulturformen sowie die
- selbstbewirtschaftete Gesamtfläche nach Hauptnutzungs- und Kulturarten und die
- Erzeugung von Speisepilzen nachgewiesen.

 Im Rahmen der Agrarstrukturerhebung 2016 wurden erstmals das Merkmal „Sojabohnen“ sowie die Ökoflächen für alle Positionen der landwirtschaftlich genutzten Fläche nachgewiesen.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Bewässerung im Freiland

Die landwirtschaftlichen Betriebe wurden zur Bewässerung der Freilandflächen im Kalenderjahr 2015 befragt. Frostschtzberechnung sowie Bewässerung von Haus- und Nutzgärten sind hier ausgeschlossen. Wie in der ASE 2013 wurden die Größe der landwirtschaftlich genutzten Flächen (LF), die hätte bewässert werden können bzw. die Größe der LF, die tatsächlich bewässert wurde, erhoben. Darüber hinaus erfolgte in der ASE 2016 noch die Befragung zu den angewendeten Bewässerungsverfahren und zu der Wasserherkunft (zuletzt 2010).

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

² Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über die Betriebsstrukturhebung und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden.

Bodenmanagement (zuletzt in 2010)

Für das Ackerland im Freiland wurden Bodenbearbeitungsverfahren (konventionell wenden, konservierend bzw. Direktsaatverfahren), Angaben zur Fruchtfolge sowie der durch die Bodenbedeckung des Ackerlandes erfolgte Erosionsschutz erfragt.

Neu

Neu dazugekommen ist beim Erosionsschutz das Merkmal „Mehrjährige Kulturen auf dem Ackerland“.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Zwischenfruchtanbau (zuletzt in 2010)

Hier wurde der Anbau von Ackerkulturen zwischen zwei aufeinander folgenden Hauptfrüchten erhoben.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Eigentums- und Pachtverhältnisse

Die vom Betrieb bewirtschaftete LF untergliedert sich in eigene selbstbewirtschaftete LF, unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF und von Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers bzw. von anderen Verpächtern gepachtete LF.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Pachtflächen und Pachtentgelte

Die gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche und die entsprechende Jahrespacht wurden unterteilt nach den Nutzungsarten Ackerland, Dauergrünland und sonstige LF erfragt. Zusätzlich wird in einem Bundesland die Rebfläche als separate Position im Fragebogen aufgeführt. Die gepachtete LF innerhalb einer geschlossenen Hofpacht wurde gesondert ausgewiesen. Zu den Nutzungsarten Ackerland, Dauergrünland und sonstige LF wurde auch die gepachtete Fläche und die entsprechende Jahrespacht für innerhalb der letzten zwei Jahre erstmals gepachtete Flächen und Flächen mit Pachtpreisveränderungen erhoben.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Betriebe mit Anbau von Gartenbaugewächsen

Neu

Sämtliche Betriebe mit dem Anbau von Gartenbauerzeugnissen wurden nach der Art der Eindeckung von Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern und deren verbrauchte Energiemengen für die Beheizung sowie die gartenbaulichen bzw. landwirtschaftlichen Einnahmen des Betriebes befragt.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Übersicht 2: Gliederung der Agrarstrukturerhebung 2016

Merkmalskomplex	Berichtszeitraum, -punkt	Erhebungsart
• Lagekoordinaten des Betriebssitzes ¹⁾	2016	total
• Rechtsform	2016	total
• Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung ²⁾ <ul style="list-style-type: none"> ○ Anbau auf dem Ackerland ○ Dauerkulturen und Dauergrünland ○ Sonstige Flächen und selbstbewirtschaftete Gesamtfläche ○ Erzeugung von Speisepilzen 	2016	total
• Bewässerung im Freiland	Kalenderjahr 2015	repräsentativ
• Bodenmanagement <ul style="list-style-type: none"> ○ Bodenbearbeitungsverfahren ○ Fruchtwechsel ○ Erosionsschutz ○ Zwischenfruchtanbau 	die letzten 12 Monate	repräsentativ
	Anbaujahr 2015 und 2016	
	Oktober 2015 bis Februar 2016	
	Juni 2015 bis Mai 2016	total
• Eigentums- und Pachtverhältnisse	2016	repräsentativ
• Pachtflächen und Pachtentgelte <ul style="list-style-type: none"> ○ darunter: Innerhalb der letzten zwei Jahre erstmals gepachtete Flächen und Flächen mit Pachtpreisveränderungen 	2016	repräsentativ
	die letzten zwei Jahre	
• Betriebe mit Anbau von Gartenbaugewächsen <ul style="list-style-type: none"> ○ Hohe begehbare Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern (einschließlich vorübergehend nicht genutzter Gewächshausflächen) ○ Verbrauchte Energiemengen für die Beheizung von hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern ○ Einnahmen des Betriebes 	2016	total bei Betrieben mit Anbau von Gartenbau- gewächsen
	2015	
• Viehbestände <ul style="list-style-type: none"> ○ Rinder ³⁾, Schweine, Schafe, Ziegen, Einhufer, Geflügel einschl. Haltungsplätze 	1. März 2016	total
• Ökologischer Landbau	2016	total
• Wirtschaftsdüngerausbringung <ul style="list-style-type: none"> ○ Abgebener und aufgenommener Wirtschaftsdünger ○ Ausbringung von flüssigen Wirtschaftsdüngern auf Acker- und Dauergrünland ○ Anteile der flüssigen Wirtschaftsdüngerarten ○ Ausbringungstechnik ○ Zeit, die der flüssige Wirtschaftsdünger unbearbeitet auf Stoppeln oder unbestellter Fläche lag ○ Ausbringung von festen Wirtschaftsdüngern auf Acker- und Dauergrünland ○ Zeit, die der feste Wirtschaftsdünger unbearbeitet auf Stoppeln oder unbestellter Fläche lag 	Kalenderjahr 2015	repräsentativ

1) Übernahme aus Verwaltungsdaten.

2) Nutzung von Verwaltungsdaten (InVeKoS) möglich.

3) Rinder werden aus der HIT-Rinderdatenbank übernommen.

Merkmalskomplex	Berichtszeitraum, -punkt	Erhebungsart
• Einkommenskombinationen im Betrieb	Kalenderjahr 2015	repräsentativ
• Im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Arbeitskräfte <ul style="list-style-type: none"> ○ Familienarbeitskräfte in Einzelunternehmen (ohne GbR) ○ Ständig beschäftigte Arbeitskräfte ohne Familienarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen ○ Mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigte Saisonarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen ○ Jahresnettoeinkommen in Einzelunternehmen (ohne GbR) 	März 2015 bis Februar 2016 Kalenderjahr 2015	repräsentativ
• Berufsbildung des Betriebsleiters/ Geschäftsführers <ul style="list-style-type: none"> ○ Landwirtschaftliche und/ oder gartenbauliche Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss ○ Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme 	2016 die letzten 12 Monate	repräsentativ
• Gewinnermittlung/Umsatzbesteuerung <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewinnermittlung ○ Umsatzbesteuerung 	Wirtschaftsjahr 2015/2016 2015	total
• Bezug von Beihilfen zur Förderung der ländlichen Entwicklung ¹⁾	Januar 2014 bis Dezember 2016	repräsentativ
• Ökologische Vorrangflächen ²⁾	2016	repräsentativ

1) Übernahme aus Verwaltungsdaten.

2) Nutzung von Verwaltungsdaten (InVeKoS) möglich.

3) Rinder werden aus der HIT-Rinderdatenbank übernommen.

Viehbestände

Es werden die Bestände an Schweinen, Schafen, Ziegen, Geflügel und Einhufer erhoben.

Die Rinderbestände werden durch die Statistischen Ämter der Länder aus der HIT-Rinderdatenbank übernommen und den Betrieben zugeordnet. Seit 2013 zählen Büffel und Bisons ebenfalls zu den Rindern. Dargestellt werden die Rinder nach Alter und Geschlecht, zusätzlich die Färsen, Milchkühe und sonstigen Kühe:

- Weibliche Rinder, nicht abgekalbt (Färsen)

Sämtliche weibliche Rinder vor dem ersten Abkalben unabhängig davon, ob diese zur Zucht oder zum Schlachten bestimmt sind. Durch die unvollständige Erfassung der Abkalbungen in der HIT-Datenbank werden Tiere, die älter als 36 Monate sind, als Kühe erfasst.

- Milchkühe

Hierzu gehören alle weiblichen Rinder, die bereits abgekalbt haben und zur Milchgewinnung gehalten werden. Milchkühe werden durch die Angabe der Produktionsrichtung für die in der HIT-Datenbank erfassten Haltungen ermittelt. Ist die Angabe zur Produktionsrichtung nicht eindeutig, erfolgt die Ermittlung zusätzlich mit Hilfe der Rasse, die tierindividuell in der HIT-Datenbank vorliegt.

- Andere Kühe

Sonstige Kühe sind alle weiblichen Rinder, die bereits abgekalbt haben und die nicht als Milchkühe erfasst werden. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Ammen- oder Mutterkühe.

Mit der Agrarstrukturhebung 2016 wurden erstmals die ökologisch gehaltenen Tiere als Darunterposition im Abschnitt „Viehbestände“ direkt erfragt. Zudem wurden im Jahr 2016 neben den Beständen auch die Haltungsplätze für Geflügel erhoben.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Ökologischer Landbau

Neu

Hier werden der Anbau auf der ökologisch bewirtschafteten LF nach Pflanzen- und Kulturarten sowie die in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogenen Tiere je Tierart erfasst. Zudem wird festgestellt, wie viel Hektar der ökologisch bewirtschaftete LF bereits umgestellt wurde und sich gegenwärtig in Umstellung befindet. Einzubeziehen sind landwirtschaftliche Betriebe, deren gesamte pflanzliche und/oder tierische Erzeugung oder Teile dieser, nach den Grundsätzen der seit 01.01.2009 geltenden Verordnung (EG) Nr. 834/2007³ produziert werden. Diese Betriebe müssen in einem obligatorischen Kontrollverfahren von einer staatlich zugelassenen Kontrollstelle zertifiziert werden.

Neu

Bis zur ASE 2013 waren die Fragen zum ökologischen Landbau in einem separaten Abschnitt im Fragebogen zu finden. Hier wurden u.a. der Anbau auf der ökologisch landwirtschaftlich genutzten Fläche für einzelne Pflanzen- und Kulturarten sowie die in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogenen Viehbestände in aggregierten Positionen erfragt. Ab der ASE 2016 werden zu allen einzeln erfragten Positionen der landwirtschaftlich genutzten Fläche die ökologisch bewirtschafteten Flächen direkt im Fragebogenabschnitt „Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung“ erfragt. Ebenso werden seit 2016 im Abschnitt „Viehbestände“ die ökologisch gehaltenen Tiere als Darunterposition erfragt.

[→ Ökologisch bewirtschaftete Flächen – Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

[→ Ökologisch gehaltene Tiere – Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Wirtschaftsdüngerausbringung (zuletzt in reduziertem Umfang in 2010)

Im Rahmen der Agrarstrukturhebung 2016 wurde die Ausbringung von Wirtschaftsdünger auf Ackerland und Dauergrünland für das Kalenderjahr 2015 erfragt. Die Angaben werden untergliedert nach Art des Wirtschaftsdüngers, der Ausbringungstechnik und der Zeit bis zur Einarbeitung. Auch die vom landwirtschaftlichen Betrieb abgegebene und aufgenommene Menge an Wirtschaftsdünger ist Teil dieses Erhebungsteils.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Einkommenskombinationen im Betrieb

Dazu zählen ausschließlich solche Tätigkeiten, die im landwirtschaftlichen Betrieb ausgeübt werden und mit denen der landwirtschaftliche Betrieb Umsätze erzielt. Diese Tätigkeiten werden von Arbeitskräften des landwirtschaftlichen Betriebes und mit Hilfe der zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Betriebsmittel (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen) ausgeübt und/oder basieren auf im landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Produkten. Wurde für diese Tätigkeiten dagegen ein rechtlich selbstständiger Gewerbebetrieb (z. B. Tochtergesellschaft) gegründet, zählt dieser hier

³ Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

nicht dazu. Zudem soll der prozentuale Anteil des Umsatzes aus Einkommenskombinationen am Gesamtumsatz des landwirtschaftlichen Betriebes angegeben werden.

Neu

Seit 2016 wird zusätzlich die Bereitstellung von Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen (z.B. Tiertherapien, betreutes Wohnen, Seniorenbetreuung) erfragt.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Arbeitskräfte

Die im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigten Arbeitskräfte werden in Betrieben aller Rechtsformen getrennt nach folgenden Kategorien erfragt: Familienarbeitskräfte in Einzelunternehmen, ständig beschäftigte Arbeitskräfte sowie Saisonarbeitskräfte. Dabei wird für Familienarbeitskräfte und ständig beschäftigte Arbeitskräfte die Zahl der Personen, deren Geschlecht und Alter sowie die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Woche erfragt. Für die Familienarbeitskräfte und die ständigen Arbeitskräfte werden die durchschnittlich geleisteten Wochenarbeitsstunden für den landwirtschaftlichen Betrieb insgesamt und die Arbeitsstunden in Einkommenskombinationen nach dem Einzelpersonenkonzept erhoben, d.h. es wird die konkrete Anzahl der Stunden je Arbeitskraft erfragt. Für die Familienarbeitskräfte werden zudem die durchschnittlich geleisteten Wochenarbeitsstunden in einer anderen Erwerbstätigkeit, d.h., außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebs, erfasst.

Für die Saisonarbeitskräfte (nicht ständig Beschäftigte) wird lediglich die Anzahl der Personen nach Geschlecht und die Arbeitsleistung in vollen Arbeitstagen für landwirtschaftliche Arbeiten erhoben.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Jahresnettoeinkommen in Einzelunternehmen

Die Bestimmung des Erwerbscharakters (Haupt- bzw. Nebenerwerbsbetrieb) der landwirtschaftlichen Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen wird auf Grundlage der Frage vorgenommen, ob das aus dem landwirtschaftlichen Betrieb oder aus außerbetrieblichen Quellen stammende Jahresnettoeinkommen höher war. Hierbei wird das Jahresnettoeinkommen des Betriebsinhabers und/oder Ehegattens zusammen zugrunde gelegt.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Berufsbildung des Betriebsleiters/Geschäftsführers

Hier wird die landwirtschaftliche Berufsausbildung mit dem höchsten Abschluss und die Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme in den letzten 12 Monaten für die im Komplex Arbeitskräfte als Betriebsleiter/Geschäftsführer gekennzeichnete Person erhoben.

Neu

In der ASE 2016 wurde neben der landwirtschaftlichen auch die gartenbauliche Berufsbildung erfragt.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Gewinnermittlung/Umsatzbesteuerung (zuletzt in 2010)

Die Gewinnermittlung kann für steuerliche Zwecke nach einem der vier aufgeführten Verfahren (Buchführung mit Jahresabschluss, Einnahmen-Ausgaben-Überschussrechnung, nach Durchschnittssätzen, durch Gewinnschätzung des Finanzamtes) erfolgen. Die Umsatzbesteuerung kann in Form der Optierung (Regelbesteuerung) oder Pauschalierung durchgeführt werden.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Bezug von Beihilfen zur Förderung der ländlichen Entwicklung (ELER)

Die Angaben werden aus den Verwaltungsdaten übernommen und sind nicht Bestandteil des Fragebogens. Dazu zählen Förderungen, die der Betrieb im Zeitraum vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2016 nach der ELER-Verordnung (EU) Nr. 1305/2013⁴ erhalten hat.

Neu

Gegenüber der ASE 2013 wurde die Liste der Maßnahmen an die neue Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 angepasst.

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Ökologische Vorrangflächen

Neu

In diesem Merkmalskomplex werden die Flächen dargestellt, die gemäß Art. 46 VO (EU) Nr. 1307/2013 als ökologische Vorrangfläche gelten. Die Angaben der landwirtschaftlichen Betriebe stammen aus dem Gemeinsamen Sammelantrag Agrarförderung (InVeKoS).

[→ Detaillierte Merkmale und deren Definitionen](#)

Entfallene Themen

In der ASE 2016 sind gegenüber der ASE 2013 die Fragenkomplexe

- Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien,
- Inanspruchnahme von Leistungen von Lohnunternehmen und Anderen sowie
- Traktoren und Erntemaschinen

entfallen.

1.3 Statistikspezifische Begriffe und Definitionen der ASE

Betrieb

Die Definition von Betrieben im Sinne der ASE 2016 (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) leitet sich aus dem § 91 AgrStatG ab. Laut AgrStatG sind Betriebe technisch-wirtschaftliche Einheiten, die eine Mindestgröße an landwirtschaftlich genutzter Fläche oder Waldfläche aufweisen bzw. über vorgegebene Mindesttierbestände oder Mindestanbauflächen für Spezialkulturen verfügen (siehe Abschnitt 1.1), für Rechnung eines Inhabers oder Leiters bewirtschaftet werden, einer einheitlichen Betriebsführung unterstehen und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse oder zusätzlich auch Dienstleistungen und andere Erzeugnisse hervorbringen. Die Absicht, Gewinn zu erzielen, ist nicht erforderlich.

Für die Definition landwirtschaftlicher Betriebe ist auch Artikel 2 a) der Verordnung (EG) 1166/2008 relevant. Auf europäischer Ebene werden ergänzend die in der Übersicht 3 aufgeführten landwirtschaftlichen Tätigkeiten in die Definition mit einbezogen.

Die folgenden Tätigkeiten (die als Haupt- oder Nebentätigkeiten ausgeübt werden können) beruhen auf der europäischen statistischen Systematik der Wirtschaftszweige (NACE Rev. 2), Abteilung Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten:

⁴ Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005

Erläuterungen

Übersicht 3: Liste der landwirtschaftlichen Tätigkeiten, auf die in der Definition des landwirtschaftlichen Betriebes Bezug genommen wird

<i>Beschreibung der Tätigkeit</i>	<i>Code NACE Rev. 2</i>	<i>Zusätzliche Anmerkungen zur Einbeziehung/zum Ausschluss von Tätigkeiten bei der Definition landwirtschaftlicher Tätigkeiten</i>
Anbau einjähriger Pflanzen	01.1	
Anbau mehrjähriger Pflanzen	01.2	Landwirtschaftliche Betriebe, die Wein oder Olivenöl ^{*)} aus selbst erzeugten Trauben oder Oliven herstellen, sind in den Geltungsbereich dieser Verordnung einbezogen.
Betrieb von Baumschulen, Anbau von Pflanzen zu Vermehrungszwecken	01.3	
Tierhaltung	01.4	Alle unter 01.49 der NACE Rev.2 (Sonstige Tierhaltung) klassifizierten Tätigkeiten sind aus dem Geltungsbereich dieser Verordnung ausgeschlossen, mit Ausnahme von: i) ^{*)} Zucht und Haltung von Straußen, Emus und Kaninchen, ii) ^{*)} Imkerei.
Gemischte Landwirtschaft	01.5	
Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen	01.6	Generell sind alle landwirtschaftlichen Betriebe, die unter 01.6 der NACE Rev. 2 fallende Tätigkeiten ausüben, aus dem Geltungsbereich dieser Verordnung ausgeschlossen, wenn sie ausschließlich diese Tätigkeiten ausüben. Betriebe, deren Tätigkeit ausschließlich darin besteht, Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand zu erhalten (gemäß 01.61 der NACE Rev. 2) sind jedoch in den Geltungsbereich dieser Verordnung einbezogen.

^{*)}Für Deutschland im Rahmen der ASE/LZ nicht relevant.

Betriebssitzprinzip

Die Erhebung aller Angaben erfolgt nach dem Ort des Betriebssitzes (Betriebssitzprinzip), nicht nach der Belegenheit der vom Betrieb selbst-

bewirtschafteten Flächen. Betriebssitz ist das Grundstück, auf dem sich die Wirtschaftsgebäude des Betriebes befinden. Befinden sich Wirtschaftsgebäude des Betriebes auf mehreren Grundstücken, ist der Betriebssitz das Grundstück, auf dem sich das wichtigste oder die in ihrer Gesamtheit wichtigsten Wirtschaftsgebäude befinden. Hat der Betrieb kein Wirtschaftsgebäude, so ist das Grundstück Betriebssitz, von dem aus der Betrieb geleitet wird. Dies gilt auch für Betriebe, deren Flächen teils im Inland, teils im Ausland liegen sowie für das auf diesen Flächen befindliche Vieh. Demzufolge ist beispielsweise Vieh, das sich auf den im Ausland bewirtschafteten Flächen von Betrieben mit Betriebssitz im Inland befindet, in den Ergebnissen enthalten, Vieh auf den im Inland gelegenen Flächen von Betrieben mit Betriebssitz im Ausland dagegen nicht.

Das Betriebssitzprinzip ist insbesondere auch bei der Interpretation der Ergebnisse der Strukturhebungen (ASE/LZ) in landwirtschaftlichen Betrieben zu beachten, da alle

Angaben des Betriebes, z. B. über Flächen und Tierbestände, auf den Betriebssitz bezogen werden. Somit können bei regionalen Ergebnismachweisen Unterschiede zur tatsächlichen Belegenheit, d. h. zur tatsächlichen Lage der Flächen und Tierbestände auftreten.

Zugepachtete Flächen und zur Bewirtschaftung unentgeltlich erhaltenes Land sowie Dienstland, aufgeteilte Allmende und ähnliche Flächen werden demjenigen Betrieb zugerechnet, der sie bewirtschaftet (selbstbewirtschaftete Fläche). Entsprechend werden verpachtete Flächen eines Betriebes nicht bei ihm, sondern beim zupachtenden Betrieb erfasst und nachgewiesen.

In der Agrarstrukturhebung werden jene Tiere nachgewiesen, die sich am Stichtag in den Ställen und auf den Flächen des Betriebes befinden, unabhängig davon, ob sie Eigentum des Betriebsinhabers sind oder nicht. In Pension weggegebene eigene Tiere gehen somit in die Ergebnisse des Pensionsbetriebes ein.

Großvieheinheiten (GV)

Die Großvieheinheit ist eine Standardmaßeinheit, die die Zusammenfassung der verschiedenen Arten von Viehbeständen zu Vergleichszwecken erlaubt. Die Großvieheinheiten werden mit Hilfe entsprechender Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutztierarten bestimmt (siehe Übersicht 4).

Übersicht 4: Umrechnungsschlüssel zur Bestimmung der Großvieheinheiten

Merkmal	GV
Kälber und Jungrinder	0,300
Rinder 1 Jahr bis unter 2 Jahre	0,700
Rinder 2 Jahre und älter einschließlich Kühe	1,000
Ferkel	0,020
Zuchtsauen	0,300
Andere Schweine	0,120
Schafe unter 1 Jahr (ohne gedeckte Jungschafe)	0,050
Mutterschafe einschließlich Milchschafe	0,100
Schafböcke zur Zucht und andere Schafe	0,100
Ziegen	0,080
Geflügel	0,004
Einhufer	0,950

Arbeitskräfte

- Vollbeschäftigte

Personen, die im festgelegten Berichtszeitraum 40 oder mehr Stunden je Woche für den landwirtschaftlichen Betrieb bzw. 38 oder mehr Stunden in anderer Erwerbstätigkeit beschäftigt sind. Die Anzahl der Vollbeschäftigten wird auf der Grundlage der je Person angegebenen durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten bestimmt.

- Teilzeitbeschäftigte

Personen, die die Mindestzahl der für vollbeschäftigte Arbeitskräfte gültigen Anzahl von durchschnittlich 40 geleisteten Stunden je Woche für den landwirtschaftlichen Betrieb bzw. 38 geleisteten Stunden je Woche in anderer Erwerbstätigkeit nicht erreichen.

Arbeitskräfte-Einheit (AK-E)

Die AK-E ist eine Maßeinheit der Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum mit Arbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Person.

Entsprechend der Verordnung zur landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (Verordnung (EG) Nr. 138/2004⁵) kann eine Person nicht mehr als eine AK-E im landwirtschaftlichen Betrieb darstellen. Dieser Grundsatz gilt auch dann, wenn die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden für den landwirtschaftlichen Betrieb über die festgelegte Stundenzahl von durchschnittlich 40 Stunden für Vollbeschäftigte hinausgeht. Entsprechend wird die Arbeitsleistung einer teilzeitbeschäftigten Arbeitskraft (weniger als 40 Stunden) an der Arbeitszeit einer Vollbeschäftigten.

Die Berechnung wird gleichermaßen für die Familienarbeitskräfte und für die ständig im Betrieb Beschäftigten vorgenommen.

Bei den mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigten Saisonarbeitskräften, für die die Zahl der geleisteten Arbeitstage (1 Arbeitstag = 8 Stunden) erfasst wird, liegt einer AK-E die Arbeitsleistung von 225 Arbeitstagen im Berichtszeitraum zugrunde.

Sozialökonomische Verhältnisse (Erwerbscharakter) der Betriebe

Die Grundlage für die Zuordnung der landwirtschaftlichen Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen zu den sozialökonomischen Betriebstypen (Haupterwerbsbetriebe bzw. Nebenerwerbsbetriebe) bildet das Verhältnis von betrieblichem und außerbetrieblichem Einkommen.

- Haupterwerbsbetriebe:
Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen oder Betriebe, in denen das betriebliche Einkommen größer ist als das Einkommen aus außerbetrieblichen Quellen.
- Nebenerwerbsbetriebe:
Betriebe, in denen das außerbetriebliche Einkommen größer ist als das Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb.
- Betriebliches Einkommen
Zum Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb gehören die Einnahmen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte und - sofern vorhanden - auch die Einnahmen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Einkommenskombinationen, z. B. aus Zimmervermietung. Unberücksichtigt bleiben z. B. Einkünfte, die in einem Hotel, Gasthof oder einer Pension des Betriebsinhabers angefallen sind, die gewerblich getrennt vom landwirtschaftlichen Betrieb geführt werden.

2 Verfahren der Betriebsklassifizierung

2.1 Allgemeines

Das Ziel der Betriebsklassifizierung liegt darin, die landwirtschaftlichen Betriebe mit ihrer Vielzahl an Produktionszweigen (z. B. Ackerbau, Gartenbau, Veredlung) über die monetäre Bewertung ihrer Produktion in Gruppen ähnlicher Betriebe einzuteilen. Dazu werden ihre betriebswirtschaftliche Ausrichtung (siehe Abschnitt 2.2) und ihre wirtschaftliche Betriebsgröße (siehe Abschnitt 2.3) errechnet. Die Abgrenzung und Eingruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe ermöglicht den wirtschaftlichen

⁵ Verordnung (EG) Nr. 138/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Gemeinschaft

Vergleich der Betriebe untereinander sowie die spezifische Beurteilung agrarpolitischer Maßnahmen. Die Betriebsklassifizierung stützt sich auf:

- a) einzelbetriebliche Angaben über Art und Umfang der Bodennutzung sowie über Größe und Zusammensetzung der Viehbestände,
- b) Standardoutputs (siehe Abschnitt 2.4) für die unter a) genannten Merkmale auf NUTS-2 Ebene.

Für die Agrarstrukturhebung 2016 findet wie bereits im Jahr 2013 sowie zur Landwirtschaftszählung 2010 das Klassifizierungssystem der Europäischen Union Anwendung. Gegenüber der Agrarstrukturhebung 2007 sind durch die Bestimmungen der 2008 in Kraft getretenen Verordnung (EG) Nr. 1242/2008⁶ deutliche Veränderungen im Klassifizierungssystem zu verzeichnen. Diese werden ausführlich in der FS 3 / Reihe 2. S. 6 „Methodische Grundlagen der Landwirtschaftszählung 2010“ beschrieben.

Die Klassifizierungsergebnisse der Agrarstrukturhebung 2016 sind mit denen der Agrarstrukturhebung 2013 sowie der Landwirtschaftszählung 2010 voll vergleichbar.

2.2 Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung (BWA)

Die BWA beschreibt die Spezialisierungsrichtung eines Betriebes, d. h. seinen Produktionsschwerpunkt. Die BWA eines Betriebes ergibt sich aus der Relation der Standardoutputs (SO) seiner einzelnen Produktionszweige zu seinem gesamten SO. Die EU-Klassifizierung sieht eine dreistufige Unterteilung der BWA vor, bei der die folgenden Gliederungsebenen unterschieden werden:

- Allgemeine BWA (9 Klassen),
- Haupt-BWA (20 Klassen),
- Einzel-BWA (53 Klassen).

Die Zahl der Klassen in den Klammerausdrücken bezieht sich dabei auf die Anzahl der in Deutschland relevanten BWA-Klassen. Ein detailliertes Gliederungsschema der BWA ist in der Übersicht 5 dargestellt. Die Zuordnung der Betriebe zu den einzelnen BWA-Klassen erfolgt auf Grundlage der in der Verordnung (EG) Nr. 1242/2008 vorgeschriebenen Schwellenwerte. Diese legen für die einzelnen BWA-Klassen den Anteil der SO der jeweiligen Produktionszweige eines Betriebes an dessen gesamten SO fest. So wird z. B. der Allgemeinen BWA „Spezialisierte Gartenbaubetriebe“ jeder Betrieb zugeordnet, dessen Gartenbau-Kulturen mehr als 2/3 des gesamten SO des Betriebes ausmachen. Dieses und weitere Beispiele für Zuordnungskriterien der Allgemeinen BWA-Klassen sind in der Übersicht 5 dargestellt. Eine vollständige Übersicht der Schwellenwerte enthält Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1242/2008.

Übersicht 5: Beispiele für Zuordnungskriterien der Allgemeinen BWA-Klassen

Allgemeine BWA	Anteil des SO der Produktionszweige am gesamten SO des Betriebes
Spezialisierte Ackerbaubetriebe	Ackerbau (d. h. Getreide und Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung, Ölfrüchte, Hackfrüchte, weitere Handelsgewächse, Gemüse und Erdbeeren im Freiland im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen, Saat- und Pflanzguterzeugung auf Ackerland, sonstige Ackerlandkulturen, stillgelegtes/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland/Brache und Futterpflanzen zum Verkauf, Futterpflanzen für Weidevieh (siehe unten), wenn KEIN Weidevieh im Betrieb vorhanden) > 2/3

⁶ Verordnung (EG) Nr. 1242/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2008 zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Klassifizierungssystems der landwirtschaftlichen Betriebe sowie Verordnung (EG) Nr. 867/2009 der Kommission vom 21. September 2009 zur Änderung und Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1242/2008.

	Betrieb vorhanden) > 2/3
Spezialisierte Gartenbau-betriebe	Gemüse und Erdbeeren im Freiland und unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern im Wechsel mit gärtnerischen Kulturen, Blumen und Zierpflanzen im Freiland unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern, Pilze und Baumschulen > 2/3
Spezialisierte Dauerkultur-betriebe	Baum- und Beerenobstanlagen, Rebflächen, sonstige Dauerkulturen und Dauerkulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern > 2/3
Spezialisierte Futterbaubetriebe (Weidevieh-betriebe)	Weidevieh (Einhüfer, alle Arten von Rindern, Schafen und Ziegen) sowie Futterpflanzen für Weidevieh (Futterhackfrüchte, grün geerntete Pflanzen, Wiesen und Weiden, ertragsarmes Dauergrünland), wenn Weidevieh im Betrieb vorhanden > 2/3
Spezialisierte Veredlungsbetriebe	Veredlung, d.h. Schweine (d.h. Ferkel, Zuchtsauen, andere Schweine), Geflügel (d.h. Masthühner, Legehennen, sonstiges Geflügel) > 2/3
Pflanzenbauverbundbetriebe	Ackerbau, Gartenbau und Dauerkulturen > 2/3 (aber Ackerbau ≤ 2/3, Gartenbau ≤ 2/3 und Dauerkulturen ≤ 2/3)
Viehhaltungsverbundbetriebe	Weidevieh, Futterpflanzen und Veredlung > 2/3 (aber Weidevieh und Futterpflanzen ≤ 2/3 und Veredlung ≤ 2/3)
Nicht klassifizierbare Betriebe	Nicht im Klassifizierungssystem erfasste Betriebe (gesamter SO = 0)
Pflanzenbau-Viehhaltungsverbundbetriebe	Betriebe, die in den vorherigen Klassen ausgeschlossen wurden

Hinweis:

Nicht klassifizierbare Betriebe werden in statistischen Darstellungen für die Agrarstrukturerhebung 2016 aufgrund der zu erwartenden sehr geringen Zahl nicht gesondert ausgewiesen. Zur Vermeidung von übermäßigen geheimhaltungsbedingten Sperrungen in den Darstellungen werden sie der allgemeinen BWA „spezialisierte Ackerbaubetriebe“ zugerechnet.

2.3 Die wirtschaftliche Betriebsgröße

Die in Euro bewertete wirtschaftliche Betriebsgröße wird durch den gesamten SO des Betriebes, d. h. der Summe der SO seiner einzelnen Produktionszweige wiedergegeben. Die wirtschaftliche Betriebsgröße wird in wirtschaftliche Betriebsgrößeklassen (siehe Anhang II der Verordnung (EG) 1242/2008) eingruppiert.

2.4 Standardoutputs

2.4.1 Berechnung der Standardoutputs

Die Kalkulation der pflanzen- und tierartenspezifischen SO obliegt dem Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL). Die einzelnen SO-Werte werden je Flächeneinheit einer Pflanzenart (in ha bzw. bei Pilzen 100 m² Pilzbeetfläche) bzw. je Stück Vieh einer Tierart (bei Geflügel je 100 Stück) aus der Multiplikation der erzeugten Menge mit dem zugehörigen Ab-Hof-Preis berechnet, wobei die Mehrwertsteuer, produktspezifische Steuern und Direktzahlungen nicht berücksichtigt werden. Die SO werden auf der Grundlage von Durchschnittswerten (einzelbetriebliche Angaben über die Bodennutzung und Viehbestände sowie Daten zu Erträgen und

Preisen, die sich aus Statistiken und Buchführungsunterlagen ergeben) ermittelt, die für einen Bezugszeitraum von fünf Jahren berechnet werden. Um der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen werden die Bezugszeiträume der SO-Koeffizienten zu jeder Agrarstrukturerhebung auf einen aktuellen Stand gebracht, so dass das Klassifizierungssystem weiterhin sinnvoll angewendet werden kann. Der Bezugszeitraum für die Agrarstrukturerhebung 2016 umfasst die Wirtschaftsjahre 2011/12, 2012/13, 2013/14, 2014/15 und 2015/16. Die Durchschnittsbildung erfolgt auf Ebene der NUTS-2-Regionen, um regionale Unterschiede zu berücksichtigen. Für Bundesländer ohne NUTS-2-Regionen wird die Berechnung für das Bundesland vorgenommen.

Zusammenfassend dargestellt ist der SO eines Produktionszweiges somit der durchschnittliche Geldwert (in Euro) der Bruttoagrarerzeugung zu Ab-Hof-Preisen (Preise ohne Abzug von Transport- und Vermarktungskosten) in einer bestimmten Region (NUTS-2-Region) und gibt die Marktleistung dieses Produktionszweiges wieder.

Der gesamte SO je Betrieb, der die Marktleistung des gesamten Betriebes beschreibt, wird im Rahmen der dreijährlichen Strukturerhebungen in der Landwirtschaft durch die Statistischen Ämter ermittelt. Dazu wird jede Flächeneinheit bzw. jedes Stück Vieh eines Betriebes mit dem zugehörigen SO multipliziert, anschließend werden die so berechneten Werte je Betrieb addiert.

2.4.2 Sonderfälle bei der Berechnung der Standardoutputs

Bei der Berechnung der SO sind folgende Sonderregelungen zu berücksichtigen:

- Brache ohne Beihilfe-/Prämienanspruch
Bei Betrieben, deren Fläche nur aus Brache ohne Beihilfe-/Prämienanspruch besteht, ist der SO für diese Flächen gleich Null. Gibt es andere Flächen mit SO größer „0“ im Betrieb, werden für die Brachflächen pauschal geschätzte SO in geringer Höhe festgelegt.
- Stillgelegtes/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland/Brache mit Beihilfe/Prämienanspruch sowie aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland mit Beihilfe/Prämienanspruch
Die SO werden für diese Flächen auf Null gesetzt, da die Erzeugung hier auf Direktzahlungen begrenzt ist.
- Haus- und Nutzgärten
Da die Erzeugung in Haus- und Nutzgärten normalerweise für den Eigenverbrauch des Betriebsinhabers und nicht zum Verkauf bestimmt ist, gelten die SO als gleich Null.

Übersicht 6:

**Zuordnung von Merkmalen der Agrarstrukturhebung 2016
zu den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen des Klassifizierungssystems für die Landwirtschaft (BWA 1 – 9)**

ALLGEMEINE BWA		HAUPT- BWA		EINZEL- BWA		Merkmalsbezeichnung bzw. Beschreibung	Zusatz- bedingung für die BWA	Merkmals- code	Verordnung (EG) Nr. 1242/2008
1 SPEZIALISIERTE ACKERBAUBETRIEBE		15 SPEZIALISIERTE GETREIDE-, ÖLSAATEN- UND EIWEISSPFLANZEN- BETRIEBE		151 SPEZIALISIERTE GETREIDE- (ANDERE ALS REIS), ÖLSAATEN- UND EIWEISSPFLANZEN- BETRIEBE		Winterweizen einschließlich Dinkel und Einkorn	Zur Körner- gewinnung (einschließlich Saatguter- zeugung)	C 0101	2.01.01.01.
						Sommerweizen (ohne Durum)		C 0102	2.01.01.01.
						Hartweizen (Durum)		C 0103	2.01.01.02.
						Roggen und Wintermenggetreide		C 0104	2.01.01.03.
						Triticale		C 0105	2.01.01.99.
						Wintergerste		C 0106	2.01.01.04.
						Sommergerste		C 0107	2.01.01.04.
						Hafer		C 0108	2.01.01.05.
						Sommernenggetreide		C 0109	2.01.01.05.
						Körnermais/ Mais zum Ausreifen (einschließlich Corn-Cob-Mix)		C 0110	2.01.01.06.
						Anderes Getreide (z. B. Hirse, Sorghum, Kanariensaat)		C 0111	2.01.01.99.
						Erbsen (ohne Frischerbsen)		C 0131	2.01.02.01.
						Ackerbohnen		C 0132	2.01.02.01.
						Süßlupinen		C 0133	2.01.02.01.
						Alle anderen Hülsenfrüchte und Mischkulturen		C 0134	2.01.02.02.
		16 SPEZIALISIERTE ACKERBAUBETRIEBE ALLGEMEINER ART		161 SPEZIALISIERTE HACKFRUCHT- BETRIEBE		Sojabohnen		C 0135	2.01.06.06.
						Winterraps		C 0161	2.01.06.04.
						Sommerraps, Winter- und Sommerrüben		C 0162	2.01.06.04.
						Sonnenblumen		C 0163	2.01.06.05.
						Öllein (Leinsamen)		C 0164	2.01.06.07.
						Ander Ölf Früchte (z. B. Senf, Mohn)		C 0165	2.01.06.08.
						Kartoffeln		C 0140	2.01.03.
						Zuckerrüben (auch zur Ethanolherzeugung) ohne Saatguterzeugung		C 0145	2.01.04.
						Ander Hackfrüchte ohne Saatguterzeugung (Futter-, Runkel-, Kohlrüben, Futterkohl, -möhren)	Nur, wenn im Betrieb kein Weidevieh vorhanden ist	C 0146	2.01.05.
				162 GETREIDE-, EIWEISS- PFLANZEN-, ÖLSAA- TEN- U. HACKFRUCHT- KOMBINATIONS- BETRIEBE		Betriebe, die nicht den Klassen 151 oder 161 zugeordnet werden konnten			
				163 SPEZIALISIERTE FELDGEMÜSE- BETRIEBE		Gemüse und Erdbeeren (einschließlich Spargel, ohne Pilze) im Freiland im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen		C 0181	2.01.07.01.01.
				164 SPEZIALISIERTE TABAKBETRIEBE		Tabak		C 0172	2.01.06.01.
				166 ACKERBAU- GEMISCHTBETRIEBE		Betriebe, die nicht den Klassen 161 bis 164 zugeordnet werden konnten bzw. Betriebe mit Spezialisierung auf folgende Kulturen:			
						Hopfen		C 0171	2.01.06.02.
						Heil-, Duft- u. Gewürzpflanzen (einschließlich Speisekräuter)		C 0173	2.01.06.12.
						Hanf		C 0174	2.01.06.10.
						Ander Pflanzen zur Fasergewinnung (z. B. Flachs, Kenaf)		C 0175	2.01.06.11.
						Ausschließlich zur Energieerzeugung genutzte Handelsgewächse (z. B. Miscanthus und Rohrglanzgras)		C 0176	2.01.06.99.
						Alle anderen Handelsgewächse (z. B. Zichorie, Rollrasen)		C 0177	2.01.06.99.

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

**Zuordnung von Merkmalen der Agrarstrukturhebung 2016
zu den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen des Klassifizierungssystems für die Landwirtschaft (BWA 1 – 9)**

ALLGEMEINE BWA		HAUPT- BWA		EINZEL- BWA		Merkmalsbezeichnung bzw. Beschreibung	Zusatz- bedingung für die BWA	Merkmals- code	Verordnung (EG) Nr. 1242/2008
3 SPEZIALISIERTE DAUERKULTUR- BETRIEBE		35 SPEZIALISIERTE WEINBAUBETRIEBE (REBANLAGEN- BETRIEBE)		351 SPEZIALISIERTE QUALITÄTSWEINBAU- BETRIEBE		Rebflächen für Keltertrauben		C 0215	2.04.04.01.
				353 SPEZIALISIERTE TAFELTRAUBEN- BETRIEBE		Rebflächen für Tafeltrauben		C 0216	2.04.04.03.
				354 SONSTIGE REBANLAGEN- BETRIEBE		Betriebe, die nicht den Klassen 351 oder 353 zugeordnet werden konnten			
		36 SPEZIALISIERTE OBST- UND ZITRUSBETRIEBE		361 SPEZIALISIERTE OBSTBETRIEBE (ANDERE ALS ZITRUSFRÜCHTE, TROPISCHE UND SUBTROPISCHE FRÜCHTE, SCHALENFRÜCHTE)		Baumobstanlagen		C 0211	2.04.01.01.01.
				363 SPEZIALISIERTE SCHALENFRUCHT- BETRIEBE		Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren)		C 0212	2.04.01.02.
				365 SPEZIALISIERTE OBSTKOMBINA- TIONSBETRIEBE		Nüsse (Walnüsse, Haselnüsse, Esskastanien/Maronen)		C 0213	2.04.01.03.
				380 DAURKULTUR- GEMISCHTBETRIEBE		Betriebe, die nicht den Klassen 361 oder 363 zugeordnet werden konnten			
		38 DAUERKULTUR- GEMISCHTBETRIEBE		380 DAURKULTUR- GEMISCHTBETRIEBE		Andere Dauerkulturen (z. B. Korbweidenanlagen)		C 0219	2.04.06.
				450 SPEZIALISIERTE MILCHVIEHBETRIEBE		Dauerkulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern (z. B. Baumschulflächen unter Glas; ohne Schutz- und Schattennetze)		C 0220	2.04.07.
		45 SPEZIALISIERTE MILCHVIEHBETRIEBE		450 SPEZIALISIERTE MILCHVIEHBETRIEBE		Milchkühe		C 0316	3.02.06.
4 SPEZIALISIERTE FUTTERBAUBETRIEBE (WEIDEVIEH- BETRIEBE)		46 SPEZIALISIERTE RINDERAUZUCHT- UND MASTBETRIEBE		460 SPEZIALISIERTE RINDERAUZUCHT- UND MASTBETRIEBE		Rinder 1 bis unter 2 Jahre alt männlich		C 0312	3.02.02.
						Rinder 1 bis unter 2 Jahre alt weiblich		C 0313	3.02.03.
						Rinder 2 Jahre und älter männlich		C 0314	3.02.04.
						Rinder 2 Jahre und älter weiblich		C 0315	3.02.05.
						Andere Kühe		C 0317	3.02.99.
						Kälber unter 8 Monate alt männlich		C 0318	3.02.01.
						Kälber unter 8 Monate alt weiblich		C 0319	3.02.01.
						Jungrinder 8 Monate bis unter 1 Jahr männlich		C 0320	3.02.01.
						Jungrinder 8 Monate bis unter 1 Jahr weiblich		C 0321	3.02.01.
		47 RINDVIEHBETRIEBE: MILCHERZEUGUNG, AUZUCHT U. MAST KOMBINIERT		470 RINDVIEHBETRIEBE: MILCHERZEUGUNG, AUZUCHT U. MAST KOMBINIERT		Betriebe, die nicht den Klassen 450 oder 460 zugeordnet werden konnten			

5 SPEZIALISIERTE VEREDLUNGS- BETRIEBE	48 FUTTERBAUBETRIEBE (WEIDEVIEH- BETRIEBE): SCHAFE, ZIEGEN U.A.	481 SPEZIALISIERTE SCHAFBETRIEBE	Milchschafe einschließlich gedeckte Lämmer, die für die Erzeugung von Milch bestimmt sind		C 0352	3.03.01.01.
			Andere Mutterschafe einschließlich gedeckte Lämmer		C 0353	3.03.01.01.
			Schafe unter 1 Jahr (ohne gedeckte Lämmer)		C 0355	3.03.01.99.
			Schafböcke zur Zucht		C 0356	3.03.01.99.
			Andere Schafe (z. B. Hammel)		C 0357	3.03.01.99.
		482 SCHAF- UND RINDVIEHVERBUND- BETRIEBE	Betriebe, die nicht den Klassen 470 oder 481 zugeordnet werden konnten			
		483 SPEZIALISIERTE ZIEGENBETRIEBE	Weibliche Ziegen zur Zucht einschließlich gedeckte Jungziegen		C 0361	3.03.02.01.
			Andere Ziegen (z. B. Zicklein, Ziegenböcke)		C 0362	3.03.02.99.
		484 SONSTIGE FUTTERBAUBETRIEBE (BETRIEBE MIT VERSCHIEDENEM WEIDEVIEH)	Einhufner (Pferde, Esel, Maultiere u.a.)		C 0390	3.01.
			Andere Hackfrüchte ohne Saatguterzeugung (Futter-, Runkel-, Kohlrüben, Futterkohl, -möhren)		C 0146	2.01.05.
			Getreide zur Ganzpflanzenernte einschließlich Teigreife (Verwendung als Futter, zur Biogaserzeugung usw.)		C 0121	2.01.09.02.99.
			Silomais/Grünmais einschließlich Lieschkolbenschrot (LKS)		C 0122	2.01.09.02.01.
			Leguminosen zur Ganzpflanzenernte (z. B. Klee, Luzerne, Mischungen ab 80 % Leguminosen)	Nur, wenn im Betrieb Weidevieh vorhanden ist	C 0123	2.01.09.02.02.
			Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland (einschließlich Mischungen mit überwiegendem Grasanteil)		C 0124	2.01.09.01.
			Andere Pflanzen zur Ganzpflanzenernte (z. B. Phacelia, Sonnenblumen, weitere Mischkulturen)		C 0125	2.01.09.02.99.
			Wiesen (hauptsächlich Schnittnutzung)		C 0231	2.03.01.
			Weiden (einschließlich Mähweiden und Almen)		C 0232	2.03.01.
			Ertragsarmes Dauergrünland (z. B. Hutungen, Heiden, Streuwiesen)		C 0233	2.03.02.
	51 SPEZIALISIERTE SCHWEINEBETRIEBE	511 SPEZIALISIERTE SCHWEINEAUF- ZUCHTBETRIEBE	Zuchtsauen einschließlich hierfür bestimmte Jungsauen ab 50 kg und mehr Lebendgewicht		C 0332	3.04.02.
		512 SPEZIALISIERTE SCHWEINEMAST- BETRIEBE	Ferkel unter 20 kg Lebendgewicht		C 0331	3.04.01.
			Andere Schweine (z. B. Eber, Mastschweine)		C 0337	3.04.99.
		513 SCHWEINEAUF- ZUCHT- UND -MASTVERBUND- BETRIEBE	Betriebe, die nicht den Klassen 511 oder 512 zugeordnet werden konnten			
	52 SPEZIALISIERTE GEFLÜGELBETRIEBE	521 SPEZIALISIERTE LEGEHENNEN- BETRIEBE	Legehennen		C 0371	3.05.02.
			Junghennen und Junghennenküken		C 0372	
		522 SPEZIALISIERTE GEFLÜGELMAST- BETRIEBE	Masthühner, -hähne		C 0373	3.05.01.
			Gänse		C 0381	3.05.03.03.
			Enten		C 0382	3.05.03.02.
	53 VEREDLUNGS- BETRIEBE MIT VERSCHIEDENEN VERBUND- ERZEUGNISSEN		Truthühner		C 0383	3.05.03.01.
		523 LEGEHENNEN- UND GEFLÜGELMAST- VERBUNDBETRIEBE	Betriebe, die nicht den Klassen 521 oder 523 zugeordnet werden konnten			
		530 VEREDLUNGS- BETRIEBE MIT VERSCHIEDENEN VERBUND- ERZEUGNISSEN	Betriebe, die nicht den Klassen 511 bis 513 oder 521 bis 523 zugeordnet werden konnten			

**Zuordnung von Merkmalen der Agrarstrukturerhebung 2016
zu den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen des Klassifizierungssystems für die Landwirtschaft (BWA 1 – 9)**

ALLGEMEINE BWA		HAUPT- BWA		EINZEL- BWA		Merkmalsbezeichnung bzw. Beschreibung	Merkmals- code	Verordnung (EG) Nr. 1242/2008
6 PFLANZENBAU- VERBUNDBETRIEBE		61 PFLANZENBAU- VERBUNDBETRIEBE		611 GARTENBAU- UND DAUERKULTURVER- BUNDBETRIEBE		Betriebe mit Spezialisierung auf die Kombination von Gartenbau und Dauerkulturen		
				612 ACKER- UND GARTENBAUVER- BUNDBETRIEBE		Betriebe mit Spezialisierung auf die Kombination von Ackerbau und Gartenbau		
				613 ACKER- UND WEINBAU- (REBANLAGEN-) VERBUNDBETRIEBE		Betriebe mit Spezialisierung auf die Kombination von Ackerbau und Weinbau (Rebanlagen)		
				614 ACKERBAU- UND DAUERKULTURVER- BUNDBETRIEBE		Betriebe mit Spezialisierung auf die Kombination von Ackerbau und Dauerkulturen allgemein		
				615 PFLANZENBAUVER- BUNDBETRIEBE MIT BETONUNG ACKERBAU		Betriebe mit Spezialisierung auf Pflanzenbau mit überwiegend Ackerbau		
				616 SONSTIGE PFLANZENBAUVER- BUNDBETRIEBE		Betriebe, die den Klassen 611 bis 615 nicht zugeordnet werden konnten		
7 VIEHHALTUNGS- VERBUNDBETRIEBE		73 VIEHHALTUNGS- VERBUNDBETRIEBE – TEILAUSTRICHTUNG FUTTERBAU (WEIDEVIEH)		731 VIEHHALTUNGS- VERBUNDBETRIEBE – TEILAUSTRICHTUNG MILCHERZEUGUNG		Auf Viehhaltung spezialisierte Betriebe mit überwiegend Weidevieh, darunter überwiegend Milchkühe		
				732 VIEHHALTUNGS- VERBUNDBETRIEBE – TEILAUSTRICHTUNG SONSTIGER FUTTERBAU (SONSTIGES WEIDEVIEH)		Betriebe, die nicht der Klasse 731 zugeordnet werden konnten		

8 PFLANZENBAU- VIEHHALTUNGS- VERBUNDBETRIEBE	74 VIEHHALTUNGS- VERBUNDBETRIEBE –TEILAUSTRICHTUNG VEREDLUNG	741 VIEHHALTUNGS- VERBUNDBETRIEBE: VEREDLUNG UND MILCHVIEH KOMBINIERT	Betriebe mit Spezialisierung auf die Kombination von Veredlung und Weidevieh, darunter überwiegend Milchkühe		
		742 VIEHHALTUNGS- VERBUNDBETRIEBE: VEREDLUNG UND SONSTIGER FUTTER- BAU (WEIDEVIEH) KOMBINIERT	Betriebe, die der Klasse 741 nicht zugeordnet werden konnten		
	83 ACKERBAU – FUTTERBAU- (WEIDEVIEH-) VERBUNDBETRIEBE	831 ACKERBAU – MILCHVIEHVER- BUNDBETRIEBE	Betriebe mit Spezialisierung auf die Kombination von Ackerbau und Weidevieh (insbesondere Milchkühe) mit überwiegend Ackerbau		
		832 MILCHVIEH – ACKERBAUVER- BUNDBETRIEBE	Betriebe mit Spezialisierung auf die Kombination von Ackerbau und Weidevieh (insbesondere Milchkühe) mit überwiegend Rinder für die Milcherzeugung		
		833 VERBUNDBETRIEBE ACKERBAU MIT SONSTIGEM FUTTERBAU (SONSTIGEM WEIDEVIEH)	Übrige Betriebe mit Spezialisierung auf die Kombination von Ackerbau und sonstigem Futterbau (sonstigem Weidevieh) mit überwiegend Ackerbau		
		834 VERBUNDBETRIEBE SONSTIGER FUTTERBAU (SONSTIGES WEIDEVIEH) MIT ACKERBAU	Betriebe, die den Klassen 831 bis 833 nicht zugeordnet werden konnten		
	84 VERBUNDBETRIEBE MIT VERSCHIEDENEN KOMBINATIONEN: PFLANZENBAU – VIEHHALTUNG	841 ACKERBAU- VEREDLUNGS- BETRIEBE	Betriebe mit Spezialisierung auf die Kombination von Ackerbau und Veredlung		
		842 DAUERKULTUREN – FUTTERBAU- (WEIDEVIEH-) VERBUNDBETRIEBE	Betriebe mit Spezialisierung auf die Kombination von Dauerkulturen und Futterbau (Weidevieh)		
		844 PFLANZENBAU – VIEHHALTUNGS- GEMISCHTBETRIEBE	Betriebe, die den Klassen 841 und 842 nicht zugeordnet werden konnten		
	9 NICHT IM KLASSIFI- ZIERUNGSSYSTEM ERFASSTE BETRIEBE	900 NICHT IM KLASSIFI- ZIERUNGSSYSTEM ERFASSTE BETRIEBE	Stillgelegtes/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland/Brache mit Beihilfe-/Prämienanspruch ohne wirtschaftliche Nutzung und ohne nachwachsende Rohstoffe	C 0201	2.01.12.02.
			Aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland mit Beihilfe-/Prämienanspruch	C 0234	2.03.03.
			Haus- und Nutzgärten (ohne Park- und Grünanlagen, Ziergärten)	C 0239	2.02.

- Viehbestand

Für den Viehbestand werden die Merkmale nach Altersklassen aufgeteilt. Der SO entspricht dem Wert des Wachstums des Tieres während der in der Klasse verbrachten Zeit und damit der Differenz zwischen dem Wert des Tieres beim Verlassen der Klasse und dem Wert des Tieres beim Eintreten in die Klasse.

- Kälber (unter 8 Monate alt) und Jungrinder (8 Monate bis unter einem Jahr alt), männlich und weiblich:

Die für Kälber und Jungrinder ermittelten SO werden für die Berechnung des gesamten SO des Betriebes nur berücksichtigt, wenn sich mehr Kälber und Jungrinder als Muttertiere im Betrieb befinden. Nur die SO, die sich auf die überzählige Anzahl von Kälbern und Jungrindern beziehen (d.h. Anzahl der Kälber und Jungrinder abzüglich Anzahl der Muttertiere) werden berücksichtigt.

- Andere Schafe (z. B. Schafe unter 1 Jahr, Schafböcke zur Zucht) und andere Ziegen (z. B. Zicklein, Ziegenböcke):

Die für andere Schafe bzw. andere Ziegen ermittelten SO werden für die Berechnung des gesamten SO des Betriebes nur berücksichtigt, wenn sich keine Muttertiere in dem Betrieb befinden.

- Ferkel:

Die für Ferkel ermittelten SO werden für die Berechnung des gesamten SO des Betriebes nur berücksichtigt, wenn sich keine Muttertiere in dem Betrieb befinden.

- Junghennen und Junghennenküken:

Aufgrund der starken Spezialisierung in der Geflügelaufzucht und

-haltung werden hierfür pauschale SO für die Berechnung des gesamten SO des Betriebes verwendet. Andernfalls würden spezialisierte Junghennenbetriebe nicht klassifiziert.

- Futterpflanzen

Gibt es kein Weidevieh im Betrieb, so gelten die Futterpflanzen als zum Verkauf bestimmt und gehören zum SO für den Ackerbau. Gibt es Weidevieh im Betrieb, so gelten die Futterpflanzen als zur Fütterung des Weideviehs bestimmt und gehören zum SO für Futterbau (Weidevieh).

3 Hinweise zur Stichprobenerhebung

Wie bereits unter Abschnitt 1 beschrieben wurde die ASE 2016 als Kombination einer allgemeinen Erhebung und einer Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Stichprobe ist als einstufiges geschichtetes Auswahlverfahren konzipiert. Als Grundlage für das Auswahlverfahren dienen die im Betriebsregister Landwirtschaft (BRL) geführten Betriebe, die die für die ASE relevanten Erfassungsgrenzen erfüllen. Bei der Schichtung der Stichprobe erfolgt im ersten Schritt die Aufteilung der Grundgesamtheit auf Ebene der NUTS-2-Regionen. Im zweiten Schritt werden die Einheiten auf die für die jeweilige NUTS-2-Region zutreffenden Schichten aufgeteilt. Als Schichtungsmerkmale für das Aufteilungsverfahren dienen die Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche, die für die Erfüllung der Genauigkeitsanforderungen der Verordnung (EG) 1166/2008 relevanten Anbau- und Viehbestandsmerkmale (z. B. Getreide zur Körnergewinnung, Rinder), die Wirtschaftsweise des Betriebes (ökologisch/konventionell) und die Produktionsschwerpunkte der Betriebe auf NUTS-2-Ebene. Letztere umfassen die Betriebe, die sich durch Produktionsschwerpunkte (z. B. große Tierbestände, Sonderkulturen, Gartenbau) oder die besondere Bedeutung dieser Produktion aus der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebe herausheben. Zusätzlich ist eine Schicht für die Neuzugänge vorgesehen. Für die Zufallsauswahl der Stichprobenbetriebe wird in den Statistischen Ämtern der Länder das Verfahren der

"Kontrollierten Auswahl" angewendet. Dazu können beliebig viele voneinander unabhängige Stichproben gezogen werden. Für jede dieser Stichproben wird eine "Schattenaufbereitung" anhand von ausgewählten wichtigen Erhebungsmerkmalen (Tier-, Hauptnutzungs- und Kulturarten) durchgeführt. Die hochgerechneten Ergebnisse werden anschließend mit den entsprechenden Totalwerten der Auswahlgrundlage verglichen. Abschließend wird die Stichprobe ausgewählt, welche die geringsten Abweichungen gegenüber den entsprechenden Totalwerten der Kontrollmerkmale aufweist.

Die repräsentativen Ergebnisse der Agrarstrukturhebung werden tabellarisch mit Darstellung des statistischen Fehlers ausgewiesen. Dazu wird der einfache relative Standardfehler als Maß für die Größe des Zufallsfehlers herangezogen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden als Fehlerrechnungsergebnisse nicht die Standardfehler (in %), sondern Fehlerklassen gebildet und mit einem entsprechenden Kennzeichen veröffentlicht. Die den Ergebniswerten nachgestellten Buchstaben gelten für die folgenden Fehlerklassen. Der einfache relative Standardfehler beträgt in der Fehlerklasse

A:		bis unter	± 2 Prozent
B:	± 2	bis unter	± 5 Prozent
C:	± 5	bis unter	± 10 Prozent
D:	± 10	bis unter	± 15 Prozent
E:	± 15 Prozent und mehr		

Die Werte der Fehlerklasse E werden ausgeblendet und durch einen „/“ ersetzt. Durch die Fehlerkennzeichnung soll der Nutzer in die Lage versetzt werden, die Ergebniszuverlässigkeit für seine Zwecke hinreichend abschätzen zu können.

4 Vorbereitung der Erhebung

Zur organisatorischen Vorbereitung gehören insbesondere die folgenden Arbeitsschritte:

- Konzeption der Onlinefragebogen (einschließlich der integrierten Plausibilisierungsprüfungen), der Papierfragebogen und des Handbuches zur Erhebung (siehe Anlagen 6 und 7).
- Entwicklung der Prüfcodes und Prüfabläufe für die Plausibilisierung des Datenmaterials, von Berechnungsregeln für die sog. Typisierung der Betriebe (z. B. Berechnung der AK-E, der Größenklassen der LF, Ermittlung von Haupt-/Nebenerwerb) sowie von Rechenanweisungen für die Hochrechnung der Stichprobenergebnisse für das Aufbereitungsprogramm AGRA 2010.
- Berichtskreisabgrenzung, d. h. die Abgrenzung der zum Erhebungsbereich gehörenden Betriebe auf Basis der im Betriebsregister Landwirtschaft (BRL) vorhandenen Daten, die durch die Statistischen Ämter der Länder mit Ergebnissen früherer Erhebungen und Verwaltungsdatenquellen ständig aktualisiert werden. Diese Betriebe werden hier für die jeweilige Erhebung als auskunftspflichtig gekennzeichnet und damit der Erhebungsgrundgesamtheit zugeordnet.
- Ziehung der Stichprobenbetriebe mittels eines maschinellen Stichprobenauswahlprogramms.
- Aufbau einer Erhebungsorganisation einschließlich der Schulung des Personals.

5 Aufbereitung

5.1 Datenerfassung

Der Datenrücklauf kann auf verschiedenen Wegen (Online- und Papierfragebogen, Telefon, Telefax) und aus unterschiedlichen Quellen (Erhebungsdaten, InVeKoS, HIT-Teil Rinder, ggf. weitere Verwaltungsdaten) erfolgen. Wege und Quellen unterscheiden sich zwischen den Ländern, insbesondere bei den in Verwaltungsdatenbanken gespeicherten Merkmalen. Die eingehenden Daten werden in den Statistischen Ämtern der Länder nach einer Eingangs- bzw. Sichtkontrolle (s. Kapitel 5.1) in das Aufbereitungs- und Plausibilisierungsprogramm AGRA 2010 übernommen. Dabei müssen die in den verschiedenen Verwaltungsquellen vorliegenden Daten einzelbetrieblich sowohl miteinander als auch mit den durch die Befragung gewonnenen Daten kombiniert werden.

5.2 Kontrollarbeiten

Eine zentrale Aufgabe der Datenaufbereitung ist die Plausibilitätskontrolle der einzelbetrieblichen Angaben sowie die anschließende Korrektur fehlerhafter Daten in AGRA 2010. Die Fragebögen werden in den Statistischen Ämtern der Länder oder den Erhebungsstellen zunächst einer gezielten Eingangs- und Sichtkontrolle unterzogen. Dabei wird sowohl der vollzählige Eingang der ausgefüllten Fragebogen, die Vollständigkeit, die Lesbarkeit und die Richtigkeit der Angaben über Anschriftenänderungen, Neuaufnahme und Löschung von Betrieben als auch die Richtigkeit weiterer wichtiger einzelbetrieblicher Angaben geprüft.

Der Eingangs- und Sichtkontrolle folgt die Übernahme der Daten in das Aufbereitungs- und Plausibilisierungsprogramm „AGRA 2010“. Hier werden die einzelbetrieblichen Datensätze maschinell mittels Signier-, Summen-, Maxima- und Kombinationskontrollen geprüft und den Bearbeitern einzelbetrieblich alle Plausibilitätsfehler angezeigt. Dabei wird zwischen „Fehlern“ und „Prüfhinweisen“ unterschieden.

Im Einzelnen handelt es sich bei

- Fehlern um solche, die zu bereinigen sind (z. B. fehlende Altersangabe für eine Person), da offenkundige, nicht erklärbare fehlerhafte Angaben oder Unstimmigkeiten bei Beziehungen von Angaben zueinander vorliegen,
- Prüfhinweisen um Angaben oder Beziehungen von Angaben zueinander, die zwar möglich sind, aber entweder unter Berücksichtigung der Betriebs- und Wirtschaftsverhältnisse in der Landwirtschaft unwahrscheinlich oder selten sind oder aus zeitlich unterschiedlichen Einzelerhebungen stammen und daher nicht zwingend zueinander passen müssen. In derartigen Fällen wird durch Heranziehen sonstiger Angaben geprüft, ob und ggf. in welcher Weise eine Berichtigung der betreffenden Angaben erforderlich ist.

Die festgestellten Fehler werden dann – teilweise nach Rückfragen bei den Auskunftspflichtigen – manuell im Dialog durch die Bearbeiter bereinigt. Zur Vereinfachung der manuellen Fehlerkorrektur kann für einzelne Merkmale eine maschinelle Fehlerkorrektur erfolgen. Diese ist aber auf ausgewählte Merkmale beschränkt und vergibt für fehlerhafte Daten eines Merkmals während des Korrekturlaufs für alle Betriebe, bei denen der Fehler auftritt, eine einheitliche zuvor definierte plausible Merkmalsausprägung.

Nach Vorliegen des kompletten plausibilisierten Einzelmaterials können Daten für die anschließende Tabellierung der Ergebnisse bereitgestellt werden.

5.3 Tabellenprogramm

Das Tabellenprogramm zur ASE 2016 beinhaltet alle Veröffentlichungstabellen, die in Abstimmung mit den Statistischen Ämtern der Länder auf der Grundlage des zu

erfragenden Merkmalskataloges erarbeitet wurden und damit die Grundlage für die Öffentlichkeitsarbeit der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder darstellen.

Die Tabellen sind in der Vorspalte bzw. Kopfspalte nach bestimmten Größenklassen quantitativer Merkmale je nach darzustellendem Sachverhalt unterschiedlich gegliedert. Für die quantitativen Gliederungen der Tabellen werden folgende Merkmale herangezogen

- landwirtschaftlich genutzte Fläche,
- Ackerland,
- Dauerkulturen,
- Dauergrünland,
- Waldfläche einschließlich Kurzumtriebsplantagen,
- Rebfläche,
- Standardoutput,
- Jahrespachtentgelt,
- Arbeitskräfte (Personenzahl),
- Altersgruppen,
- Viehbestand (Großvieheinheiten und Tierbestände)
- gärtnerische Nutzfläche
- Grundflächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern (Gewächshausfläche).

Um den regional unterschiedlichen Betriebsstrukturen Rechnung zu tragen, werden Größenklassengliederungen in unterschiedlicher Tiefe verwendet. Neben der Gliederung für Bundestabellen (Grundgliederung) gibt es eingeschränkte bzw. erweiterte Gliederungen für die Veröffentlichungen der Bundesländer (siehe Übersicht 6). Die regionale Gliederung der Tabellen erfolgt nach Bundesländern, NUTS-2-Regionen, Kreisen und Gemeinden, wobei die Tabellen in Abhängigkeit von den Tabelleninhalten unterschiedlich tief gegliedert sind. Teilweise wird auf einen detaillierten regionalen Ergebnismachweis aufgrund zu geringer Besetzungszahlen in den jeweiligen Tabellen verzichtet.

Die Tabellenummerierung folgt der inhaltlichen Gliederung der Tabellen für unterschiedliche Sachverhalte (z. B. Bodennutzung, Viehbestände oder Arbeitskräfte) und Informationseinheiten (z. B. landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen). Dabei werden totale Ergebnisse mit einem T (total) und repräsentative Ergebnisse mit einem R (repräsentativ) nach der jeweiligen

Tabellenummer gekennzeichnet. In den repräsentativen Ergebnistabellen wird zudem die Größe des relativen Standardfehlers mittels Buchstabenkennung deutlich gemacht (siehe Abschnitt 4 dieser Veröffentlichung).

Eine Zusammenfassung über alle Tabellen der ASE beinhaltet Übersicht 8.

6 Veröffentlichung der Ergebnisse

Da nicht alle Tabellen des Tabellenprogramms von den statistischen Ämtern veröffentlicht werden müssen, wurde zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder ein Mindestveröffentlichungsprogramm (MVP) vereinbart, dessen Tabellen für alle Bundesländer veröffentlicht werden. Die zum MVP gehörenden Tabellen sind ebenfalls in Übersicht 8 ersichtlich.

6.1 Veröffentlichungen durch das Statistische Bundesamt

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht Ergebnisse für Deutschland insgesamt und die Bundesländer. Der Ergebnismachweis erfolgt in einheitlicher Vor- und Kopfspaltengliederung. Die Ergebnisse des allgemeinen Erhebungsteils werden in voller Stellenzahl veröffentlicht. In Tabellen mit repräsentativen Ergebnissen werden Betriebszahlen in 1 000 mit zwei Nachkommastellen, alle anderen Werte werden mit einer Nachkommastelle ausgewiesen. Auftretende Rundungsdifferenzen werden dabei nicht ausgeglichen.

Um zu vermeiden, dass in den veröffentlichten Tabellen Einzelangaben von Betrieben offengelegt werden, unterliegt das gesamte Tabellenprogramm einer abgestimmten, länderübergreifenden Geheimhaltung. Bei der Geheimhaltung wird u.a. berücksichtigt, wie viele Fälle hinter jedem einzelnen Tabellenfeld stehen, in welchem Umfang einzelne Fälle zu den Werten in den Tabellenfeldern beitragen (primäre Geheimhaltung) und ob durch Summen- oder Differenzbildung (sekundäre Geheimhaltung) bereits geheim gehaltene Werte wieder aufgedeckt werden können.

Wenn im Rahmen der Geheimhaltung entsprechende Positionen ermittelt wurden, werden diese Felder gesperrt und die Werte nicht veröffentlicht.

Aus Geheimhaltungsgründen werden gelöschte Einzelangaben durch einen Punkt gekennzeichnet. Sekundäre Geheimhaltungen verhindern die rechnerische Ermittlung dieser geheim gehaltenen Angaben. Die gelöschten Daten sind jedoch in den Randsummen enthalten.

Die von der Gruppe „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ des Statistischen Bundesamtes herausgegebenen Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016 erscheinen in der Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ sowie in diversen Tabellenbänden.

Publikationen im Rahmen der Fachserie 3:

- Betriebe mit Waldflächen, Reihe 2.1.1
- Bodennutzung der Betriebe (Landwirtschaftlich genutzte Fläche), Reihe 3.1.2
- Bodennutzung der Betriebe (Struktur der Bodennutzung) einschließlich Zwischenfruchtanbau, Reihe 2.1.2
- Viehhaltung der Betriebe, Reihe 2.1.3
- Betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Standardoutput, Reihe 2.1.4
- Rechtsformen und Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen Betriebe (Haupt- und Nebenerwerb), Reihe 2.1.5
- Eigentums- und Pachtverhältnisse, Reihe 2.1.6
- Einkommenskombinationen, Reihe 2.1.7
- Arbeitskräfte und Berufsbildung der Betriebsleiter/Geschäftsführer, Reihe 2.1.8
- Betriebe mit ökologischem Landbau, Reihe 2.2.1
- Wirtschaftsdünger: Lagerung und Ausbringung, Reihe 2.2.2
- Betriebe mit Weinbau, Reihe 2.2.3
- Gartenbauerhebung, Reihe 2.2.4

Tabellenbände zur ASE 2016:

- Bewässerung
- Bodenbearbeitung, Erosionsschutz, Fruchtwechsel
- Gewinnermittlung/Umsatzbesteuerung in landwirtschaftlichen Betrieben
- Förderprogramme

Die aufgeführten Reihen und Tabellenbände werden auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) kostenlos zum Download bereitstehen.

6.2 Veröffentlichungen durch die Statistischen Ämter der Länder

Die Statistischen Ämter der Länder publizieren die Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung auf der Grundlage des zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder vereinbarten MVP (siehe Übersicht 8). Es liegt im Ermessen der Statistischen Ämter der Länder, mit ihren Veröffentlichungen über das Mindestveröffentlichungsprogramm hinauszugehen. Dazu gehört auch die Entscheidung über die regionale Gliederungstiefe (Gemeinde- bis Landesebene) der veröffentlichten Tabellen.

Übersicht 7:
**Vorspaltengrößengliedern
in den Aufbereitungstabellen zur Agrarstrukturerhebung 2016**

	Bund	Land, NUTS2, Kreise		
		wahlweise		
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	unter 5	wie Bund	unter 5	unter 5
	5 - 10		5 - 10	5 - 10
	10 - 20		10 - 20	10 - 20
	20 - 50		20 - 50	20 - 50
	50 - 100		50 - 100	50 - 100
	100 - 200		100 - 200	100 und mehr
	200 - 500		200 und mehr	Insgesamt
	500 - 1 000		Insgesamt	
	1 000 und mehr Insgesamt			
Standardoutput von ... bis unter ... EUR	unter 4 000	wie Bund	unter 4 000	
	4 000 - 8 000		4 000 - 8 000	
	8 000 - 15 000		8 000 - 15 000	
	15 000 - 25 000		15 000 - 25 000	
	25 000 - 50 000		25 000 - 50 000	
	50 000 - 100 000		50 000 - 100 000	
	100 000 - 250 000		100 000 - 250 000	
	250 000 - 500 000		250 000 - 500 000	
	500 000 - 750 000		500 000 - 750 000	
	750 000 und mehr Insgesamt		750 000 - 1 000 000 1 000 000 - 1 500 000 1 500 000 - 3 000 000 3 000 000 - und mehr Insgesamt	
Altersgruppen Alter von ... bis ... Jahren	15 - 24	wie Bund		
	25 - 34			
	35 - 44			
	45 - 54			
	55 - 64			
	65 und älter Insgesamt			
Anteil des Umsatzes aus Einkommenskombinati- onen am Gesamtumsatz des Betriebes von über ... bis ... %	0 - 10	wie Bund		
	10 - 50			
	50 unter 100			
	Insgesamt			
Größenklassen der Arbeitskräfte Betriebe mit ... Arbeitskräften	1	wie Bund		
	2			
	3			
	4 und 5			
	6 und mehr			
	Insgesamt			
	darunter:			
	6 - 9 10 - 19 20 und mehr			

7 Zeitliche Vergleichbarkeit

Während die Agrarstrukturhebungen von 1975 bis 2007⁷ in zweijährlichem Abstand durchgeführt wurden, gilt seit 2010 ein dreijährlicher Erhebungsrhythmus. Dazu kommen die in zehnjährlichem Abstand stattfindenden Landwirtschaftszählungen: In den Jahren, in denen eine Landwirtschaftszählung (LZ) durchgeführt wird, ist die Agrarstrukturhebung Teil dieser Totalerhebung. Dies war auch in 2010 der Fall, hier war die Agrarstrukturhebung in die totale Haupterhebung der LZ 2010 integriert (ASE/LZ).

Beim Vergleich der Ergebnisse aus der ASE 2016 mit Daten aus vorangegangenen Erhebungen ist stets die jeweilige Erhebungsmethodik zu berücksichtigen. Obwohl die Agrarstrukturhebung grundsätzlich so konzipiert ist, dass mögliche Fehler minimiert werden, können totale Ergebnisse und Stichprobenergebnisse zu gleichen Sachverhalten voneinander abweichen. Der Grund dafür sind nicht-stichprobenbedingte Fehler, die generell sowohl bei Total- als auch bei Stichprobenerhebungen auftreten können und Zufallsfehler in der Stichprobe (siehe Abschnitte zu stichprobenbedingten und nicht-stichprobenbedingten Fehlern im Qualitätsbericht).

Im Hinblick auf die Abschneidegrenzen (siehe auch Übersicht 1) sind die Ergebnisse aus 2016 mit denen aus dem Jahr 2013 und 2010 vergleichbar, da seit der ASE/LZ 2010 (mit Ausnahme der Abschneidegrenze für Geflügelhaltungsplätze) dieselben Abschneidegrenzen bestehen. Dies gilt auch für die verwendeten Berechnungsvorschriften. Für Vergleiche mit Erhebungsdaten vor 2010 trifft dies nicht zu (siehe auch Fachserie 3, Reihe 2, S. 5 „Methodische Grundlagen der Agrarstrukturhebung 2007“). Das liegt daran, dass für die ASE/LZ 2010 das Erhebungskonzept angepasst wurde. Für die ASE/LZ gelten dadurch im Vergleich zu den vorherigen Erhebungen höhere Erfassungsgrenzen, es wurden verschiedene Merkmale bzw. Merkmalsdefinitionen geändert bzw. neu eingeführt und neue Berechnungsvorschriften zur Klassifizierung landwirtschaftlicher Betriebe nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung und der wirtschaftlichen Betriebsgröße verwendet. Zudem wurde die sozialökonomische Gliederung der Einzelunternehmen in Haupt- und Nebenerwerb angepasst und die Berechnung der Arbeitskräfte-Einheiten. Daher führt der zeitliche Vergleich von Merkmalen aus den Agrarstrukturhebungen bis 2007 mit identischen Merkmalen ab 2010 nur dann zu validen Aussagen, wenn die entsprechenden Ergebnisse auf den gleichen Berechnungsvorschriften und mit den Abschneidegrenzen der nachfolgenden Erhebungen vorgenommen werden.

Ansonsten lassen die genannten Änderungen des Erhebungskonzepts nur stark eingeschränkte Zeitvergleiche der Daten ab 2010 mit denen aus den vorangegangenen Agrarstrukturhebungen zu.

8 Die Agrarstrukturhebung als Teil der europaweiten Betriebsstrukturhebungen

Auf europäischer Ebene bildet die Verordnung (EG) 1166/2008 den rechtlichen Rahmen für die in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) durchzuführenden „Betriebsstrukturhebungen“. Mit dem Ziel einer europaweiten Vergleichbarkeit der Daten werden in Anhang III der Verordnung (EG) 1166/2008 der Merkmalskatalog für die Betriebsstrukturhebungen festgelegt und in der Verordnung (EG) Nr. 1200/2009⁸ der Kommission vom 30. November 2009 zur Durchführung der

⁷ Für das Berichtsjahr 2009 wurde die Agrarstrukturhebung ausgesetzt. Stattdessen führten die Statistischen Ämter der Länder in Vorbereitung der Landwirtschaftszählung 2010 eine Feststellung der Grundgesamtheit (FdG) durch.

⁸ Verordnung (EG) Nr. 1200/2009 der Kommission vom 30. November 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008.

Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 die zugehörigen Merkmalsdefinitionen. Allerdings sieht die Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 auch gewisse Gestaltungsspielräume für die EU-Mitgliedstaaten vor, beispielsweise bei der Festlegung der Erhebungstermine und Erfassungsgrenzen, woraus sich Unterschiede bei der jeweils eingesetzten Methodik ergeben können.

In Deutschland dient die Agrarstrukturerhebung zur Erfüllung der in Bezug auf die Betriebsstrukturerhebung formulierten Datenlieferverpflichtung aus der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008. Dazu werden dem europäischen Statistikamt Eurostat Einzeldaten aus der ASE in einem vorgegebenen Format (sog. EUROFARM-Lieferdatensatz) übermittelt. Die ausschließlich national auf Basis des Agrarstatistikgesetzes (AgrStatG) in der ASE erhobenen Daten (z. B. Pachtpreise) und die Hilfsmerkmale nach § 92 AgrStatG sind nicht Bestandteil der Datenlieferung.

Die Übermittlung, Auswertung und Veröffentlichung der Daten erfolgt auf EU-Ebene mit Hilfe des EUROFARM-Systems. Hierbei handelt es sich um ein Netz von Datenbanken, das die Auswertung der Betriebsstrukturerhebung für die Zwecke der einzelstaatlichen und der gemeinsamen Agrarpolitik erlaubt. Auch die Veröffentlichungen von Eurostat unterliegen den Geheimhaltungsregeln des Europäischen Statistischen Systems und müssen die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 223/2009⁹ über europäische Statistiken einhalten. Damit werden ebenso wie bei nationalen Veröffentlichungen Einzelangaben von Betrieben geheim gehalten.

⁹ Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken.

Tabellenprogramm zur Agrarstrukturerhebung 2016

Tabellen- block	Tabellen- nummer	Überschrift	Summensatz	Veränderung gegenüber Tabellenprogramm 2013	Vorspalten- gliederung	Regionale Tiefe	Vorgesehen für MVP - Land (auch teilweise)
Block 01	0101.1	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt JJJJ nach jeweiligen Flächen und Anbaukulturen	0101	Merkmale geändert	-	Kreis	nein
Block 01	0101.2	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt JJJJ nach jeweiligen Flächen und Anbaukulturen (Ausgabe Ernte)	0101	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 01	0102.1	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt JJJJ nach jeweiligen Flächen und Anbaukulturen	0102	durchschnittl. LF und Ackerland entfernt	-	Kreis	ja
Block 01	0102.2	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt JJJJ nach jeweiligen Flächen und Anbaukulturen (Ausgabe Ernte)	0102	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 01	0102.3	Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau JJJJ nach jeweiligen ökologischen Flächen und Anbaukulturen	0102	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 01	0103	Landwirtschaftliche Betriebe JJJJ nach Betriebsfläche, ausgewählten Hauptnutzungsarten sowie Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0112		LF	Kreis	ja
Block 01	0104	Landwirtschaftliche Betriebe mit Ackerland und Anbau von Getreide zur Körnergewinnung JJJJ nach Getreidearten und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0112		LF	Kreis	ja
Block 01	0105	Landwirtschaftliche Betriebe mit Ackerland und mit Anbau von ausgewählten Getreidearten sowie Winterraps zur Körnergewinnung und Silomais/Grünmais JJJJ nach Größenklassen des Ackerlands	0105		Ackerland	Kreis	ja
Block 01	0106	Landwirtschaftliche Betriebe mit Anbau von Pflanzen zur Grünernte JJJJ nach Pflanzenarten und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0112		LF	Kreis	ja
Block 01	0107	Landwirtschaftliche Betriebe mit Anbau von ausgewählten Ackerkulturen JJJJ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0112		LF	Kreis	ja
Block 01	0108	Landwirtschaftliche Betriebe mit Anbau von Dauerkulturen insgesamt und Obstanlagen JJJJ nach Größenklassen der Dauerkulturen	0108		Dauerkulturen	Kreis	nein
Block 01	0109	Landwirtschaftliche Betriebe mit landwirtschaftlich genutzter Fläche und mit Dauergrünland JJJJ nach Art der Nutzung des Dauergrünlands und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0109		LF	Kreis	nein
Block 01	0110	Landwirtschaftliche Betriebe mit landwirtschaftlich genutzter Fläche und Dauergrünland JJJJ nach Art der Nutzung des Dauergrünlands nach Größenklassen des Dauergrünlands	0110		Dauergrün- landfläche	Kreis	nein
Block 01	0111	Landwirtschaftliche Betriebe mit Anbau von ausgewählten Ackerkulturen JJJJ nach Größenklassen der jeweiligen Kulturart	0111		jeweilige Kulturart	Kreis	nein
Block 02	0201.1	Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung und Viehbestand am 1. März JJJJ nach Tierarten und regionaler Einheit	0201		-	Kreis	ja
Block 02	0201.2	Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung in ökologischer Wirtschaftsweise und Viehbestand am 1. März JJJJ nach Tierarten und regionaler Einheit	0201	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 02	0202.1	Landwirtschaftliche Betriebe mit Rinderhaltung und Rinderbestand am 1. März JJJJ nach regionaler Einheit	0202		-	Kreis	ja
Block 02	0202.2	Landwirtschaftliche Betriebe mit Rinderhaltung in ökologischer Wirtschaftsweise und Rinderbestand am 1. März JJJJ nach regionaler Einheit	0202	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 02	0203.1	Landwirtschaftliche Betriebe mit Schweinehaltung und Schweinebestand am 1. März JJJJ nach regionaler Einheit	0203		-	Kreis	ja

Tabellenprogramm zur Agrarstrukturerhebung 2016

Tabellen- block	Tabellen- nummer	Überschrift	Summensatz	Veränderung gegenüber Tabellenprogramm 2013	Vorspalten- gliederung	Regionale Tiefe	Vorgesehen für MVP - Land (auch teilweise)
Block 02	0203.2	Landwirtschaftliche Betriebe mit Schweinehaltung in ökologischer Wirtschaftsweise und Schweinebestand am 1. März JJJJ nach regionaler Einheit	0203	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 02	0204.1	Landwirtschaftliche Betriebe mit Schafhaltung und Schafbestand am 1. März JJJJ nach regionaler Einheit	0204		-	Kreis	ja
Block 02	0204.2	Landwirtschaftliche Betriebe mit Schafhaltung in ökologischer Wirtschaftsweise und Schafbestand am 1. März JJJJ nach regionaler Einheit	0204	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 02	0205.1	Landwirtschaftliche Betriebe mit Ziegenhaltung und Ziegenbestand am 1. März JJJJ nach regionaler Einheit	0205		-	Kreis	ja
Block 02	0205.2	Landwirtschaftliche Betriebe mit Ziegenhaltung in ökologischer Wirtschaftsweise und Ziegenbestand am 1. März JJJJ nach regionaler Einheit	0205	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 02	0206.1	Landwirtschaftliche Betriebe mit Geflügelhaltung und Geflügelbestand am 1. März JJJJ nach regionaler Einheit	0206	Haltungsplätze	-	Kreis	ja
Block 02	0206.2	Landwirtschaftliche Betriebe mit Geflügelhaltung in ökologischer Wirtschaftsweise und Geflügelbestand am 1. März JJJJ nach regionaler Einheit	0206	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 02	0210	Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung, Viehbestand am 1. März und landwirtschaftlich genutzte Fläche JJJJ nach Größenklassen der Besatzdichte, sowie der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Großvieheinheiten	0218		LF GV	Kreis	nein
Block 02	0211	Landwirtschaftliche Betriebe mit Rinderhaltung und Rinderbestand am 1. März JJJJ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Großvieheinheiten	0218		LF GV	Kreis	nein
Block 02	0212	Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Milchkühen und Bestand an Milchkühen am 1. März JJJJ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Großvieheinheiten	0218		LF GV	Kreis	nein
Block 02	0213	Landwirtschaftliche Betriebe mit Schweinehaltung und Schweinebestand am 1. März JJJJ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Großvieheinheiten	0218		LF GV	Kreis	nein
Block 02	0214	Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Zuchtsauen und Bestand an Zuchtsauen am 1. März JJJJ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Großvieheinheiten	0218		LF GV	Kreis	nein
Block 02	0215	Landwirtschaftliche Betriebe mit Schafhaltung und Schafbestand am 1. März JJJJ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Großvieheinheiten	0218		LF GV	Kreis	nein
Block 02	0216	Landwirtschaftliche Betriebe mit Geflügelhaltung und Geflügelbestand am 1. März JJJJ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Großvieheinheiten	0218	Haltungsplätze	LF GV	Kreis	nein
Block 02	0217	Landwirtschaftliche Betriebe mit Legehennenhaltung und Legehennenbestand am 1. März JJJJ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Großvieheinheiten	0218	Haltungsplätze	LF GV	Kreis	nein
Block 02	0220	Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung und Viehbestand am 1. März JJJJ nach Größenklassen der Großvieheinheiten und Spezialisierung	0220		-	Kreis	nein
Block 02	0230	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Rindern am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0230	Arbeitskräfte entfernt	Rinder	Kreis	nein

Tabellenprogramm zur Agrarstrukturerhebung 2016

Tabellen- block	Tabellen- nummer	Überschrift	Summensatz	Veränderung gegenüber Tabellenprogramm 2013	Vorspalten- gliederung	Regionale Tiefe	Vorgesehen für MVP - Land (auch teilweise)
Block 02	0231	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Milchkühen am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0231	Arbeitskräfte entfernt	Milchkühe	Kreis	nein
Block 02	0232	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von anderen Kühen am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0232	Arbeitskräfte entfernt	andere Kühe	Kreis	nein
Block 02	0233	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von männlichen Rindern am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0233	Arbeitskräfte entfernt	männliche Rinder	Kreis	nein
Block 02	0234	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Kälbern sowie Jungrindern am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0234	Arbeitskräfte entfernt	Kälber und Jungrinder	Kreis	nein
Block 02	0235	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Schweinen am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0235	Arbeitskräfte entfernt, nachrichtlich 2000 und mehr	Schweine	Kreis	nein
Block 02	0236	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Zuchtsauen am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0236	Arbeitskräfte entfernt	Zuchtsauen	Kreis	nein
Block 02	0237	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von anderen Schweinen am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0237	Arbeitskräfte entfernt, nachrichtlich 2000 und mehr	andere Schweine	Kreis	nein
Block 02	0238	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Schafen am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0238	Arbeitskräfte entfernt	Schafe	Kreis	nein
Block 02	0239	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Ziegen am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0239	Arbeitskräfte entfernt	Ziegen	Kreis	nein
Block 02	0240	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Legehennen am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0240	Arbeitskräfte entfernt, Halungsplätze	Halungsplätze Legehennen	Kreis	nein
Block 02	0241	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Masthühnern am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0241	Arbeitskräfte entfernt, Halungsplätze	Halungsplätze Masthühner	Kreis	nein
Block 02	0242	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Truthühnern am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0242	Arbeitskräfte entfernt, Halungsplätze	Halungsplätze Truthühner	Kreis	nein
Block 02	0250	Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischer Viehhaltung am 1. März JJJJ nach Bestandsgrößenklassen	0250	neu aufgenommen	jeweilige Tierart	Kreis	nein
Block 03	0301	Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau JJJJ nach dem Grad der Umstellung, nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) und der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung	0301	BWA10-Gliederung	LF BWA	Kreis	ja
Block 03	0302	Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben mit ökologischem Landbau JJJJ nach Rechtsformen, sozialökonomischen Betriebstypen und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0302	neu aufgenommen	LF	Kreis	nein
Block 03	0303	Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau mit gepachteten Einzelgrundstücken der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) JJJJ nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0303	neu aufgenommen	LF BWA	Kreis	nein
Block 04	0401	Landwirtschaftliche Betriebe mit eigener und/oder gepachteter landwirtschaftlich genutzter Fläche JJJJ nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen sowie Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0401		LF	Kreis	nein

Tabellenprogramm zur Agrarstrukturerhebung 2016

Tabellen- block	Tabellen- nummer	Überschrift	Summensatz	Veränderung gegenüber Tabellenprogramm 2013	Vorspalten- gliederung	Regionale Tiefe	Vorgesehen für MVP - Land (auch teilweise)
Block 04	0402	Eigentums- und Pachtverhältnisse an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in landwirtschaftlichen Betrieben JJJJ nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen sowie Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0402		LF	Kreis	ja
Block 04	0403	Landwirtschaftliche Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) JJJJ nach Hauptnutzungsarten, Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0403		LF	Kreis	ja
Block 04	0404	Landwirtschaftliche Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) JJJJ nach Hauptnutzungsarten, Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen sowie nach Größenklassen des durchschnittlichen Jahrespachtentgeltes in EUR je Hektar	0404		Jahrespacht- entgelt	Kreis	nein
Block 04	0405	Landwirtschaftliche Betriebe JJJJ mit Neupachtungen oder Pachtpreisänderungen in den letzten 2 Jahren nach Hauptnutzungsarten, Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen sowie nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0405		LF	Kreis	nein
Block 04	0406	Landwirtschaftliche Betriebe und Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen mit geschlossener Hofpacht insgesamt JJJJ	0406		-	Kreis	nein
Block 05	0501.1	Landwirtschaftliche Betriebe und ausgewählte Merkmale der Bodennutzung und Viehhaltung JJJJ nach Rechtsformen - Nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0501	Haupt-/Nebenerwerb entfernt	LF	Kreis	ja
Block 05	0501.3	Landwirtschaftliche Betriebe und ausgewählte Merkmale der Bodennutzung und Viehhaltung JJJJ nach Rechtsformen - Nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung	0501	Haupt-/Nebenerwerb entfernt	BWA	Kreis	ja
Block 05	0501.4	Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen und ausgewählte Merkmale der Bodennutzung und Viehhaltung JJJJ - Nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0501.4	neu aufgenommen	LF	Kreis	nein
Block 05	0501.5	Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen und ausgewählte Merkmale der Bodennutzung und Viehhaltung JJJJ - Nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung	0501.5	neu aufgenommen	BWA	Kreis	nein
Block 05	0502.1	Ausgewählte Merkmale der Bodennutzung und Viehhaltung in landwirtschaftlichen Betrieben JJJJ nach Rechtsformen	0502	Haupt-/Nebenerwerb entfernt	-	Kreis	nein
Block 05	0502.2	Ausgewählte Merkmale der Bodennutzung und Viehhaltung in landwirtschaftlichen Betrieben JJJJ nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen	0502		-	Kreis	nein
Block 05	0503	Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche JJJJ nach Rechtsformen und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0503		LF	Kreis	nein
Block 05	0505	Landwirtschaftliche Betriebe mit Gewinnermittlung/Umsatzbesteuerung für steuerliche Zwecke JJJJ nach Rechtsformen und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0505	Haupt-/Nebenerwerb entfernt	LF	Kreis	nein
Block 06	0601.1	Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben JJJJ nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen - Nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0601		LF	Kreis	ja

Tabellenprogramm zur Agrarstrukturerhebung 2016

Tabellen- block	Tabellen- nummer	Überschrift	Summensatz	Veränderung gegenüber Tabellenprogramm 2013	Vorspalten- gliederung	Regionale Tiefe	Vorgesehen für MVP - Land (auch teilweise)
Block 06	0601.3	Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben JJJJ nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen - Nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung	0601		BWA	Kreis	ja
Block 06	0601.4	Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben JJJJ nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen - Nach der Anzahl der Personen	0601		Personenzahl	Kreis	nein
Block 06	0602	Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben JJJJ nach Art der Beschäftigung, Geschlecht und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0602	Rechtsformen und soz. Betriebstypen entfernt (vormals 0602.1 - 0602.4)	LF	Kreis	nein
Block 06	0603	Familienarbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen JJJJ nach der Art der Beschäftigung, Geschlecht, sozialökonomischen Betriebstypen und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0603		LF	Kreis	nein
Block 06	0604	Arbeitsleistung der Familienarbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen JJJJ nach der Art der Beschäftigung, Geschlecht, sozialökonomischen Betriebstypen und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0604		LF	Kreis	nein
Block 06	0605	Familienarbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen JJJJ nach der Art der Beschäftigung, Geschlecht, sozialökonomischen Betriebstypen und Altersgruppen	0605		Alter	Kreis	nein
Block 06	0606	Landwirtschaftliche Betriebe mit ständigen Arbeitskräften und Saisonarbeitskräften JJJJ nach Art der Beschäftigung, Geschlecht, Rechtsformen, sozialökonomischen Betriebstypen und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0606		LF	Kreis	nein
Block 06	0607	Ständige Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben JJJJ nach Art der Beschäftigung, Geschlecht, Rechtsformen und Altersgruppen	0607		Alter	Kreis	nein
Block 06	0608.1	Arbeitskräfte und Arbeitsleistung insgesamt in landwirtschaftlichen Betrieben mit Einkommenskombinationen JJJJ nach Art der Beschäftigung, Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen - Nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0608	Gliederung der Rechtsformen nach GKL der LF entfernt	LF	Kreis	nein
Block 06	0608.2	Arbeitskräfte und Arbeitsleistung insgesamt in landwirtschaftlichen Betrieben mit Einkommenskombinationen JJJJ nach Art der Beschäftigung, Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen - Nach Größenklassen des Standardoutput	0608	Gliederung der Rechtsformen nach GKL der LF entfernt	Standard-output	Kreis	nein
Block 06	0608.3	Arbeitskräfte und Arbeitsleistung insgesamt in landwirtschaftlichen Betrieben mit Einkommenskombinationen JJJJ nach Art der Beschäftigung, Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen - Nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung	0608	Gliederung der Rechtsformen nach GKL der LF entfernt	BWA	Kreis	nein
Block 06	0609	Familienarbeitskräfte und Arbeitsleistung insgesamt in landwirtschaftlichen Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen mit Einkommenskombinationen JJJJ nach Art der Beschäftigung und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0609		LF	Kreis	nein

Tabellenprogramm zur Agrarstrukturerhebung 2016

Tabellen- block	Tabellen- nummer	Überschrift	Summensatz	Veränderung gegenüber Tabellenprogramm 2013	Vorspalten- gliederung	Regionale Tiefe	Vorgesehen für MVP - Land (auch teilweise)
Block 06	0610	Ständige Arbeitskräfte und Arbeitsleistung insgesamt in landwirtschaftlichen Betrieben mit Einkommenskombinationen JJJJ nach Art der Beschäftigung und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0610	Gliederung der Rechtsformen nach GKL der LF entfernt	LF	Kreis	nein
Block 06	0611	Betriebsleiter/Geschäftsführer in landwirtschaftlichen Betrieben JJJJ nach Art der Beschäftigung, Geschlecht, Rechtsformen, sozialökonomischen Betriebstypen und Altersgruppen	0611		Alter	Kreis	nein
Block 06	0620	Landwirtschaftliche und/oder gärtnerische Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss der Betriebsleiter/Geschäftsführer in den landwirtschaftlichen und/oder Gartenbaubetrieben JJJJ nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen, Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF), Altersgruppen, Größenklassen des Standardoutput (SO) und der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung (BWA)	0620	Kopfzeile angepasst	LF	Kreis	nein
Block 07	0701	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt und mit Einkommenskombinationen JJJJ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0701	Gesundheits-, Sozial- od. Bildungsleistungen	LF	Kreis	nein
Block 07	0702	Landwirtschaftliche Betriebe mit Einkommenskombinationen und Betriebe ohne Einkommenskombinationen JJJJ nach dem Anteil des Umsatzes aus Einkommenskombinationen am Gesamtumsatz des Betriebes	0702		Umsatzanteil	Kreis	nein
Block 08	0801	Landwirtschaftliche Betriebe mit ausgewählten Merkmalen JJJJ nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung	0800	Arbeitsleistung entfernt	BWA	Kreis	nein
Block 08	0803.1	Landwirtschaftliche Betriebe mit Einkommenskombinationen JJJJ nach dem Anteil des Umsatzes aus Einkommenskombinationen am Gesamtumsatz des Betriebes, betriebswirtschaftlicher Ausrichtung, Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen - Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe	0800	Betriebe ohne Einkommens- kombinationen entfernt	BWA	Kreis	nein
Block 08	0803.2	Landwirtschaftliche Betriebe mit Einkommenskombinationen JJJJ nach dem Anteil des Umsatzes aus Einkommenskombinationen am Gesamtumsatz des Betriebes, betriebswirtschaftlicher Ausrichtung, Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen - Landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha	0800	Betriebe ohne Einkommens- kombinationen entfernt	BWA	Kreis	nein
Block 08	0804.1	Betriebswirtschaftliche Ausrichtung landwirtschaftlicher Betriebe JJJJ nach Rechtsformen - Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0800	Haupt-/Nebenerwerb entfernt	BWA	Kreis	ja (nur Ingesamtzeile)
Block 08	0804.2	Betriebswirtschaftliche Ausrichtung landwirtschaftlicher Betriebe JJJJ nach Rechtsformen - Landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)	0800	Haupt-/Nebenerwerb entfernt	BWA	Kreis	ja (nur Ingesamtzeile)
Block 08	0804.3	Betriebswirtschaftliche Ausrichtung landwirtschaftlicher Betriebe JJJJ nach Rechtsformen - Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen des Standardoutputs	0800	Haupt-/Nebenerwerb entfernt	BWA	Kreis	ja
Block 09	0901	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt und mit Teilnahme an Förderprogrammen für ländliche Entwicklung in den Jahren 2014 bis 2016 nach Art der Bewirtschaftung und Größenklassen der landwirtschaftliche genutzten Fläche (LF)	0901	BWA entfernt, Förderprogramm-Merkmale	LF	Kreis	nein
Block 10	1001	Landwirtschaftliche Betriebe mit Rebfläche JJJJ nach landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) und Rebfläche sowie nach Größenklassen der Rebfläche	1001		Rebfläche	Anbaubereich (fakultativ)	nein

Tabellenprogramm zur Agrarstrukturerhebung 2016

Tabellen- block	Tabellen- nummer	Überschrift	Summensatz	Veränderung gegenüber Tabellenprogramm 2013	Vorspalten- gliederung	Regionale Tiefe	Vorgesehen für MVP - Land (auch teilweise)
Block 10	1002	Landwirtschaftliche Betriebe mit Rebfläche der Rechtsform Einzelunternehmen JJJJ nach landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) und Rebfläche sowie nach sozialökonomischen Betriebstypen und Größenklassen der Rebfläche	1002		Rebfläche	Anbaugebiet	nein
Block 10	1003	Arbeitskräfte und Arbeitsleistung in landwirtschaftlichen Betrieben mit Rebfläche JJJJ nach Art der Beschäftigung und Personengruppen sowie nach Größenklassen der Rebfläche, nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen	1003	landw. Leistungen von Lohnunternehmen entfernt	Rebfläche	Anbaugebiet	nein
Block 10	1005	Landwirtschaftliche Betriebe mit Rebfläche JJJJ nach Eigentums- und Pachtverhältnissen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche und nach Größenklassen der Rebfläche	1005		Rebfläche	Anbaugebiet	nein
Block 10	1006	Landwirtschaftliche Betriebe mit Rebfläche JJJJ nach Art der Gewinnermittlung/Umsatzbesteuerung und nach Größenklassen der Rebfläche	1006	wieder aufgenommen (LZ 2010), ohne regionale Gliederung	Rebfläche	Bund	nein
Block 11	1101	Landwirtschaftliche Betriebe mit Zwischenfruchtanbau 2015/2016 nach Arten des Zwischenfruchtanbaus	1101	wieder aufgenommen (LZ 2010)	-	Kreis	nein
Block 11	1102	Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche und Kurzumtriebsplantagen JJJJ nach Größenklassen der Wald- und Kurzumtriebsplantagenfläche	1102		Wald + KUP	Kreis	nein
Block 11	1103	Forstbetriebe JJJJ nach Waldbesitzarten und nach Größenklassen der Waldfläche	1103	neu aufgenommen	Wald	NUT2	nein
Block 12	1202	Landwirtschaftliche Betriebe mit Bewässerungsmöglichkeit auf Freilandflächen – ohne Frostschutzberegnung – und bewässerte Fläche 2015 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 2016	1202		LF	Kreis	nein
Block 12	1203	Landwirtschaftliche Betriebe mit Bewässerung auf Freilandflächen - ohne Frostschutzberegnung - und bewässerte Fläche 2015 nach Bewässerungsverfahren und Wasserherkunft	1203	wieder aufgenommen (LZ 2010)	Wasserherkunft	Kreis	nein
Block 13	1301	Bodenbearbeitungsverfahren landwirtschaftlicher Betriebe auf Ackerflächen im Freiland 2015/16 sowie Ackerland ohne Fruchtwechsel von 2015 bis 2016 nach Größenklassen des Ackerlandes	1301	wieder aufgenommen (LZ 2010)	Ackerland	Kreis	nein
Block 13	1302	Landwirtschaftliche Betriebe mit Bodenbedeckung und Erosionsschutz auf Ackerflächen im Freiland von Oktober 2015 bis Februar 2016	1302	wieder aufgenommen (LZ 2010), mehrjähr. Kulturen	-	Kreis	nein
Block 13	1303	Ökologische Vorrangfläche JJJJ	1303	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 15	1500	Landwirtschaftliche Betriebe, die Wirtschaftsdünger auf Ackerland oder Dauergrünland ausgebracht haben, und die ausgebrachte Menge im Jahr 2015 nach Wirtschaftsdüngern und Kulturarten	1500	neu aufgenommen	Wirtschafts- düngerarten	Kreis	nein
Block 15	1501	Landwirtschaftliche Betriebe, die Wirtschaftsdünger an Dritte abgegeben oder von Dritten aufgenommen oder Wirtschaftsdünger auf Ackerland oder Dauergrünland ausgebracht haben, und ausgebrachte Menge im Jahr 2015 nach Wirtschaftsdüngerarten	1501	neu aufgenommen	Abgabe/ Aufnahme Wirtschaftsdünger + Wirtschafts- düngerarten	Kreis	nein
Block 15	1502	Landwirtschaftliche Betriebe, die flüssigen Wirtschaftsdünger auf Ackerland und Dauergrünland ausgebracht haben, und ausgebrachte Menge im Jahr 2015 nach Ausbringungstechniken und Kulturarten	1502	neu aufgenommen	Ausbringungs- technik	Kreis	nein

Tabellenprogramm zur Agrarstrukturerhebung 2016

Tabellen- block	Tabellen- nummer	Überschrift	Summensatz	Veränderung gegenüber Tabellenprogramm 2013	Vorspalten- gliederung	Regionale Tiefe	Vorgesehen für MVP - Land (auch teilweise)
Block 15	1503	Landwirtschaftliche Betriebe, die Wirtschaftsdünger auf Stoppeln oder unbestelltem Ackerland ausgebracht haben, und ausgebrachte Menge im Jahr 2015 nach Einarbeitungszeiten	1503	neu aufgenommen	Einarbeitungszeiten	Kreis	nein
Block 19	1901	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen 2016 nach Betriebsart und Größenklassen der gärtnerischen Nutzfläche	1901	neu aufgenommen	GN	Kreis	nein
Block 19	1902	Anzahl der Gartenbaubetriebe und deren gärtnerische Nutzfläche 2016 nach Betriebstyp und Größenklassen der gärtnerischen Nutzfläche	1902	neu aufgenommen	GN	Kreis	nein
Block 19	1903	Nutzung der Flächen von Betrieben mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen 2016 nach Betriebstyp und Größenklassen der gärtnerischen Nutzfläche	1903	neu aufgenommen	GN	Kreis	nein
Block 19	1904	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen 2016 nach Betriebsarten sowie Größenklassen der Betriebseinnahmen aus dem Gartenbau und der gärtnerischen Nutzfläche	1904	neu aufgenommen	GN	Kreis	nein
Block 19	1905	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen 2016 nach Nutzung der Flächen sowie Betriebsart, Betriebstyp und Größenklassen der gärtnerischen Nutzfläche	1905	neu aufgenommen	GN Betriebstyp	Kreis	nein
Block 19	1906.1	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen und Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern 2016 nach Art der Eindeckung und Nutzung sowie Betriebsart, Betriebstyp und Größenklassen der gärtnerischen Nutzfläche	1906.1	neu aufgenommen	GN Betriebstyp	Bund	nein
Block 19	1906.2	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen und Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern 2016 nach Art der Eindeckung und Nutzung sowie Betriebsart	1906.2	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 19	1907.1	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen und Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern 2016 nach Größenklassen der Gewächshausfläche und gärtnerischen Nutzfläche, Betriebsart und Betriebstyp	1907.1	neu aufgenommen	GN Betriebstyp	Bund	nein
Block 19	1907.2	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen und Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern 2016 nach Größenklassen der Gewächshausfläche und gärtnerischen Nutzfläche sowie Betriebsart	1907.2	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 19	1908	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen und Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern 2016 mit beheizter Gewächshausfläche nach Art des Gewächshauses, Energieträgern und Betriebsart	1908	neu aufgenommen	-	Kreis	nein
Block 19	1909	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen 2016 nach Größenklassen der gärtnerischen Nutzfläche und Nutzung der Flächen	1909	neu aufgenommen	Flächennutzung	Kreis	nein
Block 19	1910	Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen 2016 nach Betriebsart und Größenklassen der gärtnerischen Nutzfläche	1910	neu aufgenommen	GN	Kreis	nein
Block 19	1911	Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen 2016 nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen	1911	neu aufgenommen	Rechtsform + soz. Betriebstyp	Kreis	nein

Tabellenprogramm zur Agrarstrukturerhebung 2016

Tabellen-block	Tabellen-nummer	Überschrift	Summensatz	Veränderung gegenüber Tabellenprogramm 2013	Vorspalten-gliederung	Regionale Tiefe	Vorgesehen für MVP - Land (auch teilweise)
Block 19	1912.1	Gartenbauliche Berufsbildung mit dem höchsten Schulabschluss der Betriebsleiter/Geschäftsführer in Gartenbaubetrieben 2016 nach Betriebstypen sowie Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen	1912.1	neu aufgenommen	Betriebstyp + Rechtsform + soz. Betriebstyp	Kreis	nein
Block 19	1912.2	Landwirtschaftliche Berufsbildung mit dem höchsten Schulabschluss der Betriebsleiter/Geschäftsführer in Gartenbaubetrieben 2016 nach Betriebstypen sowie Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen	1912.2	neu aufgenommen	Betriebstyp + Rechtsform + soz. Betriebstyp	Kreis	nein
Block 98	9801	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe JJJJ nach Kreisen	9801	Haupt-/Nebenerwerb, Hofnachfolge, Arbeitskräfte, Pachten entfernt + Öko-Merkmale erweitert	-	Kreis	ja
Block 98	9802	Betriebswirtschaftliche Ausrichtung landwirtschaftlicher Betriebe JJJJ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und Rechtsformen	9802	Haupt-/Nebenerwerb entfernt	LF Rechtsform	Kreis	nein
Block 98	9803	Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung JJJJ nach Rechtsformen	9803	Haupt-/Nebenerwerb entfernt + Öko-Landbau	Rechtsform	Kreis	ja (nur Ingesamtzeile)
Block 98	9804.1	Landwirtschaftliche Betriebe und Flächen der Kulturarten JJJJ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und Rechtsformen	9804.1	Haupt-/Nebenerwerb entfernt + Öko-Landbau	LF Rechtsform	Kreis	ja (nur Ingesamtzeile)
Block 98	9804.2	Anbau auf dem Ackerland in landwirtschaftlichen Betrieben JJJJ nach ausgewählten Merkmalen und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und Rechtsformen	9804.2	Haupt-/Nebenerwerb entfernt + Öko-Landbau	LF Rechtsform	Kreis	ja (nur Ingesamtzeile)
Block 98	9811	Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe JJJJ nach Gemeinden	9811	Haupt-/Nebenerwerb entfernt + Öko-Merkmale erweitert	-	Gemeinde	nein
Block 98	9812	Landwirtschaftliche Betriebe JJJJ nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung	9812		-	Gemeinde	nein
Block 98	9814.1	Landwirtschaftliche Betriebe und Flächen der Kulturarten JJJJ	9814.1		-	Gemeinde	nein
Block 98	9814.2	Anbau auf dem Ackerland in landwirtschaftlichen Betrieben JJJJ nach ausgewählten Merkmalen	9814.2		-	Gemeinde	nein
Block 99	9900	Eckzahlentabelle	-	Merkmale geändert	-	NUTS2	nein

Anhang

Anlage 1

Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987
(BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes
vom 07. September 2007 (BGBl. I S. 2246)

Nachfolgend abgedruckt
das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke
(Bundesstatistikgesetz – BStatG) in der Fassung der Bekanntmachung
vom 20. Oktober 2016

Lfd. Nr.	Gesetz (änderndes)	Fundstelle	Begründung
1.		BGBI. I S. 462, 565	BT-Drs. 10/5345 (Gesetzentwurf)
2.	Artikel 2 Gesetz vom 17.12.1990	BGBI. I S. 2837	BT-Drs. 11/7768
3.	Artikel 6 Absatz 36 Gesetz vom 27.12.1993	BGBI. I S. 2378	
4.	Artikel 2 Gesetz vom 17.01.1996	BGBI. I S. 34	BR-Drs. 653/95
5.	Artikel 2 Gesetz vom 16.06.1998	BGBI. I S. 1300	BT-Drs. 13/9696
6.	Artikel 4 Gesetz vom 02.08.2000	BGBI. I S. 1253	BR-Drs. 65/99
7.	Artikel 3 Absatz 18 Gesetz vom 21.12.2000	BGBI. I S. 1857	
8.	Artikel 16 Gesetz vom 21.08.2002	BGBI. I S. 3322	BT-Drs. 14/9000
9.	Artikel 2 Gesetz vom 09.06.2005	BGBI. I S. 1534	BR-Drs. 878/04 BT-Drs. 15/4955
10.	Artikel 3 Gesetz vom 07.09.2007	BGBI. I S. 2246	BR-Drs. 68/07
11.	Artikel 13 Gesetz vom 25.07.2013	BGBI. I S. 2749	BR-Drs. 557/12
12.	Artikel 1 Gesetz vom 21.07.2016	BGBI. I S. 1768	BT-Drs. 18/7561
13.	Neufassung vom 20.10.2016	BGBI. I S. 2394	

Das Statistische Bundesamt hat diesem Deckblatt folgend den konsolidierten Gesetzestext¹ und (soweit vorhanden) die historische/n Gesetzesbegründung/en zusammengestellt. Der Begründungsteil des Gesamtdokuments wird nicht mehr ergänzt und bezogen auf aktuelle Regelungs-/Änderungsvorhaben durch einen Link (siehe oben) auf die hier bekannte Bundesrats- oder Bundestagsdrucksache² ersetzt.

¹ Quelle: www.gesetze-im-internet.de - „Gesetze im Internet“ ist als Datenbank im Sinne der §§ 87a ff. UrhG geschützt. Die Bereitstellung der Daten erfolgt durch die juris GmbH.

² Quelle: Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge (DIP) - www.bundestag.de.

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG)

BStatG

Ausfertigungsdatum: 22.01.1987

Vollzitat:

"Bundesstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394)"

Stand: Neugefasst durch Bek. v. 20.10.2016 I 2394 (+++ Textnachweis ab: 30.1.1987 +++)
 */

§ 1 Statistik für Bundeszwecke

Die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistik) hat im föderativ gegliederten Gesamtsystem der amtlichen Statistik die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Für sie gelten die Grundsätze der Neutralität, Objektivität und fachlichen Unabhängigkeit. Sie gewinnt die Daten unter Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter Einsatz der jeweils sachgerechten Methoden und Informationstechniken. Durch die Ergebnisse der Bundesstatistik werden gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge für Bund, Länder einschließlich Gemeinden und Gemeindeverbände, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung aufgeschlüsselt. Die Bundesstatistik ist Voraussetzung für eine am Sozialstaatsprinzip ausgerichtete Politik. Die für die Bundesstatistik erhobenen Einzelangaben dienen ausschließlich den durch dieses Gesetz oder eine andere eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift festgelegten Zwecken.

§ 2 Statistisches Bundesamt

- (1) Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.
- (2) Der Präsident oder die Präsidentin des Statistischen Bundesamtes wird vom Bundespräsidenten oder von der Bundespräsidentin auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt.
- (3) Das Statistische Bundesamt führt seine Aufgaben nach den Anforderungen der fachlich zuständigen Bundesministerien im Rahmen eines mit der Finanzplanung abgestimmten Aufgabenprogramms und der verfügbaren Haushaltsmittel auf der Grundlage der jeweils sachgerechten Methoden durch.

§ 3 Aufgaben des Statistischen Bundesamtes

- (1) Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es, vorbehaltlich sonstiger Rechtsvorschriften,
 1. Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) methodisch und technisch im Benehmen mit den statistischen Ämtern der Länder vorzubereiten und weiterzuentwickeln,
 2. die einheitliche und termingemäße Erstellung von Bundesstatistiken durch die Länder zu koordinieren sowie die Qualität der Ergebnisse dieser Statistiken in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder zu sichern,
 3. die Ergebnisse der Bundesstatistiken in der erforderlichen sachlichen und regionalen Gliederung für den Bund zusammenzustellen sowie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,
 4. Einzelangaben nach Maßgabe dieses Gesetzes oder einer anderen Rechtsvorschrift für wissenschaftliche Zwecke bereitzustellen; die Zuständigkeit der Länder, diese Aufgabe ebenfalls wahrzunehmen, bleibt unberührt,
 5. Bundesstatistiken zu erstellen, wenn und soweit dies in diesem oder einem sonstigen Bundesgesetz bestimmt ist oder die beteiligten Länder zustimmen,
 6. jeweils auf Anforderung oberster Bundesbehörden Zusatzaufbereitungen für Bundeszwecke, einschließlich der Entwicklung und der Anwendung von Mikrosimulationsmodellen sowie mikroökonomischer Analysen durchzuführen,

7. Sonderaufbereitungen durchzuführen, soweit die statistischen Ämter der Länder diese Aufbereitung nicht selbst durchführen,
8. Prüfungen und Eignungsuntersuchungen nach § 5a Absatz 2 und 3 durchzuführen,
9. im Auftrag oberster Bundesbehörden Statistiken nach § 8 zu erstellen,
10. Statistiken anderer Staaten, der Europäischen Union und internationaler Organisationen zusammenzustellen und ihre Ergebnisse für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,
11. die sachliche, zeitliche und räumliche Abstimmung von Bundesstatistiken und Statistiken, die in Nummer 9 genannt sind, zu koordinieren,
12. die Bundesregierung bei der Vorbereitung des Programms der Bundesstatistik und der Rechts- und allgemeinen Verwaltungsvorschriften des Bundes, die die Bundesstatistik berühren, zu unterstützen,
13. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und sonstige Gesamtsysteme statistischer Daten für Bundeszwecke aufzustellen sowie sie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,
14. das Statistische Informationssystem des Bundes zu führen sowie an der Koordinierung von speziellen Datenbanken anderer Stellen des Bundes mitzuwirken; das Gleiche gilt, soweit der Bund in entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung eingeschaltet wird,
15. zur Vereinfachung und Verbesserung der Datengewinnung und -verarbeitung für Zwecke der Bundesstatistik an Nummerungsvorhaben und Bestrebungen des Bundes zur Automation von Verwaltungsvorgängen und Gerichtsverfahren mitzuwirken; das Gleiche gilt, soweit der Bund in entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung eingeschaltet wird,
16. die Bundesbehörden bei der Vergabe von Forschungsaufträgen bezüglich der Gewinnung und Bereitstellung statistischer Daten zu beraten sowie im Auftrag der obersten Bundesbehörden auf dem Gebiet der Bundesstatistik Forschungsaufträge auszuführen, Gutachten zu erstellen und sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen;
17. zur Verringerung des Erhebungsaufwandes und zur Sicherstellung der Qualität und Kohärenz bei der Erstellung von Statistiken eng mit der Deutschen Bundesbank zusammenzuarbeiten.

(2) Die statistischen Ämter der Länder und die sonstigen mit der Durchführung von Bundesstatistiken betrauten Stellen leiten dem Statistischen Bundesamt auf Anforderung Einzelangaben zu, soweit dies für die methodische und technische Vorbereitung von Bundesstatistiken und die Weiterentwicklung nach Absatz 1 Nummer 1, für die Sicherung der Qualität der Ergebnisse nach Absatz 1 Nummer 2 oder für die Durchführung von Aufbereitungen nach Absatz 1 Nummer 6 und 7 erforderlich ist; das Gleiche gilt für die Erfüllung der entsprechenden Aufgaben des Bundesamtes im supra- und internationalen Bereich.

(3) Bei Landesstatistiken, an deren bundeseinheitlicher Zusammenstellung ein Bundesinteresse besteht, kann das Statistische Bundesamt die Aufgaben nach Absatz 1 Nummer 1 bis 4 wahrnehmen, soweit die beteiligten Länder zustimmen.

§ 3a Zusammenarbeit der statistischen Ämter

(1) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder dürfen, soweit sie für die Durchführung von Bundesstatistiken und für sonstige Arbeiten statistischer Art im Rahmen der Bundesstatistik zuständig sind, die Ausführung einzelner Arbeiten oder hierzu erforderlicher Hilfsmaßnahmen durch Verwaltungsvereinbarung oder auf Grund einer Verwaltungsvereinbarung auf andere statistische Ämter übertragen. Davon ausgenommen sind die Heranziehung zur Auskunftserteilung und die Durchsetzung der Auskunftspflicht.

(2) Zu den statistischen Arbeiten nach Absatz 1 gehört auch die Bereitstellung von Daten für die Wissenschaft.

§ 4 Statistischer Beirat

(1) Beim Statistischen Bundesamt besteht ein Statistischer Beirat, der es in statistischen Fachfragen berät und die Belange der Nutzer der Bundesstatistik vertritt.

(2) Der Statistische Beirat erhält eine Geschäftsordnung. Diese bedarf der Genehmigung des Bundesministeriums des Innern im Einvernehmen mit den Bundesministerien.

§ 5 Anordnung von Bundesstatistiken

(1) Die Bundesstatistiken werden, soweit in diesem Gesetz oder in einer sonstigen Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, durch Gesetz angeordnet. Die Rechtsvorschrift soll auch das Informationsbedürfnis der Länder einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände berücksichtigen.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Bundesstatistiken mit einer Geltungsdauer bis zu drei Jahren anzuordnen sowie Bundesstatistiken hinsichtlich der Merkmale und des Kreises der zu Befragenden für eine Geltungsdauer bis zu drei Jahren zu ergänzen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. Die Ergebnisse der Bundesstatistiken müssen zur Erfüllung bestimmter, im Zeitpunkt der Erhebung schon festliegender Bundeszwecke erforderlich sein,
2. die Bundesstatistiken dürfen nur einen beschränkten Personenkreis erfassen,
3. die voraussichtlichen Kosten der jeweiligen Bundesstatistik ohne die Kosten für die Veröffentlichung dürfen beim Bund und bei den Ländern einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen zwei Millionen Euro für die Erhebungen innerhalb eines Jahres nicht übersteigen.

Wirtschafts- und Umweltstatistiken dürfen mit Auskunftspflicht sonstige Bundesstatistiken dürfen nur ohne Auskunftspflicht angeordnet werden.

(2a) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Bundesstatistiken anzuordnen sowie durch Gesetz angeordnete Bundesstatistiken zu ergänzen, wenn dies zur Umsetzung oder Durchführung von Rechtsakten der Europäischen Union nach Artikel 338 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erforderlich ist. Wirtschafts- und Umweltstatistiken dürfen mit Auskunftspflicht angeordnet werden, sonstige Bundesstatistiken dürfen nur ohne Auskunftspflicht angeordnet werden.

(3) Die Bundesregierung erstattet dem Deutschen Bundestag alle zwei Jahre einen Bericht über die nach den Absätzen 2 und 2a angeordneten Bundesstatistiken sowie über die Bundesstatistiken nach § 7. Dabei sind die geschätzten Kosten darzulegen, die dem Bund und den Ländern einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände entstehen. Ferner soll auf die Belastung der zu Befragenden eingegangen werden.

(4) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bis zu vier Jahren die Durchführung einer Bundesstatistik oder die Erhebung einzelner Merkmale auszusetzen, die Periodizität zu verlängern, Erhebungstermine zu verschieben sowie den Kreis der zu Befragenden einzuschränken, wenn die Ergebnisse nicht mehr oder nicht mehr in der ursprünglich vorgesehenen Ausführlichkeit oder Häufigkeit benötigt werden oder wenn tatsächliche Voraussetzungen für eine Bundesstatistik entfallen sind oder sich wesentlich geändert haben. Die Bundesregierung wird außerdem ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bis zu vier Jahren von der in einer Rechtsvorschrift vorgesehenen Befragung mit Auskunftspflicht zu einer Befragung ohne Auskunftspflicht überzugehen, wenn und soweit ausreichende Ergebnisse einer Bundesstatistik auch durch Befragung ohne Auskunftspflicht erreicht werden können.

(5) Bundesstatistiken, bei denen Angaben ausschließlich aus allgemein zugänglichen Quellen verwendet werden, bedürfen keiner Anordnung durch Gesetz oder Rechtsverordnung. Das Gleiche gilt für Bundesstatistiken, bei denen Angaben ausschließlich aus öffentlichen Registern verwendet werden, soweit dem Statistischen Bundesamt oder den statistischen Ämtern der Länder in einer Rechtsvorschrift ein besonderes Zugangsrecht zu diesen Registern gewährt wird.

§ 5a Nutzung von Verwaltungsdaten

(1) Vor der Anordnung oder Änderung einer Bundesstatistik prüft das Statistische Bundesamt, ob bei Stellen der öffentlichen Verwaltung bereits Daten vorhanden sind, die für die Erstellung der jeweiligen Bundesstatistik qualitativ geeignet sind.

(2) Für die Prüfung der Eignung übermitteln die Verwaltungsstellen des Bundes und die nach Landesrecht für die Wahrnehmung der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung zuständigen Stellen dem Statistischen Bundesamt auf Anforderung zunächst Angaben über Herkunft, Struktur, Inhalt und andere Metadaten über ihre Verwaltungsdaten.

(3) Die Stellen nach Absatz 2 übermitteln auf Anforderung Einzelangaben ohne Name und Anschrift (formal anonymisierte Einzelangaben) an das Statistische Bundesamt, wenn diese für die Durchführung weiterer

Untersuchungen der Eignung der Verwaltungsdaten für statistische Zwecke erforderlich sind und das fachlich zuständige Bundesministerium das Statistische Bundesamt mit einer solchen Untersuchung beauftragt hat. Bei für die Wahrnehmung der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung zuständigen Stellen der Länder ist das Benehmen mit den jeweils zuständigen Ministerien der Länder herzustellen.

(4) Soweit das Statistische Bundesamt die Eignung der Verwaltungsdaten feststellt, sollen sie, vorbehaltlich sonstiger Rechtsvorschriften, für die Erstellung der jeweiligen Bundesstatistik verwendet werden. Die Übermittlung der Daten ist in der Rechtsvorschrift zu regeln, die die Bundesstatistik anordnet oder ändert.

§ 6 Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken

(1) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder können zur Vorbereitung und Durchführung durch Rechtsvorschrift angeordneter Bundesstatistiken

1. zur Klärung des Kreises der zu Befragenden und deren statistischer Zuordnung Angaben erheben,
2. Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit erproben.

Bei Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht besteht auch für die Angaben nach Nummern 1 und 2 keine Auskunftspflicht. Bei Bundesstatistiken mit Auskunftspflicht gilt dies nur für die Angaben nach Nummer 2. Die Angaben nach Nummern 1 und 2 sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen, die Angaben nach Nummer 1 spätestens nachdem die entsprechenden im Rahmen der Durchführung der jeweiligen Bundesstatistik zu erhebenden Angaben auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit überprüft worden sind, die Angaben nach Nummer 2 spätestens 3 Jahre nach Durchführung der Erprobung. Bei den Angaben nach Nummer 2 sind Name und Anschrift von den übrigen Angaben zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu trennen und gesondert aufzubewahren.

(2) Die Angaben nach Absatz 1 Nummer 1 dürfen zur Führung des Statistikregisters nach § 13 Absatz 1 verwendet werden, sofern sie zur Vorbereitung und Durchführung von durch Rechtsvorschrift angeordneten Wirtschafts- und Umweltstatistiken erhoben wurden.

(3) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder können auch zur Vorbereitung einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift

1. zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden und deren statistischer Zuordnung Angaben erheben,
2. Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit erproben.

Für die Angaben nach Nummern 1 und 2 besteht keine Auskunftspflicht. Sie sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen, die Angaben nach Nummer 2 spätestens drei Jahre nach Durchführung der Erprobung. Bei den Angaben nach Nummer 2 sind Name und Anschrift von den übrigen Angaben zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu trennen und gesondert aufzubewahren.

(4) Ein Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten soll im Kalenderjahr in höchstens drei Stichprobenerhebungen für Bundesstatistiken mit Auskunftspflicht einbezogen werden. Dabei gelten mehrmals im Kalenderjahr durchgeführte Erhebungen als eine einzige Erhebung.

Fußnote

(+++ § 6 Abs. 4: Zur Nichtanwendung vgl. § 93 Abs. 1 Satz 2 AgrStatG (F 2009-03-06) +++)

§ 7 Erhebungen für besondere Zwecke

(1) Zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs oberster Bundesbehörden dürfen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden, wenn eine oberste Bundesbehörde eine solche Bundesstatistik fordert.

(2) Zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik dürfen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden.

(3) Das Statistische Bundesamt ist berechtigt, die Bundesstatistiken nach den Absätzen 1 und 2 durchzuführen, soweit dies in den Fällen des Absatzes 1 nicht von den statistischen Ämtern der Länder innerhalb der von den obersten Bundesbehörden gesetzten Fristen und in den Fällen des Absatzes 2 nicht von den statistischen Ämtern der Länder selbst erfolgt.

(4) Bundesstatistiken nach den Absätzen 1 und 2 dürfen jeweils höchstens Angaben von 20 000 Befragten erfassen.

(5) Wiederholungsbefragungen sind auch zum Zweck der Darstellung eines Verlaufs bis zu fünf Jahren nach der ersten Befragung zulässig.

(6) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder können zur Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken nach den Absätzen 1 und 2 Maßnahmen nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 ohne Auskunftspflicht treffen; § 6 Absatz 1 Satz 4 gilt entsprechend. Zur Aufbereitung dieser Bundesstatistiken für Hochrechnungen dürfen Daten aus der Vorbefragung in aggregierter Form verwendet werden.

§ 8 Aufbereitung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug

(1) Soweit Verwaltungsstellen des Bundes aufgrund nicht-statistischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften Daten erheben oder bei ihnen Daten auf sonstige Weise anfallen, kann die statistische Aufbereitung dieser Daten ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen werden. Das Statistische Bundesamt ist mit Einwilligung der Auftrag gebenden Stelle berechtigt, aus den aufbereiteten Daten statistische Ergebnisse für allgemeine Zwecke darzustellen und zu veröffentlichen.

(2) Besondere Regelungen in einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift bleiben unberührt.

§ 9 Regelungsumfang bundesstatistischer Rechtsvorschriften

(1) Die eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift muss die Erhebungsmerkmale, die Hilfsmerkmale, die Art der Erhebung, den Berichtszeitraum oder den Berichtszeitpunkt, die Periodizität und den Kreis der zu Befragenden bestimmen.

(2) Laufende Nummern und Ordnungsnummern zur Durchführung von Bundesstatistiken bedürfen einer Bestimmung in der eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift nur insoweit, als sie Angaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse enthalten, die über die Erhebungs- und Hilfsmerkmale hinausgehen.

§ 10 Erhebungs- und Hilfsmerkmale

(1) Bundesstatistiken werden auf der Grundlage von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen erstellt. Erhebungsmerkmale umfassen Angaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die zur statistischen Verwendung bestimmt sind. Hilfsmerkmale sind Angaben, die der technischen Durchführung von Bundesstatistiken dienen. Für andere Zwecke dürfen sie nur verwendet werden, soweit Absatz 2 oder ein sonstiges Gesetz es zulassen.

(2) Der Name der Gemeinde, die Blockseite und die geografische Gitterzelle dürfen für die regionale Zuordnung der Erhebungsmerkmale genutzt werden. Die übrigen Teile der Anschrift dürfen für die Zuordnung zu Blockseiten und geografischen Gitterzellen für einen Zeitraum von bis zu vier Jahren nach Abschluss der jeweiligen Erhebung genutzt werden. Besondere Regelungen in einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift bleiben unberührt.

(3) Blockseite ist innerhalb eines Gemeindegebiets die Seite mit gleicher Straßenbezeichnung von der durch Straßeneinmündungen oder vergleichbare Begrenzungen umschlossenen Fläche. Eine geografische Gitterzelle ist eine Gebietseinheit, die bezogen auf eine vorgegebene Kartenprojektion quadratisch ist und mindestens 1 Hektar groß ist.

§ 11 (weggefallen)

§ 11a Elektronische Datenübermittlung

(1) Soweit Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, Daten mittels standardisierter elektronischer Datenaustauschformate übermitteln, sind diese auch bei der Übermittlung der für eine Bundesstatistik zu erhebenden Daten zu verwenden. Ansonsten sind elektronische Verfahren nach Absprache der statistischen Ämter mit den betroffenen Stellen zu verwenden.

(2) Werden Betrieben und Unternehmen für die Übermittlung der für eine Bundesstatistik zu erhebenden Daten elektronische Verfahren zur Verfügung gestellt, sind sie verpflichtet, diese Verfahren zu nutzen. Zur Vermeidung unbilliger Härten kann die zuständige Stelle auf Antrag eine Ausnahme zulassen.

(3) Bei der elektronischen Übermittlung ist ein dem Stand der Technik entsprechendes Verschlüsselungsverfahren zu verwenden.

§ 12 Trennung und Löschung der Hilfsmerkmale

(1) Hilfsmerkmale sind, soweit Absatz 2, § 10 Absatz 2, § 13 oder eine sonstige Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmen, zu löschen, sobald bei den statistischen Ämtern die Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit abgeschlossen ist. Sie sind von den Erhebungsmerkmalen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu trennen und gesondert aufzubewahren oder gesondert zu speichern.

(2) Bei periodischen Erhebungen für Zwecke der Bundesstatistik dürfen die zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden erforderlichen Hilfsmerkmale, soweit sie für nachfolgende Erhebungen benötigt werden, gesondert aufbewahrt oder gesondert gespeichert werden. Nach Beendigung des Zeitraumes der wiederkehrenden Erhebungen sind sie zu löschen.

§ 13 Register

(1) Das Statistische Bundesamt führt zur Vorbereitung und Erstellung von Bundesstatistiken sowie für Auswertungszwecke ein Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke (Statistikregister) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates (ABl. L 61 vom 5.3.2008, S. 6) in der jeweils geltenden Fassung und dem Statistikregistergesetz. Die statistischen Ämter der Länder wirken bei der Pflege des Statistikregisters mit und dürfen es nutzen, soweit es zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz oder einem sonstigen Bundes- oder Landesgesetz erforderlich ist.

(2) Das Statistische Bundesamt führt zur Vorbereitung und Erstellung von Bundesstatistiken sowie für Auswertungszwecke ein Anschriftenregister, das zu jeder Anschrift die Postleitzahl, die Gemeindebezeichnung, die Straßenbezeichnung mit Hausnummer, die Geokoordinate des Grundstücks sowie eine Ordnungsnummer enthält. Für die Vorbereitung und Durchführung von Befragungen auf Stichprobenbasis dürfen zusätzlich die für die Schichtenklassifizierung notwendige Gesamtzahl der Personen je Anschrift sowie die Wohnraumeigenschaft gespeichert werden. Die statistischen Ämter der Länder wirken bei der Pflege des Anschriftenregisters mit und dürfen es nutzen, soweit es zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz oder einem sonstigen Bundes- oder Landesgesetz erforderlich ist. Zur Pflege und Führung des Registers dürfen Angaben aus Bundes- und Landesstatistiken sowie aus allgemein zugänglichen Quellen verwendet werden.

§ 13a Zusammenführung von Daten

Soweit es zur Gewinnung von statistischen Informationen ohne zusätzliche statistische Erhebungen sowie zur Erfüllung der Zwecke nach § 13 Absatz 1 erforderlich ist, dürfen folgende Daten zusammengeführt werden:

1. Daten aus Wirtschafts- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten, einschließlich aus solchen Statistiken, die von der Deutschen Bundesbank erstellt wurden,
2. Daten aus dem Statistikregister,
3. Daten nach dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz und
4. Daten, die die statistischen Ämter des Bundes und der Länder aus allgemein zugänglichen Quellen gewinnen.

Zu diesem Zweck darf die Deutsche Bundesbank Daten aus den von ihr erstellten Wirtschaftsstatistiken an das Statistische Bundesamt übermitteln. Für Zusammenführungen nach Satz 1 dürfen Kennnummern nach § 1 Absatz 1 Satz 4 des Statistikregistergesetzes in den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen bis zu 30 Jahre gespeichert werden. Nach Ablauf der Speicherfrist sind die Kennnummern zu löschen. Die Frist beginnt mit Abschluss der jeweiligen Erhebung.

§ 14 Erhebungsbeauftragte

(1) Die mit der Erhebung von Bundesstatistiken amtlich betrauten Personen (Erhebungsbeauftragte) müssen die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten. Erhebungsbeauftragte dürfen nicht eingesetzt werden, wenn aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen Anlass zur Besorgnis besteht, dass Erkenntnisse aus der Tätigkeit als Erhebungsbeauftragte zu Lasten der Befragten oder Betroffenen genutzt werden.

(2) Erhebungsbeauftragte dürfen die aus ihrer Tätigkeit gewonnen Erkenntnisse nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden. Sie sind auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses nach § 16 und zur Geheimhaltung auch solcher Erkenntnisse schriftlich zu verpflichten, die gelegentlich ihrer Tätigkeit gewonnen werden. Die Verpflichtung gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit.

(3) Erhebungsbeauftragte sind verpflichtet, die Anweisungen der Erhebungsstellen zu befolgen. Bei der Ausübung ihrer Tätigkeit haben sie ihre Berechtigung nachzuweisen.

(4) Erhebungsbeauftragte sind über ihre Rechte und Pflichten zu belehren.

§ 15 Auskunftspflicht

(1) Die eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift hat festzulegen, ob und in welchem Umfang die Erhebung mit oder ohne Auskunftspflicht erfolgen soll. Ist eine Auskunftspflicht festgelegt, sind alle natürlichen und juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Personenvereinigungen, Behörden des Bundes und der Länder sowie Gemeinden und Gemeindeverbände zur Beantwortung der ordnungsgemäß gestellten Fragen verpflichtet.

(2) Die Auskunftspflicht besteht gegenüber den Erhebungsbeauftragten und den mit der Durchführung der Bundesstatistiken amtlich betrauten Stellen (Erhebungsstellen).

(3) Die Antworten sind von den Befragten in der von der Erhebungsstelle vorgegebenen Form zu erteilen.

(4) Die Antwort kann elektronisch, schriftlich, mündlich oder telefonisch erteilt werden, soweit diese Möglichkeit zur Antworterteilung von der Erhebungsstelle angeboten wird. Im Falle einer mündlichen oder telefonischen Befragung ist auch die Möglichkeit einer schriftlichen Antworterteilung vorzusehen. Die Pflicht zur elektronischen Antworterteilung darf nur unter den Bedingungen des § 11a oder aufgrund eines Bundesgesetzes vorgegeben werden.

(5) Die Antwort ist wahrheitsgemäß, vollständig und innerhalb der von den Erhebungsstellen gesetzten Fristen zu erteilen. Die Antwort ist erteilt, wenn sie

1. bei postalischer Übermittlung der Erhebungsstelle zugegangen ist, oder
2. bei elektronischer Übermittlung von der für den Empfang bestimmten Einrichtung in für die Erhebungsstelle bearbeitbarer Weise aufgezeichnet worden ist.

Die Antwort ist, soweit in einer Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, für den Empfänger kosten- und portofrei zu erteilen.

(6) Wird bei einer mündlichen oder telefonischen Befragung die Antwort nach Absatz 4 Satz 2 schriftlich erteilt, können die ausgefüllten Fragebogen den Erhebungsbeauftragten übergeben, bei der Erhebungsstelle abgegeben oder dorthin übersandt werden.

(7) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 16 Geheimhaltung

(1) Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, sind von den Amtsträgern und Amtsträgerinnen und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, die mit der Durchführung von Bundesstatistiken betraut sind, geheim zu halten, soweit durch besondere Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist. Die Geheimhaltungspflicht besteht auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort. Die Geheimhaltungspflicht gilt nicht für

1. Einzelangaben, in deren Übermittlung oder Veröffentlichung die Betroffenen schriftlich eingewilligt haben, soweit nicht wegen besonderer Umstände eine andere Form der Einwilligung angemessen ist,
2. Einzelangaben aus allgemein zugänglichen Quellen, wenn sie sich auf die in § 15 Absatz 1 genannten öffentlichen Stellen beziehen, auch soweit eine Auskunftspflicht aufgrund einer Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift besteht,
3. Einzelangaben, die vom Statistischen Bundesamt oder den statistischen Ämtern der Länder mit den Einzelangaben anderer Befragter zusammengefasst und in statistischen Ergebnissen dargestellt sind,

4. Einzelangaben, wenn sie den Befragten oder Betroffenen nicht zuzuordnen sind.

Die §§ 93, 97, 105 Absatz 1, § 111 Absatz 5 in Verbindung mit § 105 Absatz 1 sowie § 116 Absatz 1 der Abgabenordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613; 1977 I S. 269), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2436), gelten nicht für Personen und Stellen, soweit sie mit der Durchführung von Bundes-, Landes- oder Kommunalstatistiken betraut sind.

(2) Die Übermittlung von Einzelangaben zwischen den mit der Durchführung einer Bundesstatistik betrauten Personen und Stellen ist zulässig, soweit dies zur Erstellung der Bundesstatistik erforderlich ist. Darüber hinaus ist die Übermittlung von Einzelangaben zwischen den an einer Zusammenarbeit nach § 3a beteiligten statistischen Ämtern und die zentrale Verarbeitung und Nutzung dieser Einzelangaben in einem oder mehreren statistischen Ämtern zulässig.

(3) Das Statistische Bundesamt darf an die statistischen Ämter der Länder die ihren jeweiligen Erhebungsbereich betreffenden Einzelangaben für Sonderaufbereitungen auf regionaler Ebene übermitteln. Für die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und sonstiger Gesamtsysteme des Bundes und der Länder dürfen sich das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder untereinander Einzelangaben aus Bundesstatistiken übermitteln.

(4) Für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, dürfen den obersten Bundes- oder Landesbehörden vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen. Die Übermittlung nach Satz 1 ist nur zulässig, soweit in den eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschriften die Übermittlung von Einzelangaben an oberste Bundes- oder Landesbehörden zugelassen ist.

(5) Für ausschließlich statistische Zwecke dürfen vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben an die zur Durchführung statistischer Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden und Gemeindeverbände übermittelt werden, wenn die Übermittlung in einem eine Bundesstatistik anordnenden Gesetz vorgesehen ist sowie Art und Umfang der zu übermittelnden Einzelangaben bestimmt sind. Die Übermittlung ist nur zulässig, wenn durch Landesgesetz eine Trennung dieser Stellen von anderen kommunalen Verwaltungsstellen sichergestellt und das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet ist.

(6) Für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben dürfen das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung

1. Einzelangaben übermitteln, wenn die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können (faktisch anonymisierte Einzelangaben),
2. innerhalb speziell abgesicherter Bereiche des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder Zugang zu formal anonymisierten Einzelangaben gewähren, wenn wirksame Vorkehrungen zur Wahrung der Geheimhaltung getroffen werden.

Berechtigte können nur Amtsträger oder Amtsträgerinnen, für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete oder Verpflichtete nach Absatz 7 sein.

(7) Personen, die Einzelangaben nach Absatz 6 erhalten sollen, sind vor der Übermittlung zur Geheimhaltung zu verpflichten, soweit sie nicht Amtsträger oder Amtsträgerinnen oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete sind. § 1 Absatz 2, 3 und 4 Nummer 2 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, Artikel 42), das durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) geändert worden ist, gilt entsprechend.

(8) Die aufgrund einer besonderen Rechtsvorschrift oder der Absätze 4, 5 oder 6 übermittelten Einzelangaben dürfen nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie übermittelt wurden. In den Fällen des Absatzes 6 Satz 1 Nummer 1 sind sie zu löschen, sobald das wissenschaftliche Vorhaben durchgeführt ist. Bei den Stellen, denen Einzelangaben übermittelt werden, muss durch organisatorische und technische Maßnahmen sichergestellt sein, dass nur Amtsträger, für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete oder Verpflichtete nach Absatz 7 Satz 1 Empfänger von Einzelangaben sind.

(9) Die Übermittlung aufgrund einer besonderen Rechtsvorschrift oder nach den Absätzen 4, 5 oder 6 ist nach Inhalt, Stelle, der übermittelt wird, Datum und Zweck der Weitergabe von den statistischen Ämtern aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren.

(10) Die Pflicht zur Geheimhaltung nach Absatz 1 besteht auch für die Personen, die Empfänger von Einzelangaben aufgrund einer besonderen Rechtsvorschrift, nach den Absätzen 5, 6 oder von Tabellen nach Absatz 4 sind. Dies gilt nicht für offenkundige Tatsachen bei einer Übermittlung nach Absatz 4.

§ 17 Unterrichtung

Die zu Befragenden sind schriftlich oder elektronisch zu unterrichten über

1. Zweck, Art und Umfang der Erhebung,
2. die Geheimhaltung (§ 16),
3. die Auskunftspflicht oder die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung (§ 15),
4. die Rechtsgrundlage der jeweiligen Bundesstatistik und die bei ihrer Durchführung verwendeten Hilfsmerkmale,
5. die Trennung und Löschung (§ 12),
6. die Rechte und Pflichten der Erhebungsbeauftragten (§ 14),
7. den Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung (§ 15 Absatz 7),
8. die Hilfs- und Erhebungsmerkmale zur Führung des Statistikregisters (§ 13 Absatz 1),
9. die Bedeutung und den Inhalt von laufenden Nummern und Ordnungsnummern (§ 9 Absatz 2).

§ 18 Statistische Erhebungen der Europäischen Union

(1) Die Bundesstatistiken betreffenden Vorschriften dieses Gesetzes finden vorbehaltlich der Regelungen in Absatz 2 entsprechende Anwendung auf Erhebungen, die aufgrund von unmittelbar geltenden Rechtsakten der Europäischen Union durch das Statistische Bundesamt oder die statistischen Ämter der Länder durchgeführt werden, soweit sich aus den Rechtsakten der Europäischen Union nichts anderes ergibt.

(2) Soweit die Merkmale der durch unmittelbar geltende Rechtsakte der Europäischen Union angeordneten Erhebungen nicht mit den Merkmalen einer Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift übereinstimmen oder diesen Merkmalen gleichgestellt sind, sind die Auskünfte freiwillig, es sei denn, die Rechtsakte der Europäischen Union sehen eine Auskunftspflicht ausdrücklich vor.

(3) Das Statistische Bundesamt ist die nationale statistische Stelle im Sinne des Artikels 5 der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1101/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken und des Beschlusses 89/382/EWG, Euratom des Rates zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 164), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2015/759 (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 90) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

§ 19 Supra- und internationale Aufgaben des Statistischen Bundesamtes

Im supra- und internationalen Bereich hat das Statistische Bundesamt insbesondere die Aufgabe, an der Vorbereitung von statistischen Programmen und Rechtsvorschriften sowie an der methodischen und technischen Vorbereitung und Harmonisierung von Statistiken sowie der Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und sonstiger Gesamtsysteme statistischer Daten für Zwecke der Europäischen Union und internationaler Organisationen mitzuwirken und die Ergebnisse an die Europäische Union und internationalen Organisationen weiterzuleiten.

§ 20 Kosten der Bundesstatistik

Die Kosten der Bundesstatistik werden, soweit sie bei den Bundesbehörden entstehen, vom Bund, im Übrigen von den Ländern getragen.

§ 21 Verbot der Reidentifizierung

Eine Zusammenführung von Einzelangaben aus Bundesstatistiken oder solcher Einzelangaben mit anderen Angaben zum Zwecke der Herstellung eines Personen-, Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenbezugs

außerhalb der Aufgabenstellung dieses Gesetzes oder der eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift ist untersagt.

§ 22 Strafvorschrift

Wer entgegen § 21 Einzelangaben aus Bundesstatistiken oder solche Einzelangaben mit anderen Angaben zusammenführt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 22a Gleichstellung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Statistischen Amtes der Europäischen Union

Für die Anwendung der Vorschriften des Strafgesetzbuches über die Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, Satz 2, Absatz 2a, 4 und 5, § 205), über die Verwertung fremder Geheimnisse (§§ 204, 205) sowie über die Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht (§ 353b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Satz 2, Absatz 3 und 4) stehen die in Artikel 3 Nummer 11 und 12 der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 genannten Beamten und Beamtinnen und sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Statistischen Amtes der Europäischen Union den Amtsträgern und Amtsträgerinnen gleich. Ist dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit bei einer Dienststelle der Europäischen Union bekannt geworden, wird die Tat nach § 353b des Strafgesetzbuches nur verfolgt, wenn ein Strafverlangen der Kommission vorliegt und die Bundesregierung die Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilt.

§ 23 Bußgeldvorschrift

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 15 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 und 5 Satz 1 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer

1. entgegen § 15 Absatz 3 eine Antwort nicht in der vorgeschriebenen Form erteilt oder
2. entgegen § 11a Absatz 2 Satz 1 ein dort genanntes Verfahren nicht nutzt.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

§ 24 Verwaltungsbehörde im Sinne des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)

Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist das Statistische Bundesamt, soweit es Bundesstatistiken

1. nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 6 Absatz 1 vorbereitet oder
2. nach § 3 Absatz 1 Nummer 5, auch in Verbindung mit § 5 Absatz 2, 2a und § 6 Absatz 1 erhebt oder
3. aufgrund dieses oder eines sonstigen Bundesgesetzes aufbereitet.

Das Gleiche gilt, soweit dem Statistischen Bundesamt entsprechende Aufgaben bei der Durchführung der Erhebungen nach § 18 obliegen.

§ 25 Aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage bei Landes- und Kommunalstatistiken

Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, dass Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung bei der Durchführung von Landes- und Kommunalstatistiken, die durch Rechtsvorschrift angeordnet sind, keine aufschiebende Wirkung haben.

§ 26 (weggefallen)

§ 27 (weggefallen)

§ 28 (Inkrafttreten)

**Begründung zum Gesetz vom 22. Januar 1987
(BT-Drucks. Nr. 10/5345 vom 17. April 1986)**

A. Allgemeiner Teil

- I. Notwendigkeit und Ziel der Neufassung des Gesetzes
- II. Wesentliche Neuregelungen gegenüber dem Bundesstatistikgesetz vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289)

B. Besonderer Teil

Zu den einzelnen Vorschriften (§§ 1 bis 27)

C. Kosten

A. Allgemeiner Teil

I. Notwendigkeit und Ziel der Neufassung des Gesetzes

Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983 (BVerfGE 65,1) allgemeine Grundsätze für die Durchführung von Volkszählungen aufgestellt, die von wesentlicher Bedeutung für alle Bundesstatistiken sind. Das Gericht hat diese Grundsätze im Hinblick auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 i. V. m. Artikel 1 Abs. 1 GG) und unter Berücksichtigung der besonderen Schutzwürdigkeit der Bundesstatistik (Artikel 73 Nr. 11 GG) entwickelt.

Durch das Mikrozensusgesetz vom 10. Juni 1985 (BGBl. I S. 955) sind für den Mikrozensus, eine mit der Volkszählung eng verwandte Bevölkerungsstatistik, die notwendigen gesetzgeberischen Konsequenzen gezogen worden. Das Volkszählungsgesetz 1987 vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078) war ein weiterer Schritt der Anpassung des Rechts der amtlichen Statistik an die Anforderung des Volkszählungsurteils. Durch das neue Bundesstatistikgesetz werden nunmehr auch für die übrigen Bundesstatistiken Folgerungen aus dem Urteil gezogen. Das Bundesstatistikgesetz enthält die Regelungen, die grundsätzlich für alle die einzelnen Bundesstatistiken anordnenden Rechtsvorschriften gelten. Daher wird mit der Neufassung des Gesetzes zugleich erreicht, daß die einzelstatistischen Rechtsvorschriften in den Fällen nicht selbst geändert werden müssen, in denen das Bundesstatistikgesetz – entsprechend den Vorgaben des Volkszählungsurteils – neue oder erweiterte Vorkehrungen für die Durchführung und Organisation der Datenerhebung und -verarbeitung trifft.

Zusätzlich wird mit dem neuen Bundesstatistikgesetz auch das statistische Instrumentarium weiterentwickelt. Dies ist angesichts der fortschreitenden Methoden, deren sich – wie auch das Volkszählungsurteil herausgestellt hat – die amtliche Statistik ebenso wie die Sozialforschung bedienen muß, für die Funktionsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bundesstatistik unverzichtbar.

II. Wesentliche Neuregelungen gegenüber dem Bundesstatistikgesetz vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289)**1. Berücksichtigung der Auswirkungen des Volkszählungsurteils****a) Anordnung, Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken (§§ 5, 6)**

Wie schon im Bundesstatistikgesetz von 1980 gilt der Grundsatz, daß alle Bundesstatistiken durch förmliches Gesetz angeordnet werden müssen (§ 5 Abs. 1). Soweit weiterhin Bundesstatistiken mit Auskunftspflicht durch Rechtsverordnung angeordnet werden können, wird dies auf Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten beschränkt (§ 5 Abs. 2). Sonstige Statistiken, die als Bundesstatistiken durchgeführt werden, dürfen nur noch ohne Auskunftspflicht angeordnet werden. Die Vorschriften über die Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken (§ 6) sind gegenüber dem bisherigen Recht erweitert und präzisiert.

b) Vorschriften über Erhebungs- und Hilfsmerkmale sowie über Trennung und Löschung der Hilfsmerkmale (§§ 10, 12)

Diese gegenüber dem Bundesstatistikgesetz von 1980 neuen Vorschriften sind entscheidende Voraussetzungen zur Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung und des Datenschutzes.

c) Besondere Anforderungen an Zähler, Interviewer und andere Beauftragte der statistischen Ämter (§ 14)

Die Regelungen sichern die Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit der Beauftragten; sie begründen besondere Verwertungsverbote in bezug auf die aus der Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse.

d) Statistische Geheimhaltung (§ 16)

Die Vorschrift enthält gegenüber dem Bundesstatistikgesetz von 1980 gravierende Einschränkungen der Möglichkeit, Einzelangaben zu übermitteln. Sie verstärkt damit die statistische Geheimhaltung, die grundlegende Voraussetzung für die Auskunftsbereitschaft und damit für einen möglichst hohen Grad an Genauigkeit und Wahrheitsgehalt der erhobenen Daten ist.

e) Aufklärung der Befragten (§ 17)

Diese Vorschrift soll die Akzeptanz der Bundesstatistik in der Bevölkerung fördern.

2. Fortentwicklung des statistischen Instrumentariums**a) Bundesstatistiken aus allgemein zugänglichen Quellen sowie aus öffentlichen Registern (§ 5 Abs. 4)**

Der für die Weiterentwicklung der Bundesstatistik erforderliche Zugriff auf Daten aus allgemein zugänglichen Quellen und aus öffentlichen Registern wird unter bestimmten Voraussetzungen ohne besondere Anordnung durch förmliches Gesetz oder Rechtsverordnung für zulässig erklärt.

b) Erhebungen für besondere Zwecke (§ 7)

Diese Vorschrift stellt der Bundesstatistik erstmals ein Instrument zur Verfügung, mit dem ein kurzfristig auftretender Datenbedarf bewältigt und wissenschaftlich-methodische Fragen beantwortet werden können.

c) Aufbereitung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug (§ 8)

Die Vorschrift bietet dem Statistischen Bundesamt die Möglichkeit, Daten aus dem Geschäftsgang der Verwaltungsstellen des Bundes aufzubereiten und diese Daten mit Einwilligung der jeweiligen Verwaltungsstelle für allgemeine Zwecke darzustellen und zu veröffentlichen.

d) Adreßdateien (§ 13)

Adreßdateien sind notwendige Arbeitsgrundlagen für die statistischen Ämter und Rationalisierungsinstrumente mit personal- und kostensparenden Auswirkungen; sie führen auch zur Begrenzung des Auskunftersuchens bei der Durchführung von Bundesstatistiken.

B. Besonderer Teil**Zu den einzelnen Vorschriften (§§ 1 bis 27)****Zu § 1 (Statistik für Bundeszwecke)**

Zum ersten Mal werden in einer bundesstatistischen Rechtsvorschrift Aufgaben und Zweck der Bundesstatistik in allgemeiner Form beschrieben. Hierdurch werden Auftrag und Reichweite der Bundesstatistik und ihre Stellung im Gesamtsystem der amtlichen Statistik erläutert. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Volkszählung 1983 ausgeführt, daß eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hinnehmen darf, sondern als permanente Aufgabe zu verstehen hat. Unentbehrliche Handlungsgrundlage sind hierfür zuverlässige Informationen, die umfassend, differenziert, aktuell und vielseitig kombinierbar sein müssen. Eine der wichtigsten Informationsquellen ist die amtliche Statistik. Ihre Ergebnisse vermitteln für jede moderne leistungsfähige Gesellschaft die notwendige informationelle Infrastruktur. Die amtliche Statistik bietet durch den kontinuierlichen Nachweis der Fakten nicht nur quantifizierbare Aussagen, sondern sie eröffnet auch die Möglichkeit, Probleme überhaupt erst in ihren Größenordnungen zu erkennen.

Institutionell ist die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistik) Teil des föderativ gegliederten Gesamtsystems der amtlichen Statistik. Wenngleich im Programm der Bundesstatistik auch statistischen Anforderungen der Länder Rechnung getragen wird, sind in diesem System Bundes-, Landes- und Kommunalstatistik zu unterscheiden. Nach dem Prinzip der fachlichen Konzentration obliegt die Durchführung der Bundesstatistik in der Regel den statistischen Ämtern. Diese Aufgabenzuweisung dient nicht nur der wirkungsvollen Sicherung der statistischen Geheimhaltung und des Datenschutzes durch die Schaffung sogenannter "abgeschotteter Bereiche", sondern gewährleistet zugleich die Koordinierung aller Statistiken und Benutzerwünsche. Sie trägt dazu bei, Doppelarbeit und unnötige Belastungen der Befragten zu vermeiden. Sie erleichtert darüber hinaus die Abstimmung der statistischen Ergebnisse zu einem in sich geschlossenen Gesamtbild von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.

Die amtliche Statistik und speziell die Bundesstatistik sind generell dem Grundsatz verpflichtet, daß die Aufbereitung der Individualdaten immer zu einer strukturierten, anonymen Form führen muß. Aufgabe der Bundesstatistik ist es nicht, personen- oder institutionsbezogene Nachweise zu liefern, sondern sich mit Massenerscheinungen auseinanderzusetzen. Diese eingegrenzte Zweckbestimmung der Bundesstatistiken schließt es andererseits nicht aus, anonymisierte Daten für andere als statistische Zwecke zu übermitteln (§ 16 Abs. 4). Das Bundesstatistikgesetz trifft keine Regelung zu der Frage, ob in seltenen Ausnahmefällen durch besondere gesetzliche Vorschrift auch eine Verwendung statistischer Daten für Verwaltungsvollzugszwecke vorgesehen werden könnte. An diese Möglichkeit wäre im Hinblick auf juristische Personen zu denken, denen das informationelle Selbstbestimmungsrecht, das Ausdruck der natürlichen Personen zukommenden Menschenwürde ist, nicht zusteht. Eine solche Vorschrift müßte sicherstellen, daß aus den Angaben gewonnene Erkenntnisse nicht zu Maßnahmen gegen die Betroffenen verwendet werden. Sie müßte darüber hinaus klar erkennen lassen, daß die übermittelten personenbezogenen Daten auch zu Verwaltungsvollzugszwecken verwendet werden. Diese Zwecke wären außerdem konkret zu definieren.

Wesentliche Aufgabe der Bundesstatistik ist es, sachgerechte Konzepte, Methoden und technische Verfahren der Informationsgewinnung und -darbietung einzusetzen, die dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden entsprechen. Damit erfüllt die Bundesstatistik zugleich die Auflage aus dem Volkszählungsgesetzurteil des Bundesverfassungsgerichts, sich mit der fortschreitenden Methodendiskussion auseinanderzusetzen.

Die Bundesstatistik stellt ihre Ergebnisse ebenso wie der öffentlichen Verwaltung allen gesellschaftlichen Gruppierungen und damit auch allen an der politischen Willensbildung beteiligten Institutionen sowie der Wirtschaft und Wissenschaft zur Verfügung. Nicht zuletzt deshalb ist sie den Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit verpflichtet.

Zu § 2 (Statistisches Bundesamt)

Aufgrund des Artikels 87 Abs. 3 Satz 1 GG in Verbindung mit Artikel 73 Nr. 11 GG ist das Statistische Bundesamt als selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern errichtet worden.

Entsprechend seiner Aufgabenstellung als Querschnittsbehörde arbeitet das Statistische Bundesamt nach den fachlichen Anforderungen aller Bundesminister. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes ist dem jeweils fachlich zuständigen Bundesminister für die ordnungsgemäße fachliche Durchführung der Arbeiten verantwortlich.

In Absatz 3 ist klargestellt, daß das Statistische Bundesamt seine Aufgaben auf der Grundlage der jeweils sachgerechten Methode durchführt. Diese Regelung entspricht der bisherigen Praxis und ergibt sich aus den Grundsätzen der Objektivität, Neutralität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit des Statistischen Bundesamtes.

Zu § 3 (Aufgaben des Statistischen Bundesamtes)

In § 3 sind die grundsätzlichen Aufgaben des Statistischen Bundesamtes näher dargelegt. Ergänzende Aufgabenzuweisungen ergeben sich aus anderen Vorschriften dieses Gesetzes (§§ 6, 7, 8, 11, 13, 18, 19 und 25).

Zu Absatz 1

Zu Nummer 1 a

Die Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, die Bundesstatistiken weiterzuentwickeln, wird gegenüber dem bisherigen Recht ausdrücklich im Aufgabenprogramm des Statistischen Bundesamtes genannt.

Zu Nummer 1 b

Die Effizienz der Bundesstatistik ist weitgehend von der einheitlichen und termingemäßen Durchführung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme abhängig. Dies betrifft ebenso die der Erhebung dienenden Fragebogen oder Ausfüllungsrichtlinien wie die der Aufbereitung dienenden Tabellenprogramme, Systematiken, Signier-, Prüf- und Korrekturanleitungen. Der Vereinheitlichung dient auch die Vorschrift des § 11 Abs. 1. Dort wird im einzelnen die Verantwortung für die Gestaltung der Erhebungsvordrucke und die Festlegung der Form der Antworten geregelt.

Zu Nummer 1 c

Vor dem Hintergrund der Nutzung neuer Kommunikations- und Informationstechnologien, wie z. B. Bildschirmtext, eröffnen sich dem Statistischen Bundesamt neue Möglichkeiten, die zentrale Aufgabe der Veröffentlichung und Darstellung der Ergebnisse der Bundesstatistik in einer Form wahrzunehmen, die dem vielfältigen Benutzerkreis und den zahlreichen Aufgaben der Bundesstatistik gerecht wird. Ergebnisse zu ausgewählten Themenkreisen können einzelnen Nutzern bzw. Nutzergruppen gegen Kostenerstattung zur Verfügung gestellt werden.

Zu Nummern 2 a und 2 b

Die zentrale Erhebung und Aufbereitung von Bundesstatistiken obliegt dem Statistischen Bundesamt grundsätzlich nur subsidiär. Auch Zusatz- und Sonderaufbereitungen unterliegen dem Subsidiaritätsprinzip. Der Notwendigkeit, statistische Ergebnisse problemspezifisch auszuwerten, wird durch Zusatz- und Sonderaufbereitungen Rechnung getragen. Zusatzaufbereitungen erfolgen ausschließlich für Bundeszwecke, Sonderaufbereitungen werden für Dritte durchgeführt.

Zu Nummer 3

Der Auftrag, Statistiken nach § 8 zu erstellen, bezieht sich auf Daten aus dem Verwaltungsvollzug.

Zu Nummer 5

Die Aufgabe, auf die sachliche, zeitliche und räumliche Abstimmung bestimmter Statistiken oder statistischer Aufbereitungen hinzuwirken, ergänzt die Aufgabenzuweisung nach Nummer 1 b.

Zu Nummer 8

Das statistische Informationssystem speichert das aus zahlreichen Einzelstatistiken der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstatistik stammende sowie das durch Weiterverarbeitung gewonnene Material (z. B. Indizes, Kaufkraftparitäten, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) in aggregierter und anonymisierter, möglichst vergleichbarer und kombinierbarer Form. Ziel ist es, für einen größeren Benutzerkreis und die verschiedensten Untersuchungs- und Planungszwecke eine möglichst rasche Auswertung je nach Bedarf mit Hilfe moderner mathematisch-statistischer Methoden zu erreichen.

Der Auftrag, das Informationssystem zu führen, schließt auch die Weiterentwicklung dieses Systems ein, und zwar sowohl unter fachlichen und technischen Gesichtspunkten als auch hinsichtlich des Angebots an statistischen Methoden und Verfahren. Das Statistische Bundesamt arbeitet mit den statistischen Ämtern der Länder daran, künftig Informationen aus statistischen Datenbanken für allgemeine Zwecke über den Bildschirmtextdienst zu verbreiten.

Das allgemeine statistische Informationssystem des Bundes ist für die Aufnahme neuer Sachverhalte und Zusammenhänge offen, die von allgemeinem Interesse sind. Die Entwicklung und Einrichtung von Informationssystemen für spezielle Aufgabenstellungen, wie z. B. beim Aufbau einer Flächennutzungsdatenbank, bedürfen einer besonderen gesetzlichen Ermächtigung.

Zu Absatz 2

Soweit das Statistische Bundesamt für die methodische und technische Vorbereitung oder Weiterentwicklung von Bundesstatistiken und für die Durchführung von Zusatzaufbereitungen sowie zur Erfüllung entsprechender Aufgaben im supra- und internationalen Bereich Einzelangaben aus den nicht von ihm selbst erhobenen Bundesstatistiken benötigt, leiten ihm die statistischen Ämter der Länder und die sonstigen mit der Durchführung von Bundesstatistiken betrauten Stellen die erforderlichen Angaben auf Anforderung zu.

Zu § 4 (Statistischer Beirat)

Der Statistische Beirat hat wie bisher die Aufgabe, das Statistische Bundesamt in Grundsatzfragen zu beraten. Auf diesem Wege werden Wissen und Erfahrungen externer Sachverständiger für die Planung und Entwicklung der Bundesstatistik nutzbar gemacht.

Der Statistische Beirat ist um den Bundesbeauftragten für den Datenschutz erweitert worden. Damit wird die besondere Bedeutung des Datenschutzes für die Bundesstatistik unterstrichen.

Zu § 5 (Anordnung von Bundesstatistiken)*Zu Absatz 1*

Die Regelung bestimmt, in welcher Form Bundesstatistiken anzuordnen sind. Die Anordnung durch förmliches Gesetz ist der Regelfall. Die Anordnung durch Rechtsverordnung (Absatz 2) oder die Durchführung von Bundesstatistiken ohne Anordnung durch einzelstatistisches Gesetz oder Rechtsverordnung (Absatz 4, § 7) sind die Ausnahme.

Zu Absatz 2

Er enthält die Ermächtigung für die Bundesregierung, Bundesstatistiken durch Rechtsverordnung anzuordnen. Auskunftspflicht (§ 15) besteht nur noch im Bereich der Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten. Sonstige Statistiken, die als Bundesstatistiken durchgeführt werden, dürfen dagegen auf der Grundlage von Rechtsverordnungen nur ohne Auskunftspflicht angeordnet werden.

Mit der Beschränkung der Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken auf Unternehmen, Betriebe und Arbeitsstätten soll klargestellt werden, daß nur Angaben über spezifisch auf diese Institutionen bezogene Tatbestände verlangt werden dürfen (z. B. auch im Rahmen von Beschäftigtenstatistiken), die in den statistischen Ämtern grundsätzlich keinen Rückschluß auf persönliche und sachliche Verhältnisse natürlicher Personen zulassen.

Zu Absatz 3

Er ermächtigt die Bundesregierung, durch Rechtsverordnung für einen Zeitraum bis zu vier Jahren Bundesstatistiken auszusetzen oder ihre Durchführungsmodalitäten zu ändern. Die Ermächtigung umfaßt auch die Befugnis, von einer Befragung mit Auskunftspflicht auf eine Befragung ohne Auskunftspflicht überzugehen, wenn auch hierdurch ausreichende Ergebnisse erwartet werden können.

Zu Absatz 4

Satz 1 eröffnet ohne Anordnung durch Gesetz oder Rechtsverordnung die Möglichkeit, Bundesstatistiken mit Hilfe von Informationen aus allgemein zugänglichen Quellen zu erstellen.

Satz 2 macht darüber hinaus die Anordnung durch den Gesetz- oder Verordnungsgeber in den Fällen entbehrlich, in denen für Bundesstatistiken Einzelangaben ausschließlich aus öffentlichen Registern verwendet werden, zu denen die statistischen Ämter Zugang haben. Die Vorschrift soll ebenfalls zur Eindämmung der Zahl statistischer Rechtsgrundlagen und zur Entlastung der Bürger beitragen. Sie bietet darüber hinaus einen Ansatz für eine verstärkte Nutzung von öffentlichen Registern für bundesstatistische Zwecke.

Zu § 6 (Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken)

Mit dieser Vorschrift werden Regelungen zur Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken getroffen. Die Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung einer durch Rechtsvorschrift bereits angeordneten Bundesstatistik sind in Absatz 1, diejenigen zur Vorbereitung einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift in Absatz 2 geregelt.

Zu Absatz 1

Ein wesentliches Kriterium bei der Vorbereitung einer durch Rechtsvorschrift angeordneten Bundesstatistik, aber auch bei der Durchführung laufender Statistiken, ist die Klärung des Kreises der zu Befragenden. Dieser Kreis wird in den einzelstatistischen Rechtsvorschriften regelmäßig durch bestimmte statistische Zuordnungen (z. B. Zugehörigkeit zum Einzelhandel oder zum Großhandel) bestimmt. Die Klärung des Kreises der zu Befragenden sichert, daß alle Auskunftspflichtigen vollzählig erfaßt werden und die eigentliche Erhebung zügig innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Befragungszeiträume durchgeführt werden kann. Es entspricht den bisherigen Erfahrungen und der inneren Konsequenz der sich auf die Bundesstatistik mit Auskunftspflicht beziehenden Gesamtregelung, daß auch die Vorbereitungsmaßnahmen mit Auskunftspflicht durchzuführen sind.

Zu Absatz 2

Nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 wirkt das Statistische Bundesamt an der Vorbereitung statistischer Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes mit. Im Rahmen der zur Vorbereitung einer Rechtsvorschrift notwendigen Vorarbeiten fallen auch statistische Aufgaben an, die die Bestimmung des Kreises der zu Befragenden einschließlich der statistischen Zuordnung der zu Befragenden betreffen. In diesem Stadium sind auch – wie in den Fällen des Absatzes 1 – Befragungen zur Erprobung des Fragebogens und der Zweckmäßigkeit des Erhebungsverfahrens erforderlich.

Sowohl die nach Absatz 1 als auch nach Absatz 2 anfallenden Angaben sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen. Eine weitergehende Konkretisierung des Zeitpunktes ist dem Gesetzgeber nicht möglich. Dieser Zeitpunkt ist beispielsweise bei den Fragen zur Klärung des Kreises der zu Befragenden abhängig von der zeitlich nicht vorher bestimmbaren Feststellung der Zugehörigkeit des Befragten zum Kreis der zu Befragenden und regelmäßig von den jeweils unterschiedlichen – überdies nach § 5 Abs. 3 verschiebbaren – Zeiten der Durchführung der in Betracht kommenden Bundesstatistiken. Bei der Löschungsregelung nach Absätzen 1 und 2 ist im übrigen zu berücksichtigen, daß von Beginn der Durchführung der jeweiligen Bundesstatistik an die allgemeinen Trennungs- und Löschungsvorschriften (§ 12) gelten.

Zu § 7 (Erhebungen für besondere Zwecke)

Die Vorschrift stellt erstmals ein Instrument für zwei bedeutende Zielsetzungen zur Verfügung:

1. die Bewältigung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für bestimmte Zwecke oberster Bundesbehörden und
2. zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen.

Damit soll es der Bundesstatistik ermöglicht werden, ihrer Dienstleistungsfunktion auf den Gebieten besonderen Datenbedarfs in flexibler Weise gerecht zu werden. Sie übernimmt damit keine Aufgaben der Markt- oder Meinungsforschung, sondern verbleibt im Tätigkeitsfeld der Bundesstatistik.

Zu Absatz 4

Der Umfang der Erhebungen für besondere Zwecke ist auf eine relativ kleine Zahl von zu Befragenden beschränkt. Erhebungen für besondere Zwecke können daher in der Regel nur das Ziel haben, Strukturen bzw. Entwicklungen aufzuzeigen. Sie lassen grundsätzlich keine statistisch gesicherten Ergebnisse in tiefer fachlicher oder regionaler Untergliederung zu. Damit wird deutlich, daß Erhebungen für besondere Zwecke Statistiken auf der Grundlage einzelgesetzlicher Rechtsgrundlagen nicht ersetzen können.

Zu Absatz 5

Die Wiederholungsbefragungen sind unter anderem nötig, um neuere methodische Entwicklungen in dem Bereich der sog. Panel-Erhebung unter dem Gesichtspunkt ihrer Einsatzmöglichkeiten für Zwecke der Bundesstatistik testen zu können. Damit wird zugleich dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts an die Bundesstatistik entsprochen, sich mit den fortschreitenden wissenschaftlich-methodischen Fragestellungen der Statistik und der Sozialforschung auseinanderzusetzen.

Zu § 8 (Aufbereitung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug)

Die Vorschrift trägt dem Grundsatz der fachlichen Konzentration statistischer Arbeiten im Statistischen Bundesamt Rechnung. Sie erleichtert die Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, statistische Aufbereitungen von Daten auch aus dem Verwaltungsvollzug sachlich, zeitlich und räumlich abzustimmen, um vergleichbare und vielseitig kombinierbare Ergebnisse zur Verfügung stellen zu können. Das Statistische Bundesamt kann mit Einwilligung der auftraggebenden Stelle aus den ihm überlassenen Daten statistische Ergebnisse für allgemeine Zwecke darstellen und veröffentlichen. Auch dies führt im Ergebnis zu einer Einschränkung von Erhebungen. Andererseits kann die Nutzung der Daten aus dem Verwaltungsvollzug das statistische Programm komplettieren und Gesamtsysteme ergänzen. Die Aufbereitung unterliegt ebenso wie die Darstellung und Veröffentlichung statistischer Ergebnisse für allgemeine Zwecke den gleichen datenschutzrechtlichen Regelungen, die für die Verarbeitung der Daten bei der auftraggebenden Verwaltungsstelle des Bundes gelten. Diese datenschutzrechtlichen Regelungen sind auch ausschlaggebend dafür, ob die auftraggebende Stelle ihre Einwilligung zur Darstellung und Veröffentlichung statistischer Ergebnisse geben darf.

Zu § 9 (Regelungsumfang bundesstatistischer Rechtsvorschriften)

Zu Absatz 1

Mit der Regelung wird die erforderliche Transparenz der wesentlichen Grundlagen von Bundesstatistiken geschaffen. Zu diesen Grundlagen gehören das Erhebungsprogramm, die Hilfsmerkmale, die Art der Erhebung (z. B. Totalerhebung oder Stichprobe), der Zeitraum oder Zeitpunkt, auf den sich die statistischen Daten beziehen, die zeitlichen Abstände wiederkehrender Erhebungen und der Kreis der zu Befragenden.

Zu Absatz 2

Es ist aus technischen und organisatorischen Gründen notwendig, bei der Durchführung von Bundesstatistiken laufende Nummern und Ordnungsnummern zu verwenden. Diese Nummern sind Hilfsmittel insbesondere bei der Organisation des jeweiligen Erhebungsverfahrens und der statistischen Aufbereitung. Grundsätzlich enthalten sie keine Informationen, die weiter gehen als die auf der Grundlage von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen erhobenen Angaben. Sofern hiervon abgewichen werden soll, müssen die laufenden Nummern und Ordnungsnummern in der die Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift ausdrücklich genannt und inhaltlich bestimmt werden.

Zu § 10 (Erhebungs- und Hilfsmerkmale)

Die erstmals im Mikrozensusgesetz und im Volkszählungsgesetz 1987 enthaltenen Vorschriften über Erhebungs- und Hilfsmerkmale werden in einer fortentwickelten Form in das Bundesstatistikgesetz mit allgemeiner Geltung für die übrigen Rechtsvorschriften der Statistik übernommen. Die Unterscheidung von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen und ihre unterschiedliche Behandlung ist für die Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung von zentraler Bedeutung. Hilfsmerkmale sind für die technische Durchführung der Bundesstatistik unentbehrlich. Wegen ihres grundsätzlich identifizierenden Charakters dürfen sie nur in dem unumgänglich notwendigen Umfang mit den Erhebungsmerkmalen, die zu den eigentlichen Sachaussagen der Statistik führen, verbunden bleiben.

Zu Absatz 1

Die Erhebungsmerkmale und Hilfsmerkmale sind in den einzelstatistischen Rechtsvorschriften anzugeben (§ 9 Abs. 1). Die in Absatz 1 enthaltene Definition verdeutlicht, daß der Begriff „Erhebungsmerkmale“ mehrere Angaben über persönliche und sachliche Verhältnisse umfassen kann. Dabei wird hinsichtlich des Differenzierungsgrades insoweit ein unterschiedlicher Maßstab anzulegen sein, als sich Erhebungsmerkmale bei Unternehmens- und Betriebsstatistiken häufig auf Merkmalskomplexe beziehen werden. Demgegenüber ist bei Bevölkerungsstatistiken – wie etwa im Fall des Mikrozensus und der Volkszählung – oder vergleichbaren Bundesstatistiken eine stärkere Differenzierung nach Merkmalsausprägungen angezeigt, um den in diesen Bereichen mit Sinn und Zweck des Frageprogramms weniger vertrauten Auskunftspflichtigen eine ausreichende Einsicht in den jeweiligen Inhalt und Umfang der Erhebung zu geben.

Zu Absatz 2

Es ist zulässig, daß in Statistiken mit Regionalangaben das Hilfsmerkmal Gemeinde und – zeitlich begrenzt – die übrigen Teile der Anschrift zur regionalen Darstellung der Ergebnisse genutzt werden. Die Gliederungstiefe Gemeindeteil darf hierbei nicht unterschritten werden, d. h. kleinere regionale Einheiten dürfen nicht nachgewiesen werden. Unbeschadet davon müssen die Vorschriften über die statistische Geheimhaltung beachtet werden. Es ist daher nicht statthaft, Tabellen mit einer so tiefen regionalen Untergliederung zu veröffentlichen, daß Einzelangaben erkennbar werden.

Zu Absatz 3

Die Regelung eröffnet die Möglichkeit, bei der Aufbereitung in den statistischen Ämtern aus den Erhebungs- und Hilfsmerkmalen abgeleitete Erkenntnisse für die Darstellung statistischer Ergebnisse zu nutzen. Beispielhaft ist dabei an die Fälle zu denken, in denen aus der Anschrift und Rechtsform einer Firma Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Tätigkeit und damit auf die statistische Zuordnung gezogen werden können.

Zu § 11 (Erhebungsvordrucke)***Zu Absatz 1***

Die Regelung schließt andere Möglichkeiten und Formen der Antworterteilung nicht aus, wenn sie durch besondere Vereinbarungen zwischen den statistischen Ämtern und den Befragten zugelassen werden. So können die Antworten statt auf Erhebungsvordrucken auch auf anderen Datenträgern (z. B. Magnetbändern) oder über Bildschirmtext gegeben werden.

Nach § 23 Abs. 1 handelt ordnungswidrig, wer entgegen § 11 Abs. 1 Satz 1 die Antwort nicht auf den Erhebungsvordrucken in der dort vorgegebenen Form erteilt. Mit dieser Regelung korrespondiert § 11 Abs. 1 Satz 2, worin klargestellt wird, wem die Gestaltung der Erhebungsvordrucke und die Festlegung der Form der Antworten obliegt.

Zu Absatz 2

Unterschriften sind Angaben über Namen und damit Hilfsmerkmale (§ 10 Abs. 2 Nr. 1). Die Trennungs- und Löschungsvorschriften für Hilfsmerkmale (§ 12) findet daher Anwendung.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift stellt sicher, daß nur solche Fragen gestellt werden dürfen, die unter die in der jeweiligen Rechtsvorschrift angeordneten Erhebungsmerkmale subsumierbar sind oder sich im Rahmen der bei der Durchführung der Bundesstatistik verwendeten Hilfsmerkmale halten.

Zu Absatz 4

Die Hilfsmerkmale sind auf den Erhebungsvordrucken im einzelnen anzugeben. Diese Vorschrift hat besondere Bedeutung für die in der Überleitungsvorschrift des § 25 Abs. 2 geregelte Behandlung der Hilfsmerkmale bei Bundesstatistiken, die auf Grund von Rechtsvorschriften durchgeführt werden, welche zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits gelten. Da die Hilfsmerkmale in diesen Fällen nicht konkret, sondern nur nach allgemeinen Verwendungszwecken ausgewiesen sind, hat Absatz 4 insoweit eine speziell kompensatorische Funktion.

Zu § 12 (Trennung und Löschung)

Zu Absatz 1

Hilfsmerkmale sind grundsätzlich nach der Plausibilitätsprüfung zu löschen. Dies gilt unabhängig davon, ob sie unverschlüsselt oder verschlüsselt vorliegen. Ausgenommen von dieser Vorschrift sind die Tatbestände des Absatzes 2, des § 10 Abs. 2, die Verwendung von Hilfsmerkmalen zur Führung von Adreßdateien nach § 13 und besondere Regelungen in einzelstatistischen Gesetzen. In diesen Fällen werden die Hilfsmerkmale für bundesstatistische Zwecke dringend weiter benötigt. Die Vorschrift trägt der Forderung im Volkszählungsurteil Rechnung, die zur Identifizierung der Befragten dienenden Merkmale zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen.

Regelmäßig ist es erforderlich, bis zum Abschluß der Plausibilitätsprüfung die Verbindung der Hilfsmerkmale mit den übrigen Angaben zu erhalten. Stellt sich bei der Überprüfung der Angaben heraus, daß eine Rückfrage beim Befragten wegen Unvollständigkeit oder Unschlüssigkeit erforderlich ist, muß auf die Hilfsmerkmale zurückgegriffen werden können.

Dieses Verfahren berücksichtigt auch in ausreichendem Maße den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Denn eine Trennung der Hilfsmerkmale vor Abschluß der Plausibilitätskontrolle würde nicht nur einen zeitraubenden Arbeitsaufwand erfordern, sondern darüber hinaus die Vergabe und Verwendung anderer Identifikatoren voraussetzen, über die für eine notwendige Rückfrage der Rückgriff auf die abgetrennten Hilfsmerkmale sichergestellt werden müßte.

Soweit nach § 13 eine Übernahme von Hilfsmerkmalen in Adreßdateien erfolgt, werden die auf den Erhebungsunterlagen oder sonstigen Datenträgern befindlichen Identifikatoren sogleich nach Übernahme in die Datei in einem Arbeitsgang getrennt und vernichtet.

Zu Absatz 2

Er betrifft die Hilfsmerkmale, die für periodische Erhebungen über den Zeitpunkt der Plausibilitätsprüfung hinaus (Absatz 1) benötigt werden und nicht bereits über eine Datei nach § 13 zur Verfügung stehen (vgl. z. B. § 11 Abs. 4 Mikrozensusgesetz). Für die Durchführung einer auf periodische Erhebungen angelegten Bundesstatistik ist der Rückgriff auf die Hilfsmerkmale unverzichtbar, die die Durchführung der Bundesstatistik im Rahmen nachfolgender Erhebungen überhaupt erst ermöglichen, wie z. B. die Anschriften der Erhebungseinheiten.

Zu § 13 (Adreßdateien)

Adreßdateien sind notwendige und rationelle Instrumente sowohl für die Vorbereitung als auch für die Durchführung der statistischen Erhebungen. Sie ermöglichen vor allem die Begrenzung des Auskunftersuchens bei der Durchführung von Bundesstatistiken, indem eine gleichmäßigere Verteilung der den Auskunftspflichtigen treffenden Belastungen – auch über den jeweiligen Erhebungsbereich der einzelnen Bundesstatistik hinaus – erreicht werden kann. Praktisch tragen die Adreßdateien damit wesentlich dazu bei, daß der Grundsatz der Gleichbehandlung bei statistischen Befragungen realisiert werden kann.

In den bestehenden statistischen Rechtsvorschriften ist die Führung von Adreßdateien oder Karteien nur vereinzelt geregelt (vgl. z. B. § 7 Agrarberichterstattungsgesetz, § 12 Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe). Nach § 13 ist nunmehr die Einrichtung und Führung solcher Dateien allgemein für Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten zulässig. Die Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung erfolgt aus der Begrenzung der in den Adreßdateien verwendbaren Einzelangaben auf die Daten nach Absatz 2 und damit auf spezifisch institutionenbezogene Tatbestände. Die Vorschrift begrenzt darüber hinaus den Verwendungszweck auf bestimmte Vorbereitungs- und Durchführungsmodalitäten (Absatz 1 Nr. 1 und Nr. 2).

Zu Absatz 1 Nr. 1

Bei der Vorbereitung von Bundesstatistiken haben Adreßdateien die Funktion, alle Erhebungseinheiten, die in den Kreis der zu Befragenden fallen können, nachzuweisen. So wird bei Erhebungen mit Abschneidegrenzen, wie z. B. bei Erhebungen, die sich auf Unternehmen mit 100 und mehr tätigen Personen beziehen, die Auskunftspflicht mit Hilfe von Adreßdateien bestimmt. Bei Stichprobenerhebungen können aus dem durch die Adreßdatei ausgewiesenen Kreis der in Frage kommenden Erhebungseinheiten die tatsächlich zu Befragenden durch mathematisch-statistische Verfahren ausgewählt werden, die streng am Zufallsprinzip orientiert sind und damit die Gleichbehandlung aller garantieren.

Um dem Grundsatz der möglichst schonenden Behandlung der in die Stichprobe einbezogenen Befragten und der Gleichbehandlung aller potentiellen Erhebungseinheiten gerecht zu werden, tauscht die Bundesstatistik bei kontinuierlich erhobenen Stichproben die in die Stichprobe einbezogenen Befragten grundsätzlich nach einer angemessenen Zeit gegen andere aus dem Kreis der potentiellen Erhebungseinheiten aus (Rotation). Diese Rotation ist nur auf der Grundlage aktueller Adreßdateien aller potentiellen Erhebungseinheiten eines Berichtskreises möglich. Soweit mehrere Stichproben im Rahmen der wirtschaftsstatistischen Erhebungen durchgeführt werden, ist es nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung notwendig, daß möglichst nicht dieselben Erhebungseinheiten in alle Stichproben einbezogen werden. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn die Heranziehung der einzelnen Befragten für andere Stichproben im Rahmen wirtschafts-, lohn- und umweltstatistischer Erhebungen im einzelnen bekannt ist. Entsprechende Kenntnisse können nur aus den Adreßdateien gewonnen werden.

Bei der Durchführung von Bundesstatistiken sind Adreßdateien im übrigen das notwendige und rationelle Instrument zum Versand der Fragebögen. Sollten diese Fragebögen nicht vollzählig bzw. vollständig ausgefüllt an die statistischen Ämter zurückgeschickt werden, so erlauben die Adreßdateien die notwendigen Rückfragen bei den Befragten.

Bei Stichprobenerhebungen ist es erforderlich, ihre Ergebnisse auf die Grundgesamtheiten hochzurechnen. Den dafür erforderlichen Hochrechnungsrahmen stellen die Adreßdateien dar.

Zu Absatz 2

Um ihre Funktionen erfüllen zu können, müssen die Adreßdateien zumindest die hier genannten Angaben enthalten. Die Regelung, daß diese Erhebungs- und Hilfsmerkmale aus Bundesstatistiken für die Führung der Adreßdateien verwendet werden können, entlastet die potentiellen Erhebungseinheiten von sonst erforderlichen Befragungen. Wenn sich statistische Erhebungen nicht nur an das Unternehmen, sondern an seine Teile richten, ist es für die Aufbereitung der Ergebnisse erforderlich, diese Zusammenhänge zu erkennen. Die Angaben zur Rechtsform bei Unternehmen, zum Wirtschaftszweig, zu Eintragungen in die Handwerksrolle sowie zur Art der ausgeübten Tätigkeit und die Zahl der tätigen Personen lassen gleichartige Erhebungseinheiten für Teilerhebungen und/oder die Stichprobenauswahl erkennen. Sie ermöglichen gleichzeitig eine Aufbereitung der Ergebnisse nach diesen Kriterien, ohne daß eine erneute Befragung der Auskunftserteilenden notwendig wird. Durch die Kennzeichnung der Statistiken, zu denen das Unternehmen oder der Betrieb meldet, kann die Belastung der Befragten begrenzt werden. Das Datum der Aufnahme in die Adreßdatei dient als Hinweis auf die Aktualität der Angaben.

Zu Absatz 3

Adreßdateien werden sowohl für die methodische und technische Vorbereitung der Bundesstatistik benötigt, die dem Statistischen Bundesamt obliegt, als auch bei der regelmäßig den Ländern obliegenden Durchführung der Bundesstatistiken. Um die Adreßdateien im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit aktuell und vollständig führen zu können, teilen sich das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder die Merkmale nach Absatz 2 und die jeweiligen Änderungen mit.

Zu Absatz 4

Auch für die Adreßdateien gilt der Grundsatz, daß die Angaben nicht länger gespeichert werden dürfen, als es für die in Absatz 1 genannten Zwecke erforderlich ist. Das ist beispielsweise dann nicht mehr der Fall, wenn Erhebungseinheiten aus dem Kreis der potentiell Auskunftspflichtigen ausscheiden (z. B. durch Unternehmensliquidation, Konkurs, Geschäftsaufgabe).

Zu Absatz 5

Der Absatz stellt klar, daß bestehende Dateien, mit denen Zwecke verfolgt werden, die über Absatz 1 hinausgehen oder die andere Bereiche als Umwelt-, Lohn- und Wirtschaftsstatistiken betreffen, einer besonderen gesetzlichen Rechtsvorschrift bedürfen. Soweit solche Rechtsvorschriften bereits existieren, finden ausschließlich deren Regelungen Anwendung.

Zu § 14 (Erhebungsbeauftragte)

Die Vorschrift regelt die beim Einsatz von Erhebungsbeauftragten (z. B. Zählern, Interviewern) zu beachtende Auswahlgrundsätze. Erhebungsbeauftragte werden dann eingesetzt, wenn dies aus erhebungstechnischen Gründen erforderlich ist. Dies ist z. B. bei Massenerhebungen wie der Volkszählung der Fall und überall dort, wo die besondere Sachkunde eines mit der Materie vertrauten Erhebungsbeauftragten das Erhebungsverfahren erleichtert. So hat sich das Interviewverfahren bei den Mikrozensuserhebungen oder im Bereich der Landwirtschaftsstatistiken seit Jahren in der Praxis bewährt. Es hat zur Vertrauensbildung zwischen der amtlichen Statistik und den betroffenen Bürgern einen wichtigen Beitrag geleistet.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift lehnt sich an die entsprechenden Regelungen im Mikrozensusgesetz vom 10. Juni 1985 (BGBl. I S. 955) sowie im Volkszählungsgesetz 1987 vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078) an. Sie berücksichtigt die Auflagen des Volkszählungsurteils.

Zu Absatz 2 und Absatz 3

Das Verwertungsverbot und die zeitliche Fortgeltung der Geheimhaltungspflichten über die Tätigkeit als Erhebungsbeauftragte hinaus sollen das notwendige Vertrauen in die Bundesstatistik und damit die Qualität der statistischen Ergebnisse fördern.

Erhebungsstellen sind in der Regel die statistischen Ämter des Bundes und der Länder. In Ausnahmefällen, wie beispielsweise bei der Volkszählung, können die Aufgaben der Erhebungsstelle auf andere Einrichtungen übertragen werden.

Die Erhebungsbeauftragten sind von den Erhebungsstellen in ihre Aufgaben einzuweisen und im einzelnen darüber zu unterrichten, was zur ordnungsgemäßen Durchführung der Erhebung zu beachten ist. Sie unterliegen bei Ausführung ihrer Erhebungstätigkeit dem Weisungsrecht der Erhebungsstelle.

Zu § 15 (Auskunftspflicht)

Die Vorschrift geht von einer grundsätzlichen Auskunftspflicht der Befragten aus. Für die Funktionsfähigkeit der amtlichen Statistik ist ein möglichst hoher Grad an Genauigkeit und Wahrheitsgehalt der erhobenen Daten notwendig. Dies wird auch im Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts gefordert.

Voraussetzung für einen Verzicht auf die Auskunftspflicht bei einer Erhebung ist daher, daß bei Befragungen auf freiwilliger Grundlage die Aussagekraft der Statistik in gleicher Weise gewährleistet bleibt wie bei Befragungen mit Auskunftspflicht. Die Beurteilung der Notwendigkeit der Auskunftspflicht kann sich während der Laufzeit einer Bundesstatistik verändern. Daher ermächtigt § 5 Abs. 3 Satz 2 von einer Befragung mit Auskunftspflicht auf eine Befragung ohne Auskunftspflicht überzugehen. Das Statistische Bundesamt führt Untersuchungen über neue Methoden der Informationserhebung und -verarbeitung durch. Hierbei werden auch die Voraussetzungen für einen Verzicht auf eine Auskunftspflicht geprüft. Wesentliche Erkenntnisse sind weiter aus den nach § 14 Mikrozensusgesetz angeordneten Testerhebungen in den Jahren 1985 bis 1987 zu erwarten.

Zu Absatz 1

Die in Absatz 1 genannten Personen und Einrichtungen haben die ordnungsgemäß gestellten Fragen zu beantworten. Das sind die Fragen, die auf dem Erhebungsvordruck aufgeführt und unter die für die jeweilige Bundesstatistik angeordneten Erhebungsmerkmale subsumierbar sind.

Zu Absatz 3

Auskunft kann beispielsweise auch unter Verwendung von Magnetbändern, Disketten etc. erteilt werden, wenn dies in einer Rechtsvorschrift vorgesehen oder zwischen dem statistischen Amt und dem Auskunftspflichtigen vereinbart worden ist.

Grundsätzlich hat der Auskunftspflichtige, wie üblicherweise bei öffentlich-rechtlichen Mitteilungspflichten, die ihm durch die Auskunftserteilung entstehenden Kosten aus eigenen Mitteln zu tragen.

Satz 3 sieht die Möglichkeit vor, in einzelstatistischen Rechtsvorschriften Ausnahmen von der Kostentragungspflicht zuzulassen. Hiervon hat das Volkszählungsgesetz 1987 Gebrauch gemacht.

Zu Absatz 4 und Absatz 5

Die Vorschrift räumt dem Auskunftspflichtigen bei Einsatz von Erhebungsbeauftragten die Möglichkeit ein, zwischen verschiedenen Arten der Auskunftserteilung zu wählen. Sie berücksichtigt damit die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts im Volkszählungsurteil.

Zu Absatz 6

Ohne den gesetzlichen Ausschluß von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung läßt sich nicht sicherstellen, daß die Ergebnisse von Bundesstatistiken in der erforderlichen Aktualität und Vollständigkeit dem gesetzlichen Auftrag entsprechend bereitgestellt werden können. Ausreichender Rechtsschutz wird den Befragten dadurch gewährt, daß das Verwaltungsgericht nach § 80 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung auf Antrag die aufschiebende Wirkung wiederherstellen kann.

Zu § 16 Geheimhaltung)

Die Geheimhaltung der statistischen Einzelangaben ist seit jeher das Fundament der Bundesstatistik. Ihre Gewährleistung dient, wie bereits in der Begründung zum Bundesstatistikgesetz von 1980 (vgl. BT-Drucksache 8/2517, S. 16) ausgeführt worden ist, folgenden Zielen:

- Schutz des Einzelnen vor der Offenlegung seiner persönlichen und sachlichen Verhältnisse,
- Erhaltung des Vertrauensverhältnisses zwischen den Befragten und den statistischen Ämtern,
- Gewährleistung der Zuverlässigkeit der Angaben und der Berichtswilligkeit der Befragten.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Volkszählungsurteil die herausragende Bedeutung des Statistikgeheimnisses hervorgehoben. Es betrachtete den Grundsatz, die zu statistischen Zwecken erhobenen Einzelangaben strikt geheimzuhalten, nicht nur als konstitutiv für die Funktionsfähigkeit der Bundesstatistik, sondern auch im Hinblick auf den Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung als unverzichtbar. Auf der Grundlage seiner Rechtsprechung sind die Ausnahmeregelungen gegenüber dem bisherigen Recht (vgl. § 11 Abs. 3 Bundesstatistikgesetz) weitergehenden Restriktionen unterworfen.

Zu Absatz 1

Einzelangaben sind Erklärungen, die von einem Auskunftspflichtigen oder Befragten in Erfüllung seiner statistischen Auskunftspflicht nach § 15 oder – bei Erhebung ohne Auskunftspflicht – freiwillig abgegeben werden. Diese Angaben sind dazu bestimmt, in einer Bundesstatistik, d. h. in der Zusammenfassung von Einzelangaben mehrerer Befragter und damit im statistischen Ergebnis, unterzugehen.

Wie bisher sind nach Nummer 1 nicht geheimhaltungsbedürftige Einzelangaben, wenn der Betroffene in ihre Übermittlung oder Veröffentlichung ausdrücklich eingewilligt hat. Die Schriftform der Einwilligung wurde – der Praxis entsprechend – ausdrücklich in den Gesetzestext aufgenommen. Nicht geheimhaltungsbedürftig sind auch Sachverhalte, die juristische Personen des öffentlichen Rechts, Behörden des Bundes und der Länder sowie Gemeinden und Gemeindeverbände betreffen, wenn sie unmittelbar aus allgemein zugänglichen Quellen von jedermann entnommen werden können (Nummer 2). Darunter fallen insbesondere Einzelangaben, die bereits durch die Presse oder andere Publikationsorgane mitgeteilt wurden. Dabei ist es unerheblich, ob diese Einzelangaben aufgrund einer statistischen Auskunftsverpflichtung abgegeben wurden. Daten öffentlicher Stellen, die nicht auch in allgemein zugänglichen Quellen der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, sowie alle Einzelangaben privater Betroffener, die inhaltsgleich auch allgemein zugänglich sind, sind von der Geheimhaltungspflicht nicht ausgenommen.

Weitere Ausnahmen von der statistischen Geheimhaltung bedürfen – soweit sie nicht durch das Bundesstatistikgesetz selbst geregelt sind (vgl. Absätze 2, 3 und 4) – einer ausdrücklichen Zulassung durch besondere Rechtsvorschrift in einem eine Bundesstatistik anordnenden Bundesgesetz. Ob und inwieweit solche Ausnahmen in Betracht kommen, entscheidet der Bundesgesetzgeber konkret und abschließend beim Erlass der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift. Er muß hierbei die Auflagen des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigen, durch die die Bedeutung des Grundsatzes der Trennung von Statistik und Vollzug herausgestellt worden ist. Eine Auswirkung dieses Grundsatzes ist es, daß der Gesetzgeber bei Übermittlungsregelungen an Stellen außerhalb der statistischen Ämter des Bundes und der Länder berücksichtigen muß, daß es auch dort einer Organisation bedarf, die die Zweckbindung ebenso sichert, wie es innerhalb der statistischen Ämter der Fall ist.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz verpflichtet darüber hinaus den Gesetzgeber wie auch den Rechtsanwender dazu, die Übermittlung davon abhängig zu machen, daß der Übermittlungszweck im Einzelfall nicht auf andere den Betroffenen weniger belastende Art erfüllt werden kann. Die Übermittlung ist danach beispielsweise dann unzulässig, wenn Zusammenfassungen in statistischen Ergebnissen oder anonymisierte Einzelangaben ausreichen, den Informationszweck zu erfüllen.

Zu Absatz 3

Satz 1 räumt den statistischen Ämtern der Länder den Bedürfnissen der Praxis entsprechend die Befugnis ein, bei Statistiken, die nach der einzelgesetzlichen Regelung vom Statistischen Bundesamt erhoben werden, regionale Sonderaufbereitungen für ihre Erhebungsbereiche vorzunehmen. Das Statistische Bundesamt darf dementsprechend die dafür erforderlichen Einzelangaben zur Verfügung stellen.

Nach Satz 2 dürfen die zur Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder erforderlichen Einzelangaben zwischen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern übermittelt werden, um Vollständigkeit und Einheitlichkeit der Berechnung auf Bundes- und Länderebene im Rahmen der bestehenden Arbeitsteilung zu gewährleisten.

Zu Absatz 4

Satz 1 entspricht dem § 11 Abs. 5 des Bundesstatistikgesetzes von 1980. Das mit dieser Vorschrift seinerzeit verfolgte Ziel, der Wissenschaft und anderen Stellen in gewissem Umfang Daten zur eigenen Aufbereitung unter Wahrung des Datenschutzes zur Verfügung zu stellen, hat sich angesichts der fortschreitenden Möglichkeiten der Deanonymisierung nur sehr eingeschränkt verwirklichen lassen. Dieser Entwicklung wird im neuen Bundesstatistikgesetz insoweit begegnet, als nunmehr der Wissenschaft Daten übermittelt werden können, die eine Deanonymisierung zwar nicht mit Sicherheit ausschließen, aber Betroffenen nur zugeordnet werden können, wenn der Datenempfänger einen unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft erbringen müßte. Die gesetzliche Neuregelung knüpft damit an den Begriff der faktischen Anonymität an, wie er durch die European Science Foundation definiert worden ist (vgl. auch 4. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, BT-Drucksache 9/1243, S. 50). In der Regel wird faktische Anonymität nur auf der Grundlage von Stichproben aus dem Datenmaterial herstellbar sein (vgl. auch 6. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, BT-Drucksache 10/877, S. 60). Wirtschaftsstatistische Daten eignen sich zumindest generell nicht für eine Anonymisierung (Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages, Arbeitsgruppe „Statistik“ vom 17. September 1979, S. 77).

Bei der Übermittlungsregelung für wissenschaftliche Zwecke wurde der Empfängerkreis mit Rücksicht auf das vorhandene Restrisiko einer Deanonymisierung auf Amtsträger und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete und damit auf einen Kreis beschränkt, der bei unbefugter Offenbarung strafrechtlich belangt werden kann.

Zu Absatz 5

Die Aufzeichnungspflicht für die statistischen Ämter soll einerseits eine effektive Kontrolle durch die Datenschutzbeauftragten über die Einhaltung der Übermittlungsvorschriften gewährleisten, andererseits dem betroffenen die Verfolgung seiner Rechte erleichtern, wenn er sich gegen eine Übermittlung seiner Daten wenden will.

Zu Absatz 6 und Absatz 7

Die Vorschriften verstärken als zusätzliche Sicherungsmaßnahmen die Zweckbindung und Geheimhaltung übermittelter Einzelangaben.

Zu Absatz 8

Das in den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder seit jeher praktizierte Verfahren bei der Veröffentlichung statistischer Ergebnisse hat sich in der Praxis bewährt. Hiernach dürfen Veröffentlichungen grundsätzlich keine Angaben über weniger als drei Auskunftspflichtige oder Betroffene enthalten. Bereits im Gesetzgebungsverfahren des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke von 1953 wurde überprüft, ob die Veröffentlichung statistischer Ergebnisse davon abhängig gemacht werden muß, daß „bei der Zusammenfassung von Angaben Rückschlüsse auf Einzelangaben nicht möglich sind“ (vgl. Kurzprotokoll des Bundestags-Ausschusses für Wirtschaftspolitik zur Sitzung am 24. Juni 1953). Hiervon wurde abgesehen, weil wegen der zum Teil tiefen Gliederung der in statistischen Ämtern zu verarbeiteten Angaben nicht in jedem Einzelfall mit dem dafür erforderlichen Aufwand an Personal und Kosten in der für aktuelle statistische Ergebnisse zur Verfügung stehenden Zeit festgestellt werden kann, ob ausnahmsweise einmal aus einem statistischen Aggregat Rückschlüsse auf eine Einzelangabe möglich sind.

Zu § 17 (Unterrichtung)

Mit dieser Vorschrift wird die Verpflichtung zur Unterrichtung der zu Befragenden gegenüber dem bisherigen Recht erheblich ausgeweitet. Die schriftliche Unterrichtung soll über die wesentlichen Elemente der jeweiligen Erhebung und über die Rechte und Pflichten der Betroffenen aufklären. Dadurch wird das Vertrauen des Befragten in den Schutz seiner Daten gestärkt und seine Bereitschaft, an statistischen Erhebungen mitzuwirken, gefördert. Die Unterrichtung über Zweck und Art der Erhebung nach Nummer 1 erstreckt sich auf alle Erhebungsformen, auch auf Erhebungen zur Darstellung eines Verlaufs (vgl. z. B. § 7 Abs. 5).

Zu § 18 (Statistische Erhebungen der Europäischen Gemeinschaften)

Die Vorschrift regelt die Anwendbarkeit des Bundesstatistikgesetzes bei Statistiken, die durch unmittelbar geltende Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften angeordnet sind. Bei den Rechtsakten handelt es sich insbesondere um EG-Verordnungen, die nach Artikel 189 EWG-Vertrag unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gelten.

Zu § 19 (Supra- und internationale Aufgaben des Statistischen Bundesamtes)

Ebenso wie im innerstaatlichen Bereich hat das Statistische Bundesamt auch im internationalen Bereich die Aufgabe, an der Vorbereitung von Rechtsvorschriften und statistischen Programmen für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften und der internationalen Organisationen mitzuwirken. Im Unterschied zu seinen innerstaatlichen Aufgaben stehen dem Statistischen Bundesamt aber hinsichtlich der methodischen und technischen Vorbereitung von Statistiken und der Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und sonstiger Gesamtsysteme statistischer Daten für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften und der internationalen Organisationen nur Mitwirkungsfunktionen zu.

Eine vornehmliche Aufgabe des Statistischen Bundesamtes in diesem Bereich liegt in der Mitarbeit an der Harmonisierung innerstaatlicher Statistiken für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften und der internationalen Organisationen. Vorhandene Statistiken sind hierbei in ihrer begrifflichen Abgrenzung, Gruppierung usw. den Bedürfnissen der Europäischen Gemeinschaften und der internationalen Organisationen anzupassen.

Das Statistische Bundesamt hat auch für EG-Statistiken und Statistiken internationaler Organisationen die Bundesergebnisse zusammenzustellen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und sonstige Gesamtsysteme statistischer Daten für Zwecke supra- und internationaler Organisationen aufzustellen und an diese weiterzuleiten.

Seine Aufgaben im supra- und internationalen Bereich führt das Statistische Bundesamt nach den fachlichen Anforderungen der jeweils federführenden Bundesminister aus.

Zu § 20 (Kosten der Bundesstatistik)

Die Kostenregelung ist gegenüber dem bisherigen Recht unverändert geblieben.

Zu § 21 und 22 (Verbot der Reidentifizierung; Strafvorschrift)

In § 22 werden wegen der überragenden Bedeutung des Statistikgeheimnisses Verstöße gegen das Reidentifizierungsverbot (§ 21) unter Strafe gestellt. Das Verbot der Reidentifizierung richtet sich an jedermann, auch an denjenigen, der nur zufällig Kenntnis von Einzelangaben aus Bundesstatistiken gewinnt. Strafbar ist nur eine vorsätzliche Reidentifizierung.

Zu § 23 (Bußgeldvorschrift)

Die Bußgeldvorschrift entspricht im wesentlichen dem bisher geltenden Recht. Erweitert wurde sie dadurch, daß nunmehr auch ordnungswidrig handelt, wer die Antwort auf den Erhebungsvordruck vorsätzlich nicht in der dort vorgegebenen Form erteilt.

Zu § 24 (Verwaltungsbehörde im Sinne des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten – OWiG)

Die Regelung der Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten war bislang für Erhebungen, die zentral durch das Statistische Bundesamt durchgeführt werden, in der Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Statistik für Bundeszwecke vom 20. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1410) geregelt.

Mit der Aufnahme der Vorschrift in das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke werden für den Bereich des Bundes die das Bußgeld betreffenden Regelungen übersichtlich zusammengefaßt.

Zu § 25 (Überleitungsvorschrift)

Zu Absatz 1

Die Vorschrift regelt Fälle der Ermächtigung aufgrund des § 9 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes von 1980. Im Hinblick auf das Volkszählungsurteil soll die Ermächtigung nur unter bestimmten Voraussetzungen der „Abschottung“ fortbestehen. Bei der ermächtigten Behörde muß die mit der Durchführung statistischer Aufgaben befaßte Organisationseinheit organisatorisch und personell von anderen Aufgabenbereichen getrennt sein. Darüber hinaus sind weitere Vorkehrungen zu treffen, die die Wahrung des Statistikgeheimnisses gewährleisten. Vorkehrungen dieser Art sind neben Maßnahmen nach der Anlage zu § 6 Abs. 1 Satz 1 Bundesdatenschutzgesetz die förmliche Verpflichtung der mit statistischen Aufgaben befaßten Bediensteten auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses einschließlich der Verpflichtung, die gewonnenen Erkenntnisse über den Zeitraum der Tätigkeit im abgeschotteten Bereich hinaus nicht für andere Verfahren oder Zwecke zu verwenden. Es ist zudem sicherzustellen, daß nur Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete Kenntnis von den statistischen Einzelangaben erhalten können. Die in der Be-

hördenhierarchie angelegten Aufsichts- und Weisungsbefugnisse werden durch das Statistikgeheimnis begrenzt.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift betrifft Bundesstatistiken, die auf Grund von Rechtsvorschriften durchgeführt werden, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits gelten. In diesen Fällen dürfen die Angaben mit den unter Nummern 1 bis 4 dargestellten Zweckbestimmungen als Hilfsmerkmale erfragt werden, ohne daß – abweichend vom Grundsatz des § 9 Abs. 1 – in einzelstatistischen Rechtsvorschriften die Hilfsmerkmale besonders ausgewiesen werden müssen. Die darin liegende Bereinigung bestehender Rechtsvorschriften, die auch für künftige Novellierungen dieser Regelungen gilt, vermeidet die Notwendigkeit der Änderung einer großen Zahl einzelgesetzlicher Rechtsgrundlagen. Bei den Angaben nach den im einzelnen aufgeführten Verwendungszwecken handelt es sich überwiegend um Auskünfte, die unmittelbar vom Befragten selbst gegeben werden.

Der technischen Durchführung der Bundesstatistik dienen auch Namen und Telefonnummern der jeweiligen Bearbeiter von Fragebögen in Unternehmen und Betrieben. Die entsprechenden Angaben fallen daher unter Nummer 1.

Die nach Nummer 2 und 3 dargestellten Verwendungszwecke sind für die Fälle von Bedeutung, in denen die statistische Zuordnung der zu Befragenden unklar oder zweifelhaft ist, ob die Erhebungsmerkmale der in Betracht kommenden Bundesstatistik auf den Auskunftgebenden zutreffen. Nummer 2 und Nummer 3 bieten daher die Grundlage für Rückfragen durch die statistischen Ämter.

Mit den unter Nummer 4 aufgeführten Hilfsmerkmalen zur Kennzeichnung des Betroffenen sind insbesondere Angaben über solche Personen und Institutionen gemeint, über die Erklärungen durch Dritte abgegeben werden (z. B. Kennzeichnungen durch Nummern, die eine auskunftspflichtige Behörde vergeben hat).

Zu § 26 (Berlin-Klausel)

Die Vorschrift enthält die übliche Berlinklausel.

Zu § 27 (Inkrafttreten)

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes sowie das Außerkrafttreten des bisherigen Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke. Darüber hinaus wird im Hinblick auf die Regelung des § 24 die Verordnung über die Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Statistik für Bundeszwecke außer Kraft gesetzt.

C. Kosten

Durch das Gesetz entstehen keine Kosten.

Die organisations- und verfassungsrechtlichen Vorschriften des Gesetzes haben keine Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes.....
und des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz)
vom 17. Dezember 1990 (BT-Drucks. 11/7768 vom 31. August 1990)**

A Allgemeiner Teil

2. Bundesstatistikgesetz

Die Änderung von § 13 BStatG und die Einfügung eines neuen § 13 a trägt datenschutzrechtlichen Anforderungen im Bereich der Statistik Rechnung. Anlässlich der Beratung des Agrarstatistikgesetzes sowie des Lohnstatistikgesetzes wurde geltend gemacht, daß zur Vermeidung etwaiger verfassungsrechtlicher Risiken die in § 13 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b BStatG getroffenen Regelungen um datenschutzrechtliche Sicherungen ergänzt werden müssen. Dies sei eine wesentliche Voraussetzung für Zusammenführungen von Daten aus Wirtschafts- und Umweltstatistiken, die durch verschiedene Rechtsvorschriften angeordnet werden. Für die betroffenen Unternehmen und Betriebe müsse ersichtlich sein, daß ihre Angaben, die für auf verschiedenen Rechtsvorschriften beruhenden Bundesstatistiken erteilt worden sind, zur Gewinnung weiterer Informationen zusammengeführt werden dürfen.

§ 13 a sieht daher ein besonderes Verfahren für die Zusammenführungen von Daten aus verschiedenen Bundesstatistiken vor. Die Zusammenführungen dürfen nur mittels einer Nummer erfolgen, die keinen Rückgriff auf die Kennnummer erlaubt, über die eine Identifizierung der Erhebungseinheiten möglich ist. Die Entscheidung über solche Zusammenführungen obliegt dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und den Leitern der statistischen Ämter der Länder für ihren Zuständigkeitsbereich.

Über die Zusammenführungen ist ferner der Deutsche Bundestag in dem alle zwei Jahre zu erstattenden Bericht nach § 5 Abs. 3 zu unterrichten.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 2 Nr. 1a

Die Streichung des Wortes „Zusammenführungen“ erklärt sich daraus, daß in § 13 a eine eigenständige Regelung von Zusammenführungen von Daten aus verschiedenen Bundesstatistiken getroffen wird.

Zu Artikel 2 Nr. 1 b

Die Vergabe einer Kennnummer für die in die Adreßdatei aufgenommenen Erhebungseinheiten, ihre Speicherung in der Adreßdatei und in den Einzeldatensätzen dient der Erfüllung der in Absatz 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Zwecken in den verschiedenen Phasen der Durchführung von Bundesstatistiken. Die Regelung stellt klar, daß Kennnummern verwendet werden dürfen.

Zu Artikel 2 Nr. 1 c

Es handelt sich um eine Folgeänderung von Nummer 1 b.

Zu Artikel 2 Nr. 1 d

Die bereits in Absatz 4 des Gesetzes in der geltenden Fassung enthaltene Regelung, daß die in den Adreßdateien enthaltenen Merkmale nach Absatz 2 nicht länger gespeichert werden dürfen, als es die in Absatz 1 genannten Zwecke erfordern, gilt gleichermaßen für die Kennnummern.

Zu Artikel 2 Nr. 2

Die Vorschrift erlaubt die Zusammenführung von Daten aus Wirtschafts- und Umweltstatistiken, die auf verschiedenen Rechtsvorschriften beruhen. Diese Zusammenführungen sind nur zulässig, um Informationen ohne zusätzliche statistische Erhebungen zu gewinnen. Dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder wird ermöglicht, einen über eine Bundesstatistik hinausgehenden Informationsbedarf durch die Zusammenführung vorhandener Daten aus verschiedenen Bundesstatistiken zu erfüllen. Auf diese Weise können Unternehmen und Betriebe von weiteren Befragungen entlastet werden.

Als zusätzliche Maßnahme – neben den verwaltungsintern bei der Verarbeitung der zu statistischen Zwecken erhobenen Daten üblichen organisatorischen und technischen Schutzvorkehrungen beim Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder – sind für diese Zusammenführungen Nummern zu verwenden, die keinen Rückgriff auf die Kennnummern und die Merkmale in der Adreßdatei erlauben. Zu diesem Zweck erfolgt eine Verschlüsselung der Kennnummer in den Einzeldatensätzen. Die Datensätze einer Erhebungseinheit müssen die gleiche durch Verschlüsselung entstandene Nummer erhalten, da anderenfalls keine Zusammenführung möglich wäre.

Die Entscheidung über solche Zusammenführungen obliegt dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und den Leitern der statistischen Ämter der Länder für ihren Zuständigkeitsbereich.

Die Bundesregierung wird verpflichtet, in dem alle zwei Jahre dem Deutschen Bundestag zu erstattenden Bericht nach § 5 Abs. 3 über die Zusammenführungen zu unterrichten.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung zum Gesetz
zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93
des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung
des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke
vom 16. Juni 1998
(BT-Drucks. Nr. 13/9696 vom 22. Januar 1998)**

A. Allgemeiner Teil

III

Darüber hinaus sind weitere Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effiziente Registereinrichtung und -führung ermöglichen. Das erfordert auch eine Änderung des Bundesstatistikgesetzes in Artikel 2. Das Statistikregister ist ein den Adreßdateien gemäß § 13 des Bundesstatistikgesetzes entsprechendes Instrument der amtlichen Statistik.

C. Besonderer Teil**Zu Artikel 2 (Änderung des Bundesstatistikgesetzes)****Zu Nummer 1**

Die Änderung des § 6 des Bundesstatistikgesetzes soll die Nutzung der Angaben aus Erhebungen zur Vorbereitung und Durchführung durch Rechtsvorschrift angeordneter Wirtschafts- und Umweltstatistiken für den Aufbau und die Führung des Statistikregisters gemäß VO Nr. 2186/93 ermöglichen.

Hierzu sind die vorgesehene Erweiterung des Verwendungszwecks und die entsprechende Anpassung der Löschungsvorschrift erforderlich und im überwiegenden Allgemeininteresse geboten. Durch die Verwendung dieser Angaben für das Statistikregister können nicht nur erhebliche Kosten gespart werden, sondern auch die zu Befragenden merklich entlastet werden, indem insbesondere nochmalige Befragungen zur Vorbereitung und Durchführung anderer Wirtschafts- und Umweltstatistiken entfallen können.

Zu Nummer 2**Zu Buchstabe a**

Die VO Nr. 2186/93 enthält keine Einschränkung hinsichtlich der für den Aufbau und die Führung des Statistikregisters zulässigen Datenquellen. Im Bundesstatistikgesetz ist bereits in § 5 Abs. 5 Satz 1 geregelt, daß Bundesstatistiken, bei denen Angaben ausschließlich aus allgemein zugänglichen Quellen verwendet werden, keiner Anordnung durch Gesetz oder Rechtsverordnung bedürfen. Damit das Statistikregister den gegenwärtigen und den künftigen Informationsbedarf vollständig erfüllen kann, sollen Angaben aus allgemein zugänglichen Quellen verwendet werden können. Es kommen dabei nur solche Quellen in Betracht, die den Qualitätsanforderungen der Bundesstatistik genügen, also auch als Grundlage für eine Bundesstatistik gemäß § 5 Abs. 5 Satz 1 des Bundesstatistikgesetzes geeignet wären und allgemein bekannt sind, z.B. Angaben aus dem Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- oder Vereinsregister, aus dem Bundesanzeiger, aus Unternehmenshandbüchern, aus veröffentlichten Mitgliederverzeichnissen von Kammern oder Berufsverbänden oder aus den Telefonbüchern. Solche Angaben werden insbesondere für die Bereiche, die in den Stammdateien nach den §§ 2 bis 5 des Statistikregistergesetzes nicht vollständig abgebildet sind, benötigt. Zu einem wesentlichen Teil sind diese Angaben auf maschinell verwertbaren Datenträgern verfügbar.

Zu Buchstabe b

Vor allem mittelständische Unternehmen und selbständig tätige Angehörige Freier Berufe sind daran interessiert, daß ihre Bevollmächtigten für die statistische Auskunftserteilung (z.B. Steuerberater) anstelle des Unternehmens oder eines Betriebes die Erhebungsvordrucke unmittelbar erhalten, ausfüllen und an die statistischen Ämter zurücksenden. Deshalb sollen auch Name, Anschrift und Telekommunikationsanschlußnummern der Bevollmächtigten in das Statistikregister aufgenommen werden. Als Bevollmächtigte kommen auch rechtlich selbständige Unternehmen in einer Unternehmensgruppe in Betracht, die für das Ausfüllen bestimmt sind und an die alle Erhebungsvordrucke für sämtliche Unternehmen und Betriebe der Unternehmensgruppe zu senden sind. Derartige Vereinbarungen über die Einschaltung von Bevollmächtigten werden sowohl auf seiten der Auskunftgebenden als auch seitens der Bevollmächtigten auf freiwilliger Grundlage getroffen und bestehen im allgemeinen für längere Zeit. Die Aufnahme der Angaben über die Bevollmächtigten in das Statistikregister gestattet eine automatisierte Adressierung der Erhebungsvordrucke an die Bevollmächtigten. Das ermöglicht eine deutliche Entlastung der Auskunftgebenden und eine Beschleunigung bei der Durchführung der Erhebungen.

Zu Buchstabe c

Der Ort und die Nummer der Eintragung in das Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- oder Vereinsregister bezeichnen den Sitz des jeweils zuständigen Registergerichts und die Nummer, unter der die Einheit in dem jeweiligen Register eingetragen ist. Die Angaben sind für den gewerblichen Bereich mit Ausnahme der Angaben über das Partnerschaftsregister auch in den Gewerbeanzeigen enthalten. Sie sollen außerdem von den Industrie- und Handelskammern an die statistischen Ämter übermittelt werden. Darüber hinaus werden sie bei den Bekanntmachungen im Bundesanzeiger über die Eintragungen in die genannten Register und in Unternehmenshandbüchern angegeben. Im Statistikregister sollen diese Angaben aufgenommen werden können, um die Zuordnung der Datensätze zu erleichtern. Auch die Aufnahme von Identifikationskennzeichen aus den Gewerbemeldungen soll die Führung des Statistikregisters vereinfachen. Die Fortschreibung des Statistikregisters aufgrund der Gewerbemeldungen läßt sich mit diesem Kennzeichen durch Einsatz der Datenverarbeitung rationalisieren, selbst wenn bisher nur ein Teil der Gemeinden solche Kennzeichen vergibt. Die Zugehörigkeit zu einer Organschaft (Artikel 1 § 2 Abs. 1 Nr. 4) ist als ergänzendes Merkmal insbesondere zum steuerbaren Umsatz im Statistikregister aufzunehmen.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung zum Gesetz zur Änderung und Ergänzung des
Strafverfahrensrechts-Strafverfahrensänderungsgesetz 1999 (StVÄG 1999)
vom 2. August 2000
(BR-Drucks. Nr. 65/99 vom 5. Februar 1999)**

Zu Artikel 4 (Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke)

Die in Artikel 4 vorgeschlagene Änderung von § 16 Abs. 7 des Bundesstatistikgesetzes steht in Zusammenhang mit § 476 StPO und Artikel 3. Im Hinblick auf die Änderung des § 203 Abs. 2 StGB (siehe Artikel 3) ist § 16 Abs. 7, wie vorgeschlagen, neu zu fassen.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung zum Dritten Gesetz zur Änderung
verwaltungsverfahrensrechtlicher Vorschriften vom 21. August 2002
(BT-Drucks. Nr. 14/9000 vom 13. Mai 2002)**

Zu Artikel 13 (jetzt Artikel 16) (Änderung des Bundesstatistikgesetzes)

Bei der Erstellung von Bundesstatistiken wurden bisher schon neue Informations- und Kommunikationstechniken soweit wie möglich eingesetzt, und zwar sowohl bei der Erhebung als auch der Verarbeitung der Daten durch das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder. Für die Befragten sieht das Bundesstatistikgesetz verschiedene Möglichkeiten der Auskunftserteilung vor, z.B. mündlich gegenüber Erhebungsbeauftragten, schriftlich durch Ausfüllen von Erhebungsvordrucken; es schließt aber eine Antworterteilung auf anderen Datenträgern (z.B. Magnetträgern, Disketten) nicht aus.

Die Möglichkeit, dass grundsätzlich in allen Fachgebieten und Verfahrensarten der Verwaltung elektronische Kommunikationsformen gleichberechtigt neben Schriftform und mündlicher Form angewendet werden können, wird die amtliche Statistik nutzen, elektronische Erhebungsverfahren verstärkt einzusetzen, mit dem Ziel, die Auskunftserteilung für die zu Befragenden zu vereinfachen. Durch die Einführung der Wahlmöglichkeit zwischen schriftlicher und elektronischer Auskunftserteilung sollen den Auskunftserteilenden keine zusätzlichen Belastungen entstehen. Die bisher schon bestehenden Möglichkeiten der Auskunftserteilung, z.B. Verwendung von Diskette, CD-ROM, einfache E-Mail etc., sollen nicht eingeschränkt werden. Daher sollen bei elektronischer Auskunftserteilung grundsätzlich die einfachen Formen der elektronischen Kommunikation genügen und auf die qualifizierte elektronische Signatur verzichtet werden. Dies trägt auch dem Umstand Rechnung, dass schon bisher bei zahlreichen bundesstatistischen Erhebungen keine Unterschrift verlangt wird. Die grundsätzliche Gleichstellung durch Rechtsvorschrift angeordneter Schriftform mit der elektronischen Form in Verbindung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur, wie sie § 3a Abs. 2 VwVfG vorsieht, erfordern die Anpassung verschiedener Vorschriften des Bundesstatistikgesetzes, die schriftliche Auskunftserteilung vorsehen, die soweit sie durch die elektronische Form ersetzt wird, in einfacher Form ausreichend ist.

Zu Nummer 1 (§ 11)

Die bisherige Regelung in § 11 Abs. 3 Satz 1, dass die Erhebungsvordrucke maschinenlesbar gestaltet werden können, kann durch die generelle Möglichkeit, elektronische Verfahren einzusetzen, entfallen. Als Folgeänderung wird der Anfang des bisherigen Satzes 2 angepasst, der im Übrigen der bisherigen Regelung (Beschränkung der Fragen auf die Erhebungs- und Hilfsmerkmale) entspricht.

Zu Nummer 2 (§ 11a)

§ 11a diene lediglich der Klarstellung, dass Erhebungen auch in computergestützter Form, z.B. Einsatz von Laptops, Telefoninterviews, durchgeführt werden können. Durch die grundsätzliche Möglichkeit, elektronische Verfahren in allen Fachbereichen der Verwaltung einzusetzen, die auch computergestützte Erhebungsverfahren einschließen, wird der diese Form der Erhebung noch besonders regelnde § 11a überflüssig. Die Befragten haben die Möglichkeit, auch bei elektronischen Erhebungsverfahren die Auskunft schriftlich oder elektronisch zu erteilen (vgl. § 15 Abs. 3 bis 5).

Zu Nummer 3 (§ 15)**Zu Buchstabe a**

Die Regelung bestimmt den Zugang bei schriftlicher und elektronischer Auskunftserteilung. Maßgebend ist bei elektronischer Übermittlung, wann die Empfangseinrichtung den elektronisch übermittelten Erhebungsvordruck in für den Empfänger bearbeitbarer Weise aufgezeichnet hat.

Zu Buchstabe b

Die Möglichkeiten der Auskunftserteilung beim Einsatz von Erhebungsbeauftragten werden durch die elektronische Form erweitert.

Zu Nummer 4 (§ 17)

Soweit die elektronische Auskunftserteilung von den statistischen Ämtern der Länder und dem Statistischen Bundesamt angeboten wird, soll hierfür auch die elektronische Form der Unterrichtung der zu Befragenden zulässig sein. Eine qualifizierte elektronische Signatur der Unterrichtung ist hierbei nicht erforderlich.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung des Entwurfs für das Gesetz zur Änderung des Statistikregistergesetzes
und sonstiger Statistikgesetze vom 9. Juni 2005
(BR-Drucks. Nr. 878/04 vom 5. November 2004)
(BT-Drucks. Nr. 15/4955 vom 23. Februar 2005)**

C. (B) Besonderer Teil**Zu Artikel 2****Zu Nummer 01 (jetzt Nummer 1) [§ 3a]**

Die vorgeschlagene Einfügung eines § 3a BStatG schafft die rechtliche Grundlage für eine neue Arbeitsteilung nach dem Prinzip „Einer oder einige für alle“ zwischen den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder sowie für die hierzu erforderliche Übermittlung von Einzelangaben. Durch eine solche Aufgabenbündelung lassen sich die Vorteile der Arbeitsteilung nutzen, Wirtschaftlichkeitsreserven erschließen und Qualitätsverbesserungen erreichen. Die Regelungen dienen der Klarstellung der Rechtmäßigkeit der geplanten Weitergabe von Einzeldaten auf der Grundlage der geplanten Verwaltungsvereinbarung über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der Statistik. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird gewahrt, da die Daten nur innerhalb des geschützten Raumes der amtlichen Statistik übermittelt werden dürfen.

Die Zusammenarbeit bezieht sich auf die Durchführung von Bundesstatistiken und sonstigen Arbeiten statistischer Art im Rahmen der Bundesstatistik. Zu den sonstigen Arbeiten statistischer Art gehört z. B. die Führung des Unternehmensregisters nach dem Statistikregistergesetz. § 3a Abs. 1 Satz 1 BStatG stellt zugleich klar, dass die im Rahmen von Bundesstatistiken in die Zuständigkeit der statistischen Ämter fallenden Maßnahmen mit unmittelbarer Rechtswirkung nach außen den Vereinbarungen zur Übertragung von statistischen Arbeiten nicht zugänglich sind. Somit steht Satz 1 aber insbesondere einer Übertragung der Plausibilitätsprüfung nicht entgegen, soweit die Nachfragen ohne Geltendmachung der Auskunftspflicht erfolgen.

§ 3a Abs. 2 BStatG stellt klar, dass die statistischen Ämter auch bei der Bereitstellung von Daten für die Wissenschaft zusammenarbeiten können; zur Wissenschaft zählen vor allem die in § 16 Abs. 6 BStatG genannten Hochschulen und sonstigen Einrichtungen, die mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung betraut sind. Eine solche Bereitstellung umfasst neben der Veröffentlichung von aggregierten Daten als klassischer Form der Verbreitung von statistischen Ergebnissen auch die Nutzbarmachung statistischer Daten, z. B. in Forschungsdatenzentren, in Form von anonymisierten Mikrodaten (Public und Scientific Use Files) oder auf andere geeignete Weise.

Zu Nummer 02 (jetzt Nummer 2) [§ 4 Abs. 3]

Die vorgeschlagene Änderung gibt den Umweltverbänden als Nutzer von Bundesstatistiken eine Stimme und trägt durch die Aufnahme des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften der wachsenden Bedeutung der Europäischen Union für die Bundesstatistik Rechnung. Außerdem wird das Gewicht der Wissenschaft im Statistischen Beirat durch einen weiteren Sitz gestärkt. Den zusätzlichen Sitz für die Wissenschaft soll der kürzlich eingesetzte Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten erhalten. Im Gegenzug wird die Zahl der Sitze der Bundesministerien im Statistischen Beirat auf zehn verringert. Insgesamt führt die Änderung zu einer geringfügigen Verkleinerung des Gremiums.

Zu Nummer 03 (jetzt Nummer 3) [§ 7 Abs. 4]

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass ein Stichprobenumfang von 10 000 Einheiten häufig nicht ausreicht, um im Falle eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs oder zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragenstellungen hinreichend gesicherte statistische Aussagen zu gewinnen. Eine Aufstockung der Obergrenze auf 20 000 schafft mehr Flexibilität, um dieses zeitlich und sachlich begrenzte Instrument stärker nutzen zu können, statt auf gesetzlich angeordnete, meist auf Dauer angelegte Bundesstatistiken ausweichen oder auf Piloterhebungen im Vorfeld gesetzlicher Regelungen verzichten zu müssen.

Zu Nummer 1 (jetzt Nummer 4) [§ 13 Abs. 2]

Das Bundesstatistikgesetz wird an die Änderung der Handwerksordnung angepasst. Die Handwerksordnung unterscheidet nicht mehr zwischen Handwerksbetrieben und handwerksähnlichen Gewerben, sondern zwischen zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerksgewerben sowie handwerksähnlichen Gewerben.

Zu Nummer 2 (jetzt Nummer 5) [§ 13a]

Die Neufassung des § 13a BStatG schafft die rechtliche Grundlage dafür, Einzelangaben aus Wirtschafts- und Umweltstatistiken nicht nur miteinander, sondern auch mit Daten aus dem Statistikregister, mit Daten nach dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz und mit Daten aus allgemein zugänglichen Quellen zu verknüpfen.

Ziel der Regelung ist es, neue statistische Erhebungen zu vermeiden, indem Daten, die bereits bei den statistischen Ämtern vorhanden sind, genutzt werden.

Im Bereich der EG-Konjunkturerhebung besteht zum Beispiel die Möglichkeit, dass diese in Zukunft um Angaben zu Bruttolöhnen und –gehältern im Handels- und Dienstleistungsbereich erweitert wird. Um die Erhebung zusätzlicher Merkmale zu vermeiden, könnten im Einzelhandel zur Gewinnung der erforderlichen Daten Einzeldaten über Bruttolöhne und –gehälter aus der Laufenden Verdiensterhebung mit Einzeldaten aus der Monats- und Jahresherhebung im Einzelhandel verknüpft werden. Ähnliche Verfahren könnten im Gastgewerbe und bei den sonstigen Dienstleistungen nach der Umsetzung der Neukonzeption der laufenden Verdiensterhebung (Ausdehnung der Erhebung auf den Dienstleistungsbereich) angewendet werden.

Zusätzlich wird die Möglichkeit von Längsschnittanalysen auf Mikrodatenebene geschaffen. So könnte beispielsweise untersucht werden, wie sich neu gegründete Unternehmen im Zeitablauf entwickeln. Solchen Anforderungen der Nutzer und insbesondere von Wissenschaft und Forschung kann die Bundesstatistik derzeit nicht nachkommen, zumal neue statistische Erhebungen aus Belastungs- und Kostengründen nicht in Betracht kommen.

Außerdem ist künftig eine Verknüpfung mit Daten aus allgemein zugänglichen Quellen möglich. Allgemein zugängliche Daten durften bereits bisher für die Erstellung einer Bundesstatistik und für das Statistikregister genutzt werden (§ 5 Abs. 5 BStatG, § 1 Abs. 2 StatRegG). Es handelt sich hierbei beispielsweise um Daten aus dem Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- oder Vereinsregister, dem Bundesanzeiger, aus Geschäftsberichten, Mitgliederverzeichnissen von Kammern oder Berufsorganisationen, sofern diese Daten für die Allgemeinheit, eventuell auch gegen Entgelt, zugänglich sind und den Anforderungen der Bundesstatistik an Zuverlässigkeit entsprechen.

Durch die Begrenzung auf Daten aus Wirtschafts- und Umweltstatistiken, aus dem Statistikregister und dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz ist sichergestellt, dass nur Angaben, die sich auf Unternehmen beziehen, zusammengeführt werden dürfen. Gefährdungen des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, etwa durch eine Erstellung von Persönlichkeitsprofilen, werden damit ausgeschlossen.

Durch die Novellierung des § 13a BStatG sollen auch die Arbeitsabläufe in der amtlichen Statistik vereinfacht werden. Bisher mussten für die Verknüpfung Nummern verwendet werden, die keinen Rückgriff auf die Kennnummern der Adressdateien erlauben. Das damit verbundene sehr organisations- und arbeitsaufwändige Verfahren in den statistischen Ämtern, die ja bereits als von der Exekutive abgeschottete Behörden arbeiten und dem Statistikgeheimnis verpflichtet sind, bringt keinen relevanten Zuwachs an Datensicherheit, sondern hat mit dazu beigetragen, dass seit der Einführung des § 13a in das Bundesstatistikgesetz im Jahr 1990 von der Möglichkeit der Datenzusammenführung in der Praxis kaum Gebrauch gemacht wurde. Im Berichtszeitraum 2001/2002 sind nur in zwei Fällen Daten aus verschiedenen Bundesstatistiken nach § 13a Bundesstatistikgesetz zusammengeführt worden (vgl. den Bericht der Bundesregierung in Bundestagsdrucksache 15/864 S. 3).

Die Regelung über Datenzusammenführung berücksichtigt in ausreichendem Maß den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Das Ziel, neue statistische Erhebungen zu vermeiden, indem bereits bei den statistischen Ämtern vorhandene Daten besser genutzt werden, wird mit dem Mittel der Datenverknüpfung erreicht. Ein anderes, gleich wirksames Mittel, das die Rechte des Einzelnen weniger fühlbar beeinträchtigt, ist nicht ersichtlich. Dabei ist hervorzuheben, dass Beeinträchtigungen für den Einzelnen aufgrund der Tatsache, dass nur Angaben, die sich auf Unternehmen beziehen, zusammengeführt werden dürfen, ohnehin nicht erkennbar sind.

Die Regelung, dass über Datenzusammenführungen der Präsident des Statistischen Bundesamtes und die Leiter der statistischen Ämter der Länder für ihren Zuständigkeitsbereich zu entscheiden haben, entfällt. Damit wird ein Beitrag zu Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau geleistet, da die Entscheidungen über Datenverknüpfungen auf die Arbeitsebene verlagert werden können. Daneben wird die zweijährige Berichtspflicht der Bundesregierung an den Bundestag über Datenverknüpfungen aufgehoben. Vor dem Hintergrund, dass der Bericht hauptsächlich dazu dient, evaluieren zu können, inwieweit von der Möglichkeit der Zusammenführung von Daten Gebrauch gemacht worden ist, kann auf den Bericht verzichtet werden.

Zu Nummer 3 (jetzt Nummer 6) [§ 16 Abs. 2]

Die Ergänzung stellt klar, dass im Rahmen einer Zusammenarbeit der statistischen Ämter nach § 3a BStatG auch die Übermittlung von Einzeldaten zwischen statistischen Ämtern sowie deren Verarbeitung und Nutzung in einem oder mehreren Ämtern für andere Ämter zulässig ist. Damit wird auch die Zulässigkeit des Betriebs der Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter des Bundes und der Länder rechtlich klargestellt.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung des Entwurfs für das Zweite Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse
insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft
(BR-Drucks. Nr. 68/07 vom 26. Januar 2007)**

·
·
·

B. Besonderer Teil

·
·
·

Nachfolgend abgedruckt

Zu Artikel 3 (Änderung des Bundesstatistikgesetzes)

Die Regelung soll der Entlastung kleiner Unternehmen von Berichtspflichten zu Bundesstatistiken dienen, indem eine Häufung von Stichprobenbefragungen vermieden wird.

Die Soll-Vorschrift bewirkt eine strikte Bindung der statistischen Ämter an den Regelfall und gestattet Ausnahmen nur in besonderen Fällen. Solche liegen insbesondere dann vor, wenn für ein freizustellendes Unternehmen kein anderes vergleichbares Unternehmen als Ersatz zur Verfügung steht, oder wenn

Wirtschaftszweige wie etwa die Landwirtschaft und der Verkehrsbereich vorwiegend aus Kleinbetrieben bestehen und eine Statistik durch die Freistellungsregelung ihre Aussagekraft verlieren würde. Ein besonderer Fall liegt auch dann vor, wenn das EG-Recht etwa auf Grund von Qualitätsvorgaben die Einbeziehung eines bestimmten Unternehmens erforderlich macht.

Stichprobenerhebungen zu einer Bundesstatistik mit unterjähriger Periodizität sind als eine Erhebung zu zählen.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung des Entwurfs für das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung
sowie zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25. Juni 2013
(BR-Drucks. Nr. 557/12 vom 21. September 2012)**

·
·
·

B. Besonderer Teil

·
·
·

Zu Artikel 13 (Änderung des Bundesstatistikgesetzes)

·
·
·

Nachfolgend abgedruckt

Übermittlung von Äußerungen ausreichend informiert ist, wird durch die in Nummer 1 vorgesehene Änderung von § 9a Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 UVPG ausdrücklich festgeschrieben, dass die Bekanntmachung im anderen Staat unter anderem diese Information beinhalten soll; dies entspricht bereits der bisherigen Verwaltungspraxis, wo-nach neben einer Postanschrift der zuständigen deutschen Behörde in Einzelfällen auch eine E-Mail-Adresse angegeben wird.

Zu Artikel 11 (Änderung des Umweltschutzprotokoll-Ausführungsgesetzes)

Zu Nummer 1

Mit den Änderungen wird bewirkt, dass der Antrag auf Erteilung der Genehmigung einer Tätigkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 1 sowie die Anzeige einer Tätigkeit, die unter die Voraussetzungen des § 6 Absatz 1 Satz 1 fällt, auch elektronisch (also z. B. per E-Mail) gestellt werden bzw. erfolgen kann.

Zu Nummer 2

Zu Buchstabe a

Mit der Änderung wird bewirkt, dass Einwendungen zu der Untersuchung nach § 8 Absatz 3 auch elektronisch (also z. B. per E-Mail) abgegeben werden können.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um Folgeänderungen. Das Erfordernis, dass Einwendungen auch in englischer Sprache vorgelegt werden sollen, soll auch für elektronisch abgegebene Einwendungen gelten.

Zu Buchstabe c

Es handelt sich um eine Folgeänderung.

Zu Artikel 12 (Änderung des Aufenthaltsgesetzes)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Bei der Datenübermittlung in Zusammenhang mit dem Register zum vorübergehenden Schutz soll als Alternative zum automatisierten Verfahren und zur schriftlichen Übermittlung auch eine Kommunikation per E-Mail möglich sein (vgl. Nummer 91a 7.1.1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz). Durch die Formulierung „in elektronischer Form“ könnte hingegen der irrige Eindruck entstehen, dass die elektronische Form im Sinne von § 3a VwVfG gemeint ist, mit der Folge, dass die zu übermittelnden Dokumente mit einer qeS versehen werden müssten, was für die vorliegende Art der Datenübermittlung nicht intendiert war.

Zu Artikel 13 (Änderung des Bundesstatistikgesetzes)

Mit der Änderung des BStatG soll die Nutzung der elektronischen Datenübermittlung im Bereich der Statistik weiter forciert werden. Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen und Betriebe werden künftig verpflichtet sein, elektronische Verfahren zur Datenübermittlung zu nutzen.

Weiterhin werden mit der Novellierung die Voraussetzungen dafür geschaffen, künftig Statistiken erheblich flexibler räumlich auswerten zu können als bislang, indem statistische Angaben georeferenziert gespeichert und statistische Ergebnisse georeferenziert verbreitet werden dürfen. Die Herstellung eines räumlichen Bezugs für statistische Daten

ist bislang nur auf Ebene administrativer Gebietseinheiten und in Form von Blockseiten (Gebiet zwischen zwei Straßenmündungen) möglich. Dies entspricht aber nicht mehr den heutigen vielfältigen Bedürfnissen an Darstellung und Analyse statistischer Daten, z. B. für Zwecke des Katastrophenschutzes oder für die Planung einer bedarfsgerechten öffentlichen Infrastrukturversorgung. Die Gesetzesänderungen schaffen die Voraussetzungen dafür, dass zukünftig tiefere raumbezogene Darstellungen möglich und zulässig sind.

Weiterhin wird klargestellt, dass die Bereitstellung von Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke zu den Aufgaben des StBA gehört. Diese Klarstellung ist insbesondere im Hinblick auf den Zugang der Wissenschaft zu entsprechenden Daten geboten. Die Wahrung des Statistikgeheimnisses findet dabei selbstverständlich Beachtung.

Mit der Novellierung des BStatG werden schließlich noch einige Änderungen redaktioneller Art vorgenommen, unter anderem werden die Vorschriften des BStatG an den am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon angepasst.

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Durch die vorgesehene Änderung des § 3 BStatG werden die Aufgaben des StBA nicht erweitert, sondern es wird lediglich klargestellt, dass die Bereitstellung von Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke zu den Aufgaben des StBA gehört. Diese Klarstellung ist insbesondere im Hinblick auf den Zugang der Wissenschaft zu entsprechenden Daten geboten. Das StBA hat diese Aufgabe stets wahrgenommen. Durch diese Regelung werden die Länder jedoch nicht von dieser Aufgabe ausgeschlossen. Sie stellen der Wissenschaft Einzeldaten – wie bisher – im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit zur Verfügung.

Die Bereitstellung von Einzelangaben kann auf verschiedene Weise erfolgen. Der Gesetzgeber sieht dabei die Übermittlung absolut anonymisierter Einzelangaben nach § 16 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 BStatG und die Übermittlung faktisch anonymisierter Einzelangaben nach § 16 Absatz 6 BStatG vor.

Eine weitere Form der Bereitstellung besteht darin, formal anonymisierte Einzelangaben, d. h. Einzelangaben ohne Hilfsmerkmale, durch kontrollierte Datenfernverarbeitung für Auswertungen nutzbar zu machen. Bei diesem Verfahren werden dem Auftraggeber von den statistischen Ämtern jedoch keine Einzelangaben übermittelt und der Auftraggeber erlangt bei diesem Verfahren auch keine Kenntnis von den Einzelangaben. Bei der kontrollierten Datenfernverarbeitung schreibt der Auftraggeber ein Auswertungsprogramm, das auf dem Server des statistischen Amtes mit den „originalen“ Einzelangaben der amtlichen Statistik, die lediglich formal anonymisiert sind, die Berechnungen durchführt. Die so errechneten Ergebnisse werden vom statistischen Amt auf Geheimhaltung überprüft und dem Auftraggeber übermittelt.

Zu Buchstabe b

Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 2

Zu Buchstabe a

Seit dem Inkrafttreten des IFG am 1. Januar 2006 nimmt der Bundesbeauftragte für den Datenschutz auch die Aufgaben des Bundesbeauftragten für die Informationsfreiheit wahr und trägt seitdem die Bezeichnung „Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit“.

Zu Buchstabe b

Änderung redaktioneller Art.

Zu Nummer 3

Hier handelt es sich um die Korrektur eines Redaktionsversehens. Die eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift muss die Berichtszeit bestimmen, auf den sich die statistischen Daten beziehen. Dabei kann es sich entweder um einen Zeitraum oder um einen Zeitpunkt handeln. Dies wurde schon im Gesetzentwurf zur ursprünglichen Fassung des § 9 BStatG klargestellt (vgl. BT-Drs. 10/5345, S. 7, 17 und 24); die entsprechende Formulierung wurde allerdings im verabschiedeten Gesetzentwurf versehentlich nicht übernommen.

Zu Nummer 4**Zu Buchstabe a**

In welcher Weise der Raumbezug von Einzeldatensätzen fachstatistischer Erhebungen dauerhaft gespeichert sowie für Auswertungen, Darstellungen und Veröffentlichungen der amtlichen Statistik genutzt werden darf, ist in § 10 Absatz 2 BStatG geregelt. Danach dürfen der Name der Gemeinde und die Blockseite für die regionale Zuordnung der Erhebungsmerkmale genutzt werden. Die Speicherung statistischer Daten auf von den Blockseiten abweichende räumliche Bausteine ist derzeit rechtlich nicht zulässig. Eine Ausnahme gilt für sog. Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Hier dürfen gemäß § 24 Absatz 4 des Agrarstatistikgesetzes statistische Ergebnisse Gebiets-einheiten zugeordnet werden, die bezogen auf eine vorgegebene Kartenprojektion rechtwinklig, in der Regel quadratisch und mindestens 100 Hektar groß sind. Diese Spezialregelung bleibt von einer Änderung des § 10 Absatz 2 BStatG unberührt.

Für bundes- und landesweite statistische Auswertungen und Darstellungen sind intrakommunale Raumgliederungen, die auf den Bausteinen Blockseiten basieren, aus inhaltlich-fachlichen (keine flächendeckende Definition, hohe räumliche Heterogenität, zeitliche Variabilität) und aus technischen Gründen (extrem aufwändige Pflege einer Vektorgeometrie mit über einer Million Einheiten bundesweit) ungeeignet.

Die bisher kleinteiligste standardisierte Raumeinheit in der amtlichen Statistik des Bundes und der Länder ist die Ebene der Gemeinden. Durch eine Vielzahl von Gebietsreformen ändern sich deren räumliche Bezugsgrößen: Allein von 1990 bis 2012 sank die Zahl der Gemeinden in Deutschland von über 16 000 auf unter 12 000 (-25 %). Die Zahl der Gemeinden in Ostdeutschland hat sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als halbiert. Die amtliche Statistik stellt daher unterhalb der Länderebene häufig keine Zeitreihen zur Verfügung. Die Zusammenlegungen größer werdender Gebietseinheiten führen zu einem zunehmenden Verlust an räumlicher Analyseschärfe und Vergleichbarkeit. Ein Datenangebot ohne einen Raumbezug unterhalb der Gemeindeebene, der auch von der amtlichen Statistik des Bundes und der Länder genutzt werden kann, erfüllt nicht mehr die heutigen Anforderungen an Analyse- und Darstellungsoptionen. Darüber hinaus verliert Deutschland hierdurch zunehmend den Anschluss an internationale Entwicklungen. Seit 2009 fördert Eurostat die Anstrengungen des European Forum for Geostatistics (EFGS) zur Etablierung einer europaweiten kleinräumigen Gliederung unterhalb der Gemeindeebene. Das EFGS favorisiert dabei das Konzept geografischer Gitter und daraus abgeleiteter Rasterkarten. Auch die europäische Kommission hat sich für die Zensusrunde 2011 und für die Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der europäischen Gemeinschaft (INSPIRE) ebenfalls eindeutig dafür ausgesprochen, das Konzept eines geografischen Gitters zu nutzen. Die geografische Gitterzelle beschreibt eine quadratische Gebietseinheit in einem festgelegten geografischen Koordinatensystem. Für die Speicherung der Daten ist im BStatG eine Auflösung von mindestens 100 Meter x 100 Meter vorgesehen. Ausgehend

von der 100-Meter- x- 100-Meter Gitterzelle, können die Daten unter Wahrung des statistischen Geheimnisses zielgenauer zu neuen Analyseeinheiten zusammengefasst und aus-gewertet werden.

Der wesentliche Mehrwert des Konzepts liegt darin, Daten der amtlichen Statistik aus Vollerhebungen und Registern für vielfache bundesweite und regionale Verwaltungsaufgaben, beispielsweise für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz und die Gesundheitsvorsorge oder Umwelt- und Infrastrukturplanung, in ihrer räumlichen Auflösung erheblich flexibler bereitstellen zu können, als dies bei Beschränkung auf administrative Raumgliederungen möglich ist.

Die Umsetzung des Gitterkonzeptes erfordert eine Rechtslage, die es der amtlichen Statistik ermöglicht, den Raumbezug der Einzeldatensätze unmittelbar mit der Referenz auf ein geeignetes geografisches Gitter dauerhaft speichern zu dürfen. Dies bedeutet konkret, den Raumbezug der Einzeldatensätze vor der Löschung des Hilfsmerkmals „Anschrift“ durch die Referenz auf eine zugehörige Gitterzelle des Gitters zu vergrößern. Hierzu ist die Georeferenzierung der Adressen ein unverzichtbarer Zwischenschritt. Nach der Zuordnung der Adressen zu den Gitterzellen können sowohl die Adressen als auch die adressgenauen Geokoordinaten gelöscht werden. Das Maß der Vergrößerung ist von der (einheitlichen) Gitterzellenweite des Gitters abhängig. Zu beachten ist, dass dieses Maß sich lediglich auf die Speicherung sowie die interne Verarbeitung der Daten in den statistischen Ämtern bezieht. Bei der Verbreitung von Ergebnissen ist selbstverständlich weiterhin die statistische Geheimhaltung maßgeblich, so dass hierbei im Regelfall größere Gebietseinheiten, z. B. abgeleitete Gitter mit größerer Gitterweite, zu bilden sein werden.

Zu Buchstabe b

Die Änderung der Regelung in § 10 Absatz 2 BStatG erlaubt es den statistischen Ämtern, die Angaben aus Bundesstatistiken mit Bezug auf quadratische Gitterzellen zu speichern. Nach der Regelung in § 10 Absatz 3 BStatG müssen diese Gitterzellen mindestens eine Fläche von einem Hektar (1 ha), also 100 Meter x 100 Meter, umfassen. Damit erfolgt bereits bei der Speicherung der Daten in den abgeschotteten Bereichen der statistischen Ämter eine Vergrößerung des Raumbezugs der Einzeldatensätze von der Gebäudeadresse auf größere Raumeinheiten, um datenschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen.

Die festgelegte Gitterweite des geografischen Gitters bezieht sich ausdrücklich auf die Speicherung des Raumbezugs der Daten und die interne Verarbeitung bzw. Auswertung der Daten bei den statistischen Ämtern.

Bei Veröffentlichungen ist unabhängig von der gewählten Gitterweite die statistische Geheimhaltung zu wahren. Für Zwecke der Veröffentlichung von statistischen Ergebnissen dürfen Gitterzellen als Grundlage genutzt werden; man spricht bei der Ausweisung von Ergebnissen mittels eines geografischen Gitters von Rasterkarten. Hierbei findet die statistische Geheimhaltung nach § 16 Absatz 1 BStatG strikte Anwendung, so dass die Größen der Gitterzellen, die für Veröffentlichungen Anwendung finden, meist größer als die gespeicherten Gitterzellen von 1 ha sein werden. Alternativ können, wie beispielsweise bei der Veröffentlichung von statistischen Ergebnissen in Tabellen üblich, Werte gesperrt werden (keine Wertzuordnung zu einem Raster) oder auch andere Verfahren zur Wahrung der statistischen Geheimhaltung eingesetzt werden.

Zu Nummer 5

Der Einsatz elektronischer Verfahren zur Übermittlung von Daten für statistische Zwecke führt zu einer deutlichen Kosten- und Zeitersparnis sowohl für die Auskunft Gebenden als auch für die statistischen Ämter. Daher sollen Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, aber auch Unternehmen und Betriebe künftig verpflichtet werden, elektronische Verfahren zur Datenübermittlung zu nutzen.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung nutzen bereits einige Behörden die Möglichkeit des standardisierten elektronischen Datenaustausches (XÖV-Verfahren). Solche Standards sind beispielsweise im Meldewesen (XMeld), im Personenstandswesen (XPersonenstand) und im Ausländerwesen (XAusländer) im Einsatz. Die Regelung in Absatz 1 stellt klar, dass solche standardisierten Verfahren, die von den Daten übermittelnden Behörden genutzt werden, auch für die Übermittlung von Daten an die statistischen Ämter zu nutzen sind. Soweit Behörden keine standardisierten Verfahren für den Datenaustausch verwenden, sind elektronische Übermittlungsverfahren nach Absprache mit den zuständigen statistischen Ämtern zu nutzen.

Für Unternehmen und Betriebe gilt, dass künftig – z. B. mit Hilfe des Verfahrens „IDEV“ (Internet Datenerhebung im Verbund) – Online-Formulare auszufüllen und elektronisch zu übermitteln sind, wenn die Angaben bislang in Papiervordrucke eingetragen und per Post an die zuständigen Stellen übersandt wurden. Die statistischen Stellen bieten zudem mit dem „CORE.reporter“ ein Softwaremodul an, das dem Anwender die Übernahme von Angaben aus seinen eigenen Dateien erleichtert. Verschiedene Unternehmen und Betriebe haben in der bei ihnen betriebenen IT bereits ein spezielles Statistikmodul integriert, so dass sie über die Anwendung „eSTATISTIK.core“ die erfragten Daten direkt automatisiert aus den elektronischen Datenbeständen abrufen und aus ihrem IT-System heraus an die statistischen Stellen übermitteln können.

Die von den statistischen Stellen kostenfrei angebotenen elektronischen Übermittlungsverfahren geben sowohl den Übermittlungsweg als auch die für die amtliche Statistik geltenden Standards, insbesondere die Datenformate, vor und haben sich in der Praxis bewährt.

Soweit bei den befragten Unternehmen und Betrieben die technischen Voraussetzungen zur elektronischen Datenübermittlung nicht bzw. noch nicht vorliegen, kann das zuständige statistische Amt im Einzelfall die Datenübermittlung in einer anderen Form zulassen.

Zu Nummer 6

Durch diese Regelung wird klargestellt, dass die dauerhafte Speicherung der Geokoordinate in von der Statistik genutzten Adressdateien, heute in der Regel als Register bezeichnet, zulässig ist. Die dauerhafte Speicherung der Anschrift ist bereits nach geltender nationaler Rechtslage zulässig und nach verbindlichen europarechtlichen Vorgaben sogar zwingend (Verordnung (EG) Nummer 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nummer 2186/93 des Rates, ABl. L 61 vom 5. März 2008, S. 6).

Zu Nummer 7

Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 8

Es handelt sich um eine Folgeänderung, die aus der Einfügung von § 11a (vgl. Nummer 5) resultiert.

Zu Artikel 14 (Änderung des Rechtsdienstleistungsgesetzes)

Mit der Änderung kann die bislang ausschließlich schriftliche Mitteilung von Änderungen künftig auch elektronisch per einfacher E-Mail erfolgen. Dies ist von dem Begriff der Textform (§ 126b BGB) umfasst, der auch dem sonstigen Sprachgebrauch des Rechtsdienstleistungsgesetzes entspricht.

Anlage 2

Agrarstatistikgesetz (AgrStatG) in der Fassung der
Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886),
zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05. Dezember
2014 (BGBl. I S. 1975)

Nachfolgend abgedruckt
das Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG)
in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009

Lfd. Nr.	Gesetz (änderndes)	Fundstelle	Begründung
1.			BT-Drs. 11/2851 siehe Seite 34
2.			BT-Drs. 12/2696 siehe Seite 49
3.			BR-Drs. 567/1/93 siehe Seite 61
4.			BT-Drs. 13/7392 siehe Seite 62
5.			BT-Drs. 13/9110 siehe Seite 64
6.			BT-Drs. 14/8012 siehe Seite 74
7.			BT-Drs. 16/1023 siehe Seite 84
8.			BR-Drs. 130/07 siehe Seite 92
9.			BR-Drs. 694/08 siehe Seite 97
10.	Neufassung	BGBI. I S. 3886	
11.	Artikel 2 Gesetz vom 21.07.2010	BGBI. I S. 953	BT-Drs. 17/1703 siehe Seite 133
12.	Artikel 36 Gesetz vom 09.12.2010	BGBI. I S. 1934	BR-Drs. 480/10
13.	Gesetz vom 04.12.2011	BGBI. I S. 2441	BR-Drs. 316/11
14.	Artikel 13 Absatz 5 Gesetz vom 12.04.2012.	BGBI. I S. 579	
15.	Artikel 3 Gesetz vom 02.12.2014	BGBI. I S. 1928	BR-Drs. 354/14
16.	Artikel 1 Gesetz vom 05.12.2014	BGBI. I S. 1975	BR-Drs. 353/14
17.	Regelung zur Baumschulerhebung (zusätzliches Erhebungsmerkmal) und Aquakulturstatistik (Erfassungsgrenze) siehe Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen sowie zur Einschränkung des Kreises der zu Befragenden nach dem Agrarstatistikgesetz (Agrarstatistikverordnung – AgrStatV) vom 10. November 2015	BGBI. I S. 1979	BR-Drs. 429/15

Diesem Deckblatt folgt der konsolidierte Gesetzestext¹ und (soweit vorhanden) die historische/n Gesetzesbegründung/en. Der Begründungsteil des Gesamtdokuments wird nicht mehr ergänzt und bezogen auf aktuelle Regelungs-/Änderungsvorhaben durch einen Link (siehe oben) auf die uns bekannte Bundesrats- oder Bundestagsdrucksache² ersetzt.

¹ Quelle: www.gesetze-im-internet.de - „Gesetze im Internet“ ist als Datenbank im Sinne der §§ 87a ff. UrhG geschützt. Die Bereitstellung der Daten erfolgt durch die juris GmbH.

² Quelle: Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge (DIP) - www.bundestag.de.

Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG)

AgrStatG

Ausfertigungsdatum: 15.03.1989

Vollzitat:

"Agrarstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1975) geändert worden ist"

Stand: Neugefasst durch Bek. v. 17.12.2009 I 3886;
zuletzt geändert Art. 1 G v. 5.12.2014 I 1975

Fußnote

(+++ Textnachweis ab: 1.6.1989 +++)
(+++ Zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen vgl. V 7860-9-1
v. 20.11.2002 I 4415, diese geändert durch Art. 1
V v. 20.12.2004 I 3584 +++)
(+++ Amtliche Hinweise des Normgebers auf EG-Recht:
Umsetzung der
EWGRL 23/93 (CELEX Nr: 31993L0023)
EWGRL 24/93 (CELEX Nr: 31993L0024)
EWGRL 25/93 (CELEX Nr: 31993L0025)
EGRL 16/96 (CELEX Nr: 31996L0016)
EGRL 77/97 (CELEX Nr: 31997L0017)
EGRL 109/2001 (CELEX Nr: 32001L0109)
EGRL 107/2003 (CELEX Nr: 32003L0107) vgl. Bek. v. 19.7.2006 I 1662 +++)

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht Teil 1 Allgemeine Vorschrift

§ 1 Anordnung als Bundesstatistik

Teil 2 Agrarstatistiken Abschnitt 1 Bodennutzungserhebung Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschrift

§ 2 Einzelerhebungen

Unterabschnitt 2 Flächenerhebung

§ 3 Erhebungseinheiten

§ 4 Erhebungsart, Periodizität, Berichtszeitpunkt, Erhebungsmerkmale

§ 5 (weggefallen)

Unterabschnitt 3 Bodennutzungshaupterhebung

§ 6 Erhebungseinheiten

§ 7 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale

§ 8	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	
		Unterabschnitt 4 Zierpflanzenerhebung
§ 9	Erhebungseinheiten	
§ 10	Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum	
§ 11	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	
		Unterabschnitt 5 Gemüseerhebung
§ 11a	Erhebungseinheiten	
§ 11b	Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum	
§ 11c	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	
		Unterabschnitt 6 Baumschulerhebung
§ 12	Erhebungseinheiten	
§ 13	Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale	
§ 14	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt	
		Unterabschnitt 7 Baumobstanbauerhebung
§ 15	Erhebungseinheiten	
§ 16	Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale	
§ 17	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt	
		Unterabschnitt 8 Strauchbeerenerhebung
§ 17a	Erhebungseinheiten	
§ 17b	Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum	
§ 17c	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	
		Abschnitt 2 Erhebung über die Viehbestände
§ 18	Erhebungseinheiten	
§ 19	Erhebungsart, Periodizität, Berichtszeitpunkt, Merkmale	
§ 20	Erhebungsmerkmale	
§ 20a	Besondere Vorschriften zur Erhebung der Rinderbestände	
		Abschnitt 3
§ 21	(weggefallen)	
§ 22	(weggefallen)	
§ 23	(weggefallen)	
		Abschnitt 4 Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben
		Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschrift
§ 24	Einzelenerhebungen und Periodizität	
		Unterabschnitt 2 Agrarstrukturerhebung
§ 25	Erhebungseinheiten	
§ 26	Erhebungsart und Erhebungsprogramm	
§ 27	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	
		Unterabschnitt 3

Haupterhebung der Landwirtschaftszählung

§ 28	Erhebungseinheiten	
§ 29	Erhebungsart	
§ 30	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	
		Unterabschnitt 4 Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden
§ 31	Erhebungseinheiten	
§ 32	Erhebungsart, Periodizität, Erhebungsmerkmale, Berichtszeit	
		Unterabschnitt 5 (weggefallen) Unterabschnitt 6 (weggefallen) Abschnitt 5 (weggefallen) Abschnitt 6 Ernteerhebung
§ 44	Allgemeine Vorschrift	
§ 45	(weggefallen)	
§ 46	Ernte- und Betriebsberichterstattung	
§ 47	Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung	
		Abschnitt 7 Geflügelstatistik Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschrift
§ 48	Einzelерhebungen	
		Unterabschnitt 2 Erhebung in Brütereien
§ 49	Erhebungseinheiten	
§ 50	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	
§ 51	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum	
		Unterabschnitt 3 Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung
§ 52	Erhebungseinheiten	
§ 53	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	
§ 54	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	
		Unterabschnitt 4 Erhebung in Geflügelschlachtereien
§ 55	Erhebungseinheiten	
§ 56	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	
§ 57	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum	
		Abschnitt 8 Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschrift
§ 58	Einzelерhebungen	
		Unterabschnitt 2 Erhebung über Schlachtungen
§ 59	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	

§ 60	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum	
		Unterabschnitt 3 Schlachtgewichtsstatistik
§ 61	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	
§ 62	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum	
		Abschnitt 9 Milchstatistik
§ 63	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	
§ 64	Erhebungsmerkmal und Berichtszeitraum	
§ 65	Ergänzende Schätzung	
		Abschnitt 10 Fischerei- und Aquakulturstatistik
		Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschrift
§ 65a	Einzelhebungen	
		Unterabschnitt 2 Hochsee- und Küstenfischereistatistik
§ 66	Erhebungseinheiten	
§ 67	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	
§ 68	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum	
		Unterabschnitt 3 Aquakulturstatistik
§ 68a	Erhebungseinheiten	
§ 68b	Erhebungsart, Periodizität, Erhebungsmerkmale, Berichtszeitraum	
		Abschnitt 11 Weinstatistik
		Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschrift
§ 69	Einzelhebungen	
		Unterabschnitt 2 Rebflächenerhebung
§ 70	Erhebungsart und Periodizität	
§ 71	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	
		Unterabschnitt 3 Ernteerhebung
§ 72	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt	
§ 73	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum	
		Unterabschnitt 4 Erhebung der Erzeugung
§ 74	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt	
§ 75	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum	
		Unterabschnitt 5 Bestandserhebung
§ 75a	Erhebungseinheiten	
§ 76	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt	
§ 77	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt	
		Abschnitt 12 Holzstatistik
		Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschrift

§ 78	Einzelerhebungen	
		Unterabschnitt 2 Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben
§ 79	Erhebungseinheiten	
§ 80	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	
§ 81	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum	
		Unterabschnitt 3 Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung
§ 82	Erhebungseinheiten	
§ 83	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	
§ 84	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	
		Abschnitt 13
§ 85	(weggefallen)	
§ 86	(weggefallen)	
§ 87	(weggefallen)	
		Abschnitt 14 Düngemittelstatistik
§ 88	Erhebungseinheiten	
§ 89	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	
§ 90	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum	
		Teil 3 Gemeinsame Vorschriften
§ 91	Erhebungseinheiten	
§ 92	Hilfsmerkmale	
§ 93	Auskunftspflicht	
§ 94	Durchführung von Bundesstatistiken	
§ 94a	Verordnungsermächtigung	
§ 95	Erhebungsstellen, Erhebungsbeauftragte	
§ 96	Fortschreibeverfahren	
§ 97	Betriebsregister	
§ 97a	Feststellung der Grundgesamtheit	
§ 98	Übermittlung, Verwendung und Veröffentlichung von Einzelangaben	
§ 99	Übergangsvorschriften	

Teil 1

Allgemeine Vorschrift

§ 1 Anordnung als Bundesstatistik

Nach Maßgabe dieses Gesetzes werden folgende Agrarstatistiken als Bundesstatistiken durchgeführt:

1. die Bodennutzungserhebung,
2. die Erhebung über die Viehbestände,
3. die Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben,
4. die Ernteerhebung,

5. die Geflügelstatistik,
6. die Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik,
7. die Milchstatistik,
8. die Fischerei- und Aquakulturstatistik,
9. die Weinstatistik,
10. die Holzstatistik,
11. die Düngemittelstatistik.

Teil 2

Agrarstatistiken

Abschnitt 1

Bodennutzungserhebung

Unterabschnitt 1

Allgemeine Vorschrift

§ 2 Einzelerhebungen

Die Bodennutzungserhebung umfasst folgende Einzelerhebungen:

1. Flächenerhebung,
2. Bodennutzungshaupterhebung,
3. Zierpflanzenerhebung,
4. Gemüseerhebung,
5. Baumschulerhebung,
6. Baumobstanbauerhebung,
7. Strauchbeerenerhebung.

Unterabschnitt 2

Flächenerhebung

§ 3 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Flächenerhebung sind die Gemeinden und gemeindefreien Gebiete.

§ 4 Erhebungsart, Periodizität, Berichtszeitpunkt, Erhebungsmerkmale

(1) Die Flächenerhebung wird allgemein jährlich zum Berichtszeitpunkt 31. Dezember des Vorjahres durchgeführt.

(2) Erhebungsmerkmale sind die Bodenflächen nach der Art der tatsächlichen Nutzung.

§ 5 (weggefallen)

-

Unterabschnitt 3

Bodennutzungshaupterhebung

§ 6 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Bodennutzungshaupterhebung sind:

1. die Betriebe nach § 91 Absatz 1a Nummer 1,
2. in Bayern: gemeinschaftlich genutzte Flächen von mindestens fünf Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche.

§ 7 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale

(1) Die Bodennutzungshaupterhebung wird in der Zeit von Januar bis Mai durchgeführt:

1. allgemein in den Jahren 2010 und 2016; hierbei werden Merkmale über die Nutzung der Flächen erhoben;
2. bei höchstens 80 000 Erhebungseinheiten in jedem Jahr mit Ausnahme der Jahre, in denen die Erhebung nach Nummer 1 stattfindet; die Merkmale entsprechen mit Ausnahme des Zwischenfruchtanbaus denjenigen der Erhebung nach Nummer 1.

(2) Die Erhebung nach Absatz 1 Nummer 2 wird in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg nicht durchgeführt.

(3) Die Erhebung nach Absatz 1 ist in den Jahren 2010, 2013 und 2016 Bestandteil der Agrarstrukturerhebung.

§ 8 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Bodennutzungshaupterhebung sind die Nutzung der Flächen nach Hauptnutzungsarten und Nutzungszweck, Kulturarten, Pflanzengruppen, Pflanzenarten und Kulturformen, auch nach Züchtungsmethode, sowie der Zwischenfruchtanbau nach der Pflanzengruppe und dem Nutzungszweck jeweils nach der Fläche.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 mit Ausnahme des Zwischenfruchtanbaus ist das laufende Kalenderjahr. Der Berichtszeitraum für den Zwischenfruchtanbau sind die Monate Juni des Vorjahres bis Mai des laufenden Jahres.

Unterabschnitt 4 Zierpflanzenerhebung

§ 9 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Zierpflanzenerhebung sind die Betriebe nach § 91 Absatz 1, deren Flächen, auf denen Blumen oder Zierpflanzen oder deren jeweilige Jungpflanzen angebaut werden, mindestens 0,3 Hektar im Freiland oder mindestens 0,1 Hektar unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen betragen.

§ 10 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum

Die Zierpflanzenerhebung wird allgemein im Jahr 2012, im Jahr 2017 und dann alle vier Jahre in der Zeit von Juli bis Oktober durchgeführt.

§ 11 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Zierpflanzenerhebung sind

1. beim Anbau von Blumen und Zierpflanzen:
 - a) die Grundfläche nach Pflanzengruppen im Freiland und unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen,
 - b) die beheizte Grundfläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen,
 - c) die Zahl der erzeugten Topfpflanzen nach Pflanzengruppen, Pflanzenarten und Verwendungszwecken,
 - d) bei Schnittblumen und Zierpflanzen zum Schnitt die Anbaufläche nach Pflanzenarten im Freiland und unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen,

2. bei der Anzucht von Jungpflanzen: die Grundfläche im Freiland und unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen.

(2) Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a und Nummer 2 ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung. Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b bis d sind die Monate Juli des Vorjahres bis Juni des laufenden Jahres.

Unterabschnitt 5 Gemüseerhebung

§ 11a Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Gemüseerhebung sind die Betriebe nach § 91 Absatz 1

1. mit Flächen von mindestens 0,5 Hektar im Freiland oder mindestens 0,1 Hektar unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, auf denen Gemüse oder Erdbeeren oder deren jeweilige Jungpflanzen angebaut werden,
2. mit Produktionsflächen für Speisepilze von mindestens 0,1 Hektar.

§ 11b Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum

(1) Die Gemüseerhebung wird durchgeführt:

1. bei den Betrieben nach § 11a Nummer 1
 - a) allgemein alle vier Jahre, beginnend 2012,
 - b) jährlich mit Ausnahme der Jahre, in denen die Erhebung nach Buchstabe a stattfindet, als Stichprobe bei höchstens 6 000 Betrieben, beginnend 2013;abweichend davon werden die Erhebungsmerkmale zur Erntemenge in Jahren mit allgemeiner Erhebung bei höchstens 6 000 Betrieben ermittelt;
2. bei den Betrieben nach § 11a Nummer 2 allgemein jährlich, beginnend mit dem Berichtsjahr 2012.

(2) Die Erhebung nach Absatz 1 Nummer 1 wird in den Ländern Berlin und Bremen nicht durchgeführt.

(3) Erhebungszeitraum bei den Betrieben nach § 11a Nummer 1 sind die Monate Juni bis Dezember. Zur Ermittlung eines vorläufigen Ergebnisses für Spargel und Erdbeeren wird eine Vorerhebung in der Zeit von Juni bis September durchgeführt. Die Haupterhebung wird in der Zeit von Oktober bis Dezember durchgeführt.

(4) Erhebungszeitraum bei den Betrieben nach § 11a Nummer 2 sind die Monate Januar und Februar des Folgejahres.

§ 11c Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Gemüseerhebung sind

1. bei den Betrieben nach § 11a Nummer 1
 - a) zum Anbau von Gemüse und Erdbeeren:
 - aa) die Anbaufläche und Erntemenge nach Pflanzengruppen, Pflanzenarten, Kulturformen und Arten der Eindeckung, bei Spargel und Erdbeeren zusätzlich der Stand der Ertragsfähigkeit,
 - bb) in Jahren mit allgemeiner Erhebung bei Gemüse zusätzlich die Grundfläche,
 - b) zur Anzucht von Jungpflanzen: die Grundfläche im Freiland und unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen,
2. bei den Betrieben nach § 11a Nummer 2: die Produktionsfläche, die Anbaufläche und die Erntemenge nach Arten von Speisepilzen,
3. für alle Pflanzenarten: die Angabe zur ökologischen Wirtschaftsweise im jeweiligen Berichtsjahr.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa ist das laufende Kalenderjahr. Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 2 ist das abgelaufene Kalenderjahr. Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb und Buchstabe b ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung.

Unterabschnitt 6 Baumschulerhebung

§ 12 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Baumschulerhebung (Baumschulen) sind die Betriebe nach § 91 Absatz 1 mit Baumschulflächen von mindestens 0,5 Hektar; nicht mit einzubeziehen sind Pflanzgärten in Forstbetrieben.

§ 13 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale

Die Baumschulerhebung wird allgemein in den Jahren 2004, 2008, 2012, 2017 und dann alle vier Jahre in der Zeit von Juli bis August durchgeführt. Es werden Merkmale über die Nutzung der Baumschulflächen erhoben.

§ 14 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt

(1) Erhebungsmerkmale der Baumschulerhebung sind die Baumschulfläche insgesamt und nach Pflanzengruppen und Vermehrungsmerkmalen sowie die Bestände an Forstpflanzen nach Zahl und Art.

(2) Der Berichtszeitpunkt ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung.

Unterabschnitt 7 Baumobstanbauerhebung

§ 15 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Baumobstanbauerhebung sind die Betriebe nach § 91 Absatz 1, deren Baumobstflächen mindestens 0,5 Hektar betragen.

§ 16 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale

Die Baumobstanbauerhebung wird allgemein alle fünf Jahre, beginnend 1992, in der Zeit von Januar bis Juni durchgeführt. Es werden Merkmale über die Nutzung der Baumobstflächen erhoben.

§ 17 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt

(1) Erhebungsmerkmale der Baumobstanbauerhebung sind:

1. die Gesamtfläche des Baumobstanbaus,
2. die Obstarten nach der Fläche und dem Verwendungszweck des Obstes sowie für Tafeläpfel und Tafelbirnen zusätzlich die Sorten, die Pflanzzeitpunkte und die Zahl der Bäume jeweils nach der Fläche,
3. die Angabe zur ökologischen Wirtschaftsweise.

(2) Der Berichtszeitpunkt ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung.

Unterabschnitt 8 Strauchbeerenerhebung

§ 17a Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Strauchbeerenerhebung sind die Betriebe nach § 91 Absatz 1 mit Strauchbeerenflächen von mindestens 0,5 Hektar im Freiland oder mindestens 0,1 Hektar unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen.

§ 17b Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum

Die Strauchbeerenerhebung wird allgemein jährlich, beginnend 2012, in der Zeit von September bis Dezember durchgeführt. In den Ländern Berlin und Bremen wird die Erhebung nicht durchgeführt.

§ 17c Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Strauchbeerenerhebung sind

1. jährlich
 - a) die Anbaufläche und Erntemenge nach Pflanzenarten im Freiland und unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, die Kulturformen, beim Schwarzen Holunder zusätzlich die Nutzungsart und beim Sanddorn zusätzlich der Stand der Ertragsfähigkeit,
 - b) die Angabe zur ökologischen Wirtschaftsweise,
2. zusätzlich alle drei Jahre, beginnend 2012, die Ernteverwendung.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a und Nummer 2 ist das laufende Kalenderjahr. Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung.

Abschnitt 2 Erhebung über die Viehbestände

§ 18 Erhebungseinheiten

(1) Erhebungseinheiten der Erhebung über die Viehbestände sind die Betriebe nach § 91 Absatz 1a Nummer 1 mit Tierbeständen, die für die jeweilige Tierart mindestens die dort in Buchstabe b, c oder d genannte Zahl erreichen.

(2) Die Erhebungen erfassen die Bestände an Rindern, Schweinen und Schafen, die sich zum Berichtszeitpunkt im unmittelbaren Besitz des Betriebsinhabers oder -leiters befinden, ohne Rücksicht auf das Eigentum oder die sonstigen Rechtsgründe des Besitzes.

§ 19 Erhebungsart, Periodizität, Berichtszeitpunkt, Merkmale

(1) Die Erhebung über die Viehbestände wird in jedem Jahr durchgeführt:

1. zum Berichtszeitpunkt 3. Mai bei höchstens 60 000 Erhebungseinheiten; hierbei werden Merkmale über die Bestände an Rindern und Schweinen erhoben;
2. zum Berichtszeitpunkt 3. November bei höchstens 60 000 Erhebungseinheiten; hierbei werden Merkmale über die Bestände an Rindern, Schweinen und Schafen erhoben.

(2) Abweichend von Absatz 1 gilt:

1. Die Erhebung wird in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg nicht durchgeführt.
2. werden die Merkmale über die Bestände an Rindern nach § 20a erhoben, wird die Erhebung zum jeweiligen Berichtszeitpunkt bei höchstens 20 000 Erhebungseinheiten mit Schweinen und bei höchstens 5 000 Erhebungseinheiten mit Schafen durchgeführt.

§ 20 Erhebungsmerkmale

Erhebungsmerkmale der Erhebung über die Viehbestände sind:

1. bei den Beständen an Rindern und Schafen: die Zahl, das Alter, das Geschlecht und der Nutzungszweck der Tiere,
2. bei den Beständen an Schweinen: die Zahl der Tiere nach Lebendgewichtsklassen und Nutzungszweck, bei Zuchtschweinen außerdem das Geschlecht und bei Zuchtsauen die Trächtigkeit.

§ 20a Besondere Vorschriften zur Erhebung der Rinderbestände

(1) Liegen bundesweit die Erhebungsmerkmale für die Bestände an Rindern als Daten, die von Verwaltungsstellen auf Grund nichtstatistischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften erhoben worden oder auf sonstige Weise bei solchen Stellen angefallen sind (Verwaltungsdaten), vor oder können sie, auch unter Berücksichtigung des zusätzlichen Erhebungsmerkmals nach Absatz 2 Nummer 3, unter Verwendung solcher Daten in ausreichender Qualität ermittelt werden, wird die Erhebung der Rinderbestände ausschließlich unter Verwendung solcher Daten durchgeführt, soweit die von den Europäischen Gemeinschaften oder der Europäischen Union erlassenen Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen.

(2) Die §§ 18 bis 20 finden in diesem Fall mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. Erhebungseinheiten sind die Betriebe von Rinderhaltern nach § 26 der Viehverkehrsverordnung vom 6. Juli 2007 (BGBl. I S. 1274, 1967), geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 25. April 2008 (BGBl. I S. 764), in der jeweils geltenden Fassung.
2. Die Erhebung wird allgemein in allen Ländern zu den Berichtszeitpunkten 3. Mai und 3. November durchgeführt.
3. Zusätzlich zu den Erhebungsmerkmalen nach § 20 ist Erhebungsmerkmal die Rasse der Tiere.

Abschnitt 3 (weggefallen)

§§ 21 bis 23 (weggefallen)

Abschnitt 4 Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschrift

§ 24 Einzelerhebungen und Periodizität

(1) Die Strukturerhebungen umfassen folgende Einzelerhebungen:

1. Agrarstrukturerhebung (§ 26),
2. Landwirtschaftszählung:
 - a) Haupterhebung (§ 29),
 - b) Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden (§ 32).

(2) Die Agrarstrukturerhebung wird in den Jahren 2010, 2013 und 2016 durchgeführt.

(3) Die Haupterhebung der Landwirtschaftszählung wird gemeinsam mit der Agrarstrukturerhebung im ersten Halbjahr 2010 durchgeführt.

(4) Zur räumlichen Darstellung statistischer Ergebnisse dürfen die Angaben aus den Erhebungen nach Absatz 1 Gebietseinheiten zugeordnet werden, die bezogen auf eine vorgegebene Kartenprojektion rechtwinklig, in der Regel quadratisch, und mindestens 100 Hektar groß sind.

Unterabschnitt 2 Agrarstrukturerhebung

§ 25 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Agrarstrukturerhebung sind die Betriebe nach § 91 Absatz 1a.

§ 26 Erhebungsart und Erhebungsprogramm

(1) Die Agrarstrukturerhebung wird im Jahr 2010 allgemein durchgeführt, in den Jahren 2013 und 2016 als Stichprobe bei höchstens 80 000 Erhebungseinheiten.

(2) Abweichend von Absatz 1 werden

1. die Erhebungsmerkmale nach § 27 Absatz 1 Nummer 1 bis 3, 5, 6, 12 und 17 im Jahr 2016 allgemein erhoben,
2. das Erhebungsmerkmal nach § 27 Absatz 1 Nummer 16 Buchstabe d im Jahr 2010 in der in Absatz 1 genannten Stichprobe erhoben,
3. die Erhebungsmerkmale nach § 27 Absatz 1 Nummer 7 im Jahr 2010 nicht erhoben,
4. das Erhebungsmerkmal nach § 27 Absatz 1 Nummer 12 im Jahr 2013 nicht erhoben,
5. die Erhebungsmerkmale nach § 27 Absatz 1 in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg auch in den Jahren 2013 und 2016 allgemein erhoben.

(3) Erhebungseinheiten, die keine der in § 91 Absatz 1a Nummer 1 genannten Bedingungen erfüllen, werden nur für die Jahre 2010 und 2016 in die Erhebung einbezogen. Bei ihnen werden nur die Angaben nach § 27 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie nach § 27 Absatz 1 Nummer 3 zu den Hauptnutzungsarten einschließlich der Flächen mit schnellwachsenden Baumarten erhoben.

§ 27 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Agrarstrukturerhebung sind

1. der Betriebsitz unter Angabe der Lagekoordinaten,
2. die Rechtsstellung des Betriebsinhabers,
3. die Erhebungsmerkmale der Bodennutzungshaupterhebung (§ 8 Absatz 1),
4. zur Bewässerung:
 - a) die bewässerbare Fläche,
 - b) die bewässerte Fläche,
 - c) die Bewässerungsverfahren,
 - d) die Herkunft des verwendeten Wassers,
5. zu den Beständen
 - a) an Rindern, Schafen und Ziegen: die Zahl, das Alter, das Geschlecht und der Nutzungszweck der Tiere,
 - b) an Schweinen: die Zahl der Tiere nach den Kategorien in Anhang III Abschnitt III der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über die Betriebsstrukturserhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates (ABl. EU Nr. L 321 S. 14) in der jeweils geltenden Fassung,
 - c) an Geflügel: die Zahl der Tiere und der Haltungsplätze jeweils nach Art und Nutzungszweck,
 - d) an Einhufern: die Zahl der Tiere,
6. zum ökologischen Landbau: die umgestellten und in Umstellung befindlichen landwirtschaftlich genutzten Flächen, die Anbauflächen nach Kulturarten, Kulturformen, Pflanzengruppen, Pflanzenarten und Nutzungszweck sowie die Zahl der in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogenen Tiere nach Art und Nutzungszweck,
7. (weggefallen)
8. (weggefallen)
9. zur Beschäftigung des Betriebsinhabers, seiner Familienangehörigen einschließlich der Personen, die mit dem Betriebsinhaber in eheähnlicher oder lebenspartnerschaftsähnlicher Gemeinschaft leben und der im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind:

- a) beim Betriebsinhaber und seinen Familienangehörigen: das Geschlecht, das Geburtsjahr, die Betriebsleitereigenschaft sowie die jeweilige Arbeitszeit für landwirtschaftliche und für nicht landwirtschaftliche Arbeiten für den Betrieb sowie in anderer Erwerbstätigkeit,
 - b) bei den ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind: das Geschlecht, das Geburtsjahr, die Betriebsleitereigenschaft und die jeweilige Arbeitszeit für landwirtschaftliche und nicht landwirtschaftliche Arbeiten für den Betrieb,
 - c) bei den nicht ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind: die Gesamtzahl nach Geschlecht und die Arbeitszeit für landwirtschaftliche Arbeiten für den Betrieb,
10. (weggefallen)
11. zur Berufsbildung des Betriebsleiters:
- a) die landwirtschaftliche und die gartenbauliche Berufsbildung nach dem höchsten Bildungsabschluss,
 - b) die Teilnahme an einer Maßnahme der beruflichen Bildung,
12. die Art der Gewinnermittlung,
13. zu den sozialökonomischen Verhältnissen des Betriebsinhabers: das geschätzte Verhältnis (größer/kleiner) zwischen dem außerbetrieblichen Einkommen und dem Einkommen aus dem Betrieb; bei verheirateten oder in eingetragener Lebenspartnerschaft oder in eheähnlicher oder lebenspartnerschaftsähnlicher Gemeinschaft lebenden Betriebsinhabern bezieht sich die Angabe jeweils gemeinsam auf beide Partner,
14. zum Umsatz aus anderen Erwerbstätigkeiten als Landwirtschaft, die unmittelbar mit dem Betrieb in Verbindung stehen: die Art der Tätigkeit und der prozentuale Anteil des Umsatzes dieser Tätigkeiten am Gesamtumsatz des Betriebs,
15. der unmittelbare Bezug von Beihilfen zur Förderung der ländlichen Entwicklung nach Anhang III Abschnitt VI der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008,
16. zu den Eigentums- und Pachtverhältnissen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche:
- a) die Größe der eigenen selbst bewirtschafteten Fläche,
 - b) die Größe der gepachteten Flächen nach Verpächtergruppen und der unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltenen Flächen,
 - c) die Pachtentgelte für nicht von Familienangehörigen, Verwandten oder Verschwägerten gepachtete Höfe und Einzelgrundstücke, bei Höfen nach der Größe der betroffenen Fläche, bei Einzelgrundstücken zusätzlich nach der Art der Nutzung,
 - d) die in den letzten zwei Jahren vereinbarten Pachtentgelte für nicht von Familienangehörigen, Verwandten oder Verschwägerten gepachtete Einzelgrundstücke nach der Art der Nutzung und der Größe der betroffenen Flächen,
17. die Form der Umsatzbesteuerung,
18. zur Bodenbearbeitung und Bodenerhaltung:
- a) die Bodenbearbeitungsverfahren auf dem Ackerland nach der Fläche,
 - b) die Bodenbedeckung im Winter nach der Art der Bedeckung und der Fläche,
 - c) die Größe des Ackerlands ohne Fruchtwechsel,
19. die im Umweltinteresse genutzten Flächen,
20. zu Wirtschaftsdüngern:
- a) die ausgebrachte Menge nach Düngerart und nach Kulturarten, bei Ackerland zusätzlich nach bestellter und unbestellter Fläche,
 - b) für flüssigen Wirtschaftsdünger die ausgebrachte Menge nach Düngerart, nach Ausbringungstechnik und nach Kulturarten, bei Ackerland zusätzlich nach bestellter und unbestellter Fläche,
 - c) für unbestellte Flächen die Zeitspanne zwischen Ausbringung und Einarbeitung nach Ausbringungstechnik und Düngerart,
 - d) die vom Betrieb aufgenommene Menge nach Düngerart,
 - e) die im Betrieb angefallene Menge, die in den Verkehr gebracht wurde, nach Düngerart.

(1a) Zusätzliche Erhebungsmerkmale der Agrarstrukturerhebung im Jahr 2016 in den Erhebungseinheiten nach Satz 2 sind:

1. zu den Betriebseinnahmen:
die Herkunft nach der Art der Erzeugnisse und Dienstleistungen sowie der jeweilige Anteil an den gesamten Betriebseinnahmen,
2. zu den hohen begehbaren Schutzabdeckungen:
die Grundfläche nach der Art der Eindeckung, die Nutzung als Kalthaus oder Warmhaus sowie der Energieverbrauch nach Energieträgern.

Diese Erhebungsmerkmale gelten für Erhebungseinheiten, die über Freilandflächen für Baumschulen, Baumobst oder Beerenobst, Gemüse oder Erdbeeren, Blumen oder Zierpflanzen, Fläche zur Erzeugung von Gartenbausämereien oder Jungpflanzen zum Verkauf, Fläche mit Heil-, Duft- oder Gewürzpflanzen, Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen oder Produktionsfläche für Speisepilze verfügen.

(2) Der Berichtszeitraum ist für

1. die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 3: der in § 8 Absatz 2 geregelte Zeitraum,
2. die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 4, 13, 14 und 17: das dem Erhebungsjahr vorausgehende Kalenderjahr,
3. die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 9: die Monate März des Vorjahres bis Februar des Erhebungsjahres,
4. die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 11 Buchstabe b und Nummer 18 Buchstabe a: die letzten zwölf Monate vor dem Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung,
5. das Erhebungsmerkmal nach Absatz 1 Nummer 12: das laufende Wirtschaftsjahr,
6. das Erhebungsmerkmal nach Absatz 1 Nummer 15: ein Zeitraum von drei Kalenderjahren, der am 31. Dezember des Erhebungsjahres endet,
7. die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 16 Buchstabe c und d: das laufende Pachtjahr,
8. die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 18 Buchstabe b: die Monate Oktober 2015 bis Februar 2016,
9. das Erhebungsmerkmal nach Absatz 1 Nummer 18 Buchstabe c: ein Zeitraum von 36 Monaten, der am Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung endet,
10. die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 20 sowie für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1a Nummer 1 und das Erhebungsmerkmal Energieverbrauch nach Energieträgern nach Absatz 1a Nummer 2: das dem Erhebungszeitraum vorausgehende Kalenderjahr.

Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 5 ist der 1. März des Erhebungsjahres. Der Berichtszeitpunkt für die übrigen Erhebungsmerkmale ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung.

(3) Für die Erhebung der Rinderbestände nach Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a gilt § 20a Absatz 1 und 2 Nummer 3 entsprechend.

Unterabschnitt 3

Haupterhebung der Landwirtschaftszählung

§ 28 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung sind die Betriebe nach § 91 Absatz 1a Nummer 1.

§ 29 Erhebungsart

Es werden die Angaben aus der Agrarstrukturerhebung übernommen und die Erhebungsmerkmale nach § 30 Absatz 1 allgemein erhoben.

§ 30 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

- (1) Erhebungsmerkmale der Haupterhebung sind neben den Erhebungsmerkmalen der Agrarstrukturerhebung:
1. zur Hofnachfolge: Vereinbarung, Absprache oder sonstige Verständigung über die Hofnachfolge, das Alter, das Geschlecht, landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Berufsbildung eines Hofnachfolgers sowie seine Mitarbeit im Betrieb,
 2. die Umsatzbesteuerung nach der Form.

(2) Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung.

Unterabschnitt 4

Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden

§ 31 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sind die Betriebe nach § 91 Absatz 1a Nummer 1.

§ 32 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungsmerkmale, Berichtszeit

- (1) Die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden wird durchgeführt:
1. als allgemeine Nacherhebung zur Haupterhebung der Landwirtschaftszählung im Zeitraum Mai bis Dezember 2010 bei allen Erhebungseinheiten, die über bewässerbare Fläche im Freiland (§ 27 Absatz 1 Nummer 4) verfügen, für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 Nummer 4,
 2. als Erhebung bei höchstens 80 000 Betrieben gemeinsam mit der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung für die anderen Erhebungsmerkmale nach Absatz 2.
- (2) Erhebungsmerkmale sind:
1. die Bodenbearbeitungsverfahren auf dem Ackerland nach der Fläche,
 2. zur Bodenerhaltung:
 - a) die Bodenbedeckung im Winter nach der Art und der Fläche,
 - b) die Größe des Ackerlands ohne Fruchtwechsel,
 3. das Erhalten und das Anlegen von Landschaftselementen,
 4. zur Bewässerung im Freiland:
 - a) die durchschnittlich bewässerte Fläche insgesamt,
 - b) die bewässerte Fläche nach Kulturarten, Pflanzengruppen, Pflanzenarten und Nutzungszweck,
 - c) die Bewässerungsverfahren und die Herkunft des verwendeten Wassers,
 - d) die verbrauchte Wassermenge,
 5. die Zahl der Stallhaltungsplätze nach Haltungsverfahren und Nutzungszweck der Tiere für Rinder, Schweine und Hühner,
 6. zur Weidehaltung: die Zahl der Rinder, auch nach Nutzungszweck, und der Schafe nach Weidedauer sowie Größe und Besitzverhältnissen der Weidefläche,
 7. Anfall und Ausbringung von Wirtschaftsdüngern nach Düngerart, Herkunft, Ausbringungsfläche, Einarbeitung sowie der Anteil des abgegebenen oder verkauften Wirtschaftsdüngers,
 8. die Lagerung von Wirtschaftsdüngern nach Düngerart, Art des Lagers, Lagerkapazität und Art der Abdeckung.
- (3) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 Nummer 1 und 7 sind die letzten zwölf Monate vor dem Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung. Der Berichtszeitraum für das Erhebungsmerkmal nach Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a sind die Monate Oktober 2009 bis Februar 2010. Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b und Nummer 3

ist ein Zeitraum von 36 Monaten, der am Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung endet. Der Berichtszeitraum für das Erhebungsmerkmal nach Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe a sind die Kalenderjahre 2007 bis 2009. Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe b bis d und Nummer 6 ist das Kalenderjahr 2009. Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 Nummer 5 ist der 1. März 2010. Der Berichtszeitpunkt für das Erhebungsmerkmal nach Absatz 2 Nummer 8 ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung.

§§ 33 bis 43 (weggefallen)

Abschnitt 5 (weggefallen)

Abschnitt 6 Ernteerhebung

§ 44 Allgemeine Vorschrift

Die Ernteerhebung umfasst:

1. Ernte- und Betriebsberichterstattung,
2. Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung.

§ 45 (weggefallen)

-

§ 46 Ernte- und Betriebsberichterstattung

(1) Die Ernte- und Betriebsberichterstattung wird in jedem Jahr, außer in den Ländern Berlin und Bremen, in den Monaten April bis Dezember durchgeführt. Sie umfasst

1. bei Feldfrüchten, Grünland, Baumobst und Reben: Schätzungen der voraussichtlichen und endgültigen Naturalerträge des laufenden Jahres,
2. bei einzelnen Getreidearten und Kartoffeln, außer im Land Hamburg: Schätzungen der Gesamterntemengen und Vorratsbestände,
3. bei Feldfrüchten, außer im Land Hamburg: Schätzungen der Flächen der vorangegangenen Ernte, der Aussaatflächen und der ausgewinterten Flächen,
4. bei Reben: die Erhebung des Mostgewichts und der Güte des Mostes,
5. bei Baumobst: Schätzungen der Ernteverwendung,
6. die Angabe zur ökologischen Wirtschaftsweise der Betriebe.

Die Schätzungen werden von Ernte- und Betriebsberichterstellern vorgenommen; sie werden bei diesen erhoben. Die Vorratsbestände bei einzelnen Getreidearten am 30. Juni können auch durch die statistischen Ämter der Länder geschätzt werden.

(2) Zur Ergänzung der Schätzungen von Ernteerträgen nach Absatz 1 Satz 1 und 2 Nummer 1 können in jedem Jahr bei höchstens 14 000 landwirtschaftlichen Betrieben nach § 91 Absatz 1a Nummer 1 oder bei Baumobst für höchstens 0,5 vom Hundert der Anbauflächen die Erträge festgestellt werden. Dabei dürfen jährlich nicht mehr als fünf Arten von Gemüse, Baumobst oder landwirtschaftlichen Feldfrüchten, mit Ausnahme der gemäß § 47 Absatz 2 erfassten landwirtschaftlichen Feldfrüchte, insgesamt jedoch nicht mehr als sechs dieser Arten, sowie Weinmost einbezogen werden.

§ 47 Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung

(1) Die Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung wird in jedem Jahr, außer in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg, auf höchstens 10 000 Feldern landwirtschaftlicher Betriebe nach § 91 Absatz 1a Nummer 1 durchgeführt. Der Berichtszeitraum ist das laufende Kalenderjahr.

(2) Ermittelt werden die Naturalerträge bei landwirtschaftlichen Feldfrüchten. Weitere Erhebungsmerkmale sind die Größe der in die Erhebung einbezogenen Fläche, die Sorte, die Gesamterntemenge und Angaben zur Bewertung der Ertragsverhältnisse. Bei Getreide und Raps werden zusätzlich Beschaffenheitsmerkmale ermittelt. Die Ermittlung der Beschaffenheitsmerkmale umfasst die Untersuchung der Inhaltsstoffe und Verarbeitungseigenschaften sowie der Belastung mit gesundheitlich nicht erwünschten Stoffen (§ 50 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs).

(3) Die Beschaffenheitsmerkmale werden vom Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel (Max Rubner-Institut), einer selbstständigen Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, ermittelt. Die für die Durchführung der Erhebung zuständigen Stellen der Länder übermitteln dem Max Rubner-Institut zur Erfüllung der Aufgabe nach Satz 1 pseudonymisierte Proben der einbezogenen Pflanzenarten.

Abschnitt 7

Geflügelstatistik

Unterabschnitt 1

Allgemeine Vorschrift

§ 48 Einzelerhebungen

Die Geflügelstatistik umfasst folgende Einzelerhebungen:

1. Erhebung in Brütereien,
2. Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung,
3. Erhebung in Geflügelschlachtereien.

Unterabschnitt 2

Erhebung in Brütereien

§ 49 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten sind die Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes. Die Unternehmen geben ihre Meldung untergliedert nach Betrieben ab. Unternehmen mit Betrieben in verschiedenen Ländern haben für jedes Land, in dem sie einen Betrieb haben, gesondert zu melden.

§ 50 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Erhebung in Brütereien wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über die Bruteiereinlagen und die Kükenerzeugung erhoben.

§ 51 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Erhebung in Brütereien sind:

1. die Zahl der eingelegten Bruteier zur Erzeugung von Hühnern, Enten, Gänsen, Truthühnern und Perlhühnern sowie die Zahl der geschlüpften Küken, bei Hühnern auch nach Nutzungsrichtung und Verwendungszweck,
2. zusätzlich das Fassungsvermögen der Brutanlagen ausschließlich des Schlupfraumes.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 1 ist der jeweilige Monat, für das Erhebungsmerkmal nach Absatz 1 Nummer 2 der Monat Dezember.

Unterabschnitt 3

Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung

§ 52 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten sind Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen. Die Unternehmen geben ihre Meldung untergliedert nach Betrieben ab. Unternehmen mit Betrieben in verschiedenen Ländern haben für jedes Land, in dem sie einen Betrieb haben, gesondert zu melden.

§ 53 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über Hennenhaltung und Eiererzeugung erhoben.

§ 54 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung sind die Zahl der vorhandenen Hennenhaltungsplätze, die Zahl der legenden Hennen sowie die Zahl der erzeugten Eier jeweils nach der Haltungsform.

(2) Der Berichtszeitpunkt für die Zahl der vorhandenen Hennenhaltungsplätze und die Zahl der legenden Hennen ist der letzte Tag des jeweiligen Vormonats. Der Berichtszeitraum für die Zahl der erzeugten Eier ist der jeweilige Vormonat.

Unterabschnitt 4 Erhebung in Geflügelschlachtereien

§ 55 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Erhebung in Geflügelschlachtereien sind die Schlachtereien, die

1. zugelassen sind nach Artikel 31 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz (ABl. L 165 vom 30.4.2004, S. 1, L 191 vom 28.5.2004, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit besonderen Verfahrensvorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 206, L 226 vom 25.6.2004, S. 83) in der jeweils geltenden Fassung und
2. Geflügel im Sinne von Artikel 2 Nummer 7 der Verordnung (EG) Nr. 1165/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Viehbestands- und Fleischstatistiken und zur Aufhebung der Richtlinien 93/23/EWG, 93/24/EWG und 93/25/EWG des Rates (ABl. L 321 vom 1.12.2008, S. 1) schlachten.

Die Unternehmen geben ihre Meldung untergliedert nach Betrieben ab. Unternehmen mit Betrieben in verschiedenen Ländern haben für jedes Land, in dem sie einen Betrieb haben, gesondert zu melden.

§ 56 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Erhebung in Geflügelschlachtereien wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über Geflügelschlachtungen erhoben.

§ 57 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Erhebung in Geflügelschlachtereien sind die Zahl und das Schlachtgewicht des geschlachteten Geflügels nach Art, Herrichtungsform und Angebotszustand.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der jeweilige Monat.

Abschnitt 8 Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik

Unterabschnitt 1

Allgemeine Vorschrift

§ 58 Einzelerhebungen

Die Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik umfasst folgende Einzelerhebungen:

1. Erhebung der Schlachtungen,
2. Erhebung der Schlachtgewichte.

Unterabschnitt 2 Erhebung über Schlachtungen

§ 59 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Erhebung über Schlachtungen wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über Schlachtungen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Pferden, an denen nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 854/2004 die Schlachttier- und Fleischuntersuchung vorgenommen wurde, erhoben. Einzubeziehen sind auch Tiere, die nach § 2a Absatz 1 der Tierische Lebensmittel-Hygieneverordnung vom 8. August 2007 (BGBl. I S. 1816, 1828), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. November 2010 (BGBl. I S. 1537) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung zur amtlichen Untersuchung angemeldet worden sind.

§ 60 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Schlachtungsstatistik sind die Zahl der in § 59 genannten Tiere nach Herkunft, Tierart und Kategorie, Art der Schlachtung sowie der Tauglichkeit.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der jeweilige Monat.

Unterabschnitt 3 Schlachtgewichtsstatistik

§ 61 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Schlachtgewichtsstatistik wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über Schlachtgewichte von Rindern und Schweinen auf Grund der nach der Ersten Fleischgesetz-Durchführungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung zu erstattenden Meldungen erhoben.

§ 62 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Schlachtgewichtsstatistik sind das Gesamtschlachtgewicht und die Zahl der in § 61 genannten Tiere nach Kategorien und Handelsklassen.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der jeweilige Monat.

Abschnitt 9 Milchstatistik

§ 63 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Milchstatistik wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über die Erzeugung von Milch auf Grund der nach der Marktordnungswaren-Meldeverordnung vom 24. November 1999 (BGBl. I S. 2286) in der jeweils geltenden Fassung zu erstattenden Meldungen erhoben.

§ 64 Erhebungsmerkmal und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmal der Milchstatistik ist die angelieferte Milchmenge nach Kreisen.

(2) Der Berichtszeitraum für das Erhebungsmerkmal nach Absatz 1 ist der jeweilige Monat.

§ 65 Ergänzende Schätzung

Die Differenz zwischen angelieferter und erzeugter Milchmenge sowie die Verwendung der Milch beim Erzeuger jeweils nach Kreisen werden durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung geschätzt.

Abschnitt 10

Fischerei- und Aquakulturstatistik

Unterabschnitt 1

Allgemeine Vorschrift

§ 65a Einzelerhebungen

Die Fischerei- und Aquakulturstatistik umfasst folgende Einzelerhebungen:

1. Hochsee- und Küstenfischereistatistik,
2. Aquakulturstatistik.

Unterabschnitt 2

Hochsee- und Küstenfischereistatistik

§ 66 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Hochsee- und Küstenfischereistatistik sind die Fischereibetriebe, die Seefischmärkte, die Fischverwertungsgenossenschaften sowie die Betriebe von Fischhandel und Fischverarbeitung.

§ 67 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Hochsee- und Küstenfischereistatistik wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über die Fangreise und die Fangergebnisse von Fischen erhoben.

§ 68 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Hochsee- und Küstenfischereistatistik bei Anlandungen deutscher Fischereifahrzeuge innerhalb und außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes und bei Anlandungen ausländischer Fischereifahrzeuge unmittelbar vom Fangplatz aus im Geltungsbereich dieses Gesetzes sind:

1. Beginn und Ende der Fangreise,
2. Fangplatz,
3. Fanggerät,
4. Verarbeitung an Bord nach Art, Menge und Form,
5. Anlandehafen,
6. Anlandegebiet,
7. Fangergebnis nach Absatzart jeweils nach Fischart, Menge und Erlös.

(2) Bei Anlandungen deutscher Küstenfischereifahrzeuge innerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes werden nur die in Absatz 1 Nummer 2, 5 bis 7 genannten Erhebungsmerkmale erhoben.

(3) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der jeweilige Monat.

Unterabschnitt 3

Aquakulturstatistik

§ 68a Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Aquakulturstatistik sind die Betriebe, die Aquakultur im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 762/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorlage von Aquakulturstatistiken durch die Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 788/96 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung betreiben. Soweit sie einer Genehmigungs- oder Registrierungspflicht nach den Bestimmungen der Fischseuchenverordnung vom 24. November 2008 (BGBl. I S. 2315) unterliegen, werden diejenigen Einheiten in die Erhebung einbezogen, die

1. in dem nach § 4 Absatz 2 Satz 2 oder § 6 Absatz 3 Satz 1 der Fischseuchenverordnung zu führenden Register erfasst sind,
2. eine Anzeige zur Registrierung nach § 6 Absatz 2 der Fischseuchenverordnung abgegeben haben oder
3. einen Antrag auf Genehmigung nach § 4 Absatz 1 der Fischseuchenverordnung gestellt haben; dieser Antrag darf nicht unanfechtbar abgelehnt worden sein.

§ 68b Erhebungsart, Periodizität, Erhebungsmerkmale, Berichtszeitraum

(1) Die Aquakulturstatistik wird jährlich, beginnend 2012, durchgeführt:

1. als allgemeine Erhebung im Zeitraum Januar bis März für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe a bis c und Nummer 2,
2. als nachgelagerte Stichprobenerhebung bei höchstens 500 Erhebungseinheiten im Zeitraum März bis Juni für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe d.

(2) Erhebungsmerkmale der Aquakulturstatistik sind

1. jährlich
 - a) zur Menge der Aquakulturerzeugung: das Gewicht der erzeugten aquatischen Organismen nach biologischer Art und Aufzuchtform, Haltungsverfahren, geografischem Gebiet und Zuordnung zu Salzwasser oder zu Süßwasser sowie der Anteil der ökologisch produzierten Menge an der Gesamterzeugung,
 - b) die Zahl oder das Gewicht der jährlichen Zuführung zur Aquakultur auf der Grundlage von Fängen nach biologischer Art,
 - c) die Zahl oder das Gewicht von erzeugtem Laich und erzeugten Jungtieren in Brut- und Aufzuchtanlagen nach biologischer Art,
 - d) die Preise der Aquakulturerzeugnisse und der Zuführungen zur Aquakultur auf der Grundlage von Fängen nach biologischer Art, Aufzuchtform und Vermarktungswegen,
2. zusätzlich alle drei Jahre, beginnend 2012, zur Struktur der Aquakulturbetriebe: die Haltungsverfahren für Fische, Krebstiere, Weichtiere und Algen nach Anlagengröße, geografischem Gebiet und Zuordnung zu Salzwasser oder zu Süßwasser, der Anteil der weiterverarbeiteten Aquakulturerzeugnisse sowie die Vermarktungswege für nicht weiterverarbeitete Erzeugnisse.

(3) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 ist das dem Erhebungsjahr vorausgehende Kalenderjahr.

Abschnitt 11 Weinstatistik

Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschrift

§ 69 Einzelerhebungen

Die Weinstatistik umfasst folgende Einzelerhebungen:

1. Rebflächenerhebung,
2. Ernteerhebung,
3. Erhebung der Erzeugung,
4. Bestandserhebung.

Unterabschnitt 2 Rebflächenerhebung

§ 70 Erhebungsart und Periodizität

Die Rebflächenerhebung wird allgemein in jedem Jahr durchgeführt.

§ 71 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Rebflächenerhebung sind

1. die Größe der mit Keltertrauben bestockten Rebfläche nach Rebsorten, Anbaugebieten und normaler Verwendung der Erzeugung,
2. in Jahren, in denen eine Erhebung der Rebflächen nach der Verordnung (EU) Nr. 1337/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zu europäischen Statistiken über Dauerkulturen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates und der Richtlinie 2001/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 7) in der jeweils geltenden Fassung durchzuführen ist, für Statistiken über Betriebe mit bestockter Rebfläche nach Artikel 3 Absatz 4 dieser Verordnung zusätzlich die Merkmale nach Anhang II dieser Verordnung.

(2) Der Berichtszeitpunkt für die Größe der mit Keltertrauben bestockten Rebflächen sowie für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nummer 2 ist jeweils der 31. Juli.

Unterabschnitt 3 Ernteerhebung

§ 72 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt

Die Ernteerhebung wird allgemein jährlich durchgeführt. Es werden Merkmale über die Traubenernte erhoben. Erhebungszeitpunkt ist spätestens der 15. Januar des Folgejahres.

§ 73 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Ernteerhebung sind die geerntete Traubenmenge nach Rebsorten, Art der Rebfläche und Bestimmung der Trauben jeweils nach roter und weißer Traubenmenge, die Ertragsflächen sowie der Hektarertrag jeweils nach der Art der Rebfläche. Die Gliederung nach der Art der Rebfläche entspricht der Gliederung gemäß Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 436/2009 der Kommission vom 26. Mai 2009 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates hinsichtlich der Weinbaukartei, der obligatorischen Meldungen und der Sammlung von Informationen zur Überwachung des Marktes, der Begleitdokumente für die Beförderung von Weinbauerzeugnissen und der Ein- und Ausgangsbücher im Weinsektor (ABl. L 128 vom 27.5.2009, S. 15) in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der Zeitraum zwischen dem Beginn des Weinwirtschaftsjahres und dem Erhebungszeitpunkt.

Unterabschnitt 4 Erhebung der Erzeugung

§ 74 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt

Die Erhebung der Erzeugung wird allgemein jährlich durchgeführt. Es werden Merkmale über die Weinerzeugung erhoben. Erhebungszeitpunkt ist spätestens der 15. Januar des Folgejahres.

§ 75 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale sind die Art der zur Erzeugung von Wein oder Most verwendeten Erzeugnisse, die Erzeugung, untergliedert nach Trauben, Most und Wein, bei Most und Wein auch nach Kategorien des Bezeichnungsschutzes sowie nach roten und weißen Trauben.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der Zeitraum zwischen dem Beginn des Weinwirtschaftsjahres und dem Erhebungszeitpunkt.

Unterabschnitt 5 Bestandserhebung

§ 75a Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Bestandserhebung sind:

1. die in der Weinbaukartei erfassten Betriebe,
2. die nicht in der Weinbaukartei erfassten Unternehmen, die Wein und Traubenmost zum Verkauf herstellen,
3. die Unternehmen des Großhandels mit Wein und Traubenmost,

soweit sie zum Berichtszeitpunkt über einen Weinbestand von mindestens 100 Hektolitern verfügen.

§ 76 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt

Die Bestandserhebung wird allgemein in jedem Jahr durchgeführt. Es werden Merkmale über Weinbestände erhoben. Erhebungszeitpunkt ist spätestens der 7. August eines jeden Jahres.

§ 77 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt

(1) Erhebungsmerkmale der Bestandserhebung sind die Bestände an Wein und Traubenmost, jeweils untergliedert nach roten und weißen Trauben und nach Kategorien von Erzeugnissen. Beim Handel wird der Wein untergliedert nach Wein inländischer Herkunft, Wein aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Wein aus Drittländern; bei den Erzeugern wird untergliedert nach Wein mit Ursprung in der Europäischen Union und Wein aus Drittländern. Die inländischen Weine sowie die Weine aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden untergliedert nach Kategorien des Bezeichnungsschutzes. Die Bestände an Schaumwein beim Handel und bei den Erzeugern sind zusätzlich gesondert in der Untergliederung nach Satz 2 anzugeben.

(2) Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist jeweils der 31. Juli.

Abschnitt 12 Holzstatistik

Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschrift

§ 78 Einzelerhebungen

Die Holzstatistik umfasst folgende Einzelerhebungen:

1. Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben,
2. Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung.

Unterabschnitt 2

Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben

§ 79 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben sind die Betriebe, die Rohholz erzeugen.

§ 80 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

(1) Die Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben wird als Stichprobe bei höchstens 15 000 Erhebungseinheiten jährlich durchgeführt. Es werden Merkmale über Rohholz erhoben.

(2) Die Ergebnisse der Betriebe von natürlichen und juristischen Personen des privaten Rechts können von den Ländern durch die von ihnen zu bestimmenden Stellen geschätzt werden.

§ 81 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben sind der Einschlag und die Einschlagsursache nach Holzarten und -sorten jeweils nach Waldeigentumsarten.

(2) Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist das jeweilige Kalenderjahr.

Unterabschnitt 3

Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung

§ 82 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten sind Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten, in denen Erzeugnisse des holzbearbeitenden Gewerbes hergestellt werden. Bei Sägewerken liegt die Erhebungsgrenze bei mindestens zehn Beschäftigten.

§ 83 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung wird allgemein jährlich durchgeführt. Es werden Merkmale über Rohholz und Erzeugnisse des holzbearbeitenden Gewerbes erhoben.

§ 84 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung sind die Zugänge, Abgänge und Bestände an Rohholz und Erzeugnissen des holzbearbeitenden Gewerbes nach der Herkunft und Holzart.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale Zugänge und Abgänge ist das jeweilige Kalenderjahr. Der Berichtszeitpunkt für die Bestände ist das Ende des jeweiligen Kalenderjahres.

Abschnitt 13

(weggefallen)

§§ 85 bis 87 (weggefallen)

Abschnitt 14

Düngemittelstatistik

§ 88 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Düngemittelstatistik sind die Unternehmen, die Düngemittel erstmals in Verkehr bringen.

§ 89 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Düngemittelstatistik wird allgemein vierteljährlich durchgeführt. Es werden Merkmale über den Inlandsabsatz von Düngemitteln erhoben.

§ 90 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Düngemittelstatistik sind der Inlandsabsatz von mineralischen Düngemitteln nach Pflanzennährstoffen, Arten und Absatzgebieten jeweils nach der Menge.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist das jeweilige Kalendervierteljahr.

Teil 3

Gemeinsame Vorschriften

§ 91 Erhebungseinheiten

(1) Soweit auf diese Vorschrift verwiesen wird, sind Betriebe landwirtschaftliche Betriebe im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008.

(1a) Erhebungseinheiten sind, soweit nichts anderes bestimmt ist:

1. Betriebe im Sinne von Absatz 1 mit mindestens
 - a) fünf Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche,
 - b) zehn Rindern,
 - c) 50 Schweinen oder zehn Zuchtsauen,
 - d) 20 Schafen,
 - e) 20 Ziegen,
 - f) 1 000 Haltungsplätzen für Geflügel,
 - g) 0,5 Hektar Hopfenfläche,
 - h) 0,5 Hektar Tabakfläche,
 - i) ein Hektar Dauerkulturfläche im Freiland,
 - j) jeweils 0,5 Hektar Rebfläche, Baumschulfläche oder Obstfläche,
 - k) 0,5 Hektar Gemüse- oder Erdbeerfläche im Freiland,
 - l) 0,3 Hektar Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland,
 - m) 0,1 Hektar Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen oder
 - n) 0,1 Hektar Produktionsfläche für Speisepilze,
2. Betriebe mit mindestens zehn Hektar Waldfläche oder Fläche mit schnellwachsenden Baumarten.

(2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, sind von Betrieben, die mindestens eine Bedingung des Absatzes 1a erfüllen, alle Merkmale der betreffenden Erhebungen anzugeben.

(3) Soweit nichts anderes bestimmt ist, ist ein Betrieb im Sinne dieses Gesetzes eine technisch-wirtschaftliche Einheit mit einer einheitlichen Betriebsführung. Die Absicht, Gewinn zu erzielen, ist nicht erforderlich.

(4) Besteht ein Betrieb aus mehreren voneinander entfernt liegenden Betriebsteilen, die einheitlich bewirtschaftet werden, sind die Meldungen nach § 1 für den gesamten Betrieb dort abzugeben, wo sich der Betriebssitz befindet.

(4a) Betriebssitz ist das Grundstück, auf dem sich die Wirtschaftsgebäude des Betriebs befinden. Befinden sich Wirtschaftsgebäude des Betriebs auf mehreren Grundstücken, ist Betriebssitz das Grundstück, auf dem sich das wichtigste oder die in ihrer Gesamtheit wichtigsten Wirtschaftsgebäude befinden. Hat der Betrieb kein Wirtschaftsgebäude, so ist das Grundstück Betriebssitz, von dem aus der Betrieb geleitet wird.

(5) Gehören mehrere Betriebe zu einem Unternehmen, geben die Unternehmen, soweit nichts anderes bestimmt ist, die Meldungen für jeden ihrer inländischen Betriebe ab. Unternehmen im Sinne dieses Gesetzes sind unter einheitlicher und selbständiger Führung stehende wirtschaftliche, finanzielle und rechtliche Einheiten. Unternehmen mit Betrieben in verschiedenen Ländern haben für jedes Land, in dem sie einen Betrieb haben, gesondert zu melden.

(6) Werden die nach diesem Gesetz angeordneten Erhebungen als Stichprobenerhebungen durchgeführt, erfolgt die Auswahl der Erhebungseinheiten nach mathematisch-statistischen Auswahlverfahren.

§ 92 Hilfsmerkmale

Hilfsmerkmale sind:

1. die Vor- und Familiennamen, Firmen, Institutsnamen oder Behördenbezeichnungen, Anschriften, Rufnummern und Adressen für elektronische Post der zu Befragenden nach § 93 Absatz 2 und 3 Nummer 1,
2. die Vor- und Familiennamen oder Firmen sowie Anschriften der Inhaber der Betriebe nach § 91 Absatz 1a, soweit sie nicht schon unter Nummer 1 fallen,
- 2a. Namen, Rufnummern und Adressen für elektronische Post der Personen, die für Rückfragen zur Verfügung stehen,
3. die Anschrift des Betriebssitzes,
4. zusätzlich zu den Hilfsmerkmalen nach den Nummern 1 bis 3 die in § 93 Absatz 5 und 6 genannten Kennzeichen zur Identifikation,
5. die Art des Betriebs,
6. bei der Bodennutzungshaupterhebung (§ 2 Nummer 2): die Vor- und Familiennamen sowie Anschriften der bisherigen Bewirtschafter von seit dem Vorjahr erhaltenen Flächen sowie der neuen Bewirtschafter von im gleichen Zeitraum abgegebenen Flächen oder der jeweiligen Eigentümer,
7. die Größe und Belegenheit der in Nummer 6 genannten Flächen,
8. die Belegenheit der Baumobstflächen nach § 15 und der Felder nach § 47 Absatz 1,
9. der Name und die Registriernummer des Fischereifahrzeugs bei der Erhebung nach § 67.

§ 93 Auskunftspflicht

(1) Für die Erhebungen zu den Agrarstatistiken nach § 1 besteht Auskunftspflicht, soweit in Absatz 3 nichts anderes bestimmt ist. § 6 Absatz 4 des Bundesstatistikgesetzes findet bei Stichprobenerhebungen im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung (§ 2 Nummer 2), der Gemüseerhebung (§ 2 Nummer 4), der Erhebung über die Viehbestände (§ 1 Nummer 2), der Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (§ 1 Nummer 3), der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung (§ 44 Nummer 2), der Aquakulturstatistik (§ 65a Nummer 2) und der Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben (§ 78 Nummer 1) keine Anwendung. Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung vorsehen, dass § 11a Absatz 2 des Bundesstatistikgesetzes für die Agrarstrukturerhebung im Jahr 2016 und für die Aquakulturstatistik keine Anwendung findet.

(2) Auskunftspflichtig sind:

1. die Inhaber oder Leiter der Betriebe und Unternehmen nach § 6 Nummer 1 für die Bodennutzungshaupterhebung, nach § 9 für die Zierpflanzenerhebung, nach § 11a für die Gemüseerhebung, nach § 12 für die Baumschulerhebung, nach § 15 für die Baumobstanbauerhebung, nach § 17a für die Strauchbeerenerhebung, nach § 18 Absatz 1 für die Erhebung über die Viehbestände, nach § 25 für die Agrarstrukturerhebung, nach § 28 für die Haupterhebung der Landwirtschaftszählung, nach § 31 für die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden, nach § 47 Absatz 1 für die Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung, nach § 49 für die Erhebung in Brütereien, nach § 52 für die Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung, nach § 55 für die Erhebung in Geflügelschlachtereien, nach § 66 für die Hochsee- und Küstenfischereistatistik, bei Anlandungen auf Seefischmärkten die Leiter der Seefischmarktverwaltungen, bei unmittelbar an Fischverwertungsgenossenschaften abgegebenen Fangergebnissen die Leiter dieser Genossenschaften, die Inhaber oder Leiter der Betriebe und Unternehmen nach § 68a für die Aquakulturstatistik, nach § 75a Nummer 2 und 3 für die Bestandserhebung, nach § 79 für die Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben, nach § 82 für die Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung und nach § 88 für die Düngemittelstatistik,

2. die nach Landesrecht für die Führung des Liegenschaftskatasters oder entsprechender anderer erforderlicher amtlicher Unterlagen zuständigen Stellen für die Flächenerhebung nach § 4,
3. die Bewirtschafter der Flächen nach § 6 Nummer 2 für die Bodennutzungshaupterhebung,
4. die für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung zuständigen Landesbehörden für die Erhebung nach § 59, die für die Preismeldung für Schlachtkörper nach § 7 Absatz 1 der Ersten Fleischgesetz-Durchführungsverordnung zuständigen Landesbehörden für die Erhebung nach § 61 jeweils bis spätestens zum zehnten Tag des darauf folgenden Monats,
5. (weggefallen)
6. die nach Landesrecht für die auf Grund der von den Europäischen Gemeinschaften oder der Europäischen Union erlassenen Rechtsvorschriften zu führende Weinbaukartei und für die Ernte-, Erzeugungs- und Bestandsmeldungen für Erzeugnisse des Weinsektors sowie die gemäß der Wein-Überwachungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 2002 (BGBl. I S. 1624), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 27. September 2007 (BGBl. I S. 2308), in der jeweils geltenden Fassung zuständigen Stellen für die bei diesen Stellen vorliegenden Angaben für die Erhebungen nach § 70 bis spätestens 1. Dezember eines jeden Jahres, nach den §§ 72 und 74 bis spätestens 1. März des darauf folgenden Jahres, nach § 76 bis spätestens 1. Oktober eines jeden Jahres.

(3) Die Angaben

1. zur Ernte- und Betriebsberichterstattung (§ 46),
2. zu dem Hilfsmerkmal Rufnummern und Adressen für elektronische Post der zu Befragenden (§ 92 Nummer 1),
3. zu den Hilfsmerkmalen Namen, Rufnummern und Adressen für elektronische Post der Personen, die für Rückfragen zur Verfügung stehen (§ 92 Nummer 2a),

sind freiwillig.

(4) Die Auskünfte zur Hochsee- und Küstenfischereistatistik hinsichtlich der nicht der Quotenüberwachung unterliegenden Fischarten können von den Auskunftspflichtigen nach Absatz 2 Nummer 1 gemeinsam mit den im Rahmen der Quotenüberwachung zu erstattenden Meldungen erteilt werden.

(5) Für die nach diesem Gesetz durchzuführenden Statistiken dürfen Verwaltungsdaten, soweit sie mit den Merkmalen der jeweiligen Erhebung übereinstimmen und auf dieselben Berichtszeitpunkte und -zeiträume bezogen werden können, sowie die Hilfsmerkmale Vor- und Familiennamen oder Firmen und Anschriften der Inhaber oder Leiter der Betriebe oder Unternehmen und die Kennzeichen zur Identifikation der Betriebe und Unternehmen verwendet werden. Insoweit sind die zuständigen Verwaltungsbehörden oder die von diesen beauftragten Stellen auskunftspflichtig.

(6) Für die Erhebung über die Viehbestände (§§ 18 bis 20a) und die Agrarstrukturhebung (§§ 25 bis 27) dürfen auch Angaben, die auf Grund von Rechtsvorschriften zur Kennzeichnung und Registrierung von landwirtschaftlichen Nutztieren oder auf Grund tierseuchenrechtlicher Vorschriften über die Anzeige und Registrierung von Betrieben erteilt wurden, sowie die Hilfsmerkmale Vor- und Familiennamen oder Firmen und Anschriften der Inhaber oder Leiter der Betriebe oder Unternehmen und die Kennzeichen zur Identifikation der Betriebe und Unternehmen verwendet werden. Insoweit sind die nach Landesrecht zuständigen Stellen oder die von diesen beauftragten Stellen auskunftspflichtig.

(7) Für die Agrarstrukturhebung (§§ 25 bis 27) sollen die Lagekoordinaten des Betriebssitzes (§ 27 Absatz 1 Nummer 1) unter Verwendung von Verwaltungsdaten erhoben werden. Insoweit sind die nach Landesrecht für das Vermessungswesen zuständigen Stellen auskunftspflichtig. Die Auskunftspflicht umfasst die Adressen aller Gebäude im jeweiligen Land unter Angabe der amtlichen Hauskoordinaten.

§ 94 Durchführung von Bundesstatistiken

(1) Die für die Quotenüberwachung zuständige Bundesbehörde übernimmt die Aufbereitung der Hochsee- und Küstenfischereistatistik (§ 65a Nummer 1) aus den ihr vorliegenden Meldungen sowie die Veröffentlichung und Darstellung der Ergebnisse.

(2) Die Düngemittelstatistik (§ 1 Nummer 11), die Erhebung in Brütereien (§ 48 Nummer 1), die Erhebung in Geflügelschlachtereien (§ 48 Nummer 3) und die Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung (§ 78 Nummer 2) werden vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet.

(3) Der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung obliegen die Aufbereitung der Milchstatistik (§ 1 Nummer 7) aus den ihr nach der Marktordnungswaren-Meldeverordnung vorliegenden Meldungen sowie die Veröffentlichung und Darstellung der Ergebnisse.

(4) Die statistischen Ämter der Länder übermitteln dem Statistischen Bundesamt auf Anforderung die von ihnen erhobenen Einzelangaben.

§ 94a Verordnungsermächtigung

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. für nach diesem Gesetz durchzuführende Bundesstatistiken
 - a) die Durchführung einer Erhebung oder die Erhebung einzelner Merkmale auszusetzen, die Periodizität zu verlängern, Erhebungstermine zu verschieben sowie den Kreis der zu Befragenden einzuschränken, wenn die Ergebnisse nicht mehr oder nicht mehr in der ursprünglich vorgesehenen Ausführlichkeit oder Häufigkeit benötigt werden oder wenn tatsächliche Voraussetzungen für eine Erhebung entfallen sind oder sich wesentlich geändert haben;
 - b) im Rahmen einer Erhebung einzelne neue Merkmale einzuführen, wenn dies zur Deckung eines geänderten Bedarfs für Zwecke der agrarpolitischen Planung erforderlich ist und durch gleichzeitige Aussetzung anderer Merkmale eine Erweiterung des Erhebungsumfangs vermieden wird; nicht eingeführt werden können Merkmale, die die Höhe von Umsätzen, Einnahmen oder Gewinnen, Bildungs- oder Sozialdaten oder besondere Arten personenbezogener Daten nach § 3 Absatz 9 des Bundesdatenschutzgesetzes betreffen;
 - c) die Erhebung von Merkmalen anzuordnen, soweit dies zur Umsetzung oder Durchführung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union erforderlich ist;
2. die Werte nach § 91 Absatz 1a Nummer 1 Buchstabe a bis n neu festzulegen;
3. die Grundsätze für die Durchführung der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung (§ 47) festzulegen;
4. die jährliche Erhebung von Daten über die Erzeugung, Verarbeitung und Einfuhr von Erzeugnissen des ökologischen/biologischen Landbaus im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 23 Absatz 1 Satz 1 oder 2 der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 (ABl. EU Nr. L 189 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung als Bundesstatistik nach diesem Gesetz anzuordnen sowie für diese Bundesstatistik in entsprechender Anwendung von Teil 3 Regelungen über die Auskunftspflicht, die Durchführung, die Übermittlung und Aufbereitung von Daten sowie über ein Betriebsregister zu treffen;
5. für die Bodennutzungshaupterhebung (§§ 6 bis 8), die Erhebung über die Viehbestände (§§ 18 bis 20a), die Agrarstrukturerhebung (§§ 25 bis 27) und die Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung (§§ 52 bis 54), auch als Unterstichprobe oder in einer Nacherhebung, die Erhebung von Merkmalen über Anfall, Lagerung, Aufbringung und Einarbeitung von Wirtschaftsdüngern und Biogas-Gärresten sowie über Haltungs- und Fütterungsverfahren landwirtschaftlicher Nutztiere anzuordnen.

§ 95 Erhebungsstellen, Erhebungsbeauftragte

(1) Zur Durchführung der Erhebungen nach § 1 können Erhebungsstellen eingerichtet werden. Die Bestimmung der Erhebungsstellen obliegt den Ländern. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die erforderlichen Regelungen zur Bestimmung der Erhebungsstellen, zur Sicherung des Statistikgeheimnisses durch Organisation und Verfahren sowie zur Verwendung der erhobenen Angaben ausschließlich für die in diesem Gesetz bestimmten Zwecke zu treffen.

(2) Bei der Durchführung der Erhebungen nach § 1 können Erhebungsbeauftragte eingesetzt werden. Sofern die Erhebungsbeauftragten ehrenamtlich tätig sind und für ihre Tätigkeit eine Entschädigung erhalten, gilt diese als steuerfreie Aufwandsentschädigung im Sinne des § 3 Nummer 12 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes.

(3) Im Rahmen der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung (§ 47) ist den Erhebungsbeauftragten die Entnahme der erforderlichen Ernteproben während der üblichen Betriebs- und Geschäftszeiten zu gestatten.

§ 96 Fortschreibeverfahren

Die Bodennutzungshaupterhebung (§ 2 Nummer 2) und die Baumobstanbauerhebung (§ 2 Nummer 6) können ganz oder teilweise im Fortschreibeverfahren durchgeführt werden. Wird dieses Verfahren durchgeführt, ist es bei allen zu Befragenden eines Bundeslandes anzuwenden. Dabei werden dem zu Befragenden die von ihm bei vorangegangenen Erhebungen angegebenen, bei den statistischen Ämtern der Länder gespeicherten Angaben zur Fortschreibung vorgelegt.

§ 97 Betriebsregister

(1) Zur Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung der Agrarstatistiken nach § 1 Nummer 1, mit Ausnahme der Flächenerhebung, und nach § 1 Nummer 2 bis 4, 5 (§ 48 Nummer 2), 8 (§ 65a Nummer 2), 9 (§ 69 Nummer 4) und 10 führen die statistischen Ämter der Länder einheitliche Betriebsregister. Für die Agrarstatistiken nach § 1 Nummer 5 (§ 48 Nummer 1 und 3) und 11 führt das Statistische Bundesamt das Betriebsregister. Das Betriebsregister kann zu folgenden Zwecken verwendet werden:

1. zur Feststellung und zum Nachweis der Erhebungseinheiten,
2. zur Ziehung von Stichproben,
3. zur Aufstellung von Rotationsplänen,
4. zur Begrenzung der Belastung zu Befragender,
5. zum Versand der Erhebungsunterlagen,
6. zur Eingangskontrolle und zu Rückfragen bei den Befragten,
7. zur Durchführung von Erhebungen im Fortschreibeverfahren,
8. zur Überprüfung der Ergebnisse auf ihre Richtigkeit,
9. zu Hochrechnungen bei Stichproben und
10. zur agrarstatistischen Auswertung.

Für agrarstatistische Zuordnungen und Zusammenführungen sowie zu sonstigen agrarstatistischen Auswertungen dürfen folgende Erhebungsmerkmale und Angaben verwendet werden, wobei die Verwendung personenbezogener Angaben anderer Personen als des Betriebsinhabers unzulässig ist:

1. Erhebungsmerkmale der Bodennutzungserhebung (§ 8 Absatz 1, § 11 Absatz 1, § 11c Absatz 1, § 14 Absatz 1, § 17 Absatz 1, § 17c Absatz 1),
2. Erhebungsmerkmale der Erhebung über die Viehbestände (§§ 20, 20a),
3. Erhebungsmerkmale der Agrarstrukturerhebung (§ 27 Absatz 1 und 1a),
4. Erhebungsmerkmale der Landwirtschaftszählung (§ 30 Absatz 1),
5. Erhebungsmerkmale der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden (§ 32 Absatz 2),
6. Erhebungsmerkmale der Geflügelstatistik (§ 51 Absatz 1, § 54 Absatz 1, § 57 Absatz 1),
7. Erhebungsmerkmale der Aquakulturstatistik (§ 68b Absatz 2),
8. Erhebungsmerkmale der Rebflächenerhebung (§ 71 Absatz 1),
9. Erhebungsmerkmale der Bestandserhebung (§ 77 Absatz 1),
10. Erhebungsmerkmale der Holzstatistik (§ 81 Absatz 1, § 84 Absatz 1) und
11. Angaben, die in der Feststellung der Grundgesamtheit erhoben wurden (§ 97a Absatz 1).

(2) In das Betriebsregister sollen Angaben zu folgenden Hilfs- und Erhebungsmerkmalen aufgenommen und jährlich aktualisiert werden, soweit sie nach Satz 3 verfügbar sind:

1. die Vor- und Familiennamen, die Firmen, die Institutsnamen oder die Behördenbezeichnungen, die Anschriften, die Rufnummern und Adressen für elektronische Post der Inhaber oder Leiter der Betriebe und Unternehmen nach den §§ 49, 52, 55, 68a, 75a Nummer 2 und 3, §§ 79, 82, 88 und 91 Absatz 1a sowie der Auskunftspflichtigen nach § 93 Absatz 2 Nummer 4,
- 1a. Namen, Rufnummern und Adressen für elektronische Post der Personen, die für Rückfragen zur Verfügung stehen,

2. die Anschrift des Betriebssitzes und die Bezeichnungen für regionale Zuordnungen,
3. die Lagekoordinaten des Betriebssitzes von Betrieben nach § 91 Absatz 1a, und zwar
 - a) die geografischen Koordinaten und
 - b) die Koordinaten nach dem Gauß-Krüger-Koordinatensystem oder einem anderen Koordinatensystem,
4. die Art des Betriebs,
5. die Rechtsstellung des Betriebsinhabers,
6. der Wirtschaftszweig, die Art der produzierten Güter sowie die Zahl der im Betrieb tätigen Personen,
7. die Beteiligung an
 - a) Bundesstatistiken nach § 1 und
 - b) der Feststellung der Grundgesamtheit nach § 97a (agrарstatistische Erhebungen),
8. die in § 93 Absatz 5 und 6 genannten Kennzeichen zur Identifikation,
9. die Kennnummer im Statistikregister,
10. der Tag der Aufnahme in das Betriebsregister,
11. die Größe der Flächen, die Tierzahlen und die Zahl der Haltungsplätze für Geflügel, die zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden und der Schichtzugehörigkeit der Erhebungseinheiten nach § 91 Absatz 1a in Stichprobenerhebungen erforderlich sind,
12. die Art der Bewirtschaftung des Betriebs.

Die Aufnahme von Angaben zu anderen Merkmalen ist mit Ausnahme der Kennnummer nach Absatz 3 und unbeschadet des Absatzes 7 unzulässig. Die Angaben dürfen

1. Einzelangaben zu agrарstatistischen Erhebungen,
 - 1a. Vorerhebungen nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Bundesstatistikgesetzes,
2. den nach den Absätzen 5 und 6 übermittelten Merkmalen,
3. sonstigen Verwaltungsdaten, soweit deren Verwendung für statistische Zwecke zulässig ist,
4. dem Statistikregister sowie
5. allgemein zugänglichen Quellen

entnommen oder von den statistischen Ämtern daraus gewonnen werden.

(3) Für die in Absatz 1 genannten Zwecke wird für jede Erhebungseinheit eine Kennnummer gebildet, die keine über die Merkmale nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 bis 11 hinausgehenden Angaben enthalten darf.

(4) Die Merkmale nach Absatz 2 Satz 1 sowie die Kennnummer nach Absatz 3 sind zu löschen, soweit sie für die in Absatz 1 genannten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Bei Betrieben, die über einen Zeitraum von sieben Jahren nicht mehr zu Erhebungen herangezogen wurden, sind sie spätestens nach Ablauf dieses Zeitraums zu löschen. Eine Löschung der Kennnummer im Datensatz erfolgt nicht.

(5) Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau übermittelt den statistischen Ämtern der Länder zur Aktualisierung des Betriebsregisters jährlich auf Ersuchen, soweit vorhanden,

1. die Angaben zu den Hilfs- und Erhebungsmerkmalen nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, 2, 4, 5 und 11,
2. die Kennzeichen zur Identifikation der Betriebe, im Fall einer Änderung auch das zuletzt übermittelte Kennzeichen.

(6) Die Zahlstellen nach § 2 Nummer 3 des InVeKoS-Daten-Gesetzes sowie die nach Landesrecht für die Kennzeichnung und Registrierung von landwirtschaftlichen Nutztieren und die tierseuchenrechtliche Anzeige und Registrierung von Betrieben zuständigen Stellen oder die von diesen beauftragten Stellen übermitteln den statistischen Ämtern der Länder zur Aktualisierung des Betriebsregisters jährlich auf Ersuchen, soweit vorhanden,

1. die Angaben zu den Hilfs- und Erhebungsmerkmalen nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, 2, 4, 5 und 11,

2. die Kennzeichen zur Identifikation der Betriebe und Unternehmen, im Falle einer Änderung auch das zuletzt übermittelte Kennzeichen.

Die nach Landesrecht für die Führung des Registers nach der Fischseuchenverordnung zuständigen Stellen übermitteln den statistischen Ämtern der Länder zur Aktualisierung des Betriebsregisters jährlich auf Ersuchen, soweit vorhanden,

1. die Angaben zu den Hilfs- und Erhebungsmerkmalen nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, 2 und 4,
2. die Kennzeichen zur Identifikation der Betriebe, im Fall einer Änderung auch das zuletzt übermittelte Kennzeichen.

(7) Die nach Landesrecht für die Durchführung einschließlich der Überwachung der Vorschriften des Öko-Landbaugesetzes zuständigen Landesbehörden übermitteln den statistischen Ämtern der Länder zur Aktualisierung des Betriebsregisters jährlich auf Ersuchen die folgenden Angaben, soweit diese vorhanden sind:

1. die Angaben zu den Hilfs- und Erhebungsmerkmalen nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und 2,
2. die Identifikationsnummer nach § 5 Absatz 2 Satz 3 Nummer 2 des Öko-Landbaugesetzes.

(8) Die nach Landesrecht für die Entschädigung bei Tierverlusten nach § 20 Absatz 1 Satz 1 des Tiergesundheitsgesetzes zuständigen Stellen übermitteln den statistischen Ämtern der Länder für Erhebungseinheiten nach § 91 Absatz 1a Nummer 1 Buchstabe b bis f jährlich auf Ersuchen die Angaben zu den Hilfs- und Erhebungsmerkmalen nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und 2 sowie die Tierzahlen nach Nummer 11, soweit sie vorhanden sind. Diese Regelung tritt am 31. Dezember 2019 außer Kraft.

(9) Das nach Absatz 5 oder 6 übermittelte Kennzeichen zur Identifikation sowie die nach Absatz 7 Nummer 2 übermittelte Identifikationsnummer dürfen für Zuordnungszwecke im Betriebsregister gespeichert werden. Sie sind spätestens zu löschen, wenn sie fünf Jahre lang nicht mehr zu Zuordnungszwecken verwendet worden sind.

§ 97a Feststellung der Grundgesamtheit

(1) Zur Vorbereitung der Landwirtschaftszählung (§ 24 Absatz 1 Nummer 2) werden im Zeitraum März bis September 2009 bei den Betrieben nach § 91 Absatz 1 in der bis zum 31. Dezember 2009 geltenden Fassung und bei Betrieben mit einer Produktionsfläche für Speisepilze von mindestens 0,1 Hektar oder mit mindestens 20 Ziegen folgende Angaben erhoben:

1. die Hilfsmerkmale nach § 92 Nummer 1 bis 7; § 92 Nummer 6 mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Bodennutzungshaupterhebung die Feststellung der Grundgesamtheit tritt,
2. die Art der Bewirtschaftung des Betriebs,
3. die Nutzung der Flächen nach Nutzungszweck, Kulturarten, Pflanzengruppen, Pflanzenarten und Kulturformen jeweils nach der Fläche,
4. die Bestände an Rindern, Schafen, Ziegen, Schweinen und Geflügel nach Art und Zahl, bei Rindern, Schweinen und Hühnern zusätzlich nach Alter, Geschlecht und Nutzungszweck.

(2) § 91 Absatz 4 sowie § 93 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Nummer 1, Absatz 5 und 6 gilt entsprechend. Für die Erhebung der Rinderbestände nach Absatz 1 Nummer 4 gilt § 20a Absatz 1 und 2 Nummer 3 entsprechend.

§ 98 Übermittlung, Verwendung und Veröffentlichung von Einzelangaben

(1) Die Übermittlung von Einzelangaben an die zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörden ist im Rahmen des § 16 Absatz 4 des Bundesstatistikgesetzes zugelassen.

(2) Die statistischen Ämter der Länder und das Statistische Bundesamt dürfen die im Betriebsregister nach § 97 Absatz 2 enthaltenen Angaben zur Führung des Statistikregisters verwenden. Zur Stichprobenauswahl für die Erhebung der Arbeitsverdienste in der Landwirtschaft dürfen sie die Vor- und Familiennamen sowie die Anschriften der Inhaber der Betriebe, die ständige Arbeitskräfte beschäftigen, die keine Familienangehörigen sind, verwenden. Zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden bei der Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung und bei der Düngemittelstatistik dürfen sie die Anschriften der Betriebe und Unternehmen sowie Angaben zum Wirtschaftszweig, zur Art und Menge der produzierten Güter und zur Zahl der tätigen Personen aus der Statistik im Produzierenden Gewerbe sowie bei der Düngemittelstatistik die Anschriften der Düngemittel ein- und ausführenden Unternehmen und deren Einfuhren und Ausfuhren aus der Außenhandelsstatistik sowie bei

der Bestandserhebung (§§ 75a bis 77) die Anschriften der Unternehmen und Angaben zum Wirtschaftszweig aus der Statistik im Produzierenden Gewerbe und der Statistik im Handel verwenden. Die Angaben zur Bewässerung im Freiland nach § 32 Absatz 2 Nummer 4 dürfen zusammen mit den Hilfsmerkmalen nach § 92 Nummer 1 bis 4 für die Auswahl von zu Befragenden für die Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und der nichtöffentlichen Abwasserentsorgung nach § 8 des Umweltstatistikgesetzes verwendet werden. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt durchzuführen; dabei verwendete Hilfsmerkmale sind unmittelbar danach zu löschen.

(3) Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Flächenerhebung (§ 2 Nummer 1) für jede Gemeinde ist zugelassen.

(4) Zur Erstellung des Nationalen Rückstandskontrollplans nach Kapitel II der Richtlinie 96/23/EG des Rates vom 29. April 1996 über Kontrollmaßnahmen hinsichtlich bestimmter Stoffe und ihrer Rückstände in lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinien 85/358/EWG, 86/469/EWG und der Entscheidungen 89/187/EWG und 91/664/EWG (ABl. EG Nr. L 125 S. 10) in der jeweils geltenden Fassung darf das Statistische Bundesamt dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit Tabellen in der Gliederung nach Ländern mit statistischen Ergebnissen aus der Erhebung der Geflügelbestände (§ 27 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe c), den Erhebungen in Unternehmen mit Hennenhaltung und in Geflügelschlachtereien (§ 48 Nummer 2 und 3), der Erhebung der Schlachtungen (§ 58 Nummer 1) und der Aquakulturstatistik (§ 65a Nummer 2) übermitteln, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen. Satz 1 gilt entsprechend für die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung hinsichtlich der Milchstatistik (§ 63).

(5) Für Aufgaben der Politikfolgenabschätzung für oberste Bundes- oder Landesbehörden darf das Statistische Bundesamt dem Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, Tabellen mit nach Kreisen untergliederten statistischen Ergebnissen aus der Agrarstrukturerhebung (§ 24 Absatz 1 Nummer 1) übermitteln, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen. Die Tabellen dürfen nur von den für diese Aufgabe zuständigen Organisationseinheiten des Instituts gespeichert und genutzt werden. Diese Organisationseinheiten müssen von den mit Vollzugsaufgaben befassten Organisationseinheiten des Instituts räumlich, organisatorisch und personell getrennt sein.

(6) Zur Erstellung von Versorgungsbilanzen, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, darf das Statistische Bundesamt der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Tabellen mit statistischen Ergebnissen für das Bundesgebiet aus der Geflügelstatistik (§ 1 Nummer 5) übermitteln, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen. Die Tabellen dürfen nur von den für diese Aufgabe zuständigen Organisationseinheiten der Bundesanstalt gespeichert und genutzt werden. Diese Organisationseinheiten müssen von den mit Vollzugsaufgaben befassten Organisationseinheiten der Bundesanstalt räumlich, organisatorisch und personell getrennt sein.

§ 99 Übergangsvorschriften

Im Jahr 2011 werden die Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung und die Ernte- und Betriebsberichterstattung nach den Bestimmungen dieses Gesetzes in der bis zum Ablauf des 8. Dezember 2011 geltenden Fassung durchgeführt.

Begründung zum Gesetz vom 15. März 1989**(BT-Drucks. Nr. 11/2851 vom 1. September 1988)****A. Allgemeiner Teil**

Mit dem Gesetz über Agrarstatistiken erfolgt eine Anpassung der wichtigsten agrarstatistischen Einzelgesetze an die Anforderungen, denen statistische Rechtsvorschriften nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983 und dem Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 genügen müssen. Hauptansatzpunkt ist das rechtsstaatliche Gebot der Normenklarheit. So werden entsprechend den Anforderungen des § 9 des Bundesstatistikgesetzes bei den einzelnen Agrarfachstatistiken in der sie anordnenden Rechtsvorschrift die Erhebungsprogramme bestimmter als bisher gefaßt, die Erhebungs- und Hilfsmerkmale festgelegt und voneinander unterschieden, der jeweilige Berichtszeitraum oder –zeitpunkt geregelt und der Kreis der zu Befragenden präziser bestimmt. Die Übermittlung von Einzelangaben an oberste Bundes- oder Landesbehörden wird den Vorgaben des § 16 Abs. 4 des Bundesstatistikgesetzes angepaßt. In Einzelfällen werden besondere organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen getroffen, um eine Gefährdung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung auszuschließen.

Unter dem Gesichtspunkt der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung werden bisher bestehende einzelgesetzliche Rechtsvorschriften in einer gemeinsamen Rechtsgrundlage zusammengefaßt. Das Gesetz beinhaltet neben der Rechtsgrundlage für die Landwirtschaftszählung die Erhebungen, deren Ergebnisse mit denen der Landwirtschaftszählung zusammengeführt werden sollen. Hinzu kommt die Ernteerhebung als Bestandteil der früheren Bodennutzungs- und Ernteerhebung. In das Gesetz sollen zu einem späteren Zeitpunkt die übrigen Agrarstatistiken integriert werden.

Die Novellierung wird auch zum Anlaß genommen, aus fachlichen Gründen erforderliche Änderungen vorzunehmen. Bei allen Änderungen wurde besonderer Wert darauf gelegt, die Erhebungsprogramme und die Durchführung der Agrarstatistiken nur so zu verändern, daß gewährleistet bleibt, daß die in diesem Gesetz angeordneten Agrarfachstatistiken die für die Feststellung und Analyse der vielgestaltigen Anpassungsvorgänge unentbehrlichen vergleichbaren Zeitreihen liefern.

B. Besonderer Teil

Das Gesetz gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil werden die dort bezeichneten Agrarfachstatistiken als Bundesstatistik angeordnet. Die spezifischen Einzelheiten der angeordneten Statistiken werden im zweiten Teil geregelt, die für diese Statistiken geltenden gemeinsamen Vorschriften im dritten Teil. Der vierte Teil enthält die üblichen Schlußvorschriften.

Zu den einzelnen Paragraphen**Zu § 1**

Mit dieser Vorschrift werden die aufgeführten Agrarfachstatistiken als Bundesstatistik angeordnet. Die Statistiken dienen der Gewinnung zuverlässiger, umfassender, differenzierter, aktueller, bundesweit vergleichbarer und vielseitig kombinierbarer Daten. Sie schaffen damit eine unentbehrliche Handlungsgrundlage staatlicher Agrarpolitik.

Zu Nummer 1 (Bodennutzungserhebung)

Die Bodennutzungserhebung liefert mit ihren in § 2 aufgeführten Einzelerhebungen (Flächenerhebung, Bodennutzungshaupterhebung, Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung, Baumschulerhebung, Obstanbauerhebung) wichtiges statistisches Datenmaterial über den Bereich der pflanzlichen Produktion. Die fruchtartenspezifischen Angaben über Anbauflächen und Baumzahlen bilden die Grundlage sämtlicher Erntestatistiken. Die durch die Bodennutzungserhebung gewonnenen Informationen sind für die Beurteilung der Versorgungslage und der Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft, der Entwicklung der Produktion, zur Erfüllung von Informationspflichten gegenüber der EG sowie für Beratungs- und Prognosezwecke unentbehrlich.

Zu Nummer 2 (Viehzählung)

Zu den wichtigsten statistischen Erhebungen im Agrarbereich gehört seit Jahrzehnten die Viehzählung. Ihre Ergebnisse werden vor allem für die Erstellung von Prognosen über die Entwicklung auf den Vieh- und Fleischmärkten und über die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft, zur Durchführung von volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und zur Erfüllung von Meldepflichten gegenüber der EG sowie als Grundlage für Versorgungsbilanzen benötigt.

Zu Nummer 3 (Arbeitskräfteerhebung)

Die jährliche Statistik über Arbeitskräfte in der Landwirtschaft dient zur Feststellung und Beobachtung der Entwicklung des Arbeitskräftebestandes. Die Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung werden zur Beurteilung der Produktivität und wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft, die u.a. in den Agrarberichten der Bundesregierung dargestellt wird, und für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, für Tarifverhandlungen sowie für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverfassung verwendet. Ferner werden sie für die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung und für Berechnungen des Sozialprodukts, für vergleichende Untersuchungen über die Landarbeitsverhältnisse sowie zur Erfüllung von Anforderungen der EG (Verordnung [EWG] Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Zeitraum 1988 bis 1997, ABl. EG Nr. L 56 S. 1) verwendet.

Die in vierjährigem Abstand durchgeführte Arbeitskräfteerhebung in der Forstwirtschaft liefert notwendige Daten über den Arbeitskräftebestand und dessen Entwicklung. Diese werden zur Beurteilung der Beschäftigungslage und der Produktivitätsentwicklung in der Forstwirtschaft benötigt. Auch für Fördermaßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze im ländlichen Raum, für tarifpolitische Entscheidungen und zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit forstbetrieblicher Maßnahmen sind die Daten der Statistik unentbehrlich.

Zu Nummer 4 (Agrarberichterstattung)

Der strukturelle und soziale Anpassungsprozeß der Landwirtschaft, der sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird, sowie die Ausrichtung der nationalen und der gemeinsamen Agrarpolitik auf veränderte Rahmenbedingungen erfordern detaillierte Strukturdaten. Für zukunftsorientierte Planungsaufgaben der Agrarpolitik, für die regionale Wirtschaftspolitik wie auch für Zwecke der Forschung und Verwaltung sind Informationen über agrarstrukturelle Verhältnisse nur verwendbar, wenn sie regelmäßig und in gleichbleibend kurzem Zeitabstand aktualisiert werden und damit die in zehnjährigem Abstand stattfindenden Landwirtschaftszählungen ergänzen.

Dieser Informationsbedarf wird durch die seit 1975 in zweijährigem Abstand durchgeführte Agrarberichterstattung abgedeckt. Gleichzeitig ermöglicht sie es auch, die mit den nationalen Vorhaben konformen Anforderungen der EG zu erfüllen; die Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 regelt zweijährliche Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Zeitraum 1988 bis 1997.

Im Grundprogramm der Agrarberichterstattung werden, die rechtliche Grundlage des Bundesstatistikgesetzes und die technischen Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung nutzend, die aus der Bodennutzungserhebung, der Viehzählung und der Arbeitskräfteerhebung gewonnenen Angaben zusammengeführt und im Betriebszusammenhang ausgewertet. Ohne zusätzlichen Erhebungsaufwand werden damit agrarstatistische Informationen struktureller Art gewonnen.

Da diese Angaben darüber hinaus betriebsweise mit den Angaben zu den Merkmalen des Ergänzungsprogramms zusammengeführt werden, die für aktuelle agrarpolitische Fragestellungen wichtige Tatbestände erfassen, lassen sie vielseitige Auswertungen zu. Hervorzuheben sind hier die Merkmale über die sozialökonomischen Verhältnisse des Betriebes, denen als Entscheidungshilfen für Neuerungen im agrarpolitischen Instrumentarium wachsende Bedeutung zukommt.

Schließlich ermöglicht es das Zusatzprogramm, auf der Grundlage einer Rechtsverordnung jene Merkmale zu erheben, deren Erfassung im Augenblick noch nicht erforderlich ist, die jedoch bei Fortsetzung des Strukturwandels und entsprechender Anpassung der Agrarpolitik unter Umständen kurzfristig zur Verfügung stehen müssen.

Die Ergebnisse der Agrarberichterstattung werden für eine zielgerechte Auswertung nach verschiedenen Kriterien – so auch nach der wirtschaftlichen Ausrichtung und Größe der Betriebe – gegliedert (siehe hierzu auch § 30).

Zu Nummer 5 (Landwirtschaftszählung)

Landwirtschaftszählungen stellen seit jeher die wichtigsten und inhaltlich zugleich umfassendsten Informationsquellen über Produktionsgrundlagen, Struktur und sozialökonomische Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe dar. In der Bundesrepublik Deutschland fanden sie in etwa zehnjährigem Rhythmus (1949, 1960, 1971 und 1979) statt. Der rasche und strukturelle und soziale Wandel in der Landwirtschaft erfordert es, künftig derartige Großzählungen regelmäßig im Abstand von zehn Jahren durchzuführen. Auch die Zwecke der gemeinsamen Agrarpolitik machen es notwendig, eine Vollerhebung über strukturelle Verhältnisse durchzuführen; mit der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 wird eine solche Vollerhebung für die Jahre 1989/90 angefordert. Die nationale Gesetzgebung und das Gemeinschaftsrecht entsprechen damit einer Empfehlung der FAO, in der die Durchführung einer Weltlandwirtschaftszählung etwa um das Jahr 1990 vorgesehen ist.

Seit der Einführung der Agrarberichterstattung ist der Erhebungsaufwand für eine Landwirtschaftszählung stark zurückgegangen, denn Grundprogramm und Ergänzungsprogramm der Agrarberichterstattung bilden den Schwerpunkt der Landwirtschaftszählung im engeren Sinne. Deren Angaben werden betriebsweise mit den Angaben für wichtige Merkmale zusammengeführt, die als aktuelle agrarpolitische Entscheidungshilfen zusätzlich im Rahmen der Landwirtschaftszählung erhoben werden müssen. Dazu gehören Merkmale über die Referenzmengen nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung, über die Vermietung von Unterkünften in landwirtschaftlichen Be-

trieben, die Hofnachfolge, die Berufsbildung, über die Mitgliedschaft in Erzeugergemeinschaften, die Ausstattung des Wohnhauses, die Ausstattung des Betriebes mit Maschinen und die soziale Sicherung der Betriebsinhaber und ihrer Familienangehörigen. Da Bund und Länder auch regional tief gegliederte Ergebnisse benötigen, werden wichtige Merkmale über die Personal- und Arbeitsverhältnisse in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in der Landwirtschaftszählung 1989 – wie in allen vorausgegangenen Landwirtschaftszählungen – allgemein erfragt.

Die Agrarberichterstattung kann für Sonderbereiche der Landwirtschaft wegen ihres allgemein gehaltenen Erhebungsprogramms nur in geringem Umfang Informationen liefern; deshalb sind im Rahmen der Landwirtschaftszählung für die Bereiche Weinbau, Gartenbau und Binnenfischerei gesonderte Erhebungen erforderlich, die detaillierte Auswertungen über struktur-, produktions-, markt- und einkommenspolitische Zusammenhänge ermöglichen.

Zu Nummer 6 (Ernteerhebung)

Die Verfahren der Ernteerhebung sollen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt Angaben zunächst über die zu erwartenden und schließlich über die tatsächlich erzielten Erntemengen sowie über die Qualität der neuen Ernte liefern. Die auf statistischen Modellen basierenden Ernteberechnungen des Statistischen Bundesamtes für die wichtigsten Fruchtarten werden durch die Wachstumsstandbeurteilungen und Ertragsschätzungen praktisch aller Fruchtarten, einschließlich Gemüse, Obst und Reben (Weinmost) im Rahmen der Ernteberichterstattung ergänzt. Bei der besonderen Erntermittlung werden durch objektive Meßverfahren die amtlichen Ernteergebnisse für Getreide und Kartoffeln ermittelt. Dieses schon seit langem erfolgreich benutzte System aufeinander abgestimmter Ertragsschätzungen und Erntemessungen ist als Grundlage für politische Maßnahmen (Versorgungslage, Überschußbewältigung) und Beratungsempfehlungen unverzichtbar geworden.

Zu § 2

Die im Rahmen der Bodennutzungserhebung durchgeführten Einzelerhebungen liefern ein statistisches Datengerüst, welches aus den bei den jeweiligen Einzelerhebungen genannten Gründen benötigt wird.

Zu Nummer 1 (Flächenerhebung)

Umwelt-, Raumordnungs- und Städtebaupolitik des Bundes und der Länder sowie die zunehmenden Bedürfnisse der Landschafts- und Verkehrsplanung erfordern differenzierte Angaben über die Art der tatsächlichen und geplanten Nutzung aller Bodenflächen, auch soweit sie nicht landwirtschaftlich genutzt werden, um z.B. Flächenreserven und künftige Veränderungen der Flächennutzung auf regionaler und überregionaler Ebene sichtbar zu machen und um ungewollten Entwicklungen entgegensteuern zu können. Die Ergebnisse dieser Erhebung werden daher in der Abgrenzung nach der Belegenheit der Flächen benötigt. Die von den nach § 54 Abs. 2 Nr. 2 auskunftspflichtigen Stellen zu erteilenden Auskünfte erfolgen ohne Personen- und Betriebsbezug.

Zu Nummer 2 (Bodennutzungshaupterhebung)

Die Ergebnisse liefern Entscheidungshilfen für agrar- und marktpolitische Maßnahmen. Sie dienen u.a. dazu, die Versorgungslage mit landwirtschaftlichen Produkten zu beurteilen, die Entwicklung der Produktion zu erkennen und gegebenenfalls zu beeinflussen, die Landwirtschaft im Hinblick auf die Gestaltung des Anbaus zu beraten und dem Ernährungssicherstellungsgesetz zu genügen. Die Feststellung der betrieblichen Einheiten liefert wichtige Grunddaten über Zahl und Struktur land- und forstwirtschaftlicher Betriebe sowie deren Veränderung. Die durch sie mögliche Beobachtung der Betriebsgrößenstruktur ist für die Agrarpolitik von besonderem Interesse. Die Ergebnisse müssen daher auf die sie bewirtschaftenden betrieblichen Einheiten bezogen ermittelt und dargelegt werden.

Auf die bisherige Ermächtigung, durch Rechtsverordnung eine repräsentative Nachprüfung der Bodennutzungshaupterhebung anzuordnen, wird verzichtet, da sowohl aus arbeitstechnischen als auch aus finanziellen Gründen eine solche Nachprüfung nicht mehr für erforderlich gehalten wird.

Zu Nummer 3 (Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung)

Die Erhebung dient der Gewinnung von Informationen über den Erwerbsanbau von Gemüse nach Fruchtarten und Anbaustruktur. Auf ihren Ergebnissen basieren Schätzungen der jeweiligen Gesamtproduktion, aus der wiederum Rückschlüsse auf die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung gezogen werden. Die Erfassung des erwerbsmäßigen Anbaus von Zierpflanzen liefert wichtige Informationen zur Beurteilung des Volumens und der Struktur der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion.

Zu Nummer 4 (Baumschulerhebung)

Die Informationsgewinnung über die inländischen Bestände an Baumschulgehölzen dient der Anbauplanung. Für marktpolitische Maßnahmen und als Grundlage für Rechtsakte auf EG- und nationaler Ebene sowie zur Feststellung des Importbedarfs ist sie unerlässlich.

Zu Nummer 5 (Obstanbauerhebung)

Die Ergebnisse liefern Daten über die Struktur in diesem Spezialzweig der Landwirtschaft und über die Veränderung der Basis für die Berechnung der jährlichen Ernte im Bereich des Erwerbsobstbaus. Auf EG-Ebene werden die Daten zur mittelfristigen Vorausberechnung des Produktionspotentials wichtiger Baumobstarten verwendet (vgl. hierzu Richtlinie [EWG] Nr. 625/76 des Rates vom 20. Juli 1976 über die von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotentials bestimmter Baumobstanlagen, ABl. EG Nr. 218 S. 10). Sie bilden die Grundlage für Entscheidungen im Bereich der strukturellen Planung (Neuanpflanzung, Rodung) und des laufenden Marktgeschehens (Vermeidung von Intervention, Regelung der Drittlandsimporte).

Zu § 3

Für Gemeinden und gemeindefreie Gebiete als kleinste Einheiten werden Flächenangaben erhoben.

Zu § 4

Gegenüber der bisherigen Regelung erfolgt eine Präzisierung des Berichtszeitpunktes. Auf die Angabe der Erhebungsmonate wird verzichtet.

Zu § 5

Die Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden präziser gefaßt. Die Erhebung der tatsächlichen und der geplanten Nutzung war auch bisher schon angeordnet. Voruntersuchungen haben ergeben, daß ein bundeseinheitlicher und flächendeckender Nachweis der Bodenflächen nach planungsrechtlichen Kategorien nur auf der Grundlage der Flächennutzungspläne möglich und sinnvoll ist. In ihnen ist die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung in der Regel für das ganze Gemeindegebiet festgelegt. Sie lassen, entweder regional oder bundesweit zusammengefaßt, die Richtung und das Ausmaß der künftig zu erwartenden siedlungsstrukturellen Entwicklung erkennen und stellen den begrenzten Rahmen für weitere Flächeninanspruchnahmen dar. Für den Nachweis der geplanten Nutzung sollen deshalb die Darstellungen im Flächennutzungsplan maßgebend sein.

Rund 95 % aller Gemeinden verfügen z.Z. schon über einen Flächennutzungsplan. Für die restlichen Gemeinden ist im Hinblick auf den vollständigen Nachweis für das ganze Bundesgebiet ersatzweise vorgesehen, die betroffenen Flächen aufgrund der vorgefundenen Situation vergleichbaren Darstellungskategorien zuzuordnen. § 5 Nr. 2 2. Halbsatz bestimmt deshalb, daß zunächst die bestehenden sonstigen planungsrechtlichen Verhältnisse (z.B. §§ 30, 33, 34, Baugesetzbuch) und zur Vervollständigung die tatsächlichen Verhältnisse entsprechend den Darstellungen eines Flächennutzungsplanes zuzuordnen sind. Dieses Verfahren dient nur als Übergangslösung für die Gemeinden, die noch über keinen Flächennutzungsplan verfügen.

Zu § 6

Über die im Rahmen der Agrarberichterstattung erfaßten Betriebe hinaus werden, wie bisher, auch Flächen ab 1 ha außerhalb der eigentlichen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sowie alle sonstigen Flächen mit Spezialkulturen einbezogen, auf denen solche Produkte für den Verkauf erzeugt werden. Dies begründet auch die im Vergleich zur Agrarberichterstattung höhere Stichprobenzahl bei repräsentativen Erhebungen (vgl. § 7). Verglichen mit der bisherigen Regelung werden Erhebungseinheiten, die ausschließlich aufgrund ihrer zu Erwerbszwecken bewirtschafteten Gewässerflächen einbezogen wurden, nicht mehr erfaßt.

Zu § 7

Es wird sichergestellt, daß in Jahren der Landwirtschaftszählung immer eine allgemeine Erhebung der Merkmale über die Nutzung der Bodenflächen durchgeführt wird. In den übrigen Punkten entspricht die Vorschrift dem bisherigen Gesetzesinhalt. Die Feststellung der betrieblichen Einheiten ist wesentliche Grundlage sowohl für die Durchführung anderer Statistiken als auch für die Führung der Betriebsregister bei den statistischen Ämtern.

Zu § 8

Die Erhebungsmerkmale und die Berichtszeit werden präziser gefaßt. Die Differenzierung der Gesamtflächen nach Hauptnutzungs- und Kulturarten sowie das Zugrundelegen natürlicher Erzeugungseinheiten für die Abgrenzung der betrieblichen Einheiten entspricht der bisher schon gebräuchlichen Erhebungs- und Aufbereitungspraxis. Die Erhebung zum Zwischenfruchtanbau wurde 1978 eingestellt. Fragen hierzu werden wegen der Bedeutung der Zwischenfrüchte für ökologische Fragestellungen (z.B. Verbesserungen der Bodenstruktur, Erosionsschutz) und für Futterzwecke wiederaufgenommen. Bei der Nutzung der Bodenflächen (Absatz 1 Nr. 3) ist bei der Mehrfachnutzung von Bodenflächen die im Kalenderjahr angebaute Hauptfrucht anzugeben.

Zu § 9

Neben den zur Agrarberichterstattung gehörenden Erhebungseinheiten werden, wie bisher, auch sonstige Flächen mit Verkaufsanbau erfaßt.

Zu § 10

In Abweichung von der bisherigen Gesetzesregelung sollen die Länder Berlin und Bremen nur noch in die alle vier Jahre stattfindende allgemeine Erhebung einbezogen werden. Im Bereich Zierpflanzen entfällt die bisher vorgesehene repräsentative Befragung, da der Stichprobenumfang zu gering bemessen ist, um tiefer gegliederte Aussagen treffen zu können.

Zu § 11

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und des Berichtszeitraumes.

Zu § 12

Die Erhebungseinheiten entsprechen der bisherigen Gesetzesregelung. Das Nichterfassen der Forstbetriebe, die in betriebseigenen Pflanzgärten Forstpflanzen ausschließlich für den eigenen Bedarf heranziehen (Kampanlagen), wird herausgestellt.

Zu § 13

Die durch das 2. Statistikbereinigungsgesetz geschaffene Rechtslage wird unverändert beibehalten. Eine jährliche Erhebung kann zur Entlastung der Befragten auf die im Absatz 2 genannten Bundesländer beschränkt bleiben. Der hohe Anteil dieser Länder an den Baumschulen insgesamt gestattet es, die Entwicklung für das Bundesgebiet abzuschätzen.

Zu § 14

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und des Berichtszeitpunktes.

Zu § 15

Erhebungseinheiten sind, wie bisher, Betriebe und Flächen, auf denen Verkaufsobstanbau betrieben wird.

Zu § 16

Der Turnus entspricht der in der Richtlinie (EWG) Nr. 625/76 des Rates vom 20. Juli 1976 festgelegten Periodizität.

Zu § 17

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und des Berichtszeitpunktes. Neben den auf EG-Ebene geforderten Obstarten werden auch die für die Bundesrepublik Deutschland relevanten Steinobstarten sowie Walnüsse erfaßt.

Zu § 18

Die Vorschrift definiert die einzelnen Erhebungseinheiten. Über die Erhebungseinheiten der Agrarberichterstattung hinaus werden, wie bisher, auch sonstige Bestände erfaßt.

Der Begriff Viehhalter wird dahingehend präzisiert, daß nicht das Eigentum oder sonstige Rechtsgründe des Besitzes, sondern der unmittelbare Besitz von Vieh ausschlaggebend für die Erhebung sind. Somit ist das am Stichtag in den Ställen und auf den Flächen befindliche Vieh anzugeben, ob es sich um im Eigentum befindliches, in Pension aufgenommenes oder auf Lohnveredelungsbasis betreutes Vieh handelt. Zur Verbesserung der Datenqualität der Geflügelzählung wird bei vorübergehend leerstehenden Stallräumen der Bestand vor der letzten Stallräumung erhoben, sofern diese nicht mehr als sechs Wochen zurückliegt.

Zu § 19

Berichtszeitpunkt und Merkmale der Viehzählung bleiben unverändert. Auf die bisher vorgesehenen Nachprüfungen der Zählung bei Rindvieh und Schweinen wird verzichtet. Die für 1988 vorgesehene Nachprüfung wurde bereits durch Verordnung vom 30. März 1988 (BGBl. I S. 500) ausgesetzt.

Zu § 20

Die Erhebungsmerkmale werden für die einzelnen Tierarten präzisiert.

Zu § 21

Es werden die Bereiche genannt, in denen Arbeitskräfteerhebungen im Agrarbereich durchgeführt werden.

Zu § 22

Erhebungseinheiten der Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft sind, wie bisher, landwirtschaftliche Betriebe, die über eine Mindestgröße oder über Mindesterzeugungseinheiten verfügen. In den Jahren der Landwirtschaftszählung werden zusätzlich forstwirtschaftliche Betriebe einbezogen.

Zu § 23

Die Absätze 1 und 2 entsprechen der bisherigen Regelung. Erfasst werden auf dem Betrieb lebende Familienangehörige auch dann, wenn sie nicht im Betrieb beschäftigt sind oder wenn es sich um nicht oder nur bedingt arbeitsfähige Arbeitspersonen (z.B. ältere Personen, Kinder) handelt. Nur so wird eine vollständige Erfassung der arbeitsmäßigen Auslastung der Personen im Betrieb und Haushalt sowie möglicher zukünftiger Arbeitskräfte gewährleistet. Wie bisher wird die Durchführung einer allgemeinen Erhebung in den Jahren der Landwirtschaftszählung vorgeschrieben (Absatz 3), wobei Angaben über die nicht ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind, ebenfalls allgemein erhoben werden.

Zu § 24

Der Berichtszeitraum und die Erhebungsmerkmale beim Betriebsinhaber und seinen Familienangehörigen sowie bei den nicht ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind, entsprechen der bisherigen Regelung. Es erfolgt lediglich eine Präzisierung. Bei den ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind, wird zusätzlich die Stellung im Beruf (Arbeiter, Angestellter, sonstige), in den Jahren der Landwirtschaftszählung auch die Art der Entlohnung (Monats-, Stundenlöhne) und die Berufsausbildung (abgeschlossene Berufsausbildung, Landarbeiter) erfragt. Hiermit werden die zur Vorbereitung der Verdiensterhebung in der Landwirtschaft notwendigen Angaben erhoben (vgl. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 25. Oktober 1985, BGBl. I S. 2006).

Zu § 25

Erhebungseinheiten sind, wie bisher, Körperschafts- und Privatforstbetriebe ab einer bestimmten Mindestgröße sowie die staatlichen Forstbetriebe. Bei der Unterscheidung der Forstbetriebe nach Betrieben des Staats-, Körperschafts- oder Privatwaldes werden die Definitionen dieser Waldeigentumsarten in § 3 des Bundeswaldgesetzes zugrunde gelegt. Die im Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft noch gesondert aufgeführten Gemeinschaftsforstbetriebe gehören danach zu den Privatforstbetrieben, soweit die Gemeinschaftsforsten nicht nach landesrechtlichen Vorschriften als Körperschaftswald anzusehen sind.

Zu § 26

Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum und Merkmale entsprechen den bisherigen Regelungen. Die Festlegung des Forstwirtschaftsjahres sowie die Ermächtigung für die Länder, abweichende Regelungen zu treffen, wird beibehalten.

Zu § 27

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und des Berichtszeitraumes.

Zu § 28

Es werden die Programme und die Periodizität der Agrarberichterstattung geregelt.

Zu § 29

Die Vorschrift legt die Erhebungseinheiten der Agrarberichterstattung in Abhängigkeit von der Erhebungsart fest. Die Merkmale des Grund-, Ergänzungs- und Zusatzprogramms werden, soweit sie Bestandteil des repräsentativen Zählungsteils sind, stets nur in landwirtschaftlichen Betrieben erfragt. Die Merkmale des Grund- und Ergänzungsprogramms, die in Jahren mit allgemeiner Agrarberichterstattung allgemein zu erfragen sind, werden dann auch in Forstbetrieben erhoben. Diese Regelung entspricht der bisherigen Erhebungspraxis.

Zu § 30

Die Ergebnisse der Agrarberichterstattung werden anhand betriebswirtschaftlicher Kriterien nach Betriebsgrößen, nach sozialökonomischen Gruppen und nach der Betriebssystematik dargestellt. Der starken Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe entsprechend haben sich monetäre Gliederungskriterien hervorragend bewährt, und zwar sowohl bei Auswertungen der nationalen als auch der Gemeinschaftsstatistiken sowie bei der Auswahl und Aufbereitung von Buchführungsergebnissen für den Agrarbericht und im Rahmen des EG-Informationsnetzes. Dafür sind entsprechende Rechenwerte (Standarddeckungsbeiträge und Standardbetriebseinkommen) zu ermitteln. Die Vorschrift ermöglicht dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, mit Zustimmung des Bundesrates, in einer allgemeinen Verwaltungsvorschrift die hierfür erforderlichen Regelungen zu treffen.

Zu § 31

Absatz 1 dieser Vorschrift erläutert die Bestandteile des Grundprogramms. Die Angaben der Bodennutzungshaupterhebung, der Viehzählung im Dezember und der Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft werden betriebsweise zusammengeführt. Dieses Vorgehen ermöglicht es, die Angaben der Betriebe zu den genannten Erhebungen auch für strukturelle Analysen zu verwerten; die speziellen Aufgaben dieser Statistiken bleiben unberührt. Gemäß Absatz 2 werden die Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung und der Viehzählung ab 1989 im vierjährigen Turnus sowie in den Jahren der Landwirtschaftszählung allgemein und ab 1991 in den übrigen Jahren der Agrarberichterstattung repräsentativ übernommen. In Absatz 3 ist festgelegt, daß die Angaben zur Bodennutzungshaupterhebung und zur Arbeitskräfteerhebung den Erhebungen des laufenden Jahres, die Angaben zur Viezzählung den Erhebungen des Vorjahres entnommen werden.

Zu § 32

Die Vorschrift gliedert das Ergänzungsprogramm der Agrarberichterstattung in allgemeine und repräsentative Teile. Ab 1989 werden in vierjährigem Turnus allgemein Merkmale über die Buchführung, die sozialökonomischen Verhältnisse der Betriebe und über den Anfall und die Ausbringung tierischer Exkremente erhoben; in den übrigen Erhebungsjahren der Agrarberichterstattung werden diese Merkmale repräsentativ erfaßt. Die Merkmale der Eigentums- und Pachtverhältnisse sowie über außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen werden ab 1989 in jedem zweiten Jahr repräsentativ erhoben. Absatz 2 regelt, welche Merkmale in Jahren der Landwirtschaftszählung allgemein erhoben werden.

Zu § 33

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und der Berichtszeit. Bei der Art der Buchführung wird unterschieden, ob sie aufgrund steuergesetzlicher Vorschriften oder freiwillig erfolgt. Gemäß § 141 Abgabenordnung besteht steuerliche Buchführungspflicht für Betriebe, die bestimmte Umsatz-, Betriebsvermögens-, Wirtschaftswert- oder Gewinn Grenzen überschreiten. Zur politischen Beurteilung dieser Grenzen muß die Zahl der buchführungspflichtigen Betriebe erhoben werden. Darüber hinaus muß die Grundgesamtheit der buchführenden Betriebe und deren Veränderung aufgrund der Anpassungsprozesse in diesem Wirtschaftsbereich auch für die Auswahl der Testbetriebe für den Agrarbericht und für das EG-Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen sowie für die Hochrechnungen der Ergebnisse der Buchführungsstatistik bekannt sein.

Die außerbetrieblichen Erwerbs- und Unterhaltsquellen spielen in Zukunft eine immer bedeutendere Rolle. Zum einen gewinnt das außerbetriebliche Erwerbseinkommen zunehmend an Bedeutung, zum anderen nimmt der Anteil direkter Einkommensübertragungen am Gesamteinkommen aufgrund agrarpolitischer Maßnahmen zu. Für die Beurteilung und Ausgestaltung agrarpolitischer Maßnahmen sind Angaben über die Einkommenshöhe und –zusammensetzungen erforderlich. Deshalb werden bei den Merkmalen über die sozialökonomischen Verhältnisse des Betriebes (Absatz 1 Nr. 2) die außerbetriebliche Erwerbstätigkeit und sonstige außerbetriebliche Einkommensquellen sowie das geschätzte Verhältnis von außerbetrieblichem zu betrieblichem Einkommen erfragt. Bei der Erhebung des letztgenannten Merkmals wird erfragt, ob die Summe des außerbetrieblichen Einkommens des Betriebsinhabers und seines Ehegatten höher oder niedriger ist als das betriebliche Einkommen. Da auch nur das geschätzte Verhältnis erfragt wird, setzt die Beantwortung dieser Frage durch den Betriebsinhaber keine genaue Kenntnis über die Einkommenshöhe des Ehegatten voraus. Bei den außerbetrieblichen Erwerbs- und Unterhaltsquellen (Absatz 1 Nr. 5) wird auch die Höhe des Einkommens des Betriebsinhabers und seines Ehegatten erhoben. Diese Erhebungsmerkmale dienen u.a. der agrarpolitisch wichtigen Gliederung der betrieblichen Einheiten nach Vollerwerb, Zuerwerb und Nebenerwerb. Angaben über den Anfall und die Ausbringung tierischer Exkremente (Absatz 1 Nr. 3) sind aus Umweltgesichtspunkten von besonderem Interesse. Sie lassen Rückschlüsse auf mögliche Belastungen von Böden und Gewässern zu. Absatz 1 Nr. 4 regelt die Erhebung der Eigentums- und Pachtverhältnisse sowie der Pachtpreise; dabei wird u.a. zwischen Neupachten (einschließlich Pachtungen mit geänderten Pachtpreisen) und Altpachten unterschieden. Diese Differenzierung ist notwendig, da staatliche Eingriffe, wie beispielsweise die seit dem 1. April 1984 geltende Milch-Garantiemengen-Verordnung, den Pachtmarkt erheblich beeinflussen. Neu aufgenommen wird die Gliederung der Entgelte für gepachtete Flächen nach der Nutzung (Grünland, Ackerland, sonstige Flächen). Hierdurch werden zusätzliche wichtige Informationen über den Pachtmarkt erhoben. Für die einzelnen Merkmale des Ergänzungsprogramms der Agrarberichterstattung werden in Absatz 2 die Berichtszeiten festgelegt.

Zu § 34

Die Durchführung des Zusatzprogramms bedarf einer Anordnung durch Rechtsverordnung, die auch den Stichprobenumfang festlegt. Das Zusatzprogramm der Agrarberichterstattung beinhaltet Erhebungskomplexe, die weder im Grundprogramm noch im Ergänzungsprogramm für periodische Erhebungen enthalten sind, die jedoch wichtige Strukturmerkmale für zukünftige Aufgaben der Agrarpolitik umfassen.

Zu § 35

Die Vorschrift bestimmt, daß die Landwirtschaftszählung, wie bisher, aus einer Haupterhebung, die die Gesamtheit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe erfaßt, und Erhebungen in den Bereichen Weinbau, Gartenbau und Binnenfischerei besteht. Zur Untersuchung der strukturellen Veränderung in den letztgenannten Sonderbereichen sind spezielle Angaben erforderlich, die in der Haupterhebung nicht erfaßt werden.

Zu § 36

Erhebungseinheiten der Haupterhebung sind land- und forstwirtschaftliche Betriebe, sofern sie über eine bestimmte Mindestgröße oder über Mindesterzeugungseinheiten verfügen.

Zu § 37

Gemäß Absatz 1 wird die Haupterhebung ab 1989 in zehnjährigem Turnus durchgeführt. Dies entspricht den Empfehlungen der FAO, der ECE und EG. Mit dieser Vorschrift wird erstmals ein Erhebungsturnus für die Landwirtschaftszählung festgelegt.

Die Absätze 2 und 3 bestimmen, daß neben den aus dem Grund- und Ergänzungsprogramm der Agrarberichterstattung übernommenen Angaben die Merkmale zur Referenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung, zur Vermietung von Unterkünften und zur Hofnachfolge allgemein erhoben werden; nur so können für diese Merkmale die Ergebnisse auch in der benötigten regionalen und fachlichen Gliederung erstellt werden. Demgegenüber werden die Angaben über die Berufsbildung, die Mitgliedschaft in Erzeugerzusammenschlüssen, die Wohnhausausstattung und die soziale Sicherung repräsentativ erfaßt. Durch die repräsentative Erhebung der Ausstattung der Betriebe mit landwirtschaftlichen Maschinen wird der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 Rechnung getragen, die eine Erhebung über landwirtschaftliche Maschinen in allen Mitgliedstaaten der EG vorschreibt.

Zu § 38

Es werden die Erhebungsmerkmale der Haupterhebung präziser gefaßt. Neu hinzugekommen ist die Frage über die Höhe der Anlieferungs- und Direktverkaufsreferenzmengen nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung. Die Angaben hierzu bieten Informationen zur Wirksamkeit dieser Regelung.

Die Vermietung von Unterkünften durch landwirtschaftliche Betriebe an Ferien- oder Kurgäste gewinnt zunehmende Bedeutung, da Betrieben mit unzureichenden Produktionskapazitäten hierdurch zusätzliche Einkommenschancen eröffnet werden. Gegenüber dem Erhebungsprogramm früherer Landwirtschaftszählungen soll zusätzlich nach der Art der Unterkunft (Zimmer, Wohnung, Appartement, Camping, Wohnungsanlagen) unterschieden werden. Die Angaben über das Vorhandensein eines Hofnachfolgers, zu dessen Alter, Geschlecht, Berufsbildung und Tätigkeit dienen der Vorbereitung und Ausgestaltung sowohl von Maßnahmen zugunsten ausscheidungswilliger Landwirte, z.B. in Form von Vorruhestandsregelungen, als auch von Hilfen für jüngere Landwirte. Hat der Landwirt noch keine Absprache oder Vereinbarung, die nicht der Schriftform bedarf, über die Hofnachfolge getroffen, entfällt die Verpflichtung zur Beantwortung der Frage.

Die landwirtschaftliche Berufsbildung ist eine Voraussetzung für eine den heutigen Ansprüchen entsprechende Betriebsführung. Die Angaben über die außerlandwirtschaftliche Berufsbildung sollen Aufschluß geben über die persönlichen Voraussetzungen für die Erzielung zusätzlicher oder alternativer Erwerbseinkommen. Angaben darüber erleichtern die Beurteilung und Vorschätzung des künftigen Strukturwandels.

Die Mitgliedschaft in Erzeugervereinigungen gibt Auskunft über die Marktstellung der landwirtschaftlichen Betriebe und über den Umfang des vertraglich geregelten Absatzes der Erzeugnisse. Landwirte können den Anteil des Erzeugererlöses am Verbraucherpreis erhöhen, wenn sie in verstärktem Maße die Vermarktung selber in die Hand nehmen.

Da die Wohnhausausstattung staatlich gefördert wird, um die Lebensqualität zu verbessern und um Kosten für Energie einzusparen, werden Merkmale zum Energieeinsatz und zu den sanitären Anlagen erfragt.

Maschinen stellen für den landwirtschaftlichen Betrieb einen wichtigen Faktor für Kosten und Investitionen dar. Merkmale über landwirtschaftliche Maschinen wurden letztmalig bei der Landwirtschaftszählung 1971 erhoben. Zur Beurteilung der strukturellen Entwicklung und der Wettbewerbsstellung der landwirtschaftlichen Betriebe im EG-Vergleich ist eine Erhebung über landwirtschaftliche Maschinen erforderlich.

Die soziale Sicherung der landwirtschaftlichen Familien wird in einem eigenen agrarsozialen Sicherungssystem geregelt. Mit der wachsenden Aufnahme außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit gewinnt aber auch in der Landwirtschaft die gesetzliche Rentenversicherung an Bedeutung. Zur Alterssicherung wird eine hohe staatliche Hilfe gewährt, zum einen zu Finanzierung der Altershilfe, zum anderen bei einer möglichen Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung. Für eine zukunftsorientierte soziale Sicherung sind detaillierte Angaben zu ermitteln.

Zu § 39

Bei der Festlegung der Erhebungseinheiten der Weinbauerhebung wird, wie bisher, der kleinbetrieblichen Struktur dieses Erwerbszweiges Rechnung getragen.

Zu § 40

Analog zur Haupterhebung wird auch die Weinbauerhebung alle zehn Jahre durchgeführt. Der Merkmalskatalog wurde von der vorherigen Erhebung im Jahre 1979 unverändert übernommen. Die aus finanziellen und arbeitsorganisatorischen Gründen sinnvolle Verbindung mit der EG-Rebflächenerhebung gebietet die Durchführung der Weinbauerhebung 1989/90.

Zu § 41

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und der Berichtszeit.

Zu § 42

Die Festlegung der Erhebungseinheiten der Gartenbauerhebung trägt, wie bei der Weinbauerhebung, dem Umstand Rechnung, daß es sich häufig um kleinflächige Produktionseinheiten handelt. Wie bei der letzten Erhebung im Jahre 1982 sind daher Erhebungseinheiten die Betriebe mit einer gärtnerischen Nutzfläche von mindestens 15 Ar und alle Betriebe mit einer gärtnerischen Nutzfläche unter Glas oder Kunststoff.

Zu § 43

Der Erhebungsturnus der Gartenbauerhebung entspricht, mit einem zeitlichen Abstand von drei Jahren, dem der Haupterhebung. Der Merkmalskatalog stimmt mit dem der letzten Gartenbauerhebung im Jahre 1982 überein.

Zu § 44

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und der Berichtszeit.

Zu § 45

In die Binnenfischereierhebung werden, wie bisher, solche Betriebe einbezogen, die Fluß- oder Seenfischerei, Fischhaltung oder Fischzucht zu Erwerbszwecken betreiben und über den in dieser Vorschrift genannten Mindestfischfang oder die genannten Mindesterzeugungseinheiten verfügen.

Zu § 46

Der Erhebungsturnus der Binnenfischereierhebung entspricht, mit einem zeitlichen Abstand von drei Jahren, dem der Haupterhebung. Der Merkmalskatalog stimmt mit dem der letzten Binnenfischereierhebung im Jahr 1982 überein.

Zu § 47

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und der Berichtszeit.

Zu § 48

Die Vorschrift benennt die Bestandteile der Ernteerhebung.

Zu § 49

In Ergänzung der bisherigen Regelung schätzt das Statistische Bundesamt auf Basis ökonometrischer Analysen unter Berücksichtigung von Witterungsdaten zukünftig neben den Hektarerträgen für Getreide und Hackfrüchte auch diejenigen von Raps.

Zu § 50

In Absatz 1 erfolgt eine Präzisierung der bei der Ernteberichterstattung geschätzten oder ermittelten Merkmale. Absatz 2 entspricht inhaltlich der bisherigen Regelung.

Zu § 51

Die Zahl der in die Besondere Erntermittlung einzubeziehenden Felder wird der in den letzten Jahren verwendeten Stichprobenzahl angepaßt (Absatz 1). In Absatz 2 werden die Erhebungsmerkmale präzisiert. Bei Getreide werden die Naturalerträge unter Berücksichtigung des Feuchtigkeitsgehalts ermittelt. Die nur für statistische Zwecke genommenen Proben dienen nicht der Lebensmittelkontrolle. Tiefste Gliederungsstufe der anonymisierten Angaben ist die Länderebene. Aussagen zur Getreidequalität sind auf EG-Ebene bei der Festsetzung von Marktordnungspreisen von großem Nutzen.

Absatz 3 ermächtigt den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften über die Grundsätze für die Durchführung der Besonderen Erntermittlung zu erlassen.

In Absatz 4 wird die Ermittlung der Beschaffenheitsmerkmale dem Bund als Aufgabe zugewiesen. Dies erscheint notwendig für eine bundeseinheitliche Bewertung.

Zu § 52

Die Vorschrift definiert die Erhebungseinheiten, die in die mit diesem Gesetz angeordneten Erhebungen einbezogen werden. Bei einzelnen Agrarfachstatistiken werden über den hier genannten Erfassungsbereich hinaus einbezogene Erhebungseinheiten speziell geregelt. Die gegenüber den bisherigen Vorschriften unverändert gebliebenen Erhebungsschwellen entsprechen ebenso wie die Betriebsdefinition den auf EG-Ebene getroffenen Regelungen. Ferner wird die Möglichkeit geschaffen, die Werte für Mindesterzeugungseinheiten durch Rechtsverordnung neu festzulegen.

Im Agrarbereich bestehen wegen der Stichprobenzu- und -abgänge praktische Schwierigkeiten, einen vorgegebenen Stichprobenumfang genau zu treffen. Deswegen wird in Absatz 5 Satz 2 die Möglichkeit eingeräumt, die bei repräsentativen Erhebungen gesetzlich festgelegte Anzahl der Erhebungseinheiten in einem bestimmten Umfang zu überschreiten, soweit dies zur Gewinnung einer zuverlässigen statistischen Grundlage erforderlich ist. Eine Einschränkung des gesetzlich vorgegebenen Stichprobenumfangs kann nach Absatz 6 durch Rechtsverordnung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erfolgen.

Zu § 53

In dieser Vorschrift werden, wie vom Bundesstatistikgesetz gefordert, die für die technische Durchführung der Erhebung benötigten Hilfsmerkmale angegeben. Die Trennung und Löschung der Hilfsmerkmale erfolgt gemäß § 12 des Bundesstatistikgesetzes.

Neben Namen und Anschrift der zu Befragenden, die für die Durchführung der in diesem Gesetz geregelten Statistiken unverzichtbar sind, ist es bei dem häufig Gemeindegrenzen überschreitenden Besitzwechsel in der Landwirtschaft für eine kontinuierliche und vollständige Erfassung der betrieblichen Einheiten notwendig, die Anschriften von Betrieben oder Personen zu erfassen, die Flächen durch Kauf oder Pacht erhalten oder abgegeben haben.

Zu § 54

Die Vorschrift sieht, mit wenigen Ausnahmen, die im einzelnen genannt werden, für die Statistiken nach diesem Gesetz eine Auskunftspflicht vor. Dadurch soll sichergestellt werden, daß betriebsbezogene Ergebnisse sowie für aktuelle agrarpolitische Fragen relevante statistische Ergebnisse sowohl in tiefer regionaler Gliederung als auch in Form verlässlicher Zeitreihen bereitgestellt werden können. Die Hauptnutzer der Agrarstatistiken sind auf die Nachweisungen zuverlässiger, fachlicher und regional tief gegliederter Ergebnisse angewiesen. Eine solche Nachweisung wäre bei Wegfall der Auskunftspflicht nicht mehr möglich; die mit hohen, ungleichmäßigen Ausfallraten verbundene Ergebnisverzerrung würde ferner das agrarstatistische System der betriebsweisen Zusammenführung gefährden.

Für die einzelnen Erhebungen werden die auskunftspflichtigen Personen und Institutionen benannt. Bei der Flächenerhebung nach § 5 Nr. 1 muß, um flächendeckende Angaben zu erhalten, sichergestellt sein, daß in Ausnahmefällen auch auf ergänzende Unterlagen anderer Behörden (z.B. Flurbereinigungsbehörde) zurückgegriffen werden kann.

Absatz 3 gewährleistet, daß jede Person für die sie betreffenden Angaben selbst auskunftspflichtig ist. Dieser Grundsatz wird nur in den Fällen durchbrochen (z.B. § 38 Abs. 1 Nr. 3 und 4), in denen eine Abwägung des Schutzes des einzelnen und der Sensibilität der ihn betreffenden Angaben auf der einen Seite und des durch eine getrennte Erhebung eintretenden unverhältnismäßigen Aufwandes auf der anderen Seite es ausnahmsweise gerechtfertigt erscheinen läßt, Angaben über den Ehegatten, auf dem Betrieb beschäftigte Personen und den voraussichtlichen Hofnachfolger beim Betriebsinhaber oder -leiter zu erfragen.

Zu § 55

Die Vorschrift gestattet es, bei der Durchführung der in diesem Gesetz geregelten Erhebungen Erhebungsstellen einzurichten. Die Verpflichtung der dort tätigen Personen auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses und das Zweckentfremdungsverbot soll das Grundprinzip der Statistik, die statistische Geheimhaltung der erhobenen Angaben, auch während des Erhebungsverfahrens sichern.

Bei der Durchführung der in diesem Gesetz geregelten statistischen Erhebungen können ferner Erhebungsbeauftragte eingesetzt werden.

Da es sich bei der Besonderen Erntermittlung um ein objektives Erntemeßverfahren unter Einschluß von Probenahmen handelt, ist den Erhebungsbeauftragten die Entnahme der erforderlichen Ernteproben zu gestatten. Ein Wertausgleich für die entnommenen Proben selbst wird, wie bisher, nicht geleistet.

Zu § 56

Zur Erleichterung der Durchführung der Bodennutzungshaupterhebung und der Obstanbauerhebung ist die Anwendung des Fortschreibeverfahrens gestattet. Soweit das Fortschreibeverfahren bereits in der Vergangenheit angewendet wurde, erfolgte dies im jeweiligen Bundesland einheitlich.

Zu § 57

Zweck und Inhalt des Betriebsregisters orientieren sich an der Adreßdatei (§ 13 Bundesstatistikgesetz), wobei die besonderen Belange und Erfordernisse der Agrarstatistik berücksichtigt werden. Über den zulässigen Inhalt der Adreßdatei hinaus dürfen in das Betriebsregister weitere Hilfs- und Erhebungsmerkmale aufgenommen werden.

Für jede Erhebungseinheit wird vom jeweils zuständigen statistischen Landesamt eine individuelle Kennnummer vergeben. Soweit diese Kennnummer in verschlüsselter Form Angaben enthält, dürfen diese über die Merkmale des § 13 Abs. 2 Nr. 1 bis 6 des Bundesstatistikgesetzes nicht hinausgehen, um die Identität der Kennnummer des Betriebsregisters mit einer für eine Adreßdatei nach § 13 des Bundesstatistikgesetzes gebildeten Kennnummer zu gewährleisten. Die Kennnummer befindet sich sowohl im Betriebsregister als auch beim Einzeldatensatz. Nach der Löschung der Kennnummer im Betriebsregister und in der Adreßdatei ist eine durch diese Dateien mögliche Identifikation ausgeschlossen. Die Kennnummer auf dem Datensatz wird nicht gelöscht, um eine betriebsweise Auswertung auch dann noch zu ermöglichen, wenn die Kennnummer im Betriebsregister und in der Adreßdatei gelöscht ist.

Zu § 58

In Absatz 1 wird von der in § 16 Abs. 4 Bundesstatistikgesetz eingeräumten Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Übermittlung von Einzelangaben an oberste Bundes- oder Landesbehörden zuzulassen.

Absatz 2 gestattet die Verwendung der dort genannten Merkmale zur Vorbereitung der Verdiensterhebung in der Landwirtschaft. Dadurch kann eine gesonderte Vorwegbefragung vermieden werden.

Absatz 3 stellt sicher, daß die Ergebnisse der Flächenerhebung gemeindeweise veröffentlicht werden können. Gemeindeergebnisse sind im Gegensatz zu einzelbetrieblichen Daten nicht als Einzelangabe anzusehen.

Zu § 59

Die Vorschrift enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu § 60

In dieser Vorschrift wird der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes geregelt. Zugleich treten die Vorschriften, die bisher die gesetzliche Grundlage der in diesem Gesetz aufgenommenen Agrarfachstatistiken bildeten, außer Kraft.

**Begründung zum Ersten Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes
vom 23. September 1992****(BT-Drucks. Nr. 12/2696 vom 27. Mai 1992)****A. Allgemeiner Teil**

Mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes werden unter dem Gesichtspunkt der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung die bisher noch einzelgesetzlich geregelten, restlichen Agrarfachstatistiken in das Agrarstatistikgesetz (AgrStatG) integriert. Zugleich erfolgt die Anpassung dieser agrarstatistischen Einzelgesetze an die Anforderungen, denen statistische Rechtsvorschriften nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983 und dem Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 (BVerfGE 65,1) genügen müssen. Hauptansatzpunkt ist hier das rechtsstaatliche Gebot der Normenklarheit. So werden entsprechend den Anforderungen des § 9 des Bundesstatistikgesetzes bei den einzelnen Agrarfachstatistiken in der sie anordnenden Rechtsvorschrift die Erhebungsprogramme bestimmter als bisher gefaßt, die Erhebungs- und Hilfsmerkmale festgelegt und voneinander unterschieden, der jeweilige Berichtszeitraum oder –zeitpunkt geregelt und der Kreis der zu Befragenden präziser bestimmt. Die Übermittlung von Einzelangaben an oberste Bundes- oder Landesbehörden wird den Vorgaben des § 16 Abs. 4 des Bundesstatistikgesetzes angepaßt.

Ferner erfolgt eine Übernahme der in der Statistikanpassungsverordnung vom 26. März 1991 (BGBl. I S. 846) für den Agrarbereich in den neuen Ländern getroffenen, befristeten Regelungen in unbefristete, gesetzlich verankerte Regelungen.

Darüber hinaus werden an einigen Stellen weitere einigungsbedingte (Anpassung der Stichprobenzahlen, Aussetzen der Erhebung der geplanten Nutzung der Bodenflächen für 1993 in den neuen Ländern) und sonstige Anpassungen (Anpassung an neue Anforderungen der EG, Umbenennung der Bundesforschungsanstalt für Getreide- und Kartoffelverarbeitung) vorgenommen.

B. Besonderer Teil

Das Gesetz gliedert sich in drei Artikel. Der erste Artikel beinhaltet die Änderungen des AgrStatG. Der zweite Artikel enthält die Erlaubnis, für den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das geänderte AgrStatG in der Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen. Im dritten Artikel ist das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes sowie das Außerkrafttreten der bisherigen einzelgesetzlichen agrarstatistischen Rechtsgrundlagen geregelt.

Zu Artikel 1**Zu Nummer 1**

Die Inhaltsübersicht soll ihren Standort nach der Eingangsformel haben, damit sie am Gesetzesrang teilnimmt.

Zu Nummer 2

Mit dieser Vorschrift wird der Katalog der als Bundesstatistiken angeordneten Agrarfachstatistiken um die bisher noch einzelgesetzlich geregelten Agrarfachstatistiken ergänzt. Hinzu kommt außerdem der Bereich der Weinstatistik:

Nummer 7 (Geflügelstatistik)

In dem durch Marktordnungen geregelten Bereich von Geflügelfleisch und Eiern ist nach wie vor eine auf statistischen Feststellungen beruhende Marktbeobachtung unerlässlich. Die Ergebnisse dienen ferner zur Erfüllung der Anforderungen der EG, deren Dienststellen zur Durchführung der Marktorganisation monatlich aktuelle statistische Daten aus der Geflügelwirtschaft der Mitgliedstaaten benötigen. Gemäß Verordnung (EWG) Nr. 2782/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 (ABl. EG Nr. L 282 S. 100) und gemäß Verordnung (EWG) Nr. 1868/77 der Kommission vom 29. Juli 1977 (ABl. EG Nr. L 209 S. 1) werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, entsprechende statistische Angaben der EG zu übermitteln.

Nummer 8 (Schlachtungs- und Schlachtgewichtstatistik)

Neben der Erhebung der Viehbestände (vgl. Nummer 2) ist die Schlachtungs- und Schlachtgewichtstatistik ein wesentliches und unverzichtbares Element zur Marktbeobachtung im Vieh- und Fleischsektor. Sie liefert Informationen zur Beurteilung der Versorgungslage und zur Erstellung von Prognosen über die Entwicklung auf den Vieh- und Fleischmärkten. Ferner werden durch diese monatlichen Statistiken auch die Anforderungen der EG abgedeckt [Richtlinie des Rates über den Rinderbestand, die Vorausschätzungen über den Schlachtrinderanfall und Statistiken über die Schlachtungen von Rindern vom 15. Mai 1973 (ABl. EG Nr. L 153 S. 25); Entscheidung der Kommission über Durchführungsbestimmungen zu den von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen über den Rinderbestand, Vorausschätzungen über den Schlachtrinderanfall und Statistiken über die Schlachtungen von Rindern vom 24. Juli 1973 (ABl. EG Nr. L 253 S. 5)].

Nummer 9 (Milchstatistik)

Angaben zur Erzeugung und Verwendung von Milch werden zur Beobachtung des Milchmarktes benötigt. Die Fortführung der Statistik ist notwendig, um die Höhen der gesamten Milchproduktion und die Verwendung der erzeugten Milch im landwirtschaftlichen Betrieb festzustellen. Die Daten der Milch-Meldeverordnung fließen als wichtigste Größe (Anlieferung an Molkereien) in diese Statistik ein. Die Ergebnisse der Milchstatistik ermöglichen auch die Berechnung der durchschnittlichen Milchleistung je Kuh bis auf Kreisebene. Sie sind Grundlage für die Berechnung von Standarddeckungsbeiträgen sowie für die Kreiseinstufung im Rahmen der Betriebsklassifizierung. Ferner werden durch die Statistik die Anforderung der EG (Entscheidung 72/356/EWG der Kommission vom 18. Oktober 1972 über Durchführungsbestimmungen bezüglich der statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse) abgedeckt.

Nummer 10 (Hochsee- und Küstenfischereistatistik)

Die Fischwirtschaft ist für die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere für die Küstenländer, ein wichtiger Wirtschaftsbereich. Die Statistik auf dem Gebiet der Hochsee- und Küstenfischerei liefert Unterlagen für Versorgungsplanung, Liefervereinbarungen, Fangquotenermittlung, für meeresbiologische Forschungen über die Erschließung und Nutzung von Fanggebieten sowie für Interessenabstimmung im internationalen Bereich. Hierzu ist eine monatliche Feststellung der Anlandungen erforderlich. Monatliche Erhebungsergebnisse werden außerdem für verschiedene internationale Organisationen benötigt (z.B. Internationales Übereinkommen über die Fischerei im Nordwestatlantik, Internationaler Rat für Meeresforschung). Zugleich werden auch die Anforderungen der EG erfüllt, die durch die Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 der Kommission vom 22. September 1983 zur Festlegung der Einzelheiten der Aufzeichnung über den Fischfang (ABl. EG Nr. L 276 S. 1), die Verordnung (EWG) Nr. 2241/87 des Rates vom 23. Juli 1987 zur Festlegung bestimmter Maßnahmen zur Kontrolle der Fischereitätigkeit (ABl. EG Nr. L 207 S. 1), die Verordnung (EWG) Nr. 1382/91 des Rates vom 21. Mai 1991 betreffend die Übermittlung von Daten über die Anlandungen von Fischereierzeugnissen in den Mitgliedstaaten, die Verordnung (EWG) Nr. 3880/91 des Rates vom 17. Dezember 1991 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die im Nordostatlantik Fischfang betreiben (ABl. EG Nr. L 365 S. 1) sowie die Verordnung (EWG) Nr. 3881/91 des Rates vom 17. Dezember 1991 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die im Nordwestatlantik Fischfang betreiben (ABl. EG Nr. L 365 S. 19) die Mitgliedstaaten verpflichtet, entsprechende Angaben zu liefern.

Da die statistischen Informationen über die Bodenseefischerei aus anderen Quellen gewonnen werden können und die erforderlichen statistischen Angaben dem Bund in der bisherigen Gliederung weiterhin von den Ländern zur Verfügung gestellt werden, ist eine Anordnung als Bundesstatistik entbehrlich.

Nummer 11 (Weinstatistik)

Die Datenanforderungen im Weinbereich basieren auf EG-Rechtsgrundlagen, die zum Teil national durch die Durchführungsverordnung zum Weinwirtschaftsgesetz vom 16. Januar 1989 (BGBl. I S. 81) umgesetzt wurden. Zum Teil sind sie Bestandteil der Weinbaukartei. Nicht immer sind bei diesen Erhebungen die statistischen Ämter der Länder die zuständigen Stellen in den Ländern. Um bundeseinheitlich ermittelte Ergebnisse zu erhalten, soll durch die Aufnahme dieser Vorschrift in das AgrStatG ein einheitlicher Zugriff der Statistischen Landesämter auf die im Weinbereich zum Teil von anderen Landesstellen erhobenen Angaben gewährleistet werden. Diese sekundärstatistische Auswertung von Daten vermeidet Doppelerhebungen und hält somit die Belastung der Auskunftspflichtigen gering.

Nummer 12 (Holzstatistik)

Die Statistik ermöglicht einen aktuellen Überblick über das Marktgeschehen. Das Erfordernis einer intensiven Marktbeobachtung wird durch die in den letzten Jahren gehäuft auftretenden Sturmschäden unterstrichen. Die Holzstatistik dient einerseits dazu, der Bundesregierung das benötigte Datenmaterial für politische Entscheidungen im Holzsektor zur Verfügung zu stellen. Andererseits soll den beteiligten Wirtschaftskreisen durch die geschaffene Markttransparenz ein marktgerechtes Verhalten ermöglicht werden. Verbrauchsangaben sind ferner wichtig, wenn Chancen und Risiken der konkurrierenden Rohstoffe Rohholz/Restholz diskutiert werden. Andererseits müssen waldbauliche Anforderungen, wie z.B. die notwendige Durchforstung von Jungbeständen und das damit verbundene zwangsweise Angebot an Schwachholz ebenfalls berücksichtigt werden. Des weiteren dient die Statistik zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen gegenüber der EG, der OECD, der FAO und ECE.

Nummer 13 (Betriebs- und Marktwirtschaftliche Meldungen)

Die Erhebungen werden zur Ergänzung der bestehenden Agrarfachstatistiken, insbesondere zur Gewinnung von Unterlagen über den Wirtschaftsablauf innerhalb eines Wirtschaftsjahres in der Landwirtschaft, auf freiwilliger Basis durchgeführt. Mit Hilfe dieser Berichterstattung können wichtige – mit der Erzeugung, dem Absatz und den Preisen für pflanzliche und tierische Produkte in Zusammenhang stehende – Fragen frühzeitig beantwortet werden.

Nummer 14 (Düngemittelstatistik)

Düngemittel sind ein besonders wichtiges Betriebsmittel der Land- und Forstwirtschaft. Der Bezug der Düngemittel wird von vielfältigen, häufig kurzfristig wechselnden, natürlichen und wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst. Um ständig über die Entwicklungen auf diesem Markt informiert zu sein, ist eine monatliche Information über die Bezugsmengen erforderlich. Die gemäß Düngemittelgesetz vorzunehmende Düngemittelverkehrskontrolle, deren Durchführung den Ländern obliegt, stützt sich ebenfalls auf die monatlichen regional gegliederten Angaben. Daten dieser Statistik fließen auch in die landwirtschaftliche Gesamtrechnung ein. Außer für nationale Zwecke werden die Ergebnisse der Düngemittelstatistik auch für die Berichterstattung gegenüber der EG, der OECD, der FAO sowie der ECE benötigt.

Zu Nummer 3

Die für 1993 nach § 5 Nr. 2 angeordnete Erhebung der geplanten Nutzung zum Stichtag 31. Dezember 1992 wird im Beitrittsgebiet ausgesetzt, da die hierfür erforderlichen Flächennutzungspläne in den meisten Gemeinden zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhanden sein werden.

Zu Nummer 4

Folgeänderung der Umnummerierung der gemeinsamen Vorschriften.

Zu Nummer 5

- a) Da auch in den neuen Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Hopfen angebaut wird, soll dieses Erhebungsmerkmal in diesen Ländern auch im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung erfragt werden. Damit wird die befristete Regelung der Statistikanpassungsverordnung in eine dauerhafte Regelung umgewandelt.
- b) Die Stichprobenzahl wurde einigungsbedingt angepaßt. Die „höchstens“-Spanne für den Stichprobenumfang ermöglicht durch Anwendung weiterentwickelter und verbesserter Stichprobenverfahren den Stichprobenumfang zur Entlastung der zu Befragenden zu reduzieren, ohne daß jeweils eine entsprechende Gesetzesänderung erforderlich ist.

Zu Nummer 6

Folgeänderung der Umnummerierung der gemeinsamen Vorschriften.

Zu Nummer 7

Folgeänderung der Umnummerierung der gemeinsamen Vorschriften.

Zu Nummer 8

Die Stichprobenzahl wurde einigungsbedingt angepaßt. Die „höchstens“-Spanne für den Stichprobenumfang ermöglicht durch Anwendung weiterentwickelter und verbesserter Stichprobenverfahren den Stichprobenumfang zur Entlastung der zu Befragenden zu reduzieren, ohne daß jeweils eine entsprechende Gesetzesänderung erforderlich ist.

Zu Nummer 9

Folgeänderung der Umnummerierung der gemeinsamen Vorschriften.

Zu Nummer 10

Folgeänderung der Umnummerierung der gemeinsamen Vorschriften.

Zu Nummer 11

Folgeänderung der Umnummerierung der gemeinsamen Vorschriften.

Zu Nummer 12

Die Stichprobenzahlen werden einigungsbedingt angepaßt. Die „höchstens“-Spanne für den Stichprobenumfang ermöglicht durch Anwendung weiterentwickelter und verbesserter Stichprobenverfahren den Stichprobenumfang zur Entlastung der zu Befragenden zu reduzieren, ohne daß jeweils eine entsprechende Gesetzesänderung erforderlich ist.

Zu Nummer 13

Folgeänderung der Umnummerierung der gemeinsamen Vorschriften.

Zu Nummer 14

Die Stichprobenzahl wurde einigungsbedingt angepaßt. Die „höchstens“-Spanne für den Stichprobenumfang ermöglicht durch Anwendung weiterentwickelter und verbesserter Stichprobenverfahren den Stichprobenumfang zur Entlastung der zu Befragenden zu reduzieren, ohne daß jeweils eine entsprechende Gesetzesänderung erforderlich ist.

Zu Nummer 15

Folgeänderungen der Umnummerierung der gemeinsamen Vorschriften.

Zu Nummer 16

Die Stichprobenzahlen wurden einigungsbedingt angepaßt. Die „höchstens“-Spanne für den Stichprobenumfang ermöglicht durch Anwendung weiterentwickelter und verbesserter Stichprobenverfahren den Stichprobenumfang zur Entlastung der zu Befragenden zu reduzieren, ohne daß jeweils eine entsprechende Gesetzesänderung erforderlich ist.

Zu Nummer 17

Das Merkmal über den Anfall und die Aufbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft (Anpassung an die Terminologie des Düngemittelgesetzes) wird zur Entlastung der Auskunftspflichtigen nur noch repräsentativ erhoben.

Die Stichprobenzahl wurde einigungsbedingt angepaßt. Die „höchstens“-Spanne für den Stichprobenumfang ermöglicht durch Anwendung weiterentwickelter und verbesserter Stichprobenverfahren den Stichprobenumfang zur Entlastung der zu Befragenden zu reduzieren, ohne daß jeweils eine entsprechende Gesetzesänderung erforderlich ist.

Auf Grund der derzeit auf EG-Ebene diskutierten Vorschläge zur Änderung des Katalogs der Erhebungsmerkmale der Strukturerhebungen der Jahre 1993, 1995 und 1997 wird die Ausstattung mit und der Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen zumindest 1995 von allen Mitgliedstaaten erfragt werden müssen. Deshalb wird dieses Merkmal in den Merkmalskatalog der Agrarberichterstattung aufgenommen.

Zu Nummer 18**a) Absatz 1**

- aa) Auf Grund der derzeit auf EG-Ebene diskutierten Vorschläge zur Änderung des Katalogs der Erhebungsmerkmale der Strukturerhebungen der Jahre 1993, 1995 und 1997 wird beim Anfall und bei der Aufbringung von Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft auch nach der Lagerungsart gefragt werden. Ferner sollen sich die Angaben hinsichtlich der Lagerungsart, der Lagerungskapazität und Lagerungsdauer auf alle Arten von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft beziehen. Deshalb erfolgt eine entsprechende Anpassung der Erhebungsmerkmale im Rahmen der Agrarberichterstattung.
- bb) Folgeänderung der Ergänzung des Katalogs der Erhebungsmerkmale.
- cc) Die bei der Ausstattung mit und dem Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen zu erhebenden Merkmale (vgl. Ausführungen zu Nummer 17) werden präzisiert.

b) Absatz 2

- aa) Folgeänderungen der Anpassung des Katalogs der Erhebungsmerkmale.
- bb) Der Berichtszeitraum für das neue Erhebungsmerkmal wird bestimmt.

Zu Nummer 19

- a) Die „höchstens“-Spanne für den Stichprobenumfang ermöglicht durch Anwendung weiterentwickelter und verbesserter Stichprobenverfahren den Stichprobenumfang zur Entlastung der zu Befragenden zu reduzieren, ohne daß jeweils eine entsprechende Gesetzesänderung erforderlich ist.
- b) Da die Erhebungsmerkmale zur Ausstattung mit und zum Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen in das Ergänzungsprogramm aufgenommen wurden, kann die Auflistung im Rahmen des Zusatzprogramms entfallen.

Zu Nummer 20

Folgeänderungen der Umnummerierung der gemeinsamen Vorschriften.

Zu Nummer 21

Die Stichprobenzahl wurde einigungsbedingt angepaßt. Die „höchstens“-Spanne für den Stichprobenumfang ermöglicht durch Anwendung weiterentwickelter und verbesserter Stichprobenverfahren den Stichprobenumfang zur Entlastung der zu Befragenden zu reduzieren, ohne daß jeweils eine entsprechende Gesetzesänderung erforderlich ist.

Zu Nummer 22

In der See- und Flußfischerei sind Jahresfänge von fünf Dezitonnen je nach Fischart bereits wertmäßig sehr bedeutsam. Auch für die Einschätzung von Umwelteinflüssen ist es wichtig, einen höheren Anteil der Fänge zu erfassen.

Zu Nummer 23

Die Stichprobenzahl der auf freiwilliger Basis erfolgenden Ernteberichterstattung wurde einigungsbedingt angepaßt. Die „höchstens“-Spanne für den Stichprobenumfang ermöglicht durch Anwendung weiterentwickelter und verbesserter Stichprobenverfahren den Stichprobenumfang zur Entlastung der zu Befragenden zu reduzieren, ohne daß jeweils eine entsprechende Gesetzesänderung erforderlich ist. Ferner erfolgt die Anpassung der Binnenverweisung an die Umnummerierung der gemeinsamen Vorschriften. Die Höchstzahl der einzubeziehenden Fruchtarten wird auf sechs erhöht, um den gesteigerten Anforderungen, die sich aus der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik ergeben, entsprechen zu können.

Zu Nummer 24

- a) Die Stichprobenzahl wurde einigungsbedingt angepaßt. Ferner ist die Erhöhung auf Grund der von der EG bei der Erntermittlung vorgegebenen Genauigkeitsanforderungen erforderlich. Die „höchstens“-Spanne für den Stichprobenumfang ermöglicht durch Anwendung weiterentwickelter und verbesserter Stichprobenverfahren den Stichprobenumfang zur Entlastung der zu Befragenden zu reduzieren, ohne daß jeweils eine entsprechende Gesetzesänderung erforderlich ist. Ferner erfolgt die Anpassung der Binnenverweisung an die Umnummerierung der gemeinsamen Vorschriften.
- b) Die Bundesforschungsanstalt für Getreide- und Kartoffelverarbeitung wurde umbenannt. Die neue Bezeichnung wird in den Gesetzestext aufgenommen.

Zu Nummer 25

Es werden die bisher noch einzelgesetzlich geregelten Agrarfachstatistiken in das AgrStatG integriert. Hinzu kommt außerdem der Bereich der Weinstatistik.

§ 48

Die zur Geflügelstatistik gehörenden Einzelerhebungen werden aufgelistet.

§ 49

Die Erhebungseinheiten entsprechen der bisherigen Regelung. Die Meldungen sind nach Betrieben und, falls das Unternehmen in verschiedenen Ländern Betriebe hat, auch nach Ländern zu gliedern.

§ 50

Erhebungsart, Periodizität und Merkmale entsprechen der bisherigen Regelung.

§ 51

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und des Berichtszeitraumes. Bei der Aufteilung der Hühner nach der Nutzungsrichtung wird nach Legerassen, Mastrassen und nach Küken gemischter Verwendbarkeit untergliedert. Beim Verwendungszweck wird nach Zucht- und Vermehrungsküken sowie Gebrauchsküken unterschieden. Bei den geschlüpften Küken wird darüber hinaus zwischen Gebrauchslege-, -schlachtküken sowie die zur Mast aussortierten Hahnenküken differenziert.

§ 52

Die Erhebungseinheiten entsprechen der bisherigen Regelung. Die Meldungen sind nach Betrieben und, falls das Unternehmen in verschiedenen Ländern Betriebe hat, auch nach Ländern zu gliedern.

§ 53

Erhebungsart, Periodizität und Merkmale entsprechen der bisherigen Regelung.

§ 54

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und der Berichtszeit.

§ 55

Die Meldungen müssen nur noch von größeren Betrieben abgegeben werden. Zur Entlastung der kleineren Betriebe entfällt die bisher einmal jährlich angeordnete Befragung der Betriebe mit einer Schlachtkapazität von mindestens 500 bis 2 000 Tieren. Die Meldungen sind nach Betrieben und, falls das Unternehmen in verschiedenen Ländern Betriebe hat, auch nach Ländern zu gliedern.

§ 56

Erhebungsart, Periodizität und Merkmale entsprechen der bisherigen Regelung.

§ 57

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und des Berichtszeitraumes.

Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik

§ 58

Die Einzelerhebungen im Rahmen der Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik werden genannt.

§ 59

Erhebungsart, Periodizität und Merkmale entsprechen der bisherigen Regelung. Der in der bisherigen Rechtsgrundlage enthaltene Verweis auf das Fleischbeschaugesetz wird der neuen Terminologie (Fleischhygienegesetz) angepaßt.

§ 60

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und des Berichtszeitraumes.

§ 61

Periodizität und Merkmale entsprechen der bisherigen Regelung. Da die Schlachtviehgroßmärkte und Schlachtviehmärkte immer mehr an Bedeutung verloren haben, wird auf die in der bisherigen Rechtsgrundlage angeordnete Erfassung der Lebendgewichte auf diesen Viehmärkten verzichtet. Dies führt zu einer Entlastung der zu Befragenden. Die bisher vorgenommene Unterbrechung dieser Lebendgewichte mittels Ausbeutesätzen in Schlachtviehgewichte entfällt somit zukünftig. Es werden für die Schlachtungsstatistik nur noch die Ergebnisse der Vierten Durchführungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz verwendet.

§ 62

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und des Berichtszeitraumes.

Milchstatistik**§ 63**

Um Doppelerhebungen zu vermeiden wird sichergestellt, daß die auf Grund der Milch-Meldeverordnung gemachten Angaben ausgewertet werden.

§ 64

Es erfolgt eine Präzisierung des Erhebungsmerkmals und des Berichtszeitraumes.

§ 65

Angaben zur über die angelieferten Mengen hinausgehenden Erzeugung sowie zur betriebsinternen Verwendung werden, wie bisher, von den statistischen Ämtern der Länder geschätzt. Hierzu werden die Ergebnisse der Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen und anderer Quellen (z.B. Kontrollverbände für Milchleistungsprüfungen) herangezogen.

Hochsee- und Küstenfischereistatistik**§ 66**

Die Erhebungseinheiten entsprechen der bisherigen Regelung.

§ 67

Erhebungsart, Periodizität und Merkmale entsprechen der bisherigen Regelung.

§ 68

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und des Berichtszeitraumes.

Weinstatistik**§ 69**

Es werden die Einzelerhebungen der Weinstatistik genannt.

§ 70

Mit der Erhebung werden auch die Anforderungen der EG erfüllt.

§ 71

Die Erhebungsmerkmale entsprechen den von der EG in der Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates vom 5. Februar 1979 über statistische Erhebungen der Rebflächen (ABl. EG Nr. L 54 S. 124) in Verbindung mit der Entscheidung (80/764/EWG) der Kommission vom 8. Juli 1980 zur Festlegung des Tabellenprogramms und der Definitionen betreffend die statistischen Zwischenerhebungen der Rebflächen sowie der Verordnung (EWG) Nr. 940/81 der Kommission vom 7. April 1981 (ABl. EG Nr. L 96 S. 10) festgelegten Merkmalen.

§ 72

Mit der Erhebung werden auch die Anforderungen der EG erfüllt. Der Erhebungszeitpunkt entspricht den Vorgaben der EG.

§ 73

Die Erhebungsmerkmale entsprechen der Verordnung (EWG) Nr. 3929/87 der Kommission vom 17. Dezember 1987 über die Ernte-, Erzeugungs- und Bestandsmeldungen für Erzeugnisse des Weinsektors (ABl. EG Nr. L 369 S. 58) sowie der Verordnung zur Durchführung des Weinwirtschaftsgesetzes vom 16. Januar 1989 (BGBl. I S. 81).

§ 74

Mit der Erhebung werden auch die Anforderungen der EG erfüllt. Der Erhebungszeitpunkt entspricht den Vorgaben der EG.

§ 75

Die Erhebungsmerkmale entsprechen der Verordnung (EWG) Nr. 3929/87 der Kommission vom 17. Dezember 1987 über die Ernte-, Erzeugungs- und Bestandsmeldungen für Erzeugnisse des Weinsektors (ABl. EG Nr. L 369 S. 58) sowie der Verordnung zur Durchführung des Weinwirtschaftsgesetzes vom 16. Januar 1989 (BGBl. I S. 81).

§ 76

Mit der Erhebung werden auch die Anforderungen der EG erfüllt. Der Erhebungszeitraum entspricht den Vorgaben der EG.

§ 77

Die Erhebungsmerkmale entsprechen der Verordnung (EWG) Nr. 3929/87 der Kommission vom 17. Dezember 1987 über die Ernte-, Erzeugungs- und Bestandsmeldungen für Erzeugnisse des Weinsektors (ABl. EG Nr. L 369 S. 58) sowie der Verordnung zur Durchführung des Weinwirtschaftsgesetzes vom 16. Januar 1989 (BGBl. I S. 81).

Holzstatistik**§ 78**

Es werden die Einzelerhebungen der Holzstatistik genannt.

§ 79

Die Erhebungseinheiten entsprechen der bisherigen Regelung.

§ 80

Periodizität und Merkmale entsprechen der bisherigen Regelung. Die bisher ausnahmsweise vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten übernommene Aufgabe der Zusammenstellung und Auswertung der Ergebnisse auf Bundesebene soll gemäß der grundsätzlichen Aufgabenverteilung des Bundesstatistikgesetzes zukünftig vom Statistischen Bundesamt wahrgenommen werden. Die Zahl der einzubeziehenden Erhebungseinheiten wurde einigungsbedingt erhöht.

§ 81

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und des Berichtszeitraumes. Die Einschlagsursache wird als neues Erhebungsmerkmal aufgenommen. Es ist aus forstpolitischer Sicht erforderlich, zu erfahren, aus welchen Gründen der Einschlag erfolgte (z.B. geplanter Einschlag, Sturmschäden, Umweltschäden).

§ 82

Es werden nur noch Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten erfaßt, die Schnittholz, Schwellen, Masten, Furniere, Sperrholz, Faserplatten und Spanplatten herstellen. Die Erfassungsgrenze bei den Sägewerken wird auf 5 000 m³ Rohholz (im Festmaß) angehoben. Dies trägt zur Entlastung der kleineren Betriebe bei.

§ 83

Erhebungsart, Periodizität und Merkmale entsprechen der bisherigen Regelung.

§ 84

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und der Berichtszeit.

Betriebs- und Marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft**§ 85**

Die Erhebungseinheiten werden den in anderen Bereichen der Agrarstatistik verwendeten Definitionen und Abschnidegrenzen angepaßt.

§ 86

Wie bisher können höchstens 10 000 Erhebungseinheiten einbezogen werden. Durch die Neuformulierung hinsichtlich der Länder, in denen die Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen erhoben werden, wird die für die neuen Länder in der Statistikanpassungsverordnung angeordnete befristete Regelung in eine Dauerregelung umgewandelt.

§ 87

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und der Berichtszeit. Die durch die Neuaufnahme der Erhebungsmerkmale hinsichtlich der Milch gewonnenen Informationen sind Grundlage der ergänzenden Schätzungen für die Milchstatistik (vgl. § 65).

Düngemittelstatistik**§ 88**

Die Erhebungseinheiten entsprechen der bisherigen Regelung.

§ 89

Erhebungsart, Periodizität und Merkmale entsprechen der bisherigen Regelung.

§ 90

Es erfolgt eine Präzisierung der Erhebungsmerkmale und des Berichtszeitraumes.

Zu Nummer 26

Folgeänderung des Einfügens der bisher einzelgesetzlich geregelten Agrarfachstatistiken in das AgrStatG.

Zu Nummer 27

- a) Durch die Aufnahme der Gartenbausämereien wird die Auflistung der Mindesterzeugungseinheiten ergänzt. Damit wird einem bei vorangegangenen Erhebungen im Agrarbereich aufgetretenen Problem Rechnung getragen.
- b) Durch die Einführung der „höchstens“-Spanne kann dieser Satz entfallen.
- c) Durch die Einführung der „höchstens“-Spanne kann dieser Absatz entfallen.

Zu Nummer 28

- a-c) Folgeänderungen des Einfügens der bisher einzelgesetzlich geregelten Agrarfachstatistiken in das AgrStatG.
- d) Diese Hilfsmerkmale sind für die Durchführung der Hochsee- und Küstenfischereierhebung erforderlich

Zu Nummer 29

- a) Absatz 2
 - aa) Da in einigen Bereichen (z.B. Geflügelstatistik, Düngemittelstatistik) Unternehmen die Erhebungseinheiten sind, wird eine entsprechende Ergänzung im Rahmen der Auskunftspflicht vorgenommen. Für die bisher einzelgesetzlich geregelten Agrarfachstatistiken werden die auskunftspflichtigen Personen und Institutionen benannt.
 - bb) Folgeänderungen von cc).
 - cc) Für die bisher einzelgesetzlich geregelten Agrarfachstatistiken werden die auskunftspflichtigen Institutionen benannt. Es wird somit sichergestellt, daß die statistischen Ämter der Länder und das Statistische Bundesamt rechtzeitig die erforderlichen Einzelangaben für sekundärstatistische Auswertungen erhalten.
- b) Folgeänderungen der Anpassung des Katalogs der Erhebungsmerkmale.
- c) In Anlehnung an die Regelung im Volkszählungsgesetz kann der Auskunftspflichtige wählen, ob er die Fragen auf einem gemeinsamen Erhebungsbogen oder einem eigenen Erhebungsbogen beantwortet.

d) Absatz 5

- aa) Angaben zu den Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen erfolgen wie bisher auf freiwilliger Basis.
 - bb) Folgeänderungen von aa).
 - cc) Folgeänderungen des Einfügens der bisher einzelgesetzlich geregelten Agrarfachstatistiken in das AgrStatG.
- e) Zur Verminderung der Belastung der Auskunftspflichtigen wird diese Möglichkeit der Auskunftserteilung eingeräumt.

Zu Nummer 30

Es werden die Fälle genannt, in denen von der üblichen Aufgabenverteilung bei der Vorbereitung, Aufbereitung und Veröffentlichung von Bundesstatistiken abgewichen wird.

Zu Nummer 31

Folgeänderung des Einfügens der bisher einzelgesetzlich geregelten Agrarstatistiken in das AgrStatG.

Zu Nummer 32

- a) Folgeänderungen des Einfügens der bisher einzelgesetzlich geregelten Agrarfachstatistiken in das AgrStatG. Zur Klarstellung werden die Erhebungen, bei denen zur Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung ein Betriebsregister verwendet wird, genannt.
- b) Folgeänderungen des Einfügens der bisher einzelgesetzlich geregelten Agrarfachstatistiken in das AgrStatG. Durch die Aufnahme der Düngemittelstatistik und der Holzstatistik in das AgrStatG ist eine Ergänzung des Merkmalskatalogs erforderlich.
- c) Folgeänderung von b).

Zu Nummer 33

Durch die Aufnahme der beiden Agrarfachstatistiken in das AgrStatG ist diese Regelung erforderlich, um auch in Zukunft zu gewährleisten, daß der Berichtskreis wie bisher bestimmt werden kann.

Zu Nummer 34

Folgeänderung des Wegfalls der Berlin-Klausel.

Zu Nummer 35

Die bisher im AgrStatG enthaltene Berlin-Klausel ist seit dem 3. Oktober 1990 gegenstandslos und kann somit entfallen.

Zu Nummer 36

Folgeänderung des Einfügens der bisher einzelgesetzlich geregelten Agrarfachstatistiken in das AgrStatG. Die Regelung hinsichtlich der aufgehobenen Vorschriften ist ohne Bedeutung und kann daher entfallen.

Zu Artikel 2

Da das AgrStatG mit diesem Gesetz in größerem Umfang geändert wird, wird eine Bekanntmachungserlaubnis für den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in die Schlußvorschriften dieses Änderungsgesetzes aufgenommen.

Zu Artikel 3

In dieser Vorschrift wird das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes geregelt. Zugleich treten die Vorschriften, die bisher die gesetzliche Grundlage der in diesem Gesetz aufgenommenen Agrarfachstatistiken bildeten, außer Kraft.

Die für den Agrarbereich getroffenen Regelungen der Statistikanpassungsverordnung treten mit Ablauf des 2. Oktober 1992 außer Kraft. Das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes am 3. Oktober 1992 ist erforderlich, um für die Durchführung der Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen in den neuen Bundesländern unmittelbar im Anschluß an das Außerkrafttreten der Regelungen der Statistikanpassungsverordnung über eine rechtliche Grundlage zu verfügen.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung zum Statistikänderungsgesetz vom 2. März 1994
(BR-Drucks. Nr. 567/1/93 vom 14. September 1993)**

Zu Artikel 3b Nr. 1

Die Erhebung der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft soll aufgrund zwingend erforderlicher Einsparungsmaßnahmen im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms von einjährigen auf zweijährlichen Turnus umgestellt und 1993 beginnen. Damit wird sie nur noch im Jahr der Agrarberichterstattung durchgeführt. In den Jahren ohne Erhebung wird die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft geschätzt.

Das Interesse an Informationen über die strukturelle Entwicklung in den neuen Ländern erfordert es, daß in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Erhebung der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft auch 1994 durchgeführt wird.

Zu Artikel 3b Nr. 2:

Die Änderung dient der Bereinigung eines Redaktionsversehens.

Begründung zum 3. Statistikbereinigungsgesetz vom 19. Dezember 1997**(BT-Drucks. Nr.13/7392 vom 10. April 1997)****Zu Artikel 13**

Zu den Nummern 1, 2, 6, 7, 12, 15, 16 Buchstabe b, den Nummern 18 und 19

Auf Grund der ständig zurückgehenden Zahl meldender Betriebe - die Teilnahme ist freiwillig - und der zum Teil fehlenden Repräsentativität der Ergebnisse, insbesondere auf regionaler Ebene, werden die Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen mit Ablauf des Wirtschaftsjahres 1996/1997 ab 1. Juli 1997 eingestellt. Die entstehenden Informationslücken können z.Z. durch Daten aus anderen Quellen teilweise ausgeglichen werden. Die für den Bund unverzichtbaren Merkmale „Aussaatflächen“ und „Vorratsbestände“ werden unter Reduzierung der Erhebungsmerkmale und Verlängerung der Periodizität in die bisherige Ernte- und Betriebsberichterstattung übernommen. Die Ergebnisse über die betriebliche Verwendung von Milch werden in der Milchstatistik derzeit für die ergänzende Schätzung nach § 65 Agrarstatistikgesetz herangezogen. Nach dem Wegfall der Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen können die Länder, bei entsprechender Eignung des Berichtskreises, dieses Merkmal über die Ernte- und Betriebsberichterstattung erheben oder auf andere Daten (z.B. der Landeskontrollverbände) zurückgreifen.

Zu Nummer 3

Insbesondere zur Entlastung der Auskunftspflichtigen wird die jährliche Feststellung der betrieblichen Einheiten im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung auf eine zweijährliche Periodizität verlängert. In den Zwischenjahren kann die Betriebsgrößenstruktur für die laufende Beurteilung der strukturellen Entwicklung auf Bundes- und Landesebene aus dem repräsentativen Teil der Bodennutzungshaupterhebung geschätzt werden. Unter Anlegung des strengen Maßstabs für die Gesamtüberprüfung der Bundesstatistik muß allerdings auf tiefer regionalisierte Ergebnisse verzichtet werden.

Die Feststellung der betrieblichen Einheiten dient zugleich der Aktualisierung des Betriebsregisters Landwirtschaft. Für das Jahr 1999 ist die nächste Landwirtschaftszählung vorgesehen. Daher ist es im Hinblick auf die dazu erforderliche Bestandsaufnahme des Anschriftenmaterials nicht zweckmäßig, bereits im Jahr vor dieser Grunderhebung die allgemeine Feststellung der betrieblichen Einheiten erstmals ausfallen zu lassen. Für die Zwischenjahre nach 1999 sind die Voraussetzungen zur Nutzung anderer Verwaltungsregister (z.B. landwirtschaftliche Sozialversicherungsträger) für die Aktualisierung des Betriebsregisters zu schaffen.

Zu den Nummern 4 und 5

Die Baumschulerhebung soll, ausgehend vom Erhebungsjahr 1996, künftig bundesweit nur noch vierteljährlich anstatt bisher zweijährlich bzw. jährlich in den Ländern Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein durchgeführt werden. Durch diese Periodizitätsverlängerung der als Totalerhebung durchgeführten Statistik werden die Betriebe entlastet. Zugleich wird die Periodizität der Baumschulerhebung an die der allgemeinen Gemüse- und Zierpflanzenerhebung angepaßt, so daß diese Erhebungen im Bereich des Gartenbaus zeitlich zusammengelegt werden können. Als Folgeänderung wird auf die Merkmale „Alter und Entwicklungsstand der Pflanzen“ verzichtet, deren Erhebung über einen mehrjährigen Zeitraum keine sinnvollen Ergebnisse erbringt.

Zu den Nummern 8 bis 11, 13 und 14

Zur Entlastung der Betriebe und Unternehmen wird die Periodizität der Holzstatistik sowie der Düngemittelstatistik auf Dauer deutlich verlängert, und zwar von vierteljährlich auf halbjährlich bzw. von monatlich auf vierteljährlich. Die dadurch entstehenden Informationslücken sind für die Verwendungszwecke dieser Statistiken in Ansehung des strengen Maßstabes, der bei der Gesamtüberprüfung des Programms der Bundesstatistik anzulegen war, vertretbar.

Zu Nummer 16 Buchstabe a und Nummer 17

Die Aufbereitung der Fangstatistik für die Hochsee- und Küstenfischerei über die der Quotenüberwachung unterliegenden Fischarten wird der zuständigen Bundesbehörde, derzeit die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, übertragen. Sie erhält die aufgrund von gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften vorzunehmenden Meldungen über die der Quotenüberwachung unterliegende Fischereitätigkeit. Aus diesen Meldungen können auch die für die Anlandestatistik benötigten Angaben übernommen werden. Dadurch können Doppelarbeiten vermieden werden. Die Anlandeergebnisse werden weiterhin vom Statistischen Bundesamt aufbereitet und veröffentlicht, das für die Erhebung der Aufbereitung der übrigen Teile der Hochsee- und Küstenfischereistatistik zuständig ist

Zu Nummer 16 Buchstabe c

Zur Entlastung der Auskunftspflichtigen von Doppelbefragungen, Verringerung des Erhebungsaufwandes und Einsparung von Kosten in den öffentlichen Haushalten wird die Möglichkeit zur Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten im Agrarbereich für Zwecke der Agrarstatistik geschaffen. Sie ermöglicht, im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen den Landwirtschaftsbehörden erteilte Angaben für die Bodennutzungshaupterhebung und die Viehzählung zu verwenden, soweit die Angaben mit Merkmalen dieser Statistiken übereinstimmen und sich auf dieselben Erhebungszeiträume beziehen. Darunter fallen z.B. Angaben aus dem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem, das zur Durchführung der 1992 beschlossenen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik durch Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 des Rates vom 27. November 1992 eingerichtet worden ist. Artikel 1 Abs. 3 Satz 3 dieser Verordnung erlaubt den Mitgliedstaaten, die hierfür erteilten Daten auch für statistische Zwecke zu verwenden.

Durch eine Nutzung von Angaben, die den Landwirtschaftsbehörden vorliegen, kann vermieden werden, daß die gleichen Angaben nochmals von den landwirtschaftlichen Unternehmen und Betrieben für die Agrarstatistiken erteilt werden müssen.

Satz 2 regelt die Auskunftspflicht der zuständigen Verwaltungsbehörden für diese Angaben.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung zum Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes
und anderer Gesetze vom 25. Juni 1998
(BT-Drucks. Nr. 13/9110 vom 19. November 1997)**

Besonderer Hinweis:

Der Gesetzentwurf gründet sich zur Vermeidung von deckungsgleichen Regelungen auf das Agrarstatistikgesetz in der Fassung des parallel im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Entwurfs des Artikels 13 des Dritten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (3. Statistikbereinigungsgesetz). Diese Vorgehensweise wurde gewählt, weil das Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und anderer Gesetze am 1. Juli 1998 in Kraft treten soll, damit die Umstellung der statistischen Erhebungen ab Herbst 1998 durchgeführt werden kann. Das Gesetzgebungsverfahren kann deshalb nicht erst nach Verkündung des 3. Statistikbereinigungsgesetzes eingeleitet werden. Es muß daher bei Änderungen des Entwurfs des 3. Statistikbereinigungsgesetzes geprüft werden, inwieweit der vorliegende Gesetzentwurf geändert werden muß.

A. Allgemeiner Teil

Gemäß dem von der Bundesregierung erklärten Ziel, die Verwaltung zu straffen und damit den Staat schlanker zu machen, sollen auch die amtlichen Statistiken auf das absolut notwendige Maß reduziert werden. Mit Beschluß vom 4. April 1995 hat die Bundesregierung dazu den erweiterten Abteilungsleiterausschuß Statistik mit der Überprüfung des Programms der Bundesstatistik beauftragt. Zu seiner Unterstützung hatte der erweiterte Abteilungsleiterausschuß Statistik fünf Projektgruppen für die einzelnen Statistikbereiche mit allen an den Erhebungen Beteiligten - Produzenten und Nutzer - eingesetzt. In der Projektgruppe 1 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ waren unter Leitung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten weitere Bundesministerien, das Statistische Bundesamt, Ministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Länder, statistische Ämter der Länder, kommunale Spitzenverbände sowie Verbände der Landwirtschaft und der Arbeitnehmer im Agrarbereich vertreten. Aufgrund der Beratungsergebnisse dieser Projektgruppen, deren Arbeit nach vorgegebenen Prüfkriterien erfolgte, hat der erweiterte Abteilungsleiterausschuß Statistik einen Zwischenbericht mit umfangreichen Einschränkungs- und Rationalisierungsempfehlungen vorgelegt. Darin wird für die Agrarstatistiken insbesondere vorgeschlagen:

- die Einstellung von Statistiken,
- die Verlängerung der Erhebungsabstände,
- die Streichung einzelner Erhebungsteile oder -merkmale,
- die stärkere Nutzung von vorhandenen Verwaltungsdaten für statistische Zwecke.

Mit den Kürzungen sollen die auskunftgebenden Betriebe und Unternehmen entlastet und Kosten in den öffentlichen Haushalten eingespart werden.

Außerdem hat der erweiterte Abteilungsleiterausschuß Statistik Prüfungen mit dem Ziel erbeten, die unteren Erfassungsgrenzen in der Agrarstatistik anzuheben sowie die Landwirtschaftszählung mit den Sondererhebungen im Garten- und Weinbau zusammenzulegen und deren Merkmalskatalog zu straffen.

Die Umsetzung der Vorschläge des Abteilungsleiterausschusses bedarf vor allem der Änderung statistischer Rechtsvorschriften und erfolgt in mehreren Schritten.

Auf der Grundlage von § 5 Abs. 4 des Bundesstatistikgesetzes wurde im Rahmen der Statistikänderungsverordnung vom 20. November 1996 kurzfristig die Periodizität einiger Agrarfachstatistiken verlängert. Da die Verordnungsermächtigung nur für höchstens vier Jahre gilt, ist eine anschließende Dauerregelung erforderlich. Diese soll mit dem Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften geschaffen werden, den die Bundesregierung am 21. November 1996 beschlossen hat. Darüber hinaus ist in dem o.g. Gesetz den Agrarbereich betreffend vorgesehen, die Erhebungsabstände der landwirtschaftlichen Betriebsstrukturstatistik von ein auf zwei Jahre zu verlängern, die Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen einzustellen, die statistische Nutzung von im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen erteilten Angaben zu ermöglichen und Aufgaben innerhalb der Bundesverwaltung bei der Hochsee- und Küstenfischereistatistik zu verlagern.

Schließlich sollen mit dem hier vorliegenden Gesetzentwurf weitere Kürzungsvorschläge des erweiterten Abteilungsleiterausschusses Statistik umgesetzt werden. Als Ergebnis von weiteren Beratungen mit den Ländern und den Wirtschaftsverbänden enthält der Entwurf zusätzliche Einschränkungen. Ergänzende Anpassungen haben sich aus den Erfahrungen mit dem geltenden Agrarstatistikgesetz ergeben. Die Novellierung deckt mit dem Programm der Landwirtschaftszählung und der Weinbauerhebung auch Datenanforderungen der Gemeinschaft ab. Dies betrifft die Grunderhebung 1999/2000 der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe gemäß Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988, deren Laufzeit durch die Verordnung (EWG) Nr. 2467796 des Rates vom 17. Dezember 1996 bis zum Jahr 2007 verlängert worden ist, und die alle zehn Jahre durchzuführende Grunderhebung über die bestockte Rebfläche gemäß Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates vom 5. Februar 1979.

Eine gesonderte und zeitlich versetzte Änderung des Agrarstatistikgesetzes war angezeigt, da anhand der Prüfaufträge des Abteilungsleiterausschusses noch Lösungen zu erarbeiten waren und einige Vorschläge im Bereich der Viehzählungen und der EG-Agrarstrukturerhebung nicht in Einklang mit den statistischen EG-Rechtsvorschriften standen. Die Bundesregierung hat in Verbindung mit dem Memorandum zur EG-Statistik dazu im Mai 1996 der Europäischen Kommission eine Initiative zu statistischen Erhebungen im Bereich der Landwirtschaft übermittelt. Die Kommission hat inzwischen die Überprüfung des deutschen Anliegens eingeleitet und in ihren Stellungnahmen zugesagt, für die Terminverlegung bei den Viehzählungen und den Verzicht auf den Erhebungsteil „Maschinen“ in der Strukturstatistik entsprechende Änderungen im Gemeinschaftsrecht vorzuschlagen. Die Streichung der dritten Schweinezählung im August bedarf noch weiterer Untersuchung.

Im Agrarstatistikgesetz sind vor allem folgende Änderungen vorgesehen:

- Zusammenlegung von Bodennutzungshaupterhebung, Arbeitskräfteerhebung und Viehzählung zu einer „integrierten Erhebung“,
- Verlegung der Erhebungstermine der Viehzählungen und Wegfall einer von zwei Schafbestandserhebungen,
- Straffung des Merkmalskatalogs der Agrarstrukturerhebung / Landwirtschaftszählung, Befreiung der Forstbetriebe von der Befragung zum Ergänzungsprogramm,
- Anordnung der Landwirtschaftszählung 1999 und der Weinbauerhebung 1999,
- Umstellung der allgemeinen Erfassung personenbezogener Merkmale über Arbeitskräfte in der Landwirtschaftszählung auf repräsentative Erhebung, Beschränkung für Nichtstichprobenbetriebe auf betriebsbezogene Angaben,
- Übernahme von Flächendaten aus der Weinbaukartei für die Weinbauerhebung, Integration der Strukturmerkmale der Weinbauerhebung in die Landwirtschaftszählung,
- Anhebung und Harmonisierung unterer Erfassungsgrenzen in der Agrarstatistik,
- Einstellung der Erntevorausschätzungen auf der Basis von Witterungsdaten,
- Flexibilität bei der Einbeziehung bestimmter landwirtschaftlicher Feldfrüchte in die Besondere Ernteermittlung,
- Abgrenzung des Berichtskreises in der Weinbestandserhebung,

- Eröffnung der Möglichkeit zur Schätzung der Ergebnisse für den Privatwald in der Holzeinschlagstatistik,
- Nutzungsmöglichkeit des Verwaltungsregisters der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zur Aktualisierung des Betriebsregisters Landwirtschaft in den Zwischenjahren nach Periodizitätsverlängerung der Erhebung zur Feststellung der betrieblichen Einheiten.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1 Buchstabe a und b, den Nummern 2, 4a, 11 Buchstabe b, den Nummern 12 bis 16, 18 bis 22, 45 Buchstabe a und b und Nummer 47 Buchstabe a

Ein wichtiges Ergebnis der Überprüfung des Programms der Bundesstatistik im Bereich der Agrarstatistik war der Vorschlag des erweiterten Abteilungsleiterausschusses Statistik, ab 1999 alle zwei Jahre im Mai eine zeitgleiche Erhebung der bisher getrennten Bereiche Bodennutzung, Viehbestände, Arbeitskräfte und Ergänzungsprogramme der Agrarberichterstattung durchzuführen. Diese „integrierte Erhebung“ führt zu erheblichen arbeitstechnischen Einsparungen in den statistischen Ämtern und zu einer Entlastung der Auskunftspflichtigen, da die Zahl der Erhebungstermine deutlich reduziert wird. Die bisherige betriebsweise Zusammenführung von Daten der Viehzählung im Dezember mit den Ergebnissen für die übrigen Merkmale aus dem Mai des Folgejahres wird damit künftig entfallen. Mit dem Übergang zur „integrierten Erhebung“ werden die Produktions- und Strukturstatistiken so eng verzahnt, daß es nur noch einen Berichtskreis, der nur Betriebe und nicht mehr auch Einheiten ohne Betriebseigenschaften umfaßt, gibt. Da in der Bundesrepublik Deutschland das außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe der pflanzlichen und tierischen Erzeugung aus statistischer Sicht vernachlässigbar ist, hält sich der Informationsverlust in relativ engen Grenzen. In den Zwischenjahren ohne Agrarstrukturhebung werden aus Rationalisierungsgründen die Bodennutzungshaupterhebung und die Viehzählung im Mai ebenfalls gemeinsam durchgeführt.

Die Integration der Arbeitskräfteerhebung in das Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturhebung macht es notwendig, zur Anpassung an den Erhebungstermin Mai die Angaben zum Geburtstag von dem Zeitraum 1. Januar bis 30. März oder 1. April bis 31. Dezember auf den Zeitraum 1. Januar bis 30. April oder 1. Mai bis 31. Dezember zu verlegen. Ansonsten wären Auswertungen der Arbeitskräfte nach Altersklassen, die zur Analyse des Strukturwandels in der Landwirtschaft benötigt werden, nicht mehr möglich. Bei den nicht ständig im Betrieb Beschäftigten werden als Berichtszeitraum die zwölf Monate vor dem Erhebungsmonat Mai vorgesehen. Dies ist notwendig, da mit dem bisherigen Berichtszeitraum, der nur vier Wochen im April umfaßte, die Hochrechnung der jährlichen Arbeitsleistung dieser Saisonarbeitskräfte und auch deren Anzahl nur unzureichend möglich war. Die zunehmende Spezialisierung und das Größenwachstum der Betriebe bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der ständig Beschäftigten läßt erwarten, daß die Bedeutung der Saisonarbeitskräfte zukünftig noch weiter zunehmen wird.

Zu Nummer 1 Buchstabe c, Nummer 2

Buchstabe a und c, den Nummern 13, 14, 16, 21 bis 30, 45

Buchstabe a und b und Nummer 48 Buchstabe a

Gemäß dem Auftrag, staatliche Statistiken auf das absolut Notwendige zu reduzieren, die Verwaltung zu straffen und die Auskunftspflichtigen zu entlasten, werden die Merkmalsprogramme der Agrarstrukturhebung und der Landwirtschaftszählung deutlich reduziert und die Forstbetriebe aus dem Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturhebung mit Ausnahme der Arbeitskräfte nach Personengruppen ganz herausgenommen. Die Strukturhebungen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben werden neu gegliedert und für die bisherige Bezeichnung „Agrarberichterstattung“ wird die Bezeichnung „Agrarstrukturhebung“ eingeführt. Die Änderung der Bezeichnung ist notwendig, da bei den Nutzern der Statistik die bisherige Bezeichnung „Agrarberichterstat-

tung“ häufig zu Irritationen und Mißverständnissen im Vergleich zum Agrarbericht der Bundesregierung geführt hat.

Die Landwirtschaftszählung 1999 deckt gemäß Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Zeitraum 1988 bis 1997, geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2467/96 des Rates vom 17. Dezember 1996, die für 1999/2000 vorgesehene allgemeine EG-Agrarstrukturenerhebung mit ab. Dies gilt entsprechend auch für die Agrarstrukturenerhebung, welche das Programm der repräsentativen Zwischenerhebungen der EG-Agrarstrukturenerhebung in den Jahren 2003, 2005, und 2007 mit umfaßt.

Auf eine große Anzahl von Merkmalen wird zur Entlastung der Auskunftspflichtigen und der statistischen Ämter in den Strukturenerhebungen zukünftig verzichtet.

In der Agrarstrukturenerhebung betrifft dies beim Betriebsinhaber und seinem Ehegatten das Merkmal „außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen nach Einkommensklassen“, beim Betriebsinhaber und seinen Familienangehörigen „die Nichtbeschäftigung“, bei den ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind, „die Arbeitszeiten im Haushalt des Betriebsinhabers“, „die Gewährung von Kost und Wohnung“, „die Art der Entlohnung“ sowie „die Berufsausbildung“. Auf das Zusatzprogramm der bisherigen Agrarberichterstattung wird ebenfalls zukünftig verzichtet, mit der Ausnahme, daß die vertraglichen Bindungen beim Absatz von Erzeugnissen in das Merkmalsprogramm der Landwirtschaftszählung aufgenommen werden.

Auf die bisherigen Merkmale der Landwirtschaftszählung „Referenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Regelung“ und bei der Vermietung von Unterkünften an Ferien- und Kurgäste „die Zahl der Übernachtungen“ wird ebenfalls verzichtet. Völlig entfallen sowohl in der Agrarstrukturenerhebung als auch in der Landwirtschaftszählung gemäß dem Beschluß des erweiterten Abteilungsleiterausschusses Statistik die Fragen zur Ausstattung des Betriebes mit landwirtschaftlichen Maschinen. Diese Reduzierung erscheint vertretbar, da aggregierte Angaben über den Schlepperbestand den Statistiken des Kraftfahrtbundesamtes entnommen werden können. Hinsichtlich der bisherigen Verpflichtungen im Rahmen der EG-Agrarstrukturenerhebung, die landwirtschaftlichen Maschinen betriebsbezogen auszuweisen, die der Streichung der Merkmalsgruppe „landwirtschaftliche Maschinen“ entgegenstand, hat die Europäische Kommission gegenüber der Bundesrepublik Deutschland schriftlich erklärt, dieses Merkmal im Anhang I der VO (EWG) Nr. 571/88 für Deutschland als fakultativ ausweisen zu wollen.

Im Vergleich zur Landwirtschaftszählung 1991 wird in der Landwirtschaftszählung 1999 auf die totale Erhebung der personenbezogenen Angaben über die Arbeitskräfte für die landwirtschaftlichen Betriebe verzichtet und dieser Merkmalsbereich statt dessen nur noch repräsentativ erhoben. Für die Forstbetriebe wird völlig auf die personenbezogene Erhebung der Arbeitskräfte verzichtet. Bei allen Forstbetrieben und den landwirtschaftlichen Betrieben, die nicht zu den Stichprobenbetrieben gehören, werden dagegen nur noch betriebsbezogene Angaben zu den Arbeitskräften nach Personengruppen erhoben. Der Fragenkatalog beschränkt sich dabei auf die Erhebungsmerkmale Gesamtzahl und Arbeitszeiten im Betrieb.

Zusätzlich wurde in das Programm der Agrarstrukturenerhebung eine alle vier Jahre durchzuführende totale, betriebsbezogene Erhebung der Arbeitskräfte nach Personengruppen aufgenommen. Dieser Fragenbereich, der nur einige wenige Merkmale zur Arbeitskräfteausstattung umfaßt, ist notwendig, um die vom Bundesrat in seiner Stellungnahme zum Agrarbericht 1992 geforderte Harmonisierung zwischen Agrarstatistik und Testbetriebsnetz hinsichtlich der sozialökonomischen Gliederung der Betriebe erreichen zu können. Bisher gab es über die zahlenmäßige Differenzierung der Landwirtschaft in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe im Agrarbericht und in der allgemeinen Agrarstatistik aufgrund unterschiedlicher Gliederungskriterien voneinander abweichende Daten. Bund und Länder konnten sich 1996 auf eine einheitliche Definition für den Agrarbericht und die Agrarstatistik verständigen. Demnach werden als einheitliche Unterscheidungskriterien der tatsächliche Arbeitseinsatz und das Verhältnis zwischen dem betrieblichen Einkommen und dem Gesamteinkommen des Betriebsinhaberehepaares verwendet. Zur Umsetzung dieses Konzepts ist die totale betriebsbezogene Ermittlung des Arbeitseinsatzes im Rahmen der Agrarstrukturenerhebung/Landwirtschaftszählung ab 1999 in vierjähriger Periodizität notwendig.

**Zu Nummer 2 Buchstabe b, den Nummern 6 und 47
Buchstabe a**

Durch die Neukonzeption der Strukturhebungen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben werden die Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft und die Landwirtschaftszählung nicht mehr als eigenständige Erhebung geführt. In Artikel 13 Nr. 3 des Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (3. Statistikbereinigungsgesetz) werden außerdem die Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen gestrichen. Folglich sind die verbleibenden Agrarstatistiken neu zu numerieren und daraus resultierende Folgeänderungen zu berücksichtigen.

**Zu den Nummern 3, 6, 8 bis 10, 43, 47,
Buchstabe b, c und d**

Gemäß dem Auftrag, staatliche Statistiken auf das absolut Notwendige zu reduzieren, die Verwaltung zu straffen und die Auskunftspflichtigen zu entlasten, werden untere Erfassungsgrenzen in der Agrarstatistik angehoben und die bisher in den verschiedenen Fachstatistiken voneinander abweichenden Abschneidegrenzen harmonisiert. Da zukünftig alle in den Agrarstrukturhebungen zum Grundprogramm zählenden Erhebungen (Bodennutzung, Viehbestände und Arbeitskräfte) als „integrierte Erhebung“ durchgeführt werden, ist bei dieser Harmonisierung sowohl den Interessen der Strukturstatistik als auch der Produktionsstatistik Rechnung zu tragen. Durch die neunten Erfassungsgrenzen bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Forstfläche werden viele Kleinstbetriebe und Einheiten ohne Betriebseigenschaft vollständig von der Auskunftspflicht befreit. Die dadurch bedingten Informationsverluste hinsichtlich der gesamten tierischen und pflanzlichen Erzeugung sind aus statistischer Sicht jedoch vertretbar. Die vorgesehenen unteren Erfassungsgrenzen bei den Viehbeständen, die deutlich über den bisherigen Abschneidegrenzen der Viehzählung liegen, stellen mit Ausnahme der Bestände an Gänsen und Enten sicher, daß die Informationsverluste hinsichtlich der tierischen Produktion statistisch vertretbare Grenzen nicht überschreiten. Die zu erwartenden deutlichen Informationsverluste bei Enten und Gänsen in Höhe von bis zu fünfzehn Prozent der Gesamtproduktion werden dabei hingenommen, um das Konzept der „integrierten Erhebung“ nicht in Frage zu stellen.

In § 91 Abs. 2 wird klargestellt, daß die Betriebe bei Erreichen einer einzelnen Erfassungsgrenze alle Merkmale der betreffenden Erhebungen anzugeben haben, auch wenn dort andere Einzelgrenzen unterschritten werden. Die agrarstatistischen Erhebungen werden, soweit nichts anderes geregelt ist, nach dem Betriebskonzept durchgeführt. Für die Fälle, in denen mehrere Betriebsteile voneinander entfernt liegen, wird in § 91 Abs. 4 eine Bestimmung aufgenommen, wo die Meldungen für den gesamten Betrieb abzugeben sind. Gehören mehrere Betriebe zu einem Unternehmen und ist nichts anderes bestimmt, sollen die Unternehmen nach § 91 Abs. 5 bei allen im Agrarstatistikgesetz angeordneten Erhebungen die Meldungen für jeden ihrer inländischen Betriebe getrennt abgeben. Zur regionalen Differenzierbarkeit der Ergebnisse haben die überregional tätigen Unternehmen für jedes Land gesondert zu melden.

**Zu den Nummern 4a, 4b, 5, 44 Buchstabe b und
Nummer 47 Buchstabe e**

Die bisher jährliche Feststellung der betrieblichen Einheiten wird ab 1990 auf eine zweijährliche Periodizität umgestellt; dadurch werden die Auskunftspflichtigen deutlich entlastet. Die Feststellung der betrieblichen Einheiten dient zugleich der Aktualisierung des Betriebsregisters Landwirtschaft. Für die jährlich durchzuführenden Erhebungen ist es jedoch unabdingbar, über ein aktuelles Betriebsregister zu verfügen. Es ist daher notwendig, in den Jahren ohne Feststellung der betrieblichen Einheiten das Betriebsregister Landwirtschaft auf der Basis anderer Informationsquellen zu aktualisieren. Da die Verwaltungsregister der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Berufsgenossenschaften in ihrer Abgrenzung am ehesten dem Betriebsregister Landwirtschaft entsprechen, ist vorgesehen, daß die statistischen Ämter bestimmte, festgelegte Angaben aus den Verwaltungsregistern der Berufsgenossenschaften zur Aktualisierung des Betriebsregisters Landwirtschaft nutzen können. Hierbei werden die gartenbaulichen Berufsgenossenschaften nach der An-

lage zu § 114 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zugerechnet.

Die Erhebungsmerkmale „Gesamtfläche nach Hauptnutzungs- und Kulturarten“ und „Größe der abgegebenen und erhaltenen Flächen“ sind aus den bisherigen Erhebungsmerkmalen zur Feststellung der betrieblichen Einheiten herausgenommen worden, da die statistischen Ämter der Länder diese Angaben nach der Periodizitätsverlängerung bei der Feststellung der betrieblichen Einheiten auch für die Betriebe der repräsentativ durchgeführten Bodennutzungshaupterhebung in den Zwischenjahren zur Aktualisierung des Betriebsregisters benötigen. Nach Einführung einer „integrierten Erhebung“ ist der Stichprobenumfang der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung dem der Agrarstrukturhebung anzupassen. In dem von der Bundesregierung am 21. November 1996 beschlossenen Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften sind ebenfalls Änderungen in § 8 des Agrarstatistikgesetzes vorgesehen. Dieser Gesetzentwurf ist noch nicht verabschiedet. Deshalb soll durch die Neufassung von § 8 Abs. 1 und 2 Satz 1 und 3 in Nummer 5 und die Streichung von Artikel 13 Nummer 3 im Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften sichergestellt werden, daß alle Änderungen in der Bekanntmachung der Neufassung des Agrarstatistikgesetzes berücksichtigt werden.

Die Aufnahme des Erhebungsmerkmals „Art der Bewirtschaftung“ in die Erhebung zur Feststellung der betrieblichen Einheiten dient der Unterscheidung der landwirtschaftlichen Betriebe in konventionelle Betriebe und Betriebe des ökologischen Landbaus. Mit Hilfe dieser einfachen Zusatzfrage können künftig alle zwei Jahre alle wichtigen agrarstatistischen Merkmale getrennt für diese Betriebsgruppe ausgewertet und damit die bisherigen statistischen Informationsdefizite im Bereich der Betriebe des ökologischen Landbaus deutlich verringert werden.

Zu Nummer 7

Die Regelung dient der Klarstellung, daß bei der Gemüseanbauerhebung die Grundfläche nur für Gemüse erhoben wird.

Zu Nummer 11 Buchstabe a

Dem Konzept der „integrierten Erhebung“ liegt als gemeinsamer Erhebungsmonat der Monat Mai zugrunde. Daher ist es notwendig, die bisherigen Viehzählungstermine und den Stichprobenumfang entsprechend anzupassen. Dies bedeutet, daß die zweijährliche, allgemeine Viehzählung bei Rindern, Schweinen, Schafen, Pferden und Geflügel von Dezember in den Mai verlegt wird. Die bisherigen Zählungen für Schweine im April und für Rinder und Schafe im Juni können dafür entfallen. Um bei der Rinderzählung, die zweimal jährlich stattfindet, den halbjährlichen Erhebungsturnus beizubehalten, wird für die repräsentative, zweite Zählung der Monat November vorgesehen. Bei Schweinen, die gemäß der Richtlinie 92/23/EWG des Rates vom 1. Juni 1993 betreffend die statistischen Erhebungen über die Schweineerzeugung dreimal jährlich zu erheben sind, werden als Erhebungsmonate die Monate Mai, August und November vorgesehen. Sobald im EG-Recht die Möglichkeit geschaffen ist, daß auf die dritte Schweinezählung verzichtet werden kann, soll zu einem späteren Zeitpunkt bei Schweinen die August-Zählung gestrichen werden. Der Verzicht auf die bisherige repräsentative zweite jährliche Schafzählung erscheint in Ansehung des strengen Maßstabes, der bei der Gesamtüberprüfung des Programms der Bundesstatistik anzulegen war, vertretbar. Folglich kann der Stichprobenumfang der nur noch für Rinder und Schweine durchgeführten repräsentativen Viehzählung im November verringert werden.

Zu Nummer 17

Die vorgesehene allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Erstellung der Rechenwerte, die zusammen mit den Angaben zur Agrarberichterstattung für eine Klassifizierung der Betriebe dienen soll, erwies sich als nicht erforderlich. Die zugrunde gelegten Preis- und Mengenangaben zur Berechnung der Standarddeckungsbeiträge nach Leistungsklassen werden dem Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Verfügung gestellt. Die Einteilung und Festlegung der der Berechnung der Standarddeckungsbeiträge zugrunde gelegten Leistungsklassen erfolgt zentral durch das Statistische Bundesamt. Das anschließende Abstimmungsverfahren mit den für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zuständigen obersten Behörden der Länder bedarf ebenfalls keiner besonderen Regelung.

Zu Nummer 29

Die Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Zeitraum 1988 bis 1997 wurde durch Verordnung (EG) Nr. 2467/96 des Rates vom 17. Dezember 1996 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe bis zum Jahr 2007 verlängert. Die für 1999/2000 vorgesehene allgemeine Erhebung soll in Deutschland durch die Landwirtschaftszählung 1999 abgedeckt werden. Da die Entscheidung der Kommission über die Merkmale für die Grunderhebung 1999/2000 nicht vor Anfang 1998 vorliegen dürfte, ist es für den Fall, daß die Entscheidung der Kommission vom nationalen Erhebungsprogramm abweichende Merkmale beinhaltet, notwendig, eine entsprechende Verordnungsermächtigung zur Aufnahme zusätzlicher Merkmale in das Programm der Landwirtschaftszählung vorzusehen.

Zu den Nummern 31 bis 34 Buchstabe a und Nummer 47 Buchstabe d

Im Rahmen der Überprüfung der Bundesstatistik durch den erweiterten Abteilungsleiterrausschuß Statistik wurde vorgeschlagen, für die Weinbauerhebung 1999/2000 verstärkt die Weinbaukartei zu nutzen und die alle 10 Jahre durchgeführte Weinbauerhebung möglichst in die allgemeine Landwirtschaftszählung 1999 zu integrieren. Dieser Vorschlag wird aufgenommen, indem auf eine eigenständige Weinbauhebung verzichtet wird und diese statt dessen, mit Ausnahme der Fragen zur Vermarktung, auf sekundärstatistischem Weg erfolgt.

Für die Weinbauerhebung 1999 werden die Flächenangaben aus der Weinbaukartei und die Strukturmerkmale aus der Landwirtschaftszählung 1999 übernommen, so daß nur noch der Bereich Vermarktung, ebenfalls im Rahmen der Landwirtschaftszählung, primärstatistisch erhoben werden muß.

Zur Verwirklichung dieses Konzepts ist es notwendig, die Merkmale in der Landwirtschaftszählung und in der Weinbauerhebung identisch auszugestalten und die untere Erfassungsgrenze, mit Ausnahme derjenigen Merkmale, die der Weinbaukartei entstammen, den vereinheitlichten Abschneidegrenzen der Landwirtschaftszählung anzupassen.

Die Fragen zur Vermarktung mit den Bereichen Verwertung des Lesegutes sowie Auslieferung und Absatzwege der Betriebe sind für den Bund unverzichtbar. Die Daten zur Verwertung des Lesegutes, der Absatzarten und Absatzwege geben entscheidende Hinweise über die Vermarktungsstruktur sowie im Zeitvergleich auch wichtige Informationen über die Entwicklung der betrieblichen Vermarktungswege, insbesondere des Lesegutes und des Weines. Daraus lassen sich wesentliche Schlußfolgerungen ableiten, beispielsweise die voraussichtliche Strukturveränderung der Betriebe. Aus diesen Gründen ist eine Erhebung dieser Daten notwendig, um mit dem Wissen über Absatz- und Vermarktungswege agrarpolitische Entscheidungen treffen zu können.

Die Ermittlung der überbetrieblichen Bindungen beim Absatz sind im Hinblick auf den hohen Anteil der Nebenerwerbsbetriebe auch für die zukünftige Beurteilung des Weinbaus essentiell. Eine Unterscheidung der Mitgliedstaaten in Erzeugergemeinschaften und Winzergenossenschaften ist notwendig. Im Gegensatz den Winzergenossenschaften sind die Erzeugergemeinschaften in der Regel nicht Eigentümer der Verwertungs- und Vermarktungsbetriebe, während in Winzergenossenschaften die Mitglieder gleichzeitig auch Eigentümer ihrer Vermarktungsbetriebe sind.

Es ist zu erwarten, daß im Zuge der Änderung der europäischen Weinmarktorganisation strukturelle Fragen der Regionen in Verbindung mit den wirtschaftlichen Entwicklungen in den Regionen wichtige Kriterien für die Förderung zukünftiger Weinbaustrukturen sein werden. Daher sind die Angaben der eingebrachten Rebflächen und Weinmostmengen erforderlich.

Zu den Nummern 35 und 36

Folgeänderungen der neuen Gliederung der Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.

Zu den Nummern 37 und 38

Bei Anlegung des strengen Maßstabes für die Überprüfung des Programms der Agrarstatistik kann in den Monaten Januar bis Juli auf die Schätzung der Hektarerträge bei Getreide, Raps, Zuckerrüben und Kartoffeln durch das Statistische Bundesamt verzichtet werden. Die über Trendberechnungen, ausschließlich auf der Basis von Witterungsdaten, ermittelten Ergebnisse haben sich ohne die Berücksichtigung anderer Einflüsse auf die Höhe der Hektarerträge als wenig zuverlässig erwiesen. Außerdem werden vom Statistischen Amt der EG ähnliche Schätzungen für alle Mitgliedstaaten durchgeführt, und dort wird auch an der methodischen Weiterentwicklung der Erntevorausschätzung gearbeitet. Auf mittlere Sicht ist daher, falls die Prognosemethoden und –qualität noch weiter verbessert werden können, die Wiederaufnahme von Erntevorausschätzungen in das Programm der Agrarstatistik nicht auszuschließen.

Zu Nummer 39

Die ergänzende Schätzung von Ernteerträgen soll nur bei solchen Feldfrüchten durchgeführt werden, die nicht bereits Bestandteil der Besonderen Erntermittlung sind. Da mit der folgenden Nummer 40 die Feldfrüchte, deren Naturalerträge Bestandteil der Besonderen Erntermittlung sein können, neu festgelegt werden, sind auch die Feldfrüchte, die Bestandteil der ergänzenden Schätzung der Ernteerträge sein können, neu zu definieren.

Zu Nummer 40

Die Ermittlung der Naturalerträge im Rahmen der Besonderen Erntermittlung wurde bisher bei Getreide und Kartoffeln durchgeführt. Diese Regelung ist angesichts des Strukturwandels in der Landwirtschaft, der sich auch in geänderten Fruchtfolgen widerspiegelt, nicht flexibel genug, um hierauf kurzfristig angemessen reagieren zu können. Die neue Regelung ermöglicht, ohne die Zahl der Stichprobenfelder zu erhöhen, daß Feldfrüchte, deren wirtschaftliche Bedeutung abnimmt, durch solche Feldfrüchte ersetzt werden können, deren Anbauumfang im Zeitablauf zugenommen hat.

Die Ermittlung der Beschaffenheitsmerkmale war bisher auf Weizen und Roggen begrenzt. Um bei akutem Bedarf auch andere Getreidearten untersuchen zu können, wird die Ermittlung künftig für Getreide vorgeschrieben. Näheres zur Festlegung der in die Besondere Erntermittlung einzubeziehenden landwirtschaftlichen Feldfrüchte und der in die Untersuchung über Beschaffenheitsmerkmale vorzusehenden Getreidearten wird in der nach § 47 Abs. 3 zu erlassenden Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Besonderen Erntermittlung geregelt.

**Zu den Nummern 41 und 45 Buchstabe a
Nummer 47 Buchstabe a und b und Nummer 48
Buchstabe b**

Bisher ist davon ausgegangen worden, daß in allen Ländern eine Weinbaukartei geführt wird und in dieser sowohl Erzeuger- als auch Handelsbetriebe enthalten sind. In den Ländern, die nicht zu den weinanbauenden Ländern gehören, besteht jedoch keine Weinbaukartei und auch in den Ländern mit Weinbaukartei muß diese nicht die für die Bestandserhebung erforderlichen Angaben enthalten. Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3929/87 der Kommission vom 17. Dezember 1987 über die Ernte-, Erzeugungs- und Bestandsmeldungen für Erzeugnisse des Weinsektors sind Angaben zum Weinbestand von allen Handelsbeteiligten des Weinsektors mit Ausnahme der privaten Verbraucher und des Einzelhandels zu erheben. Mit der neuen Regelung wird der Kreis der Auskunftspflichtigen für die Bestandserhebung an diese Regelung angepaßt, indem klargestellt wird, daß der Berichtskreis auch die Unternehmen, die nicht in der Weinbaukartei enthalten sind und die Wein und Traubenmost zum Verkauf herstellen, sowie die Großhandelsunternehmen mit Wein und Traubenmost umfaßt. Zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden wird es den statistischen Ämtern der Länder ermöglicht, die Anschriftenverzeichnisse der Statistiken im Produzierenden Gewerbe und im Handel zu nutzen.

Zu Nummer 42

Um die Auskunftspflichtigen und die statistischen Ämter der Länder zu entlasten und um trotzdem über Angaben zum Holzeinschlag für den gesamten Wald zu verfügen, wird die Möglichkeit eröffnet, daß der Holzeinschlag für den Privatwald von den jeweils hierfür geeigneten Stellen geschätzt werden kann.

**Zu Nummer 44 Buchstabe a, Nummer 45
Buchstabe c und Nummer 47 Buchstabe b**

Um dem Anliegen der Auskunftspflichtigen nach effizienteren technischen Kommunikationsmöglichkeiten mit den statistischen Ämtern gerecht zu werden, sollen auch die vermehrt verfügbaren technischen Einrichtungen wie Fax, E-Mail oder Internet als Kommunikationsmedien zugelassen werden. Der Begriff Telefonnummer reicht dabei angesichts des Fortschritts im Bereich der Kommunikationsmittel im Sinne der Normenklarheit nicht mehr aus. Er wird durch den Begriff „Telekommunikationsanschluß“, der alle Medien im Kommunikationsbereich umfaßt, ersetzt.

Zu Nummer 45 Buchstabe d

Die bei der Übernahme von Verwaltungsdaten verwendeten Hilfsmerkmale beziehen sich nicht nur auf die Inhaber oder Leiter von Betrieben, sondern auch von Unternehmen, so daß eine entsprechende Ergänzung notwendig ist.

Zu Nummer 45 Buchstabe e

Zur Entlastung der Auskunftspflichtigen von Doppelerhebungen, Verringerung des Erhebungsaufwandes und Einsparung von Kosten in den öffentlichen Haushalten ist die Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten im Agrarbereich für Zwecke der Agrarstatistik geschaffen worden. Damit diese Möglichkeit sowohl für Erhebungen mit Stichtagsregelung als auch mit Berichtszeitregelung angewendet werden kann, ist es notwendig, neben gleichen Erhebungszeiträumen auch gleiche Erhebungszeitpunkte vorzusehen. Da für die Viehzählung jeweils ein Erhebungsstichtag vorgesehen ist, Verwaltungsdaten aber nur für einen Erhebungszeitraum verfügbar sein können, ist es notwendig, die Verwendung solcher Verwaltungsdaten für die Viehzählung mit festem Erhebungszeitraum entsprechend zu regeln.

Zu Nummer 48 Buchstabe b

Die Auskunftspflichtigen für die Düngemittelstatistik sind die Unternehmen, die Düngemittel erstmals in Verkehr bringen. Da zu diesem Berichtskreis auch Unternehmen gehören, die Düngemittel nicht selbst produzieren sondern nur importieren, ist es zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden notwendig, diese auch anhand der Anschriften der Düngemittel im- und exportierenden Unternehmen sowie deren Importe und Exporte an Düngemitteln aus der Außenhandelsstatistik zu bestimmen.

C. Kosten

Die vorgesehenen Änderungen bei den statistischen Erhebungen im Agrarbereich werden nach vorläufiger, überschlägiger Schätzung zu Kosteneinsparungen bei Bund und Ländern in Höhe von etwa 1,6 Mio. DM jährlich führen. Weitere Kürzungen, die erhebliche Einsparungen bei den statistischen Ämtern der Länder zur Folge haben, konnten noch nicht berücksichtigt werden, da nach den letzten Abstimmungen noch zusätzliche Änderungen in den Gesetzentwurf aufgenommen wurden. Eine aktualisierte Schätzung ist in Auftrag gegeben. Außerdem wird sich der Erhebungsaufwand in den Gemeinden deutlich verringern.

Den statistischen Ämtern der Länder können für die Übernahme von Angaben aus den Registern der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in das Betriebsregister Landwirtschaft geringe Aufwendungen entstehen.

Durch den Vollzug des Gesetzes entstehen für die Wirtschaft keine Kosten. Bei rund 550 000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wird sich vielmehr der Aufwand für die Abgabe statistischer Meldungen in unterschiedlichem Umfang reduzieren, da Erhebungen zusammengelegt, weniger Merkmale abgefragt und einzelne Erhebungsteile von allgemeiner auf repräsentative Erfassung umgestellt werden. Kleine land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Bewirtschafter von Einzelflächen sowie Viehhalter ohne Betriebseigenschaft - zusammen etwa 300 000 Erhebungseinheiten – werden darüber hinaus durch die Anhebung unterer Erfassungsgrenzen von der Auskunftspflicht gänzlich befreit. Nur wenige Viehhalter - schätzungsweise unter 5 000 – haben infolge der Einführung einer „integrierten Erhebung“ und der Harmonisierung der unteren Erfassungsgrenzen einige Fragen zu anderen betrieblichen Merkmalen zusätzlich zu beantworten.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind durch die Einschränkungen nicht zu erwarten.

**Begründung zum Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des Gesetzes zur
Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen vom 22. Mai 2002
(BT-Drucks. Nr. 14/8012)**

Nachfolgend abgedruckt

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Das Gesetz gliedert sich in vier Artikel. Der erste Artikel beinhaltet die Änderungen des Agrarstatistikgesetzes. Der zweite Artikel enthält die Erlaubnis für das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, das geänderte Agrarstatistikgesetz in der neuen Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen. Mit dem dritten Artikel wird eine Befugnis für die Landesregierungen geschaffen, bestimmte Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen nach dem Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen auf oberste Landesbehörden zu übertragen. Der vierte Artikel regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Ausgangslage

Mit dem 1989 geschaffenen und 1992 in seinem Anwendungsbereich erweiterten Agrarstatistikgesetz verfügt Deutschland über eine weitgehend kodifizierte Rechtsgrundlage für diesen Bereich der Bundesstatistik. Die Novelle des Gesetzes aus dem Jahr 1998 diente primär dem Ziel der Straffung von Verwaltungsaufgaben und der Entlastung der auskunftspflichtigen Unternehmen. Wichtige Inhalte waren:

- Zusammenfassung bedeutender Erhebungen (Bodennutzungshaupterhebung, Arbeitskräfteerhebung und Viehzählung) unter dem Dach einer „integrierten Erhebung“,
- Anhebung und Harmonisierung der unteren Erfassungsgrenzen in der Agrarstatistik,
- Streichung mehrerer Erhebungen,
- Straffung der Merkmalskataloge verschiedener Erhebungen,
- in bestimmten Bereichen Übergang von allgemeinen Erhebungen auf Repräsentativerhebungen sowie Zulassung von Schätzungen,
- Schaffung einer Rechtsgrundlage für die stärkere Nutzung von Verwaltungsdaten für statistische Zwecke.

Zielsetzung und Notwendigkeit dieses Gesetzentwurfs

Mit Artikel 1 des vorliegenden Entwurfs wird an die Zielsetzung der letzten Novelle des Agrarstatistikgesetzes angeknüpft. Wesentliche Ziele sind:

- die Vereinfachung und Straffung bestehender Erhebungen durch
 - Anhebung unterer Erfassungsgrenzen,
 - Verlängerung von Erhebungsintervallen,
 - Straffung von Merkmalskatalogen,
 - gemeinsame Durchführung mehrerer Erhebungen,
 - weitergehende Möglichkeiten der Nutzung von Verwaltungsdaten an Stelle von Erhebungen,
- die Anpassung an aktuellen Datenbedarf und an Datenbedarf, der sich aus neuen politischen Gesichtspunkten

ergibt, sowie aufgrund gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben,

- die Umsetzung von Erfahrungen aus der Anwendung des Gesetzes,
- die Flexibilisierung des Programms der Agrarstatistik, um schneller und einfacher auf einen sich ändernden Datenbedarf reagieren zu können.

Ferner sollen eine Binnenfischereierhebung im Jahr 2004 sowie eine Gartenbauerhebung im Jahr 2005 angeordnet werden. Die jeweils letzten einschlägigen Erhebungen wurden 1994 durchgeführt.

Auf der Grundlage von § 5 Abs. 4 des Bundesstatistikgesetzes wurde mit der Verordnung vom 3. März 1999 (BGBl. I S. 300) die Erhebung einiger Merkmale ausgesetzt. Da die Regelungen dieser Verordnung am 31. Juli bzw. 31. August 2002 außer Kraft treten, ist eine gesetzliche Anschlussregelung zu treffen.

Wesentliche Inhalte des Gesetzentwurfs

Im Agrarstatistikgesetz sind vor allem folgende Änderungen vorgesehen (Artikel 1):

- Verlängerung des Intervalls der allgemeinen Viehzählung von zwei auf vier Jahre sowie dauerhafte Streichung der dritten Schweinezählung im August,
- Ergänzung der Flächenerhebung um den jährlichen Nachweis der Siedlungs- und Verkehrsfläche zur Erfüllung von Datenbedarf für umwelt- und raumordnungspolitische Zwecke,
- Verlängerung des Intervalls der Erhebung des Zwischenfruchtanbaus von zwei auf vier Jahre,
- Straffung des Merkmalskatalogs der (jeweils in vierjährigem Turnus durchgeführten) Zierpflanzenerhebung und der Baumschulerhebung,
- Anhebung der unteren Erfassungsgrenze in der Obstbauerhebung,
- Harmonisierung der Berichtszeiträume zwischen den verschiedenen Kategorien von Arbeitskräften in der Agrarstrukturhebung,
- Anordnung einer Gartenbauerhebung für das Jahr 2005 einschließlich einer registergestützten Erfassung des Dienstleistungsgartenbaus unter Straffung des für den Produktionsgartenbau geltenden Merkmalskatalogs,
- Anordnung einer Binnenfischereierhebung für das Jahr 2004 mit überarbeitetem Berichtskreis und neu gefasstem Merkmalskatalog,
- dauerhafte Streichung der Erhebung der Erzeugung vegetativen Vermehrungsgutes von Reben,
- Einführung einer unteren Erfassungsgrenze in der Weinbestandserhebung,
- Aufgabe der bisherigen Unterscheidung zwischen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nach der Hauptproduktionsrichtung bei gleichzeitiger erheblicher Entlas-

tung bestimmter Forstbetriebe (Betriebe mit Waldfläche) von Auskunftspflichten,

- weitergehende Öffnung für die Nutzung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Agrarstatistik, um künftig weitere Datenquellen nutzen zu können und zugleich Befragte zu entlasten,
- Schaffung von Verordnungsermächtigungen zur flexiblen Ausgestaltung bestehender Erhebungen (u. a. durch die Aussetzung der Erhebung einzelner Merkmale, die Verlängerung von Periodizitäten, den Austausch bestehender Merkmale durch andere Merkmale und die Erhebung von Merkmalen zur Durchführung von Gemeinschaftsrecht).

Mit Artikel 3 des vorliegenden Entwurfs wird ein Vorschlag der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder aufgegriffen, indem eine Befugnis für die Landesregierungen geschaffen wird, die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen (MOG) durch Rechtsverordnung auf oberste Landesbehörden zu übertragen.

Grundlegende Erwägungen

Die Agrarstatistik ist primär auf die Erfüllung des Daten- und Entscheidungshilfebedarfs für staatliches Handeln ausgerichtet; wesentliche Anforderungen ergeben sich insbesondere aus dem Datenbedarf der Europäischen Union. Ferner dienen die Erhebungen der Aufschlüsselung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Zusammenhänge. Als Teil der amtlichen Statistik sind agrarstatistische Erhebungen beschränkt auf die Ermittlung objektiv feststellbarer Merkmale und somit abgegrenzt zur überwiegend privatwirtschaftlich durchgeführten Markt- und Meinungsforschung, in der auch Meinungen, Einstellungen usw. ermittelt werden.

Wie die große Mehrzahl der Bundesstatistiken werden die durch das Agrarstatistikgesetz angeordneten Erhebungen nahezu ausschließlich durch die statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchgeführt. Soweit sich dies bewährt hat, soll diese durch das Bundesstatistikgesetz vorgegebene Zuständigkeitsregelung beibehalten werden. In zwei Bereichen sind allerdings Änderungen der Zuständigkeitsverteilung vorgesehen:

- Die Durchführung der Hochsee- und Küstenfischereistatistik soll vollständig auf die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung übertragen werden, die mit Verwaltungsaufgaben bezüglich der Hochsee- und Küstenfischerei betraut ist und die genannte Statistik deshalb auf einfachem Wege mit durchführen kann.
- Um die Verfahrensdauer für Zusatzaufbereitungen zu verkürzen und den Durchführungsaufwand zu verringern, sollen die Statistischen Landesämter dem Statistischen Bundesamt Einzelangaben auch für diesen Zweck zur Verfügung stellen.

Für die Erhebungen nach dem Agrarstatistikgesetz besteht mit wenigen Ausnahmen Auskunftspflicht. Daran wird auch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf festgehalten. Neue

Auskunftspflichten für Personen oder Wirtschaftsunternehmen werden nur in wenigen Fällen eingeführt.

Eine Befristung des Gesetzes ist nicht sinnvoll. Jedoch ist für eine Reihe von Erhebungen, insbesondere die in großen zeitlichen Abständen im Rahmen der Landwirtschaftszählung stattfindenden allgemeinen Erhebungen, jeweils nur eine einmalige Durchführung angeordnet, was faktisch einer Befristung nahe kommt.

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar.

Gesetzesfolgen

Mit Artikel 1 des Gesetzentwurfs wird einerseits aktuellem Informationsbedarf entsprochen. Dies kommt insbesondere zum Ausdruck

- im Fragenkatalog der Gartenbauerhebung, mit dem nunmehr auch – soweit sinnvoll – der Dienstleistungsgartenbau abgebildet werden soll, sowie der Binnenfischerei-erhebung,
- in der Ergänzung der Flächenerhebung um den jährlichen Nachweis der Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Wichtiger noch sind die mit dem Gesetzentwurf erreichte Rechts- und Vereinfachungsvereinfachung:

- Durch die oben dargestellten Wege der Vereinfachung und Straffung bestehender Erhebungen wird der Verwaltungsaufwand in den Statistikbehörden verringert.
- Der Mehraufwand bei den Landesvermessungsbehörden im Rahmen der nunmehr jährlichen Erhebung der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist demgegenüber vergleichsweise gering.
- Alles in allem ergibt sich eine Rechtsvereinfachung, zudem eine Vereinfachung des Rechtssetzungsverfahrens durch die vorgesehene Verordnungsermächtigung zur Flexibilisierung des Programms der Agrarstatistik.

B. Kosten

Kosten der öffentlichen Haushalte

1.1 Kosten ohne Vollzugaufwand

Keine

1.2 Vollzugaufwand

Die vorgesehenen Änderungen bei den statistischen Erhebungen im Agrarbereich (Artikel 1) führen in wenigen Bereichen zu Mehrkosten, in anderen zu Minderkosten.

Das Statistische Bundesamt hat in Verbindung mit den statistischen Ämtern der Länder eine Kalkulation der Mehr- und Minderkosten durchgeführt. Nach Umsetzung dieses Gesetzes ergeben sich durchschnittliche jährliche Minderkosten bei Bund und Ländern von rd. 500 000 Euro (knapp 1 Mio. DM). Dem stehen einmalige – insbesondere beim Statistischen Bundesamt – von rd. 300 000 Euro (knapp 600 000 DM) gegenüber. Im Einzelnen entstehen folgende Kosten:

- a) Einmalige Kosten (Umstellungskosten, Kosten für die Registereauswertung im Dienstleistungsgartenbau 2005)

	Euro (DM)		
	Insgesamt	persönlich	sächlich
Statistisches Bundesamt			
Umstellungskosten	163 900	139 300	24 600
Registereauswertung für den Dienstleistungsgartenbau (einschließlich Anlaufkosten)	89 900	77 200	12 700
Einmalige Kosten des Statistischen Bundesamtes zusammen	253 900 (496 500)	216 600 (423 600)	37 300 (72 900)
Statistische Landesämter (einschließlich Anlaufkosten für Registereauswertung)	13 800 (27 000)	11 100 (21 700)	2 700 (5 300)

Für die Verbundprogrammierung zur Registereauswertung für den Dienstleistungsgartenbau entstehen zusätzlich einmalige Kosten von 30 700 Euro (60 000 DM) bei Bund und Ländern.

- b) Durchschnittliche jährliche Minderkosten

	Euro (DM)		
	Insgesamt	persönlich	sächlich
Statistisches Bundesamt	39 200 (76 600)	34 100 (66 600)	5 100 (10 000)
Statistische Landesämter	465 200 (909 800)	378 300 (739 800)	86 900 (170 000)

Außerdem ergeben sich dauerhaft durchschnittliche jährliche Minderkosten bei Bund und Ländern von rund 235 000 Euro (460 000 DM), da nun die durch die Verordnung vom 3. März 1999 ausgesetzten Erhebungen (dritte Schweine-zählung im August, Erhebung der Erzeugung vegetativen Vermehrungsgutes von Reben) gestrichen werden.

In den Ländern können zusätzliche Einsparungen bei Umsetzung der im Gesetzentwurf vorgesehenen erweiterten Möglichkeiten zur Nutzung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Agrarstatistik erzielt werden.

Die Regelung des Artikels 3 hat keine Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte des Bundes und der Kommunen. Der mögliche Aufwand für die Länder, bedingt durch den Aufwand für den Erlass einer Rechtsverordnung zur Subdelegation der Regelungsermächtigung auf eine oberste Landesbehörde, wird allenfalls geringfügig sein und ist mit dem vorhandenen Personal und den vorhandenen sächlichen Mitteln durchführbar.

2. Kosten für die Wirtschaft

Durch den Vollzug des Gesetzes entstehen für die Wirtschaft insgesamt keine Kosten. Vielmehr wird sich bei zahlreichen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie bei Betrieben des Weinhandels durch die Straffung von Erhebungen der Aufwand für die Abgabe statistischer Meldungen in unterschiedlichem Umfang reduzieren. Nur in den einmalig durchzuführenden Erhebungen im Gartenbau und der Binnenfischerei wird der Berichtskreis erweitert. Da in der Gartenbauerhebung die Angaben für den Dienstleistungssektor jedoch durch Nutzung des Statistikregisters er-

mittelt werden, entsteht hier insoweit kein zusätzlicher Aufwand für die Unternehmen dieses Wirtschaftszweigs.

3. Preiswirkung

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind durch die Änderungen nicht zu erwarten.

C. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1

Das Gesetz enthält mit dieser Änderung ein genaues Inhaltsverzeichnis.

Zu Nummer 2

Die bisherige Bezeichnung „Obstanbauerhebung“ hat Anlass zu Missverständnissen gegeben, da tatsächlich nur der Anbau von Baumobst erhoben wird. Dies kommt in der neuen Bezeichnung „Baumobstanbauerhebung“ zum Ausdruck.

Zu den Nummern 3 und 4 Buchstabe b, Nummer 9 Buchstabe b, Nummer 55 Buchstabe d Doppelbuchstabe aa und Nummer 63 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb

Die bisher verwendete Bezeichnung „Viehzählung“ ist nicht mehr zeitgemäß, da sich die Erhebung nur noch auf die Viehbestände in Betrieben beschränkt. Sie soll deshalb durch die neue Bezeichnung „Erhebung über die Viehbestände“ ersetzt werden.

Zu Nummer 4 Buchstabe b und Nummer 5

Die Änderung des Begriffs dient der Vereinheitlichung des Sprachgebrauchs im Gesetz; sie hat keine materiell-rechtliche Änderung zur Folge.

Zu den Nummern 6 und 59 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb

Die Flächenerhebung wurde bisher nur vierjährig durchgeführt. Mit der Änderung ist beabsichtigt, zusätzlich jährlich den Umfang der Siedlungs- und Verkehrsfläche (Summe aus Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche, Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie Friedhofsfläche) zu erheben.

Angaben zum Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche haben unter Gesichtspunkten des Umweltschutzes, insbesondere als Indikator des Bodenschutzes, zunehmende Relevanz. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die statistisch erfassten Siedlungs- und Verkehrsflächen einen hohen Anteil unbebauter Flächen umfassen, insbesondere auch solche Flächen, die zum Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft durch die Baumaßnahmen bereitgestellt worden sind.

Bereits jetzt veröffentlichen acht Bundesländer jährlich Daten zur Bodennutzung. Zur kurzfristigen Deckung des Datenbedarfs nimmt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung derzeit auf Basis der vorliegenden Zahlen aus diesen Ländern eine Abschätzung des Indikators vor. Zur lang-

fristigen Sicherung einer qualifizierten Datenlieferung ist die angestrebte Gesetzesänderung erforderlich. Die betreffenden Daten werden lediglich auf Länderebene benötigt, nicht in tiefer regionaler Gliederung.

Auskunftspflichtig sind die nach Landesrecht für die Führung des Liegenschaftskatasters und entsprechender anderer erforderlicher Unterlagen zuständigen Stellen (§ 93 Abs. 2 Nr. 2). Im Allgemeinen sind dies die zuständigen Landesvermessungsbehörden. In der Regel werden die Liegenschaftskataster digital geführt, so dass sich die Belastung der Auskunftspflichtigen auf die Erstellung eines Auszugs aus dem entsprechenden Register beschränkt. Eine Ausnahme bildet hier das Land Schleswig-Holstein, in dem die zurzeit noch manuelle Führung des Liegenschaftskatasters einen höheren Zeitaufwand für die jährliche Ermittlung der Siedlungs- und Verkehrsfläche nach sich zieht. Gemäß Absatz 2 ist deshalb vorgesehen, dem Land Schleswig-Holstein die Durchführung der Erhebung für die Zeit bis 2005 freizustellen.

Zu Nummer 7

Der neu formulierte § 4 umfasst die bisher in den §§ 4 und 5 geregelten Sachverhalte. § 5 kann deshalb aufgehoben werden.

Zu den Nummern 8, 11, 14, 17, 18, 20, 22, 23 und 57 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa

Mit der Änderung gemäß Nummer 57 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa wird die Vorschrift des § 91 Abs. 3 Satz 2 über die Zuordnung der Betriebe nach der Hauptproduktionsrichtung (Landwirtschaft oder Forstwirtschaft) nach dem Flächenverhältnis von landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) zu Waldfläche (WF) gestrichen (bisher Grenze bei LF : WF = 1 : 10). Diese seit 1971 angewandte Regelung hat sich vielfach als nicht sachgerecht erwiesen. So wurde bereits bisher in begründeten Einzelfällen von dieser nur flächenbezogenen Zuordnung abgewichen und der Betrieb gezielt der anderen Hauptproduktionsrichtung zugeordnet. Insbesondere wurden Betriebe mit Waldflächen und bedeutender Viehhaltung zur Hauptproduktionsrichtung „Landwirtschaftlicher Betrieb“ zugeordnet.

Im Zusammenhang mit bzw. als Folge dieser Streichung werden die Berichtskreise der Bodennutzungshaupterhebung (§ 6) mit Ausnahme der Feststellung der betrieblichen Einheiten, der Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung (§ 9), der Baumschulerhebung (§ 12), der Baumobstanbauerhebung (§ 15), der Erhebung über die Viehbestände (§ 18), der Agrarstrukturhebung (§ 25), der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung (§ 32) sowie der Gartenbauerhebung – im Hinblick auf den Produktionsgartenbau – neu gefasst. Sie werden künftig auf die landwirtschaftlichen Betriebe beschränkt, die die in § 91 Abs. 1 Nr. 1 genannten Voraussetzungen erfüllen. Dies bedeutet für mehr als 20 000 Forstbetriebe eine erhebliche Reduzierung des Befragungsaufwands für agrarstatistische Erhebungen; zugleich ist der Informationsverlust hinsichtlich der Bodennutzungs- und Viehhaltungsmerkmale vernachlässigbar gering.

Lediglich für die Merkmale zur Feststellung der betrieblichen Einheiten und über die Nutzung der Gesamtflächen wird in § 6 eine Sonderregelung für gemeinschaftlich ge-

nutzte Flächen, insbesondere von Almgemeinschaften, geschaffen. Diese sind keine Betriebe im Sinne des Gesetzes; ihr Flächenanteil erreicht jedoch lokal einen erheblichen Anteil, so dass die Einbeziehung ihrer Nutzfläche in die ermittelte landwirtschaftlich genutzte Fläche bzw. Waldfläche sinnvoll ist.

Zu Nummer 9 Buchstabe a

Die Periodizität der Erhebung des Zwischenfruchtanbaus wird von zwei auf künftig vier Jahre verlängert. In diesen Jahren kann sie dann im Rahmen einer allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung durchgeführt werden. Ergebnisse aus bisherigen Repräsentativerhebungen haben sich aus methodischen Gründen als nicht veröffentlichungsfähig erwiesen. Für die repräsentative Bodennutzungshaupterhebung 2001 war die Erhebung deshalb bereits durch eine Bund-Länder-Vereinbarung ausgesetzt worden.

Zu Nummer 10

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 12

Der Erhebungszeitraum der Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung wird auf den Zeitraum Mai bis August erweitert (bisher: Juli).

Zu Nummer 13

Mit dieser Vorschrift werden Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum präzisiert. Der Merkmalskatalog der Zierpflanzenerhebung wird auf den nach heutigen Gesichtspunkten unabdingbar notwendigen Bedarf reduziert. Damit verbunden ist insbesondere eine Einschränkung der (für Topf- und Ballenpflanzen) auf Stückzahlen an Pflanzen lautenden Angaben.

Zu Nummer 15

Die Aktualisierung der Jahreszahl weist darauf hin, dass die Baumschulerhebung künftig mit reduziertem Erhebungsumfang durchgeführt wird.

Zu Nummer 16

Mit dieser Vorschrift werden Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt präzisiert. Es wird die Baumschulfläche insgesamt und nach Pflanzengruppen erhoben. Auf die bisher durchgeführte Erhebung der Art, Zahl und Anzuchtmerkmale der Pflanzen wird weitgehend verzichtet. Lediglich die Bestände an Forstpflanzen werden weiterhin nach Zahl und Art erhoben, um dem unabdingbaren Bedarf an forstpolitischen Entscheidungshilfen gerecht zu werden.

Zu Nummer 17

Die Änderung führt zu einer weiteren Harmonisierung der Abschneidegrenzen in den agrarstatistischen Erhebungen (durch Verweis auf § 91) sowie einer Entlastung von Auskunftspflichtigen und Verwaltung (Anhebung der Abschneidegrenze von 15 auf 30 Ar). Sie erfolgt im Vorgriff auf die Bestimmungen der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die statistischen Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotenzials bestimmter Baumobstanla-

gen. Mit dieser sog. Baumobst-Richtlinie sollen flexiblere Erhebungsmodalitäten in den Mitgliedstaaten zugelassen werden. Der Richtlinienvorschlag, der derzeit noch im Mitentscheidungsverfahren zwischen Rat und Europäischem Parlament beraten wird, ist hinsichtlich der Abschnidegrenzen unstreitig.

Zu Nummer 19

Die Periodizität der allgemeinen Erhebung über die Viehbestände (früher: Viehzählung) wird von zwei Jahre auf vier Jahre verlängert (Änderung in Absatz 1 Nr. 1). In jedem vierten Jahr (2005, 2009 usw.) wird somit statt der bisherigen allgemeinen Erhebung bei (im Jahr 1999) rund 350 000 viehhaltenden Betrieben nur noch eine repräsentative Erhebung gemäß Absatz 1 Nr. 2 bei höchstens 100 000 Erhebungseinheiten durchgeführt. Durch die Verringerung der Zahl der Erhebungseinheiten um bis zu 250 000 werden wesentliche Entlastungen im Kreis der Befragten erzielt und der Durchführungsaufwand wird erheblich vermindert. Allerdings stehen aus repräsentativen Erhebungen keine Ergebnisse in tiefer regionaler Gliederung zur Verfügung, denn dies ist aus stichproben-methodischen Gründen nicht möglich. Für viele Fragestellungen, in denen regional tief gegliederte Daten erwünscht sind, können jedoch auch Verwaltungsdaten herangezogen werden (u. a. Daten des Herkunfts- und Informationssystems Tiere (HIT), Angaben der Tierseuchenkassen).

Die Neufassung des Absatzes 3 ist eine technische Folgeänderung der Periodizitätsverlängerung.

In Absatz 2 wird in Verbindung mit Absatz 1 Nr. 1 und 2 für die Stadtstaaten geregelt, dass für diese weiterhin in zweijährigem Abstand eine Erhebung über die Bestände an Rindern, Schweinen und Schafen durchgeführt wird, künftig allerdings abwechselnd allgemein und repräsentativ.

Mit der Streichung des Absatzes 1 Nr. 3 a. F. entfällt die 3. Schweinezählung eines jeden Jahres, die im August durchgeführt wurde. Die Durchführung dieser Erhebung war bereits durch Artikel 1 Nr. 1 der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz vom 3. März 1999 (BGBl. I S. 300) ausgesetzt worden.

Zu Nummer 21 Buchstabe a

Die mit der Novelle aus dem Jahre 1998 eingeführte Beschränkung der Erfassung der Arbeitszeiten der Arbeitskräfte in Nicht-Stichprobenbetrieben auf Arbeitszeiten im Betrieb hat sich nicht bewährt. Deshalb sollen für den Betriebsinhaber und dessen Ehegatten daneben auch die Arbeitszeiten im Haushalt des Betriebsinhabers bzw. der Betriebsinhaberin sowie in anderer Erwerbstätigkeit wieder erfasst werden, insbesondere um durch umfassendere Vorgabe von Antwortmöglichkeiten die Qualität der Ergebnisse zu erhöhen.

Zu Nummer 21 Buchstabe b

Der Berichtszeitraum für alle Kategorien von Beschäftigten wird einheitlich auf einen Zeitraum von 12 Monaten umgestellt, während bisher ein Teil der Arbeitskräfte in der Repräsentativerhebung Angaben für einen Zeitraum von vier aufeinanderfolgenden Wochen im April machen musste.

Durch diese Vereinheitlichung werden Auswertungsprobleme, die in der Vergangenheit vorkamen, vermieden. Zugleich wird den Befragten durch einheitliche Antwortvorgaben das Ausfüllen des Fragebogens erleichtert, und der Erhebungsaufwand der durchführenden Stellen wird verringert.

Zu Nummer 23

Die Gartenbauerhebung ist als Teil der Landwirtschaftszählung konzipiert (vgl. § 24 Abs. 1 Nr. 2), deren Haupterhebung zuletzt 1999 durchgeführt wurde. Zur vertieften Untersuchung der Ausrichtung der Betriebe und der strukturellen Veränderungen im Gartenbau sind spezielle Angaben erforderlich, die meist nur für diesen Bereich zutreffen und deshalb in der Haupterhebung nicht erfasst werden. Die Angaben aus der letzten, 1994 durchgeführten, Gartenbauerhebung werden dem heutigen Informationsbedarf nicht mehr gerecht.

Die wesentlichsten Änderungen gegenüber dem Konzept der Gartenbauerhebung 1994 bestehen in der Ausdehnung des Berichtskreises auf den Dienstleistungsgartenbau und der Reduzierung produktionsbezogener Merkmale (siehe im Einzelnen unten).

Für die Betriebe des Produktionsgartenbaus werden in § 38 – gegenüber der Erhebung 1994 – die unteren Erfassungsgrenzen so angehoben, dass sie an diejenigen der Agrarstrukturhebung angeglichen sind.

Neu ist die Einbeziehung der Betriebe des Dienstleistungsgartenbaus, d. h. des Garten- und Landschaftsbaus sowie der Erbringer sonstiger gärtnerischer Dienstleistungen. Der Dienstleistungsgartenbau hat in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen und stellt heute einen Wirtschaftsbereich mit einem Produktionswert in einer Größenordnung von ca. 5 Mrd. Euro dar. Der Dienstleistungsgartenbau gehört zum Abschnitt A der Klassifikation der Wirtschaftszweige, d. h. zur Land- und Forstwirtschaft. Aufgrund dieser – sachgerechten – Zuordnung und der bisher produktionsorientierten Ausrichtung der Agrarstatistik stehen zum Dienstleistungsgartenbau kaum spezifische und aktuelle Angaben aus der amtlichen Statistik zur Verfügung.

Aufgrund des Strukturwandels hat die Zahl der Betriebe des Produktionsgartenbaus gegenüber 1994 spürbar abgenommen. Deswegen und wegen der Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen wird sich die Zahl der Auskunftspflichtigen gegenüber der letzten Erhebung trotz der Einbeziehung des Dienstleistungsgartenbaus nur unwesentlich erhöhen.

Die Erhebung im Produktionsgartenbau soll im Zeitraum Februar bis Juli 2005 durchgeführt werden (§ 39 Abs. 1). Dies bietet die Möglichkeit einer Verzahnung mit der Agrarstrukturhebung, die etwa zeitgleich als Stichprobenerhebung durchgeführt wird, und der Bodennutzungshaupterhebung. Soweit Betriebe bereits an den genannten Erhebungen teilnehmen, werden die dort erfassten Merkmale aus diesen Erhebungen übernommen. Dieses Verfahren bringt erhebliche Vorteile, indem Doppelbefragungen vermieden und der Umfang des Erhebungsbogens der Gartenbauerhebung reduziert wird.

Unter dem Gesichtspunkt der Straffung des Merkmalskatalogs wird auf die 1994 erhobenen Merkmale über die Betriebsart, Bewässerungsanlagen, Pachtverhältnisse, Ge-

werbe- und Nebenbetriebe sowie Buchführung verzichtet. Beibehalten werden dagegen – neben den Merkmalen zur Kennzeichnung der Struktur der Flächennutzung im Freiland und unter Glas – Angaben zum Energieverbrauch (Produktionsgartenbau mit hohem Anteil des Energieeinsatzes an den Vorleistungen), den Lagerräumen, der Rechtsstellung des Betriebsinhabers, den sozialökonomischen Verhältnissen des Betriebs, der Vermarktung sowie den Arbeitskräften. Die Berufsbildung wird nur noch für den Betriebsleiter bzw. die Betriebsleiterin erhoben.

Die o. g. Merkmale können zumeist nur für den Produktionsgartenbau sinnvoll erhoben werden. Für den Dienstleistungsgartenbau werden lediglich Angaben über den Umsatz und die tätigen Personen ermittelt. Um die Durchführung dieses Teils der Gartenbauerhebung zu erleichtern und keine neuen Auskunftspflichten für die Unternehmen des Dienstleistungsgartenbaus zu schaffen, ist vorgesehen, die Ergebnisse durch Übernahme von Angaben aus dem Statistikregister zu gewinnen. Die Möglichkeit dazu ist den statistischen Ämtern durch § 8 des Statistikregistergesetzes vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300, 2903) eingeräumt und bezüglich der genannten Erhebungsmerkmale werden Angaben zur Rechtsform, zum Umsatz und zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bereits jetzt von den zuständigen Stellen (Finanzbehörden, Bundesanstalt für Arbeit) in das im Aufbau befindliche Statistikregister eingepeist.

In § 40 werden Erhebungsmerkmale und Berichtszeit präzisiert.

Zu Nummer 24

Die Binnenfischereierhebung ist als Teil der Landwirtschaftszählung konzipiert (vgl. § 24 Abs. 1 Nr. 2), deren Haupterhebung zuletzt 1999 durchgeführt wurde. Zur Untersuchung der strukturellen Veränderungen im Bereich der Binnenfischerei sind spezielle Angaben erforderlich, die meist nur für diesen Bereich zutreffen und deshalb in der Haupterhebung nicht erfasst werden. Die aus der Binnenfischereierhebung zu gewinnenden Informationen bilden eine wichtige Grundlage für agrarpolitische Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Die Ergebnisse der letzten Erhebung aus dem Jahr 1994 werden dem heutigen Informationsbedarf nicht mehr gerecht.

Nach der Verordnung (EG) Nr. 788/96 des Rates vom 22. April 1996 über die Vorlage von Statistiken über die Aquakulturproduktion durch die Mitgliedstaaten ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission in regelmäßigen Abständen statistische Unterlagen zum Aquakultursektor übermitteln. Mit Blick auf den Verwaltungsaufwand hatte Deutschland bei Verabschiedung dieser Vorschrift durchsetzen können, dass die jährlichen Mitteilungen auch auf Basis von Schätzungen erfolgen können. Umso mehr ist es in bestimmten Zeitabständen erforderlich, diese Schätzungen zu validieren, wie es mit der Binnenfischereierhebung geschieht.

In die Binnenfischereierhebung werden, wie bisher, solche Betriebe einbezogen, die Fluss- oder Seenfischerei, Fischhaltung oder Fischzucht zu Erwerbszwecken betreiben. Gegenüber der letzten Erhebung aus dem Jahr 1994 wird die Definition der Betriebsarten in § 41 vereinfacht. Zudem

werden die unteren Erfassungsgrenzen nach den Erfahrungen der letzten Erhebung abgesenkt, da mit den höheren Erfassungsgrenzen in 1994 ein zu hoher Informationsverlust verbunden war. Die mit dieser Absenkung verbundene Ausweitung des Berichtskreises wird nur einige hundert Betriebe betragen, überwiegend Betriebe mit Karpfenfischerei in Bayern.

Die Erhebung soll im ersten Halbjahr 2004 durchgeführt werden, das heißt in einem – fachlich sinnvollen – Abstand von zehn Jahren zur letzten Erhebung. Die Vermarktung wird als neues Erhebungsmerkmal hinzugefügt. Im Gegenzug entfallen die bisherigen Merkmale über die Fischhaltung in Netzgehegen, Behältern oder ähnlichen Einrichtungen sowie über die Berufsbildung des Betriebsleiters bzw. werden anders zugeordnet.

Zu Nummer 25

Die Vorschrift dient der Minderung des Erhebungsaufwands in den statistischen Ämtern der Länder. Ihnen wird gestattet, die Vorratsbestände bei einzelnen Getreidearten am 30. Juni eines Jahres, die derzeit von den Ernteberichterstattem durch Schätzung ermittelt werden, selbst zu schätzen. Aus fachlicher Sicht ist die Änderung vertretbar.

Zu den Nummern 27 bis 35, Nr. 36 Buchstabe a, Nr. 37 bis 41, Nr. 43 bis 47, Nr. 48 Buchstabe a, Nr. 49 Buchstabe a, Nr. 50 bis 52 und 54 bis 56

Mit diesen redaktionellen Änderungen wird, soweit dies sprachlich vertretbar ist, nunmehr einheitlich die Bezeichnung der jeweiligen Erhebung im Text der betreffenden Vorschriften eingeführt. Damit soll der Text der Vorschriften in sich besser verständlich werden.

Zu Nummer 36 Buchstabe b

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung. Die Milch-Meldeverordnung wurde mit Inkrafttreten der Verordnung über Meldepflichten über Marktordnungswaren vom 24. November 1999 (BGBl. I S. 2286) durch diese abgelöst.

Zu Nummer 42

Die Erhebung des vegetativen Vermehrungsgutes wird im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit vom Bundesortenamt durchgeführt. Die entsprechende Regelung des Agrarstatistikgesetzes war bereits durch Artikel 1 Nr. 3 der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz vom 3. März 1999 (BGBl. I S. 300) ausgesetzt und soll nunmehr gestrichen werden.

Mit der Reform der EG-Weinmarktordnung wurde für das Weinwirtschaftsjahr der Zeitraum 1. August bis 31. Juli festgelegt (Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. EG Nr. L 179 S. 1)). In Nummer 42 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa wird der Berichtszeitpunkt an das neue Ende des Weinwirtschaftsjahres angepasst.

Zu Nummer 47

Es wird eine untere Abschneidegrenze in der Weinbestands-erhebung eingeführt. Dadurch werden fast 60 % der Wein-

erzeuger (mit rd. 4 % der Bestände der Erzeuger) sowie fast 50 % der Weinhandelsunternehmen (mit rd. 0,5 % der Bestände des Weinhandels) von der Auskunft befreit. insgesamt werden über 11 000 Unternehmen entlastet, ohne dass ein bedeutender Informationsausfall entsteht.

Zu den Nummern 48 und 49

In Nummer 48 Buchstabe b wird die notwendige Anpassung des Erhebungszeitpunktes der Weinbestandserhebung (7 Tage nach Ablauf des Weinwirtschaftsjahres) an das neue Weinwirtschaftsjahr geregelt, in Nummer 49 Buchstabe b die Anpassung des Berichtszeitpunktes (letzter Tag des Weinwirtschaftsjahres).

Zu Nummer 52

Mit der Änderung in Absatz 1 wird klar gestellt, dass auch das Einschlagsprogramm der Betriebe neben tatsächlichem Einschlag und Einschlagsursachen zu den Erhebungsmerkmalen gehört, da es sachlich zur Auswertung des Merkmals „Einschlag“ benötigt wird. Insbesondere für den Fall einer Anwendung des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes ist die Kenntnis des (geplanten) Einschlagsprogramms zwingend erforderlich.

Die Änderung in Absatz 2 führt zu einer Harmonisierung der Berichtszeiträume in der Einschlagsstatistik und der Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung (siehe § 84).

Zu Nummer 53

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 57 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb

Mit der Vorschrift wird die Definition des Betriebes entsprechend der EG-rechtlichen Terminologie ergänzt.

Zu Nummer 58 und 59 Buchstabe b und Nr. 63 Buchstabe b

Mit den Änderungen wird klargestellt, dass mehrere Telekommunikationsanschlussnummern (wie Telefon, Fax, E-Mail-Adresse) im Betriebsregister gespeichert werden dürfen. Der außerdem neu eingeführte Begriff „Behördenbezeichnung“ entspricht dem heutigen Sprachgebrauch.

Zu Nummer 59 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa

Folgeänderung aus der Anpassung des Berichtskreises mehrerer Erhebungen sowie Anpassung der Bezeichnung der Obstanbauerhebung und der Viehzählung.

Zu Nummer 59 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc

Die Vorschrift ist eine Folge der Änderungen in der Bodennutzungshaupterhebung (siehe Nummer 8).

Zu Nummer 59 Buchstabe a Doppelbuchstabe ee

Mit der Änderung wird die neue Überschrift des genannten Gesetzes übernommen, die mit dem Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung und zur Änderung von Vorschriften auf den Gebieten der Land- und Ernährungswirtschaft vom 2. August 1994 (BGBl. I S.2018) geschaffen wurde.

Zu Nummer 59 Buchstabe a Doppelbuchstabe ff und Nummer 60 Buchstabe a

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) als für die Überwachung der Fischereiquoten zuständige Bundesbehörde erstellte bereits bisher die Fangstatistik der Hochsee- und Küstenfischereistatistik für die der Quotenüberwachung unterliegenden Fischarten. Nunmehr soll sie auch die bisher vom Statistischen Bundesamt aufbereitete Anlandestatistik übernehmen. Dies ist unter Praktikabilitäts Gesichtspunkten die günstigste Lösung. Die BLE erhält ohnehin in der Mehrzahl der Fälle bereits jetzt die Auskünfte zur Hochsee- und Küstenfischereistatistik für alle Fischarten. In § 93 Abs. 7 ist den Auskunftspflichtigen ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt, die Auskünfte hinsichtlich der nicht der Quotenüberwachung unterliegenden Fischarten gemeinsam mit den im Rahmen der Quotenüberwachung zu erstattenden Meldungen zu erteilen.

Da die BLE nunmehr die Hochsee- und Küstenfischereistatistik vollständig aufbereitet, ist die bisher sich aus § 93 Abs. 2 Nr. 5 ergebende Auskunftspflicht der BLE für diese Statistik hinfällig und kann aufgehoben werden.

Zu Nummer 59 Buchstabe a Doppelbuchstabe gg

Die Vorschrift ist eine Folge der Änderungen in der Weinstatistik (siehe Nummern 42, 48 und 49).

Zu Nummer 59 Buchstabe a Doppelbuchstabe hh

Die Vorschrift regelt die Auskunftspflicht für die fachlich zuständigen Stellen.

Zu Nummer 59 Buchstabe c

Mit der Änderung sollen weitergehende Möglichkeiten geschaffen werden, um Verwaltungsdaten zur Erstellung von Statistiken zu nutzen und so statistische Primärerhebungen zu ersetzen oder im Umfang zu reduzieren. Bisher war dies – unter bestimmten Maßgaben – nur für die Bodennutzungshaupterhebung und die Viehzählung zulässig. Die Neufassung der Vorschrift berücksichtigt darüber hinaus redaktionelle Änderungen.

Zu Nummer 59 Buchstabe d Doppelbuchstabe bb

Es handelt sich um eine Folgeänderung aus der Anpassung der Überschrift des § 19.

Zu Nummer 59 Buchstabe e

Die Vorschrift des neuen Absatzes 10 bezweckt die zusätzliche Nutzung von Verwaltungsdaten als teilweisen Ersatz bzw. als Ergänzung statistischer Erhebungen.

Entsprechend den Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts (Verordnung (EG) Nr. 1760/2000) und der Viehverkehrsverordnung erteilen Tierhalter der zuständigen Behörde Angaben, die im Rahmen eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern verwendet werden, z. B. um die Rückverfolgbarkeit der Herkunft eines Rindes zu ermöglichen. Zudem ist der Aufbau eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Schweinen in Vorbereitung. Ein Element dieses insgesamt als „Herkunfts- und Informationssystem Tiere“ (HIT) bezeichneten Systems ist eine zentrale Datenbank, die gemäß einer Verwaltungsvereinbarung vom

Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Auftrag der Länder betrieben wird. Eine Nutzung von Daten der HIT-Datenbank soll es ermöglichen, den Umfang der Datenerhebung im Rahmen der Erhebung über die Viehbestände bei den auskunftspflichtigen Landwirten einzuschränken und so Befragte zu entlasten. Zugleich kann der bei den statistischen Ämtern der Länder entstehende Verwaltungsaufwand reduziert werden.

Absatz 10 Satz 2 regelt die Auskunftspflicht der zuständigen Stellen für diese Angaben.

Der neue Absatz 11 reduziert den Umfang der Erhebungen über die Viehbestände im Zusammenhang mit der Nutzung von Verwaltungsdaten. Für bestimmte Merkmale, die nicht aus Verwaltungsdaten entnommen werden können, wird die Möglichkeit der Schätzung bzw. der Repräsentativerhebung (letzteres im Rahmen allgemeiner Erhebungen) durch die zuständigen Landesbehörden zugelassen. Diese Vereinfachungen finden ihre Grenzen in der Beachtung der EG-rechtlichen Vorgaben zur Durchführung der Erhebungen, insbesondere bezüglich der Anforderungen an die Datenqualität für die Erzeugungsvorausschätzung tierischer Produkte.

Zu Nummer 60 Buchstabe b

Das Bundesstatistikgesetz bestimmt in seinem § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b, dass das Statistische Bundesamt Zusatzaufbereitungen für Bundeszwecke und Sonderaufbereitungen durchführt, soweit die statistischen Ämter der Länder diese Aufbereitung nicht selbst durchführen. In der bisherigen Praxis im Bereich der Agrarstatistik wurden Zusatzaufbereitungen so durchgeführt, dass in der Regel eine einheitliche Programmierung vom Statistischen Bundesamt vorgegeben wurde, anschließend die statistischen Ämter der Länder die Aufbereitung der Einzeldaten für das jeweilige Bundesland vornahmen und schließlich das Statistische Bundesamt die Länderergebnisse zusammenstellte. Es hat sich gezeigt, dass diese Verfahrensweise bei Zusatzaufbereitungen zu einem Abstimmungsbedarf zwischen Statistischem Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder führt, der über den aus fachlicher Sicht erforderlichen hinausgeht. Das Verfahren ist zudem durch Unterschiede in den IT-Ausstattungen und IT-Verfahren der beteiligten Stellen störanfällig. Als Resultat werden Verfahrensdauern von mehreren Monaten bis zur Bereitstellung der Ergebnisse erreicht. Für kurzfristig benötigte Planungsgrundlagen für politische Entscheidungen ist dies ein oftmals zu langer Zeitraum. Die Änderung zielt sowohl auf eine Verkürzung der Verfahrensdauer als auch auf eine Verringerung des Durchführungsaufwands für Zusatzaufbereitungen ab, indem das Statistische Bundesamt die Möglichkeit erhält, solche Aufbereitungen aus vorliegenden Einzeldaten selbst durchzuführen. Insbesondere werden die zuständigen Landesbehörden entsprechend entlastet.

Zu Nummer 26 und 57 Buchstabe b und Nr. 61

Die Verordnungsermächtigungen nach § 94a Nr. 1 sind Kernelement einer Flexibilisierung des Programms der Agrarstatistik mit dem Ziel, schneller und einfacher auf einen sich ändernden Datenbedarf reagieren zu können. Eine solche Flexibilisierung wird vom Statistischen Beirat beim Statistischen Bundesamt grundsätzlich begrüßt. Die

Rechte des Gesetzgebers werden gewahrt, da Bundesstatistiken nach wie vor durch Gesetz angeordnet werden müssen (§ 5 Abs. 1 BStatG). Die Verordnungsermächtigungen nach Nummer 1 betreffen dagegen die Ausgestaltung bestehender Erhebungen und ermöglichen im Einzelnen unter festgelegten Bedingungen und Maßgaben

- die Aussetzung von Erhebungen oder der Erhebung einzelner Merkmale, die Verlängerung von Periodizitäten, die Verschiebung von Erhebungsterminen sowie die Einschränkung des Berichtskreises (Nr. 1 Buchstabe a),
- den Austausch bestehender Merkmale durch andere Merkmale, wenn dies zur Deckung eines kurzfristig geänderten Bedarfs für Zwecke der agrarpolitischen Planung erforderlich ist; davon ist eine Erhebung sensibler Daten mit Personenbezug ausgeschlossen (Nr. 1 Buchstabe b),
- die Erhebung von Merkmalen zur Umsetzung oder Durchführung von Gemeinschaftsrecht (Nr. 1 Buchstabe c).

Die Rechtsverordnungen bedürfen in allen Fällen der Zustimmung des Bundesrates, so dass die Länder, die den überwiegenden Teil der Erhebungskosten tragen, stets im Rechtssetzungsverfahren beteiligt sind. Eine Ressortermächtigung ist im Sinne einer Verfahrensvereinfachung angezeigt, da aller Erfahrung nach rein fachliche Anpassungen des Merkmalprogramms zu regeln sind.

Die Ermächtigung nach Nummer 1 Buchstabe a ist angelehnt an die Ermächtigung für die Bundesregierung nach § 5 Abs. 4 Satz 1 BStatG. Auch die Ermächtigungen nach den Nummern 1 Buchstabe b und c tragen wesentlich zur Flexibilisierung des Programms der Agrarstatistik bei. Die Ermächtigung nach Nummer 1 Buchstabe c soll insbesondere in den Fällen angewendet werden, in denen Rechtsakte des Gemeinschaftsgesetzgebers die Erhebungsmerkmale bestimmen, in diesen Rechtsakten jedoch keine – zur Durchführung erforderliche – Auskunftspflicht vorgesehen ist und diese Auskunftspflicht im Rahmen des Agrarstatistikgesetzes geschaffen werden muss.

Die Ermächtigung nach § 94a Nr. 2 war bisher in § 91 Abs. 7 geregelt und wird aus Gründen der Übersichtlichkeit nunmehr mit in der neuen Bestimmung erfasst. Die Ermächtigung nach § 94a Nr. 3 ersetzt die Regelung der Grundsätze für die Durchführung der Besonderen Ernteermittlung durch eine allgemeine Verwaltungsvorschrift (bisher § 47 Abs. 3). Das Verfahren für künftige Änderungen dieser Grundsätze wird erleichtert, da diese durch Rechtsverordnung vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Bundesrates erlassen werden und nicht der Beschlussfassung durch das Bundeskabinett bedürfen.

Zu Nummer 62

Die Gewinnung von ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten hat sich in der Vergangenheit immer schwieriger gestaltet. Die Änderung weist darauf hin, dass die den ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten gezahlten Aufwandsentschädigungen im Rahmen der steuerrechtlichen Vorschriften nach § 3 Nr. 12 Satz 2 Einkommensteuergesetz und R 13 der Lohnsteuer-Richtlinien steuerfrei sein können. Mit dieser Klar-

stellung soll die Durchführung der Erhebungen erleichtert werden.

Zu Nummer 63 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa

Mit der Änderung wird bezweckt, das Betriebsregister auch für die Auswahl von Ernte- und Betriebsberichterstatern (§ 46 Abs. 1) nutzen zu können. Dies reduziert den Verwaltungsaufwand bei der Gewinnung neuer Berichterstatter. Weiterhin ist eine Folgeänderung aus der Änderung von § 75a berücksichtigt.

Zu Nummer 63 Buchstabe d

Es handelt sich um eine Folge der Anfügung des Absatzes 10 in § 93 sowie um eine redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 63 Buchstabe e

Die Vorschrift dient der Verbesserung der Adressenbasis des Betriebsregisters Landwirtschaft zur Durchführung der Binnenfischereierhebung im Jahre 2004.

Zu Artikel 2

Da das Agrarstatistikgesetz mit diesem Gesetz in größerem Umfang geändert wird, wird eine Bekanntmachungserlaubnis für das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft in die Schlussvorschriften dieses Änderungsgesetzes aufgenommen.

Zu Artikel 4

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes. Abweichend vom generellen Termin des Inkrafttretens am 1. Juli 2002 sollen die Änderungen

- bezüglich der Obstanbauerhebung, hier die Anhebung der unteren Erfassungsgrenze (Artikel 1 Nr. 17), bereits mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in Kraft treten, damit bereits die Erhebung 2002 nach den neuen Bestimmungen durchgeführt werden kann;
- bezüglich der Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung (Artikel 1 Nr. 12) erst am 1. September 2002 in Kraft treten, so dass klargestellt ist, dass die repräsentative Gemüseanbauerhebung 2002 noch nach altem Recht (hier: Erhebungszeitraum Juli) durchgeführt wird.

**Begründung zum Entwurf des Gesetzes
zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des
Rinderregistrierungsdurchführungsgesetzes vom 19. Juli 2006,
Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung
(BT-Drucks. Nr. 16/1023 vom 23. März 2006)**

Nachfolgend abgedruckt

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Ausgangslage, Zielsetzung des Gesetzentwurfs

Mit dem 1989 geschaffenen und 1992 in seinem Anwendungsbereich erweiterten Agrarstatistikgesetz (AgrStatG) verfügt Deutschland über eine weitgehend kodifizierte Rechtsgrundlage für diesen Bereich der Bundesstatistik. Die Novellen des Gesetzes aus den Jahren 1998 und 2002 zielten primär auf eine Straffung von Verwaltungsaufgaben und die Entlastung der auskunftspflichtigen Unternehmen.

Das Agrarstatistikgesetz hat sich in seinen Grundzügen bewährt. Die nun vorgesehenen Änderungen im Agrarstatistikgesetz sowie im Rinderregistrierungsdurchführungsgesetz dienen folgenden Zielen:

- Schaffung ergänzender Regelungen zur Nutzung von Verwaltungsdaten an Stelle von Primärerhebungen,
- weitere Vereinfachung und Straffung von Erhebungen,
- Anpassung von Vorschriften an veränderte fachliche Anforderungen an die Agrarstatistik, insbesondere infolge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik,
- Erweiterung der Verwendungsmöglichkeiten erhobener Daten.

Wesentliche Inhalte des Gesetzentwurfs

Im Agrarstatistikgesetz sind vor allem folgende Änderungen vorgesehen (Artikel 1):

- a) Flächenerhebung: Streichung der Flächenerhebung nach Art der geplanten Nutzung,
- b) Viehbestandserhebung: Schaffung der rechtlichen Vorkehrungen, um die Erhebung der Rinderbestände durch Verwendung von Daten aus dem Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT) durchzuführen, d. h. Primärerhebungen durch die Verwendung von Verwaltungsdaten zu ersetzen,
- c) Agrarstrukturserhebung: Straffung durch Verzicht auf einige Erhebungsmerkmale (bestimmte Angaben zu den Arbeitskräften und den Eigentums- und Pachtverhältnissen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche),
- d) Ernteberichterstattung: Verzicht auf die Erhebung einiger Merkmale der Ernteberichterstattung über Reben und Wein,
- e) Besondere Ernteermittlung (künftig: Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung): Aktualisierung des Merkmalsprogramms, Verringerung der Höchstzahl von Stichprobenfeldern von 14 000 auf 10 000, Ergänzung von Regelungen zur Datenübermittlung im Zusammenhang mit der Ermittlung von Beschaffenheitsmerkmalen,
- f) Ergänzung der Definition des landwirtschaftlichen Betriebs im Sinne des Agrarstatistikgesetzes mit Blick auf die Definition der landwirtschaftlichen Tätigkeit in den Prämienregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Einbeziehung der Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand),

- g) Schaffung einer Regelung zur Übermittlung von bestimmten Tabellendaten ohne Geheimhaltung an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zur Erstellung des Nationalen Rückstandskontrollplans.

Gesetzesfolgen

Durch die Vereinfachung und Straffung agrarstatistischer Erhebungen wird der Verwaltungsaufwand in den Statistikbehörden verringert. Zugleich werden die auskunftsgewährenden Personen bzw. Stellen von statistischen Berichtspflichten entlastet. Dies gilt in besonderem Maße für die Erhebung über die Viehbestände, sobald für diese hinsichtlich der Rinderbestände Daten aus dem Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT) genutzt werden und somit die Befragung von Auskunftspersonen insoweit durch die Verwendung von Verwaltungsdaten ersetzt wird.

Durch die Streichung von Erhebungsmerkmalen entstehen gewisse Informationsverluste, die jedoch vor dem Hintergrund der genannten Verringerung des Erhebungsaufwands akzeptabel sind.

Mit den Änderungen bei der Besonderen Ernteermittlung werden aktuellem Informationsbedarf entsprochen und der gestiegene Stellenwert der Qualitäts- und Rückstandsuntersuchungen deutlich gemacht.

Das Gesetz erweitert ferner die Verwendungsmöglichkeiten erhobener agrarstatistischer Daten.

Im Hinblick auf die gleichstellungsrelevanten Auswirkungen des Gesetzesvorhabens wurde der Gesetzentwurf gemäß § 2 des Bundesgleichstellungsgesetzes und § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien anhand der Arbeitshilfe der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften“ geprüft. Von den zur Streichung vorgesehenen Merkmalen ist lediglich die im Rahmen der Agrarstrukturserhebung erhobene Angabe der Stellung im Beruf (Auszubildende/Auszubildender, Arbeiter/Arbeiterin, Angestellte/Angestellter, Beamter/Beamtin, Gesellschafter/Gesellschafterin, Sonstige) potenziell gleichstellungsrelevant. Dabei handelt es sich jedoch um ein bisher nur in sehr geringem Maße nachgefragtes Erhebungsmerkmal. Deshalb ist die mit der Streichung des Merkmals verbundene Verringerung des Erhebungsaufwands höher zu bewerten als der Informationsverlust.

Im Übrigen ist der Gesetzentwurf gleichstellungspolitisch neutral.

B. Kosten

1. Kosten der öffentlichen Haushalte

1.1 Kosten ohne Vollzugaufwand

Keine

1.2 Vollzugsaufwand in Bund und Ländern

a) Kosten für den Bundeshaushalt

Nach einer Kalkulation des Statistischen Bundesamts ist die Umsetzung dieses Gesetzes auf mittlere Sicht nahezu aufwandsneutral. Einmaligen Umstellungskosten von rd. 82 000 Euro stehen jährliche Einsparungen von 16 000 Euro gegenüber.

b) Kosten für die Länder

Die Umsetzung dieses Gesetzes führt zu einer Entlastung der statistischen Landesämter. Für diese entstehen einmalige Umstellungskosten sowie Kosten der Verbundprogrammierung von insgesamt 90 000 Euro. Demgegenüber betragen die durchschnittlichen jährlichen Minderkosten knapp 300 000 Euro.

1.3 Kosten der Kommunen

Durch die Vereinfachung der Flächenerhebung entfällt nach Angaben der kommunalen Spitzenverbände bei den Kommunen ein Aufwand von jährlich rd. 800 000 Euro.

2. Kosten für die Wirtschaft

Durch den Vollzug des Gesetzes entstehen für die Wirtschaft keine Kosten. Vielmehr wird der Aufwand für die Abgabe statistischer Meldungen bei zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben durch die Straffung von Erhebungen in unterschiedlichem Umfang reduziert.

3. Preiswirkung

Unmittelbare Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind durch die Änderungen nicht zu erwarten. Die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte fallen so gering aus, dass hiervon keine mittelbaren Preiseffekte ausgehen.

C. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Agrarstatistikgesetzes)

Zu Nummer 1 Buchstabe a

Folgeänderung zur Einfügung des neuen § 20a, siehe Begründung zu Nummer 3.

Zu Nummer 1 Buchstabe b

Zu Nummer 9 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa

Zu Nummer 10 Buchstabe b

Zu Nummer 13

Die Bezeichnung der Besonderen Ernteermittlung wird in „Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung“ geändert; siehe Begründung zu Nummer 6.

Zu Nummer 2 (§ 4)

Die Flächenerhebung nach Art der geplanten Nutzung, die bisher in vierjähriger Periodizität durchgeführt wurde, wird gestrichen. Damit verbunden ist eine erhebliche Entlastung der für diese Erhebung auskunftspflichtigen Kommu-

nen, die die Erhebungsmerkmale aus den Angaben in Flächennutzungsplänen zu ermitteln haben.

Mit der 2002 in Kraft getretenen Gesetzesnovelle wurde die vierjährige Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung ergänzt um den jährlichen Nachweis der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Dies geschah zur Erfüllung eines Datenbedarfs für eine Reihe von umwelt- und raumordnungs-politischen Zwecken. Unter anderem beruht der Indikator „Flächeninanspruchnahme“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auf dieser jährlichen Datenbasis.

Dieser Weg der Prioritätensetzung wird nun mit der Streichung der Flächenerhebung nach Art der geplanten Nutzung fortgesetzt. Das Interesse an den Ergebnissen dieser Erhebung ist auf vergleichsweise wenige Nutzer begrenzt. Zudem besteht ein Missverhältnis zwischen Erhebungsaufwand und Auswertungsmöglichkeiten der erhobenen Daten. Die Streichung soll dazu dienen, den Einsatz der knappen Ressourcen in den statistischen Ämtern auf die weitere Qualitätsverbesserung der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung ausrichten zu können.

Durch den Wegfall entfällt bei den auskunftspflichtigen Kommunen ein Aufwand von jährlich rd. 800 000 Euro.

Mit der Neufassung von § 4 werden zugleich die mittlerweile gegenstandslose Übergangsregelung in Absatz 2 der geltenden Fassung aufgehoben und die verbleibende Regelung redaktionell überarbeitet.

Zu Nummer 3 (§ 20a)

Zu Nummer 9 Buchstabe c (§ 93 Abs. 10)

Bisher werden zwei Mal jährlich (Mai und November) auf der Grundlage des Agrarstatistikgesetzes Erhebungen über die Viehbestände durchgeführt, alle vier Jahre im Mai (2003, 2007 usw.) als Vollerhebung, zu den übrigen Zeitpunkten als Stichprobenerhebungen. Diese von den statistischen Landesämtern durchgeführten Erhebungen dienen der Erfüllung EG-rechtlicher Verpflichtungen, u. a. nach der Richtlinie 93/24/EWG.

Bereits mit der 2002 in Kraft getretenen Gesetzesnovelle wurde mit § 93 Abs. 10 AgrStatG eine Regelung mit dem Ziel eingefügt, im Rahmen der Viehbestandserhebung die Befragung von Auskunftspersonen teilweise durch die Verwendung von Verwaltungsdaten zu ersetzen. Dabei geht es konkret um Angaben aus der Datenbank, die Bestandteil des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere (HIT) ist.

Das Statistische Bundesamt hat in Abstimmung mit den statistischen Ämtern der Länder ein statistikfachliches Nutzungskonzept erarbeitet. Danach ist es möglich, die Viehbestandserhebung bei Rindern durch die Nutzung von HIT-Daten zu ersetzen; erstmals ist dies für November 2006 vorgesehen. Da einige zur Umsetzung dieses Konzepts benötigte Angaben nicht auf Grund von EG-rechtlichen Vorschriften zur Kennzeichnung und Registrierung von landwirtschaftlichen Nutztieren erteilt werden, sondern auf Grund bestimmter nationaler Rechtsvorschriften müssen in § 93 Abs. 10 AgrStatG weitere einschlägige Rechtsbereiche benannt werden.

Auch aus EG-rechtlichen Gründen müssen in der Viehbestandserhebung weibliche Rinder nach dem Nutzungszweck

(u. a. Schlachtfärsen/Nutzfärsen, Milchkühe/andere Kühe) unterschieden werden. Da diese Angaben nicht einzeltierbezogen in der HIT-Datenbank vorliegen, soll bezüglich der abgekalbten Tiere insbesondere die betriebliche Produktionsrichtung der Rinderhalter (z. B. reiner Milchkuhbetrieb, reiner Mutterkuhbetrieb usw.) als eine Hilfsgröße verwendet werden. Dazu wird auf Informationen zur Nutzungsart der Rinder aus der nach § 24b Satz 1 und 2 der Viehverkehrsverordnung erforderlichen Betriebsanzeige zurückgegriffen. Auf diesem Wege kann der Nutzungszweck der Tiere (§ 20 Nr. 1 AgrStatG), der mit der Produktionsrichtung des Betriebs eng zusammenhängt, mit hinreichender Genauigkeit bestimmt werden.

Mit § 20a werden besondere Vorschriften zur Erhebung der Merkmale über die Rinderbestände eingefügt. Sofern die dort genannten Bedingungen erfüllt sind, wird die Viehbestandserhebung für Rinder auf die Verwendung von Verwaltungsdaten umgestellt. Weiterhin werden besondere Regelungen über Erhebungseinheiten, Erhebungsart und Erhebungsmerkmale getroffen. Die besonderen Regelungen sind erforderlich, um aus fachlicher Sicht nicht erforderlichen Aufwand bei der Verwendung der Verwaltungsdaten zu vermeiden und die Ergebnisqualität zu wahren. Im Einzelnen:

- Aus methodischen Gründen ist eine bundesweit einheitliche und gleichzeitige Umstellung auf die Verwendung von Verwaltungsdaten erforderlich, denn eine nur in einigen Ländern vorgenommene Umstellung würde zu Ergebnissen führen, die zwischen Ländern mit Primärerhebung und Ländern, in denen Verwaltungsdaten verwendet werden, nicht vergleichbar sind. In Absatz 1 werden die dazu notwendigen Voraussetzungen bestimmt.
- Erhebungseinheiten sind nicht Betriebe im Sinne von § 91 Abs. 1 Nr. 1 AgrStatG, sondern alle Rinderhaltungsbetriebe im Sinne des § 24b der Viehverkehrsverordnung (§ 20a Abs. 2 Nr. 1). Soweit Einzelangaben im Rahmen der Agrarstrukturerhebung verwendet werden, sind Erhebungseinheiten nach § 25 AgrStatG die Betriebe im Sinne von § 91 Abs. 1 Nr. 1 AgrStatG, damit die Konsistenz der Datensätze in der Agrarstrukturerhebung gewährleistet bleibt. Hinzunehmen ist dabei der Umstand, dass mit Umsetzung der neuen Regelung die Ergebnisse der Viehbestandserhebung zur Zahl der Betriebe (künftig: in der HIT-Datenbank erfasste Haltungen) mit Rindern und zur Zahl der Rinder von den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung abweichen werden.
- Eine Stichprobenerhebung hätte bei einer Nutzung von Verwaltungsdaten höheren Aufwand als eine Totalerhebung zur Folge (Erstellen eines Stichprobenauswahlplans, Stichprobenziehung usw.). Zudem sind mit einer Stichprobenerhebung notwendigerweise methodisch bedingte Fehler (Stichprobenfehler) verbunden. Deshalb werden zu allen Berichtszeitpunkten Auswertungen aller vorhandenen Verwaltungsdaten vorgesehen (Absatz 2 Nr. 2).
- Zur Bestimmung des Nutzungszwecks wird neben der Angabe der betrieblichen Produktionsrichtung (siehe oben) die Angabe der Rasse des Tieres verwendet, die nach § 24e der Viehverkehrsverordnung anzuzeigen ist.

Die Rasse wird deshalb als zusätzliches Erhebungsmerkmal bezeichnet (Absatz 2 Nr. 3).

Zu Nummer 4 (§ 29)

Um die Agrarstrukturerhebung zu vereinfachen und zu straffen, werden folgende Erhebungsmerkmale des Ergänzungsprogramms gestrichen:

- bei den Angaben zu den Arbeitskräften: die Angabe der Stellung im Beruf sowie nähere Angaben zum Geburtsdatum; letztere sind bereits durch die Verordnung vom 20. Dezember 2004 ausgesetzt worden;
- bei den Angaben zu den Eigentums- und Pachtverhältnissen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche: die Angaben zu verpachteten und unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegebenen Flächen.

Durch den Wegfall dieser Erhebungsmerkmale entstehen jeweils gewisse Informationsverluste, die jedoch vor dem Hintergrund der angestrebten Entlastung von Berichtspflichtigen und Statistikbehörden akzeptabel sind.

Zu Nummer 5 (§ 46)

Die Regelung zielt darauf ab, den Aufwand für die Ernteberichterstattung über Reben und Wein zu verringern. Dazu wird auf die Erhebung einiger Merkmale der Ernteberichterstattung verzichtet. Die Regelung knüpft an Artikel 1 des vom Deutschen Bundestag beschlossenen, aber nicht in Kraft getretenen Statistikabbaugesetzes (Bundestagsdrucksache 15/3306) an.

Die Berichterstattung über den Wachstumsstand und wachstumsbeeinflussende Faktoren bei Reben wird eingestellt. Trotz ihrer Bedeutung für die Einschätzung der kommenden Mosternte kann auf diese Merkmale jedoch im Hinblick auf die Reduzierung des Berichtsumfangs verzichtet werden.

Auch auf die Erhebung der Merkmale Dauer der Lese, Mostausbeute, Säuregehalt und Erlöse für Mostverkäufe kann verzichtet werden. Die Erhebung der Merkmale Mostausbeute und Säuregehalt ist bereits durch die Erste Agrarstatistikverordnung vom 20. November 2002 ausgesetzt worden.

Zu Nummer 6 (§ 47)

Die Bezeichnung der Besonderen Erntermittlung (BEE) wird in „Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung“ geändert, um den gestiegenen Stellenwert der Qualitäts- und Rückstandsuntersuchungen deutlich zu machen. Zudem wird die durch Errichtungserlass mit Wirkung vom 1. Januar 2004 vorgenommene Änderung der Bezeichnung der zuständigen Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel nachvollzogen.

Im Gegensatz zu anderen statistischen Erhebungen werden im Rahmen der BEE Daten nicht durch Befragung Betroffener gewonnen, sondern dadurch, dass bei auskunftspflichtigen Landwirten auf repräsentativ ausgewählten Feldern Ernteproben gezogen werden. Die Höchstzahl an Feldern, die bisher nicht ausgeschöpft wurde, wird von 14 000 auf 10 000 reduziert.

Mit den Änderungen in Absatz 2 wird Raps in die Ermittlung der Beschaffenheitsmerkmale einbezogen, um der gestiegenen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Fruchtart Rech-

nung zu tragen. Ferner werden die Merkmalsbezeichnungen aktuellen Gegebenheiten angepasst. Damit ist keine Ausweitung des Erhebungsumfangs verbunden. Dies gilt auch mit Blick auf die Änderung in Satz 4, wonach die Ermittlung der Beschaffenheitsmerkmale nunmehr die Untersuchung der Belastung mit „gesundheitlich nicht erwünschten Stoffen“ umfasst. Der dabei gebrauchte Begriff „gesundheitlich nicht erwünschte Stoffe“ greift den Sprachgebrauch von § 50 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs auf. Bei den angesprochenen Untersuchungen stehen Risiken für die menschliche Gesundheit im Mittelpunkt; daneben werden Aspekte der tierischen Gesundheit berücksichtigt.

Mit den Ergänzungen in Absatz 3 wird klargestellt, dass die Bundesforschungsanstalt für ihre Untersuchungen wie bisher lediglich pseudonymisierte Proben (§ 3 Abs. 6a des Bundesdatenschutzgesetzes) erhält, da ein direkter Personenbezug für die Tätigkeit der Bundesforschungsanstalt nicht erforderlich ist. Ferner wird ausdrücklich geregelt, dass die Bundesforschungsanstalt pseudonymisierte Einzeldaten der Untersuchungsergebnisse zur Belastung mit gesundheitlich nicht erwünschten Stoffen an die statistischen Ämter der Länder übermittelt. Dies erschließt den Ländern besonders weitgehende Informationen über die Qualität der jeweiligen Ernte.

Zu Nummer 7 (§ 91)

Mit der Ergänzung der Betriebsdefinition soll klargestellt werden, dass auch in den agrarstatistischen Erhebungen die Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand nach den Bestimmungen der ab 2005 geltenden Prämienregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik) als landwirtschaftliche Tätigkeit gilt.

Zu Nummer 8 (§ 92)

Die Ergänzung der Hilfsmerkmale um von Verwaltungsbehörden vergebene Kennzeichen zur Identifikation ist eine wesentliche Voraussetzung für die Nutzung von Verwaltungsdaten. Hierbei geht es um die zutreffende Abgrenzung der Berichtskreise und die Ergänzung statistischer Primärerhebungen.

Zu Nummer 9 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb (§ 93 Abs. 2 Nr. 2)

Folgeänderung zu Nummer 2.

Zu Nummer 9 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc (§ 93 Abs. 2 Nr. 6)

Rechtsförmliche Anpassung.

Zu Nummer 9 Buchstabe b (§ 93 Abs. 8 und 9)

Folgeänderung zur Einführung des Begriffs „Verwaltungsdaten“ im neuen § 20a Abs. 1.

Zu Nummer 10 Buchstabe a (§ 94a Nr. 1)

Die zeitliche Beschränkung der Ermächtigung hat sich als hinderlich erwiesen und ist nicht erforderlich. Sie wird deshalb gestrichen.

Zu Nummer 11 (§ 97)

Folgeänderung zu Nummer 8.

Zu Nummer 12 (§ 98)

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) als Zentralstelle nach Artikel 4 der Richtlinie 96/23/EG des Rates vom 29. April 1996 über Kontrollmaßnahmen hinsichtlich bestimmter Stoffe und ihrer Rückstände in lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinien 85/358/EWG, 86/469/EWG und der Entscheidungen 89/187/EWG und 91/664/EWG (ABl. EG Nr. L 125 S. 10) in der jeweils geltenden Fassung hat die Aufgabe, jährlich den Nationalen Rückstandskontrollplan (NRKP) nach Artikel 5 der Richtlinie auszuarbeiten. Der NRKP ist ein Programm zur Kontrolle spezifischer Gruppen von Rückständen pharmakologisch wirksamer Stoffe und Kontaminanten in Tieren und deren Erzeugnissen. Die Richtlinie 96/23/EG und die Entscheidung 97/747/EG der Kommission vom 27. Oktober 1997 über Umfang und Häufigkeit der in der Richtlinie 96/23/EG des Rates vorgesehenen Probenahmen zum Zweck der Untersuchung in Bezug auf bestimmte Stoffe und ihre Rückstände in bestimmten tierischen Erzeugnissen (ABl. EG Nr. L 303 S. 12) verlangen die Festlegung der Probenzahlen auf Grundlage der jährlichen Schlacht- und Produktionszahlen und der Größe der Tierbestände. Mit der Regelung wird deshalb eine spezielle Rechtsgrundlage für die Übermittlung von öffentlich nicht zugänglichen Daten, insbesondere von statistischen Ergebnissen aus den Erhebungen über Viehbestände an Geflügel, von Daten der Geflügelstatistik, der Schlachtungsstatistik und der Milchstatistik, vom Statistischen Bundesamt an das BVL geschaffen.

Zu Artikel 2 (Änderung des Rinderregistrierungsdurchführungsgesetzes)

§ 93 Abs. 10 Satz 1 AgrStatG in der vorliegenden Entwurfsfassung sieht vor, dass für die Erhebung über die Viehbestände auch Angaben verwendet werden dürfen, die den jeweils zuständigen Stellen auf Grund von Rechtsvorschriften zur Kennzeichnung und Registrierung von landwirtschaftlichen Nutztieren oder auf Grund tierseuchenrechtlicher Vorschriften über die Anzeige und Registrierung von Betrieben erteilt wurden, ferner bestimmte Hilfsmerkmale und das Identifikationskennzeichen.

Mit dem neuen § 2 Abs. 5 des Rinderregistrierungsdurchführungsgesetzes wird klargestellt, dass insbesondere betriebsbezogene Daten, die den zuständigen Behörden im Rahmen der oben genannten tierseuchenrechtlichen Vorschriften mitgeteilt werden müssen, auch zu agrarstatistischen Zwecken verarbeitet und genutzt werden können. Die Regelung führt zu einer Entlastung der Landwirte von bürokratischem Aufwand, da doppelte Angaben zu gleichen Sachverhalten zukünftig überflüssig werden.

Die Verarbeitung der Daten dient der Erfüllung der Auskunftspflicht nach § 93 Abs. 10 Satz 2 AgrStatG. Um die Auskünfte unter Verwendung des HIT verwaltungsökonomisch und mit möglichst geringem Aufwand für die Datenübermittlung durchführen zu können, empfiehlt sich eine Übermittlung der Angaben in bestimmter aufbereiteter Form. Besondere Regelungen über die Verarbeitung und

Nutzung der übermittelten Daten bei den statistischen Ämtern sind angesichts der statistikrechtlichen Vorschriften über den Daten- und Geheimnisschutz (insbesondere die §§ 1, 16 des Bundesstatistikgesetzes) nicht erforderlich.

Zu Artikel 3 (Neufassung des Agrarstatistikgesetzes)

Da das Agrarstatistikgesetz mit diesem Gesetz in größerem Umfang geändert wird, ist eine Bekanntmachungserlaubnis für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vorgesehen.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 819. Sitzung am 10. Februar 2006 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. **Zu Artikel 1 Nr. 3** (§ 20a AgrStatG),
Nr. 9 (§ 93 Abs. 10 AgrStatG)

Der Bundesrat unterstützt das Anliegen der Bundesregierung, das mit dem Gesetzentwurf verfolgt wird.

Der Entwurf sieht u. a. vor, dass neben der Nutzung der bereits jetzt an HIT (Herkunftssicherungs- und Informationssystem Tier) gemeldeten Daten, die rechtliche Grundlage zur Nutzung von Daten, die im Rahmen der Viehverkehrsverordnung (§ 24b ViehVerkV) auf der Grundlage des Rinderregistrierungsdurchführungsgesetzes erhoben werden, geschaffen wird. Es handelt sich hierbei insbesondere um das Merkmal „Produktionsrichtung“ in der Rinderhaltung.

Um zusätzlichen Aufwand (u. a. zusätzliche Schreibrechte für das HIT-System) bei den für die Erhebung dieses Merkmals zuständigen Stellen zu vermeiden, bittet der Bundesrat jedoch, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, inwieweit die Meldung des Merkmals „Produktionsrichtung“ nicht durch die Landwirte selbst im Rahmen der ohnehin regelmäßig vorzunehmenden Meldung an das HIT-System erfolgen kann. Hierzu wären die Meldeverpflichtungen der Viehverkehrsverordnung entsprechend zu ändern.

Begründung

Neben der Nutzung der bereits jetzt an HIT gemeldeten Daten schafft der Gesetzentwurf die rechtliche Grundlage zur Nutzung von Daten, die im Rahmen der Viehverkehrsverordnung auf der Grundlage des Rinderregistrierungsdurchführungsgesetzes von den zuständigen Veterinärbehörden erhoben werden, die zumindest in Teilen kein Zugriffsrecht auf HIT haben; hier insbesondere das Merkmal „Produktionsrichtung“.

Durch die Nutzung dieser bei den zuständigen Veterinärbehörden vorliegenden Daten würde zusätzlicher Aufwand bei diesen Behörden entstehen, dessen Umfang derzeit nicht hinreichend verlässlich abgeschätzt werden kann. Die Veterinärbehörden müssten aber in jedem Fall mit zusätzlichen Schreibrechten für die HIT-Datenbank ausgestattet werden.

Als Alternative bietet sich daher an, die Meldung des Merkmals „Produktionsrichtung“ durch die Landwirte direkt in das HIT-System vornehmen zu lassen. Dies könnte gegebenenfalls auch reaktiv auf Grund einer regelmäßigen Abfrage des Systems an die Landwirte, die gerade Daten eingeben, erfolgen. Hierzu müssten allerdings die Meldeverpflichtungen der Viehverkehrsverordnung entsprechend geändert werden.

Eine alternative Nutzung von „InVeKos-Daten“ schließt sich auf Grund der nicht einheitlichen Erhebung der Daten in den Ländern aus.

2. **Zu Artikel 1 Nr. 3a** (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 AgrStatG),
Nr. 4 Buchstabe a₁ – neu –
(§ 29 Abs. 1 Nr. 3 AgrStatG),
Buchstabe c – neu –
(§ 29 Abs. 1 Nr. 8 – neu – AgrStatG)

Artikel 1 ist wie folgt zu ändern:

a) Nach Nummer 3 ist folgende Nummer 3a einzufügen:

„3a. In § 28 Abs. 1 Nr. 1 werden die Wörter „die Gewinnermittlung und die Umsatzbesteuerung sowie“ gestrichen.“

b) Nummer 4 ist wie folgt zu ändern:

aa) Nach Buchstabe a ist folgender Buchstabe a₁ einzufügen:

„a₁) Nummer 3 wird aufgehoben.“

bb) Nach Buchstabe b ist folgender Buchstabe c anzufügen:

„c) Nummer 8 wird aufgehoben.“

Begründung

Die Erhebung der Art der Gewinnermittlung (§ 29 Abs. 1 Nr. 3) und der Form der Umsatzbesteuerung (§ 29 Abs. 1 Nr. 8) ist über die Agrarstrukturerhebung nicht zuverlässig ermittelbar. Bei den Merkmalen handelt es sich um steuerliche Merkmale, die von den Auskunftspflichtigen in vielen Fällen nicht richtig eingeordnet werden können. Die Erfassung der Merkmale ist daher nicht hinreichend zuverlässig. Ein dringender Bedarf für die erhobenen Daten ist nicht ersichtlich. Sie können zudem auch über die Finanzverwaltung ermittelt werden.

Unter Berücksichtigung der eingeschränkten Nutzung, der schwierigen Erhebung, der Datengüte und der notwendigen Entlastung der Auskunftspflichtigen ist auf diese Erhebungsmerkmale zu verzichten.

3. **Zu Artikel 1 Nr. 6 Buchstabe d** (§ 47 Abs. 3 Satz 3 AgrStatG)

In Artikel 1 Nr. 6 Buchstabe d ist § 47 Abs. 3 Satz 3 zu streichen.

Begründung

Dieser Satz besagt, dass entgegen der bisherigen Verfahrensweise eine Rückkopplung von der Bundesforschungsanstalt an die statistischen Landesämter besteht. Es ist weder erkennbar, für welchen Verwendungszweck diese Daten genutzt werden sollten, noch wird eine Aussage zum weiteren Vorgehen gemacht, wenn in Proben „gesundheitlich nicht erwünschte Stoffe“ festgestellt werden. Dies gilt umso mehr, als § 21 BStatG eine Reidentifizierung untersagt.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung

**1. Zu Artikel 1 Nr. 3 (§ 20a AgrStatG),
Nr. 9 (§ 93 Abs. 10 AgrStatG)**

Die Bundesregierung hat die Bitte des Bundesrates geprüft, durch Änderung der Viehverkehrsverordnung eine Meldepflicht der landwirtschaftlichen Rinderhalter für das erforderliche Merkmal „betriebliche Produktionsrichtung“ im Rahmen der vorzunehmenden Meldungen an das Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT) vorzusehen.

Anliegen des Gesetzentwurfs, das auch vom Bundesrat unterstützt wird, ist es, Unternehmen von statistischen Berichtspflichten zu entlasten. Dazu sollen insbesondere Doppelmeldungen zu weitgehend identischen Sachverhalten vermieden werden. Es kann also auch innerhalb der Viehverkehrsverordnung (ViehVerkV) nicht darum gehen, zu den bestehenden Meldepflichten der Tierhalter nach § 24b ViehVerkV weitere hinzuzufügen, denn dort ist u. a. die Nutzungsart der Tiere bereits als meldepflichtiges Merkmal genannt. Möglich ist jedoch, den Meldeweg der nach § 24b ViehVerkV obligatorischen Meldungen, nämlich der Anzeige, auch der Änderungsanzeige, der landwirtschaftlichen Rinderhalter zur Nutzungsart der Tiere so zu ändern, dass die Tierhalter ihre Meldungen nicht nur gegenüber den zuständigen Behörden, sondern alternativ auch gegenüber den von diesen beauftragten Stellen (Regionalstellen) abgeben können. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird dazu eine entsprechende Regelung in der nächsten Änderung der ViehVerkV vorsehen. Die neue Regelung wird jedoch nur zukünftige Anzeigen erfassen, da Tierhalter, die ihre Pflicht zur Anzeige der Nutzungsart bereits durch eine Anzeige bei der zuständigen Behörde erfüllt haben, nicht durch eine Verpflichtung zur erneuten Anzeige dieses Sachverhalts, diesmal gegenüber der beauftragten Stelle, belastet werden sollen.

Zeitlich sollte es Ziel sein, die Primärerhebung der Viehbestände hinsichtlich der Erhebungsmerkmale für die Bestände an Rindern ab der Erhebung im November 2007 durch die Verwendung von HIT-Daten zu ersetzen. Angesichts des benötigten zeitlichen Vorlaufs für die Schaf-

fung der technischen Voraussetzungen ist der in der Begründung des Gesetzentwurfs genannte Zeitpunkt November 2006 nicht mehr einzuhalten.

Auch für die so verschobene Umsetzung dieser Maßnahme zum Bürokratieabbau bedarf es der Mitwirkung der Länder. Insbesondere werden die zur Umsetzung in der HIT-Datenbank zu implementierenden Daten zur aktuellen betrieblichen Produktionsrichtung von den zuständigen Stellen der Länder zu liefern sein.

**2. Zu Artikel 1 Nr. 3a (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 AgrStatG),
Nr. 4 Buchstabe a₁ – neu –
(§ 29 Abs. 1 Nr. 3 AgrStatG),
Buchstabe c – neu –
(§ 29 Abs. 1 Nr. 8 – neu – AgrStatG)**

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag, der die Streichung der Angaben zur Art der Gewinnermittlung und zur Form der Umsatzbesteuerung landwirtschaftlicher Betriebe in der Agrarstrukturerhebung bezweckt, nicht zu.

Die Ergebnisse der Erhebung der Merkmale „Art der Gewinnermittlung“ und „Form der Umsatzbesteuerung“ haben eine erhebliche Bedeutung für politische Entscheidungsprozesse. Auf ihre Erhebung kann daher nicht verzichtet werden.

Nach Auffassung der Bundesregierung dürfte die Einordnung der Merkmale den Auskunftspflichtigen keine größeren Schwierigkeiten bereiten. Auch sind mit der Erhebung keine nennenswerten bürokratischen Belastungen verbunden. Die Merkmale werden nur alle vier Jahre erhoben.

Im Übrigen können die Daten nur über die Agrarstrukturerhebung verfügbar gemacht werden. Ihre Ableitung aus anderen Erhebungen (Einkommensteuer- bzw. Umsatzsteuerstatistik) ist nicht möglich.

**3. Zu Artikel 1 Nr. 6 Buchstabe d (§ 47 Abs. 3 Satz 3
AgrStatG)**

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

**Begründung des Entwurfs für die Zweite Verordnung
zur Änderung der Ersten Agrarstatistikverordnung vom 4. April 2007
(BR-Drucks. Nr. 130/07 vom 16. Februar 2007)**

Nachfolgend abgedruckt

Begründung

A. Allgemeiner Teil

1. Bestimmte Erhebungsmerkmale der Bodennutzungserhebung, deren Erhebung durch das Agrarstatistikgesetz angeordnet ist, entsprechen nicht mehr dem aktuellen Bedarf. An ihrer Stelle sollen durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) nach § 94a Nr. 1 Buchstabe b des Agrarstatistikgesetzes andere Erhebungsmerkmale eingeführt werden, ohne dass damit der Erhebungsumfang erweitert wird.
2. Im Rahmen des Aktionsplanes zur Verringerung bürokratischer Hemmnisse in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft werden bestehende Informationspflichten daraufhin überprüft, ob und inwieweit diese abgebaut werden können. Dies führt zu einer Reduzierung der durch Bundesrecht verursachten Bürokratiekosten und entlastet die Wirtschaft. Dies entspricht auch dem vom Bundeskabinett beschlossenen „Programm Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“.
3. Für einige Merkmale der Holzstatistik ergab die Überprüfung, dass entsprechende Ergebnisse nicht mehr oder nur in größerem zeitlichen Abstand benötigt werden. Nach § 94a Nr. 1 Buchstabe a des Agrarstatistikgesetzes ist das BMELV ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Erhebung solcher Merkmale auszusetzen oder die Periodizität zu verlängern.
4. Die Aussetzung einiger Merkmale führt zu einer Senkung der Durchführungskosten. Die Ersetzung von Merkmalen ist nahezu kostenneutral. Ferner entstehen Umstellungskosten. Im einzelnen:
 - a) Statistisches Bundesamt: jährliche Minderkosten rd. 30 000 €, einmalige Umstellungskosten rd. 3 000 €.
 - b) Statistische Ämter der Länder jährliche Minderkosten rd. 34 000 €, einmalige Umstellungskosten rd. 6 000 € sowie Kosten der Verbundprogrammierung von rd. 18.000 €.
5. Die Auskunftspflichtigen werden durch die Aussetzung sowie die Periodizitätsverlängerung von Merkmalen der Holzstatistik entlastet. Auch die Änderungen in der Bodennutzungserhebung führen für viele Unternehmen zu Vereinfachungen, für andere sind

sie aufwandsneutral. In der Bodennutzungserhebung steht die Verbesserung des Nutzwerts der Ergebnisse im Mittelpunkt.

6. Geringfügige kosteninduzierte Einzelpreisänderungen lassen sich nicht gänzlich ausschließen. Durch die Änderungen sind keine messbaren Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau zu erwarten. Mittelbare über die öffentlichen Haushalte transmittierte Preiseffekte sind genau so wenig zu erwarten.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1

§ 1 (Erhebung über die Viehbestände)

Diese gegenstandslos gewordene Regelung wird aufgehoben.

(§ 3 - Ernte- und Betriebsberichterstattung)

Die bisher durch diese Regelung des Verordnungsgebers ausgesetzten Erhebungsmerkmale der Ernte- und Betriebsberichterstattung wurden zwischenzeitlich durch das Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des Rinderregistrierungsdurchführungsgesetzes vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1659) gestrichen. Damit kann die Regelung aufgehoben werden.

Zu Nummer 2

§ 5 (Zierpflanzenerhebung)

Die Erhebung zum Zierpflanzenbau wird als Teil der Bodennutzungserhebung alle vier Jahre durchgeführt. Die Erfahrungen aus der letzten Erhebung 2004 sprechen für eine Anpassung des Erhebungsprogramms. Insbesondere sollen für Topfpflanzen (das sind Zimmer-, Beet und Balkonpflanzen) die erzeugten Stückzahlen an Stelle der Anbauflächen erhoben werden. Dieses Merkmal ist für die Befragten leichter zu ermitteln und zugleich wird der Nutzwert der Ergebnisse erhöht. Als neues Merkmal wird der Umfang der beheizten Fläche im Unterglas-Zierpflanzenbau eingeführt.

Mit den Regelungen in Absatz 3 wird die Berichtszeit näher bestimmt.

§ 6 (Baumschulerhebung)

Auch die Baumschulerhebung wird als Teil der Bodennutzungserhebung alle vier Jahre durchgeführt. Die bisherige Erhebung des Merkmals „Bestände an Forstpflanzen nach Art und Zahl“ ist maßgeblich begründet durch den Entscheidungshilfebedarf des BMELV, insbesondere in Zusammenhang mit der auf 10 Jahre ab Inkrafttreten des Forstvermehrungsgutgesetzes (d.h. bis 31.12.2012) befristeten Zulassung von Ausgangsmaterial bestimmter Baumarten nach § 4 Abs. 2 dieses Gesetzes. Eine nächste Erhebung dieser Bestände im Jahr 2008 - wie im AgrStatG vorgesehen - ist ein zu früher Termin, um als aktuelle Datengrundlage für die skizzierten Entscheidungen zu dienen. Deshalb wird die Erhebung des Merkmals „Bestände an Forstpflanzen nach Art und Zahl“ zunächst ausgesetzt und es werden Lösungen geprüft, wie dem Entscheidungshilfebedarf adäquat Rechnung getragen werden kann.

Im verbleibenden Teil der Erhebung, den auf Flächenangaben bezogenen Positionen, sollen die Angaben zusätzlich nach der Intensität der Flächennutzung (Kulturform) differenziert werden. Dadurch wird der Nutzwert der Ergebnisse erhöht.

§ 7 (Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben)

Die bisher als Teil der Holzstatistik halbjährlich durchgeführte Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben soll künftig nur noch jährlich durchgeführt werden, um den Aufwand für Befragte und Durchführungsbehörden zu verringern.

Die Erhebung des Merkmals „Einschlagsprogramm“ wird ausgesetzt. Für Zwecke des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes (ForstSchAusglG) kann das Einschlagsprogramm auch auf andere Art und Weise ermittelt werden, so z.B. durch Ermittlung des durchschnittlichen Einschlags vergangener Normaljahre (Jahre ohne Anwendung des ForstSchAusglG).

Auch die Erhebung des Merkmals „Verkauf von Rohholz“ kann bei Anlegung eines strengen Maßstabs ausgesetzt werden.

Bei der Bestimmung des Absatzes 3 handelt es sich um eine Folgeänderung.

§ 8 (Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung)

Die bisher als Teil der Holzstatistik halbjährlich durchgeführte Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung soll künftig nur noch jährlich durchgeführt werden, um den Aufwand für Befragte und Durchführungsbehörden zu verringern.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten.

**Begründung des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes
zur Änderung der Ersten Agrarstatistikgesetzes und des
Rinderregistrierungsdurchführungsgesetzes vom 6. März 2009
(BR-Drucks. Nr. 694/08 vom 26. September 2008)**

Nachfolgend abgedruckt

Begründung

A. Allgemeiner Teil

1. Allgemeines

Ausgangslage, Zielsetzung des Gesetzentwurfs

Mit dem 1989 geschaffenen und 1992 in seinem Anwendungsbereich erweiterten Agrarstatistikgesetz (AgrStatG) verfügt Deutschland über eine einheitliche Rechtsgrundlage für diesen Bereich der Bundesstatistik. Die Novellen des Gesetzes aus den Jahren 1998, 2002 und 2006 zielten primär auf eine Straffung von Verwaltungsaufgaben und die Entlastung der auskunftspflichtigen Unternehmen sowie die Anpassung von Vorschriften an veränderte fachliche Anforderungen.

Das Agrarstatistikgesetz hat sich in seinen Grundzügen bewährt. Im Mittelpunkt der nun vorgesehenen Änderungen des Gesetzes steht die Anpassung der Erhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben an die neuen Rahmenbedingungen des europäischen Agrarstatistikrechts. Zum Inhalt der beiden folgenden Verordnungen besteht nach erster Lesung im Europäischen Parlament Einvernehmen zwischen Rat und EP; sie werden in absehbarer Zeit verkündet:

- Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Betriebsstrukturserhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates (nachfolgend: Verordnung über die Betriebsstrukturserhebungen),
- Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Viehbestands- und Fleischstatistiken.

Dies ist Anlass für tief greifende Änderungen im Gesamtkonzept der Erhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Damit soll die Grundausrichtung der früheren Novellen des Gesetzes fortgesetzt werden und sollen Auskunftspflichtige so weit als möglich entlastet werden. Folgende Elemente dienen diesem Ziel:

- grundsätzlicher Verzicht auf Vollerhebungen, sowohl im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung als auch bei der Erhebung der Viehbestände, in den Jahren nach der mit diesem Gesetz angeordneten Landwirtschaftszählung 2010,
- Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen, um kleine landwirtschaftliche Betriebe gänzlich von statistischen Berichtspflichten zu befreien,
- Verlängerung der Periodizität der Agrarstrukturserhebungen von zwei auf drei Jahre,

- Verringerung des Stichprobenumfangs der Erhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben in Verbindung mit der Anwendung eines neuen Stichprobenkonzepts,
- Ausbau des Betriebsregisters Landwirtschaft zur Sicherung der Qualität der Ergebnisse der Stichprobenerhebungen.

Andererseits bedingt Artikel 7 Abs. 1 der Verordnung über die Betriebsstrukturerhebungen Ausweitungen im Merkmalskatalog der Agrarstrukturerhebungen. Artikel 11 dieser Verordnung schreibt die Durchführung einer neuen Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden vor.

Weitere Zielsetzungen des Gesetzentwurfs sind:

- Schaffung einer ausreichenden Datengrundlage zu Emissionen von Klimagasen aus landwirtschaftlichen Quellen,
- Übernahme von durch Rechtsverordnung vorgenommenen Einschränkungen und Aktualisierungen von Erhebungsinhalten als gesetzliche Regelung,
- Straffung von Verwaltungsaufgaben durch zentrale Durchführung einiger kleinerer Erhebungen und Optimierung des Aufgabenzuschnitts bei der Durchführung einer Statistik,
- Erweiterung der Verwendungsmöglichkeiten erhobener Daten.

Aufbau des Gesetzentwurfs

Das Gesetz gliedert sich in sechs Artikel. Die Artikel 1 und 2 enthalten die Änderungen des Agrarstatistikgesetzes. Da die Änderungen des Gesetzes zu zwei verschiedenen Zeitpunkten in Kraft treten sollen und einige Vorschriften des Gesetzes zu beiden Zeitpunkten geändert werden, ist diese Teilung notwendig. Artikel 3 beinhaltet eine Folgeänderung im Rinderregistrierungsdurchführungsgesetz. Mit Artikel 4 werden Regelungen der Ersten Agrarstatistikverordnung aufgehoben. Artikel 5 enthält die Erlaubnis für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, das geänderte Agrarstatistikgesetz in der neuen Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen. Artikel 6 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Wesentliche Inhalte des Gesetzentwurfs

Im Agrarstatistikgesetz sind vor allem folgende Änderungen vorgesehen (Artikel 1 und 2). Dabei greift für alle unter den folgenden Buchstaben b bis f genannten Erhebungen jeweils die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen, insbesondere von zwei Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) auf fünf Hektar LF:

- a) Flächenerhebung: Umstellung auf eine jährliche Erhebung der tatsächlichen Nutzung aller Bodenflächen;
- b) Bodennutzungshaupterhebung: Streichung der bisher zweijährlich als allgemeiner Erhebungsteil durchgeführten Feststellung der betrieblichen Einheiten, Durchführung der bisher vierjährigen allgemeinen Erhebungen der Nutzung der Bodenflächen nur noch in den Jahren 2010 und 2016, Verringerung des Stichprobenumfangs der Erhebungen in den Zwischenjahren;
- c) Zierpflanzenerhebung (vierjährlich): Übernahme von durch Rechtsverordnung vorgenommenen Aktualisierungen von Erhebungsinhalten;
- d) Viehbestandserhebung: nach nun etablierter Nutzung von Verwaltungsdaten für die Erhebung der Rinderbestände Umstellung auf ein neues Stichprobenkonzept für die Erhebung der Schweine- und Schafbestände mit erheblich verringertem Stichprobenumfang unter Verzicht auf allgemeine Erhebungen; Erhebung von Beständen an Einhufern und Geflügel nur noch im Rahmen der Agrarstrukturhebungen; Lösen der Verbindung zwischen Viehbestandserhebung und Agrarstrukturhebung;
- e) Agrarstrukturhebung: Anordnung von (bisher zweijährlich durchgeführten) Agrarstrukturhebungen für die Jahre 2010, 2013 und 2016; im Jahr 2010 als allgemeine Erhebung, die zugleich den umfangreichsten Teil der Landwirtschaftszählung bildet; Verringerung des Stichprobenumfangs bei erweitertem Merkmalskatalog;
- f) Landwirtschaftszählung: Anordnung der bisher in rund zehnjährlichem Rhythmus durchgeführten Haupterhebung für das Jahr 2010 unter Einschränkung des Merkmalskatalogs, Anordnung einer Stichprobenerhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden als weiteren Teil der Landwirtschaftszählung, Aufhebung der Regelungen zu den übrigen Teilen der Landwirtschaftszählung (Weinbauerhebung, Gartenbauerhebung, Binnenfischereierhebung);
- g) Holzstatistik: Übernahme der durch Rechtsverordnung angeordneten Einschränkungen in der Holzstatistik als gesetzliche Regelung sowie Streichung der besonderen Erfassungsgrenze für Sägewerke in der Holzmarktstatistik;
- h) Erhebung in Brütereien, Erhebung in Geflügelschlachtereien: Zentralisierung der Durchführungsaufgaben beim Statistischen Bundesamt;
- i) Milchstatistik: Zentralisierung der Durchführungsaufgaben bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) zur Optimierung des Aufgabenzuschnitts;
- j) Schaffung einer Verordnungsermächtigung zur Erhebung von Daten landwirtschaftlicher Betriebe (Wirtschaftsdünger, Haltungs- und Fütterungsverfahren) für die Emissionsberichterstattung;

- k) Anordnung einer Registerumfrage zur Feststellung der Grundgesamtheit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in 2009 in Vorbereitung der Landwirtschaftszählung 2010 sowie der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden.

Gesetzesfolgen

Mit den Artikeln 1 und 2 des Gesetzentwurfs wird zunächst Änderungen der Rahmenbedingungen des EG-Agrarstatistikrechts Rechnung getragen. Darüber hinaus wird aktuellem Informationsbedarf entsprochen, indem

- für das Jahr 2010 eine Landwirtschaftszählung als erweiterte allgemeine Agrarstrukturerhebung angeordnet wird und
- die Flächenerhebung auf einen jährlichen Nachweis aller Kategorien der tatsächlichen Flächennutzung erweitert wird.

Zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe werden von statistischen Auskunftspflichten entlastet. Insbesondere werden durch die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen der landwirtschaftlichen Betriebe mehr als 50 000 kleine Betriebe gänzlich von Auskunftspflichten befreit und die Auskunftspflichten der rund 28 000 Forstbetriebe zur Bodennutzung werden vereinfacht. Der Umfang der Stichproben wird erheblich reduziert. Andererseits sind Ausweitungen im Merkmalskatalog der Agrarstrukturerhebungen zur Durchführung von EG-Recht notwendig.

Mit dem weitgehenden Verzicht auf Vollerhebungen ist ein Verlust von Regionaldaten der Landwirtschaftsstatistik, insbesondere Daten auf Kreis- und Gemeindeebene, verbunden. Nach der Landwirtschaftszählung 2010 sind erst im Jahr 2016 erneut allgemeine Erhebungen zur Deckung des Bedarfs an Regionaldaten zu Bodennutzung und Viehhaltung landwirtschaftlicher Betriebe vorgesehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für die Rinderbestände Regionalergebnisse aus Verwaltungsdaten zur Verfügung stehen.

Mit der Änderung der Vorschrift zur Übermittlung von Einzelangaben von den statistischen Landesämtern an das Statistische Bundesamt sowie einer neuen Vorschrift zur Übermittlung von Tabellendaten vom Statistischen Bundesamt an das Johann Heinrich von Thünen-Institut für Aufgaben der Politikfolgenabschätzung werden die Verwendungsmöglichkeiten erhobener Daten erweitert.

Die Statistikbehörden der Länder und das Statistische Bundesamt dürfen die im Betriebsregister enthaltenen Angaben künftig zur Führung des Statistikregisters verwenden. Dies stellt sicher, dass die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister

für statistische Zwecke erfüllt werden können, ohne dass zusätzliche Informationspflichten für land- und forstwirtschaftliche Betriebe eingeführt werden müssen.

Schließlich werden die Rechtsvorschriften des Agrarstatistikgesetzes insgesamt vereinfacht.

2. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

2.1 Kosten ohne Vollzugaufwand

Keine.

2.2 Vollzugaufwand in Bund und Ländern

a) Kosten für den Bundeshaushalt

Die Umsetzung dieses Gesetzes führt im Saldo von Mehr- und Minderkosten im Zehnjahreszeitraum 2010 bis 2019 zu einer geringfügigen Entlastung des Statistischen Bundesamtes. Die durchschnittlichen jährlichen Minderkosten betragen rd. 35 000 €. Dem stehen einmalige Umstellungskosten von rd. 240 000 € gegenüber. Auswirkungen auf die in der Finanzplanung des Bundes vorgesehenen Ausgaben für das Statistische Bundesamt ergeben sich hieraus nicht.

b) Kosten für die Länder

Die Umsetzung dieses Gesetzes führt im Saldo von Mehr- und Minderkosten auf mittlere Sicht zu einer Entlastung der statistischen Landesämter. Die durchschnittlichen jährlichen Minderkosten betragen rd. 230 000 € bei einmaligen Umstellungskosten von insgesamt rd. 1,0 Mio. €.

3. Sonstige Kosten

Unmittelbare Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind durch die Änderungen nicht zu erwarten. Die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte fallen so gering aus, dass hiervon keine mittelbaren Preiseffekte ausgehen.

4. Bürokratiekosten

Bürokratiekosten der Wirtschaft

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die jährlichen Bürokratiekosten der Wirtschaft nach dem Agrarstatistikgesetz um rd. 1,3 Mio. € reduziert. Dies entspricht bei einem Ausgangsniveau von rd. 5,3 Mio. € einer Verringerung um 25 %. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung von Bürokratielasten der Wirtschaft erreicht, obwohl aus EG-rechtlichen Gründen in Teilbereichen neue Auskunftspflichten geschaffen werden müssen. Insgesamt werden von 53 bestehenden Informationspflichten sechs geändert (drei Vereinfachungen, drei Ausweitungen) und 32 aufgehoben. Fünf neue Informationspflichten werden eingeführt.

Bei den Berechnungen wurde von der im Jahr 2007 agrarstatistisch erfassten Zahl landwirtschaftlicher Betriebe ausgegangen, von denen 321 600 über den ab dem Jahr 2010 nach diesem Gesetzentwurf anzuhebenden Erfassungsgrenzen liegen. Diese Zahl wurde als Grundgesamtheit bei der Ermittlung der Bürokratiekosten zugrunde gelegt, d. h. der Strukturwandel bis 2010 und in den Folgejahren ist damit nicht berücksichtigt. Auch die Auswirkungen der höheren Erfassungsgrenzen auf die Spezialerhebungen zur Bodennutzung nach § 2 Nr. 3 bis 5 (Verringerung der Fallzahlen in allgemeinen Erhebungen) bleiben außer Betracht. Beide Gesichtspunkte führen tendenziell zu einer noch stärkeren Verringerung von Bürokratiekosten. Nicht berücksichtigt ist zudem, dass bereits bisher die statistischen Landesämter insbesondere im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung in unterschiedlichem Maße Verwaltungsdaten an Stelle primärstatistischer Erhebungen verwenden und dies auch künftig eine wichtige Rolle spielen wird.

Das oben zusammengefasste Resultat entsteht aus folgenden Veränderungen:

a) Bodennutzungshaupterhebung

Von den fünf bestehenden Informationspflichten im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung werden die beiden Informationspflichten zur Feststellung der betrieblichen Einheiten aufgehoben. Durch die Verlängerung der Periodizität der Vollerhebungen verringert sich die jährliche Fallzahl Auskunftspflichtiger. Die Angaben zum Zwischenfruchtanbau werden vereinfacht, die übrigen Angaben zur Bodennutzung erfordern wegen ausgeweiteter EG-rechtlicher Anforderungen einen etwas höheren Zeitbedarf. Für die künftig erfragten Angaben wird ein Zeitaufwand von insgesamt 52 Minuten je Fall angesetzt.

Im Saldo werden die jährlichen Bürokratiekosten von rd. 3,0 Mio. € um rd. 0,9 Mio. € auf rd. 2,1 Mio. € verringert.

b) Erhebung über die Viehbestände

Von den zehn bestehenden Informationspflichten im Rahmen der Viehbestandserhebung werden die fünf Informationspflichten der allgemeinen Viehbestandserhebung aufgehoben, ihre Inhalte allerdings zum Teil in Informationspflichten der Agrarstrukturhebung übernommen. Die Informationspflichten der repräsentativen Viehbestandserhebung über die Bestände an Schweinen und Schafen führen aufgrund des nach neuem Erhebungskonzept geringeren Stichprobenumfangs zu jährlichen Bürokratiekosten von nur noch 370 000 €. Für die bisherigen drei Informationspflichten über die Bestände an Rindern (mit Kosten von rd. 1,0 Mio. € in der Ausgangssituation) ist bei dieser Darstellung berücksichtigt, dass seit der Viehbestandserhebung im Mai 2008 bundesweit Verwaltungsdaten zur Ermittlung der Rinderbestände genutzt werden. Deshalb sind schon in der Ausgangssituation die Kosten bezüglich der Rinderbestände nicht in die Berechnung einbezogen. Die Bürokratiekosten der Viehbestandserhebung sinken um 400 000 € gegenüber der Ausgangssituation (770 000 €).

c) Strukturhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Die acht Informationspflichten des bisherigen Ergänzungsprogramms der Agrarstrukturhebung werden zu einer komplexen Informationspflicht landwirtschaftlicher Betriebe zusammengefasst, die den gesamten Merkmalskatalog der Agrarstrukturhebung umfasst. Deren Inhalte sind zudem durch neue Anforderungen des EG-Rechts erweitert und umfassen nach dem neuen Erhebungskonzept auch Angaben zu Viehbeständen. Für die Agrarstrukturhebung 2010 resultiert (einschließlich der Merkmale zur Bodennutzung, die in der Kostenrechnung unter Buchstabe a erfasst sind) ein Zeitaufwand je Betrieb von 116 Minuten. Andererseits werden Merkmale in weit geringerem Umfang als bisher im Rahmen von Vollerhebungen erfasst, so dass sich über den gesamten Planungszeitraum 2010 - 2019, in dem drei Agrarstrukturhebungen vorgesehen sind, die jährlichen Fallzahlen erheblich verringern. Für Forstbetriebe wird eine gegenüber der bisherigen Feststellung der betrieblichen Einheiten (siehe unter a) vereinfachte Informationspflicht eingeführt. Insgesamt betragen die Kosten der Agrarstrukturhebung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe dann jährlich rd. 770 000 €. Dieser Betrag liegt um 140 000 € über den derzeitigen Bürokratiekosten des Ergänzungsprogramms der Agrarstrukturhebung für landwirtschaftliche Betriebe nach dem Agrarstatistikgesetz (620 000 €).

Die in nur zehnjährlichem Turnus durchgeführte Landwirtschaftszählung wird erheblich vereinfacht; von den 18 bestehenden Informationspflichten (einschließlich Weinbau-, Gartenbau- und Binnenfischereierhebung) werden 17 aufgehoben und eine Informationspflicht eingeführt, die bisher inhaltlich der Agrarstrukturhebung zugeordnet war. Per Saldo verbleiben von 240 000 € an Bürokratiekosten in der Ausgangssituation nur noch rd. 30 000 €. Zu den Argu-

menten hinsichtlich einer späteren Wiedereinführung von Teilen dieser nun aufgehobenen Informationspflichten wird auf den fachlichen Teil der Begründung verwiesen.

Zur Durchführung der EG-rechtlich notwendigen Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden werden zwei neue Informationspflichten geschaffen. Im Planungszeitraum resultieren Bürokratiekosten von rd. 150 000 € jährlich.

d) Weitere Informationspflichten

Durch die Ausweitung der Informationspflicht zur Erhebung in Geflügelschlachtereien sowie Einschränkungen der beiden Informationspflichten im Rahmen der Holzstatistik, die teilweise bereits durch Rechtsverordnung bewirkt wurden, resultieren im Saldo um rd. 60 000 € geringere jährliche Bürokratiekosten.

Im Übergangsjahr 2009 führen der bereits greifende Wegfall von Informationspflichten zur Feststellung der betrieblichen Einheiten und zum Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturerhebung einerseits und die nur für 2009 einmalig vorgesehene Informationspflicht zur Feststellung der Grundgesamtheit andererseits in der Summe etwa zu Belastungsneutralität.

Bürokratiekosten für Bürgerinnen und Bürger

Es werden keine Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger neu eingeführt, geändert oder aufgehoben.

Bürokratiekosten der Verwaltung

Der Gesetzentwurf enthält zwei neue Informationspflichten der Verwaltung (§ 93 Abs. 7 und § 97 Abs. 6). Drei Informationspflichten werden ausgeweitet (§ 4 in Verb. mit § 93 Abs. 2 Nr. 2, § 71 Abs. 1 in Verb. mit § 93 Abs. 2 Nr. 6 sowie § 94 Abs. 3 a. F.), eine wird vereinfacht (§ 61 in Verb. mit § 93 Abs. 2 Nr. 4) und vier werden aufgehoben (§ 36 Abs. 2 in Verb. mit § 93 Abs. 2 Nr. 6, § 93 Abs. 2 Nr. 5, § 93 Abs. 2 Nr. 7 sowie § 97 Abs. 7 a. F.).

5. Gleichstellungspolitische Gesetzesfolgenabschätzung

Das Gesetzesvorhaben wurde darauf hin überprüft, ob Auswirkungen von gleichstellungspolitischer Bedeutung zu erwarten sind. Dies ist nicht der Fall.

6. Befristungsmöglichkeit

Eine Befristung des vorliegenden Gesetzes oder des Stammgesetzes ist nicht sinnvoll. Jedoch werden Agrarstrukturerhebungen als die zentralen Erhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nur bis zum Jahr 2016 vorgesehen, entsprechend den Vorgaben des EG-Rechts. Landwirtschaftszählung und Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden werden jeweils nur als einmalige Erhebung angeordnet. Daraus ergibt sich eine faktische Befristung.

7. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Agrarstatistikgesetzes)

Zu den Nummern 1 und 2

Die Inhaltsübersicht wird als Folge zahlreicher Änderungen neu gefasst und die Zählbezeichnungen der übergeordneten Gliederungseinheiten werden aus rechtsförmlichen Gründen angepasst.

Zu Nummer 3 (§ 10 Abs. 1 Nr. 2, § 47 Abs. 1)

Die Streichung des Wortes „repräsentativ“ gibt den statistischen Ämtern mehr Flexibilität beim Aufstellen der Stichprobenpläne dieser Erhebungen. Nach § 1 Satz 3 BStatG gewinnt die Bundesstatistik die Daten unter Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter Einsatz der jeweils sachgerechten Methoden. Darüber hinaus wird mit § 91 Abs. 6 des vorliegenden Gesetzes künftig bestimmt, dass die Auswahl der Erhebungseinheiten bei Stichprobenerhebungen nach mathematisch-statistischen Auswahlverfahren erfolgt. Innerhalb dieses Rechtsrahmens kann es den statistischen Ämtern überlassen werden, welche Methoden sie bei Stichprobenerhebungen einsetzen, um die qualitativ bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.

Entsprechend werden auch weitere Bestimmungen des Gesetzes zu Stichprobenerhebungen (§§ 7, 19, 26 n. F.) angepasst.

Zu Nummer 4 (§§ 6 bis 8)

Die Bodennutzungshaupterhebung wird künftig grundsätzlich nur noch als Stichprobenerhebung durchgeführt. Eine Ausnahme bilden die Jahre 2010, in dem nach Artikel 6 Abs. 2 der Verordnung über die Betriebsstrukturhebungen eine allgemeine Erhebung als Teil der Landwirtschaftszählung vorgeschrieben ist, und 2016, in dem eine allgemeine Erhebung zur Deckung des nationalen Bedarfs an Regionaldaten vorgesehen ist. Die bisherige Gliederung der Erhebung in eine zweijährlich als allgemeine Erhebung durchgeführte Feststellung der betrieblichen Einheiten und eine (vierjährlich allgemeine und in den Zwischenjahren repräsentative) Erhebung der Bodenflächen wird aufgehoben. Die Stadtstaaten werden aufgrund ihrer relativ geringen Nutzflächen nur in den Jahren mit einer allgemeinen Erhebung einbezogen (siehe auch § 26 Abs. 2 Nr. 5).

Der Berichtskreis wird eingeschränkt auf landwirtschaftliche Betriebe, die bestimmte Mindestgrenzen des Umfangs der Flächennutzung oder der Viehhaltung (nach § 91 Abs. 1 Nr. 1) überschreiten. Daneben werden, ähnlich wie bisher, in den Ländern Baden-Württemberg und Bayern gemeinschaftlich genutzte Flächen einbezogen, auch wenn sie nicht über die Merkmale eines Betriebs verfügen, um insbesondere Flächen von Almgensschaften weiterhin zu erfassen.

Die Erhebung der Viehbestände wird aus EG-rechtlichen Gründen und wegen der mittlerweile eingeführten Verwendung von Verwaltungsdaten zur Ermittlung der Rinderbestände neu konzipiert (siehe Begründung zur Änderung der §§ 18 bis 20a in Artikel 2 Nr. 2). Deshalb wird die bisherige Verbindung zwischen Bodennutzungshaupterhebung und Viehbestandserhebung im Mai gelöst.

Das Merkmalsprogramm der Bodennutzungshaupterhebung wird verringert. Einige Erhebungsmerkmale, insbesondere die Angaben zur Rechtsstellung des Betriebsinhabers, werden künftig im Rahmen der Agrarstrukturhebung erhoben, andere Erhebungsmerkmale, u. a. die Größe der abgegebenen und erhaltenen Flächen, dienen künftig nur noch als Hilfsmerkmale. Angaben zum Zwischenfruchtanbau werden nur in Jahren mit einer allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung erhoben und dabei nicht mehr nach Pflanzenarten unterschieden. Angaben zum Zwischenfruchtanbau sind in mehrjährigem Abstand notwendig zum Abgleich der Datengrundlagen der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie von Futter- und Nährstoffbilanzen. Sie ermöglichen ferner die Abschätzung der Bedeutung von Zwischenfrüchten als Koferment für die Biogaserzeugung und der vielfältigen ökologischen Wirkungen des Zwischenfruchtanbaus insbesondere im Hinblick auf Fruchtfolgegestaltung und Bodenerosion.

Zu Nummer 5 (§ 11)

Die Erhebung zum Zierpflanzenbau wird als Teil der Bodennutzungserhebung alle vier Jahre durchgeführt. Aufbauend auf den Erfahrungen aus der Erhebung 2004, wurde das Erhebungsprogramm durch Rechtsverordnung (Zweite Verordnung zur Änderung der Ersten Agrarstatistikverordnung vom 4. April 2007) zur Erhebung 2008 angepasst. Diese Änderungen werden nun ins Agrarstatistikgesetz übernommen.

Insbesondere werden demnach für Topfpflanzen (das sind Zimmer-, Beet- und Balkonpflanzen) die erzeugten Stückzahlen an Stelle der Anbauflächen erhoben. Dieses Merkmal ist für die Befragten leichter zu ermitteln und zugleich wird der Nutzwert der Ergebnisse erhöht. Als neues Merkmal wurde der Umfang der beheizten Fläche im Unterglas-Zierpflanzenbau eingeführt.

Mit den Regelungen in Absatz 2 wird die Berichtszeit näher bestimmt.

Zu Nummer 6 (§ 19 Abs. 3)

Da die Viehbestandserhebung künftig nicht mehr gemeinsam mit der Agrarstrukturerhebung durchgeführt wird, ist die betreffende Textpassage zu streichen.

*Zu Nummer 7 (§§ 24 bis 43)**Zu § 24*

Das System der Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wird neu geordnet. Die bisher zweijährlich mit wechselnder Erhebungsart durchgeführten Agrarstrukturerhebungen werden entsprechend den Vorschriften des Gemeinschaftsrechts für die Jahre 2010, 2013 und 2016 angeordnet, das heißt auf einen dreijährlichen Rhythmus umgestellt. Zwar ist davon auszugehen, dass auch in fernerer Zukunft solche Strukturerhebungen erforderlich sind, jedoch sind die weitere Periodizität und das Merkmalsprogramm nicht so langfristig bestimmbar. Deshalb wird von der Festlegung eines unbefristeten dreijährlichen Erhebungsrhythmus abgesehen.

Als Folge der Neukonzeption der Bodennutzungshaupterhebung und der Viehbestandserhebung entfällt die Unterscheidung zwischen Grundprogramm und Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturerhebung.

Die Haupterhebung der Landwirtschaftszählung wird gemeinsam mit der Agrarstrukturhebung im ersten Halbjahr 2010 durchgeführt. Nach der Verordnung über die Betriebsstrukturhebungen ist eine einmalige Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden durchzuführen. Diese wird ebenfalls als Teil der Landwirtschaftszählung 2010 angeordnet. Die weiteren Teile der Landwirtschaftszählung werden aus unterschiedlichen Gründen gestrichen und die entsprechenden Unterabschnitte aufgehoben (siehe Begründung zu §§ 37 bis 43 der geltenden Fassung).

Zu Absatz 4: Nach den Vorgaben des Artikel 2 Buchstabe e der Verordnung über die Betriebsstrukturhebungen sind die Geokoordinaten des Betriebsstandortes zu bestimmen. Vor diesem Hintergrund wird geregelt, dass eine Aufbereitung und Veröffentlichung von Angaben der Strukturhebungen durch Zuordnung zu geografischen Gitterzellen zulässig ist. Geografische Gitterzellen sind künstliche, bezogen auf eine vorgegebene Kartenprojektion rechtwinklige, in der Regel quadratische Gebietseinheiten. So werden Darstellungen in Kartenform mit kleinräumiger Auflösung ermöglicht. Dies bietet vielfach eine sehr anschauliche Ergebnispräsentation. Durch die vorgegebene Mindestgröße der Gitterzellen von 100 ha wird die Möglichkeit einer punktgenauen räumlichen Zuordnung von Angaben ausgeschlossen. Bei der Verbreitung statistischer Ergebnisse sind im übrigen die Vorgaben der statistischen Geheimhaltung zu beachten. Dazu kann es notwendig sein, die statistischen Ergebnisse großräumiger darzustellen.

Zu § 25

Den Berichtskreis der Agrarstrukturhebung bilden zum einen, wie bisher, die landwirtschaftlichen Betriebe im Sinne des Gesetzes, wobei auf die in § 91 ab 2010 vorgesehenen höheren Erfassungsgrenzen (Artikel 2 Nr. 8) hinzuweisen ist. Darüber hinaus ist für Forstbetriebe die Erhebung ihrer Flächen nach Hauptnutzungsarten einschließlich der Flächen mit schnellwachsenden Baumarten (Kurzumtriebsplantagen) vorgesehen (siehe § 26 Abs. 3).

Zu §§ 26 und 27

§ 27 Abs. 1 enthält die Liste der Erhebungsmerkmale der Agrarstrukturhebung. Deren Erhebung ist zum größten Teil nach Artikel 7 Abs. 1 in Verbindung mit Anhang III der Verordnung über die Betriebsstrukturhebungen erforderlich. Neu hinzugekommen ist nach der Verordnung über die Betriebsstrukturhebungen die Notwendigkeit, folgende einzelbetriebliche Daten an die Kommission zu übermitteln:

- die Größe der bewässerbaren und der bewässerten Freilandfläche (Nr. 4),
- differenziertere Angaben zu den Flächen von Betrieben des ökologischen Landbaus (Nr. 6),
- Angaben über Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien (Nr. 8),
- Angaben zur Arbeitsleistung von Personen, die nicht in einem unmittelbaren Beschäftigungsverhältnis im Betrieb stehen, also insbesondere Beschäftigten von Lohnunternehmen (Nr. 10),

- Angaben zur Teilnahme des Betriebsleiters an Maßnahmen der beruflichen Bildung (Nr. 11 Buchstabe b),
- Angaben zum Bezug von bestimmten Beihilfen zur Förderung der ländlichen Entwicklung (Nr. 15).

Angaben darüber, ob Einkünfte bzw. Umsätze aus anderen Erwerbstätigkeiten als Landwirtschaft erzielt wurden, die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen (Nr. 14), wurden bereits seit 2003 nach den Vorgaben des EG-Rechts erhoben (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 der 1. AgrStatV). Hierzu gehören etwa die Direktvermarktung von Erzeugnissen, Tourismusangebote und die Erzeugung erneuerbarer Energien. Sie werden nun in den Merkmalskatalog des Gesetzes aufgenommen und ergänzt um das Merkmal „prozentualer Anteil des Umsatzes dieser Tätigkeiten am Gesamtumsatz des Betriebs“. Dieses ergänzende Merkmal wird ab 2010 in der neuen betriebswirtschaftlichen Klassifikation landwirtschaftlicher Betriebe verwendet, um besser herausstellen zu können, in welchem Umfang Betriebe Umsätze aus Tätigkeiten erzielen, die nicht als klassische landwirtschaftliche Tätigkeit anzusehen sind, aber mit denen Betriebe im Sinn einer multifunktionalen Landwirtschaft wichtige Leistungen zur Entwicklung ländlicher Räume erbringen. Unter diesem Aspekt wird bei den Angaben zu den Arbeitskräften des Betriebs (Nr. 9) künftig unterschieden zwischen der Arbeitszeit in landwirtschaftlicher Tätigkeit im Betrieb und in nicht landwirtschaftlichen Arbeiten, die unmittelbar mit dem Betrieb in Verbindung stehen, wie den oben genannten.

Die zuletzt im Jahr 2005 nach den Vorgaben des EG-Rechts erhobenen Angaben zur Maschinenausstattung (Nr. 7) sowie zur Berufsbildung des Betriebsleiters (Nr. 11 Buchstabe a) werden aufgrund der Verordnung über die Betriebsstrukturhebungen in den Merkmalskatalog aufgenommen.

Auch die Geokoordinaten des Betriebsstandortes müssen nach Artikel 7 Abs. 1 in Verbindung mit Anhang III der Verordnung über die Betriebsstrukturhebungen an die Kommission übermittelt werden. Zur Bestimmung des in Artikel 2 Buchstabe e dieser Verordnung definierten Betriebsstandortes ist zunächst der Betriebssitz, auch in räumlich referenzierter Form, zu ermitteln, der deshalb als Erhebungsmerkmal bestimmt wird (Nr. 1). Zur Georeferenzierung sollen Angaben verwendet werden, die bei den nach Landesrecht für das Vermessungswesen zuständigen Stellen vorliegen.

Der Umfang der zur Deckung nationalen Datenbedarfs erhobenen Merkmale wird auf wenige verbleibende Punkte verringert. Dazu gehören

- Angaben zur Art der Gewinnermittlung (Nr. 12),
- Angaben zu den sozialökonomischen Verhältnissen des Betriebsinhabers (Nr. 13), die der Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben dienen,

- differenzierte Angaben zu den Pachtentgelten (Unterscheidung nach Art der Nutzung, Pachtentgelte für Neupachten) nach Nr. 16.

Mit den Regelungen in Absatz 2 wird die Berichtszeit näher bestimmt.

Mit Absatz 3 wird geregelt, dass das für die Viehbestandsaufnahme (§§ 18 ff.) entwickelte Verfahren zur Ermittlung der Rinderbestände aus Verwaltungsdaten des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere (HIT) auch für die Agrarstrukturerhebung entsprechend angewendet wird. Die statistischen Ämter müssen dabei die Daten der Rinderhaltungen nach § 26 der Viehverkehrsverordnung in der Weise überführen, dass die Ergebnisse sich auf Rinderbestände landwirtschaftlicher Betriebe nach § 91 dieses Gesetzes beziehen.

Um den Erhebungsaufwand weiter zu begrenzen, werden nicht alle diese Erhebungsmerkmale in jeder Agrarstrukturerhebung erhoben. Auch sollen Merkmale teils Gegenstand einer allgemeinen Erhebung, teils einer Stichprobe sein. Das konkrete Erhebungsprogramm wird in § 26 bestimmt.

In Absatz 1 der Vorschrift werden die grundsätzlichen Festlegungen für die Erhebungsart getroffen. Die Agrarstrukturerhebung wird im Jahr 2010 als allgemeine Erhebung durchgeführt, in den übrigen Jahren, d. h. 2013 und 2016, als Stichprobenerhebung. Um die Genauigkeitsanforderungen nach Anhang IV der Verordnung über die Betriebsstrukturerhebungen zu erfüllen, ist ein Stichprobenumfang von bis zu 80 000 Betrieben nötig.

In Absatz 2 werden Abweichungen von Absatz 1 bestimmt. Zur Deckung nationalen Datenbedarfs ist vorgesehen, im Jahr 2016 die Merkmale zu Betriebssitz und Rechtsform sowie zu Bodennutzung, zu Viehbeständen und zum ökologischen Landbau allgemein zu erheben (Nr. 1). Aus dem gleichen Grund werden die Merkmale zu Eigentums- und Pachtverhältnissen - mit Ausnahme der Pachtentgelte für Neupachten - in 2010, dem Jahr der Landwirtschaftszählung, allgemein erhoben (Nr. 2). Allgemeine Erhebungen bzw. Vollerhebungen sind in größerem zeitlichem Abstand notwendig, um Erhebungsergebnisse auf regionaler Ebene zu erhalten, also insbesondere Daten auf Gemeinde- und Kreisebene. Solche Regionaldaten können nicht aus Stichprobenerhebungen gewonnen werden.

Nach Nummer 3 werden die Angaben zur Maschinenausstattung nicht in 2010 und nach Nummer 4 die Angaben zur Gewinnermittlung nicht in 2013 erhoben.

Für die Stadtstaaten wird eine allgemeine Erhebung der Merkmale zur Agrarstrukturerhebung auch in 2013 und 2016 angeordnet (Nr. 5). Die Stadtstaaten sind künftig weder in Stichprobenerhebungen der Bodennutzungshaupterhebung noch in die Erhebung über die Viehbestände einbezogen. Eine Stichprobenerhebung in den Stadtstaaten, die nur über vergleichsweise wenige

landwirtschaftliche Betriebe (Erhebungseinheiten) verfügen, führt nämlich in vielen Fällen zu Qualitätseinbußen bei den Ergebnissen. Deshalb sind hier allgemeine Erhebungen sinnvoll. Dadurch werden nur wenige Betriebe mehr in die Agrarstrukturerhebung einbezogen.

Mit Absatz 3 wird bestimmt, dass in Forstbetrieben neben den Angaben zum Betriebssitz und zur Rechtsform nur die Flächen nach Hauptnutzungsarten einschließlich der Flächen mit schnellwachsenden Baumarten (Kurzumtriebsplantagen) erhoben werden. Bisher wurden Forstbetriebe im Rahmen der zweijährlichen Feststellung der betrieblichen Einheiten nach einem umfangreicheren Katalog von Hauptnutzungs- und Kulturarten befragt, so dass dieser Berichtskreis künftig entlastet wird.

Zu den §§ 28 bis 30

Wie bereits 1999 bildet die Agrarstrukturerhebung den Kern der für das Jahr 2010 angeordneten Landwirtschaftszählung. Als zusätzliches, bereits bisher etwa alle 10 Jahre erhobenes Merkmal werden Daten zur Hofnachfolge in Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen ermittelt. Diese Angaben dienen als Indikator für den künftigen Verlauf des Strukturwandels in der Landwirtschaft. Ein weiteres Merkmal, die Form der Umsatzbesteuerung landwirtschaftlicher Betriebe, war bisher Gegenstand der vierjährigen allgemeinen Agrarstrukturerhebungen. Wegen des weiterhin bestehenden Datenbedarfs für Entscheidungen in der Steuerpolitik auch in künftigen Jahren wird das Statistische Bundesamt prüfen, ob dieser Datenbedarf nach nationaler Umsetzung der inzwischen in Kraft getretenen Verordnung (EG) Nr. 177/2008 aus Angaben des statistischen Unternehmensregisters gedeckt werden kann. Alle übrigen Merkmale der früheren Landwirtschaftszählungen (1999: Vermietung von Unterkünften an Ferien- und Kurgäste, Berufsbildung des Betriebsinhabers und seines Ehegatten, überbetriebliche Bindungen beim Absatz, soziale Sicherung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen) entfallen.

Zu den §§ 35 bis 43 (alt)

Die Regelungen zu den übrigen Teilen der Landwirtschaftszählung (bisher §§ 35 bis 43) werden aus folgenden Gründen aufgehoben:

- Weinbauerhebung (letzte Erhebung 1999): Durch Verzicht auf Merkmale über die Vermarktung entfällt künftig die Notwendigkeit, weinbauspezifische Merkmale primärstatistisch zu erheben. Die nach der Verordnung (EWG) Nr. 357/79 über statistische Erhebungen der Rebflächen in 2009 durchzuführende Grunderhebung der Rebflächen bedarf nur einer Erweiterung des Merkmalskatalogs der Rebflächenerhebung (§§ 70 f. AgrStatG). Da die übrigen bisherigen Merkmale der Weinbauerhebung denen der Agrarstrukturerhebung entsprechen, erübrigt sich ein gesonderter Gesetzesabschnitt über die Weinbauerhebung. Die Informationen zu den

verbleibenden Merkmalen sollen, auch nach der Größenstruktur der Betriebe mit Rebflächen, weiterhin zur Verfügung gestellt werden.

- Gartenbauerhebung (letzte Erhebung 2005): Auch künftig soll in etwa zehnjährigem Abstand zur letzten Erhebung eine vergleichbare umfassende Erhebung bei den Gartenbaubetrieben durchgeführt werden, deren Konzept allerdings noch nicht feststeht. Auch aus rechtsförmlichen Gründen werden die derzeit gegenstandslosen §§ 38 – 40 aufgehoben, da dortige Querverweise auf andere Bestimmungen des AgrStatG nicht mehr zutreffend wären.
- Binnenfischereierhebung (letzte Erhebung 2004): Nach der künftigen EG-Verordnung über Aquakulturstatistiken ist nicht auszuschließen, dass statistische Erhebungen auf diesem Gebiet erforderlich werden. Die Verordnung sieht eine dreijährige Übergangsfrist vor. Eine weitere Grunderhebung nach Art der letzten Binnenfischereierhebung erscheint derzeit nicht angezeigt.

Zu den §§ 31 und 32 neuer Fassung

Die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden bildet den zweiten Teil der Landwirtschaftszählung 2010. Die Erhebung dient der Durchführung von Artikel 11 in Verbindung mit Anhang V der Verordnung über die Betriebsstrukturerhebungen. Zugleich werden in dieser Erhebung Daten erhoben, die zur Erfüllung von Berichtspflichten über Emissionen von Klimagasen (einschließlich Ammoniak) aus landwirtschaftlichen Quellen benötigt werden. Für diese Berichtspflichten sind folgende Vorschriften des Gemeinschaftsrechts in der jeweils geltenden Fassung relevant:

- Entscheidung Nr. 280/2004/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über ein System zur Überwachung der Treibhausgasemissionen in der Gemeinschaft und zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls (ABl. Nr. L 49 S. 1),
- Entscheidung 2005/166/EG der Kommission vom 10. Februar 2005 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zur zuvor genannten Entscheidung 280/2004/EG (ABl. Nr. L 55 S. 57),
- Richtlinie 2001/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2001 über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (ABl. Nr. L 309 S. 22).

Deutschland ist nach den beiden erstgenannten Entscheidungen verpflichtet, die EU-Kommission über seine Treibhausgasemissionen nach bestimmten Vorgaben regelmäßig zu informieren, um die tatsächlichen Fortschritte bei der Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands im Hinblick auf die Verringerung aller Treibhausgasemissionen gemäß der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) und des Kyoto-Protokolls bewerten zu können und um die Erstellung der in der UNFCCC und dem Kyoto-Protokoll verlangten Jahresberichte zu ermöglichen. Nach der Richtlinie 2001/81/EG ist Deutschland verpflichtet, u. a. für Ammoniak (NH₃) Emissionsinven-

tare und -prognosen zu erstellen und die Kommission nach bestimmten Vorgaben regelmäßig zu informieren. Für die Erstellung dieser Emissionsinventare sind die Verfahren anzuwenden, die im Rahmen des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen vereinbart wurden.

Zur Erfüllung der Genauigkeitsvorgaben nach Anhang IV der Verordnung über die Betriebsstrukturserhebungen wird die Erhebung als Stichprobe bei bis zu 80 000 Betrieben zeitgleich mit der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung durchgeführt. Abweichend davon ist die Ermittlung der EG-rechtlich geforderten Angaben zur Bewässerung in einer nachgelagerten Erhebung bei allen Betrieben mit Bewässerung vorgesehen. Diese Betriebe werden durch die Filterfragen im Rahmen der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung ermittelt.

In § 32 Abs. 2 wird die Liste der Erhebungsmerkmale entsprechend Anhang V der Verordnung über die Betriebsstrukturserhebungen festgelegt. Demnach sind Angaben zu erheben zu Bodenbearbeitungsverfahren, Maßnahmen der Bodenerhaltung, Erhaltung und Anlage von Landschaftselementen, Bewässerung (bewässerte Flächen, Bewässerungsverfahren, Herkunft des verwendeten Wassers, verbrauchte Wassermenge), Stallhaltungsverfahren und Weidehaltung sowie zu Anfall, Lagerung und Ausbringung von Wirtschaftsdünger. Eine Ausweitung der Merkmalsliste ist für die Zwecke der Emissionsberichterstattung nicht erforderlich, jedoch eine differenziertere Erhebung von Merkmalsgliederungen und -ausprägungen, denn so kann der Informationsgehalt der Ergebnisse wesentlich erhöht werden. Darüber hinaus ist zum Beispiel eine Unterscheidung zwischen Zuchtsauen und anderen Schweinen oder generell gesagt zwischen verschiedenen Nutzungszwecken der Tiere im Rahmen einer sinnvollen Operationalisierung der Fragestellungen zu Stallhaltungsverfahren notwendig. Gegenüber den Vorgaben nach Artikel 11 Abs. 3 in Verbindung mit Anhang V der Verordnung über die Betriebsstrukturserhebungen sind die Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 Nr. 5 (Stallhaltungsverfahren), Nr. 6 (Weidehaltung) und Nr. 8 (Lagerung von Wirtschaftsdüngern) stärker gegliedert.

Mit den Regelungen in § 32 Abs. 3 wird die Berichtszeit näher bestimmt.

Zu Nummer 8 (§ 59 Satz 2)

Die Kategorie Kälber ist in der neuen Regelung nicht mehr genannt, da Kälber nach der neuen Terminologie des EG-Rechts, insbesondere nach Anhang IV der EG-Verordnung über Viehbestands- und Fleischstatistiken, in der Kategorie Rinder eingeschlossen sind.

Zu Nummer 9 (§ 61 Satz 2)

Wie bei der Schlachtungsstatistik (§ 59 f.) ist die Kategorie Kälber in der neuen Regelung nicht mehr genannt, da Kälber nach der neuen Terminologie des EG-Rechts in der Kategorie Rinder eingeschlossen sind.

Zudem wird nun auf die neue Erste Fleischgesetz-Durchführungsverordnung Bezug genommen.

Zu Nummer 10 (§§ 70 und 71)

Um die Anforderungen der Verordnung (EWG) Nr. 357/79 über statistische Erhebungen der Rebflächen zu erfüllen, ist in zehnjährlichem Rhythmus, nun erneut in 2009, eine Grunderhebung der Rebflächen durchzuführen. Dies wurde bisher über die Vorschriften zur Weinbauerhebung (§§ 35 bis 37 des geltenden Gesetzes) geregelt. Da keine erneute Weinbauerhebung angeordnet wird, ist eine Erweiterung des Merkmalskatalogs der Rebflächenerhebung erforderlich. Insbesondere ist nach den Vorschriften dieser Verordnung zusätzlich die Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Betriebe mit bestocker Rebfläche zu ermitteln. Ferner ist für Betriebe mit bestocker Rebfläche, deren Erzeugung normalerweise für den Verkauf bestimmt ist, die Unterteilung der Rebfläche nach der normalen Verwendung der Erzeugung sowie die mit Keltertraubensorten bestockte Rebfläche nach Rebsorten und Altersklassen der Rebstöcke zu ermitteln.

Zu den Nummern 11 und 12 (§ 80 Abs. 1 Satz 1 und § 81)

In der Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben (Holzeinschlagsstatistik) werden die mit der Zweiten Verordnung zur Änderung der Ersten Agrarstatistikverordnung vom 4. April 2007 vorgenommenen Vereinfachungen in das Agrarstatistikgesetz übernommen. Die zuvor halbjährlich durchgeführte Erhebung wird ab 2007 nur noch jährlich durchgeführt. So konnte der Aufwand für Befragte und Behörden verringert werden. Das Erhebungsmerkmal „Einschlagsprogramm“ wurde ausgesetzt und wird nun gestrichen. Für Zwecke des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes (ForstSchAusglG) kann das Einschlagsprogramm auch auf andere Art und Weise ermittelt werden, so z. B. durch Ermittlung des durchschnittlichen Einschlags vergangener Normaljahre (Jahre ohne Anwendung des ForstSchAusglG). Auch auf die Erhebung des Merkmals „Verkauf von Rohholz“ kann bei Anlegung eines strengen Maßstabs verzichtet werden.

Zu den Nummern 13 und 14 (§ 83 Satz 1 und § 84 Abs. 2)

Die zuvor als Teil der Holzstatistik halbjährlich durchgeführte Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung wird seit 2007 nur noch jährlich durchgeführt, um den Aufwand für Befragte und Durchführungsbehörden zu verringern. Diese mit der Zweiten Verordnung zur Änderung der Ersten Agrarstatistikverordnung vom 4. April 2007 vorgenommene Vereinfachung wird nun in das Agrarstatistikgesetz übernommen.

Zu Nummer 15 (§ 91)

Zu Absatz 2

Die Regelung wird angepasst, da insbesondere nach dem künftigen Konzept der Viehbestands-erhebungen Betriebe nur noch dann in die Stichprobe für die jeweilige Tierart einbezogen werden, wenn die für die betreffende Tierart festgesetzten Erfassungsgrenzen überschritten werden.

Zu Absatz 3

Wie bisher wird der Betrieb als technisch-wirtschaftliche Einheit mit einer einheitlichen Betriebsführung definiert. Die technisch-wirtschaftliche Einheit ist gekennzeichnet durch den Einsatz der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und Produktionsmittel wie Maschinen, Gebäuden sowie Grund und Boden innerhalb dieser Einheit. Eine einheitliche Betriebsführung liegt auch dann vor, wenn diese von mehreren Personen gemeinsam ausgeübt wird.

Der agrarstatistische Betriebsbegriff ist geprägt durch die Vorgaben des EG-Rechts, künftig der Verordnung über die Betriebsstrukturhebungen. Dort wird der Erfassungsbereich der Betriebsstrukturhebungen insbesondere durch untere Erfassungsgrenzen nach Anhang II dieser Verordnung bestimmt. Einheiten, die eine der dort genannten Grenzen (zu Flächen und Tierbeständen) überschreiten, sind nach Artikel 3 Abs. 3 der Verordnung zu erfassen. Einschränkungen hinsichtlich der Erzielung wirtschaftlicher Vorteile sind der Verordnung nicht zu entnehmen. Mit Satz 2 wird deshalb klargestellt, dass auch ein Betrieb, dessen Inhaber keine Gewinnerzielungsabsicht hat, Betrieb im Sinne dieses Gesetzes sein kann.

Absatz 4 wird als Folge der Einfügung des Absatzes 4a geändert.

Zu Absatz 4a

Der Betriebssitz ist künftig Grundlage für die Ermittlung des EG-Merkmals „Betriebsstandort“ (siehe Artikel 2 Buchstabe der Verordnung über die Betriebsstrukturerhebungen). Eine Begriffsbestimmung ist deshalb angezeigt.

Zu Absatz 5

Redaktionelle Änderung.

Zu Absatz 6

Siehe Begründung zu Artikel 1 Nummer 3.

Zu Nummer 16 (§ 92)

Die Liste der Hilfsmerkmale wird aus mehreren Gründen geändert und die Regelung neu gefasst:

- In Nummer 1 wird der Sprachgebrauch aktuellen Gegebenheiten angepasst.
- Mit Nummer 3 wird die Anschrift des Betriebssitzes ergänzt, da diese von der Anschrift des Betriebsinhabers (siehe Nr. 1 bzw. Nr. 2) abweichen kann.
- Bestimmte gegenüber Verwaltungsstellen verwendete Kennzeichen zur Identifikation sind weiterhin Hilfsmerkmale (Nr. 4). Sie werden nicht nur im Rahmen der Verwendung von Verwaltungsdaten erfasst, sondern auch im Rahmen von Primärerhebungen. Dadurch wird die spätere Verwendung von Verwaltungsdaten erleichtert, da die Identifizierung und Zuordnung der Einheiten einfacher ist. Solche Identifikationskennzeichen sind beispielsweise die Registriernummer nach § 26 der Viehverkehrsverordnung und die Nummer für Einheiten der Weinbaukartei.
- Die bisher im Rahmen der Feststellung der betrieblichen Einheiten (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des geltenden Gesetzes) verwendeten Erhebungsmerkmale „Art des Betriebs“ (Haupt- oder Teilbetrieb) und „Größe der abgegebenen und erhaltenen Flächen“ werden künftig als Hilfsmerkmale geführt (Nrn. 5 bis 7).
- Die für die Binnenfischereierhebung benötigten Hilfsmerkmale (bisherige Nr. 5) entfallen als Folge der Streichung dieser Erhebung.

Die Regelung des bisherigen Absatzes 2, wonach Erhebungsmerkmale als unterster regionaler Gliederungsebene einem Gemeindeteil zugeordnet werden dürfen, ist entbehrlich, denn in dieser Hinsicht gelten allgemein die Bestimmungen des § 10 Abs. 2 BStatG.

Zu Nummer 17 (§ 93)

In § 93 sind die Vorschriften über die Auskunftspflicht zusammengefasst.

Zu Absatz 1

Der neue Satz 2 verweist auf die Vorschrift des § 6 Abs. 4 BStatG, wonach Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten im Kalenderjahr in höchstens drei Stichprobenerhebungen für Bundesstatistiken mit Auskunftspflicht einbezogen werden sollen. Die in Satz 2 bestimmten Erhebungen sind Erhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit Auskunftspflicht. Sowohl die Landwirtschaft als auch die Forstwirtschaft sind Wirtschaftsbereiche, die fast ausschließlich aus Kleinbetrieben mit weniger als 50 Beschäftigten bestehen. Stichprobenerhebungen in so strukturierten Wirtschaftsbereichen könnten bei Anwendung der o. a. Soll-Bestimmung des Bundesstatistikgesetzes ihre Aussagekraft verlieren. Deshalb ist eine Ausnahmeregelung von der genannten Bestimmung angezeigt. Sie trägt zudem zur Verwaltungsvereinfachung bei.

Zu den Absätzen 2 und 3

Die Absätze entsprechen - mit Folgeänderungen zu Änderungen im Erhebungsprogramm und Aktualisierung von Verweisen und des Sprachgebrauchs - den bisherigen Absätzen 2 und 5.

Der bisherige Absatz 3 entfällt als Folge von Änderungen im Erhebungsprogramm. Der bisherige Absatz 4 ist eine veraltete Vorschrift, die zudem der Möglichkeit von Erhebungen auf elektronischem Wege entgegensteht, und wird aufgehoben. § 11 BStatG enthält allgemein geltende Bestimmungen zu Erhebungsvordrucken. Der bisherige Absatz 6 entfällt als Folge der Aufhebung von Absatz 3. Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 4.

Zu Absatz 5

Der neue Absatz 5 fasst die bisherigen Absätze 8 und 9 zusammen. Verwaltungsdaten sollen für die nach diesem Gesetz durchzuführenden Agrarstatistiken auch dann verwendet werden dürfen, wenn sich diese Daten zum Beispiel nicht taggenau auf einen Berichtszeitpunkt der Erhebung beziehen, aber nach dem Ermessen der Statistikbehörden darauf bezogen werden können. Ähnliches war für die Viehbestandserhebung im bisherigen Absatz 9 geregelt. Diese Regelung wäre auf Grund von Änderungen im Agrarmarktordnungsrecht zudem so nicht mehr anwendbar. Der Kreis der Adressaten für die Auskunftspflicht nach Absatz 5 Satz 2 n. F. wird erweitert, um auch Bundesbehörden – etwa das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit – mit einzubeziehen.

Zu Absatz 6

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen Absatz 10.

Zu Absatz 7

Die Geokoordinaten des Betriebsstandortes müssen künftig nach der Verordnung über die Betriebsstrukturhebungen an die Kommission übermittelt werden (siehe Begründung zu § 27). Zur Bestimmung des Betriebsstandortes sind die Koordinaten des Betriebssitzes zu ermitteln. Dazu sollen Angaben verwendet werden, die bei den nach Landesrecht für das Vermessungswesen zuständigen Stellen (Landesvermessungsämter) vorliegen. Die Vorschrift sieht eine Auskunftspflicht für die Adressen aller Gebäude im jeweiligen Land unter Angabe der amtlichen Hauskoordinaten vor. Dies ist erforderlich, weil nur die mit der Durchführung der Erhebung betrauten statistischen Ämter der Länder in der Lage sind, durch Verknüpfung der Hauskoordinaten mit vorliegenden Adressangaben zum Betriebssitz von Erhebungseinheiten (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) die für die Erhebung benötigten Koordinaten zu ermitteln.

Zu Absatz 11 alter Fassung

Aufgrund des künftig unmittelbar geltenden EG-Rechts für die Viehbestandserhebungen (insbesondere Abschnitt I der EG-Verordnung über Viehbestands- und Fleischstatistiken) kann diese Bestimmung entfallen.

Zu Nummer 18 (§ 94 Abs. 3)

Um den Gesamtaufwand im Bereich der Agrarstatistik zu reduzieren und zusätzliche Erhebungen zu vermeiden, sollen die bereits bei den Statistikbehörden der Länder vorhandenen Daten möglichst umfassend und flexibel für statistische Zwecke genutzt werden. Nach der bisherigen Regelung des Absatzes 3 kann das Statistische Bundesamt Einzelangaben aus Agrarstatistiken nur für Zusatzaufbereitungen des Bundes und für die Erfüllung von Aufgaben im supra- und internationalen Bereich nutzen. Durch die Änderung wird die Voraussetzung dafür geschaffen, dass dem Statistischen Bundesamt Einzelangaben aus Agrarstatistiken für alle seine Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt insbesondere auch für seine Aufgaben im Zusammenhang mit der Klimaschutzberichterstattung und die Beratung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bei der Vergabe von Forschungsaufträgen.

Zu Nummer 19 (§ 94a)

In Nummer 2 wird eine Folgeänderung zur Aufhebung von § 41 vorgenommen, in Nummer 4 wird der Verweis aktualisiert.

Mit der neuen Verordnungsermächtigung nach Nummer 5 soll Vorsorge dafür getroffen werden, dass künftig – über die Daten aus der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden

hinaus - eine ausreichende Datengrundlage zu Emissionen von Klimagasen (einschließlich Ammoniak) aus landwirtschaftlichen Quellen bereitgestellt werden kann und Deutschland insoweit seine Pflichten zur Emissionsberichterstattung nach europäischem und internationalem Recht erfüllen kann. Die Ermächtigung erstreckt sich lediglich auf eine Ergänzung von vier bestehenden agrarstatistischen Erhebungen (Bodennutzungshaupterhebung, Viehbestandserhebung, Agrarstrukturserhebung, Hennenhaltungsstatistik) und zielt ausdrücklich auf Erhebungen auch in Unterstichproben ab, um die Belastung der Auskunftspflichtigen möglichst gering zu halten. Insbesondere in der Agrarstrukturserhebung mit ihrem relativ breiten Datensatz bietet sich eine Ergänzung als Unterstichprobe oder in einer Nacherhebung zum Beispiel um Angaben zur Ausbringungstechnik und zur Einarbeitung von Wirtschaftsdünger an. Würden diese Angaben in eigenständigen Erhebungen ermittelt, müssten zur Ermittlung der betrieblichen Zusammenhänge eine Reihe von betrieblichen Grunddaten wie etwa zu Bodennutzung und Viehbeständen eigens erhoben werden. Dies hätte vermeidbare Doppelbefragungen von Betrieben zur Folge.

Zu Nummer 20 (§ 97)

Zu Absatz 1

Die Ergänzung der Rebflächenerhebung und der Feststellung der Grundgesamtheit in der Aufzählung in Satz 4 dient insbesondere dazu, das Erhebungsmerkmal der Rebflächenerhebung „landwirtschaftliche genutzte Fläche“ (§ 71 Abs. 1 Nr. 2) aus den im Rahmen der Feststellung der Grundgesamtheit erhobenen Angaben zu ermitteln, soweit Angaben über dieses Erhebungsmerkmal bei den Stellen, die die Weinbaukartei führen, nicht vorliegen. Ferner wurden Folgeänderungen zu Änderungen im Erhebungsprogramm und Aktualisierungen von Verweisen vorgenommen.

Zu Absatz 2

Der Gesetzentwurf sieht zur Entlastung der Landwirte von statistischen Auskunftspflichten u. a. einen grundsätzlicher Verzicht auf Vollerhebungen, sowohl im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung als auch bei der Erhebung der Viehbestände, nach der mit diesem Gesetz angeordneten Landwirtschaftszählung 2010 vor.

In den Folgejahren muss die Aktualisierung des Berichtskreises in verstärktem Maße durch die Nutzung von anderen Quellen als statistischen Erhebungen (insb. Verwaltungsdaten) erfolgen. Dies ist insbesondere eine wichtige Voraussetzung zur Sicherung der Qualität der weiterhin erforderlichen Stichprobenerhebungen. Aus diesem Grund wird die bisherige Ermächtigung, die in der folgenden Aufzählung genannten Merkmale ins Register aufnehmen zu dürfen, in eine Soll-Vorschrift umgewandelt und zudem um eine Soll-Vorschrift zur jährlichen Aktualisierung dieser Angaben erweitert. Eine jährliche Aktualisierung der Angaben ist aus methodischen Gründen

sinnvoll, insbesondere um Stichproben neu ziehen zu können. Durch die regelmäßige Neuziehung wird zum einen die Belastung auf die Befragten gleichmäßiger verteilt. Zum anderen werden so Verzerrungen durch die Nichtberücksichtigung von neu auftretenden Betrieben vermieden.

Mit dem gleichen Ziel soll das Betriebsregister Landwirtschaft ausgebaut werden. § 97 Abs. 2 Satz 1 Nummer 11 n. F. sieht als im Betriebsregister zusätzlich aufzunehmende Merkmale bestimmte Daten zur Größe der Flächen und zu Tierzahlen vor. Dabei handelt es sich zum einen um Angaben zu denjenigen Kriterien, die den in § 91 Abs. 1 genannten Erfassungsgrenzen zugrunde liegen und die bei der Stichprobenziehung einen Anhaltspunkt dafür bieten, ob eine Erhebungseinheit zum Berichtskreis gehört. Zu diesen gehören auch die Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Waldfläche. Diese bisher in Absatz 2 Nr. 5 und 6 a. F. eigens genannten Merkmale fallen somit unter die Nummer 11 n. F. Darüber hinaus handelt es sich um Angaben, die zur Erfüllung der Genauigkeitsvorgaben benötigt werden, die das EG-Recht (Artikel 5 in Verbindung mit Anhang IV der Verordnung über die Betriebsstrukturerhebungen sowie Artikel 6 in Verbindung mit Anhang III der EG-Verordnung über Viehbestands- und Fleischstatistiken) bei der Durchführung von Stichprobenerhebungen vorgibt.

Bei der Änderung in Satz 1 Nr. 1 handelt es sich um eine Aktualisierung des Sprachgebrauchs; zur Nummer 3 siehe die Begründung zu § 93 Abs. 7.

Die Ergänzung von Satz 1 Nr. 9 ist Voraussetzung für die regelmäßige Übermittlung von Angaben an das Statistikregister zwecks Erfüllung der Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates. Nach dieser Verordnung muss der Wirtschaftsbereich A (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) in das Statistikregister aufgenommen werden. Diese Vorgabe soll durch eine regelmäßige Übermittlung von Daten aus dem Betriebsregister erfüllt werden. Zugleich können dadurch auch Einheiten, die bisher nicht im Betriebsregister enthalten waren, identifiziert werden und gegebenenfalls in die Erhebungen der Agrarstatistik einbezogen werden. Zur Vereinfachung des Abgleichs zwischen den Registern ist es geboten, die Kennnummer aus dem Statistikregister im Betriebsregister zu speichern.

Mit Satz 2 wird geregelt, dass außer den in Satz 1 genannten Hilfs- und Erhebungsmerkmalen keine weiteren Angaben ins Betriebsregister aufgenommen werden dürfen. Ausnahmen bilden lediglich die nach den Absätzen 5 und 6 übermittelten Kennzeichen zur Identifikation der Erhebungseinheiten, die für Zuordnungszwecke im Betriebsregister gespeichert werden dürfen, sowie die nach Absatz 3 für jede Erhebungseinheit zu bildende Kennnummer.

In Satz 3 werden abschließend die Quellen aufgezählt, denen die ins Betriebsregister aufzunehmenden Angaben entnommen werden können. Den für die Registerführung zuständigen statistischen Ämtern wird auch die Möglichkeit eingeräumt, die aufzunehmenden Angaben aus diesen Grundlagen zu gewinnen. Dies ist beispielsweise in dem Fall relevant, dass aus agrarstatistischen Erhebungen Einzelangaben zu einzelnen Tierkategorien einer Tierart entnommen werden können, ins Betriebsregister aber nur eine Angabe zur Gesamtzahl der Tiere dieser Art aufgenommen werden soll.

Um Betriebe und Unternehmen von Befragungen für statistische Zwecke zu entlasten, ist es sachgerecht und zweckmäßig, den statistischen Ämtern auch die Verwendung von Datenquellen für die Aktualisierung des Betriebsregisters zu ermöglichen, die jedermann zugänglich sind (Nummer 5). Solche Datenquellen kommen dann in Betracht, wenn sie den Anforderungen der Bundesstatistik an Zuverlässigkeit entsprechen.

Zu Absatz 4

Der Zeitraum, nach dessen Ablauf die im Betriebsregister über einen Betrieb gespeicherten Daten spätestens zu löschen sind, wird einheitlich auf sieben Jahre festgelegt. Eine Verlängerung gegenüber dem geltendem Recht (grundsätzlich Löschung nach spätestens fünf Jahren) ist erforderlich, da Vollerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nach dem Jahr 2010 erst in 2016 durchgeführt werden. Die geltende Regelung würde dazu führen, dass Daten von Betrieben, die zwischenzeitlich nicht in Stichprobenerhebungen einbezogen werden, unter Umständen bereits vor dem Jahr 2016 zu löschen wären. Im Übrigen handelt es sich um eine Folgeänderung zu Änderungen im Erhebungsprogramm.

Zu Absatz 5

Die bestehende Datenübermittlungsvorschrift für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wird formal an die Änderungen in Absatz 2 Satz 1 angepasst, ohne dass damit Änderungen am Inhalt des zu übermittelnden Datensatzes verbunden sind. Angesichts der im Jahr 2009 erforderlichen Vorbereitung der Landwirtschaftszählung 2010 wird die nach geltendem Recht turnusmäßig für 2010 anstehende Datenübermittlung auf das Jahr 2009 vorgezogen und der zweijährliche Übermittlungsturnus mit dem Startjahr 2009 fortgesetzt.

Zu Absatz 6

Diese neue Vorschrift sieht zur Aktualisierung des Betriebsregisters eine Pflicht zur Übermittlung der in Absatz 2 Satz 1 Nr. 1, 2, 4, 5 und 11 bezeichneten Daten für die Prämienbehörden nach § 2 Abs. 1 des InVeKoS-Daten-Gesetzes sowie die für die Tierkennzeichnung und Betriebsregistrierung von Tierhaltern zuständigen Stellen vor. Diese Übermittlungspflicht kann auch durch deren beauftragte Stellen erfüllt werden.

Zu Absatz 7

Die Befugnis, die im Rahmen der Verwendung von Verwaltungsdaten auf der Grundlage von § 93 Abs. 5 und 6 n. F. verwendeten Identifikationskennzeichen im Betriebsregister zu speichern, wird nun im neu gefassten § 97 Abs. 2 geregelt. Im Übrigen handelt es sich um eine Folgeänderung zur Einfügung von Absatz 6.

Zu Nummer 21 (§ 97a)

Mit dieser Vorschrift wird eine Umfrage zur Feststellung der Grundgesamtheit bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben für das Jahr 2009 angeordnet. Die Feststellung der Grundgesamtheit hat eine ähnliche Funktion wie die bisher als Teil der Bodennutzungshaupterhebung (§ 6 f.) zweijährlich durchgeführte sog. Feststellung der betrieblichen Einheiten. Konkret dient sie der Vorbereitung der Landwirtschaftszählung 2010, indem für die Erhebungseinheiten in der Grundgesamtheit diejenigen Merkmale erhoben werden, die zur Abgrenzung der Grundgesamtheit erforderlich sind (insbesondere bezüglich der unteren Erfassungsgrenzen nach § 91 Abs. 1) oder die der Stichprobenplanung dienen.

Die genannte Stichprobe muss für die Durchführung der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden gebildet werden und dient auch der Bereitstellung vorläufiger Ergebnisse der Landwirtschaftszählung. Eine effiziente Stichprobe führt zu einer Begrenzung des Stichprobenumfangs der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden und ist unabdingbar, um die Genauigkeitsanforderungen des Anhangs IV der Verordnung über die Betriebsstrukturerhebungen einzuhalten.

Demnach sind Angaben über Bodennutzung und Viehbestände zu erheben, deren Zahl auf das nach dem geschilderten Zweck der Erhebung unabdingbare Maß beschränkt wird. Daneben wird die Art der Bewirtschaftung des Betriebs erfragt, was insbesondere der Ermittlung von Betrieben des ökologischen Landbaus dient.

Für die Feststellung der Grundgesamtheit gilt in besonderem Maße, dass sie soweit als möglich und unter Qualitätsgesichtspunkten vertretbar unter Verwendung von Verwaltungsdaten und gegebenenfalls Daten aus allgemein zugänglichen Quellen durchgeführt werden sollte. Mit Absatz 2 wird die entsprechende Anwendung der einschlägigen Vorschriften zur Verwendung von Verwaltungsdaten bestimmt. Außerdem gilt mit der entsprechenden Anwendung von § 93 Abs. 1 Auskunftspflicht auch bei der Feststellung der Grundgesamtheit.

Zur künftigen Entlastung Befragter von Auskunftspflichten wird die Feststellung der Grundgesamtheit nur einmal durchgeführt. Um für die Vorbereitung der Erhebungen in den späteren

Jahren nach 2010 über aktuelle Angaben über den Berichtskreis zu verfügen, ist ein Ausbau und eine jährliche Aktualisierung des Betriebsregisters Landwirtschaft (siehe § 97) vorgesehen.

Zu Nummer 22 (§ 98)

Zu Absatz 2

Zu Satz 1 n. F.: Die Regelung stellt sicher, dass die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke erfüllt werden können. Nach dieser Verordnung muss der Wirtschaftsbereich A (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) in das Statistikregister aufgenommen werden. Da das Betriebsregister Angaben zu den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft enthält, kann diese Verpflichtung insoweit durch die Übermittlung von Daten aus dem Betriebsregister erfüllt werden, ohne dass zusätzliche Informationspflichten der Wirtschaft eingeführt werden müssen.

Zu Satz 2 n. F.: Der bisherige Satz 1 wird aus folgenden Gründen neu gefasst. Die frühere Verdiensterhebung in der Landwirtschaft wurde mit Inkrafttreten des Verdienststatistikgesetzes (VerdStatG) durch die Erhebung der Arbeitsverdienste in der Landwirtschaft nach § 6 VerdStatG ersetzt. Ferner werden die Merkmale „Stellung im Beruf“ und „ausgeübte Tätigkeit“ im Rahmen der Agrarstrukturhebung nicht mehr erhoben, weshalb die Möglichkeit entfällt, sie für die Erhebung der Arbeitsverdienste zu verwenden.

Zu Absatz 4

Folgeänderung zu Änderungen im Erhebungsprogramm

Zu Absatz 5

Das Johann Heinrich von Thünen-Institut ist ein Forschungsinstitut im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und hat die Aufgabe, wissenschaftliche Entscheidungshilfen für die Ernährungs-, Landwirtschafts- und Forstwirtschafts- sowie die Verbraucherschutzpolitik zu erarbeiten und damit zugleich die wissenschaftlichen Erkenntnisse auf diesen Gebieten zum Nutzen des Gemeinwohls zu erweitern. Es führt dazu insbesondere Projekte der modellgestützten Politikfolgenabschätzung durch. Dazu werden als Datengrundlage Ergebnisse der Agrarstrukturhebung, vor allem zu Bodennutzung und Viehhaltung, in möglichst tiefer regionaler Gliederung, zumindest aber bis auf Kreisebene benötigt. Mit dem fortschreitenden Strukturwandel in der Landwirtschaft und der gestiegenen Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe wächst die Zahl der Fälle, in denen die dem Johann Heinrich von Thünen-Institut zugänglichen Datensätze unvollständig sind, da Angaben in regional tief gegliederten Ergebnissen der statistischen Geheimhaltung unterliegen. Mit der Regelung wird deshalb eine

spezielle Rechtsgrundlage für die Übermittlung von öffentlich nicht zugänglichen Daten der Agrarstrukturerhebung vom Statistischen Bundesamt an das Bundesforschungsinstitut geschaffen. Das Institut kann diese Daten zur Durchführung von Aufgaben für oberste Bundes- oder Landesbehörden verwenden. Diese Einschränkung wurde entsprechend der Bestimmung des § 16 Abs. 4 BStatG in Verbindung mit § 98 Abs. 1 AgrStatG gewählt. Danach ist auch eine unmittelbare Übermittlung solcher Tabellendaten durch die Statistikbehörden an oberste Bundes- oder Landesbehörden, u. a. für Zwecke der Planung, möglich.

Zu Nummer 23 (§ 99)

Für die Bodennutzungshaupterhebung im Jahr 2009 sind aus folgenden Gründen Übergangsregelungen erforderlich.

Die Vorschriften für die Bodennutzungshaupterhebung 2009 werden mit Artikel 1 bereits insoweit geändert, als der im geltenden Recht bestehende allgemeine Teil der Erhebung (Feststellung der betrieblichen Einheiten, Merkmale über die Nutzung der Gesamtflächen) gestrichen wird. Zugleich gelten für den Merkmalskatalog die Bestimmungen des neuen § 8.

Die Erfassungsgrenzen der Erhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (§ 91 Abs. 1) werden einheitlich erst mit Wirkung vom 1. Januar 2010 geändert. Als Zwischenlösung werden als Erhebungseinheiten diejenigen mit landwirtschaftlicher Tätigkeit in der bisher geltenden Fassung des Gesetzes bestimmt. Dies sind zunächst die Betriebe nach § 91 Abs. 1 Nr. 1 in der bis zum Ablauf des 31. Dezember 2009 geltenden Fassung. In Baden-Württemberg und Bayern werden zusätzlich gemeinschaftlich genutzte Flächen von mindestens zwei Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche einbezogen, um insbesondere Flächen von Almgemeinschaften weiterhin zu erfassen.

Da die Stichprobe der Bodennutzungshaupterhebung 2009 noch auf altem Erhebungskonzept beruht, muss ihr Umfang - abweichend von § 7 Abs. 1 Nr. 2 n. F. - bis zu 100 000 Erhebungseinheiten betragen und sie muss auch in Hamburg, Berlin und Bremen durchgeführt werden.

Zu Artikel 2 (Weitere Änderung des Agrarstatistikgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 4)

Bisher wurde in der Flächenerhebung nur die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen jährlich erhoben, die übrigen Merkmale nur vierjährlich. Da mittlerweile in allen Ländern der

Aufbau der automatisierten Liegenschaftskataster abgeschlossen ist, ist eine Umstellung auf eine jährliche Erhebung aller Kategorien der tatsächlichen Flächennutzung nahezu kostenneutral möglich und führt zu einem wesentlichen Informationsgewinn. Vorgesehen ist mindestens eine Aufbereitung nach den derzeit 17 Positionen des bundeseinheitlichen Mindestveröffentlichungsprogramms. Jährliche Erhebungsdaten ermöglichen eine zeitnahe und differenzierte Analyse der Flächenentwicklungen (z.B. Siedlungs- und Verkehrsfläche, Freiflächennutzungen usw.). Eine jährliche Veröffentlichung umfassender Ergebnisse begünstigt zudem die Evaluation der Fortschritte bei den Flächenzielen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Zu Nummer 2 (§§ 18 bis 20a)

Die Viehbestandserhebung wurde neu konzipiert. Dies ist erforderlich aufgrund der Vorgaben nach Artikel 3 bis 5 der EG-Verordnung über Viehbestands- und Fleischstatistiken. Wie bisher werden zweimal jährlich, zu den Berichtszeitpunkten 3. Mai und 3. November, Erhebungen durchgeführt. Diese werden stets als Stichprobenerhebungen angeordnet; die bisher vierjährlichen Vollerhebungen entfallen. Der höchstens zulässige Stichprobenumfang wird von 100 000 bzw. 80 000 Erhebungseinheiten auf 60 000 verringert. Eine noch weitergehende Reduzierung des Stichprobenumfangs wird mit dem neu entwickelten Konzept einer speziellen Stichprobe für die Erhebung der Schweine- und Schafbestände (§ 19 Abs. 2 Nr. 2) erreicht, in die höchstens 20 000 Erhebungseinheiten mit Schweinen und höchstens 5 000 Erhebungseinheiten mit Schafen fallen. Diese Maßnahmen führen zu einer wesentlichen Verringerung der Belastung Befragter.

Für die Erhebung der Rinderbestände wird inzwischen die mit dem Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des Rinderregistrierungsdurchführungsgesetzes vom 19. Juli 2006 geschaffene Möglichkeit genutzt, die Daten über die Rinderbestände vollständig aus vorliegenden Verwaltungsdaten zu ermitteln. Verwaltungsdaten im Sinne dieses Gesetzes sind Daten, die von Verwaltungsstellen auf Grund nichtstatistischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften erhoben worden oder auf sonstige Weise bei solchen Stellen angefallen sind (§ 20a Abs. 1). Im konkreten Fall werden Daten des Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT) verwendet. Eine primärstatistische Erhebung der Rinderbestände ist in § 19 Abs. 1 nur vorsorglich für den Fall angeordnet, dass die Voraussetzungen für die Nutzung von HIT-Daten nicht mehr vorliegen sollten.

Die Erhebung von Daten zu Pferde- und Geflügelbeständen in landwirtschaftlichen Betrieben wird nicht mehr Teil der Viehbestandserhebung sein, so dass auch die Bestimmungen über die Erhebungsmerkmale für diese Tierarten (bisher § 20 Nr. 3 und 4) zu streichen sind. Die Bestände dieser Tierarten werden künftig im Rahmen der Agrarstrukturhebung und somit in dreijährlichem Rhythmus erhoben. Für die Stadtstaaten ist das wegen des geringen Umfangs der dortigen

Viehhaltung für alle Tierarten vorgesehen. Die Änderung in § 20a Abs. 2 Nr. 2 dient vor diesem Hintergrund der Klarstellung, dass bei Nutzung von Verwaltungsdaten nach § 20a auch die Rinderbestände in den Stadtstaaten einbezogen werden.

Artikel 4 Abs. 3 der EG-Verordnung über Viehbestands- und Fleischstatistiken verlangt die jährliche Durchführung der Erhebung der Schafbestände, die bisher zum Stichtag 3. Mai erfolgte, künftig für einen Zeitpunkt in den Monaten November oder Dezember. Deshalb wird ab dem Jahr 2011 die Erhebung der Schafbestände zum Stichtag 3. November angeordnet (§ 19 Abs. 1 Nr. 2). Für das Jahr 2010 soll die Übergangsvorschrift nach Artikel 20 der genannten Verordnung in Anspruch genommen werden. Dies ermöglicht eine Erhebung der Schafbestände im Frühjahr, die dann im Rahmen der Agrarstrukturhebung stattfinden kann.

Die bisherige Vorschrift des § 19 Abs. 3 wird aufgehoben, da die Viehbestandserhebung nicht mehr gemeinsam mit der Agrarstrukturhebung und der Bodennutzungshaupterhebung durchgeführt wird.

Zu Nummer 3 (§ 46)

Die Änderung in Absatz 1 ist Folge der Verlagerung von Aufgaben der Milchstatistik (siehe §§ 65 und 94 Abs. 3).

Zur Änderung in Absatz 2 siehe die Begründung zu Artikel 1 Nr. 3.

Zu Nummer 4 (§ 55 Satz 1)

In der Erhebung in Geflügelschlachtereien wird das Kriterium zur Abgrenzung des Berichtskreises mit Wirkung vom 1. Januar 2010 geändert. Statt der bisher geltenden physischen Grenze (Schlachtkapazität von 2 000 Tieren im Monat) werden alle Geflügelschlachtereien einbezogen, die nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 zugelassen sind. Dieses Kriterium ist in der Durchführung leichter zu handhaben. Zurzeit sind rd. 110 Geflügelschlachtbetriebe in die Erhebung einbezogen. Für die Schlachtung von Geflügel waren Ende Mai d. J. 79 Betriebe nach der genannten Verordnung zugelassen. Diese Zahl dürfte bis Ende 2009 steigen, da durch das neue EG-Lebensmittelhygienerecht die Zulassungspflicht auch auf die bislang registrierten Geflügelschlachtbetriebe mit einer Jahresproduktion von bis zu 150 000 Stück Geflügel ausgedehnt wird (Übergangsfrist bis 31. Dezember 2009). Von der Zulassungspflicht und damit auch vom Berichtskreis ausgenommen sind landwirtschaftliche Betriebe, die jährlich bis zu 10 000 Stück Ge-

flügel schlachten und das Fleisch direkt an den Endverbraucher oder den örtlichen Einzelhandel zum Direktverkauf an den Endverbraucher vermarkten.

Zu Nummer 5 (§ 57 Abs. 1 Nr. 1)

Nach der EG-Verordnung über Viehbestands- und Fleischstatistiken sind u. a. auch für Geflügel die Zahl der in Schlachtstätten geschlachteten Tiere und die Gesamtschlachtmenge monatlich zu ermitteln. Die Zahl des geschlachteten Geflügels wird deshalb als Erhebungsmerkmal ergänzt.

Zu Nummer 6 (§ 65)

Die Aufgaben der Milchstatistik werden ab 2010 von der BLE durchgeführt (siehe Begründung zu § 94 Abs. 3 neuer Fassung).

Zu Nummer 7 (§ 82 Satz 2)

Die bisher verwendete besondere Erfassungsgrenze für Sägewerke (5 000 Kubikmeter Rohholz) in der Erhebung in Betrieben mit Holzbearbeitung wird an die Erfassungsgrenze der Erhebungen im Produzierenden Gewerbe angepasst, d. h. Sägewerke mit zehn und mehr Beschäftigten werden einbezogen. Dies vereinfacht die Durchführung der Erhebung für die Verwaltung. Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes ist im Bundesdurchschnitt mit einem Informationsverlust, gemessen an den Merkmalssummen der Zugänge an Rohholz, Abgänge an Rohholz, Zugänge an Sägewerksprodukten und Abgänge an Sägewerksprodukten in Höhe von 2 bis 3 % zu rechnen. Zwar werden durch den Wechsel der Erfassungsgrenze auch einige Betriebe neu der Berichtspflicht unterliegen (nämlich Sägewerke mit zehn und mehr Beschäftigten, aber einem Einschnitt von weniger als 5 000 Festmeter Rohholz). Per Saldo sinkt aber die Zahl der berichtspflichtigen Betriebe.

Zu Nummer 8 (§ 91 Abs. 1)

In die Erhebungen bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sind diese Betriebe stets nur dann einbezogen, wenn sie bestimmte untere Erfassungsgrenzen nach § 91 Abs. 1 überschreiten.

Die Grenzen für landwirtschaftliche Betriebe (Absatz 1 Nr. 1) werden mit dem vorliegenden Gesetz so weit angehoben, wie dies EG-rechtlich zulässig ist (Anhang II der Verordnung über die

Betriebsstrukturhebungen). Insbesondere wird die bisherige Grenze von zwei Hektar LF auf fünf Hektar LF angehoben. Allerdings gelten für die Sonderkulturen zusätzliche (über den bisherigen liegende) Grenzen, da anderenfalls der Abdeckungsgrad bei diesen Kulturen zu weit absänke. So werden beispielsweise Betriebe mit Anbau von Blumen oder Zierpflanzen im Freiland dann einbezogen, wenn die Summe ihrer Blumen- und Zierpflanzenfläche im Freiland mindestens 0,3 Hektar beträgt. Das bisher bei Sonderkulturen geltende Kriterium des Anbaus für Erwerbszwecke entfällt in Zusammenhang mit der Änderung der Betriebsdefinition (siehe auch Absatz 3).

Mit dieser Anhebung der Erfassungsgrenzen werden mehr als 50 000 landwirtschaftliche Betriebe von Auskunftspflichten befreit.

Im einleitenden Teil der Nummer 1 wird für die Erhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben die Betriebsdefinition der Verordnung über die Betriebsstrukturhebungen übernommen. Wesentliche inhaltliche Änderung ist, dass die Betriebsdefinition nun nicht mehr auf das Hervorbringen landwirtschaftlicher Erzeugnisse abstellt. Stattdessen sind die Tätigkeiten nach Anhang I dieser Verordnung maßgebend, also etwa der Anbau bestimmter Pflanzenarten oder die Haltung bestimmter Tierarten. Die Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichem und ökologischem Zustand ist ebenfalls als landwirtschaftliche Tätigkeit einbezogen.

Mit den Umstellungen in den landwirtschaftsstatistischen Erhebungen und Änderungen in der Nutzflächensystematik sind auch die unteren Erfassungsgrenzen für statistische Einheiten mit Waldfläche anzupassen (Absatz 1 Nr. 2). Dabei wird die Grenze von zehn Hektar zahlenmäßig beibehalten und Flächen von Kurzumtriebsplantagen werden einbezogen. Die Fläche von Kurzumtriebsplantagen ist aufgrund der zu erwartenden steigenden Bedeutung künftig eine eigenständige Lieferposition nach Anhang III der Verordnung über die Betriebsstrukturhebungen. Sie ist in der nationalen Flächensystematik den sonstigen Flächen des Betriebs zugeordnet, also weder Teil der landwirtschaftlich genutzten Fläche noch der Waldfläche.

Zu Nummer 9 (§ 93 Abs. 2)

Als Folge der Verlagerung der Milchstatistik an die BLE ist deren Auskunftspflicht zu dieser Erhebung hinfällig. Somit ist § 93 Abs. 2 Nr. 5 aufzuheben.

*Zu Nummer 10 (§ 94)**Zu Absatz 2*

Bei der Erhebung in Brütereien sowie der Erhebung in Geflügelschlachtereien handelt es sich um Erhebungen mit einem bundesweit jeweils relativ kleinen Berichtskreis von ca. 80 bzw. 110 Auskunft gebenden Betrieben. Deshalb liegt eine zentrale Durchführung dieser Erhebung durch das Statistische Bundesamt nahe. Mit diesem Schritt werden die Länderbehörden entlastet und die Durchführung der Aufgaben insgesamt gestrafft. Zudem werden die Bundesergebnisse noch aktueller zur Verfügung stehen.

Zu Absatz 3

Die Aufgaben der Milchstatistik werden ab 2010 von der BLE durchgeführt. Bisher haben die statistischen Ämter der Länder zur Durchführung der Milchstatistik die Milchanlieferung nach Kreisen aus den Ergebnissen der Meldungen nach der Marktordnungswaren-Meldeverordnung übernommen und die Differenz zwischen angelieferter und erzeugter Milchmenge sowie die Verwendung der Milch beim Erzeuger jeweils nach Kreisen geschätzt. Im Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Meldungen über Marktordnungswaren – BT-Drs. 16/10033 – ist vorgesehen, dass die BLE künftig die auf Grund dieses Gesetzes zu erstattenden Meldungen unmittelbar entgegennimmt. Dies ist Anlass, mit dem vorliegenden Gesetz auch die Aufgaben der Milchstatistik auf die BLE zu übertragen.

Zu Nummer 11 (§ 94a Nr. 2)

Folgeänderung zur Änderung in § 91 Abs. 1 Nr. 1.

*Zu Nummer 12 (§ 97 Abs. 1)**Zu Absatz 1*

Das Statistische Bundesamt führt ab dem 1. Januar 2010 die Erhebung in Brütereien sowie die Erhebung in Geflügelschlachtereien zentral durch (siehe § 94 Abs. 2). Deshalb wird auch die Zuständigkeit für die Führung des Betriebsregisters bezüglich dieser Erhebungen auf das Statistische Bundesamt übertragen.

Zu Absatz 2

Folgeänderung zur Aufhebung von § 93 Abs. 2 Nr. 5.

Zu Nummer 13 (§ 98 Abs. 4)

Folgeänderungen zur Änderung der Zuständigkeit (siehe § 94 Abs. 3).

Zu Nummer 14 (§ 99 Abs. 2)

Nach neuem Recht sind in Anpassung an den geänderten EG-Rechtsrahmen (Artikel 4 Abs. 3 der EG-Verordnung über Viehbestands- und Fleischstatistiken) die Schafbestände zum Stichtag 3. November zu erheben. Dies ist allerdings erst ab dem Jahr 2011 vorgesehen, denn Deutschland beabsichtigt, die besondere zweijährige Übergangsfrist nach Artikel 20 Abs. 1 Satz 2 der EG-Verordnung über Viehbestands- und Fleischstatistiken in Anspruch zu nehmen.

Die Schafbestände werden im Jahr 2010 letztmals im Frühjahr erhoben. Ihre Erhebung ist als Teil der Agrarstrukturerhebung 2010 geregelt (siehe § 27 Abs. 1 Nr. 5 Buchstabe a). Für die Erhebung über die Viehbestände ist deshalb hinsichtlich der Schafbestände eine Übergangsvorschrift erforderlich.

Zu Artikel 4 (Änderung der Ersten Agrarstatistikverordnung)

Die Erste Agrarstatistikverordnung enthält einige mittlerweile gegenstandslos gewordene Regelungen (§§ 2 und 4) sowie Regelungen, die mit diesem Änderungsgesetz in das Agrarstatistikgesetz übernommen werden (§§ 5, 7 und 8). Die so bezeichneten Regelungen der Verordnung sind deshalb aufzuheben.

Zu Artikel 5 (Neufassung des Agrarstatistikgesetzes)

Da das Agrarstatistikgesetz mit diesem Gesetz in größerem Umfang geändert wird, ist eine Bekanntmachungserlaubnis für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vorgesehen.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung des Entwurfs eines Gesetzes
zur Änderung des Betriebsprämierendurchführungsgesetzes und des Agrarstatistikgesetzes
(jetzt: Gesetz zur Änderung des Betriebsprämierendurchführungsgesetzes
und anderer Gesetze) vom 21. Juli 2010
(BT-Drucks. Nr. 17/1703 vom 14. Mai 2010)**

Zu Artikel 2

Nachfolgend abgedruckt

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Ausgangslage

1. Änderung des Betriebsprämienführungsgesetzes

Die Verordnung (EG) Nr. 73/2009 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1290/2005, (EG) Nr. 247/2006, (EG) Nr. 378/2007 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 (ABl. L 30 vom 31.1.2009, S. 16) ändert und ergänzt die Vorschriften über die Betriebsprämienregelung und fasst sie vollständig neu.

Unter anderem werden weitere bisher an die Produktion gekoppelte Beihilfen in die Betriebsprämienregelung einbezogen. Artikel 63 mit Anhang XI der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sieht – soweit Deutschland betroffen ist – vor, dass

- die Prämie für Eiweißpflanzen, die Flächenzahlung für Schalenfrüchte und die Beihilfe für Stärkekartoffelerzeuger nach Entscheidung des Mitgliedstaates frühestens ab 2010 und spätestens ab 2012 in die Betriebsprämienregelung einbezogen werden und
- die Verarbeitungsbeihilfen für Trockenfutter und für Faserflachs und -hanf sowie die Prämie für Kartoffelstärke ab 2012 in die Betriebsprämienregelung einbezogen werden.

Die deutsche Obergrenze für die Betriebsprämienregelung erhöht sich durch die Einbeziehung dieser Beihilfen um knapp 81 Mio. Euro. Dabei ist für jede der betroffenen Beihilfen ein Betrag auf der Grundlage bisheriger Inanspruchnahme oder Obergrenzen berücksichtigt (Anhang XII der Verordnung (EG) Nr. 73/2009).

Es wird jetzt im Betriebsprämienführungsgesetz vor allem geregelt, wie das neue Prämienvolumen im Rahmen der in der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 gewährten Spielräume, die sowohl die Berücksichtigung betriebsindividueller Gesichtspunkte als auch Werterhöhungen aller Zahlungsansprüche ermöglichen, in Deutschland in die Betriebsprämienregelung einbezogen wird.

Die neu zu entkoppelnden Beihilfen sind alle im Jahr 2012 in die Betriebsprämienregelung einzubeziehen. Dies gewährt den betroffenen Sektoren, d. h. sowohl den Erzeugern als auch den Verarbeitern, eine möglichst lange Übergangszeit zur Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen.

Bei der Zuweisung des Prämienvolumens durch eine Erhöhung des Werts der Zahlungsansprüche ist Folgendes zu berücksichtigen: Die Betriebsinhaber in den betroffenen Sektoren erhalten noch bis einschließlich 2011 die vollen gekoppelten Prämien. Dagegen werden die Werte früher entkoppelter Prämien, die teilweise betriebsindividuell zugewiesen worden sind und bei den Erzeugern zu über dem regionalen Durchschnitt liegenden Werten der Zahlungsansprüche geführt haben, ab 2010 schrittweise zu regional einheitlichen Zielwerten verringert. Eine schrittweise Verringerung zwischen 2010 und 2013 führt in Bezug auf die insgesamt gewährten Beträge zum gleichen Ergebnis wie die volle Prä-

miengewährung für die Jahre 2010 und 2011 und eine anschließende vollständige Einbeziehung in einen regionalen Erhöhungswert aller Zahlungsansprüche bereits ab 2012. Daher sollen betriebsindividuelle Aspekte überwiegend keine Berücksichtigung finden. Stattdessen werden alle Zahlungsansprüche um einen regional einheitlichen Betrag erhöht (einjähriger Erhöhungsbetrag). Im Sektor Stärkekartoffeln würde die Nichtberücksichtigung betriebsindividueller Aspekte allerdings dazu führen, dass die Betriebsinhaber im Jahr 2012 schlagartig erhebliche Einbußen zu verzeichnen hätten, die im Durchschnitt deutlich höher liegen als in den anderen von der Entkopplung in 2012 betroffenen Sektoren. Wegen der engen Verzahnung mit dem übrigen Kartoffelmarkt können sich zudem durch abrupte Produktionsverlagerungen negative Auswirkungen auf den Gesamtmarkt (Mengen- und Preisdruck) ergeben. In den übrigen Sektoren bestehen solche besonderen Verflechtungen nicht. Daher soll als einjährige Übergangsregelung die Erzeugungsbeihilfe für Stärkekartoffelerzeuger betriebsindividuell zugewiesen werden. Die Verarbeitungsprämie für Kartoffelstärke soll dagegen in den allgemeinen Erhöhungsbetrag einbezogen werden. Insoweit erfolgt auch eine Gleichbehandlung aller Verarbeitungsprämien. Ab dem Jahre 2013 wird das ganze in 2012 zu entkoppelnde Prämienvolumen ohne Berücksichtigung betriebsindividueller Aspekte für eine regional einheitliche Erhöhung aller Zahlungsansprüche verwendet (regionaler Erhöhungswert). Diese Vorgehensweise führt dazu, dass alle Zahlungsansprüche einer Region zu einem ab 2013 regional einheitlichen Wert angeglichen werden, der um einen gewissen Betrag (regionaler Erhöhungswert) über dem bereits bisher durch das Gesetz festgelegten regionalen Zielwert liegt.

Bei der Verteilung des neuen Prämienvolumens auf die Regionen werden die Grundsätze berücksichtigt, die bereits der Verteilung im Jahr 2005 zugrunde lagen. Einerseits sollen die historisch bedingten Unterschiede zwischen den Regionen (bezogen auf das durchschnittliche Prämienvolumen je Hektar) weiter verringert werden. Andererseits sollen zu große Umverteilungen vermieden werden. Um trotz des vergleichsweise niedrigen zusätzlichen Prämienvolumens wirksame Verbesserungen für die Regionen mit besonders niedrigen regionalen Durchschnittswerten der Zahlungsansprüche zu erreichen und eine Umverteilung ausschließlich zu Lasten der Regionen mit über dem Bundesdurchschnitt liegenden regionalen Durchschnittswerten zu ermöglichen, wird bei Verteilung des Prämienvolumens eine gegenüber 2005 (damals: 65:35 Schlüssel) modifizierte Vorgehensweise zugrunde gelegt. Die Regionen, die unter Berücksichtigung des zusätzlichen Prämienvolumens im Jahr 2012 erwartbar über dem Bundesdurchschnitt liegende Durchschnittswerte der Zahlungsansprüche haben, erhalten eine Kürzung von 5 Prozent des neuen Prämienvolumens, verglichen mit einer Verteilung vollständig nach historischer Herkunft. Dies entspricht insoweit der Vorgehensweise 2005 als damals keiner Region mehr als 5 Prozent des nach historischer Herkunft auf diese Region entfallenden Prämienvolumens entzogen worden ist. Dieses durch Kürzung zur Umverteilung verfügbare Prämienvolumen soll auf die Regionen mit den niedrigsten regionalen Durchschnittswerten in

der Weise verteilt werden, dass bis zur Erschöpfung des zur Verfügung stehenden Betrags jeweils der oder die niedrigsten regionalen Durchschnittswerte aufgefüllt werden. Im Übrigen erfolgt die Verteilung des Prämienvolumens auf die Regionen nach der historischen Herkunft.

Des Weiteren sieht das Gesetz technische Folgeänderungen, insbesondere zur Ablösung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 durch die Verordnung (EG) Nr. 73/2009, vor sowie Durchführungsvorschriften zur Anpassung der regionalen Obergrenzen aufgrund der in der EG-Weinmarktreform geregelten Gewährung von Zahlungsansprüchen an Weinbauern, die eine Rodungsprämie bezogen haben.

X 2. Änderung des Agrarstatistikgesetzes

Zur Vorbereitung der Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und der nichtöffentlichen Abwasserentsorgung nach § 8 des Umweltstatistikgesetzes muss unter anderem der Kreis der zu erfassenden landwirtschaftlichen Betriebe ermittelt werden. Zu diesem Zweck soll auf Informationen zurückgegriffen werden, die aus der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden, einer Erhebung nach dem Agrarstatistikgesetz, gewonnen werden.

II. Kosten

1. Änderung des Betriebsprämienführungsgesetzes

Durch die aufgrund des Unionsrechts erforderliche Einbeziehung der neu zu entkoppelnden Beihilfen in die Betriebsprämienregelung ergibt sich für die durchführenden Länder ein zusätzlicher Vollzugsaufwand, der nach deren Angaben derzeit nicht genau quantifizierbar ist. In den Folgejahren dürfte der Zusatzaufwand allenfalls geringfügig sein.

Für den Bund ergibt sich allenfalls ein geringfügig erhöhter Koordinierungsaufwand.

Dem steht gegenüber der Wegfall des Verwaltungsaufwands für die entfallenden bisherigen Beihilfenregelungen der EG, die mit Ausnahme der Trockenfutterbeihilfe und der Verarbeitungsbeihilfen für Flachs und Hanf von den Ländern durchgeführt werden.

Auswirkungen auf die Haushalte der Kommunen sind nicht zu erwarten.

Der Wirtschaft, insbesondere mittelständischen Unternehmen, entstehen keine zusätzlichen Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise, auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

X 2. Änderung des Agrarstatistikgesetzes

Durch die Änderung des Agrarstatistikgesetzes entstehen Bund, Ländern und Gemeinden keine Kosten.

III. Bürokratiekosten

1. Änderung des Betriebsprämienführungsgesetzes

Für die Wirtschaft wird im neuen § 5 b Absatz 1 eine einmalige Informationspflicht im Jahr 2012 eingeführt. Es handelt sich um den Antrag auf Zuweisung des Stärkekartoffelerhebungsbetrags. Auf der Grundlage der vorliegenden Daten wird eingeschätzt, dass einmalig Kosten der Betriebsinhaber von insgesamt 110 400 Euro entstehen. Dabei wird davon ausgegangen, dass etwa 12 000 Betriebsinhaber betroffen

sind, die einmalig einen solchen Antrag stellen und bei einem Stundensatz von 18,40 Euro jeweils eine halbe Stunde beschäftigt sind.

2. Änderung des Agrarstatistikgesetzes

Durch die Änderung des Agrarstatistikgesetzes werden Informationspflichten weder eingeführt noch aufgehoben noch geändert.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Der Bund hat für das Betriebsprämienführungsgesetz die Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 74 Absatz 1 Nummer 17 des Grundgesetzes (GG). Für die Änderung des Agrarstatistikgesetzes besteht die Gesetzgebungskompetenz des Bundes nach Artikel 73 Absatz 1 Nummer 11 GG.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar.

VI. Befristung

1. Änderung des Betriebsprämienführungsgesetzes

Eine Befristung des vorliegenden Änderungsgesetzes oder des Stammgesetzes ist nicht sinnvoll. Das Stammgesetz dient der Umsetzung und Durchführung nicht befristeten Unionsrechts.

2. Änderung des Agrarstatistikgesetzes

Eine Befristung der Änderung des Agrarstatistikgesetzes ist nicht sinnvoll, da die darin vorgesehene Änderung im Rahmen einer unbefristet angeordneten umweltstatistischen Erhebung wirksam wird.

VII. Nachhaltigkeitsprüfung

Das Gesetz dient der nationalen Durchführung von EU-Recht. Die Einbeziehung weiterer Beihilfen in die entkoppelte Betriebsprämienregelung erfolgt im Hinblick auf das Ziel der Förderung der marktorientierteren und nachhaltigen Landwirtschaft.

VIII. Gleichstellungspolitische Prüfung

Auswirkungen von gleichstellungspolitischer Bedeutung sind durch das Gesetzesvorhaben nicht zu erwarten. Die Erwägungen zur Umsetzung der einheitlichen Betriebsprämie in Abschnitt VII des Allgemeinen Teils der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 15/2553, S. 22) gelten hier entsprechend.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1

§ 1 wird vollständig neu gefasst.

Die Regelung über den Anwendungsbereich in § 1 Absatz 1 wird um die neue Verordnung (EG) Nr. 73/2009 ergänzt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird § 1 dabei neu gefasst.

X

X

2013 erfolgenden Erhöhung der Zahlungsansprüche durch die §§ 5b, 5c und 5d durchgeführt wird. Eine Änderung der in § 6 geregelten Anpassung der Zahlungsansprüche ist nicht notwendig, um auch unter Berücksichtigung der in § 5b und 5c vorgesehenen Erhöhung der Werte der Zahlungsansprüche im Jahr 2012 ab dem Jahr 2013 regional einheitliche Zahlungsansprüche zu erreichen. In die Anpassung auf Grund des § 6 sind alle im Jahr 2012 bestehenden Zahlungsansprüche einbezogen. Die §§ 5b und 5c führen 2012 zu einer einmaligen und in dieser Höhe auf ein Jahr befristeten Erhöhung der Werte aller Zahlungsansprüche für 2012. Gemäß § 5d werden alle Zahlungsansprüche für 2012 ab 2013 um einen regional einheitlichen Wert erhöht. Dies führt 2013 zu regional einheitlichen Werten, die sich als Summe aus dem regionalen Zielwert und dem regionalen Erhöhungswert ergeben. Für ab 2013 neu festzusetzende Zahlungsansprüche wird die Festsetzung in derselben Höhe geregelt (siehe dazu die Änderungen nachfolgend in Buchstabe c und in Nummer 8).

Doppelbuchstabe bb enthält eine Folgeänderung zur Ummummerierung des früheren § 5 Absatz 4b in § 5 Absatz 4c durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Betriebsprämien-durchführungsgesetzes.

Änderungen in der Festsetzung von Referenzbeträgen und der Zahl von Zahlungsansprüchen für frühere Jahre sind im Rahmen von Verwaltungs- und Rechtsbehelfsverfahren auch noch nach 2009 möglich. Die Regelung in Doppelbuchstabe cc dient der Klarstellung, dass diese den regionalen Zielwert unberührt lassen.

Zu Buchstabe b

Beide Doppelbuchstaben enthalten Anpassungen von Verweisen auf Artikel 42 Absatz 7 der aufgehobenen Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie an die neue Sprachregelung aufgrund des Vertrages von Lissabon. Eine modifizierte Nachfolgeregelung, wonach die Mitgliedstaaten zur jährlichen Einhaltung der nationalen Obergrenze für die Betriebsprämienregelung gegebenenfalls eine lineare Kürzung beim Wert der Zahlungsansprüche vorzunehmen haben, enthält Artikel 40 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009. In beiden Doppelbuchstaben wird die Verweisung nicht durch eine Nennung der konkreten Nachfolgeregelung im EU-Recht sondern, auch um die Vorschrift weniger änderungsanfällig zu machen, durch eine Beschreibung des geregelten Sachverhalts ersetzt.

Zu Buchstabe c

Die Änderung von § 6 Absatz 3 enthält zweierlei.

Zum einen wird die Anwendung von § 6 Absatz 3, der derzeit kein Endjahr vorsieht, auf Zahlungsansprüche beschränkt, die bis einschließlich 2012 neu festgesetzt werden. Der neue § 6a (siehe dazu Nummer 8) regelt die Höhe für ab 2013 neu festzusetzende Zahlungsansprüche so, dass diese im Wert den im Jahr 2013 bestehenden Zahlungsansprüchen gleich sind (regionaler Zielwert nach § 6 Absatz 1 plus regionaler Erhöhungswert nach § 5d Absatz 1). Die Anwendung von § 6 Absatz 3 in der derzeitigen Fassung auf diese neuen Zahlungsansprüche ab 2013 würde sie auf den regionalen

Zielwert zurückführen und so entgegen der Zielsetzung des Gesetzes weiterhin zu regional uneinheitlichen Zahlungsansprüchen führen.

Zum anderen wird durch die Streichung der Verweisung auf § 3 Absatz 2 die Anwendung von § 6 Absatz 3 nicht mehr auf die aus der nationalen Reserve kommenden Zahlungsansprüche beschränkt. Damit werden auch die an Weinbauern zuzuweisenden neuen Zahlungsansprüche (siehe dazu den neuen § 4 Absatz 3c in Nummer 5 Buchstabe a) in die Anpassung zu regional einheitlichen Zahlungsansprüchen einbezogen.

Zu Nummer 8

Der neue § 6a regelt die Höhe für ab 2013 neu festzusetzende Zahlungsansprüche so, dass sie denselben regional einheitlichen Wert wie die bereits bestehenden Zahlungsansprüche haben. Dieser als regionaler Wert bezeichnete Wert setzt sich zusammen aus dem regionalen Zielwert nach § 6 Absatz 1 und dem regionalen Erhöhungswert nach § 5d Absatz 1, wobei vorgesehen ist, dass bis einschließlich 2013 möglicherweise wegen Überschreitung der nationalen Obergrenze erfolgende Kürzungen aller Zahlungsansprüche berücksichtigt werden. Mit Satz 3 wird des Weiteren die Berücksichtigung einer eventuellen Kürzung aller Zahlungsansprüche nach 2013 geregelt. Satz 2 sieht entsprechend der Regelung in § 6 Absatz 1 für den regionalen Zielwert vor, dass die zuständigen Behörden der Regionen den regionalen Wert bekannt machen. Es ist allerdings nicht damit zu rechnen, dass es ab dem Jahr 2013 zur Zuweisung von neuen Zahlungsansprüchen in nennenswertem Umfang kommen wird. Nach derzeitigem Stand kommen dann nur noch neue Zahlungsansprüche für wenige Fälle in besonderer Lage in Betracht, soweit die betreffenden Vorschriften nicht zwischenzeitlich noch entfallen.

Zu Nummer 9

Auf die Ausführungen unter der Überschrift „Zu den Nummern 5 und 9“ wird verwiesen.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift gestattet die Verwendung der dort genannten Merkmale zur Vorbereitung der Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und der nichtöffentlichen Abwasserentsorgung nach § 8 des Umweltstatistikgesetzes. Dadurch kann eine gesonderte Vorbefragung nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesstatistikgesetzes vermieden und eine Eingrenzung des Kreises der zu Befragenden auf die wesentlichen landwirtschaftlichen Betriebe erreicht werden.

Zu Artikel 3

Das Betriebsprämien-durchführungsgesetz wird durch dieses Gesetz umfangreich geändert. Daher ist die Möglichkeit einer Neubekanntmachung angezeigt.

Zu Artikel 4

Artikel 4 regelt das Inkrafttreten.

X

Anlage 3

Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments
und des Rates vom 19. November 2008
über die Betriebsstrukturerhebung und die Erhebung über
landwirtschaftliche Produktionsmethoden
sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates

Dieses Dokument ist lediglich eine Dokumentationshilfe, für deren Richtigkeit die Organe der Union keine Gewähr übernehmen

► **B** VERORDNUNG (EG) Nr. 1166/2008 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 19. November 2008

über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates

(Text von Bedeutung für den EWR)

(ABl. L 321 vom 1.12.2008, S. 14)

Geändert durch:

		Amtsblatt		
		Nr.	Seite	Datum
► <u>M1</u>	Verordnung (EU) Nr. 378/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014	L 122	67	24.4.2014
► <u>M2</u>	Verordnung (EU) Nr. 715/2014 der Kommission vom 26. Juni 2014	L 190	8	28.6.2014

Berichtigt durch:

- **C1** Berichtigung, ABl. L 308 vom 24.11.2009, S. 27 (1166/2008)



**VERORDNUNG (EG) Nr. 1166/2008 DES EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS UND DES RATES**

vom 19. November 2008

**über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über
landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie zur Aufhebung
der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates**

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EURO-
PÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,
insbesondere auf Artikel 285 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags ⁽¹⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe ⁽²⁾ sieht ein Programm von Gemeinschaftserhebungen für Statistiken über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe bis 2007 vor.
- (2) Das Programm von Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe, das seit 1966/67 auf Gemeinschaftsebene durchgeführt wird, sollte fortgesetzt werden, damit Entwicklungstendenzen auf Gemeinschaftsebene untersucht werden können. Aus Gründen der Klarheit sollte die Verordnung (EWG) Nr. 571/88 durch die vorliegende Verordnung ersetzt werden.
- (3) Um die Basisregister der landwirtschaftlichen Betriebe und die sonstigen für die Schichtung von Stichproben erforderlichen Angaben auf den neuesten Stand zu bringen, muss mindestens alle zehn Jahre eine Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe in der Gemeinschaft durchgeführt werden. Die letzte Zählung vor der Annahme der vorliegenden Verordnung hat 1999/2000 stattgefunden.
- (4) Es müssen Daten über die Durchführung der in der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) ⁽³⁾ festgelegten Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung erhoben werden.

⁽¹⁾ Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 21. Mai 2008 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 20. Oktober 2008.

⁽²⁾ ABl. L 56 vom 2.3.1988, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 277 vom 21.10.2005, S. 1.

▼B

- (5) In seinen Schlussfolgerungen vom 19. Dezember 2006 zu den Agrarumweltindikatoren hat der Rat festgestellt, dass Bedarf an vergleichbaren, die gesamte Gemeinschaft abdeckenden Daten über landwirtschaftliche Tätigkeiten auf der geeigneten geographischen Ebene besteht. Der Rat hat die Kommission ersucht, die in der Mitteilung der Kommission vom 15. September 2006 ⁽¹⁾ genannten Maßnahmen umzusetzen, wozu die Erstellung statistischer Daten insbesondere über Bewirtschaftungsmethoden landwirtschaftlicher Betriebe und die Nutzung landwirtschaftlicher Betriebsmittel gehört.
- (6) Es fehlt an statistischen Informationen über die verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden auf der Ebene der einzelnen Betriebe. Daher ist es notwendig, die Sammlung von Informationen über landwirtschaftliche Produktionsmethoden, die mit Strukturdaten über die landwirtschaftlichen Betriebe verknüpft werden sollten, zu verbessern, damit zusätzliche statistische Daten für die Entwicklung der Agrarumweltpolitik und die Verbesserung der Qualität der Agrarumweltindikatoren bereitgestellt werden können.
- (7) Vergleichbare Statistiken aus allen Mitgliedstaaten über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe sind für die Ausrichtung der Agrarpolitik in der Gemeinschaft von Bedeutung. Daher sollten für die Erhebungsmerkmale nach Möglichkeit einheitliche Klassifikationen und gemeinsame Definitionen verwendet werden.
- (8) Die Durchführung der Betriebsstrukturerhebung im Jahr 2010 und die zehnjährliche Volkszählung im Jahr 2011 würden die für Statistiken zur Verfügung stehenden Ressourcen der Mitgliedstaaten stark belasten, falls sich die Arbeiten vor Ort für diese beiden wichtigen Erhebungen zeitlich überschneiden würden. Deshalb sollte eine Ausnahmeregelung vorgesehen werden, die es Mitgliedstaaten erlaubt, die Betriebsstrukturerhebung 2009 durchzuführen.
- (9) Die Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates vom 17. Februar 1997 über die Gemeinschaftsstatistiken ⁽²⁾ bildet den Bezugsrahmen für die Bestimmungen dieser Verordnung, insbesondere was die Wahrung der Standards der Unparteilichkeit, der Zuverlässigkeit, der Relevanz, der Kostenwirksamkeit, der statistischen Geheimhaltung und der Transparenz betrifft. Für die Übermittlung und den Schutz der aufgrund der vorliegenden Verordnung vorgelegten vertraulichen statistischen Daten gibt die Verordnung (Euratom, EWG) Nr. 1588/90 des Rates vom 11. Juni 1990 über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften ⁽³⁾ einen Bezugsrahmen vor, um sicherzustellen, dass es bei der Erstellung und Verbreitung von Gemeinschaftsstatistiken nicht zu einer rechtswidrigen Offenlegung von Daten oder ihrer Verwendung für nichtstatistische Zwecke kommt.

⁽¹⁾ Mitteilung mit dem Titel „Entwicklung von Agrarumweltindikatoren zur Überwachung der Integration von Umweltbelangen in die gemeinsame Agrarpolitik“.

⁽²⁾ ABl. L 52 vom 22.2.1997, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 151 vom 15.6.1990, S. 1.

▼B

- (10) Die Kommission sollte die Angaben zum Standort eines landwirtschaftlichen Betriebs nur für statistische Analysen und nicht für die Ziehung von Stichproben oder die Durchführung von Erhebungen verwenden. Der Schutz vertraulicher Daten sollte unter anderem dadurch gewährleistet werden, dass die Genauigkeit der Standortparameter begrenzt wird und indem die Daten in den Veröffentlichungen der Statistiken angemessen aggregiert werden.
- (11) Mit der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates ⁽¹⁾ wurde die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Gemeinschaft eingeführt.
- (12) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) ⁽²⁾ sollten die Gebietseinheiten im Einklang mit der NUTS-Klassifikation definiert werden.
- (13) Um für die Auskunftgebenden und die Mitgliedstaaten die Belastung durch die Erhebung der Daten so gering wie möglich zu halten, sollte die Möglichkeit der Verwendung von Stichprobenerhebungen und Verwaltungsquellen vorgesehen werden.
- (14) Die Durchführung der Erhebungen erfordert über mehrere Jahre hinweg die Bereitstellung beträchtlicher Haushaltsmittel seitens der Mitgliedstaaten und der Kommission, von denen ein großer Teil für die Erfüllung der Anforderungen der Gemeinschaft verwendet werden wird.
- (15) Es wird anerkannt, dass die Anforderungen der Satellitenerkennung und -identifizierung von landwirtschaftlichen Betrieben in vielen Mitgliedstaaten erhebliche methodische und technische Schwierigkeiten mit sich bringen.
- (16) Deshalb sollte eine Gemeinschaftsbeihilfe vorgesehen werden, um dieses Programm der Erhebungen durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft nach der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik ⁽³⁾ zu unterstützen.
- (17) Diese Verordnung legt für die gesamte Laufzeit des Programms eine Finanzausstattung fest, die für die Haushaltsbehörde gemäß Nummer 37 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung ⁽⁴⁾ im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens den vorrangigen Bezugsrahmen bildet.
- (18) Da das Ziel dieser Verordnung, nämlich die systematische Erstellung von Gemeinschaftsstatistiken über die Struktur landwirtschaftlicher Betriebe und über landwirtschaftliche Produktionsmethoden, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann und daher wegen des Umfangs und der Wirkungen dieser Verordnung besser auf Gemeinschaftsebene zu verwirklichen ist, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.

⁽¹⁾ ABl. L 293 vom 24.10.1990, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 154 vom 21.6.2003, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1.

▼B

- (19) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse ⁽¹⁾ erlassen werden.
- (20) Insbesondere sollte die Kommission die Befugnis erhalten, die Koeffizienten für die Großvieheinheiten festzulegen, die Merkmale festzulegen und die Anhänge dieser Verordnung anzupassen. Da es sich hierbei um Maßnahmen von allgemeiner Tragweite handelt, die eine Änderung nicht wesentlicher Bestimmungen dieser Verordnung durch Ergänzung um neue nicht wesentliche Bestimmungen bewirken, sind diese Maßnahmen nach dem Regelungsverfahren mit Kontrolle des Artikels 5a des Beschlusses 1999/468/EG zu erlassen.
- (21) Der durch den Beschluss 72/279/EWG des Rates ⁽²⁾ eingesetzte Ständige Agrarstatistische Ausschuss wurde gehört —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Gegenstand

Mit dieser Verordnung wird ein Rahmen für die Erstellung vergleichbarer Gemeinschaftsstatistiken über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe und für eine Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden geschaffen.

Artikel 2

Definitionen

Für die Zwecke dieser Verordnung gelten folgende Definitionen:

- a) „landwirtschaftlicher Betrieb“ oder „Betrieb“: eine technische und wirtschaftliche Einheit mit einer einheitlichen Betriebsführung, die in Anhang I aufgeführte landwirtschaftliche Tätigkeiten im Wirtschaftsgebiet der Europäischen Union entweder als Haupttätigkeit oder als Nebentätigkeit ausübt;
- b) „Großvieheinheit“: eine Standardmaßeinheit, die die Zusammenfassung der verschiedenen Arten von Viehbeständen zu Vergleichszwecken erlaubt. Die Großvieheinheiten werden anhand der Anforderungen für die Fütterung der einzelnen Tierkategorien bestimmt; die entsprechenden Koeffizienten werden nach dem in Artikel 15 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle festgelegt;

⁽¹⁾ ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23.

⁽²⁾ ABl. L 179 vom 7.8.1972, S. 1.

▼B

- c) „Stichprobenerhebungen“: statistische Erhebungen auf der Grundlage geschichteter Zufallsstichproben, mit denen repräsentative statistische Daten über landwirtschaftliche Betriebe auf regionaler und nationaler Ebene erstellt werden sollen. Bei der Schichtung sind auch Größe und Typ des landwirtschaftlichen Betriebs zu berücksichtigen, um zu gewährleisten, dass landwirtschaftliche Betriebe unterschiedlicher Größen und Typen angemessen repräsentiert sind;
- d) „Region“: die in der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 festgelegte Gebietseinheit auf der Ebene NUTS 2;
- e) „Betriebsstandort“: der Breiten- und der Längengrad innerhalb eines Bogens von 5 Minuten, der verhindert, dass es zu einer direkten Identifizierung des einzelnen Betriebs kommt. Fällt unter die betreffenden Koordinaten nur ein landwirtschaftlicher Betrieb, so wird dieser Betrieb einem benachbarten Standort zugeteilt, der mindestens einen weiteren landwirtschaftlichen Betrieb umfasst.

*Artikel 3***Erfassungsbereich**

- (1) Von den in dieser Verordnung genannten Erhebungen werden erfasst:
 - a) landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 1 ha oder mehr,
 - b) landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von weniger als 1 ha, wenn diese Betriebe einen gewissen Anteil für den Verkauf erzeugen oder wenn ihre Produktionseinheit bestimmte physische Schwellenwerte überschreitet.
- (2) Mitgliedstaaten, die eine Erhebungsschwelle von mehr als 1 ha verwenden, legen diese so fest, dass nur die kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe ausgeschlossen werden, die zusammen einen Anteil von nicht mehr als 2 % an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche ohne Gemeindeland und von nicht mehr als 2 % an der Gesamtzahl der Großvieheinheiten haben.
- (3) In jedem Fall werden alle landwirtschaftlichen Betriebe erfasst, die einen der in Anhang II aufgeführten physischen Schwellenwerte erreichen.

▼ B*Artikel 4***Datenquellen**

(1) Die Mitgliedstaaten nutzen die Daten aus dem mit Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 ⁽¹⁾ eingeführten integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem, dem mit Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 ⁽²⁾ eingeführten System zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und den aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 ⁽³⁾ erstellten Registern der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, sofern diese Daten von mindestens gleicher Qualität wie die aus statistischen Erhebungen gewonnenen Informationen sind. Die Mitgliedstaaten können ferner Verwaltungsquellen verwenden, die mit dem Anbau gentechnisch veränderter Kulturen und den in Anhang III aufgeführten besonderen Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums im Zusammenhang stehen.

(2) Beschließt ein Mitgliedstaat, andere als die in Absatz 1 genannten Verwaltungsquellen zu verwenden, so unterrichtet er vorab die Kommission hiervon und gibt an, welche Methode verwendet werden soll und welche Qualität die Daten aus dieser Verwaltungsquelle haben.

*Artikel 5***Genauigkeitsanforderungen**

(1) Mitgliedstaaten, die Stichprobenerhebungen durchführen, gewährleisten, dass die gewogenen Erhebungsergebnisse statistisch repräsentativ für die landwirtschaftlichen Betriebe in der jeweiligen Region sind und so angelegt sind, dass sie den Genauigkeitsanforderungen in Anhang IV entsprechen.

(2) In hinreichend begründeten Fällen gewährt die Kommission den Mitgliedstaaten für bestimmte Regionen Ausnahmen von den in Absatz 1 genannten Genauigkeitsanforderungen.

KAPITEL II

STATISTIKEN ÜBER DIE STRUKTUR DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBE*Artikel 6***Betriebsstrukturerhebungen**

(1) Die Mitgliedstaaten führen in den Jahren 2010, 2013 und 2016 Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe durch (nachstehend „Betriebsstrukturerhebungen“ genannt).

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 1).

⁽²⁾ Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen (ABl. L 204 vom 11.8.2000, S. 1).

⁽³⁾ Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 (ABl. L 189 vom 20.7.2007, S. 1).

▼B

(2) Die Betriebsstrukturhebung 2010 wird als Zählung durchgeführt. Für die in Anhang III Abschnitt V Ziffer ii aufgeführten Merkmale zu außerbetrieblichen Erwerbstätigkeiten, die die Arbeitskräfte ausüben, können jedoch Stichprobenerhebungen verwendet werden.

(3) Die Betriebsstrukturhebungen 2013 und 2016 können als Stichprobenerhebungen durchgeführt werden.

*Artikel 7***Erhebungsmerkmale**

(1) Die Mitgliedstaaten liefern Informationen über die in Anhang III aufgeführten Merkmale.

(2) Die Kommission kann nach dem in Artikel 15 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle die Liste der in Anhang III aufgeführten Merkmale für die Betriebsstrukturhebungen 2013 und 2016 ändern.

(3) Stellt ein Mitgliedstaat fest, dass ein Merkmal selten oder überhaupt nicht vorkommt, so kann das Merkmal von der Datenerhebung ausgeschlossen werden. Der Mitgliedstaat unterrichtet die Kommission in dem Kalenderjahr, das dem Erhebungsjahr unmittelbar vorangeht, über jeden Ausschluss eines Merkmals aus der Datenerhebung.

(4) Die Definitionen der Merkmale werden nach dem in Artikel 15 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle angenommen.

*Artikel 8***Bezugszeiträume**

Die Bezugszeiträume für die Betriebsstrukturhebungen in den Erhebungsjahren 2010, 2013 und 2016 werden wie folgt festgelegt:

- a) für die in Anhang III aufgeführten Flächenmerkmale: ein Zeitraum von 12 Monaten, der an einem Stichtag zwischen dem 1. März und dem 31. Oktober des Erhebungsjahres endet;
- b) für die in Anhang III aufgeführten Viehbestandsmerkmale: ein Stichtag zwischen dem 1. März und dem 31. Dezember des Erhebungsjahres;
- c) für die in Anhang III aufgeführten Arbeitskräftemerkmale: ein Zeitraum von 12 Monaten, der an einem Stichtag zwischen dem 1. März und dem 31. Oktober des Erhebungsjahres endet;
- d) für die in Anhang III aufgeführten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums: ein Zeitraum von drei Jahren, der am 31. Dezember des Erhebungsjahres endet.

*Artikel 9***Übermittlung**

(1) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission bis zum 31. März 2012 die geprüften Erhebungsdaten der Betriebsstrukturhebung 2010.

▼B

- (2) Für die Betriebsstrukturhebungen in den Erhebungsjahren 2013 und 2016 übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission geprüfte Erhebungsdaten innerhalb von 12 Monaten nach Ablauf des Erhebungsjahres.
- (3) Daten zu den in Anhang III aufgeführten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, die auf Verwaltungsunterlagen beruhen, können der Kommission getrennt innerhalb von 18 Monaten nach Ablauf des Erhebungsjahres übermittelt werden.
- (4) Die Daten der Betriebsstrukturhebung werden der Kommission in elektronischer Form für die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe übermittelt.
- (5) Die Kommission legt das Format für die Übermittlung der Erhebungsdaten fest.
- (6) Die Kommission verwendet die Daten der Betriebsstrukturhebung nicht für die Ziehung von Stichproben oder für die Durchführung von Erhebungen.

*Artikel 10***Auswahlgrundlage**

Für die Zwecke der Aktualisierung der Auswahlgrundlage für die Betriebsstrukturhebungen 2013 und 2016 gewähren die Mitgliedstaaten den für die Betriebsstrukturhebungen zuständigen einzelstaatlichen Stellen Zugang zu Informationen über landwirtschaftliche Betriebe in den auf ihrem Staatsgebiet geführten Verwaltungsregistern.

KAPITEL III

**STATISTIKEN ÜBER LANDWIRTSCHAFTLICHE
PRODUKTIONSMETHODEN**
*Artikel 11***Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden**

- (1) Die Mitgliedstaaten führen eine Erhebung über die von den landwirtschaftlichen Betrieben angewandten landwirtschaftlichen Produktionsmethoden durch. Diese Erhebung kann als Stichprobenerhebung durchgeführt werden.
- (2) In hinreichend begründeten Fällen kann die Kommission einem Mitgliedstaat gestatten, die Stichprobenerhebung mittels separater Teilstichproben durchzuführen.
- (3) Die Mitgliedstaaten liefern Informationen über die in Anhang V aufgeführten Merkmale der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden.
- (4) Für jeden bei der Erhebung erfassten Betrieb geben die Mitgliedstaaten auch die geschätzte Wassermenge (in Kubikmetern) an, die der Betrieb für die Bewässerung verbraucht. Die Schätzung kann mithilfe eines Modells vorgenommen werden.
- (5) Zur Erstellung des in Absatz 4 genannten Modells leistet die Kommission den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Methodik und sonstige Fragen Unterstützung. Außerdem fördert die Kommission die erforderliche Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, damit vergleichbare Ergebnisse erzielt werden.

▼B

- (6) Stellt ein Mitgliedstaat fest, dass ein Merkmal selten oder überhaupt nicht vorkommt, so kann das Merkmal von der Datenerhebung ausgeschlossen werden. Der Mitgliedstaat unterrichtet die Kommission in dem Kalenderjahr, das dem Erhebungsjahr unmittelbar vorangeht, von jedem Ausschluss eines Merkmals von der Datenerhebung.
- (7) Die Definitionen der Merkmale werden nach dem in Artikel 15 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle festgelegt.
- (8) Der Bezugszeitraum ist mit dem jeweiligen Bezugszeitraum für die Merkmale der Betriebsstrukturhebung 2010 identisch.
- (9) Die Ergebnisse dieser Erhebung werden auf der Ebene der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe mit den Daten aus der Betriebsstrukturhebung 2010 verknüpft. Der geprüfte Gesamtdatensatz wird der Kommission in elektronischer Form spätestens am 31. Dezember 2012 übermittelt.
- (10) Die Kommission legt das Format für die Übermittlung der Erhebungsdaten fest.
- (11) Die Kommission verwendet die Daten über die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden nicht für die Ziehung von Stichproben oder für die Durchführung von Erhebungen.

KAPITEL IV**BERICHTERSTATTUNG, FINANZIERUNG UND DURCHFÜHRUNGSMASSNAHMEN***Artikel 12***Berichte**

- (1) Die Mitgliedstaaten legen für die Erhebungen, die Gegenstand dieser Verordnung sind, nationale Methodikberichte vor, in denen Folgendes beschrieben wird:
- a) die Organisation und die angewandte Methodik,
 - b) die Genauigkeitsniveaus, die bei den in dieser Verordnung genannten Stichprobenerhebungen erzielt wurden,
 - c) Informationen über die Qualität der gegebenenfalls verwendeten Datenquellen der Verwaltung und
 - d) die Einbeziehungs- und Ausschlusskriterien, die angewandt wurden, um den in Artikel 3 genannten Erfassungsanforderungen zu entsprechen.
- (2) Die nationalen Methodikberichte sind der Kommission zusammen mit den geprüften Erhebungsergebnissen gemäß den in Artikel 9 Absätze 1 und 2 angegebenen Fristen vorzulegen.
- (3) Neben den am Ende jeder Erhebung vorzulegenden nationalen Methodikberichten liefern die Mitgliedstaaten der Kommission alle weiteren gegebenenfalls erforderlichen Informationen zur Organisation und Methodik der Erhebung.

▼B*Artikel 13***Gemeinschaftsbeitrag**

(1) Die Mitgliedstaaten erhalten von der Gemeinschaft einen Finanzbeitrag in Höhe von maximal 75 % der Kosten für die Durchführung der in dieser Verordnung vorgesehenen Erhebungen, wobei die in den Absätzen 3 und 4 festgelegten Höchstbeträge nicht überschritten werden dürfen.

(2) Bei Inkrafttreten dieser Verordnung gewährt die Kommission den Mitgliedstaaten, die einen entsprechenden Antrag stellen, die notwendige technische Unterstützung und Beratung in Bezug auf die Satellitenortung landwirtschaftlicher Betriebe.

(3) Für die Gesamtkosten der Betriebsstrukturhebung 2010 und der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden wird der Gemeinschaftsbeitrag auf die folgenden Höchstbeträge begrenzt:

— jeweils 50 000 EUR für Luxemburg und Malta,

— jeweils 1 000 000 EUR für Österreich, Irland und Litauen,

— jeweils 2 000 000 EUR für Bulgarien, Deutschland, Ungarn, Portugal und das Vereinigte Königreich,

— jeweils 3 000 000 EUR für Griechenland, Spanien und Frankreich,

— jeweils 4 000 000 EUR für Italien, Polen und Rumänien und

— jeweils 300 000 EUR für alle anderen Mitgliedstaaten.

(4) Für die Betriebsstrukturhebungen 2013 und 2016 werden die in Absatz 3 genannten Höchstbeträge um 50 % verringert.

▼M1

(4a) Für die Betriebsstrukturhebung 2016 wird der Höchstbetrag für Kroatien auf 500 000 EUR festgesetzt.

▼B

(5) Der Finanzbeitrag der Gemeinschaft wird vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe e der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 finanziert.

*Artikel 14***Finanzrahmen**

(1) Die Finanzausstattung für die Durchführung dieses Erhebungsprogramms einschließlich der erforderlichen Mittel für die Verwaltung, Aufrechterhaltung und Entwicklung der Datenbanksysteme, die in der Kommission zur Verarbeitung der von den Mitgliedstaaten gemäß dieser Verordnung gelieferten Daten verwendet werden, beläuft sich für den Zeitraum 2008-2013 auf 58 850 000 EUR.

▼M1

(2) Die Finanzausstattung für die Durchführung der Betriebsstruktur-erhebungen 2016 einschließlich der erforderlichen Mittel für die Verwaltung, Aufrechterhaltung und Entwicklung der Datenbanksysteme, die in der Kommission zur Verarbeitung der von den Mitgliedstaaten gemäß dieser Verordnung gelieferten Daten verwendet werden, beläuft sich für den Zeitraum 2014-2018 auf 20 650 000 EUR.

▼B

(3) Die jährlichen Mittel werden von der Haushaltsbehörde innerhalb der Grenzen des Finanzrahmens bewilligt.

▼M1

(4) Die Kommission führt die finanzielle Unterstützung durch die Union im Einklang mit der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ durch.

*Artikel 14a***Schutz der finanziellen Interessen der Union**

(1) Die Kommission gewährleistet bei der Durchführung der nach dieser Verordnung finanzierten Tätigkeiten den Schutz der finanziellen Interessen der Union durch geeignete Präventivmaßnahmen gegen Betrug, Korruption und sonstige rechtswidrige Handlungen, durch wirksame Kontrollen und — bei Feststellung von Unregelmäßigkeiten — durch Einziehung zu Unrecht gezahlter Beträge sowie gegebenenfalls durch die Verhängung wirksamer, verhältnismäßiger und abschreckender Sanktionen.

(2) Die Kommission oder ihre Vertreter und der Rechnungshof sind befugt, bei allen Empfängern, bei Auftragnehmern und Unterauftragnehmern, die Mittel der Union aus dem Programm erhalten haben, Audits anhand von Unterlagen und vor Ort durchzuführen.

Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) kann gemäß den in der Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates ⁽²⁾ geregelten Verfahren bei allen direkt oder indirekt durch Finanzierungen aus Unionsmitteln betroffenen Wirtschaftsteilnehmern Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durchführen, um festzustellen, ob im Zusammenhang mit einer Finanzhilfvereinbarung, einem Finanzhilfbeschluss oder einem Vertrag im Hinblick auf Finanzmittel der Union ein Betrugs- oder Korruptionsdelikt oder eine sonstige rechtswidrige Handlung zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union vorliegt.

Unbeschadet der Unterabsätze 1 und 2 ist der Kommission, dem Rechnungshof und dem OLAF in Kooperationsabkommen mit Drittstaaten und internationalen Organisationen, in Finanzhilfvereinbarungen, Finanzhilfbeschlüssen und Verträgen, die sich aus der Durchführung dieser Verordnung ergeben, ausdrücklich die Befugnis zu erteilen, derartige Rechnungsprüfungen sowie Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durchzuführen.

⁽¹⁾ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

⁽²⁾ Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates vom 11. November 1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten (ABl. L 292 vom 15.11.1996, S. 2).



Artikel 15

Ausschuss

(1) Die Kommission wird von dem durch den Beschluss 72/279/EWG eingesetzten Ständigen Agrarstatistischen Ausschuss unterstützt.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten Artikel 5a Absätze 1 bis 4 und Artikel 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

Artikel 16

Ausnahmeregelungen

(1) Abweichend von Artikel 6 Absätze 1 und 2, Artikel 8, Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absätze 8 und 9, Artikel 13 Absatz 3, Anhang III und Anhang IV wird das Jahr „2010“ für Griechenland, Spanien und Portugal durch das Jahr „2009“ ersetzt.

(2) Abweichend von Artikel 9 Absatz 1 wird das Datum „31. März 2012“ ersetzt durch:

- a) „31. März 2011“ für Griechenland und Portugal,
- b) „30. Juni 2011“ für Spanien,
- c) „30. Juni 2012“ für Italien und Rumänien.

(3) Abweichend von Artikel 11 Absatz 9 wird das Datum „31. Dezember 2012“ für Griechenland, Spanien und Portugal durch „31. Dezember 2011“ ersetzt.

Artikel 17

Aufhebung

(1) Die Verordnung (EWG) Nr. 571/88 wird aufgehoben.

(2) Verweisungen auf die aufgehobene Verordnung gelten als Verweisungen auf die vorliegende Verordnung.

Artikel 18

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt ab dem 1. Januar 2009.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.



ANHANG I

Liste der landwirtschaftlichen Tätigkeiten, auf die in der Definition des landwirtschaftlichen Betriebs Bezug genommen wird

Die folgenden Tätigkeiten (die als Haupt- oder Nebentätigkeiten ausgeübt werden können) beruhen auf der europäischen statistischen Systematik der Wirtschaftszweige (NACE Rev. 2), Abteilung Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten, und werden für die Definition eines landwirtschaftlichen Betriebs verwendet:

Beschreibung der Tätigkeit	Code NACE Rev. 2	Zusätzliche Anmerkungen zur Einbeziehung/zum Ausschluss von Tätigkeiten bei der Definition landwirtschaftlicher Tätigkeiten
Anbau einjähriger Pflanzen	01.1	
Anbau mehrjähriger Pflanzen	01.2	Landwirtschaftliche Betriebe, die Wein oder Olivenöl aus selbst erzeugten Trauben oder Oliven herstellen, sind in den Geltungsbereich dieser Verordnung einbezogen.
Betrieb von Baumschulen, Anbau von Pflanzen zu Vermehrungszwecken	01.3	
Tierhaltung	01.4	Alle unter 01.49 der NACE Rev. 2 (Sonstige Tierhaltung) klassifizierten Tätigkeiten sind aus dem Geltungsbereich dieser Verordnung ausgeschlossen, mit Ausnahme von: i) Zucht und Haltung von Straußen, Emus und Kaninchen, ii) Imkerei.
Gemischte Landwirtschaft	01.5	
Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen	01.6	Generell sind alle landwirtschaftlichen Betriebe, die unter 01.6 der NACE Rev. 2 fallende Tätigkeiten ausüben, aus dem Geltungsbereich dieser Verordnung ausgeschlossen, wenn sie ausschließlich diese Tätigkeiten ausüben. Betriebe, deren Tätigkeit ausschließlich darin besteht, Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand zu erhalten (gemäß 01.61 der NACE Rev. 2) sind jedoch in den Geltungsbereich dieser Verordnung einbezogen.



ANHANG II

Schwellen für die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden

Merkmale		Schwelle
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Ackerland, Haus- und Nutzgärten, Dauergrünland und Dauerkulturen	5 ha
Dauerkulturen im Freiland	Obstanlagen (einschließlich Beerenobstanlagen), Zitrusanlagen und Olivenanlagen, Rebanlagen und Baumschulen	1 ha
Sonstiger Intensivanbau	Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren im Freiland oder unter niedrigen (nicht begehbaren) Schutzabdeckungen	0,5 ha
	Tabak	0,5 ha
	Hopfen	0,5 ha
	Baumwolle	0,5 ha
Anbau unter Glas oder anderen (begehbaren) Schutzabdeckungen	Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren	0,1 ha
	Blumen und Zierpflanzen (ohne Baumschulen)	0,1 ha
Rinder	Alle	10 Tiere
Schweine	Alle	50 Tiere
	Zuchtsauen	10 Tiere
Schafe	Alle	20 Tiere
Ziegen	Alle	20 Tiere
Geflügel	Alle	1 000 Tiere

▼ **M2***ANHANG III***Liste der Merkmale für die Betriebsstrukturerhebung 2016**

MERKMALE	EINHEITEN/ KATEGORIEN
I. Allgemeine Merkmale	
– Standort des Betriebs ⁽¹⁾	
– – NUTS ⁽²⁾ -3-Region	NUTS-3-Code
– – Liegt der Betrieb in einem benachteiligten Gebiet?	L/M/N ⁽³⁾
– Rechtspersönlichkeit des Betriebs	
– – Handelt es sich bei dem Betrieb um eine Gemeinschaftslandeinheit?	Ja/Nein
– – Liegt die rechtliche und wirtschaftliche Verantwortung für den Betrieb bei	
– – – einer natürlichen Person, die alleiniger Inhaber eines unabhängigen Betriebs ist?	Ja/Nein
– – – – Wenn die Antwort auf die vorangegangene Frage „Ja“ ist, ist diese Person (der Betriebsinhaber) auch der Betriebsleiter?	Ja/Nein
– – – – – Wenn diese Person nicht der Betriebsleiter ist, gehört der Betriebsleiter zur Familie des Betriebsinhabers?	Ja/Nein
– – – – – Wenn der Betriebsleiter zur Familie des Betriebsinhabers gehört, ist der Betriebsleiter der Ehepartner des Betriebsinhabers?	Ja/Nein
– – – einer natürlichen Person oder mehreren natürlichen Personen, die Gesellschafter in einem Gruppenbetrieb (in einer Personengesellschaft) sind?	Ja/Nein
– – – einer juristischen Person?	Ja/Nein
- Besitzverhältnisse (auf den Betriebsinhaber bezogen) und Bewirtschaftungssystem	
– – Landwirtschaftlich genutzte Fläche:	
– – – in Eigentum	ha
– – – in Pacht	ha
– – – in Teilpacht oder in anderen Besitzformen	ha
– – – Gemeinschaftsland	ha
– Ökologischer Landbau	
– – Wird ökologischer Landbau im Betrieb praktiziert?	Ja/Nein

▼ **M2**

MERKMALE	EINHEITEN/ KATEGORIEN
– – Nähere Angaben ⁽⁴⁾	
– – – Landwirtschaftlich genutzte Gesamtfläche des Betriebs, auf der Methoden des ökologischen Landbaus nach nationalen Vorschriften oder Vorschriften der Europäischen Union angewandt und zertifiziert werden	ha
– – – Landwirtschaftlich genutzte Gesamtfläche des Betriebs, die sich in der Umstellung auf Methoden des ökologischen Landbaus befindet, die nach nationalen Vorschriften oder Vorschriften der Europäischen Union zertifiziert werden sollen	ha
– – – Fläche des Betriebs, auf der entweder Methoden des ökologischen Landbaus nach nationalen Vorschriften oder Vorschriften der Europäischen Union angewandt und zertifiziert werden oder die sich in der Umstellung auf zertifizierte Methoden befindet:	
– – – – Getreide zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut)	ha
– – – – Hülsenfrüchte und Eiweißpflanzen zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut und Gemenge von Getreide mit Hülsenfrüchten)	ha
– – – – Kartoffeln/Erdäpfel (einschließlich Frühkartoffeln und Pflanzkartoffeln)	ha
– – – – Zuckerrüben (ohne Saatgut)	ha
– – – – Ölsaaten	ha
– – – – Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren	ha
– – – – Dauerviesen und -weiden, ohne ertragsarmes Dauergrünland	ha
– – – – Obst- und Beerenobstanlagen	ha
– – – – Zitrusanlagen	ha
– – – – Olivenanlagen	ha
– – – – Rebanlagen	ha
– – – – Sonstige Kulturen (Faserpflanzen usw.) einschließlich ertragsarmem Dauergrünland	ha
– – – Ökologische Produktionsmethoden in der tierischen Erzeugung, die nach nationalen Vorschriften oder Vorschriften der Europäischen Union zertifiziert werden:	
– – – – Rinder	Stück
– – – – Schweine	Stück
– – – – Schafe und Ziegen	Stück
– – – – Geflügel	Stück
– – – – Sonstige Tiere	Ja/Nein

▼ M2

MERKMALE	EINHEITEN/ KATEGORIEN
– – Bestimmung der Produktion des Betriebs:	
– – – Haushalt verbraucht mehr als 50 % des Wertes der Endproduktion des Betriebs	Ja/Nein
– – – Auf Direktverkäufe an Endverbraucher entfallen mehr als 50 % der Gesamtverkäufe des Betriebs	Ja/Nein
II. Flächen	
– Ackerland	
– – Getreide zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut)	
– – – Weichweizen und Spelz	ha
– – – Hartweizen	ha
– – – Roggen	ha
– – – Gerste	ha
– – – Hafer	ha
– – – Körnermais	ha
– – – Reis	ha
– – – Sonstiges Getreide zur Körnergewinnung	ha
– – Hülsenfrüchte und Eiweißpflanzen zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut und Gemenge von Getreide mit Hülsenfrüchten)	ha
– – – darunter Erbsen, Ackerbohnen und Süßlupinen	ha
– – Kartoffeln/Erdäpfel (einschließlich Frühkartoffeln und Pflanzkartoffeln)	ha
– – Zuckerrüben (ohne Saatgut)	ha
– – Futterhackfrüchte (ohne Saatgut)	ha
– – Handelsgewächse:	
– – – Tabak	ha
– – – Hopfen	ha
– – – Baumwolle	ha
– – – Raps und Rübsen	ha
– – – Sonnenblumen	ha
– – – Soja	ha
– – – Leinsamen (Öllein)	ha
– – – Sonstige Ölsaaten	ha
– – – Flachs	ha
– – – Hanf	ha

▼ M2

MERKMALE	EINHEITEN/ KATEGORIEN
— — — Sonstige Faserpflanzen	ha
— — — Duft-, Heil- und Gewürzpflanzen	ha
— — — Sonstige Handelsgewächse, anderweitig nicht genannt	ha
— — Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren, darunter:	
— — — Im Freiland oder unter niedrigen (nicht begehbaren) Schutzabdeckungen	ha
— — — — Feldanbau	ha
— — — — Gartenbaukulturen	ha
— — — Unter Glas oder anderen (begehbaren) Schutzabdeckungen	ha
— — Blumen und Zierpflanzen (ohne Baumschulen):	
— — — Im Freiland oder unter niedrigen (nicht begehbaren) Schutzabdeckungen	ha
— — — Unter Glas oder anderen (begehbaren) Schutzabdeckungen	ha
— — Pflanzen zur Grünernte:	
— — — Ackerwiesen und -weiden	ha
— — — Sonstige Pflanzen zur Grünernte:	
— — — — Grünmais	ha
— — — — Leguminosen	ha
— — — — Sonstige Pflanzen zur Grünernte, anderweitig nicht genannt	ha
— — Saat- und Pflanzgut auf Ackerland	ha
— — Sonstige Ackerlandkulturen	ha
— — Schwarzbrache (einschließlich Grünbrache)	ha
— Haus- und Nutzgärten	ha
— Dauergrünland	ha
— — Dauerwiesen und -weiden, ohne ertragsarme Weiden	ha
— — Ertragsarmes Dauergrünland	ha
— — Dauergrünland, das nicht mehr zu Produktionszwecken genutzt wird und beihilfefähig ist	ha
— Dauerkulturen	
— — Obst- und Beerenanlagen	ha
— — — Obstarten, darunter:	ha
— — — — Obst der gemäßigten Klimazonen	ha

▼ **M2**

MERKMALE	EINHEITEN/ KATEGORIEN
— — — Obst der subtropischen Klimazonen	ha
— — — Beerenobst	ha
— — — Schalenobst (Nüsse)	ha
— — Zitrusanlagen	ha
— — Olivenanlagen	ha
— — — normalerweise zur Erzeugung von Tafeloliven bestimmt	ha
— — — normalerweise zur Erzeugung von Olivenöl bestimmt	ha
— — Rebanlagen, deren Erträge normalerweise bestimmt sind für:	ha
— — — Qualitätswein	ha
— — — anderen Wein	ha
— — — Tafeltrauben	ha
— — — Rosinen	ha
— — Baumschulen	ha
— — Sonstige Dauerkulturen	ha
— — Dauerkulturen unter Glas	ha
— Sonstige Flächen	
— — Nicht genutzte landwirtschaftliche Flächen	ha
— — Waldfläche	ha
— — — darunter Flächen mit schnell wachsenden Baumarten	ha
— — Sonstige Flächen (Gebäude und Hofflächen, Wege, Gewässer, Steinbrüche, Unland, Felsen usw.)	ha
— Pilze	ha
— Energiepflanzen	ha
— Bewässerung	
— — Bewässerte Fläche	
— — — Bewässerbare Fläche insgesamt	ha
— — — Gesamtanbaufläche, die in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens einmal bewässert wurde	ha
— — Angewandte Bewässerungsmethoden	
— — — Oberflächenbewässerung (Flutung, Furchenbewässerung)	Ja/Nein
— — — Sprinklerbewässerung	Ja/Nein
— — — Tröpfchenbewässerung	Ja/Nein

▼ M2

MERKMALE	EINHEITEN/ KATEGORIEN
– – Quelle des im Betrieb verwendeten Bewässerungswassers	
– – – Grundwasser im Betrieb	Ja/Nein
– – – Oberflächenwasser im Betrieb (Teiche oder Staubecken)	Ja/Nein
– – – Oberflächenwasser aus Seen, Flüssen oder Wasserläufen außerhalb des Betriebs	Ja/Nein
– – – Wasser aus gemeinsamen Wasserversorgungsnetzen außerhalb des Betriebs	Ja/Nein
– – – Sonstige Quellen	Ja/Nein
III. Viehbestand	
– Einhufer	Stück
– Rinder:	
– – Rinder unter einem Jahr, männlich und weiblich	Stück
– – Rinder von einem Jahr bis unter zwei Jahren, männlich	Stück
– – Rinder von einem Jahr bis unter zwei Jahren, weiblich	Stück
– – Rinder von zwei Jahren und älter, männlich	Stück
– – Färsen von zwei Jahren und älter	Stück
– – Milchkühe	Stück
– – Sonstige Kühe	Stück
– Schafe und Ziegen:	
– – Schafe (jeden Alters)	Stück
– – – Weibliche Zuchttiere	Stück
– – – Sonstige Schafe	Stück
– – Ziegen (jeden Alters)	Stück
– – – Weibliche Zuchttiere	Stück
– – – Sonstige Ziegen	Stück
– Schweine:	
– – Ferkel mit einem Lebendgewicht unter 20 kg	Stück
– – Zuchtsauen von 50 kg und mehr	Stück
– – Sonstige Schweine	Stück
– Geflügel:	
– – Masthühner	Stück
– – Legehennen	Stück

▼ **M2**

MERKMALE	EINHEITEN/ KATEGORIEN
– – Sonstiges Geflügel:	Stück
– – – Truthühner	Stück
– – – Enten	Stück
– – – Gänse	Stück
– – – Strauße	Stück
– – – Sonstiges Geflügel, anderweitig nicht genannt	Stück
– Kaninchen (Mutterkaninchen)	Stück
– Bienen	Stöcke
– Anderweitig nicht genannte Tiere	Ja/Nein
IV. Arbeitskräfte	
IV.(i) <i>Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb</i>	
– Betriebsinhaber	
– – Geschlecht	Männlich/Weiblich
– – Alter	Altersklassen ⁽⁵⁾
– – Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)	JAЕ-%-Klasse 1 ⁽⁶⁾
– Betriebsleiter	
– – Geschlecht	Männlich/Weiblich
– – Alter	Altersklassen ⁽⁵⁾
– – Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)	JAЕ-%-Klasse 2 ⁽⁷⁾
– Berufsausbildung des Betriebsleiters	
– – Landwirtschaftliche Berufsausbildung des Betriebsleiters	Ausbildungscodes ⁽⁸⁾
– – Berufliche Bildung des Betriebsleiters in den vergangenen 12 Monaten	Ja/Nein
– Im Betrieb beschäftigte Familienangehörige des alleinigen Betriebsinhabers: männlich	
– – Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)	JAЕ-%-Klasse 2
– Im Betrieb beschäftigte Familienangehörige des alleinigen Betriebsinhabers: weiblich	
– – Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)	JAЕ-%-Klasse 2
– Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte: männlich	

▼ **M2**

MERKMALE	EINHEITEN/ KATEGORIEN
– – Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)	JAE-%-Klasse 2
– Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte: weiblich	
– – Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)	JAE-%-Klasse 2
– Unregelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte: männlich und weiblich	Volle Arbeitstage
IV.(ii) <i>Außerbetriebliche Erwerbstätigkeiten: nicht landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (die nicht direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen) und Arbeiten außerhalb des Betriebs</i>	
– Außerbetriebliche Erwerbstätigkeiten des Betriebsinhabers, der zugleich auch Betriebsleiter ist:	M/S/N ⁽⁹⁾
– Außerbetriebliche Erwerbstätigkeiten der sonstigen Familienangehörigen des alleinigen Betriebsinhabers: Haupttätigkeit	Zahl der Personen
– Außerbetriebliche Erwerbstätigkeiten der sonstigen Familienangehörigen des alleinigen Betriebsinhabers: Nebentätigkeit	Zahl der Personen
V. Außerbetriebliche Erwerbstätigkeiten des Betriebs (die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen)	
V.(i) <i>Liste der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeiten</i>	
– Bereitstellung von Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen	Ja/Nein
– Fremdenverkehr, Beherbergung und sonstige Freizeitaktivitäten	Ja/Nein
– Handwerk	Ja/Nein
– Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	Ja/Nein
– Erzeugung von erneuerbarer Energie	Ja/Nein
– Be- und Verarbeitung von Holz (z. B. Sägewerk)	Ja/Nein
– Aquakultur	Ja/Nein
– Vertragliche Arbeiten (unter Einsatz von Produktionsmitteln des Betriebs)	
– – Landwirtschaftlich (für andere Betriebe)	Ja/Nein
– – Nicht landwirtschaftlich	Ja/Nein
– Forstwirtschaft	Ja/Nein
– Sonstige	Ja/Nein
– Wer ist beteiligt?	
– – Betriebsinhaber, der zugleich auch Betriebsleiter ist	M/S/N ⁽⁹⁾

▼ **M2**

MERKMALE	EINHEITEN/ KATEGORIEN
– Sonstige Familienangehörige des alleinigen Betriebsinhabers — als deren Haupttätigkeit	Zahl der Personen
– Sonstige Familienangehörige des alleinigen Betriebsinhabers — als deren Nebentätigkeit	Zahl der Personen
– Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte — als deren Haupttätigkeit	Zahl der Personen
– Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte — als deren Nebentätigkeit	Zahl der Personen
V.(ii) <i>Bedeutung der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeiten, die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen</i>	
– Anteil an der Endproduktion des Betriebs in %	Prozentklassen ⁽¹⁰⁾
VI. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums	
– Betrieb war in den vergangenen drei Jahren Nutznießer einer Maßnahme zur Entwicklung des ländlichen Raums ⁽¹¹⁾	Ja/Nein
– Teilnahme der Landwirte an Lebensmittelqualitätsregelungen	Ja/Nein
– Zahlungen in Verbindung mit Natura 2000 und der Wasserrahmenrichtlinie ⁽¹²⁾	Ja/Nein
– Agrarumweltzahlungen — Klimazahlungen	Ja/Nein
– Ökologischer Landbau	Ja/Nein
– Zahlungen für Tierschutzmaßnahmen	Ja/Nein
– Investitionen in materielle Vermögenswerte	Ja/Nein
– Vorbeugung von Schäden und Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Produktionspotenzials nach Naturkatastrophen und Katastrophenereignissen	Ja/Nein
– Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe und sonstiger Unternehmen	Ja/Nein
– Investitionen in die Entwicklung von Waldgebieten und Verbesserung der Lebensfähigkeit von Wäldern	Ja/Nein
– Aufforstung und Anlage von Wäldern	Ja/Nein
– Einrichtung von Agrarforstsystemen	Ja/Nein
– Vorbeugung von Schäden und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands von Wäldern	Ja/Nein
– Investitionen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und des ökologischen Werts von Wäldern	Ja/Nein
– Investitionen in Techniken der Forstwirtschaft sowie in die Verarbeitung, Mobilisierung und Vermarktung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse	Ja/Nein
– Zahlungen für aus naturbedingten oder anderen spezifischen Gründen benachteiligte Gebiete	Ja/Nein

▼ **M2**

MERKMALE	EINHEITEN/ KATEGORIEN
– – Waldumwelt- und Klimadienleistungen und Erhaltung der Wälder	Ja/Nein
– – Risikomanagement	Ja/Nein
VII. Verfahren der Bodenbearbeitung und Bodenerhaltung sowie Wirtschaftsdüngerma- nagement in landwirtschaftlichen Betrieben	
– Methoden der Bodenbearbeitung ⁽¹³⁾ auf Ackerflächen im Freiland	
– – Herkömmliche Bodenbearbeitung	ha
– – Konservierende Bodenbearbeitung	ha
– – Nullbodenbearbeitung (ohne Ackerflächen im Freiland mit mehr- jährigen Kulturen)	ha
– Bodenbedeckung ⁽¹⁴⁾ auf Ackerflächen im Freiland	
– – Normale Winterkultur	ha
– – Bodenbedeckende Kultur oder Zwischenfruchtbau	ha
– – Pflanzenrückstände	ha
– – Vegetationsloser Boden	ha
– – Ackerflächen im Freiland, bedeckt mit mehrjährigen Kulturen	ha
– Fruchtfolge auf Ackerland	
– – Anteil des in die Fruchtfolge einbezogenen Ackerlands	AF-%-Klasse ⁽¹⁵⁾
– Im Umweltinteresse genutzte Fläche — Gesamtfläche der Feldraine, Pufferstreifen, Hecken, Bäume, Brache, Biotop, aufgeforsteten Flä- chen und Landschaftselemente	ha ⁽¹⁶⁾
– Techniken der Wirtschaftsdüngerausbringung	
– – Breitverteilung	
– – – Ohne Einarbeitung	Wirtschaftsdün- ger-%-Klasse ⁽¹⁷⁾
– – – Einarbeitung innerhalb von 4 Stunden	Wirtschaftsdün- ger-%-Klasse
– – – Einarbeitung nach 4 Stunden	Wirtschaftsdün- ger-%-Klasse
– – Reihenverteilung	
– – – Schleppschlauch	Wirtschaftsdün- ger-%-Klasse
– – – Schleppschuh	Wirtschaftsdün- ger-%-Klasse
– – Injektion	
– – – Flach/offener Schlitz	Wirtschaftsdün- ger-%-Klasse
– – – Tief/geschlossener Schlitz	Wirtschaftsdün- ger-%-Klasse

▼ M2

MERKMALE

EINHEITEN/
KATEGORIEN

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------|--------|
| – Import/Export von Wirtschaftsdünger in den bzw. aus dem Betrieb | |
| – – Gesamtmenge des im Betrieb erzeugten und exportierten Wirtschaftsdüngers | Tonnen |
| – – In den Betrieb importierter Wirtschaftsdünger | Tonnen |

⁽¹⁾ Geokoordinaten sind im Jahr 2016 nicht anzugeben.

⁽²⁾ Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik.

⁽³⁾ L — benachteiligtes Gebiet (ohne Berggebiete); M — benachteiligtes Berggebiet; N — normales Gebiet (nicht benachteiligt). Diese Klassifizierung kann in Zukunft angesichts der Entwicklungen im Hinblick auf die GAP 2020 angepasst werden.

⁽⁴⁾ Diese Angaben sind nur erforderlich, wenn die Antwort auf die vorangegangene Frage „Ja“ ist.

⁽⁵⁾ Altersklassen: (ab Erreichen des Alters, in dem die Schulpflicht endet, bis 24 Jahre), (25-34), (35-39), (40-44), (45-54), (55-64), (65 und älter).

⁽⁶⁾ Prozentklasse 1 der Jahresarbeitseinheiten (JAE): (0), (> 0-< 25), (≥ 25-< 50), (≥ 50-< 75), (≥ 75-< 100), (100).

⁽⁷⁾ Prozentklasse 2 der Jahresarbeitseinheiten (JAE): (> 0-< 25), (≥ 25-< 50), (≥ 50-< 75), (≥ 75-< 100), (100).

⁽⁸⁾ Ausbildungsgrades: (ausschließlich praktische landwirtschaftliche Erfahrung), (landwirtschaftliche Grundausbildung), (umfassende landwirtschaftliche Ausbildung).

⁽⁹⁾ M — Haupttätigkeit, S — Nebentätigkeit, N — keine Beteiligung.

⁽¹⁰⁾ Prozentklassen: (≥ 0-≤ 10), (> 10-≤ 50), (> 50-< 100).

⁽¹¹⁾ Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487); diese Merkmale dürften aus administrativen Quellen zur Verfügung stehen.

⁽¹²⁾ Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1).

⁽¹³⁾ Ackerflächen im Freiland mit herkömmlicher Bodenbearbeitung + Ackerflächen im Freiland mit konservierender Bodenbearbeitung + Ackerflächen im Freiland mit Nullbodenbearbeitung + Ackerflächen im Freiland, bedeckt mit mehrjährigen Kulturen = gesamte Ackerflächen im Freiland

⁽¹⁴⁾ Ackerflächen im Freiland, bepflanzt mit normalen Winterkulturen + Ackerflächen im Freiland, bepflanzt mit bodenbedeckenden Kulturen oder mit Zwischenfruchtbau + Ackerflächen im Freiland, bedeckt mit Restbewuchs + Ackerflächen im Freiland, bei der es sich um vegetationslosen Boden handelt + Ackerflächen im Freiland, bedeckt mit mehrjährigen Kulturen = gesamte Ackerflächen im Freiland

⁽¹⁵⁾ Prozentklassen der Ackerfläche (AF): (0), (> 0-< 25), (≥ 25-< 50), (≥ 50-< 75), (≥ 75).

⁽¹⁶⁾ Nur von Betrieben mit einer Ackerfläche von mehr als 15 ha zu melden.

⁽¹⁷⁾ Anteil (in %) des gesamten Wirtschaftsdüngers, der mit der spezifischen Technik ausgebracht wird: (0), (> 0-< 25), (≥ 25-< 50), (≥ 50-< 75), (≥ 75-< 100), (100).



ANHANG IV

GENAUIGKEITSANFORDERUNGEN

Die in dieser Verordnung genannten Stichprobenerhebungen müssen auf der Ebene der NUTS-2-Regionen und für nationale Aggregationen benachteiligter Gebiete⁽¹⁾ im Hinblick auf Typ und Größe der landwirtschaftlichen Betriebe statistisch repräsentativ sein, wie in der Entscheidung 85/377/EWG der Kommission vom 7. Juni 1985 zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Klassifizierungssystems der landwirtschaftlichen Betriebe⁽²⁾ vorgesehen. Darüber hinaus werden für die Anbaumerkmale und die Viehbestandsmerkmale der landwirtschaftlichen Betriebe bestimmte Genauigkeitsniveaus verlangt.

Diese Genauigkeitsniveaus sind in den folgenden Genauigkeitstabellen angegeben und gelten für alle NUTS-2-Regionen mit mindestens 10 000 Betrieben. Für eine NUTS-2-Region mit weniger als 10 000 Betrieben gelten diese Genauigkeitsniveaus stattdessen für die dazu gehörige NUTS-1-Region, sofern sich in dieser NUTS-1-Region mindestens 1 000 Betriebe befinden. Für die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden werden die einschlägigen Anbau- und Viehbestandsmerkmale den Ergebnissen der Betriebsstrukturhebung 2010 zu entnehmen sein.

Genauigkeitskategorien für die Betriebsstrukturhebungen 2013 und 2016

Anbaumerkmale:

- Getreide zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut); hierunter fallen Weichweizen und Spelz, Hartweizen, Roggen, Gerste, Hafer, Körnermais, Reis und sonstiges Getreide zur Körnergewinnung
- Hülsenfrüchte und Eiweißpflanzen zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut und Gemenge von Getreide mit Hülsenfrüchten)
- Kartoffeln/Erdäpfel (einschließlich Früh- und Pflanzkartoffeln)
- Zuckerrüben (ohne Saatgut)
- Ölsaaten: hierunter fallen Raps und Rüben, Sonnenblumen, Soja, Leinsamen (Öllein) und sonstige Ölsaaten
- Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren
- Blumen und Zierpflanzen (ohne Baumschulen)
- Grün geerntete Pflanzen
- Dauerwiesen und -weiden, ohne ertragsarmes Dauergrünland
- Obst- und Beerenanlagen
- Zitrusanlagen
- Olivenanlagen
- Rebanlagen

Viehbestandsmerkmale:

- Milchkühe
- Sonstige Kühe

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

⁽²⁾ ABl. L 220 vom 17.8.1985, S. 1.

▼ B

- sonstige Rinder
- Zuchtsauen
- Sonstige Schweine
- Schafe
- Ziegen
- Geflügel

Genauigkeitskategorien für Stichprobenerhebungen im Rahmen der Betriebsstrukturerhebung 2010 und der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden

Anbaumerkmale:

- Getreide zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut); hierunter fallen Weichweizen und Spelz, Hartweizen, Roggen, Gerste, Hafer, Körnermais, Reis und sonstiges Getreide zur Körnergewinnung
- Kartoffeln/Erdäpfel (einschließlich Früh- und Pflanzkartoffeln) und Zuckerrüben (ohne Saatgut)
- Ölsaaten: hierunter fallen Raps und Rübsen, Sonnenblumen, Soja, Leinsamen (Öllein) und sonstige Ölsaaten
- Dauerkulturen im Freiland; hierunter fallen Obstanlagen (einschließlich Beerenanlagen), Zitrusanlagen und Olivenanlagen, Rebanlagen und Baumschulen und sonstige Dauerkulturen im Freiland
- Frischgemüse, Melonen, Erdbeeren, Blumen und Zierpflanzen (ohne Baumschulen)
- Ackerwiesen und -weiden und Dauergrünland

Viehbestandsmerkmale:

- Rinder (jeden Alters)
- Schafe und Ziegen (jeden Alters)
- Schweine
- Geflügel

Genauigkeitstabelle für Nuts-2-Regionen mit mindestens 10 000 landwirtschaftlichen Betrieben

Genauigkeitskategorien	Betriebsstrukturerhebungen 2013 und 2016		Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden	
	Häufigkeit des Vorkommens des Merkmals in der NUTS-2-Region	Relativer Standardfehler	Häufigkeit des Vorkommens des Merkmals in der NUTS-2-Region	Relativer Standardfehler
Anbaumerkmale des landwirtschaftlichen Betriebs	7,5 % oder mehr der landwirtschaftlich genutzten Fläche	< 5 %	10 % oder mehr der landwirtschaftlich genutzten Fläche	< 10 %
Viehbestandsmerkmale des landwirtschaftlichen Betriebs	7,5 % oder mehr der Großvieheinheiten und mehr als 5 % des nationalen Anteils an jeder Kategorie	< 5 %	10 % oder mehr der Großvieheinheiten und mehr als 5 % des nationalen Anteils an jeder Kategorie	< 10 %

▼B**Genauigkeitstabelle für NUTS-2-Regionen mit weniger als 10 000 landwirtschaftlichen Betrieben**

Genauigkeitskategorien	Betriebsstrukturerhebungen 2013 und 2016		Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden	
	Häufigkeit des Vorkommens des Merkmals in der dazugehörigen NUTS-1-Region mit mindestens 1 000 Betrieben	Relativer Standardfehler	Häufigkeit des Vorkommens des Merkmals in der dazugehörigen NUTS-1-Region mit mindestens 1 000 Betrieben	Relativer Standardfehler
Anbaumerkmale des landwirtschaftlichen Betriebs	7,5 % oder mehr der landwirtschaftlich genutzten Fläche	< 5 %	10 % oder mehr der landwirtschaftlich genutzten Fläche	< 10 %
Viehbestandsmerkmale des landwirtschaftlichen Betriebs	7,5 % oder mehr der Großvieheinheiten und mehr als 5 % des nationalen Anteils an jeder Kategorie	< 5 %	10 % oder mehr der Großvieheinheiten und mehr als 5 % des nationalen Anteils an jeder Kategorie	< 10 %



ANHANG V

Liste der Merkmale für die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden

Merkmal			Einheiten/Kategorien
Methoden der Bodenbearbeitung	Herkömmliche Bodenbearbeitung (Scharpflug oder Scheibenegge)		ha
	Konservierende Bodenbearbeitung (bodenschonende Bearbeitung)		ha
	Nullbodenbearbeitung (direkte Aussaat)		ha
Bodenerhaltung	Bodenbedeckung im Winter:	Normale Winterkultur	ha
		Bodenbedeckende Kultur oder Zwischenfruchtbau	ha
		Restbewuchs	ha
		Vegetationsloser Boden	ha
	Fruchtfolge:	Anteil der Ackerfläche außerhalb der geplanten Fruchtfolge	AF- %-Klasse ⁽¹⁾
Landschaftsmerkmale	Vom Landwirt in den letzten 3 Jahren erhaltene lineare Elemente, darunter:	Hecken	Ja/Nein
		Baumreihen	Ja/Nein
		Steinmauern	Ja/Nein
	In den letzten 3 Jahren angelegte lineare Elemente, darunter:	Hecken	Ja/Nein
		Baumreihen	Ja/Nein
		Steinmauern	Ja/Nein
Weidehaltung	Weidehaltung im Betrieb:	Im vergangenen Jahr beweidete Fläche	ha
		Zeit, die die Tiere im Freien auf der Weide verbringen	Monate pro Jahr
	Weidehaltung auf Gemeindeland:	Gesamtzahl der auf Gemeindeland weidenden Tiere	Tiere
		Zeit, die die Tiere auf Gemeindeland weiden	Monate pro Jahr

▼ **B**

Merkmal				Einheiten/Kategorien
Unterbringung der Tiere	Rinder:	Anbindestall — mit Festmist und Jauche		Plätze
		Anbindestall — mit Gülle		Plätze
		Laufstall — mit Festmist und Jauche		Plätze
		Laufstall — mit Gülle		Plätze
		Sonstige		Plätze
	Schweine:	Auf Teilspaltenboden		Plätze
		Auf Vollspaltenboden		Plätze
		Auf Stroh (Tiefstreu–Laufstall)		Plätze
		Sonstige		Plätze
	Legehennen:	Auf Stroh (Tiefstreu–Laufstall)		Plätze
		Käfigbatterie (alle Arten)		Plätze
		Käfigbatterie mit Kotband		Plätze
		Käfigbatterie mit Kotgrube		Plätze
		Käfigbatterie als Stilt House		Plätze
		Sonstige		Plätze
Dungausbringung	Landwirtschaftlich genutzte Fläche, auf der Festmist/Hofdünger ausgebracht wird	Insgesamt		LF- %-Klasse (²)
		Mit unverzüglicher Einarbeitung		LF- %-Klasse (²)
	Landwirtschaftlich genutzte Fläche, auf der Gülle ausgebracht wird	Insgesamt		LF- %-Klasse (²)
		Mit unverzüglicher Einarbeitung oder Injektion		LF- %-Klasse (²)
	► C1 Aus dem Betrieb exportierter Wirtschaftsdünger in % der erzeugten Gesamtmenge ◀			Prozentklasse (³)
Einrichtungen zur Lagerung und Aufbereitung von Dung	Lagereinrichtungen für:	Festmist		Ja/Nein
		Jauche		Ja/Nein
		Gülle	Güllebehälter	Ja/Nein
			Flüssigmistbecken (Lagune)	Ja/Nein
	Sind die Lagereinrichtungen abgedeckt?	Festmist		Ja/Nein
		Jauche		Ja/Nein
		Gülle		Ja/Nein

▼ B

Merkmal			Einheiten/Kategorien
Bewässerung	Bewässerte Fläche	Durchschnittliche bewässerte Fläche in den vergangenen 3 Jahren	ha
	Gesamtfläche der in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens einmal bewässerten Kulturen	Insgesamt	ha
		Getreide zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut) (ohne Mais und Reis)	ha
		Mais (Körnermais und Grünmais)	ha
		Reis	ha
		Hülsenfrüchte und Eiweißpflanzen zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut und Gemenge von Getreide mit Hülsenfrüchten)	ha
		Kartoffeln/Erdäpfel (einschließlich Frühkartoffeln und Pflanzkartoffeln)	ha
		Zuckerrüben (ausschließlich Saatgut)	ha
		Raps und Rübsen	ha
		Sonnenblumen	ha
		Faserpflanzen (Flachs, Hanf, sonstige Faserpflanzen)	ha
		Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren — Feldanbau	ha
		Ackerwiesen und -weiden und Dauergrünland	ha
		Sonstige Ackerlandkulturen	ha
		Obstanlagen (einschließlich Beerenanlagen)	ha
		Zitrusanlagen	ha
		Olivenanlagen	ha
		Rebanlagen	ha
	Angewandte Bewässerungsmethoden:	Oberflächenbewässerung (Flutung, Furchenbewässerung)	Ja/Nein
		Sprinklerbewässerung	Ja/Nein
		Tröpfchenbewässerung	Ja/Nein

▼ B

Merkmal			Einheiten/Kategorien
	Quelle des im Betrieb verwendeten Bewässerungswassers:	Grundwasser im Betrieb	Ja/Nein
		Oberflächenwasser im Betrieb (Teiche oder Staubecken)	Ja/Nein
		Oberflächenwasser aus Seen, Flüssen oder Wasserläufen außerhalb des Betriebs	Ja/Nein
		Wasser aus gemeinsamen Wasserversorgungsnetzen außerhalb des Betriebs	Ja/Nein
		Sonstige Quellen	Ja/Nein

⁽¹⁾ Prozentklassen der Ackerfläche (AF): (0), (>0-<25), (≥25-<50), (≥50-<75), (≥75).

⁽²⁾ Prozentklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF): (0), (>0-<25), (≥25-<50), (≥50-<75), (≥75).

⁽³⁾ Prozentklassen: (0), (>0-<25), (≥25-<50), (≥50-<75), (≥75).

Anlage 4

Verordnung (EG) Nr. 1200/2009 der Kommission
vom 30. November 2009 zur Durchführung
der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008

Dieses Dokument ist lediglich eine Dokumentationshilfe, für deren Richtigkeit die Organe der Union keine Gewähr übernehmen

► **B**

VERORDNUNG (EG) Nr. 1200/2009 DER KOMMISSION

vom 30. November 2009

zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden im Hinblick auf die Koeffizienten für Großvieheinheiten und die Definitionen der Merkmale

(Text von Bedeutung für den EWR)

(ABl. L 329 vom 15.12.2009, S. 1)

Geändert durch:

			Amtsblatt		
			Nr.	Seite	Datum
► M1	Verordnung (EU) 2015/1391 der Kommission vom 13. August 2015	L 215		11	14.8.2015

Berichtigt durch:

► **C1** Berichtigung, ABl. L 113 vom 3.5.2011, S. 12 (1200/2009)



VERORDNUNG (EG) Nr. 1200/2009 DER KOMMISSION

vom 30. November 2009

zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden im Hinblick auf die Koeffizienten für Großvieheinheiten und die Definitionen der Merkmale

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 2 Buchstabe b, Artikel 7 Absatz 4 und Artikel 11 Absatz 7,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 wird ein neuer Rahmen für die Erstellung vergleichbarer gemeinschaftlicher Statistiken über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe und für eine Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden geschaffen.
- (2) Koeffizienten für Großvieheinheiten werden anstelle der tatsächlichen Zahl der Tiere verwendet, um vergleichbare Aggregate unterschiedlicher Tierkategorien berechnen zu können.
- (3) Die Koeffizienten für Großvieheinheiten sollten auf gemeinsamen Werten basieren, damit ihre gemeinschaftsweite Vergleichbarkeit im Hinblick auf die Erfüllung der Anforderungen an Erfassungsbereich und Genauigkeit gewährleistet wird.
- (4) Gemäß Artikel 2 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 müssen die in den Betriebsstrukturerhebungen und der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden zu verwendenden Koeffizienten für Großvieheinheiten festgelegt werden.
- (5) Im Interesse der Vergleichbarkeit müssen die in der Merkmalsliste enthaltenen Begriffe in der gesamten Gemeinschaft einheitlich verstanden und angewandt werden.
- (6) Gemäß Artikel 7 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 müssen die in der Betriebsstrukturerhebung zu verwendenden Merkmalsdefinitionen festgelegt werden.
- (7) Gemäß Artikel 11 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 müssen die in der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden zu verwendenden Merkmalsdefinitionen festgelegt werden.

⁽¹⁾ ABl. L 321 vom 1.12.2008, S. 14.

▼B

- (8) Mit der Entscheidung 2000/115/EG der Kommission vom 24. November 1999 über die Definitionen der Erhebungsmerkmale, die Liste der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die Ausnahmen von den Definitionen sowie die Regionen und Bezirke im Hinblick auf die Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe ⁽¹⁾ wird die Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates ⁽²⁾ durchgeführt. Es ist angezeigt, diese Entscheidung durch die vorliegende Verordnung zu ersetzen.
- (9) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des durch den Beschluss 72/279/EWG des Rates ⁽³⁾ eingesetzten Ständigen Agrarstatistischen Ausschusses —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in den gemeinschaftlichen Betriebsstrukturerhebungen und der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden zur Erfüllung der Anforderungen an Erfassungsbereich und Genauigkeit zu verwendenden Koeffizienten für Großvieheinheiten sind in Anhang I aufgeführt.

Artikel 2

Die in den gemeinschaftlichen Betriebsstrukturerhebungen zu verwendenden Merkmalsdefinitionen sind in Anhang II aufgeführt.

Artikel 3

Die in der gemeinschaftlichen Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden zu verwendenden Merkmalsdefinitionen sind in Anhang III aufgeführt.

Artikel 4

Die Entscheidung 2000/115/EWG wird aufgehoben.

Artikel 5

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

⁽¹⁾ ABl. L 38 vom 12.2.2000, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 56 vom 2.3.1988, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 179 vom 7.8.1972, S. 1.



ANHANG I

KOEFFIZIENTEN FÜR GROSSVIEHEINHEITEN

Rinder	Unter 1 Jahr	0,400
	Von 1 Jahr bis unter 2 Jahren	0,700
	Männliche Rinder von 2 Jahren und älter	1,000
	Färsen von 2 Jahren und älter	0,800
	Milchkühe	1,000
	Sonstige Kühe von 2 Jahren und älter	0,800
Schafe und Ziegen		0,100
Einhufer		0,800
Schweine	Ferkel mit einem Lebendgewicht unter 20 kg	0,027
	Zuchtsauen von 50 kg und mehr	0,500
	Sonstige Schweine	0,300
Geflügel	Masthühner	0,007
	Legehennen	0,014
	Strauße	0,350
	Sonstiges Geflügel	0,030
Kaninchen (Mutterkaninchen)		0,020

▼ **M1***ANHANG II***Für die Betriebsstrukturerhebungen der Union zu verwendende Merkmalsdefinitionen ⁽¹⁾****I. ALLGEMEINE MERKMALE****Standort des Betriebs**

Der Standort des landwirtschaftlichen Betriebs wird in Artikel 2 Buchstabe e der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 definiert.

NUTS-3-Region

Die NUTS-3-Region (gemäß der Verordnung (EU) Nr. 31/2011 der Kommission ⁽²⁾), in der sich der Betrieb befindet.

Liegt der Betrieb in einem benachteiligten Gebiet?

Die Informationen über benachteiligte Gebiete sind gemäß Artikel 32 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽³⁾ anzugeben.

L — Der Betrieb befindet sich in einem anderen benachteiligten Gebiet als in einem Berggebiet, das aus erheblichen naturbedingten Gründen benachteiligt ist, oder in einem anderen aus anderen spezifischen Gründen benachteiligten Gebiet.

M — Der Betrieb befindet sich in einem benachteiligten Berggebiet.

N — normales Gebiet (nicht benachteiligt).

Rechtspersönlichkeit des Betriebs

Die Rechtspersönlichkeit des Betriebs hängt von der Rechtsstellung des Betriebsinhabers ab.

Handelt es sich bei dem Betrieb um eine Gemeinschaftslandeinheit?

Eine besondere „landwirtschaftliche Gemeinschaftslandeinheit“ — eine virtuelle Einheit, die für die Zwecke der Datenerhebung und -erfassung geschaffen wurde, und die die landwirtschaftlich genutzte Fläche umfasst, die von landwirtschaftlichen Betrieben genutzt wird, die ihnen jedoch nicht unmittelbar gehört, d. h. Fläche, an der gemeinsame Rechte bestehen (Allmende).

Liegt die rechtliche und wirtschaftliche Verantwortung für den Betrieb bei**einer natürlichen Person, die alleiniger Inhaber eines unabhängigen Betriebs ist?**

Eine Einzelperson und natürliche Person, die Inhaber eines Betriebs ist, welcher nicht durch eine gemeinsame Betriebsführung oder ähnliche Vereinbarungen mit Betrieben anderer Betriebsinhaber verbunden ist.

Wenn die Antwort auf die vorangegangene Frage „Ja“ ist, ist diese Person (der Betriebsinhaber) auch der Betriebsleiter?

Wenn diese Person nicht der Betriebsleiter ist, gehört der Betriebsleiter zur Familie des Betriebsinhabers?

Wenn der Betriebsleiter zur Familie des Betriebsinhabers gehört, ist der Betriebsleiter der Ehepartner des Betriebsinhabers?

⁽¹⁾ Die grundlegenden Definitionen des landwirtschaftlichen Betriebs und der Großvieheinheit werden in Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 festgelegt.

⁽²⁾ Verordnung (EU) Nr. 31/2011 der Kommission vom 17. Januar 2011 zur Änderung der Anhänge der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) (ABl. L 13 vom 18.1.2011, S. 3).

⁽³⁾ Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487).

▼ M1

einer natürlichen Person oder mehreren natürlichen Personen, die Gesellschafter in einem Gruppenbetrieb (in einer Personengesellschaft) sind?

Gesellschafter in einem Gruppenbetrieb sind natürliche Personen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb besitzen, gepachtet haben oder auf andere Weise gemeinsam führen, oder die ihre einzelnen Betriebe gemeinsam so führen, als handele es sich um einen einzigen Betrieb. Eine solche Zusammenarbeit muss entweder gesetzlich oder durch schriftliche Vereinbarung geregelt werden.

einer juristischen Person?

Eine rechtliche Einheit, die keine natürliche Person, jedoch Träger der normalen Rechte und Pflichten einer Einzelperson ist, also beispielsweise in eigenem Namen klagen und verklagt werden kann (allgemeine Rechts- und Geschäftsfähigkeit).

Besitzverhältnisse (auf den Betriebsinhaber bezogen) und Bewirtschaftungssystem

Landwirtschaftlich genutzte Fläche:

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche ist die Gesamtheit der vom Betrieb selbst bewirtschafteten Flächen an Ackerland, Dauergrünland, Dauerkulturen sowie Haus- und Nutzgärten, unabhängig von den Besitzverhältnissen oder davon, ob die genutzten Flächen Teil des Gemeinschaftslands sind.

In Eigentum

Landwirtschaftlich genutzte Flächen des Betriebs, die Eigentum des Betriebsinhabers sind und von ihm bewirtschaftet werden. Hierzu gehören auch Flächen, die vom Betriebsinhaber in Nutznießung, Erbpacht oder in gleichwertigen Besitzformen bewirtschaftet werden.

In Pacht

Landwirtschaftlich genutzte Flächen, die vom Betrieb gegen ein im Voraus fest vereinbartes Entgelt (in Geld, Naturalien oder sonstigen Leistungen) gepachtet sind und über die ein (mündlicher oder schriftlicher) Pachtvertrag besteht. Eine landwirtschaftlich genutzte Fläche wird jeweils nur einem Betrieb zugeordnet. Wird eine landwirtschaftlich genutzte Fläche während des Bezugsjahres an mehr als einen Betrieb verpachtet, so wird sie in der Regel dem Betrieb zugeordnet, der sie am Erhebungsstichtag gepachtet oder der sie im Bezugsjahr am längsten genutzt hat.

In Teilpacht oder in anderen Besitzformen

a) Landwirtschaftliche Flächen in Teilpacht sind landwirtschaftlich genutzte Flächen (gegebenenfalls ein ganzer Betrieb), die im Zusammenwirken zwischen dem Verpächter und dem Teilpächter auf der Grundlage eines schriftlichen oder mündlichen Teilpachtvertrags bewirtschaftet werden. Die Produktion (im wirtschaftlichen oder physischen Sinne) wird nach einem vereinbarten Anteilsatz zwischen ihnen aufgeteilt.

b) Landwirtschaftlich genutzte Flächen in anderen Besitzformen sind die unter den vorstehenden Positionen nicht aufgeführten landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Gemeinschaftsland

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche, die von dem landwirtschaftlichen Betrieb genutzt wird, ihm jedoch nicht unmittelbar gehört, d. h. Fläche, an der gemeinsame Rechte bestehen (Allmende).

▼ **M1****Ökologischer Landbau**

Landwirtschaftliche Verfahren nach bestimmten Standards und Vorschriften gemäß i) der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates ⁽¹⁾ oder gegebenenfalls neueren Rechtsvorschriften und ii) den entsprechenden nationalen Durchführungsvorschriften für den ökologischen Landbau.

Landwirtschaftlich genutzte Gesamtfläche des Betriebs, auf der Methoden des ökologischen Landbaus nach nationalen Vorschriften oder Vorschriften der Europäischen Union angewandt und zertifiziert werden

Der Teil der landwirtschaftlich genutzten Flächen des Betriebs, der in vollem Umfang nach den Grundregeln der ökologischen/biologischen Produktion für Agrarbetriebe gemäß i) der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 oder gegebenenfalls neueren Rechtsvorschriften und ii) den entsprechenden nationalen Durchführungsvorschriften für die Zertifizierung der ökologischen/biologischen Produktion bewirtschaftet wird.

Landwirtschaftlich genutzte Gesamtfläche des Betriebs, die sich in der Umstellung auf Methoden des ökologischen Landbaus befindet, die nach nationalen Vorschriften oder Vorschriften der Europäischen Union zertifiziert werden sollen

Der Teil der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Betriebs, auf dem Methoden des ökologischen Landbaus angewandt werden, die hierfür erforderliche Umstellungsphase jedoch noch nicht abgeschlossen ist, so dass diese Fläche noch nicht in vollem Umfang nach den Grundregeln der ökologischen/biologischen Produktion für Agrarbetriebe gemäß i) der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 oder gegebenenfalls neueren Rechtsvorschriften und ii) den entsprechenden nationalen Durchführungsvorschriften für den ökologischen Landbau bewirtschaftet wird.

Fläche des Betriebs, auf der entweder Methoden des ökologischen Landbaus nach nationalen Vorschriften oder Vorschriften der Europäischen Union angewandt und zertifiziert werden oder die sich in der Umstellung auf zertifizierte Methoden befindet

Landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebs, auf der nach bestimmten Standards und Vorschriften gemäß i) der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 oder gegebenenfalls neueren Rechtsvorschriften und ii) den entsprechenden nationalen Durchführungsvorschriften für den ökologischen Landbau Methoden des ökologischen Landbaus angewandt werden und zertifiziert sind oder die sich in der Umstellung auf zertifizierte Anbaumethoden befindet, aufzuliedern nach Anbauarten.

Die verschiedenen Kategorien von Kulturen für die ökologische/biologische Produktion sind nachstehend aufgeführt. Definition der Kulturen in Abschnitt II. Flächen.

Getreide zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut)

Hülsenfrüchte und Eiweißpflanzen zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut und Gemenge von Getreide mit Hülsenfrüchten)

Kartoffeln/Erdäpfel (einschließlich Früh- und Pflanzkartoffeln)

Zuckerrüben (ohne Saatgut)

Ölsaaten

Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren

Dauerwiesen und -weiden, ohne ertragsarmes Dauergrünland

Obst- und Beerenobstanlagen

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 (ABl. L 189 vom 20.7.2007, S. 1).

▼ M1

Zitrusanlagen

Olivenanlagen

Rebanlagen

Sonstige Kulturen (Faserpflanzen usw.) einschließlich ertragsarmem Dauergrünland

Ökologische Produktionsmethoden in der tierischen Erzeugung, die nach nationalen Vorschriften oder Vorschriften der Europäischen Union zertifiziert sind

Zahl der auf dem Betrieb gehaltenen Tiere, wenn der Betrieb in der gesamten oder einem Teil der tierischen Erzeugung die Grundregeln der ökologischen/biologischen Produktion für Agrarbetriebe gemäß i) der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 oder gegebenenfalls neueren Rechtsvorschriften und ii) den entsprechenden nationalen Vorschriften für die Zertifizierung der ökologischen Produktion einhält, aufzugliedern nach Tierkategorien.

Definition des Viehbestands in Abschnitt III. Viehbestand

Rinder

Schweine

Schafe und Ziegen

Geflügel

Sonstige Tiere

Bestimmung der Produktion des Betriebs**Haushalt verbraucht mehr als 50 % des Wertes der Endproduktion des Betriebs**

Der Haushalt ist die Familieneinheit, zu der der Betriebsinhaber gehört und in der die Haushaltsmitglieder in derselben Wohnung leben, ihr Einkommen und Vermögen ganz oder teilweise zusammenlegen und bestimmte Waren und Dienstleistungen, insbesondere Wohnung und Essen, gemeinsam verbrauchen.

Die unter diesem Merkmal erfasste Endproduktion entspricht der Definition der verwendbaren Erzeugung in der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung ⁽¹⁾.

Auf Direktverkäufe an Endverbraucher entfallen mehr als 50 % der Gesamtverkäufe des Betriebs

Bei Direktverkäufen an die Endverbraucher werden selbst erzeugte landwirtschaftliche Produkte, verarbeitet oder nicht, vom Betrieb direkt an die Verbraucher für deren Eigenverbrauch verkauft. Der Anteil errechnet sich aus dem in Geld gemessenen Wert, unabhängig davon, ob die Verkäufe mit Geld, in Form von Sachleistungen oder durch andere Mittel bezahlt wurden.

II. FLÄCHEN

Die Gesamtfläche des Betriebs umfasst die landwirtschaftlich genutzte Fläche (Ackerland, Dauergrünland, Dauerkulturen sowie Haus- und Nutzgärten) und sonstige Flächen (nicht genutzte landwirtschaftliche Flächen, Forstflächen und sonstige Flächen).

Ackerland

Land, das regelmäßig bearbeitet (gepflügt oder bestellt) wird und im Allgemeinen einer Fruchtfolge unterliegt.

Unter Fruchtfolge versteht man die zeitliche Abfolge des Anbaus unterschiedlicher Kulturpflanzen, bei der auf einem gegebenen Feld einjährige Kulturen in einer geplanten Struktur oder Abfolge im Wechsel angebaut werden, so dass auf

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 138/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Gemeinschaft (ABl. L 33 vom 5.2.2004, S. 1).

▼ M1

ein und demselben Feld niemals ohne Unterbrechung Kulturpflanzen derselben Art angebaut werden. Normalerweise wechseln die Kulturen jährlich, aber auch eine mehrjährige Fruchtfolge ist möglich. Für die Unterscheidung zwischen Ackerland und Dauerkulturen oder Dauergrünland wird eine Schwelle von fünf Jahren angesetzt. Wenn also auf einem Feld fünf Jahre oder länger die gleiche Kulturpflanze angebaut wird, ohne dass in dieser Zeit die vorangegangene Kultur entfernt und eine neue Kulturpflanze angebaut wurde, so gilt diese Fläche nicht als Ackerland.

Getreide zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut)

Zu erfassen sind hier alle Flächen mit Getreide, das trocken zur Körnergewinnung geerntet wird, unabhängig von der Verwendung (einschließlich Getreide, das zur Erzeugung von erneuerbarer Energie verwendet wird).

Weichweizen und Spelz

Triticum aestivum L. emend. Fiori et Paol., *Triticum spelta* L. und *Triticum monococcum* L.

Hartweizen

Triticum durum Desf.

Roggen

Secale cereale L., einschließlich Gemenge von Roggen und anderen im Herbst ausgesäten Getreidearten (Wintermenggetreide).

Gerste

Hordeum vulgare L.

Hafer

Avena sativa L., einschließlich Gemenge von Hafer und anderen im Frühjahr ausgesäten Getreidearten.

Körnermais

Mais (*Zea mays* L.) zur Körnergewinnung.

Reis

Oryza sativa L.

Sonstiges Getreide zur Körnergewinnung

Als Reinkulturen angebautes, in trockenem Zustand zur Körnergewinnung geerntetes Getreide, das nicht anderweitig unter den vorangegangenen Positionen erfasst wird.

Hülsenfrüchte und Eiweißpflanzen zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut und Gemenge von Getreide mit Hülsenfrüchten)

Kulturen, die hauptsächlich wegen ihres Eiweißgehalts angebaut und geerntet werden.

Zu erfassen sind hier alle Flächen mit Hülsenfrüchten und Eiweißpflanzen, die trocken zur Körnergewinnung geerntet werden, unabhängig von der Verwendung (einschließlich Pflanzen, die zur Erzeugung von erneuerbarer Energie verwendet werden).

darunter Erbsen, Ackerbohnen und Süßlupinen

Pisum sativum L., *Vicia faba* L., *Lupinus* spp., als Reinkulturen angebaut und trocken zur Körnergewinnung geerntet.

Kartoffeln/Erdäpfel (einschließlich Früh- und Pflanzkartoffeln)

Solanum tuberosum L.

Zuckerrüben (ohne Saatgut)

Beta vulgaris L. für die Zuckerindustrie und zur Alkoholerzeugung (einschließlich Energieerzeugung).

▼ M1**Futterhackfrüchte (ohne Saatgut)**

Futterrüben (*Beta vulgaris* L.) und Pflanzen der Familie Brassicaceae, die hauptsächlich zur Verwendung als Futtermittel geerntet werden, unabhängig davon, ob Wurzel oder Stiel verfüttert werden sollen, sowie sonstige hauptsächlich wegen ihrer Wurzeln als Futtermittel angebaute Pflanzen, anderweitig nicht genannt.

Handelsgewächse

Kulturpflanzen, die normalerweise nicht zum Direktverbrauch verkauft werden, da sie vor der letzten Verwendung industriell verarbeitet werden müssen.

Zu erfassen sind hier alle Ernteflächen mit Handelsgewächsen, unabhängig von der Verwendung (einschließlich Kulturen, die zur Erzeugung von erneuerbarer Energie verwendet werden).

Tabak

Nicotiana tabacum L.

Hopfen

Humulus lupulus L.

Baumwolle

Gossypium spp., sowohl wegen der Faser als auch wegen der Ölsaaten geerntet.

Raps und Rübsen

Brassica napus L. (partim) und *Brassica rapa* L. var. *sylvestris* (Lam.) Briggs, die zur Ölerzeugung angebaut und als Trockenkörner geerntet werden.

Sonnenblumen

Helianthus annuus L., als Trockenkörner geerntet.

Soja

Glycine max L. Merrill, als Trockenkörner geerntet.

Leinsamen (Öllein)

Linum usitatissimum L., hauptsächlich zur Ölerzeugung angebaute Arten, als Trockenkörner geerntet.

Sonstige Ölsaaten

Sonstige hauptsächlich wegen ihres Ölgehalts angebaute und als Trockenkörner geerntete Kulturen, anderweitig nicht genannt.

Flachs

Linum usitatissimum L., hauptsächlich zur Faserherstellung angebaute Arten.

Hanf

Cannabis sativa L.

Sonstige Faserpflanzen

Sonstige hauptsächlich wegen ihres Fasergehalts angebaute Pflanzen, anderweitig nicht genannt.

Duft-, Heil- und Gewürzpflanzen

Pflanzen oder Pflanzenteile für Arzneimittel, zur Parfümherstellung oder zum menschlichen Verzehr.

Gewürzpflanzen unterscheiden sich von Gemüse dadurch, dass sie in kleinen Mengen verwendet werden und den Nahrungsmitteln eher Aroma als Substanz verleihen.

▼ M1**Sonstige Handelsgewächse, anderweitig nicht genannt**

Sonstige Handelsgewächse, die anderweitig nicht genannt sind.

Flächen mit Anbaukulturen, die ausschließlich zur Erzeugung von erneuerbarer Energie verwendet werden, sind eingeschlossen.

Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren, darunter:**Im Freiland oder unter flachen (nicht betretbaren) Schutzabdeckungen**

Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren im Freiland oder unter flachen (nicht betretbaren) Schutzabdeckungen.

Feldanbau

Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren auf Ackerflächen, die in der Fruchtfolge mit anderen landwirtschaftlichen Kulturen stehen.

Gartenbaukulturen

Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren auf Ackerflächen, die nur mit Gartenbaukulturen in der Fruchtfolge stehen.

Unter Glas oder anderen (betretbaren) Schutzabdeckungen

Kulturen, die für die ganze oder den überwiegenden Teil der Anbauzeit unter festen oder beweglichen Gewächshäusern oder anderen hohen Schutzeinrichtungen (Glas, fester Kunststoff, flexibler Kunststoff) angebaut werden.

Blumen und Zierpflanzen (ohne Baumschulen)**Im Freiland oder unter flachen (nicht betretbaren) Schutzabdeckungen**

Blumen und Zierpflanzen (ohne Baumschulen) im Freiland oder unter flachen (nicht betretbaren) Schutzabdeckungen.

Unter Glas oder anderen (betretbaren) Schutzabdeckungen

Blumen und Zierpflanzen (ohne Baumschulen), die für die ganze oder den überwiegenden Teil der Anbauzeit unter festen oder beweglichen Gewächshäusern oder anderen hohen Schutzeinrichtungen (Glas, fester Kunststoff, flexibler Kunststoff) angebaut werden.

Grün geerntete Pflanzen

Alle grün geernteten Kulturen auf dem Ackerland, die hauptsächlich zur Verwendung als Futtermittel, zur Erzeugung erneuerbarer Energie (z. B. Herstellung von Biomasse aus grünen Mais) oder zur Gründüngung bestimmt sind, sind eingeschlossen, nämlich Getreide, Gräser, Leguminosen oder Handelsgewächse und sonstige Kulturen auf dem Ackerland, die grün geerntet und/oder verwendet werden.

Die Kulturen sollten in der Fruchtfolge mit anderen Anbaukulturen stehen und weniger als fünf Jahre dieselbe Fläche beanspruchen (ein- und mehrjähriger Futterbau).

Eingeschlossen sind Anbaukulturen, die nicht im Betrieb verbraucht, sondern entweder zum Direktverbrauch an andere landwirtschaftliche Betriebe oder an die Industrie verkauft werden.

Ackerwiesen und -weiden

In einer normalen Fruchtfolge stehende Futtergräser zur Beweidung, Heu- oder Silageherstellung, die den Boden mindestens ein Jahr und weniger als fünf Jahre beanspruchen und als Gras oder Grasgemisch ausgesät werden. Der Boden wird vor der Neueinsaat oder -anpflanzung umgepflügt bzw. auf andere Weise bestellt, oder die Pflanzen werden auf andere Art, z. B. durch Herbizide, vernichtet.

Hierzu gehören Gemenge aus einem überwiegenden Anteil Futtergräser und anderen Futterpflanzen (in der Regel Leguminosen), die abgeweidet oder grün oder getrocknet als Heu geerntet werden.

▼ M1**Sonstige grün geerntete Pflanzen**

Sonstige ein- und mehrjährige (weniger als fünf Jahre) grün geerntete Pflanzen, wie unter Grün geerntete Pflanzen beschrieben.

Grünmais

Alle Formen von Mais (*Zea mays* L.), der hauptsächlich zur Silage angebaut und nicht zur Körnergewinnung geerntet wird (ganzer Kolben, Teile der Pflanze oder ganze Pflanze).

Eingeschlossen sind Grünmais, der direkt (unsiliert) als Futtermittel verbraucht wird, und ganze Kolben (Korn, Spindel, Lieschblätter), die als Futtermittel, zur Silageherstellung oder zur Erzeugung von erneuerbarer Energie geerntet werden.

Leguminosen

Hauptsächlich für Futterzwecke, zur Energieerzeugung oder Gründüngung angebaute und als ganze Pflanze grün geerntete Leguminosen.

Gemenge aus einem überwiegenden Anteil (in der Regel > 80 %) von Leguminosen und Gräsern, die grün oder getrocknet als Heu geerntet werden, sind eingeschlossen.

Sonstige grün geerntete Pflanzen, anderweitig nicht genannt

Sonstige hauptsächlich für Futterzwecke angebaute, grün geerntete Kulturen auf dem Ackerland, anderweitig nicht genannt.

Saat- und Pflanzgut auf dem Ackerland

Flächen, auf denen Pflanzen zur Gewinnung von zum Verkauf bestimmtem Saat- oder Pflanzgut — mit Ausnahme von Getreide, Reis, Hülsenfrüchten, Kartoffeln/ Erdäpfeln und Ölsaaten — angebaut werden. Flächen mit Grünfutter zur Ernte als Saatgut, Wurzeln zur Ernte als Saatgut, zum Verkauf bestimmtem Saatgut und Pflanzgut für Gemüse und Blumen usw. sind hier eingeschlossen.

Sonstige Kulturen auf dem Ackerland

Kulturen auf dem Ackerland, die anderweitig nicht erfasst werden.

Schwarzbrache (einschließlich Grünbrache)

Alle Ackerflächen, die entweder der Fruchtfolge unterliegen oder in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten werden (GLÖZ ⁽¹⁾), bewirtschaftet oder nicht, auf denen jedoch für die Dauer eines Erntejahres keine Ernte erzeugt werden soll.

Das wesentliche Merkmal von Schwarzbrache (einschließlich Grünbrache) ist, dass der Boden normalerweise für eine gesamte Vegetationsperiode ruht, um ihn zu verbessern.

Schwarzbrache kann in folgenden Formen vorkommen:

1. Flächen ohne jegliche Vegetation,
2. Flächen mit zufälliger Vegetation, die als Futter oder zum Unterpflügen verwendet werden kann,
3. eingesäte Flächen, die ausschließlich zu Gründüngungszwecken dienen (Grünbrache).

Haus- und Nutzgärten

Flächen, auf denen landwirtschaftliche Erzeugnisse angebaut werden, die zum Eigenverbrauch durch den Betriebsinhaber und seinen Haushalt bestimmt sind und die in der Regel von der übrigen landwirtschaftlich genutzten Fläche getrennt und als Haus- und Nutzgärten erkennbar sind.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

▼ M1

Nur gelegentlich werden Überschusserzeugnisse dieser Flächen außerhalb des Betriebs verkauft. Alle Flächen, deren Erzeugnisse regelmäßig auf dem Markt verkauft werden, gehören zu anderen Positionen, auch wenn ein Teil der Erzeugung vom Betriebsinhaber und seinem Haushalt verbraucht wird.

Dauergrünland

Flächen, die fortdauernd (mindestens fünf Jahre) dem Anbau von Grünfütterpflanzen dienen, sei es durch künstliche Anlage (Einsaat) oder auf natürliche Weise (Selbstaussaat), und die außerhalb der Fruchtfolge des landwirtschaftlichen Betriebs stehen.

Die Flächen können beweidet, zwecks Heu- oder Silageherstellung abgemäht oder zur Erzeugung von erneuerbarer Energie genutzt werden.

Dauerwiesen und -weiden, ohne ertragsarmes Dauergrünland

Dauergrünland auf Böden guter oder mittlerer Qualität. Diese Flächen können normalerweise intensiv beweidet werden.

Ertragsarmes Dauergrünland

Ertragsarmes Dauergrünland, in der Regel auf Böden geringer Qualität, beispielsweise in Hanglagen und Höhenlagen, normalerweise nicht durch Düngung, Pflege, Einsaat oder Trockenlegung verbessert.

Diese Flächen können normalerweise nur extensiv beweidet werden und werden in der Regel nicht oder nur extensiv gemäht; sie eignen sich nicht für eine hohe Tierbesatzdichte.

Dauergrünland, das nicht mehr zu Produktionszwecken genutzt wird und beihilfefähig ist

Dauergrünlandflächen, die nicht mehr zu Produktionszwecken genutzt und in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates⁽¹⁾ oder gegebenenfalls neueren Rechtsvorschriften erhalten werden und beihilfefähig sind.

Dauerkulturen

Kulturen außerhalb der Fruchtfolge, ohne Dauergrünland, welche den Boden während mehrerer Jahre beanspruchen und wiederkehrende Erträge erbringen.

Obst- und Beerenobstanlagen

Anlagen mit Bäumen, Sträuchern und anderen Beerenstauden als Erdbeeren, die zur Obsterzeugung bestimmt sind. Darunter werden sowohl die Formen mit nur geringen Baumabständen als auch die mit größeren Baumabständen verstanden.

Obstarten, darunter**Obst der gemäßigten Klimazonen**

Baumobstanlagen, die traditionell in den gemäßigten Klimazonen angepflanzt werden und der Erzeugung von Obst dienen.

Obst der subtropischen Klimazonen

Baumobstanlagen, die traditionell in den subtropischen Klimazonen angepflanzt werden und der Erzeugung von Obst dienen.

Beerenarten

Beerenanlagen, die traditionell sowohl in den gemäßigten als auch in den subtropischen Klimazonen angepflanzt werden und der Erzeugung von Beeren dienen.

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 2019/93, (EG) Nr. 1452/2001, (EG) Nr. 1453/2001, (EG) Nr. 1454/2001, (EG) Nr. 1868/94, (EG) Nr. 1251/1999, (EG) Nr. 1254/1999, (EG) Nr. 1673/2000, (EWG) Nr. 2358/71 und (EG) Nr. 2529/2001 (ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 1).

▼ M1**Schalenobst (Nüsse)**

Schalenobstbaumanlagen, die traditionell in den gemäßigten und den subtropischen Klimazonen angepflanzt werden.

Zitrusanlagen

Anpflanzungen von *Citrus* spp.

Olivenanlagen

Anpflanzungen von *Olea europea* L.

Normalerweise zur Erzeugung von Tafeloliven bestimmt

Anpflanzungen von Arten, die normalerweise zur Erzeugung von Tafeloliven angebaut werden.

Normalerweise zur Erzeugung von Olivenöl bestimmt

Anpflanzungen von Arten, die normalerweise zur Erzeugung von Olivenöl angebaut werden.

Rebanlagen, deren Erträge normalerweise bestimmt sind für:

Anpflanzungen von *Vitis vinifera* L.

Qualitätswein

Traubensorten, die normalerweise für die Erzeugung von Weinen mit geschützter Ursprungsbezeichnung (g. U.) angebaut werden, die den Vorschriften i) der Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates ⁽¹⁾ oder gegebenenfalls neueren Rechtsvorschriften und ii) den entsprechenden nationalen Bestimmungen entsprechen.

Traubensorten, die normalerweise für die Erzeugung von Weinen mit geschützter geografischer Angabe (g. g. A.) angebaut werden, die den Vorschriften i) der Verordnung (EG) Nr. 479/2008 oder gegebenenfalls neueren Rechtsvorschriften und ii) den entsprechenden nationalen Bestimmungen entsprechen.

Anderen Wein

Traubensorten, die normalerweise für die Erzeugung von anderen Weinen als Weinen mit g. U. und Weinen mit g. g. A. angebaut werden.

Tafeltrauben

Traubensorten, die normalerweise für die Erzeugung von frischen Trauben angebaut werden.

Rosinen

Traubensorten, die normalerweise für die Erzeugung von Rosinen angebaut werden.

Baumschulen

Flächen mit jungen verholzenden Pflanzen (Holzpflanzen) im Freiland, die zum Auspflanzen bestimmt sind:

- a) Rebschulen und Rebschnittgärten für Unterlagen,
- b) Obst- und Beerengehölze,
- c) Ziergehölze,
- d) Forstpflanzen in gewerblichen Forstbaumschulen (ohne die forstlichen Pflanzgärten innerhalb des Waldes für den Eigenbedarf des Betriebs),

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates vom 29. April 2008 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1493/1999, (EG) Nr. 1782/2003, (EG) Nr. 1290/2005, (EG) Nr. 3/2008 und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 2392/86 und (EG) Nr. 1493/1999 (ABl. L 148 vom 6.6.2008, S. 1).

▼ M1

- e) Bäume und Sträucher für die Bepflanzung von Gärten, Parks, Straßen und Böschungen (z. B. Heckenpflanzen, Rosen und sonstige Ziersträucher, Zierkoniferen), jeweils einschließlich Unterlagen und Jungpflanzen.

Sonstige Dauerkulturen

Dauerkulturen im Freiland, die nicht unter der vorangegangenen Position erfasst werden, insbesondere als Korb- und Flechtmaterialien verwendete Pflanzen, die in der Regel jährlich geerntet werden, sowie zu gewerblichen Zwecken als Weihnachtsbäume auf der landwirtschaftlich genutzten Fläche angepflanzte Bäume.

Dauerkulturen unter Glas**Sonstige Flächen**

„Sonstige Flächen“ umfassen nicht genutzte landwirtschaftliche Flächen (landwirtschaftliche Flächen, die aus wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen Gründen nicht mehr bewirtschaftet werden und außerhalb der Fruchtfolge liegen), Forstflächen sowie Gebäude und Hofflächen, Wege, Gewässer, Steinbrüche, Unland, Felsen usw.

Nicht genutzte landwirtschaftliche Flächen

Flächen, die früher zu einem landwirtschaftlichen Zweck genutzt wurden, aber im Bezugsjahr der Erhebung aus wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen Gründen nicht mehr bewirtschaftet werden und außerhalb der Fruchtfolge liegen, d. h. Flächen, die nicht zur landwirtschaftlichen Nutzung bestimmt sind.

Diese Flächen können normalerweise durch Einsatz von im Betrieb vorhandenen Mitteln wieder genutzt werden.

Waldfläche

Fläche, die mit forstlichen Bäumen oder Sträuchern bestanden ist, einschließlich Anlagen von Pappeln und ähnlichen Bäumen innerhalb oder außerhalb des Waldes und forstliche Pflanzgärten innerhalb des Waldes für den Eigenbedarf des Betriebs, sowie forstwirtschaftliche Einrichtungen (Wegenetze, Holzlagerstätten usw.).

darunter Niederwald mit kurzer Umtriebszeit

Bewirtschaftete Waldflächen, auf denen Holzpflanzen angebaut werden, deren Umtriebszeit 20 Jahre oder weniger beträgt.

Als Umtriebszeit gilt die Zeit zwischen der ersten Aussaat/Anpflanzung der Bäume und der Ernte des Endprodukts, wobei laufende Bewirtschaftungsmaßnahmen wie Durchforstung nicht zur Ernte zählen.

Sonstige Flächen (Gebäude- und Hofflächen, Wege, Teiche, Steinbrüche, unfruchtbares Land, Felsen usw.)

Alle Teile der gesamten Betriebsfläche, die weder zur landwirtschaftlich genutzten Fläche noch zur nicht genutzten landwirtschaftlichen Fläche oder zur Waldfläche gehören.

Pilze

Zuchtpilze, die sowohl in eigens für diesen Zweck erbauten oder eingerichteten Gebäuden als auch in Kellern, Grotten und Gewölben gezogen werden.

Energiepflanzen (zur Herstellung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Energieträgern)

Fläche zur Erzeugung von speziellen Energiepflanzen, die zu keinen anderen Zwecken als der Energieerzeugung genutzt und auf landwirtschaftlichem Ackerland angebaut werden.

▼ M1**Bewässerte Fläche****Bewässerbare Fläche insgesamt**

Landwirtschaftlich genutzte Gesamtfläche, die im Bezugsjahr erforderlichenfalls mit den normalerweise im Betrieb verfügbaren technischen Einrichtungen und der normalerweise verfügbaren Wassermenge bewässert werden könnte.

Gesamtfläche der in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens einmal bewässerten Kulturen

Fläche der Kulturen, die während der letzten 12 Monate vor dem Stichtag der Erhebung tatsächlich mindestens einmal bewässert worden sind.

Angewandte Bewässerungsmethoden:**Oberflächenbewässerung (Flutung, Furchenbewässerung)**

Einleitung des Wassers in den Boden, wobei entweder die gesamte Fläche geflutet wird oder das Wasser unter Nutzung der Schwerkraft durch schmale Furchen zwischen den in Reihen angepflanzten Anbaukulturen geleitet wird.

Sprinklerbewässerung

Bewässerung von Pflanzen, indem Wasser unter hohem Druck als Regen über die Flurstücke verteilt wird.

Tröpfchenbewässerung

Bewässerung von Pflanzen, indem den unteren Pflanzenteilen Wasser Tropfen für Tropfen zugeführt wird bzw. Bewässerung durch Mikro-Sprinkler oder Sprühnebler.

Quelle des im Betrieb verwendeten Bewässerungswassers:

Die Quelle, aus der das gesamte oder der überwiegende Teil des im Betrieb verwendeten Bewässerungswassers stammt.

Grundwasser im Betrieb

Wasserquellen auf dem oder nahe am Betriebsgelände, deren Wasser aus gebohrten oder gegrabenen Brunnen oder aus frei fließenden natürlichen Grundwasserquellen oder dergleichen stammt.

Oberflächenwasser im Betrieb

Kleine natürliche Teiche oder künstliche Staubecken, die gänzlich auf dem Betriebsgelände liegen oder nur von einem einzigen Betrieb genutzt werden.

Oberflächenwasser aus Seen, Flüssen oder Wasserläufen außerhalb des Betriebs

Oberflächensüßwasser (Seen, Flüsse, sonstige Gewässer), die nicht zu Bewässerungszwecken künstlich angelegt wurden.

Wasser aus gemeinsamen Wasserversorgungsnetzen außerhalb des Betriebs

Wasserquellen außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebs, mit Ausnahme der unter „Oberflächenwasser aus Seen, Flüssen oder Wasserläufen außerhalb des Betriebs“ genannten Quellen, zu denen mindestens zwei Betriebe Zugang haben.

Sonstige Quellen

Sonstige, anderweitig nicht genannte Quellen von Bewässerungswasser. Dabei kann es sich um stark salzhaltige Quellen wie den Atlantik oder das Mittelmeer handeln, wobei das Wasser vor der Nutzung zwecks Verringerung des Salzgehalts behandelt (entsalzt) wird, oder um Brackwasserquellen (mit geringem Salzgehalt) wie die Ostsee oder bestimmte Flüsse,

▼ M1

wobei das Wasser direkt, d. h. unbehandelt, genutzt werden kann. Das Wasser kann auch nach einer Abwasserbehandlung als gereinigtes Wasser wieder dem Nutzer zugeleitet werden.

III. VIEHBESTAND

Anzahl der Nutztiere, die sich am Stichtag der Erhebung in unmittelbarem Besitz bzw. unmittelbarer Haltung des Betriebs befinden.

Die Tiere müssen nicht unbedingt Eigentum des Betriebsinhabers sein. Sie können sich innerhalb des Betriebs (auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen des Betriebs oder in den von ihm genutzten Stallungen) oder außerhalb des Betriebs befinden (gemeinschaftliche Flächen, Herdenwanderung usw.).

Einhufer

Haustiere der Familie Equidae, Gattung *Equus* (Pferde, Esel usw.).

Rinder

Haustiere der Arten *Bos taurus* und *Bubalus bubalus*, einschließlich Kreuzungen wie Beefalo.

Rinder unter einem Jahr, männlich und weiblich**Rinder von einem Jahr bis unter zwei Jahren, männlich****Rinder von einem Jahr bis unter zwei Jahren, weiblich****Rinder von zwei Jahren und älter, männlich****Färsen von zwei Jahren und älter**

Weibliche Rinder von zwei Jahren und älter, die noch nicht gekalbt haben.

Milchkühe

Weibliche Rinder, die bereits gekalbt haben (einschließlich Tiere unter zwei Jahren) und die aufgrund ihrer Rasse oder Veranlagung ausschließlich oder hauptsächlich zur Erzeugung von Milch gehalten werden, die zum menschlichen Verbrauch oder zur Herstellung von Milcherzeugnissen bestimmt ist.

Sonstige Kühe

Weibliche Rinder, die bereits gekalbt haben (einschließlich Tiere unter zwei Jahren) und die aufgrund ihrer Rasse oder Veranlagung ausschließlich oder hauptsächlich zur Kälbererzeugung gehalten werden und deren Milch nicht für den menschlichen Verbrauch oder zur Herstellung zu Milcherzeugnissen bestimmt ist.

Schafe und Ziegen**Schafe (jeden Alters)**

Haustiere der Art *Ovis aries*.

Weibliche Zuchttiere

Mutterschafe und gedeckte Lämmer.

Sonstige Schafe

Alle Schafe, die keine weiblichen Zuchttiere sind.

Ziegen (jeden Alters)

Haustiere der Unterart *Capra aegagrus hircus*.

▼ M1**Weibliche Zuchttiere**

Weibliche Ziegen, die bereits gezickelt haben, und gedeckte Ziegen.

Sonstige Ziegen

Alle Ziegen, die keine weiblichen Zuchttiere sind.

Schweine

Haustiere der Art *Sus scrofa domesticus*.

Ferkel mit einem Lebendgewicht unter 20 kg

Ferkel, die im Allgemeinen ein Lebendgewicht unter 20 kg haben.

Zuchtsauen von 50 kg und mehr

Zur Zucht bestimmte weibliche Schweine von 50 kg und mehr, unabhängig davon, ob sie geferkelt haben oder nicht.

Sonstige Schweine

Anderweitig nicht erfasste Schweine.

Geflügel**Masthühner**

Haustiere der Art *Gallus gallus*, die zur Fleischerzeugung gehalten werden.

Legehennen

Haustiere der Art *Gallus gallus*, die Legereife erreicht haben und zur Eierzeugung gehalten werden.

Sonstiges Geflügel

Unter den Positionen Masthühner oder Legehennen nicht erfasstes Geflügel.

Truthühner

Haustiere der Art *Meleagris*.

Enten

Haustiere der Arten *Anas* und *Cairina moschata*.

Gänse

Haustiere der Art *Anser anser* dom.

Strauße

Strauße (*Struthio camelus*).

Sonstiges Geflügel, anderweitig nicht genannt**Kaninchen (Mutterkaninchen)**

Zur Erzeugung von Schlachtkaninchen bestimmte weibliche Kaninchen (der Art *Oryctolagus*), die bereits einmal geworfen haben.

Bienen

Zahl der belegten Stöcke von Bienen (*Apis mellifera*), die zur Erzeugung von Honig gehalten werden.

Anderweitig nicht genannte Tiere

Alle anderweitig in diesem Abschnitt nicht genannten Tiere, die für die Produktion eingesetzt werden.

▼ M1**IV. ARBEITSKRÄFTE****i) LANDWIRTSCHAFTLICHE ARBEITEN IM BETRIEB****Landwirtschaftliche Arbeitskräfte**

Zu den landwirtschaftlichen Arbeitskräften des Betriebs gehören alle Personen ab Ende des schulpflichtigen Alters, die in den letzten 12 Monaten vor dem Stichtag der Erhebung landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb verrichtet haben.

Sofern in den nationalen Rechtsvorschriften kein Mindestalter für Vollzeit- und Teilzeitschulpflicht festgelegt ist, wird das übliche Ende des schulpflichtigen Alters mit 15 Jahren angesetzt.

Alleinige Betriebsinhaber, die keine landwirtschaftlichen Arbeiten im Betrieb verrichten, werden in der Erhebung erfasst, aber nicht zu den „Landwirtschaftlichen Arbeitskräften insgesamt“ gezählt.

Personen, die das Ruhestandsalter erreicht haben, aber weiterhin im Betrieb arbeiten, werden als landwirtschaftliche Arbeitskräfte erfasst.

Personen, die für fremde Rechnung oder im Rahmen der Nachbarschaftshilfe im Betrieb beschäftigt waren (z. B. Arbeitskräfte von landwirtschaftlichen Lohnunternehmen oder Genossenschaften), sind nicht anzugeben.

Landwirtschaftliche Arbeiten

Als landwirtschaftliche Arbeiten gelten alle Arbeiten im Betrieb, soweit sie entweder zu i) den in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 definierten Tätigkeiten, ii) der Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebsmittel oder iii) Aktivitäten, die direkt aus diesen Produktionstätigkeiten abgeleitet sind, beitragen.

Für landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb aufgewendete Zeit

Die für landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb aufgewendete Zeit ist die für landwirtschaftliche Arbeiten für den Betrieb tatsächlich aufgewendete Arbeitszeit, ohne Arbeiten im Privathaushalt des Betriebsinhabers bzw. Betriebsleiters.

Jahresarbeitsseinheit (JAE)

Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten, d. h. das Gesamtarbeitsvolumen dividiert durch die durchschnittliche jährliche Zahl der im betreffenden Land auf Vollzeitarbeitsplätzen gearbeiteten Stunden.

Als vollzeitliche Arbeitszeit wird die in den nationalen Tarifverträgen festgelegte Mindeststundenzahl angenommen. Ist die Stundenzahl in diesen Verträgen nicht festgelegt, werden 1 800 Stunden jährlich (225 Arbeitstage zu acht Stunden) angenommen.

Betriebsinhaber

Der Betriebsinhaber ist die natürliche Person, Gruppe natürlicher Personen oder juristische Person, für deren Rechnung und in deren Namen der Betrieb bewirtschaftet wird und die rechtlich und wirtschaftlich für den Betrieb verantwortlich ist, d. h. die die wirtschaftlichen Risiken der Betriebsführung trägt.

Der Betriebsinhaber kann Eigentümer, Pächter, Erbpächter, Nutznießer oder Treuhänder sein.

▼ M1

Geschlecht

Alter

Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)

Betriebsleiter

Der Betriebsleiter ist die natürliche Person, die für die laufenden täglichen Finanzierungs- und Produktionstätigkeiten im Rahmen der Betriebsführung verantwortlich ist.

Geschlecht

Alter

Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)

Berufsausbildung des Betriebsleiters**Landwirtschaftliche Berufsausbildung des Betriebsleiters****Ausschließlich praktische landwirtschaftliche Erfahrung**

Erfahrung aufgrund praktischer Arbeit in einem landwirtschaftlichen Betrieb.

Landwirtschaftliche Grundausbildung

Jede abgeschlossene Ausbildung an einer landwirtschaftlichen Schule der unteren Stufe und/oder an einer auf bestimmte Fachrichtungen spezialisierten Ausbildungsstätte (einschließlich Gartenbau, Weinbau, Forstwirtschaft, Fischzucht, Tiermedizin, landwirtschaftliche Technologie und verwandte Fachrichtungen). Hierzu zählt auch eine abgeschlossene landwirtschaftliche Lehre.

Umfassende landwirtschaftliche Ausbildung

Jede abgeschlossene, einer Zeitdauer von mindestens zwei Jahren vollzeitlicher Ausbildung nach Ende der Pflichtschulzeit entsprechende Ausbildung an einer landwirtschaftlichen Schule, Hochschule oder Universität in den Fachrichtungen Landwirtschaft, Gartenbau, Weinbau, Forstwirtschaft, Fischzucht, Tiermedizin, landwirtschaftliche Technologie und verwandten Fachrichtungen.

Berufliche Bildung des Betriebsleiters in den vergangenen 12 Monaten

Unter beruflicher Bildung werden Ausbildungsmaßnahmen oder -aktivitäten verstanden, die bei einem Ausbilder oder einer Ausbildungseinrichtung absolviert werden und deren Hauptziel der Erwerb neuer Fähigkeiten im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Tätigkeiten oder direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehenden Tätigkeiten bzw. die Entwicklung und Verbesserung bereits vorhandener Fähigkeiten ist.

Im Betrieb beschäftigte Familienangehörige des alleinigen Betriebsinhabers

Familienangehörige des alleinigen Betriebsinhabers, einschließlich des Ehepartners, die landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb verrichten, aber nicht unbedingt im Betrieb leben.

Die Familienangehörigen des Betriebsinhabers sind im Allgemeinen der Ehepartner, Verwandte in aufsteigender oder absteigender Linie (einschließlich angeheiratete Verwandte und Adoptivkinder) sowie die Geschwister des Betriebsinhabers oder seines Ehepartners.

Auch zwei unverheiratet zusammenlebende Partner werden als Ehepartner behandelt.

Im Betrieb beschäftigte Familienangehörige des alleinigen Betriebsinhabers: männlich

▼ M1

— Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)

Im Betrieb beschäftigte Familienangehörige des alleinigen Betriebsinhabers: weiblich

— Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)

Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte

Alle Personen, die landwirtschaftliche Arbeiten für den Betrieb verrichten und dafür ein Entgelt (in Form von Lohn oder Gehalt, Erträgen oder sonstigen Zahlungen, einschließlich Zahlung in Naturalien) von dem landwirtschaftlichen Betrieb erhalten, ausgenommen der Betriebsinhaber und seine Familienangehörigen.

Unter regelmäßig beschäftigten Arbeitskräften versteht man Personen, die unabhängig von der Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit in den letzten 12 Monaten vor dem Stichtag der Erhebung jede Woche landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb verrichtet haben.

Dazu gehören auch Personen, die zwar während eines Teils dieses Zeitraums regelmäßig beschäftigt waren, denen es jedoch aus folgenden Gründen nicht möglich war, den gesamten Zeitraum über zu arbeiten:

1. besondere Produktionsbedingungen im Betrieb (z. B. Betriebe, die einseitig auf Olivenanbau, Weinbau, Obstbau, Feldgemüsebau oder Weidemast ausgerichtet sind und in denen Arbeitskräfte nur für einige Monate des Jahres benötigt werden);
2. Abwesenheit wegen Urlaub, Militärdienst, Krankheit, Unfall oder Tod;
3. Eintritt in den Betrieb oder Ausscheiden aus dem Betrieb (hierunter fallen auch Arbeitskräfte, die während der 12 Monate vor dem Stichtag der Erhebung die Arbeit für einen landwirtschaftlichen Betrieb eingestellt und die Arbeit für einen anderen Betrieb aufgenommen haben);
4. vollständiger Arbeitsausfall im Betrieb durch höhere Gewalt (Überschwemmung, Brand usw.).

Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte: männlich

— Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)

Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte: weiblich

— Landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb (außer Hausarbeit)

Unregelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte: männlich und weiblich

Unregelmäßig beschäftigte Arbeitskräfte sind Personen, die während der letzten 12 Monate vor dem Stichtag der Erhebung aus anderen als den unter „Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte“ genannten Gründen nicht jede Woche im landwirtschaftlichen Betrieb gearbeitet haben.

Die geleisteten Arbeitstage der unregelmäßig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte beziehen sich auf die normale tägliche Arbeitszeit einer mit landwirtschaftlichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskraft, der ein Arbeitsentgelt (in Form von Lohn oder Gehalt, Erträgen oder sonstigen Zahlungen, einschließlich Zahlung in Naturalien) für einen vollen Arbeitstag gezahlt wird. Urlaubs- und Krankheitszeiten gelten nicht als Arbeitszeiten.

Ein Vollzeitarbeitstag ist der normale Arbeitstag regelmäßig beschäftigter Vollzeitarbeitskräfte.

▼ **M1****ii) AUSSERBETRIEBLICHE ERWERBSTÄTIGKEITEN: NICHT LANDWIRTSCHAFTLICHE ARBEITEN IM BETRIEB (DIE NICHT DIREKT MIT DEM BETRIEB IN VERBINDUNG STEHEN) UND ARBEITEN AUSSERHALB DES BETRIEBS**

Außerbetriebliche Erwerbstätigkeiten sind alle Tätigkeiten mit Ausnahme der in Abschnitt IV i definierten landwirtschaftlichen Arbeiten im Betrieb und der in Abschnitt V i definierten außerbetrieblichen Erwerbstätigkeiten, die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen, die gegen ein Entgelt (je nach Art der Tätigkeit in Form von Lohn oder Gehalt, Erträgen oder sonstigen Zahlungen, einschließlich Zahlung in Naturalien) durchgeführt werden.

Die von den Arbeitskräften eines landwirtschaftlichen Betriebs für einen anderen landwirtschaftlichen Betrieb verrichteten landwirtschaftlichen Arbeiten sind eingeschlossen.

Diese Angaben werden nur im Falle von alleinigen Inhabern von Betrieben erhoben, deren Inhaber eine natürliche Person ist (d. h. in denen der Betriebsinhaber zugleich auch Betriebsleiter ist) und im Falle aller Gruppenbetriebe. Keine Angaben werden im Falle von Betrieben erhoben, deren alleiniger Betriebsinhaber nicht zugleich auch Betriebsleiter oder eine juristische Person ist.

Angaben über außerbetriebliche Erwerbstätigkeiten werden für den Betriebsinhaber und für die sonstigen Familienangehörigen des alleinigen Betriebsinhabers erhoben. Es werden nur Angaben über Arbeitskräfte erfasst, die landwirtschaftliche Arbeiten im Betrieb oder Arbeiten durchführen, die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen.

Nicht trennbare nicht landwirtschaftliche Nebentätigkeiten im Betrieb sind ausgeschlossen, da sie zu den landwirtschaftlichen Arbeiten gehören.

Die eingeschlossenen Tätigkeiten werden wie folgt klassifiziert:

- Haupttätigkeiten, für die mehr oder genauso viel Zeit aufgewendet wird wie für die landwirtschaftlichen Arbeiten für den Betrieb;
- Nebentätigkeiten, für die weniger Zeit aufgewendet wird als für die landwirtschaftlichen Arbeiten für den Betrieb.

Außerbetriebliche Erwerbstätigkeiten des Betriebsinhabers, der zugleich auch Betriebsleiter ist:

Alle nicht direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehenden Erwerbstätigkeiten, die der Betriebsinhaber, der zugleich auch Betriebsleiter ist, als Haupt- oder Nebentätigkeit durchführt.

Außerbetriebliche Erwerbstätigkeiten der sonstigen Familienangehörigen des alleinigen Betriebsinhabers:**Haupttätigkeit**

Die Zahl der Personen (entweder Ehegatte des alleinigen Betriebsinhabers oder sonstige Familienangehörigen des alleinigen Betriebsinhabers), die Erwerbstätigkeiten, die nicht mit dem Betrieb in Verbindung stehen, als ihre Haupttätigkeit ausüben.

Nebentätigkeit

Die Zahl der Personen (entweder Ehegatte des alleinigen Betriebsinhabers oder sonstige Familienangehörigen des alleinigen Betriebsinhabers), die Erwerbstätigkeiten, die nicht mit dem Betrieb in Verbindung stehen, als ihre Nebentätigkeit ausüben.

V. AUSSERBETRIEBLICHE ERWERBSTÄTIGKEITEN DES BETRIEBS (DIE DIREKT MIT DEM BETRIEB IN VERBINDUNG STEHEN)**i) LISTE DER AUSSERBETRIEBLICHEN ERWERBSTÄTIGKEITEN**

Zu den außerbetrieblichen Erwerbstätigkeiten des Betriebs gehören alle Tätigkeiten (außer landwirtschaftlichen Arbeiten), die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen und wirtschaftliche Auswirkungen auf den Betrieb haben.

▼ M1

„Direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehende Tätigkeiten“ sind Tätigkeiten, bei denen entweder die Betriebsmittel (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen usw.) oder die Erzeugnisse des Betriebs eingesetzt werden. Wenn nur die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte (Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte) und keine sonstigen Betriebsmittel eingesetzt werden, so werden die Arbeitskräfte als in zwei voneinander getrennten Beschäftigungsverhältnissen stehend betrachtet, und diese außerbetrieblichen Erwerbstätigkeiten gelten nicht als direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehend.

Nicht landwirtschaftliche und landwirtschaftliche Arbeiten für andere Betriebe sind eingeschlossen.

Unter Erwerbstätigkeiten ist hier aktive Arbeit zu verstehen; reine Finanzinvestitionen sind mithin ausgeschlossen. Ebenfalls ausgeschlossen ist die Verpachtung von Grund und Boden für verschiedene Tätigkeiten, sofern eine Beteiligung an diesen Tätigkeiten nicht gegeben ist.

Bereitstellung von Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen

Jede Tätigkeit, die im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsdienstleistungen steht, und/oder wirtschaftliche Tätigkeiten mit sozialem Bezug, bei denen entweder die Betriebsmittel oder die primären Erzeugnisse des Betriebs verwendet werden.

Fremdenverkehr, Beherbergung und sonstige Freizeitaktivitäten

Alle Tätigkeiten im Bereich Fremdenverkehr, Beherbergung, Führung von Touristen und sonstigen Gruppen durch den Betrieb, Sport- und Freizeittätigkeiten usw., bei denen Grund und Boden, Gebäude oder sonstige Betriebsmittel des betreffenden Betriebs eingesetzt werden.

Handwerk

Handwerkliche Erzeugnisse, die im Betrieb vom Betriebsinhaber bzw. den Familienangehörigen hergestellt werden oder von familienfremden Arbeitskräften, sofern diese auch landwirtschaftliche Arbeiten verrichten, unabhängig davon, wie die Erzeugnisse verkauft werden.

Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Jegliche Verarbeitung eines landwirtschaftlichen Grunderzeugnisses zu einem Nebenerzeugnis im Betrieb, unabhängig davon, ob der Rohstoff im Betrieb erzeugt oder von außerhalb zugekauft wurde. Hierzu zählen die Fleischverarbeitung, die Käseherstellung usw.

Zu dieser Position gehört jegliche Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, es sei denn, sie gilt als Teil der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Die Weinbereitung und die Olivenölerzeugung sind daher ausgeschlossen, es sei denn, der zugekaufte Anteil von Wein oder Olivenöl ist erheblich.

Erzeugung von erneuerbarer Energie

Erzeugung von erneuerbarer Energie für Vermarktungszwecke, einschließlich Biogas, Biokraftstoffe oder Strom, in Windturbinen oder sonstigen Einrichtungen oder aus landwirtschaftlichen Rohstoffen.

Nur für den Eigenverbrauch des Betriebs erzeugte erneuerbare Energie fällt nicht hierunter.

Be- und Verarbeitung von Holz (z. B. Sägewerk)

Die Be- und Verarbeitung von Rohholz im Betrieb für Vermarktungszwecke (Sägen von Nutzholz usw.).

Aquakultur

Erzeugung von Fischen, Flusskrebse usw. im Betrieb. Reine Fischfangtätigkeiten sind ausgeschlossen.

▼ M1**Vertragliche Arbeiten (unter Einsatz von Produktionsmitteln des Betriebs)**

Vertragliche Arbeiten unter Einsatz von Geräten des Betriebs, wobei zwischen Arbeiten innerhalb und außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors unterschieden wird, z. B. Schneeräumen, Transporttätigkeiten, Landschaftspflege, landwirtschaftliche und umweltbezogene Dienstleistungen.

Landwirtschaftlich (für andere Betriebe)**Nicht landwirtschaftlich****Forstwirtschaft**

Forstwirtschaftliche Arbeiten unter Einsatz sowohl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte als auch der im Allgemeinen für landwirtschaftliche Zwecke verwendeten Maschinen und Einrichtungen des Betriebs.

Sonstige

Anderweitig nicht genannte sonstige Erwerbstätigkeiten, die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen.

Wer ist beteiligt?

Die eingeschlossenen Tätigkeiten werden wie folgt klassifiziert:

- Haupttätigkeiten, für die mehr oder genauso viel Zeit aufgewendet wird wie für die landwirtschaftlichen Arbeiten für den Betrieb;
- Nebentätigkeiten, für die weniger Zeit aufgewendet wird als für die landwirtschaftlichen Arbeiten für den Betrieb.

Betriebsinhaber, der zugleich auch Betriebsleiter ist**Sonstige Familienangehörige des alleinigen Betriebsinhabers — als deren Haupttätigkeit****Sonstige Familienangehörige des alleinigen Betriebsinhabers — als deren Nebentätigkeit****Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte — als deren Haupttätigkeit****Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte — als deren Nebentätigkeit****ii) BEDEUTUNG DER AUSSERBETRIEBLICHEN ERWERBSTÄTIGKEITEN, DIE DIREKT MIT DEM BETRIEB IN VERBINDUNG STEHEN****Anteil an der Endproduktion des Betriebs in %**

Die Bedeutung der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeiten, die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen, wird bei der Produktion des Betriebs geschätzt als Anteil des Umsatzes aus direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehenden außerbetrieblichen Erwerbstätigkeiten am Gesamtumsatz des Betriebs und der Direktzahlungen für diesen Betrieb gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾.

$$\text{QUOTE} = \frac{\text{Umsatz aus direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehenden außerbetrieblichen Erwerbstätigkeiten}}{\text{Gesamtumsatz des Betriebs (landwirtschaftliche Tätigkeiten und direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehende außerbetriebliche Erwerbstätigkeiten) + Direktzahlungen}}$$

VI. FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS**Betrieb war in den vergangenen drei Jahren Nutznießer einer der folgenden Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums**

Maßnahmen gemäß Titel III Kapitel 1 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013, bei denen der Landwirt ein Begünstigter ist.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 637/2008 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 608).

▼ M1

Es sind Angaben darüber zu erheben, ob der Betrieb in den vergangenen drei Jahren nach bestimmten Standards und Vorschriften gemäß den jüngsten Rechtsvorschriften durch eine der folgenden Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums gefördert wurde.

Teilnahme der Landwirte an Lebensmittelqualitätsregelungen

Artikel 16 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

Zahlungen in Verbindung mit Natura 2000 und der Wasserrahmenrichtlinie ⁽¹⁾

Artikel 30 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Zahlungen im Rahmen von Natura 2000 und der Wasserrahmenrichtlinie

Agrarumweltzahlungen — Klimazahlungen

Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Agrarumwelt- und Klimamaßnahme

Ökologischer Landbau

Artikel 29 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Ökologischer Landbau

Zahlungen für Tierschutzmaßnahmen

Artikel 33 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Tierschutz

Investitionen in materielle Vermögenswerte

Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Investitionen in materielle Vermögenswerte

Vorbeugung von Schäden und Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Produktionspotenzials nach Naturkatastrophen und Katastrophenereignissen

Artikel 18 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Wiederaufbau von durch Naturkatastrophen geschädigtem landwirtschaftlichen Produktionspotenzial sowie Einführung geeigneter vorbeugender Maßnahmen

Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe und sonstiger Unternehmen

Artikel 19 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe und sonstiger Unternehmen

Investitionen in die Entwicklung von Waldgebieten und Verbesserung der Lebensfähigkeit von Wäldern

Artikel 21 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Investitionen in die Entwicklung von Waldgebieten und Verbesserung der Lebensfähigkeit von Wäldern

Aufforstung und Anlage von Wäldern

Artikel 22 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Aufforstung und Anlage von Wäldern

Einrichtung von Agrarforstsystemen

Artikel 23 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Einrichtung von Agrarforstsystemen

Vorbeugung von Schäden und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands von Wäldern

Artikel 24 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Vorbeugung von Schäden und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands von Wäldern nach Waldbränden, Naturkatastrophen und Katastrophenereignissen

Investitionen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und des ökologischen Werts von Wäldern

⁽¹⁾ Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1).

▼ M1

Artikel 25 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Investitionen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und des ökologischen Werts der Waldökosysteme

Investitionen in Techniken der Forstwirtschaft sowie in die Verarbeitung, in die Mobilisierung und in die Vermarktung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse

Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Investitionen in Techniken der Forstwirtschaft sowie in die Verarbeitung, Mobilisierung und Vermarktung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse

Zahlungen für aus naturbedingten oder anderen spezifischen Gründen benachteiligte Gebiete

Artikel 31 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Zahlungen für aus naturbedingten oder anderen spezifischen Gründen benachteiligte Gebiete

Waldumwelt- und Klimadienstleistungen und Erhaltung der Wälder

Artikel 34 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Waldumwelt- und Klimadienstleistungen und Erhaltung der Wälder

Risikomanagement

Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013: Risikomanagement

VII. VERFAHREN DER BODENBEARBEITUNG UND BODENERHALTUNG SOWIE WIRTSCHAFTSDÜNGERMANAGEMENT IN LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBEN

Methoden der Bodenbearbeitung auf Ackerflächen im Freiland

Herkömmliche Bodenbearbeitung

Ackerflächen, die einer herkömmlichen Bodenbearbeitung unterzogen werden, bei der als Primärbodenbearbeitung der Boden gewendet wird, in der Regel mit einem Scharpflug oder einem Scheibenpflug; anschließend folgt die Sekundärbodenbearbeitung mit einer Scheibenegge.

Konservierende Bodenbearbeitung

Ackerflächen, die einer konservierenden (bodenschonenden) Bearbeitung unterzogen werden, d. h. einem Bodenbearbeitungsverfahren oder einem Verfahrenssystem, bei dem zur Erosionskontrolle und zum Feuchtigkeits-erhalt ein Restbewuchs (mindestens 30 %) an der Bodenoberfläche erhalten bleibt und der Boden in der Regel nicht gewendet wird.

Nullbodenbearbeitung (ohne Ackerflächen im Freiland mit mehrjährigen Kulturen)

Ackerflächen, die zwischen Ernte und Aussaat keiner Bodenbearbeitung unterzogen werden.

Bodenbedeckung auf Ackerflächen im Freiland

Bedeckung von Ackerflächen mit Pflanzen oder Pflanzenrückständen oder vegetationslose Ackerflächen im Winter.

Normale Winterkultur

Ackerflächen, auf die im Herbst Anbaukulturen ausgesät werden, die im Winter wachsen (normale Winterkulturen, z. B. Winterweizen) und in der Regel geerntet oder abgeweidet werden.

Bodenbedeckende Kultur oder Zwischenfruchtbau

Ackerflächen, auf die Pflanzen speziell zu dem Zweck ausgesät wurden, die Verluste von Boden, Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln im Winter oder in Zeiten, in denen die Fläche andernfalls vegetationslos geblieben und verlustanfällig wäre, zu verringern. Der wirtschaftliche Wert dieser Kulturen ist gering, Hauptziele sind Bodenschutz und Verringerung der Nährstoffauswaschung.

Sie werden in der Regel im Frühjahr untergepflügt, bevor eine andere Kultur eingesät wird, und werden nicht geerntet oder abgeweidet.

▼ M1**Pflanzenrückstände**

Ackerflächen, die im Winter mit den Pflanzenrückständen und den Stoppeln der vorangegangenen Anbauzeit bedeckt sind. Zwischenfrüchte und bodenbedeckende Kulturen sind ausgeschlossen.

Vegetationsloser Boden

Ackerflächen, die im Herbst gepflügt oder auf andere Weise bearbeitet werden und den Winter über weder eingesät noch mit Pflanzenrückständen bedeckt sind, sondern bis zu den agrotechnischen Maßnahmen der Voraussaat oder Aussaat im darauf folgenden Frühjahr vegetationslos bleiben.

Ackerflächen im Freiland, bedeckt mit mehrjährigen Kulturen

Ackerflächen im Freiland, die mit mehrjährigen Kulturen bedeckt sind, die im Bezugsjahr nicht ausgesät oder angebaut wurden.

Fruchtfolge auf Ackerland

Unter Fruchtfolge versteht man die zeitliche Abfolge des Anbaus unterschiedlicher Kulturpflanzen, bei der auf einem gegebenen Feld Kulturen in einer geplanten Struktur oder Abfolge im Wechsel angebaut werden, so dass auf ein und demselben Feld niemals ohne Unterbrechung Kulturpflanzen derselben Art angebaut werden.

Anteil der in die Fruchtfolge einbezogenen Ackerfläche

Die Ackerfläche ist Teil der geplanten Fruchtfolge.

Im Umweltinteresse genutzte Fläche — Gesamtfläche der Feldraine, Pufferstreifen, Hecken, Bäume, Brache, Biotope, aufgeforsteten Flächen und Landschaftselemente

Flächen, die der Betriebsleiter als im Umweltinteresse genutzte Flächen gemäß Artikel 46 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 ausweist. Gesamtfläche der Feldraine, Pufferstreifen, Hecken, Bäume, Brache, Biotope, aufgeforsteten Flächen und Landschaftselemente.

Nur von Betrieben mit einer Ackerfläche von mehr als 15 ha zu melden.

Techniken der Wirtschaftsdüngerausbringung

Anteil (in %) des gesamten Wirtschaftsdüngers des Betriebs (erzeugter zuzüglich importierter abzüglich exportierter Wirtschaftsdünger), der mit den verschiedenen verfügbaren Techniken auf die landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht wird.

Breitverteilung

Wirtschaftsdünger wird auf die Oberfläche einer Bodenfläche oder Kultur ausgebracht, ohne dass Reihenverteilungs- oder Injektionstechniken angewandt werden.

Ohne Einarbeitung

Anteil (in %) des gesamten ausgebrachten Wirtschaftsdüngers, ohne dass eine Einarbeitung in den Boden durchgeführt wurde. Sofern der Wirtschaftsdünger nicht innerhalb von 24 Stunden nach der Breitverteilung eingearbeitet worden ist, wird er eingeschlossen.

Einarbeitung innerhalb von vier Stunden

Anteil (in %) des gesamten ausgebrachten Wirtschaftsdüngers, der innerhalb von vier Stunden nach der Ausbringung mechanisch in den Boden eingearbeitet wurde.

Einarbeitung nach vier Stunden oder später

Anteil (in %) des gesamten ausgebrachten Wirtschaftsdüngers, der später als vier Stunden nach der Ausbringung mechanisch in den Boden eingearbeitet wurde. Sofern der Wirtschaftsdünger nicht innerhalb von 24 Stunden nach der Breitverteilung eingearbeitet worden ist, wird er aus dieser Position ausgeschlossen und unter der Position „Ohne Einarbeitung“ erfasst.

▼ M1**Reihenverteilung**

Flüssiger Wirtschaftsdünger oder Gülle wird in parallelen Reihen (ohne Wirtschaftsdünger zwischen den Reihen) auf eine Fläche mittels einer Vorrichtung (Reihenverteiler) ausgebracht, die am Ende eines Tankwagens oder einer Zugmaschine befestigt wird, um flüssigen Wirtschaftsdünger oder Gülle auf Bodenhöhe auszubringen.

Schleppschlauch

Eine Art Reihenverteiler, der aus einer Zahl von Schläuchen besteht, die auf einen Ausleger montiert sind, wobei jedoch keine Vorrichtungen zum Teilen von Kulturpflanzen oder Gras zum Einsatz kommen.

Schleppschuh

Eine Art Reihenverteiler, der aus einer Zahl von fuß- oder schuhförmigen Vorrichtungen besteht, die auf einen Ausleger montiert sind, um Kulturpflanzen oder Gras zu teilen; der Wirtschaftsdünger wird in Reihen auf die Oberfläche aufgebracht, gleichzeitig wird die Verschmutzung von Kulturpflanzen oder Gras durch den ausgebrachten Wirtschaftsdünger verringert.

Injektion

Aufbringung von flüssigem Wirtschaftsdünger oder Gülle durch Einbringung in Schlitze, die je nach Art des Injektors unterschiedlich tief in den Boden geschnitten werden.

Flacher/offener Schlitz

Die Schlitze sind flach, in der Regel etwa 50 mm tief. Sie bleiben nach der Ausbringung offen.

Tiefer/geschlossener Schlitz

Die Schlitze sind tiefer, in der Regel etwa 150 mm tief. Sie werden nach der Ausbringung geschlossen.

Import/Export von Wirtschaftsdünger in den bzw. aus dem Betrieb**Gesamtmenge des im Betrieb erzeugten und exportierten Wirtschaftsdüngers**

Die Menge des aus dem Betrieb abtransportierten Wirtschaftsdüngers.

In den Betrieb importierter Wirtschaftsdünger

Die Menge des in den Betrieb importierten Wirtschaftsdüngers, der in der Landwirtschaft verwendet werden soll, unabhängig davon, ob er bezahlt oder kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

▼B*ANHANG III***In der gemeinschaftlichen Erhebung über die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden zu verwendende Merkmalsdefinitionen****I. METHODEN DER BODENBEARBEITUNG****1.01 Herkömmliche Bodenbearbeitung (Scharpflug oder Scheibenegge)**

Ackerland, das einer herkömmlichen Bodenbearbeitung unterzogen wird, bei der als Primärbodenbearbeitung der Boden gewendet wird, in der Regel mit einem Scharpflug oder einem Scheibenpflug; anschließend folgt die Sekundärbodenbearbeitung mit einer Scheibenegge.

1.02 Konservierende Bodenbearbeitung (bodenschonende Bearbeitung)

Ackerland, das einer konservierenden (bodenschonenden) Bearbeitung unterzogen wird, d. h. einem Bodenbearbeitungsverfahren oder einem Verfahrenssystem, bei dem zur Erosionskontrolle und zum Feuchtigkeitserhalt ein Restbewuchs (mindestens 30 %) an der Bodenoberfläche erhalten bleibt und der Boden in der Regel nicht gewendet wird.

1.03 Nullbodenbearbeitung

Ackerland, das zwischen Ernte und Aussaat keiner Bodenbearbeitung unterzogen wird.

II. BODENERHALTUNG**2.01 Bodenbedeckung im Winter**

Bedeckung von Ackerland mit Pflanzen oder Restbewuchs oder vegetationsloses Ackerland im Winter.

2.01.01 Normale Winterkultur

Ackerland, auf das im Herbst Anbaukulturen ausgesät werden, die im Winter wachsen (normale Winterkulturen, z. B. Winterweizen) und in der Regel geerntet oder abgeweidet werden.

2.01.02 Bodenbedeckende Kultur oder Zwischenfruchtbau

Ackerland, auf das Pflanzen speziell zu dem Zweck ausgesät wurden, die Verluste von Boden, Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln im Winter oder in Zeiten, in denen die Fläche andernfalls vegetationslos geblieben und verlustanfällig wäre, zu verringern. Das wirtschaftliche Interesse an diesen Kulturen ist gering, Hauptziele sind Bodenschutz und Verringerung der Nährstoffauswaschung.

Sie werden in der Regel im Frühjahr untergepflügt, bevor eine andere Kultur eingesät wird, und werden nicht geerntet oder abgeweidet.

2.01.03 Restbewuchs

Ackerland, das im Winter mit dem Restbewuchs und den Stoppeln der vorangegangenen Anbauzeit bedeckt ist. Zwischenfrüchte und bodenbedeckende Kulturen sind ausgeschlossen.

2.01.04 Vegetationsloser Boden

Ackerland, das im Herbst gepflügt oder auf andere Weise bearbeitet wird und den Winter über weder eingesät noch mit Restbewuchs bedeckt ist, sondern bis zu den agrotechnischen Maßnahmen der Voraussaat oder Aussaat im darauf folgenden Frühjahr vegetationslos bleibt.

▼B**2.02 Fruchtfolge****2.02.01 Anteil der Ackerfläche außerhalb der geplanten Fruchtfolge**

Ackerland, auf dem in 3 aufeinander folgenden Jahren oder länger die gleiche Kultur angebaut wird und das außerhalb der geplanten Fruchtfolge liegt.

Unter Fruchtfolge versteht man die zeitliche Abfolge des Anbaus unterschiedlicher Kulturpflanzen, bei der auf einem gegebenen Feld einjährige Kulturen in einer geplanten Struktur oder Abfolge im Wechsel angebaut werden, so dass auf ein und demselben Feld niemals ohne Unterbrechung Kulturpflanzen derselben Art angebaut werden. Der kontinuierliche Anbau derselben Kultur kann als Monokultur bezeichnet werden.

III. LANDSCHAFTSMERKMALE**3.01 Vom Landwirt in den letzten 3 Jahren gepflegte lineare Elemente**

Lineare Elemente sind durchgehende, künstlich angelegte Reihen von Bäumen, Sträuchern oder Büschen, Steinmauern usw., die im Allgemeinen die Abgrenzung eines Feldes markieren.

3.01.a Hecken

Reihen von Sträuchern oder Büschen, die eine Hecke bilden, zuweilen mit einer Baumreihe in der Mitte.

3.01.b Baumreihen

Durchgehende lineare Anpflanzungen von Holzgewächsen, die in der Regel Abgrenzungen von Feldern bilden oder Straßen oder Wasserläufe begrenzen.

3.01.c Steinmauern

Künstlich angelegte Strukturen aus Ziegel oder Stein, z. B. Trockenmauern oder Mörtelmauern.

3.02 In den letzten 3 Jahren angelegte lineare Elemente**3.02.a Hecken****3.02.b Baumreihen****3.02.c Steinmauern****IV. WEIDEHALTUNG****4.01 Weidehaltung im Betrieb****4.01.01 Im Bezugsjahr beweidete Fläche**

Gesamtfläche der Weiden, die der landwirtschaftliche Betrieb besitzt oder gepachtet hat oder die auf andere Weise zum Betrieb gehören, auf denen während des Bezugsjahres Tiere geweidet haben.

4.01.02 Zeit, die die Tiere im Freien auf der Weide verbringen

Anzahl der Monate, in denen auf den Weiden, die der landwirtschaftliche Betrieb besitzt oder gepachtet hat oder die auf andere Weise zum Betrieb gehören, während des Bezugsjahres Tiere geweidet haben.

▼B**4.02 Weidehaltung auf Gemeindeland**

Gemeindeland ist die Fläche, die dem landwirtschaftlichen Betrieb nicht unmittelbar gehört, an der jedoch gemeinsame Rechte bestehen (Allmende). Gemeindeland kann aus Weiden, Gartenbauflächen oder anderen Flächen bestehen.

Im Allgemeinen ist Gemeindeland eine landwirtschaftlich genutzte Fläche im öffentlichen Besitz (Staat, Gemeinde usw.), an der eine Person ein — zumeist mit anderen ausgeübtes — Nutzungsrecht hat.

4.02.01 Gesamtzahl der auf Gemeindeland weidenden Tiere**4.02.02 Zeit, die die Tiere auf Gemeindeland weiden**

Anzahl der Monate, in denen während des Bezugsjahres Tiere auf Gemeindeland geweidet haben.

V. UNTERBRINGUNG DER TIERE**5.01 Rinder****5.01.01 Anbindestall — mit Festmist und Jauche**

Ställe, in denen die Tiere an einem Platz fixiert sind und sich nicht frei bewegen können; der Dung wird in der Regel mechanisch entfernt und außerhalb des Gebäudes als Festmist/Wirtschaftsdünger gelagert.

5.01.02 Anbindestall — mit Gülle

Ställe, in denen die Tiere an einem Platz fixiert sind und sich nicht frei bewegen können; Kot und Urin fallen in eine Grube unter dem Stallboden, wo sie Gülle bilden.

5.01.03 Laufstall — mit Festmist und Jauche

Ställe, in denen die Tiere sich frei bewegen können; der Dung wird in der Regel mechanisch entfernt und außerhalb des Gebäudes als Festmist/Wirtschaftsdünger gelagert.

5.01.04 Laufstall — mit Gülle

Ställe, in denen die Tiere sich frei bewegen können; Kot und Urin fallen in eine Grube unter dem Stallboden, wo sie Gülle bilden, oder sie werden mit einem Schieber vom Betonboden entfernt und zusammen mit der im Außenbereich deponierten Gülle in Behältern oder Lagunen gelagert.

5.01.99 Sonstige

Alle Ställe von anderer als der vorstehend beschriebenen Art.

5.02 Schweine**5.02.01 Auf Teilspaltenboden**

Ställe mit Teilspaltenboden, d. h. ein Teil des Stallbodens ist mit Spalten versehen, durch die Kot und Urin in eine Grube unter dem Boden fallen, wo sie Gülle bilden.

▼B

- 5.02.02 **Auf Vollspaltenboden**
Ställe mit Vollspaltenboden, d. h. der Stallboden ist mit Spalten versehen, durch die Kot und Urin in eine Grube unter dem Boden fallen, wo sie Gülle bilden.
- 5.02.03 **Auf Stroh (Tiefstreu–Laufstall)**
Ställe, deren Boden mit einer dicken Schicht Einstreu (Stroh, Torf, Sägespäne oder ähnliche, Kot und Urin bindende Materialien) bedeckt ist, die nur in Abständen bis zu mehreren Monaten entfernt wird.
- 5.02.99 **Sonstige**
Alle Ställe von anderer als der vorstehend beschriebenen Art.
- 5.03 **Legehennen**
- 5.03.01 **Auf Stroh (Tiefstreu–Laufstall)**
Ställe, deren Boden mit einer dicken Schicht Einstreu (Stroh, Torf, Sägespäne oder ähnliche, den Kot bindende Materialien) bedeckt ist, die nur in Abständen bis zu mehreren Monaten entfernt wird.
- 5.03.02 **Käfigbatterie (alle Arten)**
Ställe, in denen die Legehennen in Käfigen gehalten werden, jeweils ein oder mehrere Tiere pro Käfig.
- 5.03.02.01 **Käfigbatterie mit Kotband**
Käfigbatterien, in denen der Kot mechanisch über ein unter den Käfigen angebrachtes Kotband in den Außenbereich transportiert wird, wo er Festmist/Wirtschaftsdünger bildet.
- 5.03.02.02 **Käfigbatterie mit Kotgrube**
Käfigbatterien, in denen der Kot in eine Kotgrube unter den Käfigen fällt, wo er Gülle bildet.
- 5.03.02.03 **Käfigbatterie als Stilt House**
Käfigbatterien, in denen der Kot auf den Boden unter den Käfigen fällt, wo er Festmist/Wirtschaftsdünger bildet und regelmäßig mechanisch entfernt wird.
- 5.03.99 **Sonstige**
Alle Ställe von anderer als der vorstehend beschriebenen Art.

VI. DUNGAUSBRINGUNG

- 6.01 **Landwirtschaftlich genutzte Fläche, auf der Festmist/Wirtschaftsdünger ausgebracht wird**
- 6.01.01 **Insgesamt**
Die landwirtschaftlich genutzte Gesamtfläche des Betriebs, auf der im Bezugsjahr Festmist/Wirtschaftsdünger ausgebracht wurde.
- 6.01.02 **Mit unverzüglicher Einarbeitung**
Die landwirtschaftlich genutzte Gesamtfläche des Betriebs, auf der der ausgebrachte Dünger mit Hilfe von Verfahren, die seine unverzügliche Einarbeitung ermöglichen, mechanisch in den Boden eingearbeitet wurde.
- 6.02 **Landwirtschaftlich genutzte Fläche, auf der Gülle ausgebracht wird**
- 6.02.01 **Insgesamt**
Die landwirtschaftlich genutzte Gesamtfläche des Betriebs, auf der im Bezugsjahr Gülle ausgebracht wurde.

▼B

- 6.02.02 **Mit unverzüglicher Einarbeitung oder Injektion**
- Die landwirtschaftlich genutzte Gesamtfläche des Betriebs, auf der die ausgebrachte Gülle mit Hilfe von Verfahren, die ihre unverzügliche Einarbeitung ermöglichen, mechanisch in den Boden eingearbeitet oder bei der Ausbringung direkt in den Boden injiziert wurde.
- 6.03 **►C1 Aus dem Betrieb exportierter Wirtschaftsdünger in % der erzeugten Gesamtmenge**
- Die Menge des verkauften oder auf andere Weise aus dem Betrieb verbrachten Wirtschaftsdüngers, geschätzt in Prozent der Gesamtmenge des im Bezugsjahr im Betrieb erzeugten Wirtschaftsdüngers. ◀

VII. EINRICHTUNGEN ZUR LAGERUNG UND AUFBEREITUNG VON DUNG

- 7.01 **Lagereinrichtungen für:**
- 7.01.01 **Festmist**
- Lagereinrichtungen für Festmist auf einer undurchlässigen Lagerfläche mit Auffangrinne, mit oder ohne Dach.
- Festmist ist der Kot (mit und ohne Einstreu) von Haustieren, eventuell mit geringen Harnanteilen.
- 7.01.02 **Flüssigmist (Jauche)**
- Offener oder abgedeckter wasserdichter Behälter oder eingefasste Lagune für die Lagerung von Jauche.
- Flüssigmist oder Jauche ist der Harn von Haustieren, eventuell mit geringen Kot- und Wasseranteilen.
- 7.01.03 **Gülle**
- Offener oder abgedeckter wasserdichter Behälter oder eingefasste Lagune für die Lagerung von Gülle.
- Gülle ist Flüssigmist, d. h. ein Gemisch der Kot- und Harnausscheidungen von Haustieren, auch vermischt mit Wasser, eventuell mit geringen Einstreuanteilen.
- 7.01.03.01 **Güllebehälter**
- Behälter, in der Regel aus wasserundurchlässigem Material, für die Lagerung von Gülle.
- 7.01.03.02 **Flüssigmistbecken (Lagune)**
- In den Boden eingelassene Grube, in der Regel eingefasst, für die Lagerung von Gülle.
- 7.02 **Sind die Lagereinrichtungen abgedeckt?**
- Einrichtungen zur Lagerung von Dung, die so abgedeckt sind (z. B. durch Betondeckel, Zeltdach, Plane), dass der Dung vor Regen und sonstigem Niederschlag geschützt wird und die Ammoniakemissionen verringert werden können.
- Festmist**
- Flüssigmist (Jauche)**
- Gülle**

▼B

VIII. BEWÄSSERUNG

8.01 **Bewässerte Fläche**8.01.01 **Durchschnittliche bewässerte Fläche in den vergangenen 3 Jahren**

Die durchschnittliche landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebs, die in den vergangenen 3 Jahren einschließlich des Bezugsjahres bewässert wurde.

8.01.02 **Gesamtfläche der in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens einmal bewässerten Kulturen**

Fläche der Kulturen, die während der letzten 12 Monate vor dem Stichtag der Erhebung tatsächlich mindestens einmal bewässert wurden, zu untergliedern nach Anbauarten.

Definition der Kulturen: Abschnitt II. Flächen

8.01.02.01 Getreide zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut) (ohne Mais und Reis)

8.01.02.02 Mais (Körnermais und Grünmais)

8.01.02.03 Reis

8.01.02.04 Hülsenfrüchte und Eiweißpflanzen zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut und Gemenge von Hülsenfrüchten mit Getreide)

8.01.02.05 ► **C1** Kartoffeln/Erdäpfel (einschließlich Frühkartoffeln und Pflanzkartoffeln) ◄

8.01.02.06 Zuckerrüben (ohne Saatgut)

8.01.02.07 Raps und Rübsen

8.01.02.08 Sonnenblumen

8.01.02.09 Faserpflanzen (Flachs, Hanf, sonstige Faserpflanzen)

8.01.02.10 Frischgemüse, Melonen und Erdbeeren — Feldanbau

8.01.02.11 Ackerwiesen und -weiden und Dauergrünland

8.01.02.12 Sonstige Kulturen auf dem Ackerland

8.01.02.13 Obstanlagen (einschließlich Beerenobstanlagen)

8.01.02.14 Zitrusanlagen

8.01.02.15 Olivenanlagen

8.01.02.16 Rebanlagen

8.02 **Angewandte Bewässerungsverfahren**8.02.01 **Oberflächenbewässerung (Flutung, Furchenbewässerung)**

Einleitung des Wassers in den Boden, wobei entweder die gesamte Fläche geflutet wird oder das Wasser unter Nutzung der Schwerkraft durch schmale Furchen zwischen den in Reihen angepflanzten Anbaukulturen geleitet wird.

8.02.02 **Sprinklerbewässerung**

Bewässerung der Pflanzen, indem das Wasser unter hohem Druck als Regen über die Flurstücke verteilt wird.

8.02.03 **Tröpfchenbewässerung**

Bewässerung der Pflanzen, indem den unteren Pflanzenteilen das Wasser Tropfen für Tropfen zugeführt wird, bzw. Bewässerung durch Mikro-Sprinkler oder Sprühnebler.

▼B

- 8.03 **Quelle des im Betrieb verwendeten Bewässerungswassers**
Die Quelle des gesamten oder meisten im Betrieb verwendeten Bewässerungswassers.
- 8.03.01 **Grundwasser im Betrieb**
Wasserquellen auf dem oder nahe am Betriebsgelände, deren Wasser aus gebohrten oder gegrabenen Brunnen oder aus frei fließenden natürlichen Grundwasserquellen oder dergleichen stammt.
- 8.03.02 **Oberflächenwasser im Betrieb (Teiche oder Staubecken)**
Kleine natürliche Teiche oder künstliche Staubecken, die gänzlich auf dem Betriebsgelände liegen oder nur von einem einzigen Betrieb genutzt werden.
- 8.03.03 **Oberflächenwasser aus Seen, Flüssen oder Wasserläufen außerhalb des Betriebs**
Oberflächenwasser (Seen, Flüsse, sonstige Gewässer), die nicht zu Bewässerungszwecken künstlich angelegt wurden.
- 8.03.04 **Wasser aus gemeinsamen Wasserversorgungsnetzen außerhalb des Betriebs**
Wasserquellen außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebs, mit Ausnahme der unter „Oberflächenwasser aus Seen, Flüssen oder Wasserläufen außerhalb des Betriebs“ genannten Quellen, zu denen mindestens zwei Betriebe Zugang haben. Der Zugang zu diesen Quellen ist in der Regel gebührenpflichtig.
- 8.03.99. **Sonstige Quellen**
Sonstige, anderweitig nicht genannte Quellen von Bewässerungswasser. Dabei kann es sich um Wasser aus stark salzhaltigen Quellen wie dem Atlantik oder dem Mittelmeer handeln, das vor der Nutzung zwecks Verringerung des Salzgehalts behandelt (entsalzt) wurde, oder um Wasser aus Brackwasserquellen (mit geringem Salzgehalt) wie der Ostsee oder bestimmten Flüssen, das direkt, d. h. unbehandelt, genutzt werden kann. Das Wasser kann auch nach einer Abwasserbehandlung als gereinigtes Wasser wieder dem Nutzer zugeleitet werden.
- 8.04 **Für die Bewässerung verbrauchte Wassermenge pro Jahr**
Die Menge des während der letzten 12 Monate vor dem Stichtag der Erhebung im Betrieb für die Bewässerung verbrauchten Wassers, unabhängig von der Quelle.

Anlage 5

Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich
genutzter Flächen vom 10. Juli 1995 (BGBl. I S. 910),
zuletzt geändert durch Artikel 62 a
des Gesetzes vom 13. April 2006 (BGBl. I S. 855)

Nachfolgend abgedruckt
das Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen
vom 10. Juli 1995

Lfd. Nr.	Gesetz (änderndes)	Fundstelle	Begründung
1.		BGBI. I S. 910	BR-Drs. Nr. 800/94 (Beschluß) siehe Seite 3
2.	Artikel 62 Gesetz vom 13.04.2006	BGBI. I S. 885	BR-Drs. Nr. 325/05
3.	Artikel 26 Gesetz vom 09.12.2010	BGBI. I S. 1934	BR-Drs. Nr. 480/10

Diesem Deckblatt folgt der konsolidierte Gesetzestext¹ und (soweit vorhanden) die historische/n Gesetzesbegründung/en. Der Begründungsteil des Gesamtdokuments wird nicht mehr ergänzt und bezogen auf aktuelle Regelungs-/Änderungsvorhaben durch einen Link (siehe oben) auf die uns bekannte Bundesrats- oder Bundestagsdrucksache² ersetzt.

¹ Quelle: www.gesetze-im-internet.de - „Gesetze im Internet“ ist als Datenbank im Sinne der §§ 87a ff. UrhG geschützt. Die Bereitstellung der Daten erfolgt durch die juris GmbH.

² Quelle: Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge (DIP) - www.bundestag.de.

Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen

FGIG

Ausfertigungsdatum: 10.07.1995

Vollzitat:

"Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen vom 10. Juli 1995 (BGBl. I S. 910), das zuletzt durch Artikel 26 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 193) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 26 G v. 9.12.2010 I 193

Fußnote

(+++ Textnachweis ab: 1.1.1994 +++)

§ 1

(1) Flächen, die nach Maßgabe der Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften oder der Europäischen Union über Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik oder über sonstige Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe stillgelegt worden sind, gelten weiterhin als landwirtschaftlich genutzte Flächen. Als stillgelegt gelten auch die Flächen, die nach Maßgabe der Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften oder der Europäischen Union über Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik

1. für den Anbau von Kurzumtriebswäldern genutzt oder
2. nicht mehr für die Erzeugung genutzt werden,

soweit diese Flächen für die Nutzung von Zahlungsansprüchen für die einheitliche Betriebsprämie angemeldet worden sind.

(2) Die für die Landwirtschaft in anderen Rechtsgebieten geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere im Bereich des Bürgerlichen Rechts, des Grundstücksverkehrsrechts, des Landpachtverkehrsrechts, des Baurechts, des Naturschutzrechts, der Statistik und des Wasserrechts, finden auf diesen Flächen weiterhin Anwendung. § 1 Abs. 4 Satz 3 und § 21 Abs. 4 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte bleiben unberührt.

(3) Bei der Anwendung der von Absatz 2 Satz 1 erfassten Rechtsvorschriften bleibt die infolge der Stilllegung geänderte Beschaffenheit der von Absatz 1 erfassten Flächen unberücksichtigt. Insbesondere bleibt das Recht, diese Flächen nach Beendigung der Stilllegungsperiode in derselben Art und demselben Umfang wie zum Zeitpunkt vor der Stilllegung nutzen zu können, unberührt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1994 in Kraft.

**Begründung zum Gesetz vom 10. Juli 1995
(BR-Drucks. Nr. 800/94 (Beschluß) vom 14. Oktober 1994)**

A. Allgemeiner Teil

Im Rahmen der Stützungsregelung für Erzeuger landwirtschaftlicher Kulturpflanzen aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 des Rates wird seit dem Wirtschaftsjahr 1993/94 erstmals auch die Möglichkeit der Stilllegung in Form der Dauerbrache angeboten. Hierbei kann die Dauerbrache auch in Form der sogenannten "garantierten Dauerbrache" erfolgen. In diesem Falle muß sich der Erzeuger verpflichten, dieselben Parzellen fünf Jahre lang hintereinander stillzulegen.

Die Akzeptanz dieser Regelung hängt ganz wesentlich davon ab, daß der Erzeuger die stillgelegten Flächen nach Ablauf des Verpflichtungszeitraumes in derselben Art und in demselben Umfang wie zum Zeitpunkt der Antragstellung nutzen kann. Mit dem vorliegenden Gesetz soll den Erzeugern dieses Recht gewährleistet werden.

Eine vergleichbare Regelung ist für ältere gemeinschaftliche Stilllegungsprogramme bereits in Artikel 5 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1053) getroffen worden.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1:

Die im Rahmen der Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen stillgelegten Flächen gelten weiterhin als landwirtschaftlich genutzte Flächen. Auf diesen Flächen sind die für die Landwirtschaft in anderen Rechtsgebieten geltenden Rechtsvorschriften weiterhin anzuwenden. Das Recht, die stillgelegten Flächen nach Ablauf der Stilllegungsperiode wie zum Zeitpunkt vor der Stilllegungsperiode in derselben Art und demselben Umfang nutzen zu können, bleibt unverändert, soweit die für die Landwirtschaft in den anderen Rechtsgebieten geltenden Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen.

Zu § 2:

Die Stilllegungsverpflichtung im Rahmen der Stützungsregelung für Erzeuger, die die "garantierte Dauerbrache" wählten, begann mit dem 15. 01. 1994. Analog zu dieser Verpflichtung sollte das Gesetz mit Beginn des 1. Januar 1994 in Kraft treten.

Anlage 6

Fragebogen zur Agrarstrukturerhebung 2016

Agrarstrukturhebung 2016 (S)**ASES**Rücksendung bitte bis
XX. XXXXXXXX XXXXName des Amtes
Org. Einheit
Straße + Hausnummer
PLZ, Ort

Bei Fensterbriefumschlag: postalische Anschrift der befragenden Behörde

Ansprechpartner/-in für Rückfragen
(freiwillige Angabe)

Name:

Telefon oder E-Mail:

Sie erreichen uns über

Telefon: XXXXXXXXXXX-XXXX

Telefax: XXXXXXXXXXX-XXXX

E-Mail: XXXXXXXX@XXXXX.de

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Rechtsgrundlagen, Hilfsmerkmale und
weitere rechtliche Hinweise finden Sie
am Ende des Fragebogens.

Falls Anschrift oder Firmierung nicht mehr zutreffen, bitte auf Seite 2 korrigieren.

Kennnummer:
(bei Rückfragen bitte angeben)Im Rahmen der Agrarstrukturhebung 2016 werden landwirtschaftliche
Betriebe ab einer bestimmten Mindestgröße befragt.**Bitte prüfen Sie, ob Ihr Betrieb mindestens eine der folgenden
Erfassungsgrenzen erreicht:**

- 5,0 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche
- 0,5 ha Hopfen
- 0,5 ha Tabak
- 1,0 ha Dauerkulturfläche im Freiland
- 0,5 ha Obstanbaufläche
- 0,5 ha Rebfläche
- 0,5 ha Baumschulfläche
- 0,5 ha Gemüse oder Erdbeeren im Freiland
- 0,3 ha Blumen oder Zierpflanzen im Freiland
- 0,1 ha Kulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern
- 0,1 ha Produktionsfläche für Speisepilze
- 10 Rinder
- 50 Schweine
- 10 Zuchtsauen
- 20 Schafe
- 20 Ziegen
- 1000 Haltungsplätze für Geflügel

Wenn **mindestens eines der genannten Kriterien** auf Ihren Betrieb zutrifft,
lesen Sie bitte die nachfolgenden Hinweise zum Ausfüllen des Fragebogens
und beginnen anschließend mit dem Ausfüllen.Wenn **keine der angeführten Grenzen** auf Ihren Betrieb zutrifft, tragen Sie bitte
den Grund im Feld Bemerkungen auf Seite 2 ein und **senden bitte Seite 1 und 2
des Fragebogens an den Absender zurück.**

Bitte gehen Sie beim Ausfüllen des Fragebogens wie folgt vor:

1. Geben Sie die erbetenen Informationen an, indem Sie
die zutreffenden Antworten ankreuzen, z.B. ☒
bzw.
die erfragten Werte (Anzahl, Fläche) rechtsbündig eintragen, z.B. 1 1 2 8
oder
eine Klartextangabe eintragen, z.B. Beispiel
2. Beantworten Sie die Fragen der Reihe nach.
Bestimmte Abschnitte sind nicht von allen landwirtschaftlichen Betrieben zu be-
antworten, so dass sie übersprungen werden können. Wir weisen Sie dann darauf
hin, mit welchem Abschnitt bzw. Code Sie im Fragebogen weitermachen sollen.
3. Erläuterungen zu einzelnen Fragen entnehmen Sie der jeweils gegenüber-
liegenden Seite. Sie sind mit einem Verweis (z.B. **2**) gekennzeichnet.
4. Die Fragen beziehen sich auf unterschiedliche Berichtszeiträume.
Bitte achten Sie darauf, Ihre Angaben dementsprechend zu machen.

Bitte aktualisieren Sie Ihre Anschrift, falls erforderlich.

Name und Anschrift

Bitte zurücksenden an

Name der befragenden Behörde
Anschrift

Bemerkungen

Zur Vermeidung von Rückfragen unsererseits können Sie hier auf besondere Ereignisse und Umstände hinweisen, die Einfluss auf Ihre Angaben haben.

Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche 2016

Hat sich die selbstbewirtschaftete Gesamtfläche des Betriebes gegenüber dem letzten Jahr geändert?	ja	<input type="checkbox"/>	Bitte weiter mit der selbstbewirtschafteten Gesamtfläche für das letzte Jahr direkt im Anschluss.
	nein	<input type="checkbox"/>	Bitte weiter mit Code 0090 auf Seite 3.

	ha	a
--	----	---

Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche des Betriebes des letzten Jahres

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Flächenübernahme von:

Es ist immer der bisherige Bewirtschafter, nicht der Eigentümer, anzugeben.

Name, Vorname	Straße, Haus-Nr.	Postleitzahl, Ort	ha	a
.....
.....
.....
.....
Summe der Flächenzugänge

Flächenabgabe an:

Es ist immer der nachfolgende Bewirtschafter, nicht der Eigentümer, anzugeben.

Name, Vorname	Straße, Haus-Nr.	Postleitzahl, Ort	ha	a
.....
.....
.....
.....
Summe der Flächenabgänge

Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche des Betriebes 2016

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Nutzung von Verwaltungsdaten

Wird für diesen Betrieb im Jahr 2016 ein Gemeinsamer Sammelantrag (InVeKoS) gestellt (z. B. für Betriebsprämien zur Aktivierung der Zahlungsansprüche, Agrarumweltmaßnahmen, Erschwerenausgleich)?	Code 0090	ja <input type="checkbox"/> 1 Bitte diese Seite vollständig ausfüllen. nein ... <input type="checkbox"/> 2 Bitte weiter mit Code 0091 auf dieser Seite..
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bitte neunstellige Unternehmensnummer/-n eintragen.

Nutzung von Verwaltungsdaten: HIT-Betriebsnummer/-n für die Rinderhaltung

Wurden Ihrem Betrieb eine oder mehrere HIT-Betriebsnummer/-n für die Rinderhaltung erteilt?	Code 0091	ja <input type="checkbox"/> 1 Bitte HIT-Betriebsnummer/-n eintragen. nein <input type="checkbox"/> 2 Bitte weiter mit Code 0040 auf Seite 5.
---------------------------------------------------------------------------------------------	-----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bitte geben Sie die HIT-Betriebsnummer/-n für die Rinderhaltung an (diese entsprechen den Stallnummern oder formal den Registriernummern nach §26 der Viehverkehrsverordnung, bitte hier keine PIN- oder Tiernummern eintragen).

	Code	Bitte ankreuzen.
Einzelunternehmen (Einzelperson, Ehepaar, Geschwister)	0040	<input type="checkbox"/> 11
Personengemeinschaften, -gesellschaften		
nicht eingetragener Verein		<input type="checkbox"/> 12
Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR, BGB-Gesellschaft)		<input type="checkbox"/> 13
Offene Handelsgesellschaft (OHG)		<input type="checkbox"/> 14
Kommanditgesellschaft (KG)		<input type="checkbox"/> 15
Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Co. Kommanditgesellschaft (GmbH & Co. KG , einschließlich Ltd. & Co. KG)		<input type="checkbox"/> 17
sonstige Personengemeinschaften (einschließlich Erbengemeinschaft)		<input type="checkbox"/> 16
Juristische Personen des privaten Rechts		
eingetragener Verein (e.V.)		<input type="checkbox"/> 61
eingetragene Genossenschaft (eG)		<input type="checkbox"/> 62
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) einschließlich Unternehmergesellschaft (UG bzw. Mini-GmbH)		<input type="checkbox"/> 63
Aktiengesellschaft (AG)		<input type="checkbox"/> 64
Anstalt, Stiftung und andere Zweckvermögen		<input type="checkbox"/> 68
sonstige juristische Personen des privaten Rechts		<input type="checkbox"/> 69
Juristische Personen des öffentlichen Rechts		
Gebietskörperschaft Bund		<input type="checkbox"/> 21
Gebietskörperschaft Land		<input type="checkbox"/> 31
sonstige Gebietskörperschaften (Kreis, Gemeinde, Kommunalverbände)		<input type="checkbox"/> 41
sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts (Kirche, kirchliche Anstalt, Stiftung des öffentlichen Rechts, Personalkörperschaften)		<input type="checkbox"/> 51

1 Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung 2016

In diesem Abschnitt sind alle Flächen des Betriebes (z. B. Ackerland, Dauergrünland) anzugeben, unabhängig davon, ob sie genutzt werden oder nicht. Dazu gehören auch stillgelegtes oder aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland oder Dauergrünland sowie aus sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen brachliegende Flächen (z. B. Ackerrandstreifen). Ackerrandstreifen sind folgendermaßen einzustufen: Sind sie als Schonstreifen mit der gleichen Fruchtart wie auf dem Gesamtschlag eingesät, sind sie bei der jeweiligen Kultur anzugeben.

Blühflächen, Blühstreifen und Schonstreifen mit an den Standort angepassten Pflanzenarten sind unter der Position „sonstige Kulturen auf dem Ackerland“ (Code 0196 bzw. Code 4196 auf Seite 11) zu erfassen. Ackerrandstreifen auf stillgelegtem bzw. aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenem Ackerland sind unter „Brache mit Beihilfe“ (Code 0201 bzw. Code 4801 auf Seite 11) aufzuführen. Es ist unerheblich, ob die Flächen zugepachtet oder unentgeltlich zur Bewirtschaftung überlassen wurden (Dienstland, aufgeteilte Allmende und dergleichen Flächen). Alle Flächen sind nur einmal anzugeben, auch wenn ein Nachanbau (z. B. Gemüse nach Frühkartoffeln) erfolgt. In diesem Fall ist die Fläche der Kultur zuzuordnen, die die Fläche länger in Anspruch nimmt. Bei gleicher Nutzungsdauer ist sie der Kultur zuzurechnen, die die größere wirtschaftliche Bedeutung hat. Werden auf stillgelegtem/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenem Ackerland nachwachsende Rohstoffe (z. B. Aufforstungsflächen) angebaut, sind diese den jeweiligen Kulturen zuzuordnen.

2 Ökologische Flächen in Umstellung

Der Umstellungszeitraum umfasst im Ackerbau zwei Jahre vor der Aussaat bzw. Pflanzung bei ein- oder überjährigen Kulturen, zwei Jahre bei Grünland und Klee gras bis zur Nutzung (Verwertung als Futtermittel) sowie drei Jahre vor der Ernte bei mehrjährigen Kulturen (stehende Dauerkulturen) außer Grünland. In dieser Zeit dürfen die auf diesen Flächen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung 2016 **1**

Erfüllt Ihr Betrieb mindestens eine der folgenden Voraussetzungen? • Bewirtschaften Sie Ackerland? • Betreiben Sie Gartenbau?	Code 0100	ja <input type="checkbox"/> 1 nein <input type="checkbox"/> 2
Bewirtschaften Sie Ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche nach dem Kontrollverfahren zum ökologischen Landbau nach der Verordnung (EG) Nr. 834/2007?	Code 4001	<div> ja, vollständig <input type="checkbox"/> 1 ja, teilweise <input type="checkbox"/> 2 nein <input type="checkbox"/> 3 </div> <div> Bitte beantworten Sie zunächst die folgende Frage und geben Sie bei den danach folgenden Flächenmerkmalen nur die jeweilige Gesamtfläche an. Bitte beantworten Sie zunächst die nachfolgende Frage und geben Sie bei den danach folgenden Flächenmerkmalen auch die jeweilige Ökofläche an. Geben Sie bei den danach folgenden Flächenmerkmalen nur die jeweilige Gesamtfläche an. </div>

Umgestellte und in Umstellung befindliche ökologisch bewirtschaftete Flächen im Jahr 2016

	Code	ha	a
In die ökologische Wirtschaftsweise einbezogene landwirtschaftlich genutzte Flächen,	die bereits umgestellt sind	4010	_____
	die sich gegenwärtig in Umstellung befinden 2	4011	_____

1 Pflanzen zur Grünernte

Hier sind alle Kulturen anzugeben, die voraussichtlich in grünem Zustand als Ganzpflanze geerntet werden sollen. Die Nutzung kann sowohl für Futter- als auch Energiezwecke erfolgen (Ernte frisch, als Silage oder Heu).

2 Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland

Dies beinhaltet den Grasanbau auf dem Ackerland zum Abmähen oder Abweiden, der nicht länger als 5 Jahre auf derselben Fläche steht (kein Dauergrünland).

3 Andere Hackfrüchte

In diese Gruppe fallen zusätzlich Markstammkohl und Topinambur. Speisemöhren und -rüben (einschließlich Steckrüben) sind dem Gemüse (Codes 0181 bis 0183 bzw. Codes 4781 bis 4783 auf Seite 11) zuzuordnen.

4 Hülsenfrüchte

Hierunter fallen alle als Körner geernteten Hülsenfrüchte. Frischerbsen, frische Bohnen und andere frisch geerntete Hülsenfrüchte zählen zum Gemüse (Codes 0181 bis 0183 bzw. Codes 4781 bis 4783 auf Seite 11).

Anbau auf dem Ackerland 2016

		Gesamtfläche			darunter Ökofläche			
		Code	ha	a	Code	ha	a	
Getreide zur Körnergewinnung einschließlich Saatguterzeugung	Winterweizen einschließlich Dinkel und Einkorn	0101	_____	____	4101	_____	____	
	Sommerweizen (ohne Durum)	0102	_____	____	4102	_____	____	
	Hartweizen (Durum)	0103	_____	____	4103	_____	____	
	Roggen und Wintermenggetreide	0104	_____	____	4104	_____	____	
	Triticale	0105	_____	____	4105	_____	____	
	Wintergerste	0106	_____	____	4106	_____	____	
	Sommergerste	0107	_____	____	4107	_____	____	
	Hafer	0108	_____	____	4108	_____	____	
	Sommermenggetreide	0109	_____	____	4109	_____	____	
	Körnermais/Mais zum Ausreifen (einschließlich Corn-Cob-Mix)	0110	_____	____	4110	_____	____	
	anderes Getreide zur Körnergewinnung (z. B. Hirse, Sorghum, Kanariensaat, auch Nichtgetreide- pflanzen wie Buchweizen, Amaranth u. Ä.)	0111	_____	____	4111	_____	____	
Pflanzen zur Grünerte 1	Silomais/Grünmais einschließlich Lieschkolbenschrot (LKS)	0122	_____	____	4122	_____	____	
	Getreide zur Ganzpflanzenernte einschließlich Teigreife (Verwendung als Futter, zur Biogaserzeugung usw.)	0121	_____	____	4121	_____	____	
	Leguminosen zur Ganzpflanzenernte (z. B. Klee, Luzerne, Mischungen ab 80 % Leguminosen)	0123	_____	____	4123	_____	____	
	Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland (einschließlich Mischungen mit überwiegendem Grasanteil) 2	0124	_____	____	4124	_____	____	
	andere Pflanzen zur Ganzpflanzenernte (z. B. Phacelia, Sonnenblumen, weitere Mischkulturen) ...	0125	_____	____	4125	_____	____	
Hackfrüchte	Kartoffeln	0140	_____	____	4140	_____	____	
	Zuckerrüben (auch zur Ethanolherzeugung) ohne Saatguterzeugung	0145	_____	____	4145	_____	____	
	andere Hackfrüchte ohne Saatguterzeugung (Futter-, Runkel-, Kohlrüben, Futterkohl, -möhren) 3	0146	_____	____	4146	_____	____	
Hülsenfrüchte 4	Erbsen (ohne Frischerbsen)	0131	_____	____	4131	_____	____	
	zur Körner- gewinnung einschließlich Saatgut- erzeugung	Ackerbohnen	0132	_____	____	4132	_____	____
	Süßlupinen	0133	_____	____	4133	_____	____	
	Sojabohnen	0135	_____	____	4135	_____	____	
	andere Hülsenfrüchte und Mischkulturen zur Körnergewinnung	0134	_____	____	4134	_____	____	

1 Ölfrüchte

Die Kulturen sind unabhängig von ihrer Nutzung zur Öl-, Futter- oder Energiegewinnung anzugeben.

2 Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen

In diese Gruppe fallen Pflanzen, die ganz oder teilweise für pharmazeutische Zwecke, zur Parfümherstellung oder für den menschlichen Verzehr bestimmt sind (z. B. Arnika, Baldrian, Johanniskraut, Salbei, Kamille, Pfefferminze, Spitzwegerich, Basilikum, Rosmarin, Zitronenmelisse, Dill, Majoran, Thymian). Speisekräuter auch im Feldanbau oder als Topfware (Petersilie, Schnittlauch usw.) zählen mit zu dieser Gruppe.

3 Gemüse und Erdbeeren

Hier sind nur Flächen des Erwerbsgemüseanbaus nachzuweisen (keine Haus- und Nutzgärten). Speisekräuter im Feldanbau oder als Topfware (Petersilie, Schnittlauch usw.) sind unter „Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen“ (Code 0173 bzw. Code 4773 auf Seite 11) aufzuführen. Bei Freilandflächen sind Frühbeete einzubeziehen. Flächen unter Schutz- und Schattennetzen zählen nicht zu den Anlagen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, sondern zu den Freilandflächen.

4 Blumen und Zierpflanzen

Für Blumen und Zierpflanzen sind nur Flächen des Erwerbsgartenbaus einschließlich Stauden und Jungpflanzen für den Eigenbedarf (keine Haus- und Nutzgärten) nachzuweisen. Bei Freilandflächen sind Frühbeete einzubeziehen. Flächen unter Schutz- und Schattennetzen zählen nicht zu den Anlagen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, sondern zu den Freilandflächen.

5 Hohe begehbare Schutzabdeckungen

Zu den Anbauflächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen sind Kulturen zu zählen, die für die ganze oder den überwiegenden Teil der Anbauzeit unter festen oder beweglichen Gewächshäusern oder anderen hohen Schutzeinrichtungen (Glas, fester Kunststoff, Folie) angebaut werden. Flächen unter Schutz- und Schattennetzen zählen nicht zu den Anlagen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen.

6 Gartenbausämereien und Jungpflanzenerzeugung zum Verkauf

Gezielte Erzeugung von Saat- und Pflanzgut einschließlich Jungpflanzenerzeugung im Gartenbau ausschließlich zum Verkauf.

Jungpflanzen für den Eigenbedarf (Erzeugung von Saatgut und Setzlingen, z. B. junge Gemüsepflanzen wie Kohl- oder Kopfsalatsetzlinge) sind unter den Codes 0181 bis 0185 bzw. 4781 bis 4785 auf Seite 11 anzugeben.

7 Sonstige Kulturen auf dem Ackerland

Blühflächen, Blühstreifen und Schonstreifen mit an den Standort angepassten Pflanzenarten sind unter der Position „sonstige Kulturen auf dem Ackerland“ anzugeben.

8 Stillgelegtes Ackerland mit Beihilfe

Jegliche Formen der Stilllegungsflächen, für die in irgendeiner Form ein Beihilfeanspruch besteht. Dies schließt auch diejenigen Flächen des Ackerlandes ein, die beihilfefähig für die Erhaltung in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand sind.

noch: Anbau auf dem Ackerland 2016

				Gesamtfläche			darunter Ökofläche		
				Code	ha	a	Code	ha	a
1 Ölfrüchte	zur Körner- gewinnung einschließlich Saatgut- erzeugung	Winterraps		0161	_____	_____	4761	_____	_____
		Sommerraps, Winter- und Sommerrüben		0162	_____	_____	4762	_____	_____
		Sonnenblumen		0163	_____	_____	4763	_____	_____
		Öllein (Leinsamen)		0164	_____	_____	4764	_____	_____
		andere Ölfrüchte zur Körnergewinnung (z. B. Senf, Mohn)		0165	_____	_____	4765	_____	_____
Weitere Handelsgewächse	Hopfen		0171	_____	_____	4771	_____	_____	
	Tabak		0172	_____	_____	4772	_____	_____	
	Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen (einschließlich Speisekräuter) 2		0173	_____	_____	4773	_____	_____	
	Hanf		0174	_____	_____	4774	_____	_____	
	andere Pflanzen zur Fasergewinnung (z. B. Flachs, Kenaf)		0175	_____	_____	4175	_____	_____	
	ausschließlich zur Energieerzeugung genutzte Handels- gewächse (z. B. Miscanthus und Rohrglanzgras)		0176	_____	_____	4776	_____	_____	
	alle anderen Handelsgewächse (z. B. Zichorie, Rollrasen)		0177	_____	_____	4177	_____	_____	
Gartenbauerzeugnisse	Gemüse und Erdbeeren (einschließ- lich Spargel, ohne Pilze) 3	im Freiland	im Wechsel mit landwirt- schaftlichen Kulturen	0181	_____	_____	4781	_____	_____
			im Wechsel mit anderen Gartengewächsen	0182	_____	_____	4782	_____	_____
		unter hohen begehbaren Schutzab- deckungen einschließlich Gewächs- häusern 5		0183	_____	_____	4783	_____	_____
	Blumen und Zierpflanzen (ohne Baum- schulen) 4	im Freiland		0184	_____	_____	4784	_____	_____
			unter hohen begehbaren Schutzab- deckungen einschließlich Gewächs- häusern 5	0185	_____	_____	4785	_____	_____
	Gartenbausämereien und Jungpflanzenerzeugung zum Verkauf unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern und im Freiland 6			0186	_____	_____	4786	_____	_____
Saat- und Pflanzguterzeugung für Gräser, Hackfrüchte (ohne Kartoffeln), Handelsgewächse (ohne Ölfrüchte)				0195	_____	_____	4195	_____	_____
Sonstige Kulturen auf dem Ackerland 7 Bitte benennen Sie die Kulturen: 				0196	_____	_____	4196	_____	_____
Stillgelegtes/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genom- menes Ackerland/Brache mit Beihilfe-/Prämienanspruch ohne wirtschaftliche Nutzung und ohne nachwachsende Rohstoffe 8				0201	_____	_____	4801	_____	_____
Brache ohne Beihilfe-/Prämienanspruch				0202	_____	_____	4802	_____	_____
Ackerland insgesamt Bitte addieren Sie die Werte von Code 0101 (bzw. 4101) auf Seite 9 bis Code 0202 (bzw. 4802) auf dieser Seite.				0210	_____	_____	4810	_____	_____

1 Baumschulen

Flächen mit jungen verholzenden Pflanzen (Holzpflanzen) im Freiland, die zum Auspflanzen bestimmt sind. Hierzu gehören Flächen mit Rebschulen und Rebschnittgärten für Unterlagen, Obstgehölze, Ziergehölze, Forstpflanzen (ohne die forstlichen Pflanzgärten innerhalb des Waldes für den Eigenbedarf des Betriebes) sowie Bäume und Sträucher für die Bepflanzung von Gärten, Parks, Straßen und Böschungen, z.B. Heckenpflanzen, Rosen und sonstige Ziersträucher, Zierkoniferen, jeweils einschließlich Unterlagen, Jungpflanzen und Containerpflanzen.

2 Ertragsarmes Dauergrünland

Hierzu gehören Flächen mit geringer Bodenqualität, welche normalerweise auch nicht durch Düngung, Neueinsaat oder andere Maßnahmen verbessert werden. Naturschutzflächen sind hier ebenfalls aufzuführen. Hutungen sind oft verunkrautete, unregelmäßig beweidete Weide- und Wiesenflächen ohne Wachstumsförderung. Sie können auch in lichten Wäldern liegen (Hutewald). Zum ertragsarmen Dauergrünland rechnen auch Grünlandflächen mit Obstbäumen, Streuwiesen sofern das Obst nur die Nebennutzung, die Gras- oder Heugewinnung aber die Hauptnutzung darstellt.

3 Aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland mit Beihilfe-/Prämienanspruch

Zum aus der Erzeugung genommenen Dauergrünland gehören die Grünlandflächen, die nach der 2015 in Kraft getretenen Basisprämienregelung vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommen und in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand gehalten werden und für die ein Beihilfe-/Prämienanspruch besteht.

Dauerkulturen und Dauergrünland 2016

			Gesamtfläche			darunter Ökofläche		
			Code	ha	a	Code	ha	a
Dauerkulturen	im Freiland	Baumobstanlagen	0211	_____	_____	4211	_____	_____
		Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren)	0212	_____	_____	4212	_____	_____
		Nüsse (Walnüsse, Haselnüsse, Esskastanien/Maronen)	0213	_____	_____	4213	_____	_____
		Rebflächen für Keltertrauben	0215	_____	_____	4815	_____	_____
		Rebflächen für Tafeltrauben	0216	_____	_____	4216	_____	_____
		Baumschulen (ohne forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf) 1	0217	_____	_____	4217	_____	_____
		Weihnachtsbaumkulturen (außerhalb des Waldes)	0218	_____	_____	4218	_____	_____
		andere Dauerkulturen (z. B. Korbweidenanlagen)	0219	_____	_____	4219	_____	_____
		Dauerkulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckung einschließlich Gewächshäusern (z. B. Baumschulflächen unter Glas; ohne Schutz- und Schattennetze)	0220	_____	_____	4820	_____	_____
Dauergrünland	Wiesen (hauptsächlich Schnittnutzung)	0231	_____	_____	4231	_____	_____	
	Weiden (einschließlich Mähweiden und Almen)	0232	_____	_____	4232	_____	_____	
	ertragsarmes Dauergrünland (z. B. Hutungen, Heiden, Streuwiesen) 2	0233	_____	_____	4233	_____	_____	
	aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland mit Beihilfe-/Prämienanspruch 3	0234	_____	_____	4834	_____	_____	
Haus- und Nutzgärten (ohne Park- und Grünanlagen, Ziergärten)			0239	_____	_____	4239	_____	_____
Landwirtschaftlich genutzte Fläche Bitte addieren Sie die Werte von Code 0210 (bzw. 4810) auf Seite 11 bis Code 0239 (bzw. 4239) auf dieser Seite.			0240	_____	_____	4240	_____	_____

1 Dauerhaft aus der landwirtschaftlichen Produktion genommene Flächen ohne Prämienanspruch

Hierzu gehören alle nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Flächen, die ohne Prämienanspruch dauerhaft aus der Produktion genommen wurden. Stilllegungen zur Aktivierung von Zahlungsansprüchen sowie im Rahmen der Agrar-Reform vorübergehend aus der Produktion genommene Flächen sind unter „stillgelegtes/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland/Brache mit Beihilfe-/Prämienanspruch ohne wirtschaftliche Nutzung und ohne nachwachsende Rohstoffe“ (Code 0201 bzw. Code 4801 auf Seite 11) bzw. „aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland mit Beihilfe-/Prämienanspruch“ (Code 0234 bzw. Code 4834 auf Seite 13) anzugeben.

2 Waldflächen

Zur Waldfläche gehören auch Wege unter 5 m Breite, Blößen (Kahlflächen, die wieder aufgeforstet werden), gering bestockte (Nichtwirtschaftswald) und unbestockte Flächen (z. B. Holzlagerplätze). Aufforstungsflächen im Rahmen mehrjähriger Flächenstilllegungen sind ebenfalls hier anzugeben. Zudem sind forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf des Betriebes einzubeziehen.

3 Gebäude- und Hofflächen sowie andere Flächen

Neben den Gebäude- und Hofflächen zählen so genannte größere Landschaftselemente (z. B. Hecken, Knicks, Baumreihen, Feldgehölze, Tümpel oder Sölle) an oder auf landwirtschaftlich genutzter Fläche sowie sonstige Flächen dazu, z. B. Wege, Gewässer, Öd- und Unland, unkultivierte Moorflächen, Campingplätze, Park- und Grünanlagen, Ziergärten.

4 Erzeugung von Speisepilzen 2016

Anzugeben sind **Produktionsflächen** aller Art in für die Erzeugung von Speisepilzen erbauten oder eingerichteten Gebäuden (einschließlich Gewächshäusern) oder in Kellern, Grotten und Gewölben. Dazu zählt sowohl die Kultivierung von Speisepilzen auf dem Boden oder in Regalen als auch in Form von Substratsäcken, -blöcken oder anderen Behältnissen. Es ist die tatsächliche Regalbodenfläche (bei Champignons auch Beetfläche genannt) oder Kulturoberfläche von Holz- oder Strohsubstraten anzugeben, die im Jahr 2016 einmal oder auch mehrmals genutzt wird. Bei Spezialkulturen kann näherungsweise die Gesamtfläche der Etagen bzw. Regale angegeben werden. Auch bei in der Regel mehrfacher Nutzung ist die Fläche hier nur **einmal** zu zählen.

5 Bewässerungsmöglichkeiten

Bitte „ja“ ankreuzen, wenn aufgrund vorhandener technischer Bewässerungsanlagen und der Verfügbarkeit von Wasser eine Möglichkeit zur Bewässerung im Kalenderjahr 2015 bestanden hat.

6 Mögliche Bewässerung

Hier ist die Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche anzugeben, für die eine Möglichkeit zur Bewässerung im Kalenderjahr 2015 bestand. Dabei ist es unerheblich, ob im Berichtszeitraum Flächen des Betriebes bewässert wurden oder nicht.

7 Tatsächliche Bewässerung

Hier ist die Größe der im Kalenderjahr 2015 tatsächlich bewässerten landwirtschaftlich genutzten Flächen anzugeben. Hierbei ist die vollständige Erntesaison des letzten Jahres abzudecken.

8 Tropfbewässerung

Bewässerungsmethode, bei der in Bodennähe das Wasser tropfenweise an die Pflanzen weitergegeben wird sowie Mikrosprinkler- oder Sprühnebelanlagen.

9 Wasserquelle, die überwiegend zur Bewässerung im Freiland genutzt wurde:

Bezug von Wasser aus öffentlichen oder privaten Versorgungsnetzen

Hierzu gehören Wasserquellen außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes (einschl. in Behältnissen angeliefertes Wasser), welche nicht unter das betriebsfremde Oberflächenwasser, z. B. Flüsse, Seen, fallen. Die Wasserversorgung kann öffentlich oder privat (z. B. über einen Wasserverband) erfolgen. Der Ursprung des Wassers ist dabei unerheblich.

Grundwasser (auch Quellwasser und Uferfiltrat)

Hierbei handelt es sich um Grundwasserquellen/-brunnen auf dem landwirtschaftlichen Betrieb oder in seiner Nähe. Das benötigte Wasser wird aus gebohrten oder gegrabenen Brunnen, freifließenden Grundwasserquellen oder Ähnlichem gepumpt. Es kann sich hierbei auch um Grundwasserquellen/-brunnen handeln, die von dem landwirtschaftlichen Betrieb nicht ausschließlich zur Bewässerung genutzt werden.

Betriebseigenes Oberflächenwasser

(z. B. Teiche, Becken).

Hierbei handelt es sich um kleine natürliche Teiche oder künstliche Staubecken, welche entweder direkt auf dem Betriebsgelände liegen oder ausschließlich von dem Betrieb genutzt werden.

Betriebsfremdes Oberflächenwasser

(z. B. Flüsse, Seen)

Hierbei handelt es sich um betriebsfremdes Wasser aus Seen, Flüssen oder anderen Wasserwegen, die nicht eigens für die Bewässerung angelegt wurden. Kleine Stauanlagen (< 1000 m³), die eine einwandfreie Funktion der Pumpen in kleinen Wasserläufen/Bächen gewährleisten, sind hier ebenfalls einzubeziehen.

Sonstige Flächen und selbstbewirtschaftete Gesamtfläche 2016

		Gesamtfläche		
		Code	ha	a
Sonstige Flächen	dauerhaft aus der landwirtschaftlichen Produktion genommene Flächen ohne Prämienanspruch 1	0241	_____	_____
	Waldflächen 2	0242	_____	_____
	Kurzumtriebsplantagen (z. B. Pappeln, Weiden, Robinien zur Energie- oder Zellstoffgewinnung) 3	0243	_____	_____
	Gebäude- und Hofflächen sowie andere Flächen (z. B. Landschaftselemente) 3	0244	_____	_____
Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche Bitte addieren Sie die Werte von Code 0240 auf Seite 13 bis Code 0244 auf dieser Seite.		0250	_____	_____

Erzeugung von Speisepilzen 2016 **4**

Erzeugen Sie Speisepilze?	Code 0254	ja <input type="checkbox"/> 1 nein <input type="checkbox"/> 2	Bitte weiter mit Code 0255. Bitte weiter mit Code 0291 auf dieser Seite.
---------------------------	--------------	------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------

Produktionsfläche für Speisepilze (alle Ebenen)	Gesamtfläche	
	Code	m²
Champignons	0255	_____
andere Speisepilze (z. B. Austern-/Kräuterseitlinge, Shiitake usw.; ohne kultivierte Trüffel)	0256	_____

Bewässerung im Freiland im Kalenderjahr 2015

Hatte der Betrieb die Möglichkeit, landwirtschaftlich genutzte Fläche im Freiland zu bewässern (ohne Frostschutzberegnung und ohne Bewässerung in Haus- und Nutzgärten)? 5	Code 0291	ja <input type="checkbox"/> 1 nein <input type="checkbox"/> 2	Bitte weiter mit Code 0292. Bitte weiter auf Seite 17.
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------	------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------

		Code	ha	a
Größe der landwirt- schaftlich genutzten Fläche im Freiland,	die 2015 hätte bewässert werden können 6	0292	_____	_____
	die 2015 tatsächlich bewässert wurde 7	0293	_____	_____

		Code	Bitte ankreuzen.
Bewässerungsverfahren im Freiland	Beregnungsanlagen (Sprinklerbewässerung)	2091	<input type="checkbox"/> 1
	Tropfbewässerung (in Bodennähe, auch Mikrosprinkler) 8	2092	<input type="checkbox"/> 1
Wasserquelle, die überwiegend zur Bewässerung im Frei- land genutzt wurde 9	Bezug von Wasser aus öffentlichen oder privaten Versorgungsnetzen	2093	<input type="checkbox"/> 1
	Grundwasser (auch Quellwasser und Uferfiltrat)		<input type="checkbox"/> 2
	betriebseigenes Oberflächenwasser (z. B. Teiche, Becken)		<input type="checkbox"/> 3
	betriebsfremdes Oberflächenwasser (z. B. Flüsse, Seen)		<input type="checkbox"/> 4
	andere Herkunft (z. B. Brackwasser, aufbereitetes Wasser)		<input type="checkbox"/> 5

1 Ackerland mit konservierender Bodenbearbeitung

Pfluglose Bodenbearbeitung auf dem Ackerland, z. B. Mulchsaatverfahren, streifenweise Bodenbearbeitung oder eine Bodenbearbeitung in Dammbauweise. Hierbei können Ernterückstände der Vor- und/oder Zwischenfrucht auf der Bodenoberfläche verbleiben.

2 Ackerland mit Direktsaatverfahren

Bestellung des Ackerlandes ohne Bodenbearbeitung seit der vorausgegangenen Ernte.

3 Fruchtwechsel

Der Wechsel zwischen verschiedenen Getreidearten wird auch als Fruchtwechsel angesehen

4 Winterzwischenfruchtanbau zur Gründüngung

Unter Winterzwischenfruchtanbau versteht man Maßnahmen zur Erosionsminderung und gegen Nährstoffverlust. Normalerweise werden die dafür genutzten Kulturen vor der Hauptkultur untergepflügt.

5 Restbewuchs

Ackerland mit Pflanzenresten (z. B. Stoppeln, Stroh) der vorausgegangenen Kultur. Reste von Kartoffeln sind auszuschließen.

6 Ackerland ohne Bodendeckung

Ackerland, auf dem von Oktober 2015 bis Februar 2016 keine Kulturaasen ausgebracht wurden. Werden Ernterückstände oder sonstige Bodenbedeckungen ab 30 % (z. B. Maisstoppeln) auf dem Ackerland belassen, sind diese Flächen unter „Ackerland mit Restbewuchs“ (Code 2014) einzutragen.

7 Zwischenfruchtanbau von Juni 2015 bis Mai 2016

Der Zwischenfruchtanbau bezeichnet hier den Anbau von Ackerkulturen zwischen zwei aufeinander folgenden Hauptfrüchten im Zeitraum Juni 2015 bis Mai 2016 – unabhängig davon, ob der Zwischenfruchtanbau im Zuge der Anforderungen des Greenings erfolgte oder nicht. Greeningflächen, die im InVeKoS-Antrag angegeben wurden, sind hier ebenfalls einzutragen. Es ist die Ackerfläche einzutragen, auf der nach Ernte der Hauptfrucht 2015 und vor Aussaat der Hauptfrucht für das Jahr 2016 Zwischenfrüchte angebaut wurden. Dazu zählen auch Untersaaten, Stoppelsaaten und Mulchsaaten. Nicht dazu zählen Begrünungen in Weinbergen oder Baumschulkulturen. Sommerzwischenfrüchte werden noch vor dem Winter geerntet oder umgebrochen, Winterzwischenfrüchte bedecken den Boden bis zum Frühjahr. Zu letzteren gehören auch die im Winter abfrierenden Zwischenfrüchte für Mulchsaaten. Diese Angaben sind auch auf Seite 17 im Abschnitt Erosionsschutz als „Winterkulturen, z. B. Weizen, Winterzwischenfruchtanbau zur Futter- und Biogasgewinnung“ (Code 2012) oder „Schutzbepflanzung oder Winterzwischenfruchtanbau zur Gründüngung“ (Code 2013) anzugeben.

Bodenbearbeitungsverfahren in den letzten 12 Monaten

Bitte beachten Sie:

- Anzugeben sind ausschließlich Ackerflächen im Freiland, die in den letzten 12 Monaten eingesät oder bearbeitet wurden.
- Bei mehreren Bodenbearbeitungsverfahren auf der gleichen Fläche geben Sie nur die Fläche mit dem intensivsten Verfahren an.

		Code	ha	a
Ackerland mit	konventioneller wendender Bodenbearbeitung (Pflügen)	2001	_____	____
	konservierender nicht wendender Bodenbearbeitung (z. B. durch Grubbern, Eggen, Strip-Till-Verfahren) 1	2002	_____	____
	Direktsaatverfahren (ohne Bodenbearbeitung) 2	2003	_____	____

Fruchtwechsel

	Code	ha	a
Ackerland, auf dem im Anbaujahr 2016 die gleiche einjährige Fruchtart angebaut wird wie im Anbaujahr 2015 3	2016	_____	____

Erosionsschutz von Oktober 2015 bis Februar 2016

Bitte beachten Sie:

- Auszuschließen sind Kulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern.

	Code	ha	a
Ackerland mit Bodenbedeckung	2011	_____	____
davon mit	Winterkulturen (z. B. Weizen, Winterzwischenfruchtanbau zur Futter- oder Biogasgewinnung)	2012	_____
	Winterzwischenfruchtanbau zur Gründüngung 4	2013	_____
	Restbewuchs (auch Stoppeln) der vorangegangenen Kultur ab 30% Bodenbedeckung 5	2014	_____
	mehrfjährigen Kulturen auf dem Ackerland (z. B. Hopfen, Feldgrasanbau, Erdbeeren)	2017	_____
Ackerland ohne Bodenbedeckung 6	2015	_____	____

Zwischenfruchtanbau von Juni 2015 bis Mai 2016 **7**

Wurden im Zeitraum von Juni 2015 bis Mai 2016 Zwischenfrüchte angebaut?	Code 0280	ja <input type="checkbox"/> 1 nein <input type="checkbox"/> 2	Bitte weiter mit Code 0281 auf dieser Seite. Bitte weiter mit Code 0401 auf Seite 21.
-------------------------------------------------------------------------	-----------	------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------

		Sommerzwischenfruchtanbau 2015			Winterzwischenfruchtanbau 2015/2016		
		Code	ha	a	Code	ha	a
Insgesamt (einschließlich Untersaaten)		0281	_____	____	0271	_____	____
davon	Gründüngung	0282	_____	____	0272	_____	____
	Futtergewinnung	0283	_____	____	0273	_____	____
	Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung	0284	_____	____	0274	_____	____

1 Eigentums- und Pachtverhältnisse 2016

Die Angaben über die Eigentums- und Pachtverhältnisse beziehen sich ausschließlich auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche und nicht auf die Gesamtfläche des Betriebes zum Erhebungszeitpunkt. Die hier eingetragene landwirtschaftlich genutzte Fläche muss mit der entsprechenden landwirtschaftlich genutzten Fläche im gemeinsamen Sammelantrag bzw. im Abschnitt „Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung“ (Code 0240 auf Seite 13) übereinstimmen.

2 Eigene selbstbewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche

Eigene selbstbewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche, soweit sie sich im Eigentum des Betriebes befindet oder Flächen, die vom Betriebsinhaber als Nutznießer oder Erbpächter bewirtschaftet werden. Nicht dazu gehören gepachtete oder verpachtete Flächen und unentgeltlich erhaltene oder abgegebene Flächen.

3 Gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Flächen, die vom Betrieb gegen Entgelt zur Nutzung übernommen worden sind (schriftlicher oder mündlicher Pachtvertrag) und auch von diesem bewirtschaftet werden. Bei Personengemeinschaften, wie GbR's, zählen hierzu auch Flächen im Besitz der Gesellschafter, die nicht auf die GbR übertragen wurden. Hierzu zählt auch gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche, die vorübergehend stillgelegt ist. Die Pachtfläche umfasst die landwirtschaftlich genutzte Fläche aus Einzelgrundstücken und geschlossenen Hofpachten von Familienangehörigen und anderen Verpächtern.

4 Von anderen Verpächtern gepachtete Fläche

Die von anderen Verpächtern gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche ist vollständig auf

- die Einzelgrundstücke nach Art ihrer Nutzung und
- die gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche innerhalb einer geschlossenen Hofpacht aufzuteilen.

Zu allen eingetragenen Pachtflächen ist die Höhe der derzeitigen Jahrespacht insgesamt in vollen Euro anzugeben (**nicht je Hektar**). Dabei sind der Geldbetrag, der Wert der Naturalpacht und sonstige Leistungen zusammenzuzählen. Teilbeträge der Jahrespacht, die nicht für die Flächen-nutzung, sondern für andere Nutzungsgegenstände oder Rechte (z. B. Gebäude, Inventar, Zahlungsanspruch auf Betriebsprämie, Zuckerrübenkontingent) gezahlt wurden, sind von dem Gesamtbetrag der Jahrespacht in Euro – gegebenenfalls nach Schätzungen – abzuziehen.

5 Sonstige Pachtfläche

Bei der „sonstigen landwirtschaftlich genutzten Fläche“ sind Pachtungen, für die Pachtentgelte nicht getrennt angegeben werden können, z. B. von Acker- und Dauergrünland, einzubeziehen. Rebland, Rebfläche, Baumobstflächen sowie Baumschul- und Gewächshausflächen zählen ebenfalls dazu.

6 Neupacht

Bei Erstpachtung und Pachtpreisänderung in den letzten zwei Jahren sind von den nach der Art der Nutzung angegebenen Pachtflächen diejenigen gesondert anzugeben, die seit dem 1. März 2014 erstmals von diesem Betrieb als Pachtland bewirtschaftet werden oder für die der Pacht-preis nach dem 1. März 2014 geändert worden ist.

7 Hofpacht

Zur geschlossenen Hofpacht zählt die Pachtung eines ganzen Betriebes mit Gebäuden. Einzutragen sind jedoch nur die gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche und die dafür entrichtete Jahrespacht.

Eigentums- und Pachtverhältnisse 2016 1

			Code	ha	a
Landwirtschaftlich genutzte Fläche					
<i>Bitte übernehmen Sie gegebenenfalls den Wert aus Code 0240 auf Seite 13.</i>			0401	_____	_____
davon	eigene selbstbewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche		0402	_____	_____
	unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene landwirtschaftlich genutzte Fläche		0403	_____	_____
	gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche 3	von Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers	0404	_____	_____
		von anderen Verpächtern	0405	_____	_____

Pachtflächen und Pachtentgelte 2016

		gepachtete Fläche			Jahrespacht insgesamt für diese Fläche	
		Code	ha	a	Code	volle Euro
Von anderen Verpächtern gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche						
<i>Bitte übernehmen Sie den Wert von Code 0405.</i>		0411	_____	_____	0421	_____
Gepachtete Einzelgrundstücke insgesamt	Ackerland (nur im Freiland)	0412	_____	_____	0422	_____
	Dauergrünland	0413	_____	_____	0423	_____
	sonstige landwirtschaftlich genutzte Fläche	0414	_____	_____	0424	_____
darunter: innerhalb der letzten zwei Jahre erstmals gepachtete Flächen und Flächen mit Pachtpreisveränderungen 6	Ackerland (nur im Freiland)	0431	_____	_____	0441	_____
	Dauergrünland	0432	_____	_____	0442	_____
	sonstige landwirtschaftlich genutzte Fläche	0433	_____	_____	0443	_____
Gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche innerhalb einer geschlossenen Hofpacht		0451	_____	_____	0452	_____

1 Hohe begehbare Schutzabdeckungen

Dazu zählen alle festen oder beweglichen hohen begehbaren Schutzeinrichtungen einschließlich begehbaren Folientunnel. Bei Dach-/Stehwandeindeckung aus unterschiedlichem Material gilt die Dacheindeckung. Nicht anzugeben sind Frühbeetflächen und sonstige abgedeckte Freilandflächen. Flächen unter Hagelschutznetzen und/oder Foliendächern zählen nicht zu den Anlagen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen.

2 Grundfläche

Hier ist die im Jahr 2016 genutzte Grundfläche in feststehenden und beweglichen hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern anzugeben. Bei beweglichen Schutzanlagen ist die Fläche nur einmal anzugeben.

Betriebe mit Anbau von Gartenbaugewächsen 2016

Verfügt Ihr Betrieb 2016 über mindestens eine der folgenden Kulturen ? <ul style="list-style-type: none"> Baumschul-, Baumobst-, Beerenobst-, Gemüse-, Erdbeer-, Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland, Fläche zur Erzeugung von Gartenbausämereien oder Jungpflanzen zum Verkauf, Fläche mit Heil-, Duft- oder Gewürzpflanzen, Produktionsfläche für Speisepilze oder Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern. 	Code 5801	ja <input type="checkbox"/> 1 Bitte weiter mit Code 5810 auf dieser Seite. nein <input type="checkbox"/> 2 Bitte weiter mit Code 0300 auf Seite 25.
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Hohe begehbare Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern 2016 (einschließlich vorübergehend nicht genutzter Gewächshausflächen) **1**

Verfügt Ihr Betrieb über Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern ?	Code 5810	ja <input type="checkbox"/> 1 Bitte weiter mit Code 5811. nein <input type="checkbox"/> 2 Bitte weiter mit Code 5851 auf Seite 23.
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Art der Eindeckung	Grundflächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern	
	Code	m² 2
Einfachverglasung	5811	_____
Mehrfach-/Isolier-/Thermoverglasung	5812	_____
Verglasung mit Photovoltaik	5813	_____
Einfachfolie	5814	_____
Mehrfach-/Isolier-/Thermofolien	5815	_____
Kunststoffplatten (Polycarbonat, Acrylglas)	5816	_____
sonstige	5817	_____
Grundfläche insgesamt	5820	_____

Art der Nutzung von Gewächshäusern	Grundflächen (ohne Folientunnel)	
	Code	m² 2
Warmhaus (ganzjährig über 10° C Tagesinnentemperatur)	5821	_____
Kalthaus (ganzjährig bis zu 10° C Tagesinnentemperatur)	5822	_____

1 Sonstige Energieträger

Dieses Feld ist anzukreuzen, wenn (auch) andere als die aufgeführten Energieträger zur Beheizung von hohen begehbaren Schutzabdeckungen verwendet werden, z. B. Stroh, Geothermie.

2 Einnahmen des Betriebes 2015

Beim Ausfüllen dieses Fragenkomplexes sind die Einnahmen des Jahres 2015 zu Grunde zu legen. Die Betriebseinnahmen beziehen sich ausschließlich auf die gartenbaulichen/landwirtschaftlichen Einnahmen des Betriebes (ohne Kindergeld, Renten, Einkünfte aus Einkommenskombinationen o. Ä.) einschließlich – soweit vorhanden – Betriebsteile mit gartenbaulichen Handels- oder Dienstleistungen.

3 Gartenbauprodukte

Hierzu zählen auch solche Gartenbauprodukte, die als Halbfertigwaren gekauft und im Betrieb weiter kultiviert worden sind.

4 Sonstige landwirtschaftliche Produkte

Hierzu zählen auch solche landwirtschaftlichen Produkte, die als Halbfertigwaren gekauft und im Betrieb weiter kultiviert worden sind.

5 Handelsware

Gärtnerische Handelswaren sind Fertigware, die den Betrieb handelsmäßig durchlaufen. Hierzu zählen z. B. Blumendünger, Blumentöpfe, Gartengeräte, zugekaufte Pflanzen.

Verbrauchte Energiemengen für die Beheizung von hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern im Jahr 2015

Wurden hohe begehbare Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern im Jahr 2015 beheizt?	Code 5830	ja	<input type="checkbox"/> 1	Bitte weiter mit Code 5831.
		nein	<input type="checkbox"/> 2	Bitte weiter mit Code 5851.

Energieträger	Code	Menge
Heizöl	5831	_____ l
Schweröl	5832	_____ l
Erdgas	5833	_____ kwh
Biogas	5834	_____ kwh
Holz	5835	_____ m ³
Pflanzenöl	5836	_____ l
Steinkohle, Anthrazit	5837	_____ t
Braunkohle (auch -staub)	5838	_____ t
Fernwärme	5839	_____ kwh
Strom	5840	_____ kwh
sonstige Energieträger Falls zutreffend, bitte ankreuzen. 1	5841	<input type="checkbox"/>

Einnahmen des Betriebes 2015 **2**

Einnahmen aus:		Anteil an den gesamten Betriebseinnahmen (ggf. schätzen)	
		Code	volle Prozent
eigener Erzeugung von	Gartenbauprodukten (Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen, Baumschulerzeugnisse, Gartenbausämereien, Jungpflanzen, Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen, Speisepilze) 3	5851	_____
	sonstigen landwirtschaftlichen Produkten (Getreide, Hackfrüchte, Vieh, Milch, Eier, Hopfen und dergleichen) 4	5852	_____
Handelswaren (nicht selbst erzeugte Ware) 5		5853	_____
Dienstleistungen aus	Friedhofsgärtnerei, Grabpflege	5854	_____
	Garten- und Landschaftsbau	5855	_____
	sonstigen Tätigkeiten (z. B. Blumen- und Kranzbinderei, Dekoration, Innenraumbegrünung)	5856	_____
Summe			1 0 0

1 Viehbestände am 1. März 2016

Der Stichtag, zu dem die Viehbestände anzugeben sind, ist der 1. März 2016. Erhoben werden die Bestände an Schweinen, Schafen, Ziegen, Geflügel und Einhufern. Die Bestände an Rindern werden aus der HIT-Rinderdatenbank übernommen.

Bei der Erhebung der Viehbestände sind folgende Grundsätze zu beachten:

– Gemeinsam gehaltenes Vieh

Bei gemeinsam gehaltenem Vieh bzw. gemeinsam untergebrachtem Vieh (z. B. in Gemeinschaftsbetrieben, Betriebsgemeinschaften, Erzeugergemeinschaften usw.) sollen die Angaben zum Vieh auf einem Fragebogen nachgewiesen werden und nicht getrennt nach Eigentümern. D. h., der Betrieb, bei dem das Vieh untergebracht ist, gibt die Gesamtzahl des gemeinsamen Viehbestands an.

– Verkauftes Vieh

Am Stichtag noch beim Viehhalter stehendes, bereits verkauftes Vieh ist mitzuzählen.

– Schlachttiere

Sie sind auch dann mitzuzählen, wenn sie noch am Stichtag oder in den nächsten Tagen geschlachtet werden sollen.

– Wanderschafherden

Diese sind grundsätzlich am Betriebssitz des Eigentümers anzugeben.

– Pensionsvieh

Am Stichtag im Betrieb zur Fütterung oder Pflege befindliches Vieh ist im Fragebogen aufzunehmen.

– Abwesendes Vieh

Tiere, die am Stichtag nur vorübergehend abwesend sind (z. B. zum Decken), sind mitzuzählen.

Nicht einzubeziehen sind Tiere

- die sich nur vorübergehend im Betrieb aufhalten (z. B. zum Decken),
- die in einem fremden Betrieb in Weide- oder sonstiger Versorgungspension stehen.

2 Ferkel

Hierzu zählen Saug- und Aufzuchtferkel bis zu einem Lebendgewicht von 20 kg.

3 Zuchtsauen

Ausgemerzte Zuchtsauen sind hier nicht mitzuzählen, sondern unter „andere Schweine“ (Code 0337 bzw. 4337) zu erfassen.

4 Andere Schweine (z. B. Eber, Mastschweine, Jungschweine)

Hier sind Jungschweine ab einem Lebendgewicht von 20 kg, Mastschweine, Eber und ausgemerzte Zuchtsauen anzugeben.

5 Weibliche Ziegen zur Zucht

Hierzu zählen auch Ammenziegen, bereits gedeckte Jungziegen und ausgemerzte Zuchtziegen.

6 Einhufer

Hier sind alle Pferde, Esel, Maultiere oder weitere Einhufer anzugeben, auch dann, wenn sie nur zu Freizeit Zwecken des Betriebsinhabers oder seiner Familie gehalten werden.

Halten Sie Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Geflügel oder Einhufer?	Code 0300	ja <input type="checkbox"/> 1	Bitte weiter mit Code 4002.
		grundsätzlich ja, jedoch wurden zum Stichtag vorübergehend keine Tiere gehalten <input type="checkbox"/> 3	Geflügelhalter bitte weiter mit Angaben zu Haltungsplätzen auf Seite 27, sonst weiter mit Code 2300 auf Seite 29.
		nein <input type="checkbox"/> 2	Bitte weiter mit Code 2300 auf Seite 29.

Sind Ihre Viehbestände (einschließlich Rinder) in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen?	Code 4002	ja, vollständig <input type="checkbox"/> 1	Bitte geben Sie bei den folgenden Tiermerkmalen nur die jeweilige Anzahl der Tiere insgesamt an.
		ja, teilweise <input type="checkbox"/> 2	Bitte geben Sie bei den folgenden Tiermerkmalen auch die jeweilige Anzahl der in die ökologische Bewirtschaftung einbezogenen Tiere an.
		nein <input type="checkbox"/> 3	Bitte geben Sie bei den folgenden Tiermerkmalen nur die jeweilige Anzahl der Tiere insgesamt an.

		Tiere insgesamt		darunter in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen	
		Code	Anzahl	Code	Anzahl
Rinder	Rinder insgesamt		Wird aus der HIT-Rinderdatenbank übernommen	4310	<input type="text"/>
Schweine	Ferkel einschließlich Saugferkel 2	0331	<input type="text"/>	4331	<input type="text"/>
	Zuchtsauen einschließlich hierfür bestimmte Jungsauen ab 50 kg und mehr Lebendgewicht 3	0332	<input type="text"/>	4332	<input type="text"/>
	andere Schweine (z. B. Eber, Mastschweine, Jungschweine) 4	0337	<input type="text"/>	4337	<input type="text"/>
	Schweine insgesamt Bitte addieren Sie die Werte der Codes 0331, 0332 und 0337 sowie 4331, 4332 und 4337.	0330	<input type="text"/>	4330	<input type="text"/>
Schafe	Milchschafe einschließlich gedeckte Jungschafe, die für die Erzeugung von Milch bestimmt sind	0352	<input type="text"/>	4352	<input type="text"/>
	andere Mutterschafe einschließlich gedeckte Jungschafe	0353	<input type="text"/>	4353	<input type="text"/>
	Lämmer und Jungschafe unter 1 Jahr (ohne gedeckte Jungschafe)	0355	<input type="text"/>	4355	<input type="text"/>
	Schafböcke zur Zucht	0356	<input type="text"/>	4356	<input type="text"/>
	andere Schafe (z. B. Hammel)	0357	<input type="text"/>	4357	<input type="text"/>
	Schafe insgesamt Bitte addieren Sie die Werte der Codes 0352, bis 0357 sowie 4352 bis 4357.	0350	<input type="text"/>	4350	<input type="text"/>
Ziegen	weibliche Ziegen zur Zucht einschließlich gedeckte Jungziegen 5	0361	<input type="text"/>	4361	<input type="text"/>
	andere Ziegen (z. B. Zicklein, Ziegenböcke)	0362	<input type="text"/>	4362	<input type="text"/>
	Ziegen insgesamt Bitte addieren Sie die Werte der Codes 0361 und 0362 sowie 4361 und 4362.	0360	<input type="text"/>	4360	<input type="text"/>
Einhufer	Pferde, Esel, Maultiere und andere 6	0390	<input type="text"/>	4390	<input type="text"/>

1 Haltungsplätze

Hier ist die Anzahl der Haltungsplätze und nicht die Anzahl der am 1. März 2016 gehaltenen Tiere einzutragen. Die Anzahl der Haltungsplätze entspricht der rechtlich maximal zulässigen bzw. genehmigten Anzahl von Tierplätzen der momentanen Nutzungsart in den vorhandenen Stallgebäuden. Die Tieranzahl zum Stichtag kann zu Beginn einer Mastperiode höher sein als die der genehmigten Haltungsplätze, da sich diese auf die Endmast beziehen. Sollten aktuell keine Tiere gehalten werden, sind die Haltungsplätze der innerhalb der letzten 12 Monaten zuletzt gehaltenen Nutzungsart anzugeben.

2 Legehennen

Hier sind Hennen zur Eiererzeugung anzugeben, unabhängig davon, ob die Eier zum Verbrauch oder zur Zucht bestimmt sind. Noch nicht legereife Bestände, die aber bereits als Legehennen aufgestellt sind, sind eingeschlossen. Zuchthähne sind mitzuzählen.

		Haltungsplätze 1		Tiere insgesamt		darunter in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen	
		Code	Anzahl	Code	Anzahl	Code	Anzahl
Geflügel	Legehennen einschließlich Zuchthähne 2	0376	_____	0371	_____	4371	_____
	Junghennen und Junghennenküken	0377	_____	0372	_____	4372	_____
	Masthühner, Masthähne und übrige Küken	0378	_____	0373	_____	4373	_____
	Hühner insgesamt <i>Bitte addieren Sie die Werte zu den Codes 0376 bis 0378 und 0371 bis 0373 sowie 4371 bis 4373.</i>						
		0375	_____	0370	_____	4370	_____
	Gänse einschließlich Küken	0386	_____	0381	_____	4381	_____
	Enten einschließlich Küken	0387	_____	0382	_____	4382	_____
	Truthühner einschließlich Küken	0388	_____	0383	_____	4383	_____
Gänse, Enten, Truthühner insgesamt <i>Bitte addieren Sie die Werte zu den Codes 0386 bis 0388 und 0381 bis 0383 sowie 4381 bis 4383.</i>							
	0385	_____	0380	_____	4380	_____	

1 Wirtschaftsdünger

Erfolgte eine Separation des Wirtschaftsdüngers, so ist die flüssige Phase (Dünngülle, flüssiger Biogasgärrest) beim flüssigen Wirtschaftsdünger und die feste Phase (Feststoffe, fester Biogasgärrest) beim festen Wirtschaftsdünger anzugeben.

Es sind keine Angaben zur Aufnahme oder Ausbringung von Klärschlamm oder Bioabfällen zu machen.

2 Flüssiger Wirtschaftsdünger

Gülle (Flüssigmist, auch Schwemm- oder Treibmist) ist ein Gemisch aus Kot und Harn von Nutztieren, auch vermischt mit Wasser.

Jauche ist Harn von Nutztieren, der nicht von der Einstreu aufgenommen wurde.

Flüssiger Biogas-Gärrest bezeichnet die Rückstände der Fermentation organischer Substanzen, sowohl pflanzlicher als auch tierischer Herkunft, in Biogasanlagen, die mit Tankwagen ausgebracht werden.

3 Fester Wirtschaftsdünger

Festmist ist ein festes, stapelfähiges Gemisch aus Kot, Harn und Einstreu (ohne Hühner- und Putenmist). Festmist kann darüber hinaus Futterreste sowie Reinigungs- und Niederschlagswasser enthalten. Die Ausbringung kann auf Grund der festen Konsistenz nicht über Tankwagen erfolgen.

Geflügeltrockenkot ist Geflügelkot, Geflügelfrischkot oder einstreuarmer Geflügelmist. Geflügeltrockenkot kann darüber hinaus Futterreste sowie Reinigungs- und Niederschlagswasser enthalten. Die Ausbringung kann auf Grund der festen Konsistenz nicht über Tankwagen erfolgen.

Fester Biogas-Gärrest bezeichnet die Rückstände der Fermentation organischer Substanzen, sowohl pflanzlicher als auch tierischer Herkunft, in Biogasanlagen. Die Ausbringung kann auf Grund der festen Konsistenz nicht über Tankwagen erfolgen.

4 Umrechnungshinweis

Um festen Wirtschaftsdünger von Kubikmetern (m³) in Tonnen (t) umzurechnen, können Sie die folgenden Umrechnungsfaktoren verwenden:

Festmist (ohne Hühner- und Putenmist)	1 m ³	0,70 t
Geflügeltrockenkot, Hühner- und Putenmist		0,54 t
Fester Biogas-Gärrest		0,70 t

5 An Dritte abgegebene Wirtschaftsdüngermenge

Anzugeben ist die im Betrieb angefallene Wirtschaftsdüngermenge, die über die Güllerbörse oder direkt an Andere (landwirtschaftliche Betriebe, Biogasanlagenbetreiber) abgegeben wurde.

6 Von Dritten aufgenommene Wirtschaftsdüngermenge

Anzugeben ist die Wirtschaftsdüngermenge, die über die Güllerbörse oder direkt von Anderen (landwirtschaftliche Betriebe, Biogasanlagenbetreiber) aufgenommen wurde.

7 Ausbringungsmenge von flüssigen Wirtschaftsdüngern

Anzugeben ist die Gesamtmenge an Gülle, Jauche und flüssigem Biogas-Gärrest aller Düngungen, die auf der entsprechenden Fläche im Kalenderjahr 2015 ausgebracht wurde, **nicht** die durchschnittliche Ausbringungsmenge je Hektar.

8 Bestellte Flächen

Hierzu zählen alle neu bestellten und noch nicht abgeernteten Flächen. Flächen mit ausschließlich zur Gründüngung oder zum Bodenschutz angebauten Zwischenfrüchten gehören auch dazu.

9 Stoppeln oder unbestellte Flächen

Hierzu zählen alle abgeernteten und noch nicht neu bestellten Flächen unabhängig davon, ob der Boden bearbeitet wurde oder nicht. Bei Ausbringung auf unbestelltem Ackerland gilt nach § 4 Absatz 2 der Düngeverordnung (DüV) die Verpflichtung zur unverzüglichen Einarbeitung.

Wirtschaftsdüngerausbringung auf Acker- und Dauergrünland im Kalenderjahr 2015 1

Ist auf der selbstbewirtschafteten Acker- und Dauergrünlandfläche Ihres Betriebes im Kalenderjahr 2015 Wirtschaftsdünger ausgebracht worden ?	Code	Bitte ankreuzen, Mehrfachnennungen sind möglich.	
ja, und zwar Gülle, Jauche oder flüssiger Biogas-Gärrest 2	2300	<input type="checkbox"/>	1
ja, und zwar Festmist, Geflügeltrockenkot oder fester Biogas-Gärrest 3	2301	<input type="checkbox"/>	1
nein	2302	<input type="checkbox"/>	1

Abgebener und aufgenommener Wirtschaftsdünger im Kalenderjahr 2015 1

Abgebener und aufgenommener Wirtschaftsdünger	Flüssiger Wirtschaftsdünger		Fester Wirtschaftsdünger	
	Code	m ³	Code	Tonnen 4
Menge des im Betrieb angefallenen Wirtschaftsdüngers, die an Dritte abgegeben wurde. 5	2511	_____	2515	_____
Menge des vom Betrieb von Dritten aufgenommenen Wirtschaftsdüngers. 6	2512	_____	2516	_____

Ausbringung von flüssigen Wirtschaftsdüngern auf Acker- und Dauergrünland im Kalenderjahr 2015

Ausbringung auf: 7		Ausbringungsmenge von flüssigen Wirtschaftsdüngern	
		Code	m ³
Dauergrünland		2310	_____
Ackerland insgesamt		2311	_____
davon Ackerland	mit bestellten Flächen 8	2312	_____
	mit Stoppeln oder unbestellten Flächen 9	2313	_____

1 Bestellte Flächen

Hierzu zählen alle neu bestellten und noch nicht abgeernteten Flächen. Flächen mit ausschließlich zur Gründüngung oder zum Bodenschutz angebauten Zwischenfrüchten gehören auch dazu.

2 Stoppeln oder unbestellte Flächen

Hierzu zählen alle abgeernteten und noch nicht neu bestellten Flächen unabhängig davon, ob der Boden bearbeitet wurde oder nicht. Bei Ausbringung auf unbestelltem Ackerland gilt nach § 4 Absatz 2 der Düngungsverordnung (DüV) die Verpflichtung zur unverzüglichen Einarbeitung.

3 Breitverteiler

Bei Breitverteilern wird die Gülle mit Hilfe von Pralltellern, Prallköpfen, Schwenkdüsen oder Düsenbalken abgestrahlt und breitflächig auf die Boden- oder die Pflanzenoberfläche verteilt.

4 Schleppschlauch

Beim Schleppschlauch wird die Gülle in Schläuche eingeleitet, die hinter dem Gerät über den Boden geschleppt werden und die Gülle auf der Bodenoberfläche in etwa 5 bis 10 cm breiten Streifen ablegen.

5 Schleppschuh

Schleppschuhverteiler besitzen Ablaufschläuche, an deren Ende sich spezielle schuhähnliche Verteileinrichtungen befinden. Die Gülleablage erfolgt in den obersten Bodenschicht (0 bis 3 cm). Der Pflanzenbewuchs (soweit vorhanden) wird während des Ausbringvorganges beiseite gedrückt.

6 Schlitzverfahren

Bei den Schlitzverfahren wird der Boden mit Eggen scheiben aufgeschlitzt und die Gülle in diesem Schlitz abgelegt. Anschließend wird der Schlitz wieder geschlossen.

7 Güllegrubber

Bei Güllegrubbern wird die Gülle über Schläuche direkt an die Grubberscharen geleitet und mit diesen tief in die Ackerkrume eingeleitet. Die Gülle einbringung erfolgt damit gleichzeitig mit einer Bodenbearbeitung.

Anteile der flüssigen Wirtschaftsdüngerarten im Kalenderjahr 2015

Wirtschaftsdüngerarten	Anteil an der Gesamtmenge des ausgebrachten flüssigen Wirtschaftsdüngers	
	Code	volle Prozent
Rindergülle	2303	_____
Schweinegülle	2304	_____
sonstige Gülle und Jauche	2309	_____
flüssiger Biogas-Gärrest	2307	_____
Summe		1 0 0

Ausbringungstechnik im Kalenderjahr 2015

Genutzte Ausbringungstechnik für flüssigen Wirtschaftsdünger	Anteil am Volumen des ausgebrachten flüssigen Wirtschaftsdüngers					
	auf Dauergrünland		auf Ackerland			
			auf bestellter Fläche 1		auf Stoppeln oder unbestellter Fläche 2	
	Code	volle Prozent	Code	volle Prozent	Code	volle Prozent
Breitverteiler 3	2320	_____	2330	_____	2340	_____
Schleppschlauch 4	2321	_____	2331	_____	2341	_____
Schleppschuh 5	2322	_____	2332	_____	2342	_____
Schlitzverfahren 6	2323	_____	2333	_____	2343	_____
Güllegrubber oder andere Injektionstechnik 7	2324	_____	2334	_____	2344	_____
Summe		1 0 0		1 0 0		1 0 0

Zeit, die der flüssige Wirtschaftsdünger im Kalenderjahr 2015 unbearbeitet auf Stoppeln oder unbestellter Fläche lag. **2**

Zeit bis zur Einarbeitung des flüssigen Wirtschaftsdüngers	Anteil am Volumen des ausgebrachten flüssigen Wirtschaftsdüngers			
	bei Ausbringung mit Breitverteiler 3		bei Ausbringung mit Schleppschlauch 4	
	Code	volle Prozent	Code	volle Prozent
innerhalb einer Stunde	2390	_____	2394	_____
länger als eine Stunde	2391	_____	2395	_____
Summe		1 0 0		1 0 0

1 Ausbringungsmenge von festen Wirtschaftsdüngern

Anzugeben ist die **Gesamtmenge** des jeweiligen festen Wirtschaftsdüngers **aller Düngungen**, die auf der entsprechenden Fläche im Kalenderjahr 2015 ausgebracht wurde, nicht die durchschnittliche Ausbringungsmenge je Hektar.

Um festen Wirtschaftsdünger von Kubikmetern (m³) in Tonnen (t) umzurechnen, können Sie die folgenden Umrechnungsfaktoren verwenden:

Festmist (ohne Hühner- und Putenmist)	1 m³	0,70t
Geflügeltrockenkot, Hühner- und Putenmist		0,54t
Fester Biogas-Gärrest		0,70t

2 Festmist

Festmist ist ein festes, stapelfähiges Gemisch aus Kot, Harn und Einstreu (ohne Hühner- und Putenmist). Festmist kann darüber hinaus Futterreste sowie Reinigungs- und Niederschlagswasser enthalten. Die Ausbringung kann auf Grund der festen Konsistenz nicht über Tankwagen erfolgen.

3 Geflügeltrockenkot

Geflügeltrockenkot ist Geflügelkot, Geflügelfrischkot oder einstreuarmer Geflügelmist. Geflügeltrockenkot kann darüber hinaus Futterreste sowie Reinigungs- und Niederschlagswasser enthalten. Die Ausbringung kann auf Grund der festen Konsistenz nicht über Tankwagen erfolgen.

4 Fester Biogas-Gärrest

Fester Biogas-Gärrest bezeichnet die Rückstände der Fermentation organischer Substanzen, sowohl pflanzlicher als auch tierischer Herkunft, in Biogasanlagen. Die Ausbringung kann auf Grund der festen Konsistenz nicht über Tankwagen erfolgen.

5 Bestellte Flächen

Hierzu zählen alle neu bestellten und noch nicht abgeernteten Flächen. Flächen mit ausschließlich zur Gründüngung oder zum Bodenschutz angebauten Zwischenfrüchten gehören auch dazu.

6 Stoppeln oder unbestellte Flächen

Hierzu zählen alle abgeernteten und noch nicht neu bestellten Flächen unabhängig davon, ob der Boden bearbeitet wurde oder nicht.

7 Streuwerk

Festmist wird mit Hilfe eines Abschiebebodens auf dem Anhänger nach hinten befördert und dann mit dem Streuwerk breit auf die Fläche verteilt.

Ausbringung von festen Wirtschaftsdüngern auf Ackerland und
Dauergrünland im Kalenderjahr 2015

Ausbringung auf: 1		Ausbringungsmenge von festen Wirtschaftsdüngern					
		Festmist (ohne Hühner- und Putenmist) 2		Geflügeltrockenkot, Hühner- und Putenmist 3		fester Biogas-Gärrest 4	
		Code	in Tonnen	Code	in Tonnen	Code	in Tonnen
Dauergrünland		2360	_____	2370	_____	2380	_____
Ackerland insgesamt		2361	_____	2371	_____	2381	_____
davon Acker- land	mit bestellten Flächen 5	2362	_____	2372	_____	2382	_____
	mit Stoppeln oder unbestellten Flächen .. 6	2363	_____	2373	_____	2383	_____

Zeit, die der feste Wirtschaftsdünger im Kalenderjahr 2015
unbearbeitet auf Stoppeln oder unbestellter Fläche lag. **6**

Zeit bis zur Einarbeitung des festen Wirtschaftsdüngers bei Ausbringung mit Streuwerk 7	Anteil der Menge des ausgebrachten festen Wirtschaftsdüngers	
	Code	volle Prozent
keine Einarbeitung	2501	_____
innerhalb der ersten vier Stunden	2502	_____
nach mehr als vier Stunden	2503	_____
Summe		1 0 0

Einkommenskombinationen im Betrieb im Kalenderjahr 2015

1 Einkommenskombinationen

Bei den Einkommenskombinationen sind ausschließlich solche Tätigkeiten anzugeben, die im landwirtschaftlichen Betrieb ausgeübt werden und mit denen der landwirtschaftliche Betrieb Umsätze erzielt. Diese Tätigkeiten werden von Arbeitskräften des landwirtschaftlichen Betriebes und mit Hilfe der zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Betriebsmittel (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen) ausgeübt und/oder basieren auf im landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Produkten. Wurde für diese Tätigkeiten ein rechtlich selbstständiger Gewerbebetrieb (z. B. Tochtergesellschaft) gegründet, sind diese hier nicht zu berücksichtigen.

2 Bereitstellung von Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen

Dazu gehören pflegerische/therapeutische oder pädagogische und soziale Dienstleistungen des landwirtschaftlichen Betriebes. Diese umfassen z. B. Tiertherapien, Gartentherapien, betreutes Wohnen (z. B. für benachteiligte/behinderte Menschen, für Suchtkranke), Seniorenbetreuung, Kinderbetreuung, heiltherapeutisches Wohnen für Kinder, Transportdienste (z. B. für Kinder, Senioren und behinderte Menschen) sowie soziale Dienstleistungen für Schulen (z. B. Freizeitaktivitäten, Unterhaltungsaktivitäten, Erlebnispädagogik um Kindern die Landwirtschaft und gesunde Ernährung zu vermitteln). Zu pädagogischen Tätigkeiten zählen weiterhin u. a. die Bauernhofpädagogik in Form von Schulbauernhöfen, Kindergartenbauernhöfen, die Kräuterpädagogik wie auch die Umweltpädagogik und Outdoorpädagogik. Die soziale Landwirtschaft mit Rehabilitationsmaßnahmen, z. B. für Langzeitarbeitslose, straffällig gewordene Jugendliche oder Obdachlose, zählt ebenfalls hierzu.

3 Fremdenverkehr

Hierzu zählen z. B. Landurlaub, Wellnessangebote und die Führung von Reisegruppen.

4 Pensions- und Reitsportpferdehaltung

Hierzu zählen nur die Unterbringung (Pension) und Haltung von Pferden zur Ausübung von Freizeitaktivitäten, gegebenenfalls verbunden mit dem Einsatz von Verleih- bzw. Lehrpferden.

5 Erzeugung erneuerbarer Energien

Die Erzeugung erneuerbarer Energien kann z. B. durch Windkraftanlagen, Biogasanlagen, Strohverbrennung und die Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen wie Raps, Mais, Holz in Anlagen zur Erzeugung von Wärme und Strom aus Biomasse erfolgen. Ausgenommen hiervon sind Anlagen, die ausschließlich dem Eigenverbrauch dienen sowie die ausschließliche Produktion bzw. der Verkauf von nachwachsenden Rohstoffen.

6 Arbeiten für Andere

Die Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe und die Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft werden auf Grundlage einer mündlichen oder schriftlichen Vereinbarung gegen Entgelt durchgeführt. Zu den vertraglichen Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe zählen alle landwirtschaftlichen Arbeiten wie Feld- und Stallarbeiten, buchhalterische Arbeiten und Transportleistungen. Zu den vertraglichen Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft zählen z. B. Landschaftspflege, Straßenbau und Winterdienst.

7 Sonstige Einkommenskombinationen

Zu den sonstigen Einkommenskombinationen zählt z. B. die Pelztierzucht. Das Unterstellen von Caravans bzw. Wohnwagen, Booten usw. in Wirtschaftsgebäuden des Betriebes zählt nur dazu, wenn diese Gebäude auch landwirtschaftlich genutzt werden.

Einkommenskombinationen im Betrieb im Kalenderjahr 2015 **1**

Erzielte der Betrieb Umsätze aus folgenden Tätigkeiten? i Wurde für diese Tätigkeiten ein rechtlich selbstständiger Gewerbebetrieb (z. B. Tochtergesellschaft) gegründet, sind diese hier nicht zu berücksichtigen.	Code 0611	ja <input type="checkbox"/> 1 Bitte weiter mit Code 0624 auf dieser Seite. nein ... <input type="checkbox"/> 2 Bitte weiter auf Seite 37.
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	Code	Bitte ankreuzen, Mehrfachnennungen sind möglich
Bereitstellung von Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen (z. B. Tiertherapien, betreutes Wohnen, Seniorenbetreuung) 2	0624	<input type="checkbox"/> 1
Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ohne Herstellung von Wein (z. B. Fleischverarbeitung, Käseherstellung) 3	0612	<input type="checkbox"/> 1
Fremdenverkehr, Beherbergung, Freizeitaktivitäten 3	0613	<input type="checkbox"/> 1
Pensions- und Reitsportpferdehaltung 4	0614	<input type="checkbox"/> 1
Erzeugung erneuerbarer Energien (ohne Eigenverbrauch) 5	0615	<input type="checkbox"/> 1
Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen im Betrieb (z. B. Möbel aus Nutzholz) 6	0616	<input type="checkbox"/> 1
Be- und Verarbeitung von Holz (z. B. Bauholz, Brennholz) 6	0617	<input type="checkbox"/> 1
Fischzucht und Fischerzeugung 6	0618	<input type="checkbox"/> 1
Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe 6	0619	<input type="checkbox"/> 1
Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft (z. B. für Kommunen) 6	0620	<input type="checkbox"/> 1
Forstwirtschaft 7	0621	<input type="checkbox"/> 1
sonstige Einkommenskombinationen 7	0622	<input type="checkbox"/> 1

	Code	Bitte ankreuzen.
Anteil des Umsatzes aus den genannten Tätigkeiten am Gesamtumsatz des Betriebes	bis 10 %	<input type="checkbox"/> 1
	über 10 bis 50 %	<input type="checkbox"/> 2
	über 50 bis unter 100 %	<input type="checkbox"/> 3

1 Im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Arbeitskräfte

Zu den im landwirtschaftlichen Betrieb Beschäftigten zählen Personen im Alter von 15 Jahren und älter. **Nicht zu berücksichtigen** sind Arbeitskräfte eines rechtlich selbstständigen Gewerbebetriebes des Betriebsinhabers.

2 Familienarbeitskräfte in Einzelunternehmen

Dieser Abschnitt ist nur von Einzelunternehmen auszufüllen, nicht von GbR. Es sind Eintragungen für jede einzelne Familienarbeitskraft zu machen. Dagegen sind die mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers, die **außerhalb des Betriebes** leben und familienfremde Arbeitskräfte sowie die ständig beschäftigten Arbeitskräfte und mitarbeitenden Gesellschafter einer GbR im Abschnitt „Ständig beschäftigte Arbeitskräfte ohne Familienarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen“ einzutragen.

3 Ehegatte

Dem Betriebsinhaber und seinem Ehegatten sind ehe- und lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaften gleichgesetzt. Hat der Betriebsinhaber keinen Ehegatten oder keine dem Ehegatten gleichgesetzte Person oder ist diese Person nicht im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt, ist diese Zeile freizulassen.

4 Betriebsleiter

Der Betriebsleiter/Geschäftsführer ist diejenige Person, die den landwirtschaftlichen Betrieb leitet, also alle Aufgaben zur laufenden Steuerung des Betriebes (Planung, Entscheidung, Organisation und Kontrolle) wahrnimmt. In Einzelunternehmen kann es sich um den Betriebsinhaber selbst, einen Familienangehörigen oder um eine andere mit der Leitung beauftragte Person handeln, die im landwirtschaftlichen Betrieb tätig ist. Bei einem Zusammenschluss von mehreren natürlichen Personen in Form einer Gesellschaft oder einer Erbengemeinschaft (z. B. Betriebe mit mehreren Gesellschaftern), ist die am Tag der Erhebung überwiegend mit der Geschäftsführung betraute Person als Betriebsleiter/Geschäftsführer auszuweisen.

5 Geleistete Stunden/Woche für den Betrieb

Hier ist die gesamte für den landwirtschaftlichen Betrieb geleistete Arbeitszeit ausgedrückt in durchschnittlich geleisteten Stunden je Woche einzutragen. Dazu zählen alle landwirtschaftlichen Arbeiten für den Betrieb sowie alle Arbeiten in Einkommenskombinationen des Betriebes.

Landwirtschaftliche Arbeiten für den Betrieb sind

- sämtliche Feld-, Hof- und Stallarbeiten,
- Arbeiten für die Betriebsorganisation und -führung,
- Arbeiten für die Unterhaltung der Betriebsgebäude und Maschinen,
- Arbeiten für die Lagerung, Verarbeitung (z. B. Silierung) und Marktvorbereitung (z. B. Verpackung),
- innerbetriebliche Transportleistungen z. B. beim Absatz selbsterzeugter Produkte des Betriebes und beim Bezug von Produktionsmitteln,

- weitere nicht abtrennbare Tätigkeiten, die mit der landwirtschaftlichen Haupttätigkeit verbunden sind und
- Nachbarschaftshilfe in anderen landwirtschaftlichen Betrieben.

Zu den Arbeiten in Einkommenskombinationen zählen ausschließlich die auf Seite 35 genannten Tätigkeiten.

Arbeitszeiten im Haushalt des Betriebsinhabers, wie die Versorgung der Familie in den Bereichen Ernährung, Wohnung, Bekleidung, Gesundheit (Krankenpflege) und Kinderbetreuung, zählen **nicht** dazu. Personen, die im Laufe des Berichtszeitraumes ihr Arbeitsverhältnis begonnen bzw. beendet haben, sind anteilmäßig durch Umrechnung der geleisteten Arbeitszeiten auf 12 Monate in die Erhebung einzubeziehen (einschließlich Auszubildende). Arbeitszeiten an Sonn- und Feiertagen sowie Zeiten vorübergehender Krankheiten, des Urlaubs und des Mutterschafts- und Erziehungsurlaubs sind zu berücksichtigen.

6 Geleistete Stunden/Woche, darunter in Einkommenskombinationen

Hier sind die Arbeitszeiten von Beschäftigten des landwirtschaftlichen Betriebes in Einkommenskombinationen anzugeben (nur, wenn auf Seite 35 Eintragungen erfolgten).

7 Geleistete Stunden/Woche außerhalb des Betriebes

Hierzu zählen alle auf Erwerb ausgerichteten Tätigkeiten des Betriebsinhabers, Ehegatten und der weiteren Familienangehörigen außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes.

8 Ständig beschäftigte Arbeitskräfte ohne Familienarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen

In diesem Abschnitt sind die mit betrieblichen Arbeiten ständig beschäftigten Arbeitskräfte von Betrieben aller Rechtsformen einzutragen. Ständig beschäftigte Arbeitskräfte sind Personen mit einem unbefristeten oder mindestens auf sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsvertrag. Mitarbeitende Gesellschafter einer GbR sind ebenfalls hier einzutragen. Von Einzelunternehmen sind hier nur die familienfremden ständig beschäftigten Arbeitskräfte und Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb leben, anzugeben.

9 Den Ergänzungsbogen E erhalten Sie vom statistischen Amt.

Im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Arbeitskräfte 1
Familienarbeitskräfte in Einzelunternehmen (ohne GbR) von März 2015 bis Februar 2016 2

Familienarbeitskräfte in Einzelunternehmen (ohne GbR)	Laufende Nummer der Person	Geschlecht		Geburtsjahr <i>Nur die letzten beiden Stellen eintragen.</i>	Wer ist Betriebs- leiter? <i>Nur eine Person ankreuzen.</i> 4	Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche		In einer anderen Erwerbs- tätigkeit durchschnitt- lich geleistete Stunden je Woche 7
		männ- lich	weib- lich			für den Betrieb insgesamt 5	darunter in Einkommens- kombi- nationen 6	
Code	0800	0801		0802	0803	0811	0812	0813
Betriebsinhaber	001	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____	_____
Ehegatte 3	002	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____	_____
Familienarbeitskraft ...	003	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____	_____
Familienarbeitskraft ...	004	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____	_____
Familienarbeitskraft ...	005	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____	_____
Familienarbeitskraft ...	006	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____	_____
	0850	_____	_____	(wird vom statistischen Amt ausgefüllt)				

**Ständig beschäftigte Arbeitskräfte ohne Familienarbeitskräfte in
Betrieben aller Rechtsformen von März 2015 bis Februar 2016 8**

Ständig beschäftigte Arbeitskräfte <i>Bei mehr als 12 ständig beschäftigten Arbeitskräften bitte Ergänzungsbogen ausfüllen. 9</i>	Laufende Nummer der Person	Geschlecht		Geburtsjahr <i>Nur die letzten beiden Stellen eintragen.</i>	Wer ist Betriebs- leiter? <i>Nur eine Person ankreuzen.</i> 4	Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche	
		männ- lich	weib- lich			für den Betrieb insgesamt 5	darunter in Einkommens- kombi- nationen 6
Code	0900	0901		0902	0903	0911	0912
Person	001	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
Person	002	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
Person	003	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
Person	004	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
Person	005	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
Person	006	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
Person	007	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
Person	008	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
Person	009	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
Person	010	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
Person	011	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
Person	012	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	_____	<input type="checkbox"/> 1	_____	_____
	0950	_____	_____	(wird vom statistischen Amt ausgefüllt)			

1 Mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigte Saisonarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen

Hier sind die Saisonarbeitskräfte von Betrieben aller Rechtsformen einzutragen. Saisonarbeitskräfte sind Personen mit einem befristeten, auf weniger als sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsvertrag. Für diese Personen sind **nur** die geleisteten Arbeitszeiten für **landwirtschaftliche Arbeiten** auszuweisen. Ist eine Saisonarbeitskraft mehrmals im Jahr im Betrieb beschäftigt, wird diese als eine Person gezählt. Arbeitszeiten für Tätigkeiten in Einkommenskombinationen (Seite 35) sind nicht anzugeben.

2 Arbeitsleistung in Tagen

Bei stundenweise geleisteter Arbeitszeit gelten acht Arbeitsstunden als ein voller Arbeitstag.

3 Jahresnettoeinkommen

Diese Frage dient zur Unterscheidung von Haupt- und Nebenerwerb.

Zum Jahresnettoeinkommen von Betriebsinhaber und/oder Ehegatten zählen Einkommen aus

- einem Gewerbebetrieb, aus selbständiger oder freiberuflicher Erwerbstätigkeit,
- Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer,
- Quellen der privaten und gesetzlichen sozialen Sicherung (einschließlich Kindergeld),
- Verpachtung, Vermietung und Kapitalvermögen und
- sonstigen Quellen (z. B. Gewinne aus anderen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben).

4 Berufsbildung des Betriebsleiters/ Geschäftsführers 2016

Hier ist die landwirtschaftliche und/oder gartenbauliche Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss des im Abschnitt „Arbeitskräfte“ benannten Betriebsleiters/ Geschäftsführers anzugeben. Bei fehlender landwirtschaftlicher Berufsausbildung bitte nur ausschließlich praktische Erfahrung ankreuzen. Besteht sowohl eine landwirtschaftliche als auch eine gartenbauliche Berufsbildung können in beiden Kategorien Angaben gemacht werden.

5 Bildungsmaßnahme Betriebsleiter/Geschäftsführer

Hier ist „ja“ anzukreuzen, wenn der Betriebsleiter/ Geschäftsführer in den letzten 12 Monaten an einer beruflichen Bildungsmaßnahme teilgenommen hat. Das kann sowohl eine Ausbildung zur Erlangung von Grundkenntnissen als auch eine Fortbildung zur Wissensvertiefung auf dem Gebiet der Landwirtschaft bzw. des Gartenbaus oder der Geschäftsbereiche in Verbindung mit Einkommenskombinationen sein. Die Aus-/Fortbildung findet im Regelfall außerhalb des Arbeitsplatzes statt und wird von dafür vorgesehenen Bildungseinrichtungen durchgeführt.

Mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigte Saisonarbeitskräfte
in Betrieben aller Rechtsformen von März 2015 bis Februar 2016 **1**

Waren von März 2015 bis Februar 2016 Saisonarbeitskräfte im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt?	Code 1000	ja <input type="checkbox"/> 1	Bitte weiter mit Code 1001 auf dieser Seite.
		nein <input type="checkbox"/> 2	Bitte weiter mit Code 1011 auf dieser Seite.

	Code	männlich	Code	weiblich
Zahl der Personen	1001	_____	1003	_____
Arbeitsleistung in vollen Tagen 2	1002	_____	1004	_____

Jahresnettoeinkommen in Einzelunternehmen (ohne GbR) im Kalenderjahr 2015

Beziehen der Betriebsinhaber und/oder Ehegatte außerbetriebliche Einkommen (einschließlich Kindergeld, Renten, Kapitalerträge u. Ä.)?	Code 1011	ja <input type="checkbox"/> 1	Bitte weiter mit Code 1010.
		nein <input type="checkbox"/> 2	Bitte weiter mit Code 0651 auf dieser Seite.

	Code	Bitte ankreuzen.
Welches Jahresnettoeinkommen von Betriebsinhaber und/oder Ehegatte zusammen war höher? 3	aus außerbetrieblichen Quellen	1010 <input type="checkbox"/> 1
	aus dem landwirtschaftlichen Betrieb	<input type="checkbox"/> 2

Berufsbildung des Betriebsleiters/Geschäftsführers 2016 **4**

Bitte machen Sie Angaben zur landwirtschaftlichen und/oder gartenbaulichen Berufsbildung des Betriebsleiters/Geschäftsführers.	Code	Landwirtschaftliche Berufsbildung	Code	Gartenbauliche Berufsbildung	
	Ankreuzen in beiden Spalten möglich.				
Ausschließlich praktische Erfahrung	0651	<input type="checkbox"/> 1	0656	<input type="checkbox"/> 1	
Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss	Berufsschule/Berufsfachschule (ohne betriebliche Lehre)	0652	<input type="checkbox"/> 1	0657	<input type="checkbox"/> 1
	Berufsausbildung/Lehre (Gehilfen-, Facharbeiter- oder andere Abschlussprüfung)		<input type="checkbox"/> 2		<input type="checkbox"/> 2
	Einjährige Fachschule, Landwirtschaftsschule (auch Weinbau-, Gartenbau-, Winterschule)		<input type="checkbox"/> 3		<input type="checkbox"/> 3
	Fortbildung zum Meister, Fachagrarwirt		<input type="checkbox"/> 4		<input type="checkbox"/> 4
	Höhere Landbauschule, Technikerschule, zweijährige Fachschule, Fachakademie		<input type="checkbox"/> 5		<input type="checkbox"/> 5
	Studium mit weniger als 4 Jahren Regelstudienzeit (Bachelor, Diplom (FH), Ingenieurschule)		<input type="checkbox"/> 6		<input type="checkbox"/> 6
	Studium mit mindestens 4 Jahren Regelstudienzeit (Diplom, Master, Promotion)		<input type="checkbox"/> 7		<input type="checkbox"/> 7

Hat der Betriebsleiter/Geschäftsführer in den letzten 12 Monaten an einer beruflichen Bildungsmaßnahme teilgenommen? 5	Code 0653	ja <input type="checkbox"/> 1	
		nein <input type="checkbox"/> 2	

1 Art der Gewinnermittlung

Für Betriebe der Rechtsform **Einzelunternehmen**, die eine Einkommenssteuererklärung an das Finanzamt richten, erfolgt eine Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke nach einer der vier Arten der Gewinnermittlung.

Für **Personengemeinschaften/-gesellschaften (GbR, OHG, KG)** und **juristische Personen des privaten Rechts** erfolgt stets eine Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke.

Für Personengesellschaften in Form der **GbR**, oder Erbengemeinschaft erfolgt eine der vier Arten der Gewinnermittlung.

Für OHG und KG sowie für juristische Personen des Privatrechts erfolgt die Gewinnermittlung nur nach der Gewinnermittlungsart „Buchführung mit Jahresabschluss“.

Die Besteuerung nach § 13a Einkommenssteuergesetz (EStG) sieht für kleinere landwirtschaftliche Betriebe die Möglichkeit vor, den Gewinn nach Durchschnittssätzen pauschal zu ermitteln.

2 Form der Umsatzbesteuerung

Landwirtschaftliche Betriebe können bei der Umsatzsteuer zwischen der Pauschalierung und Optierung (Regelbesteuerung) wählen.

Bei der **Pauschalierung** entfällt im Regelfall die Zahlpflicht gegenüber dem Finanzamt und damit auch die Notwendigkeit von Aufzeichnungen.

Auf schriftlichen Antrag gegenüber dem Finanzamt können landwirtschaftliche Betriebe aber auch die **Optierung (Regelbesteuerung)** wählen. Ab dem Übergang zur Optierung gelten nicht mehr (wie zur Pauschalierung) die Mehrwertsteuer-Pauschalsätze, sondern die allgemeinen Mehrwertsteuersätze von 7 % bzw. 19 %. Die vereinnahmte Mehrwertsteuer und die entrichtete Vorsteuer sind laufend aufzuzeichnen. Wurde ein entsprechender Antrag abgegeben, muss stets die „Optierung“ angekreuzt werden.

Gewinnermittlung im Wirtschaftsjahr 2015/2016

Erfolgt für diesen Betrieb eine Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke?	Code 0461	ja	<input type="checkbox"/>	1	Bitte weiter mit Code 0462.
		nein	<input type="checkbox"/>	2	Bitte weiter mit Code 0471.

		Code	Bitte ankreuzen.
Art der Gewinnermittlung 1	Buchführung mit Jahresabschluss	0462	<input type="checkbox"/> 1
	Einnahmen-Ausgaben-Überschussrechnung		<input type="checkbox"/> 2
	nach Durchschnittssätzen (§ 13a-Landwirt)		<input type="checkbox"/> 3
	durch Gewinnschätzung des Finanzamtes		<input type="checkbox"/> 4

Umsatzbesteuerung 2015

		Code	Bitte ankreuzen.
Form der Umsatzbesteuerung 2	Optierung (Regelbesteuerung)	0471	<input type="checkbox"/> 1
	Pauschalierung		<input type="checkbox"/> 2

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Agrarstrukturerhebung (ASE) wird im Frühjahr 2016 als Stichprobe bei höchstens 80 000 landwirtschaftlichen Betrieben und als allgemeine Erhebung durchgeführt. Ziel der Erhebung ist die Gewinnung umfassender, aktueller, wirklichkeitsgetreuer und zuverlässiger statistischer Informationen über die Betriebsstruktur sowie die wirtschaftliche und soziale Situation in den landwirtschaftlichen Betrieben. Die Daten dienen dazu, den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu erkennen und auf seine Ursachen hin untersuchen zu können sowie Erntemengen zu berechnen und vorauszuschätzen. Die Ergebnisse bieten weiterhin für Regierung, Verwaltung, Berufsstand, Wirtschaft und Wissenschaft auf nationaler und supranationaler Ebene die notwendigen statistischen Grundlagen für Entscheidungen und Maßnahmen.

Mit den Ergebnissen werden zugleich die statistischen Anforderungen der Europäischen Union in der EG-Betriebsstrukturerhebung abgedeckt. Die Ergebnisse werden auch für Planungen und Maßnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft herangezogen.

Mit dem Erhebungsteil S wird der gesamte Merkmalskatalog der ASE in einer Stichprobe bei höchstens 80 000 Erhebungseinheiten sowie allgemein in den Bundesländern Berlin, Bremen und Hamburg erfasst.

Rechtsgrundlagen

Agrarstatistikgesetz (AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1975) geändert worden ist,

Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden (ABl. L 321 vom 1.12.2008, S. 14, ABl. L 308 vom 24.11.2009, S. 27),

Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen vom 10. Juli 1995 (BGBl. I S. 910), das zuletzt durch Artikel 26 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934) geändert worden ist,

Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist.

Erhoben werden die Angaben zu § 8 Absatz 1 und zu § 27 Absatz 1 AgrStatG in Verbindung mit Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 93 Absatz 1 Satz 1 AgrStatG in Verbindung mit § 15 BStatG. Nach § 93 Absatz 2 Nummer 1 AgrStatG sind die Inhaber/Inhaberinnen oder Leiter/Leiterinnen landwirtschaftlicher Betriebe Auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 2 BStatG sind alle Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitlich befristete Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Dies ist auf formlosen Antrag möglich. Die Verpflichtung, die geforderten Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Die Antworten sind nach § 15 Absatz 3 BStatG **wahrheitsgemäß, vollständig und innerhalb der** von den statistischen Ämtern der Länder **gesetzten Fristen** zu erteilen.

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung haben nach § 15 Absatz 6 BStatG **keine aufschiebende Wirkung**.

Geheimhaltung

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG grundsätzlich geheim gehalten. Nur in ausdrücklich gesetzlich geregelten Ausnahmefällen dürfen Einzelangaben übermittelt werden.

Nach § 98 Absatz 1 AgrStatG in Verbindung mit § 16 Absatz 4 BStatG dürfen vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder an die zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörden für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen.

Ebenso ist nach § 98 Absatz 5 AgrStatG die Übermittlung von Tabellen mit nach Kreisen untergliederten statistischen Ergebnissen aus der Agrarstrukturerhebung für Aufgaben der Politikfolgenabschätzung für oberste Bundes- oder Landesbehörden an das Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für ländliche Räume, Wald und Fischerei, zulässig, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen.

Nach § 16 Absatz 6 BStatG ist es auch zulässig, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben Einzelangaben zu übermitteln, wenn diese so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft dem/der Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können.

Nach Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 557/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken in Bezug auf den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke (ABl. L 164 vom 18.6.2013, S. 16) darf Eurostat in seinen Räumen oder in den Räumen einer von Eurostat anerkannten Zugangseinrichtung für wissenschaftliche Zwecke Einzelangaben ohne Name und Anschrift zugänglich machen. Nach Artikel 7 Absatz 2 der genannten Verordnung darf Eurostat darüber hinaus Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke weitergeben, wenn diese so verändert wurden, dass die Gefahr einer Identifizierung der statistischen Einheit auf ein angemessenes Maß verringert wurde. Der Zugang nach Absatz 2 kann gewährt werden, sofern in der den Zugang beantragenden Forschungseinrichtung geeignete Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden.

Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Empfänger von Einzelangaben sind.

Hilfsmerkmale, laufende Nummern, Ordnungsnummern, Trennen

Hilfsmerkmale sind Vor- und Familienname (gegebenfalls Firma, Instituts- oder Behördenname) und Anschrift der Auskunftspflichtigen sowie die Angabe zu Name und Telefonnummer oder E-Mail-Adresse der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sowie die Identifikationskennziffern im Rahmen der Verwendung von Verwaltungsdaten nach § 93 Absatz 5 und 6 AgrStatG. Sie dienen lediglich der technischen Durchführung der Erhebung und werden spätestens nach Abschluss der Prüfung der Angaben vom Fragebogen getrennt und in das Betriebsregister übernommen.

Die Vor- und Familiennamen sowie Anschriften der bisherigen Bewirtschafter von seit dem Vorjahr erhaltenen Flächen sowie der neuen Bewirtschafter von im gleichen Zeitraum abgegebenen Flächen oder der jeweiligen Eigentümer und die Größe und Belegenheit dieser Flächen sind ebenfalls Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. Sie werden nach Abschluss der Erhebung vernichtet bzw. gelöscht.

Ordnungsnummern wie die Gemeindekennziffer dienen der rationellen Aufbereitung oder werden zur strukturierten Ergebnisdarstellung benötigt.

Kennnummer des Betriebes und Betriebsregister

Nach § 97 Absatz 3 AgrStatG wird für jede Erhebungseinheit eine systemfreie und landesspezifische Kennnummer vergeben, die von den Statistischen Ämtern der Länder in das nach § 97 Absatz 1 AgrStatG zu führende landwirtschaftliche Betriebsregister übernommen wird. Sie dient der agrarstatistischen Zuordnung der Betriebe.

In das Betriebsregister werden nach § 97 Absatz 2 AgrStatG folgende Hilfs- und Erhebungsmerkmale aufgenommen:

- Name und Anschrift der Inhaber/Inhaberinnen oder Leiter/Leiterinnen der Betriebe
- Name, Rufnummer und Adresse für elektronische Post der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Personen
- Betriebssitz und die Bezeichnung für regionale Zuordnungen sowie die Lagekoordinaten des Betriebssitzes
- Art des Betriebes
- Rechtsstellung des/der Betriebsinhabers/Betriebsinhaberin
- Größe der Flächen und Tierzahlen, die zur Bestimmung des Berichtskreises und der Schichtzugehörigkeit in der Stichprobe notwendig sind
- Kennnummer im Statistikregister
- Beteiligung an agrarstatistischen Erhebungen
- Tag der Aufnahme in das Betriebsregister
- Identifikationskennziffern im Rahmen der Verwendung von Verwaltungsdaten nach § 93 Absatz 5 und 6 AgrStatG
- Art der Bewirtschaftung

Anlage 7

Handbuch zur Agrarstrukturerhebung 2016

Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn
Gruppe G 1

H a n d b u c h

Agrarstrukturerhebung 2016

Stand: 02.02.2015

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	1
Allgemeines zur Agrarstrukturerhebung (ASE)	1
Ziel der Erhebung	1
Aufbau der Erhebung	1
Rechtsgrundlagen	1
Auskunftspflicht	2
Statistische Geheimhaltung.....	2
Gliederung der Agrarstrukturerhebung	3
Rechtsform des Betriebes 2016	5
0040 Einzelunternehmen.....	5
0040 Personengemeinschaften, -gesellschaften	5
0040 Juristische Personen des privaten Rechts	6
0040 Juristische Personen des öffentlichen Rechts	7
Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung 2016	8
0100 Erfüllt Ihr Betrieb mindestens eine der folgenden Voraussetzungen: Bewirtschaften Sie Ackerland? Betreiben Sie Gartenbau?	8
4001 Bewirtschaften Sie Ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche nach dem Kontrollverfahren zum ökologischen Landbau nach der Verordnung (EG) Nr. 834/2007?.....	8
4010 Umgestellte LF	9
4011 In Umstellung befindliche LF	9
Anbau auf dem Ackerland 2016.....	9
0101 – 0111	
(4101 - 4111) Getreide zur Körnergewinnung	9
0121 – 0125	
(4121 - 4125) Pflanzen zur Grünernte.....	10
0140, 0145 – 0146	
(4140, 4145 - 4146) Hackfrüchte	11
0131 – 0135	
(4131 – 4135) Hülsenfrüchte	11
0161 – 0165	
(4761 – 4765) Ölfrüchte	12
0171 – 0177	
(4771 – 4774, 4175, 4776, 4177) Weitere Handelsgewächse	13
0181 – 0186	
(4181 – 4186) Gartenbauerzeugnisse	13
0195 (4195) Saat und Pflanzguterzeugung für Gräser, Hackfrüchte und Handels- gewächse	15
0196 (4196) Sonstige Kulturen auf dem Ackerland.....	15
0201 (4801) Stillgelegtes/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland/Brache mit Beihilfe-/Prämienanspruch ohne wirtschaftliche Nutzung und ohne nachwachsende Rohstoffe	15
0202 (4802) Brache ohne Beihilfe-/Prämienanspruch	15
0210 (4810) Ackerland insgesamt	16
Dauerkulturen und Dauergrünland 2016	16
0211 – 0220	
(4211 – 4820) Dauerkulturen.....	16
0231 – 0234	
(4231 – 4834) Dauergrünland.....	17
0239 (4239) Haus- und Nutzgärten	19

0240 (4240) Landwirtschaftlich genutzte Fläche	19
Sonstige Flächen und selbstbewirtschaftete Gesamtfläche 2016	19
0241 – 0244 Sonstige Flächen	20
0250 Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche	21
Erzeugung von Speisepilzen 2016	21
0255 – 0256 Speisepilze	22
Bewässerung im Freiland im Kalenderjahr 2015	22
0291 Hatte der Betrieb die Möglichkeit, landwirtschaftlich genutzte Fläche im Freiland zu bewässern?	22
0292 LF, die 2015 hätte bewässert werden können	22
0293 LF, die 2015 tatsächlich bewässert wurde	22
2091 – 2092 Bewässerungsverfahren im Freiland	22
2093 Wasserquelle die überwiegend zur Bewässerung im Freiland genutzt wurde	23
Bodenbearbeitungsverfahren in den letzten 12 Monaten	23
2001 Ackerland mit konventioneller wendender Bodenbearbeitung	24
2002 Ackerland mit konservierender nicht wendender Bodenbearbeitung .	24
2003 Ackerland mit Direktsaatverfahren	24
Fruchtwechsel	24
2016 Ackerland, auf dem im Anbaujahr 2016 die gleiche einjährige Frucht- art angebaut wird wie im Anbaujahr 2015	24
Erosionsschutz von Oktober 2015 bis Februar 2016	25
2011 Ackerland mit Bodenbedeckung	25
2015 Ackerland ohne Bodenbedeckung	25
Zwischenfruchtanbau von Juni 2015 bis Mai 2016	25
0280 Wurden im Zeitraum von Juni 2015 bis Mai 2016 Zwischenfrüchte angebaut?	26
0271, 0281 Sommer- und Winterzwischenfruchtanbau	26
Eigentums- und Pachtverhältnisse 2016	26
0401 Landwirtschaftlich genutzte Fläche	27
0402 Eigene selbstbewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche	27
0403 Unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene landwirtschaftlich genutzte Fläche	27
0404 – 0405 Gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche	27
Pachtflächen und Pachtentgelte 2016	28
0411, 0421 Von anderen Verpächtern gepachtete LF und Jahrespacht	28
0412 – 0414, 0422 – 0424 Gepachtete Einzelgrundstücke	28
0431 – 0433, 0441 – 0443 Erstpachtungen und Pachtpreisänderungen in den letzten zwei Jahren	28
0451, 0452 Geschlossene Hofpacht	28
Betriebe mit Anbau von Gartenbaugewächsen 2016	29
5801 Verfügt Ihr Betrieb 2016 über mindestens eine der folgenden Kulturen?	29
Hohe begehbare Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern 2016	29
5810 Verfügt Ihr Betrieb über Flächen unter hohen begehbaren Schutzab- deckungen einschließlich Gewächshäusern?	29
5811 - 5817 Art der Eindeckung und ihre Grundfläche	29
5821 - 5822 Art der Nutzung	30
Verbrauchte Energiemengen für die Beheizung von hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern im Jahr 2015	30
5830 Wurden hohe begehbare Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern im Jahr 2015 beheizt?	30
5831 - 5840 Energieträger und Mengenangaben	30
5841 sonstige Energieträger	31

Einnahmen des Betriebes 2015	31
5851 eigene Erzeugung von Gartenbauprodukten	32
5852 eigene Erzeugung von sonstigen landwirtschaftlichen Produkten	32
5853 Handelswaren.....	32
5854 Dienstleistungen aus Friedhofsgärtnerei, Grabpflege.....	32
5855 Dienstleistungen aus Garten- und Landschaftsbau.....	32
5856 Sonstige Dienstleistungen	32
Viehbestände am 1. März 2016.....	32
0300 Halten Sie Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Geflügel oder Einhufer?	33
4002 Sind Ihre Viehbestände (einschl. Rinder) in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen?	33
4310 Rinder.....	33
0330 – 0337	
(4330 – 4337) Schweine.....	34
0350 – 0357	
(4350 – 4357) Schafe	34
0360 – 0362	
(4360 – 4362) Ziegen	35
0390 (4390) Einhufer.....	35
0370 – 0373, 0375 - 0378	
(4370 – 4373) Hühner	36
0380 – 0383, 0385 - 0388	
(4380 – 4383) Gänse, Enten, Truthühner	36
Wirtschaftsdüngerausbringung auf dem Acker- und Dauergrünland im Kalenderjahr 2015	36
2300 Gülle, Jauche oder flüssiger Biogas-Gärrest	37
2301 Festmist, Geflügeltrockenkot, fester Biogas-Gärrest	37
Aufgenommener und abgegebener Wirtschaftsdünger im Kalenderjahr 2015.....	37
2511, 2515 An Dritte abgegebene Wirtschaftsdüngermenge	37
2512, 2516 Von Dritten aufgenommene Wirtschaftsdüngermenge	37
Ausbringung von flüssigen Wirtschaftsdüngern auf Acker- und Dauergrünland im Kalenderjahr 2015.....	37
2310, 2311 Ausbringungsmenge für Dauergrünland und Ackerland insgesamt	38
2312, 2313 Ausbringungsmenge für Ackerland auf bestellten Flächen, Stoppeln oder unbestellten Fläche.....	38
2303, 2304,	
2309, 2307 Anteile der flüssigen Wirtschaftsdüngerarten im Kalenderjahr 2015 ..	38
Ausbringungstechnik im Kalenderjahr 2015.....	38
2320, 2330, 2340 Breitverteiler.....	38
2321, 2331, 2341 Schleppschlauch	38
2322, 2332, 2342 Schleppschuh.....	39
2323, 2333, 2343 Schlitzverfahren.....	39
2324, 2334, 2344 Güllegrubber oder andere Injektionstechniken.....	39
Zeit die der flüssige Wirtschaftsdünger im Kalenderjahr 2015 unbearbeitet auf Stoppeln oder unbestellter Fläche lag.....	39
2390, 2394,	
2391, 2395 Zeit bis zur Einarbeitung des flüssigen Wirtschaftsdüngers	39
Ausbringung von festen Wirtschaftsdüngern auf Acker- und Dauergrünland im Kalenderjahr 2015.....	39
2360, 2370, 2380,	
2361, 2371, 2381 Ausbringungsmenge für Dauergrünland und Ackerland insgesamt	39

2362, 2372, 2382,	
2363, 2373, 2383 Ausbringungsmenge für Ackerland	39
Zeit die der feste Wirtschaftsdünger im Kalenderjahr 2015 unbearbeitet auf Stoppeln oder unbestellter Fläche lag.....	40
2501, 2502, 2503 Zeit bis zur Einarbeitung des festen Wirtschaftsdüngers.....	40
Einkommenskombinationen im Betrieb im Kalenderjahr 2015	40
0611 Erzielt der Betrieb Umsätze aus folgenden Tätigkeiten?	40
0624 Bereitstellung von Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen.....	41
0612 Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	41
0613 Fremdenverkehr, Beherbergung, Freizeitaktivitäten	41
0614 Pensions- und Reitsportpferdehaltung	41
0615 Erzeugung erneuerbarer Energien.....	41
0616 Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen im Betrieb	42
0617 Be- und Verarbeitung von Holz	42
0618 Fischzucht und Fischerzeugung.....	42
0619 Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe	42
0620 Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft.....	42
0621 Forstwirtschaft	42
0622 Sonstige Einkommenskombinationen	42
0623 Anteil des Umsatzes aus den oben genannten Tätigkeiten am Gesamtumsatz des Betriebes	42
Im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Arbeitskräfte	43
Familienarbeitskräfte in Einzelunternehmen (ohne GbR) von März 2015 bis Februar 2016	43
0801 Geschlecht	44
0802 Geburtsjahr	44
0803 Wer ist Betriebsleiter?	44
0811 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche für den Betrieb insgesamt.....	44
0812 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche in Einkommenskombinationen	45
0813 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche in einer anderen Erwerbstätigkeit.....	45
Ständig beschäftigte Arbeitskräfte ohne Familienarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen von März 2015 bis Februar 2016	45
0901 Geschlecht	46
0902 Geburtsjahr	46
0903 Wer ist Betriebsleiter/Geschäftsführer?	46
0911 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche für den Betrieb insgesamt.....	46
0912 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche in Einkommenskombinationen	47
Mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigte Saisonarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen von März 2015 bis Februar 2016.....	47
1001, 1003 Anzahl der Personen	47
1002, 1004 Arbeitsleistung	47
Jahresnettoeinkommen in Einzelunternehmen (ohne GbR) im Kalenderjahr 2015.....	48
1010 Welches Jahresnettoeinkommen von Betriebsinhaber und/oder Ehegatte war höher?	48
Berufsbildung des Betriebsleiters/Geschäftsführers 2016.....	49
0651, 0656 Ausschließlich praktische Erfahrung	49
0652, 0657 Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss.....	49
0653 Hat der Betriebsleiter/Geschäftsführer in den letzten 12 Monaten an einer beruflichen Bildungsmaßnahme teilgenommen?	50

Gewinnermittlung/Umsatzbesteuerung im Wirtschaftsjahr 2015/2016	51
Gewinnermittlung im Wirtschaftsjahr 2015/2016	51
0461 Erfolgt für diesen Betrieb eine Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke?	51
0462 Art der Gewinnermittlung	51
Umsatzbesteuerung 2015	52
0471 Form der Umsatzbesteuerung	52
Förderung der ländlichen Entwicklung	53
0701 Teilnahme an Qualitätsprogrammen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel.....	53
0702 Zahlungen im Rahmen von Natura 2000 und der Wasserrahmenrichtlinie	53
0703 Zahlungen für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen	53
0704 Ökologischer/biologischer Landbau	53
0705 Tierschutzmaßnahmen	53
0706 Investitionen in materielle Vermögenswerte	53
0707 Vorbeugung von Schäden und Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Produktionspotenzials nach Naturkatastrophen und Katastrophen-ereignissen	53
0708 Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe und sonstiger Unternehmen	53
0709 Investitionen in die Entwicklung von Waldgebieten und Verbesserung der Lebensfähigkeit von Wäldern	53
0710 Aufforstung und Anlage von Wäldern	54
0711 Einrichtung von Agrarforstsystemen	54
0712 Vorbeugung von Schäden und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands von Wäldern	54
0713 Investitionen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und des ökologischen Werts von Wäldern	54
0714 Investitionen in Techniken der Forstwirtschaft sowie in die Verarbeitung, Mobilisierung und Vermarktung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse	54
0715 Zahlungen für aus naturbedingten oder anderen spezifischen Gründen benachteiligte Gebiete.....	54
0716 Waldumwelt- und Klimadienstleistungen und Erhaltung der Wälder ..	54
0717 Risikomanagement.....	54
Ökologische Vorrangflächen.....	55
0264 Im Umweltinteresse genutzte Flächen	55
Anlage.....	I
1. Durchführung der Erhebung mit Hilfe eines Erhebungsbeauftragten.....	II
3.1 Rechte und Pflichten der Erhebungsbeauftragten	II
3.2 Erhebungsunterlagen	II
3.3 Durchführung der Erhebung	II
3.4 Nachprüfung der Angaben in den Fragebogen	III
2. Grundbegriffe.....	IV
3. Beispielsammlung.....	VII
3.1 Ermittlung des außerbetrieblichen Einkommens	VII
3.2 Beispiele für verbreitet vorkommende Arten außerbetrieblichen Einkommens.....	VII
3.3 Beispiele aus weder zum Betrieblichen noch zum außerbetrieblichen Nettoeinkommen zählende Einnahmen	IX
4. IDEV-Systemvoraussetzungen.....	X
4.1 Systemvoraussetzungen	X
4.2 Kompatibilitätsansicht	X
4.3 POP-up-Blocker	X
5. Verwendung der Qualitätskennzeichen VG/GS in AGRA 2010	XII
6. Umgang mit Erhebungsteilwechslern und unvollständigen Online-Meldungen.....	XIV

Vorbemerkung

Allgemeines zur Agrarstrukturerhebung (ASE)

Die ASE wird in Deutschland im 1. Halbjahr 2016 als Kombination einer allgemeinen Erhebung mit einer Stichprobenerhebung durchgeführt. Befragt werden landwirtschaftliche Betriebe ab einer bestimmten Mindestgröße, die im Agrarstatistikgesetz (AgrStatG) festgelegt ist (s. § 91 AgrStatG). Mit den Ergebnissen der ASE werden zugleich die statistischen Anforderungen der Europäischen Union in der EU-Betriebsstrukturerhebung abgedeckt. Über die allgemein erhobenen Merkmale soll der nationale Bedarf an Regionaldaten gedeckt werden.

Zur Durchführung der ASE werden zwei verschiedene Erhebungsteile und damit unterschiedliche Fragebogen verwendet. Mit dem Fragebogen für den Erhebungsteil S wird der gesamte Merkmalskatalog der ASE in einer Stichprobe Bundesweit bei höchstens 80 000 landwirtschaftlichen Betrieben sowie einer allgemeinen Erhebung in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg erfasst. Mit dem Fragebogen für den Erhebungsteil N werden Angaben zu den Themenkomplexen Rechtsform, Bodennutzung, Tierhaltung, ökologischer Landbau sowie Gewinnermittlung und Umsatzbesteuerung bei den Betrieben erhoben, die nicht in der Stichprobe enthalten sind (Nichtstichproben-Betriebe). Die Angaben zur Bodennutzung entsprechen denen der Bodennutzungshaupterhebung 2016 – diese Erhebung ist in die ASE integriert.

Unabhängig vom Erhebungsteil werden bei allen Betrieben, die Gartenbaugewächse anbauen, Angaben zu hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern und zu für deren Beheizung verbrauchten Energiemengen sowie zu Einnahmen des Betriebes erhoben.

Darüber hinaus findet die Agrarstrukturerhebung mit stark reduziertem Merkmalskatalog (Themenkomplex Rechtsform und stark reduzierter Themenkomplex Bodennutzung) als allgemeine Erhebung bei Forstbetrieben statt. Da die enthaltenen Merkmale sich inhaltlich nicht von denen der ASE bei landwirtschaftlichen Betrieben unterscheiden, wird auf die ASE bei Forstbetrieben nachfolgend nicht näher eingegangen.

Ziel der Erhebung

Ziel der Erhebung ist die Gewinnung umfassender, aktueller, wirklichkeitsgetreuer und zuverlässiger statistischer Informationen über die Betriebsstruktur, die soziale Situation in den landwirtschaftlichen Betrieben sowie die geleisteten Tätigkeiten zum Landmanagement und zum Umweltschutz. Die Daten dienen dazu, den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu erkennen und auf seine Ursachen hin untersuchen zu können sowie Erntemengen zu berechnen. Außerdem liefern die Daten zahlreiche Informationen als Grundlage zur Ausgestaltung der Förderperiode 2017 bis 2020 der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union und für die Verteilung des Agrarhaushaltes auf die Mitgliedstaaten nach 2017. Da die Ergebnisse auch für Planungen und Maßnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft herangezogen werden, verdient die Erhebung uneingeschränkte Unterstützung.

Aufbau der Erhebung

Einen Überblick über den Aufbau und die zu erfragenden Merkmalskomplexe der Befragung gibt das Schema auf Seite 3 und 4.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden (ABl. L 321 vom 1.12.2008, S. 14, 2009 ABl. L 308 vom 24.11.2009, S. 27).

Agrarstatistikgesetz - (AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1975).

Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749).

Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen vom 10. Juli 1995 (BGBl. I S. 910), zuletzt geändert durch Artikel 26 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934).

Erhoben werden die Angaben zu § 8 Absatz 1 und zu § 27 Absatz 1 AgrStatG in Verbindung mit Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008.

Auskunftspflicht

Auskunftspflichtig sind nach § 93 Absatz 2 Nummer 1 AgrStatG i.V.m. § 15 BStatG **Inhaber/-innen oder Leiter/-innen landwirtschaftlicher bzw. forstwirtschaftlicher Betriebe.**

Nach § 11a Absatz 2 BStatG sind alle Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitlich befristete Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Dies ist auf formlosen Antrag möglich. Die Verpflichtung, die geforderten Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Die Antworten sind nach § 15 Absatz 3 BStatG **wahrheitsgemäß, vollständig und innerhalb der** von den statistischen Ämtern der Länder **gesetzten Fristen** zu erteilen.

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung haben nach § 15 Absatz 6 BStatG **keine aufschiebende Wirkung.**

Statistische Geheimhaltung

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG grundsätzlich geheim gehalten. Nur in ausdrücklich geregelten Ausnahmefällen dürfen Einzelangaben übermittelt werden.

Nach § 98 Absatz 1 AgrStatG in Verbindung mit § 16 Absatz 4 BStatG dürfen vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder an die zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörden für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen. Zudem ist nach § 98 Absatz 5 AgrStatG die Übermittlung von Tabellen mit nach Kreisen untergliederten statistischen Ergebnissen aus der Agrarstrukturerhebung (§ 24 Absatz 1 Nr. 1) für Aufgaben der Politikfolgenabschätzung für oberste Bundes- oder Landesbehörden an das Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für ländliche Räume, Wald und Fischerei zulässig, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen. Nach § 16 Absatz 6 BStatG ist es auch zulässig, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben Einzelangaben zu übermitteln, wenn diese so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft dem/der Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können.

Nach Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 557/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken in Bezug auf den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke (ABl. L 164 vom 18.6.2013 S. 16) darf Eurostat in seinen Räumen oder in den Räumen einer von Eurostat anerkannten Zugangseinrichtung für wissenschaftliche Zwecke Einzelangaben ohne Name und Anschrift zugänglich machen. Nach Artikel 7 Absatz 2 der genannten Verordnung darf Eurostat darüber hinaus Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke weitergeben, wenn diese so verändert werden, dass die Gefahr einer Identifizierung der statistischen Einheit auf ein angemessenes Maß verringert wurde. Der Zugang nach Absatz 2 kann gewährt werden, sofern in der den Zugang beantragenden Forschungseinrichtung geeignete Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden.

Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Empfänger von Einzelangaben sind.

Gliederung der Agrarstrukturerhebung 2016

Merkmalskomplex	Berichtszeitraum, -punkt	Erhebungsart
• Lagekoordinaten des Betriebssitzes ¹⁾	2016	total
• Rechtsform	2016	total
• Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung ²⁾ <ul style="list-style-type: none"> ○ Anbau auf dem Ackerland ○ Dauerkulturen und Dauergrünland ○ Sonstige Flächen und selbstbewirtschaftete Gesamtfläche ○ Erzeugung von Speisepilzen 	2016	total
• Bewässerung im Freiland	Kalenderjahr 2015	repräsentativ
• Bodenmanagement <ul style="list-style-type: none"> ○ Bodenbearbeitungsverfahren ○ Fruchtwechsel ○ Erosionsschutz ○ Zwischenfruchtanbau 	die letzten 12 Monate	repräsentativ
	Anbaujahr 2015 und 2016	
	Oktober 2015 bis Februar 2016	
	Juni 2015 bis Mai 2016	total
• Eigentums- und Pachtverhältnisse	2016	repräsentativ
• Pachtflächen und Pachtentgelte <ul style="list-style-type: none"> ○ darunter: Innerhalb der letzten zwei Jahre erstmals gepachtete Flächen und Flächen mit Pachtpreisveränderungen 	2016	repräsentativ
	die letzten zwei Jahre	
• Betriebe mit Anbau von Gartenbaugewächsen <ul style="list-style-type: none"> ○ Hohe begehbare Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern (einschließlich vorübergehend nicht genutzter Gewächshausflächen) ○ Verbrauchte Energiemengen für die Beheizung von hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern ○ Einnahmen des Betriebes 	2016	total bei Betrieben mit Anbau von Gartenbau- gewächsen
	2015	
• Viehbestände <ul style="list-style-type: none"> ○ Rinder ³⁾, Schweine, Schafe, Ziegen, Einhufer, Geflügel einschl. Haltungsplätze 	1. März 2016	total
• Ökologischer Landbau	2016	total
• Wirtschaftsdüngerausbringung <ul style="list-style-type: none"> ○ Abgebener und aufgenommener Wirtschaftsdünger ○ Ausbringung von flüssigen Wirtschaftsdüngern auf Acker- und Dauergrünland ○ Anteile der flüssigen Wirtschaftsdüngerarten ○ Ausbringungstechnik ○ Zeit, die der flüssige Wirtschaftsdünger unbearbeitet auf Stoppeln oder unbestellter Fläche lag ○ Ausbringung von festen Wirtschaftsdüngern auf Acker- und Dauergrünland ○ Zeit, die der feste Wirtschaftsdünger unbearbeitet auf Stoppeln oder unbestellter Fläche lag 	Kalenderjahr 2015	repräsentativ

1) Übernahme aus Verwaltungsdaten.

2) Nutzung von Verwaltungsdaten (InVeKoS) möglich.

3) Rinder werden aus der HIT-Rinderdatenbank übernommen.

Merkmalskomplex	Berichtszeitraum, -punkt	Erhebungsart
• Einkommenskombinationen im Betrieb	Kalenderjahr 2015	repräsentativ
• Im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Arbeitskräfte <ul style="list-style-type: none"> ○ Familienarbeitskräfte in Einzelunternehmen (ohne GbR) ○ Ständig beschäftigte Arbeitskräfte ohne Familienarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen ○ Mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigte Saisonarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen ○ Jahresnettoeinkommen in Einzelunternehmen (ohne GbR) 	März 2015 bis Februar 2016	repräsentativ
	Kalenderjahr 2015	
• Berufsbildung des Betriebsleiters/ Geschäftsführers <ul style="list-style-type: none"> ○ Landwirtschaftliche und/ oder gartenbauliche Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss ○ Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme 	2016	repräsentativ
	die letzten 12 Monate	
• Gewinnermittlung/Umsatzbesteuerung <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewinnermittlung ○ Umsatzbesteuerung 	Wirtschaftsjahr 2015/2016	total
	2015	
• Bezug von Beihilfen zur Förderung der ländlichen Entwicklung ¹⁾	Januar 2014 bis Dezember 2016	repräsentativ
• Ökologische Vorrangflächen ²⁾	2016	repräsentativ

1) Übernahme aus Verwaltungsdaten.

2) Nutzung von Verwaltungsdaten (InVeKoS) möglich.

3) Rinder werden aus der HIT-Rinderdatenbank übernommen.

Rechtsform des Betriebes 2016

Allgemeine Hinweise

Die Rechtsform bildet die Grundlage der externen und internen Rechtsbeziehungen einer Unternehmung. In der Agrarstrukturhebung lassen sich diese in folgende Rechtsformen gliedern:

- Einzelunternehmen,
- Personengemeinschaften, -gesellschaften,
- Juristische Personen.

0040

Rechtsform

Einzelunternehmen (Einzelperson, Ehepaar, Geschwister)	<input checked="" type="radio"/>	11
--------------------------------------------------------	----------------------------------	----

Schlüssel-Nr. 11 Einzelunternehmen

Eine natürliche Person ist Alleininhaber des Unternehmens und haftet alleine und unbeschränkt für dessen Verbindlichkeiten. Eine vertragliche Regelung entfällt. Der Alleininhaber bestimmt die Zielsetzung und Politik des Unternehmens. Einem Alleininhaber sind – sofern kein entsprechender Vertrag vorliegt - Ehepaare oder Geschwister gleichgesetzt.

Allgemeine Hinweise: Personengemeinschaften, -gesellschaften

Mehrere natürliche und/oder juristische Personen (mindestens zwei Personen), die als Gesellschafter in ihrer Verbundenheit (Eigentümerverband) Träger der Rechte und Pflichten sind und sich nach den Regeln über die Gesamthand richten. Die Gesellschaft verfügt über keine eigene Rechtspersönlichkeit.

Zu den Personengemeinschaften zählen folgende Gemeinschaften/Gesellschaften:

Personengemeinschaften, -gesellschaften		
nicht eingetragener Verein	<input type="radio"/>	12
Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR, BGB-Gesellschaft)	<input type="radio"/>	13
Offene Handelsgesellschaft (OHG)	<input type="radio"/>	14
Kommanditgesellschaft (KG)	<input type="radio"/>	15
Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Co. Kommanditgesellschaft (GmbH & Co. KG einschließlich Ltd. & Co. KG)	<input type="radio"/>	17
sonstige Personengemeinschaften (einschließlich Erbengemeinschaft)	<input type="radio"/>	16

Schlüssel-Nr. 12 Nicht eingetragener Verein

In das Vereinsregister nicht eingetragener, nicht rechtsfähiger Verein. Als Rechtsform ist er in landwirtschaftlichen Kooperationen anzutreffen. Im Gegensatz zum eingetragenen Verein ist er keine juristische Person.

Schlüssel-Nr. 13 Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR, BGB-Gesellschaft)

Auf einem Vertrag beruhende Personenvereinigung (z. B. mehrere Landwirte) zur Förderung eines gemeinsamen Zweckes. Im Gesellschaftsvertrag sind die Rechte und Pflichten (Beitrags-, Geschäftsführungs- und Treuepflicht) der Gesellschafter festgelegt. Geschäftsführung und Vertretung stehen, soweit vertraglich nicht anders geregelt, allen Gesellschaftern zu. Dazu gehören z. B. auch so genannte Vater-Sohn GbR (häufig gewählte Rechtsform im Rahmen der Einbindung des Hofnachfolgers in die Führung eines landwirtschaftlichen Betrieb).

Schlüssel-Nr. 14 Offene Handelsgesellschaft (OHG)

Eine Gesellschaft, bei der alle Eigentümer zugleich Unternehmer (Gesellschafter) sind, die mit ihrem gesamten Privatvermögen haften. Die OHG ist eine gemeinschaftliche Firma, bei der alle Gesellschafter die Befugnis zur Alleingeschäftsführung und Alleinvertretung haben und somit Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen können. Die OHG wird in das Handelsregister eingetragen.



Hierzu zählt auch die Mischform: „GmbH & Co. OHG“.

Schlüssel-Nr. 15 Kommanditgesellschaft (KG)

Handelsrechtliche Personengesellschaft, die sich von der OHG dadurch unterscheidet, dass zwei Typen von Gesellschaftern existieren. Gesellschafter sind die unbeschränkt haftenden Komplementäre und die

nur mit ihrer Kapitaleinlage haftenden Kommanditisten. Geschäftsführung und Außenvertretung nehmen ausschließlich die Komplementäre wahr. Die KG wird in das Handelsregister eingetragen.



Hierzu zählen auch die Mischformen: „e.G. u. Co. KG“ und „AG & Co. KG“.

Schlüssel-Nr. 16 Sonstige Personengemeinschaften (einschließlich Erbgemeinschaften)

Weitere Gesellschaften in Form des Zusammenschlusses von Personen, wie z. B. der Erbgemeinschaft, in der jeder Miterbe über seinen Anteil am Nachlass in Form der notariellen Beurkundung verfügen kann (Gesamthandsgemeinschaft).

Schlüssel-Nr. 17 Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Co. Kommanditgesellschaft (GmbH & Co. KG einschließlich Ltd. & Co. KG)

Personengesellschaft, die der KG entspricht, nur dass der Komplementär eine GmbH ist. Die Haftung ist auf die Stammeinlage begrenzt. Der GmbH und Co. KG ist die Ltd. & Co. KG gleichzusetzen.

Allgemeine Hinweise: Juristische Personen des privaten Rechts

Juristische Personen des privaten Rechts sind Vereinigungen, Anstalten und Stiftungen. Die juristische Person des privaten Rechts ist eine dauerhaft auf einen gemeinsamen Zweck gerichtete Personenvereinigung oder Organisation, die als solche (von der Summe ihrer jeweiligen Mitglieder und Organe unterschiedene Einheit) selbstständiger Träger von Rechten und Pflichten ist und die durch Handlungen ihrer Organe am Rechtsverkehr teilnimmt. Die natürliche Einheit von Eigentümerschaft und Unternehmerfunktion fehlt. Als weiterer wesentlicher Unterschied zu Personengesellschaften ist die persönliche und unbeschränkte Haftung für die Gesellschaftsschulden für alle Gesellschafter ausgeschlossen. Im Gegensatz zu Personengemeinschaften, -gesellschaften besteht die Möglichkeit von so genannten Einmann-Gesellschaften, z. B. Mini-GmbH.

Juristische Personen des privaten Rechts		
eingetragener Verein (e.V.)	<input type="radio"/>	61
eingetragene Genossenschaft (eG)	<input type="radio"/>	62
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) einschließlich Unternehmergesellschaft (UG bzw. Mini-GmbH)	<input type="radio"/>	63
Aktiengesellschaft (AG)	<input type="radio"/>	64
Anstalt, Stiftung und andere Zweckvermögen	<input type="radio"/>	68
sonstige juristische Personen des privaten Rechts	<input type="radio"/>	69

Code
0040

Schlüssel-Nr. 61 Eingetragener Verein

Eine in das Vereinsregister eingetragene Personenvereinigung mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die in der Satzung festgelegte Zielsetzung kann sowohl auf „nicht wirtschaftliche“ (z. B. soziale, kulturelle) Zwecke als auch wirtschaftliche Zwecke ausgerichtet sein. Die Beschlussfassung erfolgt über den Vorstand, die Mitgliederversammlung und gegebenenfalls über Ausschüsse oder Beiräte.

Schlüssel-Nr. 62 Eingetragene Genossenschaft (eG)

In das Genossenschaftsregister eingetragene Gesellschaft mit nicht geschlossener (freier und wechselnder) Mitgliederzahl, deren Zweck auf den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes gerichtet ist. Sie verfügt im Gegensatz zu den Kapitalgesellschaften nur dann über ein Mindestkapital, wenn dies durch Satzung bestimmt ist. Notwendige Organe sind Vorstand, Aufsichtsrat oder Bevollmächtigter und Generalversammlung.

Schlüssel-Nr. 63 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) einschl. Unternehmergesellschaft (UG bzw. Mini-GmbH)

Die GmbH ist eine Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die über ihre obligatorischen Organe (Gesellschafter bzw. Gesellschafterversammlung und Geschäftsführung) handelt. Zusätzlich ist ein Aufsichtsrat fakultativ möglich. Die Gesellschafter erwerben über eine Stammeinlage Anteilsrechte an der Gesellschaft. Die Anteile sind im Unterschied zur Aktiengesellschaft nicht Gegenstand des freien Handelsverkehrs, sondern werden mit einem in notarieller Form geschlossenen Vertrag festgelegt. Als juristische Person ist die GmbH Handelsgesellschaft und Kaufmann kraft Rechtsform. Sie eignet sich als Rechtsform für kleinere und mittlere Unternehmen. Die Rechtsform Private Company limited by shares (Ltd.) ist der deutschen Rechtsform GmbH (Schlüssel-Nr.17) gleichzusetzen und ist wie diese eine Kapitalgesellschaft. Die UG, auch als Mini-GmbH bezeichnet, ist eine Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit und gehört deshalb wie die GmbH zu den juristischen Personen. Bei der Mini-GmbH

ist die Haftung auf das Gesellschaftsvermögen begrenzt und somit die Haftung der Gesellschafter mit ihrem persönlichen Vermögen grundsätzlich ausgeschlossen. Im Unterschied zur GmbH darf es bei der Mini-GmbH nur einen Geschäftsführer geben. Die Mini-GmbH ist eigenständig und somit steuerpflichtig.

Schlüssel-Nr. 64 Aktiengesellschaft (AG)

Die AG ist wie die GmbH eine Kapitalgesellschaft, besitzt eigene Rechtsfähigkeit und ist kraft Rechtsform Handelsgesellschaft und Kaufmann. Als juristische Person handelt die AG durch ihre Organe (Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung). In der Landwirtschaft sind häufig so genannte kleine (nicht börsennotierte) Aktiengesellschaften anzutreffen. Dies ist keine eigenständige Rechtsform, sondern sieht für Unternehmen mit einer begrenzten Zahl an Aktionären und Beschäftigten eine Reihe von vereinfachten Regeln vor, z. B. für das Einberufen der Hauptversammlung und die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer.

Schlüssel-Nr. 68 Anstalt, Stiftung und andere Zweckvermögen

Bei einer Anstalt des privaten Rechts handelt es sich um eine auf Gesetz beruhende rechtliche und selbstständige Verwaltungseinrichtung, die einem öffentlichen Nutzungszweck dient. Die Stiftung ist eine rechtsfähige juristische Person des Privatrechts, um für eine gewisse Dauer einen bestimmten Zweck zu erreichen.

Bei Zweckvermögen mit ideellen Besitzanteilen handelt es sich z. B. um einen forstwirtschaftlichen Zusammenschluss in privatrechtlicher Form (Gemeinschaftsforsten mit ideellen Besitzanteilen, Waldinteressentengemeinschaften, Hauberggenossenschaften). Dies sind Privatwaldungen, an denen das Eigentum einer Gemeinschaft oder mehreren Personen (Flächen werden über Nutzungsrechte zugewiesen) gemeinschaftlich zusteht und die der Forstaufsicht des Staates unterliegen.

Schlüssel-Nr. 69 Sonstige juristische Personen des privaten Rechts

Zu den sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts zählen sonstige Kapitalgesellschaften wie z. B. die europäische Aktiengesellschaft. Ausgenommen sind die einzeln aufgeführten Formen GmbH (Schlüssel-Nr. 63) und AG (Schlüssel-Nr. 64). Des Weiteren fallen hierunter Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sowie ausländische Rechtsformen (ausländische Kapital- oder Personengesellschaften oder sonstige ausländische Rechtsformen, außer Ltd. (Schlüssel-Nr. 17) und Mini-GmbH (Schlüssel-Nr. 63).

Allgemeine Hinweise: Juristische Personen des öffentlichen Rechts

Juristische Personen des öffentlichen Rechts sind der Staat (Bund, Land) und die dem Staat eingegliederten, aber mit dem Recht der Selbstverwaltung ausgestatteten Gebietskörperschaften (Gemeinde, Gemeindeverband, Kreis) und sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

Juristische Personen des öffentlichen Rechts	
Gebietskörperschaft Bund	21
Gebietskörperschaft Land	31
sonstige Gebietskörperschaften (Kreis, Gemeinde, Kommunalverbände)	41
sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts (Kirche, kirchliche Anstalt, Stiftung des öffentlichen Rechts, Personalkörperschaften)	51

Schlüssel-Nr. 21 Gebietskörperschaft Bund

Körperschaft des öffentlichen Rechts, deren Hoheitsbereich durch einen räumlich abgegrenzten Teil des Staatsgebietes bestimmt ist.

Schlüssel-Nr. 31 Gebietskörperschaft Land

Körperschaft des öffentlichen Rechts, deren Hoheitsbereich durch einen räumlich abgegrenzten Teil des Landes bestimmt ist.

Schlüssel-Nr. 41 Sonstige Gebietskörperschaften

Körperschaft des öffentlichen Rechts, deren Hoheitsbereich durch einen räumlich abgegrenzten Teil des Kreises, der Gemeinde oder des Kommunalverbandes bestimmt ist.

Schlüssel-Nr. 51 Sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts

Auf einem Hoheitsakt (z. B. Gesetz) beruhende oder nachträglich durch ein Gesetz als Träger öffentlicher Aufgaben anerkannte Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (z. B. Kirche, kirchliche Einrichtung, Stiftung des öffentlichen Rechts, Personalkörperschaften).

Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung 2016

Allgemeine Hinweise

Zu diesem Abschnitt zählen alle Flächen des Betriebes (z. B. Ackerland, Dauergrünland), unabhängig davon, ob sie genutzt werden oder nicht. Dazu gehören auch stillgelegtes oder aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland oder Dauergrünland sowie aus sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen brachliegende Flächen (z. B. Ackerrandstreifen).

Werden Ackerrandstreifen als Schonstreifen mit der gleichen Fruchtart wie auf dem Gesamtschlag eingesät, zählen sie zu der jeweiligen Kultur. Blühflächen, Blühstreifen und Schonstreifen mit an den Standort angepassten Pflanzenarten gehören zu sonstige Kulturen auf dem Ackerland (Code 0196 bzw. 4196). Ackerrandstreifen auf stillgelegtem bzw. aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenem Ackerland gehören zur Brache mit Beihilfe (Code 0201 bzw. 4801).

Es ist unerheblich, ob die Flächen zugepachtet oder unentgeltlich zur Bewirtschaftung überlassen wurden (Dienstland, aufgeteilte Allmende und dergleichen Flächen).

Alle Flächen zählen nur einmal, auch wenn ein Nachanbau (z. B. Gemüse nach Frühkartoffeln) erfolgt. In diesem Fall zählt die Fläche zu der Kultur, die die Fläche länger in Anspruch nimmt. Bei gleicher Nutzungsdauer zählt die Fläche zu der Kultur, die die größere wirtschaftliche Bedeutung hat. Werden auf stillgelegtem/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenem Ackerland (z. B. Aufforstungsflächen) nachwachsende Rohstoffe angebaut, zählen diese zu den jeweiligen Kulturen.

Erfüllt Ihr Betrieb mindestens eine der folgenden Voraussetzungen?

- Bewirtschaften Sie Ackerland?
- Betreiben Sie Gartenbau?

Code
0100 ☐ ja 1
☐ nein 2

0100 Erfüllt Ihr Betrieb mindestens eine der folgenden Voraussetzungen: Bewirtschaften Sie Ackerland? Betreiben Sie Gartenbau?

Bewirtschaften Sie Ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche nach dem Kontrollverfahren zum ökologischen Landbau nach der Verordnung (EG) Nr. 834/2007?

Code
4001 ☐ ja, vollständig 1
☐ ja, teilweise 2
☐ nein 3

4001 Bewirtschaften Sie Ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche nach dem Kontrollverfahren zum ökologischen Landbau nach der Verordnung (EG) Nr. 834/2007?

Landwirtschaftliche Betriebe, die pflanzliche Erzeugnisse vollständig oder teilweise nach den Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen produzieren und einem obligatorischen Kontrollverfahren seitens staatlich zugelassener Kontrollstellen unterliegen.


Wird die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebes ökologisch bewirtschaftet, so ist Code 4001 mit „Ja, vollständig“ zu beantworten. Wird die landwirtschaftlich genutzte Fläche teilweise ökologisch und teilweise konventionell bewirtschaftet, so ist Code 4001 mit „Ja, teilweise“ zu beantworten.

Das bedeutet: Ist der Betrieb als Ganzes umgestellt worden, so ist die Angabe der ökologisch bewirtschafteten Flächen nach Kultur- und Fruchtarten nicht erforderlich. Diese werden lediglich in den Fällen benötigt, wenn der Betrieb sowohl konventionell als auch ökologisch wirtschaftet.



*Betriebe ohne LF beantworten die Eingangsfrage zum ökologischen Landbau (C4001) **nicht** (dazu gehören unter anderem Betriebe, die ausschließlich Speisepilze produzieren). Auch wenn ein Betrieb, der ausschließlich Speisepilze produziert, diese Flächen ökologisch bewirtschaftet, hat er in C4001 keine Eintragung zu machen. Sollte ein zuvor beschriebener Betrieb die Eingangsfrage dennoch mit "ja" beantworten, ist es dem Landwirt nicht möglich in IDEV seine Eintragung zu löschen. Um keine Folgefehler auszulösen soll er die Eingangsfrage in diesem Fall mit "nein" beantworten. Im Fachverfahren wird die Eingangsfrage für diesen Betrieb maschinell auf leer gesetzt.*

Umgestellte und in Umstellung befindliche ökologisch bewirtschaftete Flächen im Jahr 2016

		Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
In die ökologische Wirtschaftsweise einbezogene landwirtschaftlich genutzte Flächen,	die bereits umgestellt sind	4010	<input type="text"/>
	die sich gegenwärtig in Umstellung befinden  Info	4011	<input type="text"/>

4010 Umgestellte LF (Landwirtschaftlich genutzte Fläche)

Landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebes, auf der die Umstellung auf den ökologischen Landbau nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 abgeschlossen ist. Die auf dieser Fläche produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

4011 In Umstellung befindliche LF (Landwirtschaftlich genutzte Fläche)

Landwirtschaftlich genutzte Fläche oder Teilfläche, die sich nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 gegenwärtig in Umstellung befindet. Der Umstellungszeitraum umfasst im Ackerbau zwei Jahre vor der Aussaat bzw. Pflanzung bei ein- oder überjährigen Kulturen, zwei Jahre bei Grünland und Klee gras bis zur Nutzung (Verwertung als Futtermittel) sowie drei Jahre vor der Ernte bei mehrjährigen Kulturen (stehende Dauerkulturen) außer Grünland. In dieser Zeit dürfen die auf diesen Flächen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

Anbau auf dem Ackerland 2016

(Hinweise zum Umgang mit Ackerrandstreifen siehe S.8 „Allgemeine Hinweise“)

Getreide zur Körnergewinnung einschl. Saatguterzeugung

	Gesamtfläche		darunter Ökofläche	
	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Winterweizen einschließlich Dinkel und Einkorn	0101	<input type="text"/>	4101	<input type="text"/>
Sommerweizen (ohne Durum)	0102	<input type="text"/>	4102	<input type="text"/>
Hartweizen (Durum)	0103	<input type="text"/>	4103	<input type="text"/>
Roggen und Wintermenggetreide	0104	<input type="text"/>	4104	<input type="text"/>
Triticale	0105	<input type="text"/>	4105	<input type="text"/>
Wintergerste	0106	<input type="text"/>	4106	<input type="text"/>
Sommergerste	0107	<input type="text"/>	4107	<input type="text"/>
Hafer	0108	<input type="text"/>	4108	<input type="text"/>
Sommermenggetreide	0109	<input type="text"/>	4109	<input type="text"/>
Körnermais/Mais zum Ausstreuen (einschließlich Corn-Cob-Mix)	0110	<input type="text"/>	4110	<input type="text"/>
anderes Getreide zur Körnergewinnung (z. B. Hirse, Sorghum, Kanarienseed, auch Nichtgetreidepflanzen wie Buchweizen, Amaranth u. Ä.)	0111	<input type="text"/>	4111	<input type="text"/>

0101 (4101) Winterweizen einschl. Dinkel und Einkorn

Gewöhnlicher Nackt- oder Saatweizen (Weichweizen) in der Winterform einschließlich Dinkel und Einkorn. Flächen, auf denen Hartweizen (Durum) angebaut wird, gehören **nicht** dazu.



Dinkel, unabhängig von der Sommer- oder Winterform, gehört grundsätzlich zu Code 0101 "Winterweizen einschl. Dinkel und Einkorn".

0102 (4102) Sommerweizen (ohne Durum)

Gewöhnlicher Nackt- oder Saatweizen (Weichweizen) in der Sommerform. Flächen, auf denen Hartweizen (Durum) angebaut wird, gehören **nicht** dazu.

0103 (4103) Hartweizen (Durum)

Getreideart, die meist als Sommergetreide angebaut und vorwiegend zur Herstellung von Teigwaren verwendet wird.

0104 (4104) Roggen und Wintermenggetreide

Roggen einschl. Mischungen mit Roggen bzw. verschiedene Getreidearten im gemischten Anbau mit Aussaat vorwiegend im Herbst.

0105 (4105) Triticale

Kreuzung aus Weizen und Roggen, die überwiegend als Futtergetreide, aber auch für landwirtschaftliche Brennereien angebaut wird. Auch in der Nahrungsmittelerzeugung und in der Biogas- und/oder Ethanolproduktion findet Triticale Verwendung.

0106 (4106) Wintergerste

Getreide, das überwiegend als Futtergerste verwendet und im Herbst ausgesät wird.

0107 (4107) Sommergerste

Getreide, das unter anderem als Braugerste Verwendung findet und ertragsschwächer als in der Winterform ist. Wird im Frühjahr ausgesät.

0108 (4108) Hafer

Überwiegend Sommergetreide, das in erster Linie als Futtergetreide verwendet wird. Auch in der Nahrungsmittelerzeugung findet Hafer Verwendung.

0109 (4109) Sommermenggetreide

Verschiedene Getreidearten im gemischten Anbau als Sommerfrucht.

0110 (4110) Körnermais/Mais zum Ausreifen (einschl. Corn-Cob-Mix)

Anbau zur Ernte von voll ausgebildeten und ausgereiften Körnern einschl. Kolbenmais (mit dem Mähdrescher geerntet), der u. a. zu Schrotsilage verarbeitet wird.

Die Fläche für Lieschkolbenschat (LKS) zählt zur Silomaisfläche (Code 0122 bzw. 4122). Zuckermais Kolben für den menschlichen Verzehr gehören zu Gemüse und Erdbeeren im Freiland (Codes 0181 bis 0182 bzw. 4181 bis 4182).



Hierzu gehören auch Maislabyrinth, wenn sie der landwirtschaftlichen Nutzung dienen. Folglich nur, wenn der Mais geerntet wird.

0111 (4111) Anderes Getreide zur Körnergewinnung (z. B. Hirse, Sorghum, Kanariensaat, auch Nichtgetreidepflanzen wie Buchweizen, Amaranth u. Ä.)

Hierzu gehören auch Nichtgetreidepflanzen wie Amaranth, wenn sie wie Getreide angebaut werden und ebenfalls der Körnergewinnung dienen.

Pflanzen zur Grünenernte**Allgemeine Hinweise**

Alle Kulturarten, die in grünem Zustand als Ganzpflanze geerntet werden. Die Nutzung kann sowohl für Futter- als auch Energiezwecke erfolgen (Ernte frisch, für Silage oder Heu). Zu Leguminosen zur Ganzpflanzenernte (Code 0123 bzw. 4123) zählen alle Mischkulturen mit einem Anteil von mindestens 80 % Leguminosen. Alle anderen Kulturen (auch alle weiteren Mischkulturen) zur Ganzpflanzenernte zählen zu anderen Pflanzen zur Ganzpflanzenernte (Code 0125 bzw. 4125). Code 0124 bzw. 4124 beinhaltet den Grasanbau auf dem Ackerland zum Abmähen oder Abweiden, der nicht länger als 5 Jahre auf derselben Fläche steht (kein Dauergrünland).

	Gesamtfläche		darunter Ökofläche	
	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Biomais/Grünmais einschließlich Lieschkolbenschat (LKS)	0122	<input type="text"/>	4122	<input type="text"/>
Getreide zur Ganzpflanzenernte einschließlich Teigreife (Verwendung als Futter, zur Biogaserzeugung usw.)	0121	<input type="text"/>	4121	<input type="text"/>
Leguminosen zur Ganzpflanzenernte (z. B. Klee, Luzerne, Mischungen ab 80 % Leguminosen)	0123	<input type="text"/>	4123	<input type="text"/>
Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland (einschließlich Mischungen mit überwiegendem Grassanteil) ^{u* Info}	0124	<input type="text"/>	4124	<input type="text"/>
andere Pflanzen zur Ganzpflanzenernte (z. B. Phacelia, Sonnenblumen, weitere Mischkulturen)	0125	<input type="text"/>	4125	<input type="text"/>

0121 (4121) Getreide zur Ganzpflanzenernte einschl. Teigreife (Verwendung als Futter, zur Biogaserzeugung usw.)

Alle Arten von Getreide (z. B. Roggen, Triticale, Wintergerste), die als **ganze Pflanze** geerntet werden. Bei der Teigreife handelt es sich um einen noch nicht ausgereiften, teigig weichen Zustand des Korns.

0122 (4122) Silomais/Grünmais einschl. Lieschkolbenschrot (LKS)

Ernte der ganzen, noch grünen Maispflanzen einschließlich Lieschkolbenschrot (ganze Maiskolben mitsamt Hüllblättern). Hierunter fallen auch beihilfefähige Flächen, auf denen Bejagungsschneisen zur gezielten Abwehr von Schwarzwildbeständen angelegt wurden. Diese Flächen können z.B. mit Blühstreifen angelegt oder mit anderen Kulturen (z. B. Gerste) angebaut oder in ihrer Selbstbegrünung überlassen sein. Sie stellen einen untergeordneten Teil der Flächen für Silomais/Grünmais dar und sind daher zur Bewirtschaftung erforderlich.

0123 (4123) Leguminosen zur Ganzpflanzenernte (z. B. Klee, Luzerne, Mischungen ab 80% Leguminosen)

In diese Gruppe fallen z. B. Klee, Luzerne, Mischungen ab 80 % Leguminosen, die grün geerntet oder auch als Heu gewonnen werden.

Zu den feinsamigen Leguminosen gehören u. a. Rotklee, Weißklee, Inkarnatklee (Blut- bzw. Rosenklee), ägyptischer oder persischer Klee, Bastardklee, Gelbklee, Süßklee und Esparsette sowie Luzerne (Alfalfa), Erbsen, Wicken, Serradella und Süßlupinen. Kleegrasmischungen sind ein Futterpflanzengemenge aus Futtergräsern und Leguminosen. Klee-Luzerne-Gemische werden zum Ausgleich ungünstiger Wachstumsbedingungen angebaut.

0124 (4124) Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland (einschl. Mischungen mit überwiegendem Grasanteil)

Grasanbau (auch Grasmischungen mit überwiegendem Grasanteil) auf dem Ackerland zum Abmähen oder Abweiden oder zur Heugewinnung, der nicht länger als fünf Jahre auf derselben Fläche steht (**kein Dauergrünland**).

0125 (4125) Andere Pflanzen zur Ganzpflanzenernte (z. B. Phacelia, Sonnenblumen, weitere Mischkulturen)

Hierzu gehören z. B. Phacelia, Sonnenblumen, Raps und alle weiteren Pflanzen und Mischkulturen (z. B. Klee gras mit 60 bis 80 % Kleeanteil am Bestand).

Hackfrüchte

	Gesamtfläche		darunter Ökofläche	
	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Kartoffeln	0140		4140	
Zuckerrüben (auch zur Ethanolherzeugung) ohne Saatguterzeugung	0145		4145	
andere Hackfrüchte ohne Saatguterzeugung (Futter-, Runkel-, Kohlrüben, Futterkohl, -möhren) Info	0146		4146	

0140 (4140) Kartoffeln

Dazu gehören Speisekartoffeln sowie Industrie-, Futter- und Pflanzkartoffeln.

0145 (4145) Zuckerrüben (auch zur Ethanolherzeugung) ohne Saatguterzeugung

Zuckerrübenanbau in der Regel zum Zweck der Zuckerherstellung (einschl. zum Zweck der Ethanol- und Energieerzeugung).

0146 (4146) Andere Hackfrüchte ohne Saatguterzeugung (Futter-, Runkel-, Kohlrüben, Futterkohl, -möhren)

Ausschließlich zur Verfütterung angebaute Runkel- und Futterrüben, des Weiteren u. a. Futtermöhren, Kohlrüben, Futter- und Markstammkohl sowie Topinambur.

Speisemöhren und -rüben (Steckrüben) zählen zum Gemüse (Codes 0181 bis 0183 bzw. 4781 bis 4783).

Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung einschl. Saatguterzeugung**Allgemeine Hinweise**

Hierzu gehören alle als Körner geernteten Hülsenfrüchte. Frischerbsen, frische Bohnen und andere frisch geerntete Hülsenfrüchte zählen zum Gemüse (Codes 0181 bis 0183 bzw. 4781 bis 4783).

		Gesamtfläche		darunter Ökofläche	
		Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
zur Körnergewinnung einschließlich Saatguterzeugung	Erbsen (ohne Frischerbsen)	0131		4131	
	Ackerbohnen	0132		4132	
	Süßlupinen	0133		4133	
	Sojabohnen	0135		4135	
	andere Hülsenfrüchte und Mischkulturen zur Körnergewinnung	0134		4134	

0131 (4131) Erbsen (ohne Frischerbsen)

Erbsen zur Körnergewinnung (Saat-, Körnergewinnung). Diese finden Verwendung als eiweißreiches Kraftfutter, aber auch als Saatgut im Zwischenfruchtanbau. Frischerbsen zählen zum Gemüse (Code 0181 bis 0183 bzw. 4781 bis 4783).

0132 (4132) Ackerbohnen

Ackerbohnen zur Körnergewinnung (Saat-, Körnergewinnung). Diese finden Verwendung als eiweißreiches Kraftfutter, aber auch als Saatgut im Zwischenfruchtanbau. Frischbohnen zählen zum Gemüse (Code 0181 bis 0183 bzw. 4781 bis 4783).

0133 (4133) Süßlupinen

Süßlupinen zur Körnergewinnung mit geringem Alkaloidgehalt von unter 0,05 %. Lupinen gehören zur Gruppe der Körnerleguminosen und finden Verwendung als eiweißreiches Kraftfutter.



Hierzu gehören auch Lupinen für Speisezwecke (Speiselupinen).

0135 (4135) Sojabohnen

Ölpflanze, aus der Familie der Hülsenfrüchtler.

0134 (4134) Andere Hülsenfrüchte und Mischkulturen zur Körnergewinnung

Hierunter fallen trocken geerntete Speiseerbsen und -bohnen, Wicken, Linsen und andere Leguminosensamen (ohne Lupinen).

Ölfrüchte zur Körnergewinnung einschl. Saatguterzeugung

Allgemeine Hinweise

Kulturen, unabhängig von ihrer Nutzung zur Öl-, Futter- oder Energiegewinnung.

		Gesamtfläche		darunter Ökofläche	
		Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
zur Körnergewinnung einschließlich Saatguterzeugung	Winterraps	0161		4761	
	Sommerraps, Winter- und Sommerrüben	0162		4762	
	Sonnenblumen	0163		4763	
	Öllein (Leinsamen)	0164		4764	
	andere Ölfrüchte zur Körnergewinnung (z. B. Senf, Mohn)	0165		4765	

0161 (4761) Winterraps

Körnerfrucht zur Ölgewinnung (für den Nahrungsmittelsektor und die industrielle Verwertung, z. B. auch als nachwachsender Rohstoff), die in der Regel Ende August/Anfang September eingesät wird und über Winter auf der Fläche verbleibt.

0162 (4762) Sommerraps, Winter- und Sommerrüben

Sommerraps (im Frühjahr eingesät) und Rüben im Anbau als Körnerfrucht zur Ölgewinnung (einschl. der Verwendung als Energiepflanze).

0163 (4763) Sonnenblumen

Ölpflanze, zur Körnergewinnung geerntet, die überwiegend der Ölgewinnung (einschl. zur Energiegewinnung), aber auch als Futterpflanze dient.

0164 (4764) Öllein (Leinsamen)

Öllein (Leinsamen), im Anbau als Körnerfrucht hauptsächlich zur Ölgewinnung geerntet.

0165 (4765) Andere Ölfrüchte zur Körnergewinnung (z. B. Senf, Mohn)

Hierzu gehören u. a. Mohn, Körnersenf, Sesam und Kürbiskerne, hauptsächlich zur Ölgewinnung. Die Verwendung kann in der menschlichen und tierischen Ernährung erfolgen, aber auch in der Technik, Medizin und Kosmetik.

Weitere Handelsgewächse

	Gesamtfläche		darunter Ökofläche	
	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Hopfen	0171	<input type="text"/>	4771	<input type="text"/>
Tabak	0172	<input type="text"/>	4772	<input type="text"/>
Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen (einschließlich Speisekräuter) Info	0173	<input type="text"/>	4773	<input type="text"/>
Hanf	0174	<input type="text"/>	4774	<input type="text"/>
andere Pflanzen zur Fasergewinnung (z. B. Flachs, Kenaf)	0175	<input type="text"/>	4175	<input type="text"/>
ausschließlich zur Energieerzeugung genutzte Handelsgewächse (z. B. Miscanthus und Rohrglanzgras)	0176	<input type="text"/>	4776	<input type="text"/>
alle anderen Handelsgewächse (z. B. Zichorie, Rollrasen)	0177	<input type="text"/>	4177	<input type="text"/>

0171 (4771) Hopfen

Mehrkjähriges Gewächs mit vorwiegendem Einsatz bei der Bierherstellung. Alt- und Junghopfen gehören dazu.

0172 (4772) Tabak

Einjährige Pflanze im Anbau für die Verarbeitungsindustrie (Tabak-, Zigarren- und Zigarettenindustrie).

0173 (4773) Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen (einschließlich Speisekräuter)

Pflanzen, die ganz oder teilweise für pharmazeutische Zwecke, zur Parfümherstellung oder für den menschlichen Verzehr bestimmt sind (z. B. Arnika, Baldrian, Johanniskraut, Salbei, Kamille, Pfefferminze, Spitzwegerich, Basilikum, Rosmarin, Zitronenmelisse, Dill, Majoran, Thymian). Speisekräuter auch im Feldanbau oder als Topfware (Petersilie, Schnittlauch usw.) zählen hierzu.

0174 (4774) Hanf

Anbau zur Herstellung von Spinnfasern für die Industrie, z. B. zur Herstellung von Formteilen oder Dämmstoffen sowie der Anbau als nachwachsender Rohstoff.

0175 (4175) Andere Pflanzen zur Fasergewinnung (z. B. Flachs, Kenaf)

Sonstige, hauptsächlich wegen ihres Fasergehalts, angebaute Pflanzen, z. B. Jute, Manilafasern (Faserbanane), Brennessel und Sisal.

0176 (4776) Ausschließlich zur Energieerzeugung genutzte Handelsgewächse (z. B. Miscanthus und Rohrglanzgras)

Alle Pflanzen bzw. Handelsgewächse, die ausschließlich zur Energieerzeugung genutzt werden, soweit sie nicht zu anderen Kulturen (z. B. Raps, Getreide) zählen. Hierzu gehört neben Miscanthus auch Rohrglanzgras.

0177 (4177) Alle anderen Handelsgewächse (z. B. Zichorie, Rollrasen)

Auch Färberpflanzen, anderweitig nicht aufgeführt, gehören hierzu. Buchweizen zählt **nicht** dazu, sondern zu anderem Getreide zur Körnergewinnung (Code 0111 bzw. 4111). Auch Flächen mit schnell wachsenden Gehölzen (Kurzumtriebsplantagen) zählen **nicht** dazu. Kurzumtriebsplantagen gehören zu Code 0243.

Gartenbauerzeugnisse

			Gesamtfläche		darunter Ökofläche	
			Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Gemüse und Erdbeeren (einschließlich Spargel, ohne Pilze) Info	Im Freiland	Im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen	0181	<input type="text"/>	4781	<input type="text"/>
		Im Wechsel mit anderen Gartengewächsen	0182	<input type="text"/>	4782	<input type="text"/>
		unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern Info	0183	<input type="text"/>	4783	<input type="text"/>
Blumen und Zierpflanzen (ohne Baumschulen) Info	Im Freiland		0184	<input type="text"/>	4784	<input type="text"/>
		unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern Info	0185	<input type="text"/>	4785	<input type="text"/>
Gartenbausämereien und Jungpflanzenerzeugung zum Verkauf unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern und im Freiland Info			0186	<input type="text"/>	4786	<input type="text"/>

Gemüse und Erdbeeren (einschl. Spargel, ohne Pilze)

Allgemeine Hinweise

Hierzu zählen nur Flächen des Erwerbsgemüseanbaus (keine Haus- und Nutzgärten). **Speisekräuter im Feldanbau oder als Topfware (Petersilie, Schnittlauch usw.) gehören zu Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen (Code 0173 bzw. 4773).** Frühbeete zählen zu den Freilandflächen. Flächen unter Schutz- und Schattennetzen zählen nicht zu den Anlagen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern, sondern zu den Freilandflächen.

0181 (4781) Im Freiland im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen

Gemüseanbau einschließlich Spargel und Erdbeeren **im Freiland und in Frühbeeten**, z. B. Kohl auf Flächen, auf denen im Rahmen der Fruchtfolge auch landwirtschaftliche Kulturen wie Getreide u. Ä. angebaut werden. Die Anzucht von Jungpflanzen und der Samenanbau ausschließlich für den Eigenbedarf gehören dazu.

Nicht dazu zählen die Saatguterzeugung zum Verkauf (Code 0186 bzw. 4786) und der Anbau in Haus- und Nutzgärten (Code 0239 bzw. 4239).

0182 (4782) Im Freiland im Wechsel mit anderen Gartengewächsen

Gemüseanbau einschließlich Spargel und Erdbeeren **im Freiland und in Frühbeeten**, z. B. Gurken im Wechsel mit anderen Gartengewächsen wie Blumen u. Ä.. Die Anzucht von Jungpflanzen und der Samenanbau ausschließlich für den Eigenbedarf gehören hierzu.

Nicht dazu zählen die Saatguterzeugung zum Verkauf (Code 0186 bzw. 4786) und der Anbau in Haus- und Nutzgärten (Code 0239 bzw. 4239).

0183 (4783) Unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern

Zu den Anbauflächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen zählen Kulturen, die die ganze oder den überwiegenden Teil der Anbauzeit unter festen oder beweglichen Gewächshäusern oder anderen hohen begehbaren Schutzabdeckungen (Glas, fester Kunststoff, Folie) angebaut werden. Nicht begehbare Einrichtungen, wie tragbare Aufzuchtkästen, niedrige Tunnel usw. gehören nicht dazu, diese zählen zu Kulturen im Freiland (Code 0181 bis 0182 bzw. 4781 bis 4782). Ebenso zählen Flächen unter Schutz- und Schattennetzen nicht zu den Anlagen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, nur bei sehr dichtem Gewebe mit einem Beschattungsgrad von 80 % und mehr zählen diese dazu. Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, die mehrmals im Jahr genutzt wurden, zählen nur einmal. Im Falle von Etagenbau zählt nur die Grundfläche. Wege zwischen den Beeten gehören dazu.

Lager- bzw. Stellflächen zählen dagegen **nicht** dazu. Sie zählen zu Gebäude- und Hofflächen sowie andere Flächen (Code 0244).

Blumen und Zierpflanzen (ohne Baumschulen)

Allgemeine Hinweise

Hierzu gehören nur Flächen des Erwerbsgartenbaus einschließlich Stauden und Jungpflanzen für den Eigenbedarf (keine Haus- und Nutzgärten). Frühbeete zählen zu Freilandflächen. Flächen unter Schutz- und Schattennetzen zählen nicht zu den Anlagen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern, sondern zu den Freilandflächen. **Zierkürbisse** zählen zu den Zierpflanzen, ebenso Gehölze zum Grün- und Blütenschnitt.

0184 (4784) Im Freiland

Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland im Erwerbsgartenbau einschließlich Jungpflanzen für den Eigenbedarf und Stauden (ohne Baumschulen und ohne Haus- und Nutzgärten). Frühbeete und Flächen unter Schutz- und Schattennetzen zählen ebenfalls zu den Freilandflächen.

0185 (4785) Unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern

Blumen- und Zierpflanzen im Erwerbsgartenbau, deren Aufwuchs ganz oder überwiegend unter begehbaren Schutzabdeckungen stattfindet, einschließlich Jungpflanzen für den Eigenbedarf und Stauden (ohne Baumschulen und ohne Haus- und Nutzgärten). Die Definition des Merkmals „Unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern“ siehe unter Code 0183 bzw. 4783.

0186 (4786) Gartenbausämereien und Jungpflanzenerzeugung zum Verkauf unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern und im Freiland

Gezielte Erzeugung von Saat- und Pflanzgut einschl. Jungpflanzenerzeugung im Gartenbau ausschließlich zum Verkauf. Jungpflanzen für den Eigenbedarf (Erzeugung von Saatgut und Setzlingen z. B. junge Gemüsepflanzen wie Kohl- oder Kopfsalatsetzlinge) gehören zu Gemüse und Erdbeeren oder Blumen und Zierpflanzen (Codes 0181 bis 0185 bzw. 4781 bis 4785).

Weitere Positionen des Anbaus auf dem Ackerland

	Gesamtfläche		darunter Ökofläche	
	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Saat- und Pflanzguterzeugung für Gräser, Hackfrüchte (ohne Kartoffeln), Handelsgewächse (ohne Ölfrüchte)	0195	<input type="text"/>	4195	<input type="text"/>
Sonstige Kulturen auf dem Ackerland u⁹ Info Bitte benennen Sie die Kulturen:	0196	<input type="text"/>	4196	<input type="text"/>
Stillgelegtes/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland/Brache mit Beihilfe-/Prämienanspruch ohne wirtschaftliche Nutzung und ohne nachwachsende Rohstoffe u⁹ Info	0201	<input type="text"/>	4801	<input type="text"/>
Brache ohne Beihilfe-/Prämienanspruch	0202	<input type="text"/>	4802	<input type="text"/>

0195 (4195) Saat- und Pflanzguterzeugung für Gräser, Hackfrüchte (ohne Kartoffeln), Handelsgewächse (ohne Ölfrüchte)

Gezielte Erzeugung von Saat- und Pflanzgut überwiegend im Feldanbau (ggf. auch unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern) einschließlich Rüben und Grünfütterpflanzen zur Samengewinnung. Saat- und Pflanzgut von Getreide, getrocknete Hülsenfrüchte, Eiweißpflanzen, Kartoffeln und Ölsaaten gehören nicht dazu.

0196 (4196) Sonstige Kulturen auf dem Ackerland

In der Regel handelt es sich um Kulturen mit geringem wirtschaftlichen Nutzen, wie z. B. Blühflächen, Blühstreifen und Schonstreifen (auch förderfähige Flächen) mit an den Standort angepassten Pflanzenarten. Mischkulturen zählen **nicht** hierzu, sondern zu der Anbaukultur mit dem höchsten wirtschaftlichen Nutzen (z. B. andere Hackfrüchte, andere Ölfrüchte, andere Handelsgewächse, andere Pflanzen zur Ganzpflanzenernte).

0201 (4801) Stillgelegtes/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland/Brache mit Beihilfe-/Prämienanspruch ohne wirtschaftliche Nutzung und ohne nachwachsende Rohstoffe

Jegliche Formen der Stilllegungsflächen, für die in irgendeiner Form ein Beihilfeanspruch besteht. Dies schließt auch diejenigen Flächen des Ackerlandes ein, die für die Erhaltung in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand beihilfefähig sind. Stilllegungsflächen sind nicht mit den **dauerhaft** aus der landwirtschaftlichen Produktion genommenen Flächen ohne Prämienanspruch (Code 0241) zu verwechseln.



Hierzu zählen auch Brach-/Vorbereitungsflächen für Gemüse, wenn die Flächen wirklich das ganze Jahr nicht genutzt werden und für die im Rahmen der allgemeinen Ackernutzung Zahlungsansprüche geltend gemacht werden.

0202 (4802) Brache ohne Beihilfe-/Prämienanspruch

Alle Flächen, die der Fruchtfolge unterliegen, bewirtschaftet oder nicht, auf denen für die Dauer mindestens einer Vegetationsperiode keine Ernte erzeugt wird und für die keine finanzielle oder sonstige Beihilfe gewährt wird.

Brachliegende Baumschulflächen, die der Nutzung wieder zugefügt werden, gehören zu Baumschulen (ohne forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf) (Code 0217).



Handelt es sich bei Mieten um unbefestigte Flächen auf dem Ackerland zählen diese hierzu.

0210 (4810) Ackerland insgesamt (Code 0101 bis 0202 bzw. 4101 bis 4196, 4761 bis 4786, 4801 bis 4802)

Flächen der landwirtschaftlichen Feldfrüchte einschließlich Hopfen, Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden) sowie Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstige Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau, auch unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern; ebenso Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte aber die Hauptnutzung darstellen sowie Schwarz-/Grünbrache und stillgelegte Ackerflächen im Rahmen der Stilllegung.

Nicht zum Ackerland zählen die Ackerflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen brachliegen, sowie Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst die Hauptnutzung darstellt. Wenn auf einer Fläche fünf Jahre oder länger die gleiche Kulturpflanze verbleibt und wiederkehrende Erträge liefert, zählt diese zu den Dauerkulturen und nicht zum Ackerland (Ausnahmen hierzu sind z. B. Hopfen, Spargel, Erdbeeren).

Dauerkulturen und Dauergrünland 2016

Dauerkulturen

Allgemeine Hinweise

Landwirtschaftliche Kulturen außerhalb der Fruchtfolge, die den Boden während eines längeren Zeitraums beanspruchen (fünf Jahre oder länger) wie Obstanlagen, Rebland, Baumschulen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes und andere Dauerkulturen (z.B. Korbweidenanlagen). Nicht dazu zählen z.B. Hopfen, Spargel und Erdbeeren.

		Gesamtfläche		darunter Ökofläche	
		Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Im Freiland	Baumobstanlagen	0211	<input type="text"/>	4211	<input type="text"/>
	Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren)	0212	<input type="text"/>	4212	<input type="text"/>
	Nüsse (Walnüsse, Haselnüsse, Esskastanien/Maronen)	0213	<input type="text"/>	4213	<input type="text"/>
	Rebflächen für Keltertrauben	0215	<input type="text"/>	4815	<input type="text"/>
	Rebflächen für Tafeltrauben	0216	<input type="text"/>	4216	<input type="text"/>
	Baumschulen (ohne forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf) <small>Info</small>	0217	<input type="text"/>	4217	<input type="text"/>
	Weihnachtsbaumkulturen (außerhalb des Waldes)	0218	<input type="text"/>	4218	<input type="text"/>
	andere Dauerkulturen (z. B. Korbweidenanlagen)	0219	<input type="text"/>	4219	<input type="text"/>
Dauerkulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern (z. B. Baumschulflächen unter Glas; ohne Schutz- und Schattennetze)		0220	<input type="text"/>	4820	<input type="text"/>

0211 (4211) Baumobstanlagen

Ertragsfähige und noch nicht ertragsfähige Anlagen von Obstbäumen ohne Unterkultur oder als Hauptnutzung mit Unterkultur (auf Äckern, Wiesen oder Viehweiden, auf denen die Arbeiten hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Obstkulturen ausgerichtet sind).

Nicht zu den Obstanlagen zählen Erdbeeren (Code 0181 bis 0183 bzw. 4781 bis 4783) und Obstbäume in Haus- und Nutzgärten (Code 0239 bzw. 4239).

0212 (4212) Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren)

Ertragsfähige und noch nicht ertragsfähige Anlagen von Obststräuchern ohne Unterkultur oder als Hauptnutzung mit Unterkultur (auf Äckern, Wiesen oder Viehweiden, auf denen die Arbeiten hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Obstkulturen ausgerichtet sind). Zu den Beerenobstanlagen zählt u. a. auch der Holunder.

Nicht zu den Beerenobstanlagen zählen Erdbeeren (Codes 0181 bis 0183 bzw. 4781 bis 4783) sowie Beerenobstanlagen in Haus- und Nutzgärten (Code 0239 bzw. 4239).

0213 (4213) Nüsse (Walnüsse, Haselnüsse, Esskastanien/Maronen)

Nicht dazu gehören Nussbäume in Haus- und Nutzgärten. Diese zählen zu Haus- und Nutzgärten (Code 0239 bzw. 4239).

Rebflächen

Allgemeine Hinweise

Mit Reben bestockte Flächen, gleichgültig, ob sie im Ertrag stehen oder nicht (auch Junganlagen) sowie zeitweilig brachliegende Rebflächen, die wieder mit Reben bepflanzt werden sollen und hierzu vorbereitet werden, soweit sie nicht anderweitig genutzt werden. Die Rebflächen werden unterschieden in Flächen für Keltertrauben und Tafeltrauben. Nicht zum Rebland zählen Flächen, die vorübergehend anderweitig genutzt werden sowie ehemalige Rebflächen, die nicht mehr bestockt werden sollen (Drieschen siehe C0241). Rebschulen und Unterlagenschnittgärten zählen zu Baumschulen ohne forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf (Code 0217 bzw. 4217).

0215 (4815) Rebflächen für Keltertrauben

Rebflächen, die regelmäßig zur Erzeugung von Keltertrauben genutzt werden.

0216 (4216) Rebflächen für Tafeltrauben

Rebflächen, die regelmäßig zur Erzeugung von Tafeltrauben genutzt werden.

0217 (4217) Baumschulen (ohne forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf)

Flächen mit jungen verholzenden Pflanzen (Holzpflanzen) im Freiland, die zum Auspflanzen bestimmt sind. Hierzu gehören Flächen mit Rebschulen und Rebschnittgärten für Unterlagen, Obstgehölze, Ziergehölze, Forstpflanzen (ohne forstliche Pflanzgärten innerhalb des Waldes für den Eigenbedarf des Betriebes (siehe C0242)) sowie Bäume und Sträucher für die Bepflanzung von Gärten, Parks, Straßen und Böschungen, z. B. Heckenpflanzen, Rosen und sonstige Ziersträucher, Zierkoniferen, jeweils einschließlich Unterlagen, Jungpflanzen und Containerpflanzen. Vorrübergehend brachliegende Baumschulflächen, die für Baumschulanpflanzungen vorbereitet und der Nutzung wieder zugeführt werden, gehören auch weiterhin zu Baumschulen.

0218 (4218) Weihnachtsbaumkulturen (außerhalb des Waldes)

Hierzu gehören Flächen mit geschlossenen Beständen von Weihnachtsbäumen (Tannen, Kiefern usw.) der landwirtschaftlich genutzten Fläche außerhalb des Waldes. Ebenso dazu zählen Nadelgehölze, die zur Gewinnung von Schnittgrün dienen.

Weihnachtsbaumbestände, die nicht mehr gepflegt werden, zählen zur Waldfläche (Code 0242).

0219 (4219) Andere Dauerkulturen (z. B. Korbweidenanlagen)

Andere Dauerkulturen, insbesondere für Korb- und Flechtmaterialien. **Kultivierte** Trüffel gehören hierzu.

0220 (4820) Dauerkulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern (z. B. Baumschulflächen unter Glas; ohne Schutz- und Schattennetze)

Zu den Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen zählen Dauerkulturen, die die ganze oder den überwiegenden Teil der Anbauzeit unter festen oder beweglichen Gewächshäusern oder anderen hohen Schutzeinrichtungen (Glas, fester Kunststoff, Folie) angebaut werden. Flächen unter Schutz- und Schattennetzen zählen nicht zu den Anlagen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen. Nur bei sehr dichtem Gewebe mit einem Beschattungsgrad von 80 % und mehr zählen diese dazu. Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, die mehrmals im Jahr genutzt werden, zählen nur einmal. Im Falle von Etagenbau zählt nur die Grundfläche. Wege zwischen den Beeten zählen dazu. **Nicht** dazu zählen Lager- bzw. Stellflächen, diese gehören zu Gebäude und Hofflächen sowie andere Flächen (Code 0244).

Dauergrünland

Allgemeine Hinweise



Grünlandflächen, die fünf Jahre oder länger zur Futter- oder Streugewinnung oder zum Abweiden sowie zur Erzeugung erneuerbarer Energien bestimmt sind. Dazu gehören auch Neuansaat von Dauergrünland.

Zum Dauergrünland zählen Wiesen und Mähweiden, Weiden mit Almen, Hutungen und Streuwiesen. Bei Mähweiden wechseln Schnitt und Beweidung in kürzeren oder längeren Zeiträumen regelmäßig. Hutungen sind nur gelegentlich durch Beweidung genutzte Flächen (Nutzungen ohne nennenswerten Mehraufwand an Düngung und Pflege). Der Aufwuchs von Streuwiesen ist nur zur Gewinnung von Einstreu für die Viehhaltung verwendbar.

Zum Dauergrünland zählen auch Grünlandflächen mit Obstbäumen, sofern das Obst nur die Nebennutzung, die Gras- oder Heugewinnung aber die Hauptnutzung darstellt; andernfalls zählen diese Flächen zu den Obst-, Beeren- oder Nussanlagen (Code 0211 bis 0213 bzw. 4211 bis 4213) unter Dauerkulturen. Naturschutzflächen gehören zum ertragsarmen Dauergrünland (Code 0233 bzw. 4233).

Nicht zum Dauergrünland zählen Ackerwiesen und -weiden, wenn diese Fläche mindestens ein Jahr bis weniger als fünf Jahre beansprucht wird. Sie zählen zum Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland (Code 0124 bzw. 4124). Ferner zählen Grünlandflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen o. ä. Gründen nicht mehr genutzt werden (Sozialbrache) nicht zum Dauergrünland, sondern zu den dauerhaft aus der landwirtschaftlichen Produktion genommenen Flächen ohne Prämienanspruch (Code 0241).

Die aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen und in gutem landwirtschaftlichem und ökologischem Zustand gehaltenen Dauergrünlandflächen, für die deshalb ein Beihilfeanspruch besteht, zählen zu Code 0234 bzw. 4834.

	Gesamtfläche		darunter Ökofläche	
	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Wiesen (hauptsächlich Schnittnutzung)	0231		4231	
Weiden (einschließlich Mähweiden und Almen)	0232		4232	
ertragsarmes Dauergrünland (z. B. Hutungen, Heiden, Streuwiesen) 	0233		4233	
aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland mit Beihilfe-/Prämienanspruch 	0234		4834	

0231 (4231) Wiesen (hauptsächlich Schnittnutzung)

Wiesen sind Dauergrünlandflächen, deren Nutzung in der Regel durch Schnitt zur Futtergewinnung erfolgt; die Beweidung wird höchstens als Nachweide, meist nur im Herbst, durchgeführt.

0232 (4232) Weiden (einschl. Mähweiden und Almen)

Dauergrünland auf Böden guter oder mittlerer Qualität. Diese Flächen können normalerweise intensiv beweidet werden.

Dazu gehören nicht:

- ertragsarmes Dauergrünland (z. B. Hutungen, Heiden, Streuwiesen) (Code 0233 bzw. 4233),
 - aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland mit Beihilfe-/Prämienanspruch (Code 0234 bzw. 4834).
- Weiden sind Dauergrünlandflächen mit regelmäßiger Weidenutzung bzw. wechselnder Mäh- und Weidenutzung. Almen sind Extensivweiden im Gebirge, namentlich hochgelegene Weideflächen, die oft als Sommerweiden für Jungvieh genutzt werden.

0233 (4233) Ertragsarmes Dauergrünland (z. B. Hutungen, Heiden, Streuwiesen)

Hierzu gehören Flächen mit geringer Bodenqualität, welche normalerweise auch nicht durch Düngung, Neueinsaat oder andere Maßnahmen verbessert werden. Naturschutzflächen zählen hier ebenfalls zu. Hutungen sind oft verunkrautete, unregelmäßig beweidete Weide- und Wiesenflächen ohne Wachstumsförderung. Sie können auch in lichten Wäldern liegen (Hutewald).

Zum ertragsarmen Dauergrünland rechnen auch Grünlandflächen mit Obstbäumen, Streuwiesen, sofern das Obst nur die Nebennutzung, die Gras- oder Heugewinnung aber die Hauptnutzung darstellt.



Hierzu zählen auch Mieten auf unbefestigte Dauergrünlandflächen.

0234 (4834) Aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland mit Beihilfe-/Prämienanspruch

Zum aus der Erzeugung genommenen Dauergrünland gehören die Grünlandflächen, die nach der 2015 in Kraft getretenen Basisprämienregelung vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommen und in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand gehalten werden und für die ein Beihilfe-/Prämienanspruch besteht.

Haus- und Nutzgärten (ohne Park- und Grünanlagen, Ziergärten)	0239		4239	
---------------------------------------------------------------	------	--	------	--

0239 (4239) Haus- und Nutzgärten (ohne Park- und Grünanlagen, Ziergärten)

Hierzu zählen Flächen, auf denen landwirtschaftliche Erzeugnisse (Gartengewächse, wie Obst, Gemüse, Zierpflanzen oder Kartoffeln) für den Eigenbedarf angebaut werden, auch Grabeland auf dem Acker außerhalb der Fruchtfolge.

Hierzu gehören auch Flächen, die für den Eigenbedarf von Gemeinschaftshaushalten wie z. B. Versuchsbetrieben, kirchlichen Gemeinschaften, Pensionaten, Gefängnissen usw. bewirtschaftet werden, sofern der mit einem solchen Gemeinschaftshaushalt verbundene Betrieb die übrigen Kriterien eines landwirtschaftlichen Betriebes erfüllt.

Nicht zu den Haus- und Nutzgärten rechnen die Flächen des Feldgemüseanbaus und des Erwerbsgartenbaus, auch wenn sie eingezäunt sind sowie private Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten. Flächen, auf denen Futter für Tiere jeglicher Art angebaut wird, gehören zu den jeweiligen Positionen im Anbau auf dem Ackerland, auch wenn die Tiere vom Betriebsinhaber und seinen Haushaltsangehörigen für den Eigenverbrauch gehalten werden.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (wird automatisch ermittelt)	0240		4240	
Bitte prüfen und bestätigen Sie die errechnete Summe Landwirtschaftlich genutzte Fläche. Falls diese nicht Ihrer tatsächlichen Ackerlandfläche entspricht, passen Sie bitte die Einzelpositionen in dem Abschnitt "Anbau auf dem Ackerland" an.				
Bestätigen Sie abschließend die Summen durch Auswahl des Kästchen auf der rechten Seite.		<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

0240 (4240) Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Die LF umfasst alle landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen einschließlich der stillgelegten Flächen. Zur LF rechnen im Einzelnen folgende Kulturarten:

- Ackerland einschließlich gärtnerische Kulturen, Erdbeeren und Gartenbauerzeugnisse unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen sowie aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland,
- Dauergrünland einschließlich aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Dauergrünland,
- Haus- und Nutzgärten,
- Baum- und Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren), Nüsse,
- Baumschulflächen (ohne forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf),
- Rebland,
- Weihnachtsbaumkulturen,
- andere Dauerkulturen (z. B. Korbweiden),
- Dauerkulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern.

Sonstige Flächen und selbstbewirtschaftete Gesamtfläche 2016

Allgemeine Hinweise

Sonstige Flächen umfassen nicht landwirtschaftlich genutzte Flächen (landwirtschaftliche Flächen, die aus wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen Gründen nicht mehr bewirtschaftet werden und außerhalb der Fruchtfolge liegen) sowie Gebäude und Hofflächen, Wege, Gewässer, Waldflächen, Kurzumtriebsplantagen, Steinbrüche, Unland, Felsen usw.

		Gesamtfläche	
		Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Sonstige Flächen	dauerhaft aus der landwirtschaftlichen Produktion genommene Flächen ohne Prämienanspruch Info	0241	<input type="text"/>
	Waldflächen Info	0242	<input type="text"/>
	Kurzumtriebsplantagen (z. B. Pappeln, Weiden, Robinien zur Energie- oder Zellstoffgewinnung)	0243	<input type="text"/>
	Gebäude- und Hofflächen sowie andere Flächen (z. B. Landschaftselemente) Info	0244	<input type="text"/>

0241 Dauerhaft aus der landwirtschaftlichen Produktion genommene Flächen ohne Prämienanspruch

Hierzu gehören alle nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Flächen, die ohne Prämienanspruch dauerhaft aus der Produktion genommen wurden. Dazu zählen beispielsweise auch ehemalige Rebflächen, die nicht mehr bestockt werden sollen (Drieschen).

Stilllegungen zur Aktivierung von Zahlungsansprüchen sowie im Rahmen der Agrar-Reform vorübergehend aus der Produktion genommene Flächen zählen zu stillgelegtem/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenem Ackerland/Brache mit Beihilfe-/Prämienanspruch ohne wirtschaftliche Nutzung und ohne nachwachsende Rohstoffe (Code 0201 bzw. 4801) bzw. zu aus der Erzeugung genommenem Dauergrünland mit Beihilfe-/Prämienanspruch (Code 0234 bzw. 4834).

Parks und Grünanlagen gehören zu Gebäude- und Hofflächen sowie anderen Flächen (Code 0244).



Hierzu zählen auch Flächen, die mehr als 5 Jahre weder landwirtschaftlich genutzt, noch Prämien für die Fläche eingenommen wurden.

0242 Waldflächen

Zur Waldfläche gehören auch Wege unter 5 m Breite, Blößen (Kahlflächen, die wieder aufgeforstet werden), gering bestockte (Nichtwirtschaftswald) und unbestockte Flächen (z. B. Holzlagerplätze). Aufforstungsflächen im Rahmen mehrjähriger Flächenstilllegungen zählen ebenfalls hierzu. Zudem gehören forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf des Betriebes dazu.

Nicht dazu gehören Walnuss- und Esskastanienbäume, die überwiegend für die Fruchterzeugung bestimmt sind (Code 0213 bzw. 4213) und andere nicht forstliche Baumanlagen und Korbweidenpflanzungen (Code 0219 bzw. 4219); Flächen mit einzelnen Bäumen, kleine Baumgruppen und einzelne Baumreihen; Parks, gewerbliche Forstbaumschulen und sonstige Baumschulen außerhalb des Waldes (Code 0217 bzw. 4217) und Weihnachtsbaumkulturen (Code 0218 bzw. 4218).

0243 Kurzumtriebsplantagen (z. B. Pappeln, Weiden, Robinien zur Energie- und Zellstoffgewinnung)

Hierbei handelt es sich um bewirtschaftete Forstflächen, auf denen Holzpflanzen angebaut werden, deren Umtriebszeit bis zu etwa 20 Jahren beträgt. Als Umtriebszeit gilt die Zeit zwischen der ersten Aussaat/Anpflanzung der Bäume und der Ernte des Endprodukts, wobei laufende Bewirtschaftungsmaßnahmen wie Durchforstung nicht zur Ernte zählen. Dazu gehören Pappeln, Weiden, Robinien zur Energie- und Zellstoffgewinnung.



Es spielt keine Rolle, ob die KUPs auf Ackerland stehen. Gesetzliche Grundlage für die Einstufung der KUPs außerhalb des Ackerlands ist die EU-VO 1166/2008.

Nicht dazu gehören Mutterquartiere für Pappeln usw., die der vegetativen Vermehrung von Stecklingen und Setzruten dienen und zum Weiterverkauf für die Anlage von Kurzumtriebsplantagen bestimmt sind, diese zählen zu Baumschulen (Code 0217 bzw. 4217).

0244 Gebäude- und Hofflächen sowie andere Flächen (z. B. Landschaftselemente)

Neben Gebäude- und Hofflächen zählen so genannte größere Landschaftselemente (z. B. Hecken, Knicks, Baumreihen, Feldgehölze, Tümpel oder Sölle) an oder auf landwirtschaftlich genutzter Fläche sowie sonstige Flächen, wie z. B. Wege, Gewässer, Öd- und Unland, unkultivierte Moorflächen, Campingplätze, Park- und Grünanlagen, Ziergärten, Verkaufs- und Lagerflächen in Gewächshäusern usw. dazu.



Hierzu zählen auch Mieten auf befestigten Flächen (Fahrsilos).

Mieten auf unbefestigten Flächen zählen, wenn es sich ursprünglich um Ackerland handelt zu Code 0202 (Brache ohne Beihilfe-/Prämienanspruch), wenn es sich um Dauergrünland handelt, zu Code 0233 (Ertragsarmes Dauergrünland).

Landschaftselemente

Dazu gehören sogenannte größere Landschaftselemente an oder auf landwirtschaftlich genutzten Flächen wie Hecken, Knicks und Feldgehölze sowie Feuchtgebiete (bis 2000 m²) und Lesesteinwälle.

Öd- und Unland

Flächen, die nicht oder nicht ohne Weiteres land- oder forstwirtschaftlich nutzbar sind, wie Felsen, Schutthalden, Hecken, ferner Sandgruben, Steinbrüche, Torfstiche und anderes Abbau- und Campingplätze.

Nicht hierzu zählen landwirtschaftlich genutzte Flächen, die nur geringe Erträge bringen, wie zum Beispiel Streuwiesen und Hutungen und nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen.

Unkultivierte Moorflächen

Dazu gehören Moore und Sümpfe.

Gewässerflächen

Hierzu zählen Flüsse, Seen, Kanäle, Bäche, Gräben, Teiche, Tränklöcher usw. einschließlich der mit Schilf (Reet) bestandenen Flächen.

Hierzu rechnen z. B. **nicht** der Bodensee und die meisten Küstengewässer.

Wegeland

Straßen und Wege, auch wenn sie katasteramtlich nicht vermessen sind.

Flächenmäßig nicht ausgewiesene Waldwege unter fünf Metern Breite zählen zur Waldfläche (Code 0242).

Campingplätze

Abgegrenztes Gelände, das jedermann zum Aufstellen von mitgebrachten Wohnwagen, Wohnmobilen oder Zelten zugänglich ist.

Park- und Grünanlagen

Zu diesem Bereich zählen alle öffentlichen und privaten Park- und Grünanlagen (z. B. Sport-, Flug- und Übungsplätze, Friedhöfe u. Ä.).

Hierzu zählen **nicht** die Flächen von Gärtnereien sowie Haus-, Nutz- und Kleingärten.

Ziergärten

In diesen Bereich zählen sämtliche Gärten, die keinen Nutzgarten darstellen und somit nicht der Nahrungsmittelproduktion dienen (häufig: Anbau von standortfremden, exotischen bzw. hochgezüchteten Zierpflanzen mit hohem Pflegebedarf).

Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche (wird automatisch ermittelt)	0250	<input type="text"/>
Bitte prüfen und bestätigen Sie die errechnete Summe Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche . Falls diese nicht Ihrer tatsächlichen Ackerlandfläche entspricht, passen Sie bitte die Einzelpositionen in dem Abschnitt "Anbau auf dem Ackerland" an.		
Bestätigen Sie abschließend die Summen durch Auswahl des Kästchen auf der rechten Seite.		<input type="checkbox"/>

0250 Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche

Die selbstbewirtschaftete Gesamtfläche umfasst folgende Hauptnutzungsarten:

- landwirtschaftlich genutzte Fläche,
- Waldfläche,
- Kurzumtriebsplantagen,
- dauerhaft aus der landwirtschaftlichen Produktion genommene Flächen ohne Prämienanspruch,
- Gebäude- und Hofflächen sowie andere Flächen.

Erzeugung von Speisepilzen 2016

Allgemeine Hinweise

Produktionsflächen aller Art in für die Erzeugung von Speisepilzen erbauten oder eingerichteten Gebäuden (einschließlich Gewächshäusern) oder in Kellern, Grotten und Gewölben. Dazu zählt sowohl die Kultivierung von Speisepilzen auf dem Boden oder in Regalen als auch in Form von Substratsäcken, -blöcken oder anderen Behältnissen. Die tatsächliche Regalbodenfläche (bei Champignons auch Beetfläche genannt) oder Kulturoberfläche von Holz- oder Strohschubladen, die im Jahr 2016 einmal oder auch mehrmals genutzt wird, zählt. Bei Spezialkulturen zählt näherungsweise die Gesamtfläche der Etagen bzw. Regale. Auch bei in der Regel mehrfacher Nutzung zählt die Fläche hier nur **einmal**.

Erzeugen Sie Speisepilze?

Code
0254 ☐ ja 1
☐ nein 2

0254 Erzeugen Sie Speisepilze?

Produktionsfläche für Speisepilze (alle Ebenen)	Gesamtfläche	
	Code	in Quadratmeter
Champignons	0255	<input type="text"/>
andere Speisepilze (z. B. Austern-/Kräuterseitlinge, Shiitake; ohne kultivierte Trüffel)	0256	<input type="text"/>

0255 Champignons

Zuchtchampignons; auch Egerlinge oder Angerlinge genannt.

0256 Andere Speisepilze (z. B. Austern-/Kräuterseitlinge, Shiitake; ohne kultivierte Trüffel)

Dazu gehören Austern-/Kräuterseitlinge, Shiitake usw. Der Anbau von kultivierten Trüffeln zählt nicht dazu (siehe Code 0219 bzw. 4219).

Bewässerung im Freiland im Kalenderjahr 2015

Hatte der Betrieb die Möglichkeit, landwirtschaftlich genutzte Fläche im Freiland zu bewässern (ohne Frostschutzberegnung und ohne Bewässerung in Haus- und Nutzgärten)? [Info](#) Code 0291 ☐ ja 1 ☐ nein 2

0291 Hatte der Betrieb die Möglichkeit, landwirtschaftlich genutzte Fläche im Freiland zu bewässern (ohne Frostschutzberegnung und ohne Bewässerung in Haus- und Nutzgärten)?

„Ja“, wenn aufgrund vorhandener technischer Bewässerungsanlagen und der Verfügbarkeit von Wasser eine Möglichkeit zur Bewässerung im Kalenderjahr 2015 bestanden hat.

Die **Frostschutzberegnung** und Bewässerung von Haus- und Nutzgärten zählen **nicht** dazu.

		Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Freiland	die 2015 hätte bewässert werden können Info	0292	<input type="text"/>
	die 2015 tatsächlich bewässert wurde Info	0293	<input type="text"/>

0292 LF, die 2015 hätte bewässert werden können

Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Freiland, für die eine Möglichkeit zur Bewässerung im Kalenderjahr 2015 bestand. Es ist unerheblich, ob im Berichtszeitraum Flächen des Betriebes bewässert wurden oder nicht.

0293 LF, die 2015 tatsächlich bewässert wurde

Größe der im Kalenderjahr 2015 tatsächlich bewässerten landwirtschaftlich genutzten Fläche im Freiland. Hierbei zählt die vollständige Erntesaison des letzten Jahres. Wurde eine Fläche im Jahr mehrfach bewässert, zählt sie nur einmal.

Bewässerungsverfahren im Freiland

		Code	Bitte auswählen	
Bewässerungsverfahren im Freiland	Beregnungsanlagen (Sprinklerbewässerung)	2091	<input type="checkbox"/>	1
	Tropfbewässerung (in Bodennähe, auch Mikrosprinkler) Info	2092	<input type="checkbox"/>	1


2091 Beregnungsanlagen (Sprinklerbewässerung)

Bewässerungsmethode, bei der das Wasser unter hohem Druck in Form von Regen über die Flurstücke verteilt wird, z. B. durch Rohrtrommelberegnungsmaschinen, Reihenregner oder Kreis- und Linearberegnungsmaschinen.

2092 Tropfbewässerung (in Bodennähe, auch Mikrosprinkler)

Bewässerungsmethode, bei der in Bodennähe das Wasser tropfenweise an die Pflanzen weitergegeben wird. Dazu gehört die Bewässerung mit Mikrosprinkler- oder Sprühnebelanlagen.

Wasserquelle die überwiegend zur Bewässerung im Freiland genutzt wurde

Wasserquelle, die überwiegend zur Bewässerung im Freiland genutzt wurde 	Bezug von Wasser aus öffentlichen oder privaten Versorgungsnetzen	2093	<input type="radio"/>	1
	Grundwasser (auch Quellwasser und Uferfiltrat)		<input type="radio"/>	2
	betriebseigenes Oberflächenwasser (z. B. Teiche, Becken)		<input type="radio"/>	3
	betriebsfremdes Oberflächenwasser (z. B. Flüsse, Seen)		<input type="radio"/>	4
	andere Herkunft (z. B. Brackwasser, aufbereitetes Wasser)		<input type="radio"/>	5

2093=1 Bezug von Wasser aus öffentlichen oder privaten Versorgungsnetzen

Hierzu gehören Wasserquellen außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes (einschl. in Behältnissen angeliefertes Wasser), welche nicht unter das betriebsfremde Oberflächenwasser, z. B. Flüsse, Seen fallen. Die Wasserversorgung kann öffentlich oder privat (z. B. über einen Wasserverband) erfolgen. Der Ursprung des Wassers ist dabei unerheblich.

2093=2 Grundwasser (auch Quellwasser und Uferfiltrat)

Hierbei handelt es sich um Grundwasserquellen/-brunnen auf dem landwirtschaftlichen Betrieb oder in seiner Nähe. Das benötigte Wasser wird aus gebohrten oder gegrabenen Brunnen, freifließenden Grundwasserquellen oder Ähnlichem gepumpt. Es kann sich hierbei auch um Grundwasserquellen/-brunnen handeln, die von dem landwirtschaftlichen Betrieb nicht ausschließlich zur Bewässerung genutzt werden.

2093=3 Betriebseigenes Oberflächenwasser (z. B. Teiche, Becken)

Hierbei handelt es sich um kleine natürliche Teiche oder künstliche Staubecken, welche entweder direkt auf dem Betriebsgelände liegen oder ausschließlich von dem Betrieb genutzt werden.

2093=4 Betriebsfremdes Oberflächenwasser (z. B. Flüsse, Seen)

Hierbei handelt es sich um betriebsfremdes Wasser aus Seen, Flüssen oder anderen Wasserwegen, die nicht eigens für die Bewässerung angelegt wurden. Kleine Stauanlagen ($< 1000 \text{ m}^3$), die eine einwandfreie Funktion der Pumpen in kleinen Wasserläufen/Bächen gewährleisten, zählen hier ebenfalls dazu.

2093=5 andere Herkunft (z. B. Brackwasser, aufbereitetes Wasser)



Andere Wasserquellen, z. B. Wasser aus Brackwasserquellen (mit geringem Salzgehalt) wie der Ostsee oder bestimmten Flüssen, d. h. unbehandelt, genutzt werden kann oder Wasser, das nach einer Abwasserbehandlung als gereinigtes Wasser wieder einem Nutzer zugeleitet wird.

Bodenbearbeitungsverfahren, Fruchtfolge und Erosionsschutz auf Ackerflächen im Freiland, einschließlich gartenbaulichen Kulturen auf dem Ackerland

Bodenbearbeitungsverfahren in den letzten 12 Monaten

Allgemeine Hinweise

Dazu gehören ausschließlich Ackerflächen im Freiland, die in den letzten 12 Monaten eingesät oder bearbeitet wurden. Bei mehreren Bodenbearbeitungsverfahren auf der gleichen Fläche zählt nur die Fläche mit dem intensivsten Verfahren (z. B. Pflügen).

		Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Ackerland mit	konventioneller wendender Bodenbearbeitung (Pflügen)	2001	<input type="text"/>
	konservierender nicht wendender Bodenbearbeitung (z. B. durch Grubbern, Eggen, Strip-Till-Verfahren) 	2002	<input type="text"/>
	Direktsaatverfahren (ohne Bodenbearbeitung) 	2003	<input type="text"/>

2001 Ackerland mit konventioneller wendender Bodenbearbeitung (Pflügen)

Die konventionelle Bodenbearbeitung zur Neueinsaat (Grundbodenbearbeitung) wird mit dem Pflug durchgeführt. Der Boden wird hierbei auf Krumentiefe (i. d. R. bis 30 cm) gelockert und gewendet. Bei der konventionellen Bodenbearbeitung wird der Boden in der Regel im ersten Schritt mit einem Schar- oder Scheibenpflug gewendet (Grundbodenbearbeitung) und im zweiten Schritt mit einer Scheiben- oder Kreiselegge (oder anderen Bodenbearbeitungsgeräten) (Saatbettbereitung) bearbeitet.

2002 Ackerland mit konservierender nicht wendender Bodenbearbeitung (z. B. durch Grubbern, Eggen, Strip Till-Verfahren)

Pfluglose Bodenbearbeitung auf dem Ackerland, wie z. B. Mulchsaatverfahren, streifenweise Bodenbearbeitung (Strip Till-Verfahren) oder eine Bodenbearbeitung in Dammbauweise. Hierbei können Ernterückstände der Vor- und/oder Zwischenfrucht auf der Bodenoberfläche verbleiben. Anstelle des Pfluges werden zur Grundbodenbearbeitung z. B. Grubber eingesetzt. Die Saatbettbereitung erfolgt durch Eggen, Fräsen oder Schare. Möglich ist auch der Einsatz von Gerätekombinationen.

Streifenweise Bodenbearbeitung (Strip Till-Verfahren):

Das Saatbett wird auf Streifen von 5 bis 20 cm Breite bereitet d. h. vorgelockert, teilweise Dünger eingebracht und auf diesen Streifen eingesät. Auf dem Boden zwischen den einzelnen Streifen verbleiben Pflanzenrückstände, der Boden zwischen den Reihen wird nicht bearbeitet. Dieses Verfahren findet überwiegend bei Mais und Zuckerrüben Anwendung.

Vertikale Bodenbearbeitung:

Der Boden wird mit Geräten bearbeitet, die ihn nicht umpflügen und nur eine geringe Verdichtung verursachen. Dadurch bleibt die Oberfläche in der Regel mit Ernterückständen bedeckt.

Bodenbearbeitung in Dammbauweise:


System aus Dämmen und Furchen. Die Furchen verlaufen entweder parallel zu den Höhenlinien oder sind mit einem leichten Gefälle errichtet, abhängig davon, ob mit der Dammbauweise die Feuchtigkeit im Boden erhalten werden soll oder ob überflüssige Feuchtigkeit abfließen soll. Die Dämme können entweder dauerhaft beständig sein oder jährlich errichtet werden, wodurch die Menge der Pflanzenrückstände, die auf der Oberfläche verbleiben sollen, reguliert werden kann.

2003 Ackerland mit Direktsaatverfahren (ohne Bodenbearbeitung)

Bestellung des Ackerlandes ohne Bodenbearbeitung seit der vorhergehenden Ernte. Zum Schutz vor Erosion werden Stoppel- und andere Pflanzenrückstände nicht eingearbeitet. Die Saatgutablage erfolgt z. B. mittels Zinkensächaren oder Scheiben, die Säschlitze öffnen, in die das Saatgut abgelegt und anschließend mit Boden bedeckt wird.

Fruchtwechsel**Allgemeine Hinweise**

Nicht dazu gehören Kulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern.

	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Ackerland, auf dem im Anbaujahr 2016 die gleiche einjährige Fruchtart angebaut wird wie im Anbaujahr 2015 	2016	<input type="text"/>

2016 Ackerland, auf dem im Anbaujahr 2016 die gleiche einjährige Fruchtart angebaut wird wie im Anbaujahr 2015

Der Wechsel zwischen verschiedenen Getreidearten wird auch als Fruchtwechsel angesehen.

Erosionsschutz von Oktober 2015 bis Februar 2016

		Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Ackerland mit Bodenbedeckung		2011	<input type="text"/>
davon mit	Winterkulturen (z. B. Weizen, Winterzwischenfruchtanbau zur Futter- oder Biogasgewinnung)	2012	<input type="text"/>
	Winterzwischenfruchtanbau zur Gründüngung	2013	<input type="text"/>
	Restbewuchs (auch Stoppeln) der vorangegangenen Kultur ab 30 % Bodenbedeckung	2014	<input type="text"/>
	mehrfährigen Kulturen auf dem Ackerland (z. B. Hopfen, Feldgrasanbau, Erdbeeren)	2017	<input type="text"/>
	Ackerland ohne Bodenbedeckung	2015	<input type="text"/>

2011 Ackerland mit Bodenbedeckung

Das Ackerland mit Bodenbedeckung wird unterteilt in Ackerland mit Winterkulturen (C2012), mit Winterzwischenfruchtanbau zur Gründüngung (C2013), Restbewuchs (C2014) und mehrjährigen Kulturen auf dem Ackerland (C2017).

Davon mit:

2012 Winterkulturen (z. B. Weizen, Winterzwischenfruchtanbau zur Futter- oder Biogasgewinnung)

Ackerland mit im Herbst 2015 ausgesäten Kulturen mit Wachstum im Winter. Dies können sowohl Hauptkulturen (z. B. Winterweizen oder –gerste) sein oder Winterzwischenfrüchte, die zur Futter- oder zur Biogasgewinnung dienen. Diese Fläche zählt ebenfalls zum Themenbereich „Zwischenfruchtanbau von Juni 2015 bis Mai 2016“.

2013 Winterzwischenfruchtanbau zur Gründüngung

Ackerland mit Winterzwischenfrüchten zur Gründüngung oder zur Erosionsminderung und gegen Nährstoffverlust. Normalerweise werden die dafür genutzten Kulturen vor der Hauptkultur untergepflügt. Diese Fläche zählt ebenfalls zum Themenbereich „Zwischenfruchtanbau von Juni 2015 bis Mai 2016“.

2014 Restbewuchs (auch Stoppeln) der vorangegangenen Kultur ab 30 % Bodenbedeckung

Ackerland mit Pflanzenresten (z. B. Stoppeln, Stroh) der vorausgegangenen Kultur. Reste von Kartoffeln gehören **nicht** hierzu.

2017 mehrjährige Kulturen auf dem Ackerland (z. B. Hopfen, Feldgrasanbau, Erdbeeren)

Ackerland mit mehrjährigen Kulturen wie z. B. Hopfen, Feldgrasanbau gehören hierzu. Wurde eine mehrjährige Kultur zu einem so späten Zeitpunkt eingesät, dass sie im Berichtszeitraum noch keinen Erosionsschutz geboten hat, dann ist diese Fläche unter Code 2015 – „Ackerland ohne Bodenbedeckung“ anzugeben.

2015 Ackerland ohne Bodenbedeckung

Ackerland, auf dem von Oktober 2015 bis Februar 2016 keine Kulturaasen ausgebracht wurden. Werden Ernterückstände oder sonstige Bodenbedeckungen ab 30 % (z. B. Maisstopeln) auf dem Ackerland belassen, zählen diese Flächen zu „Ackerland mit Restbewuchs“ (Code 2014).

Zwischenfruchtanbau von Juni 2015 bis Mai 2016

Allgemeine Hinweise

Der Zwischenfruchtanbau bezeichnet hier den Anbau von Ackerkulturen zwischen zwei aufeinander folgenden Hauptfrüchten im Zeitraum Juni 2015 bis Mai 2016 – unabhängig davon, ob der Zwischenfruchtanbau im Zuge der Anforderungen des Greenings erfolgte oder nicht. Greeningflächen, die im InVeKoS-Antrag angegeben wurden, zählen ebenfalls dazu. Hierzu gehört die Ackerfläche, auf der nach der Ernte der Hauptfrucht 2015 und vor der Aussaat der Hauptfrucht für das Jahr 2016 Zwischenfrüchte angebaut wurden. Dazu zählen auch Unter-/ Stoppelsaaten und Mulchsaaten. **Nicht dazu** zählen Begrünungen in Weinbergen oder Baumschulkulturen. Sommerzwischenfrüchte werden noch vor dem Winter geerntet oder umgebrochen, Winterzwischenfrüchte bedecken den Boden bis zum Frühjahr. Zu letzteren gehören auch die im Winter abfrierenden Zwischenfrüchte für Mulchsaaten. Diese zählen

ebenfalls zum Erosionsschutz „Winterkulturen (z. B. Weizen, Winterzwischenfruchtanbau zur Futter- oder Biogasgewinnung)“ (Code 1012) oder „Winterzwischenfruchtanbau zur Gründüngung“ (Code 1013).

Wurden im Zeitraum von Juni 2015 bis Mai 2016 Zwischenfrüchte angebaut?

Code
0280 ☐ ja 1
☐ nein 2

0280 Wurden im Zeitraum von Juni 2015 bis Mai 2016 Zwischenfrüchte angebaut?

0271, 0281 Sommer- und Winterzwischenfruchtanbau

Hierzu zählt der Zwischenfruchtanbau insgesamt, unterschieden nach Sommer- und Winterzwischenfruchtanbau.

		Sommerzwischenfruchtanbau 2015		Winterzwischenfruchtanbau 2015/2016	
		Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Insgesamt (einschließlich Untersaaten)		0261	<input type="text"/>	0271	<input type="text"/>
davon	Gründüngung	0262	<input type="text"/>	0272	<input type="text"/>
	Futtermittelgewinnung	0263	<input type="text"/>	0273	<input type="text"/>
	Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung	0264	<input type="text"/>	0274	<input type="text"/>

Davon:

0272, 0282 Gründüngung

Aussaat von Pflanzen, die normalerweise zur Bodenverbesserung im grünen oder angewelkten Zustand untergepflügt werden. Die Flächen des Winterzwischenfruchtanbaus 2015/2016 zählen ebenfalls zum Erosionsschutz „Winterzwischenfruchtanbau zur Gründüngung“ (Code 1013).

0273, 0283 Futtermittelgewinnung

Aussaat von Pflanzen, die normalerweise zur Futtermittelgewinnung dienen. Diese Flächen des Winterzwischenfruchtanbaus 2015/2016 zählen ebenfalls zum Erosionsschutz: „Winterkulturen (z.B. Weizen, Winterzwischenfruchtanbau zur Futter- oder Biogasgewinnung)“ (Code 1012).

0274, 0284 Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung

Aussaat von Pflanzen, die der anschließenden Produktion von Biomasse zur energetischen Nutzung dienen. Die Flächen des Winterzwischenfruchtanbaus 2015/2016 zählen auch zum Erosionsschutz: „Winterkulturen (z.B. Weizen, Winterzwischenfruchtanbau zur Futter- oder Biogasgewinnung)“ (Code 1012).

Eigentums- und Pachtverhältnisse 2016

Allgemeine Hinweise

Die Angaben über die Eigentums- und Pachtverhältnisse beziehen sich ausschließlich auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche und nicht auf die selbstbewirtschaftete Gesamtfläche des Betriebes zum Erhebungszeitpunkt. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche muss mit der entsprechenden landwirtschaftlich genutzten Fläche im InVeKoS-Antrag bzw. im Abschnitt „Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung“ (Code 0240) übereinstimmen.

		Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)
Landwirtschaftlich genutzte Fläche Bitte übernehmen Sie gegebenenfalls den Wert aus Code 0240.		0401	<input type="text"/>
davon	eigene selbstbewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche Info	0402	<input type="text"/>
	unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene landwirtschaftlich genutzte Fläche	0403	<input type="text"/>
	gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche Info	0404	<input type="text"/>
	von Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers	0405	<input type="text"/>
		von anderen Verpächtern	<input type="text"/>

0401 Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Siehe landwirtschaftlich genutzte Fläche (Code 0240).

Die (vom Betrieb selbstbewirtschaftete) LF (Code 0401) setzt sich zusammen aus:

- + eigener selbstbewirtschafteter LF (Code 0402)
- + unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF (Code 0403)
- + gepachteter LF (Code 0404, 0405)

Davon:

0402 Eigene selbstbewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche

Eigene selbstbewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche soweit sie sich im Eigentum des Betriebes befindet oder Flächen, die vom Betriebsinhaber als Nutznießer oder Erbpächter bewirtschaftet werden.

Nicht dazu gehören gepachtete oder verpachtete Flächen und unentgeltlich erhaltene oder abgegebene Flächen. Altenteilerland zählt dann zur selbstbewirtschafteten LF des Betriebes, wenn es nicht vom Altenteiler, sondern vom Betrieb mit bewirtschaftet wird.



Die Erbpacht ist in Deutschland heute gesetzlich verboten, allerdings wird der Begriff umgangssprachlich häufig zur Bezeichnung des Erbbaurechts verwendet.

0403 Unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene landwirtschaftlich genutzte Fläche

Hierzu rechnen für befristete oder unbefristete Zeit unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF, u. a. auch Flächen im Zuge der Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens sowie Flächen, zu deren Nutzung der abwesende Eigentümer keine (ausdrückliche mündliche oder schriftliche) Zustimmung erteilt hat, die jedoch aus Gründen des allgemeinen Interesses (z. B. der Landschaftspflege, Schutz vor Verunkrautung oder aus Gefälligkeit oder Eigeninteresse) bewirtschaftet werden. Für die Fläche muss keine Pacht gezahlt werden.

Die Zahlung eines Entgelts für einen gepachteten Zahlungsanspruch (Basisprämienregelung) zählt nicht dazu.

0404, 0405 Gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Flächen, die vom Betrieb gegen Entgelt (Geld, Naturalien oder sonstige Leistungen) zur Nutzung übernommen worden sind (schriftlicher oder mündlicher Pachtvertrag) und auch von diesem bewirtschaftet werden. Bei Personengemeinschaften, wie GbR's, zählen hierzu auch Flächen im Besitz der Gesellschafter, die nicht auf die GbR übertragen wurden. Hierzu zählt ebenfalls gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche, die vorübergehend stillgelegt ist bzw. aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommen wurde. Die Pachtfläche umfasst landwirtschaftlich genutzte Fläche aus Einzelgrundstücken und/oder geschlossene Hofpachten. Es ist zu unterscheiden, ob es sich um Pachtungen von Familienangehörigen (C0404) oder anderen Verpächtern (C0405) handelt. Bei C0404 „Pachtungen von Familienangehörigen“ sind nur Angaben von Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen zu machen.

Nicht dazu zählt gepachtete LF, die vom Betrieb an Dritte weiterverpachtet wurde. Diese Fläche gehört zur gepachteten landwirtschaftlich genutzten Fläche des Betriebes, der diese LF erhalten hat und bewirtschaftet.

Bei wechselseitigen Überlassungen von LF zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, z. B. beim Pflugtausch, gehört die jeweilige LF zur gepachteten landwirtschaftlich genutzten Fläche des Betriebes, der diese bewirtschaftet.



Personengemeinschaften oder juristische Personen in ihrer Eigenschaft als Rechtsformen können keine Familienangehörigen haben. Daher können diese Rechtsformen keine gepachteten Flächen von Verwandten und Verschwägerten angeben. Die Flächen zählen demzufolge zu Code 0405 (Gepachtete LF von anderen Verpächtern).

Pachtflächen und Pachtentgelte 2016

	gepachtete Fläche		Jahrespacht insgesamt für diese Fläche		Durchschnittliche Jahrespacht pro Hektar
	Code	Hektar (mit 2 Nachkommastellen)	Code	voller Euro	voller Euro
Von anderen Verpächtern gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche	0411	100,00	0421		
Der Wert wird automatisch von Code 0405 übernommen.					
Gepachtete Einzelgrundstücke insgesamt	Ackerland (nur im Freiland)	0412	0422		
	Dauergrünland	0413	0423		
	sonstige landwirtschaftlich genutzte Fläche	0414	0424		
Darunter: innerhalb der letzten zwei Jahre erstmals gepachtete Flächen und Flächen mit Pachtpreisveränderungen	Ackerland (nur im Freiland)	0431	0441		
	Dauergrünland	0432	0442		
	sonstige landwirtschaftlich genutzte Fläche	0433	0443		
Gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche innerhalb einer geschlossenen Hofpacht	0451		0452		

0411, 0421 Von anderen Verpächtern gepachtete LF und Jahrespacht

Die von „anderen Verpächtern“ gepachtete LF unterteilt sich in gepachtete Einzelgrundstücke nach Art ihrer Nutzung (Ackerland, Dauergrünland und sonstige LF) und gepachtete LF innerhalb einer geschlossenen Hofpacht. Zu allen Pachtflächen gehört die derzeitige Jahrespacht insgesamt in vollen Euro (nicht je Hektar). Der Geldbetrag, der Wert der Naturalpacht und sonstige Leistungen zählen dabei zusammen.

Teilbeträge der Jahrespacht, die nicht für die Flächennutzung, sondern für andere Nutzungsgegenstände oder Rechte (z. B. Gebäude, Inventar, Zahlungsanspruch (Basisprämie), Zuckerrübenkontingent) gezahlt wurden, zählen nicht zu dem Gesamtbetrag der Jahrespacht in Euro.

0412 bis 0414, 0422 bis 0424 Gepachtete Einzelgrundstücke insgesamt

Die von anderen Verpächtern gepachtete LF (Code 0411) und die entsprechende Jahrespacht insgesamt gliedert sich in die gepachteten Einzelgrundstücke nach der Art ihrer Nutzung und der gepachteten LF innerhalb einer geschlossenen Hofpacht auf, d. h. die Summe der Codes 0412 bis 0414 und 0451 ergibt Code 0411. Zu den jeweils eingetragenen Pachtflächen gehört die Höhe der derzeitigen Jahrespacht in vollen Euro (nicht je Hektar). Geldbeträge, der Wert der Naturalpacht und sonstige Leistungen zählen dabei zusammen. Teilbeträge der Jahrespacht, die nicht für die Flächennutzung, sondern für andere Nutzungsgegenstände oder Rechte (z. B. Gebäude, Inventar, Zahlungsanspruch auf Betriebsprämie, Zuckerrübenkontingent) gezahlt wurden, zählen nicht zur Jahrespacht in Euro.

Falls bei gemischten Pachtungen (z. B. Acker- und Dauergrünland) der Pachtpreis nicht getrennt angegeben werden kann, zählt die betreffende LF und die Jahrespacht zur „sonstigen LF“ (Codes 0414, 0424). Zur „sonstigen LF“ zählen z. B. gepachtete Gewächshausflächen, Baum- und Beerenobstanlagen sowie Rebflächen. Mit einem Flächentausch/Pflugtausch verbundene Geldzahlungen, aufgrund von Differenzen im Flächenumfang und/oder bei den Bodenwertzahlen, rechnen zu dem Pachtpreis des zahlenden Betriebes.



Es ist nicht ausreichend, die Angaben aus dem Pachtvertrag zu übernehmen. Die Angaben sollen der Art der tatsächlichen Nutzung entsprechen.

Die Zahlung der Grundsteuer für die Pachtfläche und des Berufsgenossenschaftsbeitrags für den Verpächter zählen zu den "sonstigen Leistungen" bei den Pachtpreisen und sind dementsprechend in die anzugebende Jahrespacht einzubeziehen.

Da diese Zahlungen unmittelbar mit der Flächennutzung zusammenhängen, sind sie in der Regel vom Pächter neben dem reinen Pachtpreis für die Fläche zu zahlen und somit anzugeben.

Darunter:

0431 bis 0433, 0441 bis 0443 Erstpachtungen und Pachtpreisveränderungen in den letzten zwei Jahren

Hierzu zählen nochmals gesondert diejenigen zugepachteten Einzelgrundstücke, die seit dem 1. März 2014 erstmals vom Betrieb als Pachtland bewirtschaftet werden oder für die der Pachtpreis nach dem 1. März 2014 geändert worden ist. Diese Flächen sind bereits in den Codes 0412 – 0414 bzw. 0422 – 0424 enthalten.

0451, 0452 Geschlossene Hofpacht

Zur geschlossenen Hofpacht zählt die Pachtung eines ganzen landwirtschaftlichen Betriebes mit Gebäuden und Flächen. Dazu gehört jedoch nur die gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche (keine Hof- und Gebäudeflächen) und die dafür entrichtete Jahrespacht.

Betriebe mit Anbau von Gartenbaugewächsen 2016

Verfügt Ihr Betrieb im Jahre 2016 über mindestens eine der folgenden Kulturen:

- Baumschul-, Baumobst-, Beerenobst-, Gemüse-, Erdbeer-, Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland,
- Fläche zur Erzeugung von Gartenbausämereien oder Jungpflanzen zum Verkauf,
- Fläche mit Heil-, Duft- oder Gewürzpflanzen,
- Produktionsfläche für Speisepilze oder
- Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern

Code
5801

☐ ja 1
☐ nein 2

5801

Verfügt Ihr Betrieb 2016 über mindestens eine der folgenden Kulturen?

- Baumschul-, Baumobst-, Beerenobst-, Gemüse-, Erdbeer-, Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland,
- Fläche zur Erzeugung von Gartenbausämereien oder Jungpflanzen zum Verkauf,
- Fläche mit Heil-, Duft- oder Gewürzpflanzen,
- Produktionsfläche für Speisepilze oder
- Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern

Hohe begehbare Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern 2016 (einschließlich vorübergehend nicht genutzter Gewächshausflächen)

Allgemeine Hinweise

Dazu zählen alle festen oder beweglichen hohen begehbaren Schutzeinrichtungen (z. B. Gewächshäuser aus Glas, fester Kunststoff, flexibler Kunststoff) einschließlich Folientunnel, die zur Produktion von Gartenbaukulturen genutzt werden. Verkaufsgewächshäuser oder dauerhaft brachliegende Gewächshäuser sind nicht anzugeben. Bei Dach-/Stehwandeindeckung aus unterschiedlichem Material gilt die Dacheindeckung. Nicht dazu gehören Frühbeetflächen und sonstige abgedeckte Freilandflächen. Flächen unter Hagelschutznetzen und/oder Foliendächern zählen ebenfalls nicht zu den Anlagen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen.


Verfügt Ihr Betrieb über Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern?

Code
5810

☐ ja 1
☐ nein 2

5810

Verfügt Ihr Betrieb über Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern?

Art der Eindeckung	Grundflächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern 	
	Code	in Quadratmeter
Einfachverglasung	5811	<input type="text"/>
Mehrfach-/Isolier-/Thermoverglasung	5812	<input type="text"/>
Verglasung mit Photovoltaik	5813	<input type="text"/>
Einfachfolie	5814	<input type="text"/>
Mehrfach-/Isolier-/Thermofolien	5815	<input type="text"/>
Kunststoffplatten (Polycarbonat, Acrylglas)	5816	<input type="text"/>
sonstige	5817	<input type="text"/>
Grundfläche insgesamt	5820	<input type="text"/>

5811 - 5817 Art der Eindeckung und ihre Grundfläche

Die im Jahr 2016 genutzte Grundfläche in feststehenden und beweglichen hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern (ohne Frühbeete und abgedeckte Freilandflächen). Bei beweglichen Schutzanlagen zählt die Grundfläche nur einmal.

Bei Art der Eindeckung wird unterschieden zwischen Einfachverglasung, Mehrfach-/Isolier-/Thermoverglasung, Verglasung mit Photovoltaik, Einfachfolie, Mehrfach-/Isolier-/Thermofolien, Kunststoffplatten (Polycarbonat, Acrylglas) oder sonstige Eindeckungen (z. B. Styrodur).

Art der Nutzung von Gewächshäusern	Grundflächen (ohne Folientunnel) Info	
	Code	in Quadratmeter
Warmhaus (ganzjährig über 10 Grad Celsius Tagesinnentemperatur)	5821	<input type="text"/>
Kalthaus (ganzjährig bis zu 10 Grad Celsius Tagesinnentemperatur)	5822	<input type="text"/>

5821, 5822 Art der Nutzung von Gewächshäusern (ohne Folientunnel)

Ein Warmhaus besitzt stetige Tagesinnentemperaturen von mehr als 10 °C über das ganze Jahr. Sinkt dagegen die Tagesinnentemperatur auf 10 °C und weniger, handelt es sich um ein Kalthaus. Glashäuser ohne Beheizung werden zu den Kalthäusern gezählt.

Es gibt durchaus Kulturen, bei denen die Nachttemperatur unter der genannten Schwelle liegt. Dies wird aus Gründen der Energieeinsparung so gemacht. Deshalb ist die Tagtemperatur besser zur Unterscheidung geeignet. Auch ein Kalthaus kann durchaus beheizt werden. In der Literatur gibt es auch andere Temperaturabgrenzungen für Warm- und Kalthäuser sowie temperierten Gewächshäusern. In dieser Erhebung wird nach den Vorgaben des BMEL die Grenze bei 10 °C festgesetzt. Die Grundfläche Warm- und Kalthaus (Code 5821+5822) muss nicht mit der Grundfläche für Gewächshäuser (C5820) übereinstimmen.

Verbrauchte Energiemengen für die Beheizung von hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern im Jahr 2015

Wurden hohe begehbare Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäuser im Jahr 2015 beheizt ?

Code
5830 ☐ ja 1
☐ nein 2

5830 Wurden hohe begehbare Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern im Jahr 2015 beheizt?

Energieträger	Code	Menge
Heizöl in Litern	5831	<input type="text"/>
Schweröl in Litern	5832	<input type="text"/>
Erdgas in Kilowattstunden	5833	<input type="text"/>
Biogas in Kilowattstunden	5834	<input type="text"/>
Holz in Kubikmetern	5835	<input type="text"/>
Pflanzenöl in Litern	5836	<input type="text"/>
Steinkohle, Anthrazit in Tonnen	5837	<input type="text"/>
Braunkohle (auch -staub) in Tonnen	5838	<input type="text"/>
Fernwärme in Kilowattstunden	5839	<input type="text"/>
Strom in Kilowattstunden	5840	<input type="text"/>
sonstige Energieträger Info	5841	<input type="checkbox"/>

5831 - 5840 Energieträger und Mengenangaben

Die für die Beheizung von hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern eingesetzten Energiemengen für das Jahr 2015 des jeweiligen Energieträgers (in der jeweiligen Maßeinheit und Gesamtverbrauch, **nicht** Verbrauch pro m²).

Der Energieverbrauch kann sehr stark von Betrieb zu Betrieb abweichen. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- Art der Eindeckung des Gewächshauses (gut isolierte Gewächshäuser verbrauchen wesentlich weniger Energie als beispielsweise einfachverglaste Gewächshäuser)
- Produzierende Pflanzen (je nachdem welche Pflanzen angebaut werden, müssen bestimmte Temperaturen im Gewächshaus gewährleistet sein)
- Produktionsdauer
- Alter des Gewächshauses

Wir gehen davon aus, dass die Streuung bei dieser Frage sehr hoch sein wird.

Um die Auskunftspflichtigen zu entlasten, sind nur die wichtigsten Energieträger aufgeführt.

Die oben aufgeführten Energieträger besitzen unterschiedliche Maßeinheiten. Jedoch können diese Maßeinheiten in kWh umgerechnet werden. Dazu folgende Tabelle:

Energieträger	Mengenangaben	Umrechnung in kWh	Obergrenze 800 kWh/m ²
Heizöl	0,098 Liter	△ 1 kWh	79 l/m ²
Schweröl	0,087 Liter	△ 1 kWh	70 l/m ²
Erdgas	kWh	-	800 kWh/m ²
Erdgas	0,1 m ³	△ 1 kWh	80 m ³ /m ²
Biogas	kWh	-	800 kWh/m ²
Biogas	0,17 m ³	△ 1 kWh	136 m ³ /m ²
Holz (Holzhackschnitzel)	0,0013 m ³	△ 1 kWh	1,04 m ³ /m ²
Holz (Pellets)	0,26 kg	△ 1 kWh	208 kg/m ²
Pflanzenöl	0,09 Liter	△ 1 kWh	72 l/m ²
Steinkohle/Antrazit	0,114 kg	△ 1 kWh	0,0912 t/m ²
Braunkohle	0,178 kg	△ 1 kWh	0,143 t/m ²
Fernwärme	kWh	-	800 kWh/m ²
Strom	kWh	-	800 kWh/m ²

Um eventuelle Eingabefehler bei dieser Frage zu verhindern, ist in der Fachanwendung eine Fehlerspezifikation („Kann-Fehler“) hinterlegt. Nach Expertenmeinung liegt die Obergrenze bei 800 kWh pro m² Gewächshausfläche im Jahr. Probleme könnte es bei den Angaben zum Holz geben. Nach Expertenmeinung werden die meisten Gewächshäuser mit Holzhackschnitzel beheizt. Jedoch gibt es auch Betriebe, die Holzpellets verwenden. Normalerweise werden Pellets in kg oder Tonnen angegeben. Sollte dies der Fall sein, so entsprechen 650kg Pellets einem Kubikmeter. Auch Biogas bzw. Erdgas können anstatt in kWh auch in Kubikmetern angegeben werden. Hier entsprechen 0,17m³ Biogas 1 kWh bzw. 0,1m³ Erdgas 1kWh.

5841 Sonstige Energieträger

Andere Energieträger wie z. B. Stroh, Geothermie werden zur Beheizung von hohen begehbaren Schutzabdeckungen verwendet.

Einnahmen des Betriebes 2015

Allgemeine Hinweise

Die Betriebseinnahmen beziehen sich ausschließlich auf die gartenbaulichen/landwirtschaftlichen Einnahmen des Betriebes (ohne Kindergeld, Renten, Einkünfte aus Einkommenskombinationen, Einkommen aus anderer Erwerbstätigkeit o. Ä.) einschließlich – soweit vorhanden – Betriebsteile mit gartenbaulichen Handels- oder Dienstleistungen.

Nicht dazu gehören Einnahmen aus rechtlich selbstständigen Nebenbetrieben (z. B. Handels- oder Dienstleistungsbetrieb in der Hand desselben Betriebsinhabers).

Betragen 50% und mehr der Betriebseinnahmen aus Gartenbau, Handel oder Dienstleistungen, so handelt es sich um einen Gartenbaubetrieb. Bei weniger als 50% der Betriebseinnahmen aus Gartenbau, Handel oder Dienstleistungen, handelt es sich um einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Gartenbau. Diese Unterscheidung ist später für das Tabellenprogramm sehr wichtig.

Einnahmen aus:		Anteil an den gesamten Betriebseinnahmen (ggf. schätzen)	
		Code	vollen Prozent
eigener Erzeugung von	Gartenbauprodukten (Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen, Baumschulerzeugnisse, Gartenbausämereien, Jungpflanzen, Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen, Speisepilze) Info	5851	<input type="text"/>
	sonstigen landwirtschaftlichen Produkten (Getreide, Hackfrüchte, Vieh, Milch, Eier, Hopfen und dergleichen) Info	5852	<input type="text"/>
Handelswaren (nicht selbst erzeugte Ware) Info		5853	<input type="text"/>
Dienstleistungen aus	Friedhofsgärtnerei, Grabpflege	5854	<input type="text"/>
	Garten- und Landschaftsbau	5855	<input type="text"/>
	sonstigen Tätigkeiten (z.B. Blumen- und Kranzbinderei, Dekoration, Innenraumbegrünung)	5856	<input type="text"/>
Summe (wird automatisch ermittelt)			<input type="text"/>

5851 eigene Erzeugung von Gartenbauprodukten

Hierzu zählen auch solche Gartenbauprodukte, die als Halbfertigwaren gekauft und im Betrieb weiter kultiviert worden sind.

5852 eigene Erzeugung von sonstigen landwirtschaftlichen Produkten

Hierzu zählen auch solche landwirtschaftlichen Produkte, die als Halbfertigwaren gekauft und im Betrieb weiter kultiviert worden sind (z. B. Wein. Winzer liefern beispielsweise Most an Sektkellereien).

5853 Handelswaren

Gärtnerische Handelswaren sind Fertigwaren, die den Betrieb handelsmäßig durchlaufen. Hierzu zählen z. B. Blumendünger, Blumentöpfe, Gartengeräte, zugekaufte Pflanzen.

Handelsware unterscheidet sich von produzierter Ware durch den fehlenden Einsatz von Arbeit oder anderen Produktionsmitteln. Es kommt zu keinem Wertzuwachs. Handelsware wird letztendlich nur „gelagert“; das bspw. notwendige Gießen dient nur dem Erhalt der Pflanze nicht aber dem Wertzuwachs.

5854 Dienstleistungen aus Friedhofsgärtnerei, Grabpflege

Friedhofsgärtnereien sind spezialisiert auf das Anlegen und Bepflanzen von Grabstätten, die Grabpflege sowie das Erstellen von Grabschmuck und Dekorationen.

5855 Dienstleistungen aus Garten- und Landschaftsbau

Hierzu gehört die Errichtung und Pflege von Gärten und Parks, sowie Spiel- und Sportplätzen u. Ä.

5856 Sonstige Dienstleistungen

Alle anderen Einnahmequellen aus Dienstleistungen (z. B. Floristik, Objektbegrünung, Innenraumbegrünung).

Viehbestände am 1. März 2016

Allgemeine Hinweise

Viehbestände am 1. März 2016. Dazu gehören die Bestände an Schweinen, Schafen, Ziegen, Geflügel und Einhufern. Die Bestände an Rindern werden aus der HIT-Rinderdatenbank übernommen.

- **Gemeinsam gehaltenes Vieh:** Bei gemeinsam gehaltenem Vieh bzw. gemeinsam untergebrachtem Vieh (z. B. in Gemeinschaftsbetrieben, Betriebsgemeinschaften, Erzeugergemeinschaften usw.) zählt der Viehbestand nicht für den einzelnen Viehhalter, sondern als eine Einheit nur auf einem Bogen.
- **Verkauft Vieh:** Am Stichtag noch beim Viehhalter stehendes, bereits verkauftes Vieh zählt dazu.

- **Schlachttiere:** Zählen dazu, wenn sie sich am Stichtag noch im Betrieb befinden und am gleichen Tag oder in den nächsten Tagen geschlachtet werden sollen.
- **Wanderschafherden:** Gehören grundsätzlich zum Betriebssitz des Eigentümers.
- **Pensionsvieh:** Am Stichtag im Betrieb zur Fütterung oder Pflege befindliches Vieh gehört dazu.



Tiere zählen auch dann als Pensionsvieh, wenn der Betriebsinhaber weder die Tiere pflegt noch mit Futter versorgt, sondern nur die Stallung/Stallabteil an den Eigentümer vermietet.

- **Abwesendes Vieh:** Tiere, die am Stichtag nur vorübergehend abwesend sind (z. B. zum Decken), zählen dazu.

Nicht dazu zählen Tiere:

- die sich nur vorübergehend im Betrieb aufhalten (z. B. zum Decken),
- die in einem anderen (fremden) Betrieb in Weide- oder sonstiger Versorgungspension stehen.

Halten Sie Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Geflügel oder Einhufer?

- Code 0300
- ☐ ja 1
 - ☐ grundsätzlich ja, jedoch wurden zum Stichtag vorübergehend keine Tiere gehalten 3
 - ☐ nein 2

0300

Halten Sie Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Geflügel oder Einhufer?



Betriebe, die keine der hier genannten Tierarten halten, beantworten die Frage mit „Nein“, auch wenn andere Tierarten gehalten werden (z.B. Damwild, Strauße, Kamele, Kaninchen, etc.). Betriebe, die grundsätzlich Geflügel halten, jedoch zum Stichtag vorübergehend keine Tiere gehalten haben, machen lediglich Angaben zu den Geflügelhaltungsplätzen.

Sind Ihre Viehbestände (einschl. Rinder) in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen?

- Code 4002
- ☐ ja, vollständig 1
 - ☐ ja, teilweise 2
 - ☐ nein 3

4002

Sind Ihre Viehbestände (einschl. Rinder) in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen?

Landwirtschaftliche Betriebe, die ihre Viehbestände vollständig oder teilweise nach den Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen halten und einem obligatorischen Kontrollverfahren seitens staatlich zugelassener Kontrollstelle unterliegen, gehören hierzu. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 müssen in der Regel alle in einem landwirtschaftlichen Betrieb gehaltenen Tiere nach ökologischen Grundsätzen gehalten werden, es sei denn, es erfolgt eine adäquate Trennung der Öko-Tiere von den nach „konventionellen“ (nicht ökologischen) Methoden gehaltenen Tieren.

Werden alle Tiere des Betriebes ökologisch gehalten, so ist Code 4002 mit „Ja, vollständig“ zu beantworten. Werden die Tiere teilweise ökologisch und teilweise konventionell gehalten, so ist Code 4002 mit „Ja, teilweise“ zu beantworten.

Das bedeutet: Ist der Betrieb als Ganzes umgestellt worden, so ist die Angabe der ökologisch gehaltenen Tiere nach ihrer Art nicht erforderlich. Diese werden lediglich benötigt, wenn der Betrieb sowohl konventionell als auch ökologisch wirtschaftet.

Rinder

	Tiere insgesamt		darunter in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen	
	Code	Anzahl	Code	Anzahl
Rinder werden durch das statistische Amt aus der HIT-Rinderdatenbank übernommen.			4310	<input type="text"/>

4310 Rinder

Die Anzahl der Rinder insgesamt wird durch das statistische Amt aus der HIT-Rinderdatenbank übernommen, darunter Rinder, die in die ökologische Produktion einbezogen werden hingegen nicht. Bei Beantwortung der Frage 0300 mit „ja, teilweise“ kann nicht automatisch ermittelt werden, wie viele Rinder ökologisch gehalten werden, diese müssen demnach im Bogen eingetragen werden.

Schweine

	Tiere insgesamt		darunter in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen	
	Code	Anzahl	Code	Anzahl
Ferkel einschließlich Saugferkel ^{u Info}	0331	<input type="text"/>	4331	<input type="text"/>
Zuchtsauen einschließlich hierfür bestimmte Jungsaunen ab 50 kg und mehr Lebendgewicht ^{u Info}	0332	<input type="text"/>	4332	<input type="text"/>
andere Schweine (z. B. Eber, Mastschweine, Jungschweine) ^{u Info}	0337	<input type="text"/>	4337	<input type="text"/>
Schweine insgesamt (wird automatisch ermittelt)	0330	<input type="text"/>	4330	<input type="text"/>

0331 (4331) Ferkel einschl. Saugferkel

Hierzu zählen Saug- und Aufzuchtferkel bis zu einem Lebendgewicht von 20 kg.

0332 (4332) Zuchtsauen einschl. hierfür bestimmte Jungsaunen ab 50 kg

Für die Zucht bestimmte Sauen einschließlich der für die Zucht bestimmten Jungsaunen ab 50 kg Lebendgewicht. Ausgemerzte Zuchtsauen zählen nicht hierzu, sondern zu „andere Schweine“ (Code 0337 bzw. 4337).

0337 (4337) Andere Schweine (z. B. Eber, Mastschweine, Jungschweine)

Dazu zählen Jungschweine ab einem Lebendgewicht von 20 kg, Mastschweine, Eber, ausgemerzte Zuchtsauen sowie Eber zur Zucht.

0330 (4330) Schweine insgesamt

Anzahl aller gehaltenen Schweine im Betrieb.

Schafe

Allgemeine Hinweise

Mufflons zählen nicht dazu.

	Tiere insgesamt		darunter in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen	
	Code	Anzahl	Code	Anzahl
Milchschafe einschließlich gedeckte Jungschafe, die für die Erzeugung von Milch bestimmt sind	0352	<input type="text"/>	4352	<input type="text"/>
andere Mutterschafe einschließlich gedeckte Jungschafe	0353	<input type="text"/>	4353	<input type="text"/>
Lämmer und Jungschafe unter 1 Jahr (ohne gedeckte Jungschafe)	0355	<input type="text"/>	4355	<input type="text"/>
Schafböcke zur Zucht	0356	<input type="text"/>	4356	<input type="text"/>
andere Schafe (z. B. Hammel)	0357	<input type="text"/>	4357	<input type="text"/>
Schafe insgesamt (wird automatisch ermittelt)	0350	<input type="text"/>	4350	<input type="text"/>

0352 (4352) Milchschafe einschl. gedeckte Jungschafe, die für die Erzeugung von Milch bestimmt sind

Mutterschafe, die ausschließlich oder hauptsächlich für die Erzeugung von Milch gehalten werden, und deren Milch zum menschlichen Verbrauch und/oder zur Weiterverarbeitung in Milcherzeugnisse bestimmt ist. Dazu gehören ebenso ausgemerzte Milchschafe (unabhängig davon, ob sie zwischen ihrer letzten Laktation und dem Schlachten gemästet werden oder nicht). Weibliche Schafe unter einem Jahr, die bereits gedeckt sind und die zur Nutzung als Milchschafe vorgesehen sind, zählen dazu. Die Nutzung eines Schafes als Milchschaaf ist ausschlaggebend, nicht dessen Rasse.



Ausgemerzte (Zucht-)Tiere zählen weiterhin zu diesem Code – anders als bei den Schweinen.

0353 (4353) Andere Mutterschafe einschl. gedeckte Jungschafe

Alle Mutterschafe ohne Milchschafe. Weibliche Schafe unter einem Jahr, die bereits gedeckt sind und nicht zur Nutzung als Milchschafe vorgesehen sind, zählen dazu.

0355 (4355) Lämmer und Jungschafe unter 1 Jahr (ohne gedeckte Jungschafe)

Männliche oder weibliche Schafe unter einem Jahr. Bereits gedeckte Tiere zählen nicht dazu und gehören zu Milchschaafen einschließlich gedeckten Jungschaafen (Code 0352 bzw. 4352) bzw. zu anderen Mutterschaafen einschließlich gedeckten Jungschaafen (Code 0353 bzw. 4353).

0356 (4356) Schafböcke zur Zucht

Sämtliche männlichen Schafe zur Zucht, die ein Jahr und älter sind.


0357 (4357) Andere Schafe (z. B. Hammel)

Sämtliche männliche und weibliche Schafe, die ein Jahr und älter sind, und die **nicht** für die Zucht bestimmt sind.

0350 (4350) Schafe insgesamt

Anzahl aller gehaltenen Schafe im Betrieb.

Ziegen

	Tiere insgesamt		darunter in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen	
	Code	Anzahl	Code	Anzahl
weibliche Ziegen zur Zucht einschließlich gedeckte Jungziegen 	0361	<input type="text"/>	4361	<input type="text"/>
andere Ziegen (z. B. Zicklein, Ziegenböcke)	0362	<input type="text"/>	4362	<input type="text"/>
Ziegen insgesamt (wird automatisch ermittelt)	0360	<input type="text"/>	4360	<input type="text"/>

0361 (4361) Weibliche Ziegen zur Zucht einschl. gedeckte Jungziegen

Hierzu zählen auch Milchziegen, Ammenziegen, bereits gedeckte Jungziegen und ausgemerzte Zuchtziegen.



Ausgemerzte (Zucht-)Tiere zählen weiterhin zu diesem Code – anders als bei den Schweinen.

0362 (4362) Andere Ziegen (z. B. Zicklein, Ziegenböcke)

Sämtliche männlichen Ziegen, Zicklein, ungedeckte Jungziegen sowie alle weiblichen Ziegen, die nicht zur Zucht bestimmt sind.

0360 (4360) Ziegen insgesamt

Anzahl aller gehaltenen Ziegen im Betrieb.

Einhufer

	Tiere insgesamt		darunter in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen	
	Code	Anzahl	Code	Anzahl
Pferde, Esel, Maultiere u. a. 	0390	<input type="text"/>	4390	<input type="text"/>

0390 (4390) Pferde, Esel, Maultiere u.a.

Hierzu zählen alle Pferde, Ponys, Esel, Maultiere oder weitere Einhufer, auch dann, wenn sie nur zu Freizeitzwecken des Betriebsinhabers oder seiner Familie gehalten werden.

Geflügel**Allgemeine Hinweise**

Die Anzahl der Haltungsplätze entspricht der rechtlich maximal zulässigen bzw. genehmigten Anzahl von Tierplätzen der momentanen Nutzungsart in den vorhandenen Stallgebäuden. Sollten aktuell keine Tiere gehalten werden, zählen die Haltungsplätze der innerhalb der letzten 12 Monate zuletzt gehaltenen Nutzungsart.

	Halteplätze 		Tiere insgesamt		davon in die ökologische Bewirtschaftung einbezogen	
	Code	Anzahl	Code	Anzahl	Code	Anzahl
Legehennen einschließlich Zuchthähne 	0376	<input type="text"/>	0371	<input type="text"/>	4371	<input type="text"/>
Junghennen und Junghennenküken	0377	<input type="text"/>	0372	<input type="text"/>	4372	<input type="text"/>
Masthühner, Masthähne und übrige Küken	0378	<input type="text"/>	0373	<input type="text"/>	4373	<input type="text"/>
Hühner insgesamt (wird automatisch ermittelt)	0375	<input type="text"/>	0370	<input type="text"/>	4370	<input type="text"/>
Gänse einschließlich Küken	0386	<input type="text"/>	0381	<input type="text"/>	4381	<input type="text"/>
Enten einschließlich Küken	0387	<input type="text"/>	0382	<input type="text"/>	4382	<input type="text"/>
Truthühner einschließlich Küken	0388	<input type="text"/>	0383	<input type="text"/>	4383	<input type="text"/>
Gänse, Enten, Truthühner insgesamt (wird automatisch ermittelt)	0385	<input type="text"/>	0380	<input type="text"/>	4380	<input type="text"/>

Hühner

0376, 0371, 4371, Legehennen einschl. Zuchthähne

Hierzu zählen Hennen zur Eierzeugung, unabhängig davon, ob die Eier zum Verbrauch oder zur Zucht bestimmt sind. Noch nicht legereife Bestände, die aber bereits als Legehennen aufgestellt sind sowie Zuchthähne gehören dazu.

Trut- und Perlhühner rechnen **nicht** dazu, Zwerghühner hingegen zählen dazu.

0377, 0372, 4372 Junghennen und Junghennenküken

Küken und Junghühner, die zur Nutzung als Legehennen bestimmt, aber noch nicht als solche aufgestellt sind.

0378, 0373, 4373 Masthühner, -hähne und übrige Küken

Dazu zählen alle Hühner bzw. Hähne, die für die Mast und damit zur Fleischproduktion (Schlachthühner/-hähne) vorgesehen sind. Küken, die für die Mast genutzt werden sollen, gehören ebenfalls dazu.

Legehennen, Junghennen, Junghennenküken, Trut- und Perlhühner zählen **nicht** dazu.

0375, 0370, 4370 Hühner insgesamt

Anzahl aller gehaltenen Hühner im Betrieb.

Gänse, Enten, Truthühner

0386 - 0388,

0381 - 0383,

4381 - 4383

Gänse, Enten, Truthühner

Entsprechende Anzahl für Gänse, Enten und Truthühner. Küken zählen jeweils dazu.

0385, 0380, 4380 Gänse, Enten, Truthühner insgesamt

Anzahl aller im Betrieb gehaltenen Gänse, Enten und Truthühner.

Wirtschaftsdüngerausbringung auf dem Acker- und Dauergrünland im Kalenderjahr 2015

Allgemeine Hinweise

Erfolgte eine Separation des Wirtschaftsdüngers, so zählt die flüssige Phase (Dünggülle, flüssiger Biogärrest) zum flüssigen Wirtschaftsdünger und die feste Phase (Feststoffe, fester Biogärgärrest) zum festen Wirtschaftsdünger.

In dieser Erhebung sind folgende Sachverhalte nicht zu berücksichtigen:

- die Aufnahme oder Ausbringung von Klärschlamm oder Bioabfällen(Kompost),
- die Ausbringung von Wirtschaftsdünger auf Flächen mit Dauerkulturen.

Ist auf der selbstbewirtschafteten Acker- und Dauergrünlandfläche Ihres Betriebes im Kalenderjahr 2015 Wirtschaftsdünger ausgebracht worden?	Code	Bitte markieren, Mehrfachnennungen sind möglich.	
ja, und zwar Gülle, Jauche oder flüssiger Biogas-Gärrest 	2300	<input type="checkbox"/>	1
ja, und zwar Festmist, Geflügeltrockenkot oder fester Biogas-Gärrest 	2301	<input type="checkbox"/>	1
nein	2302	<input type="checkbox"/>	1

2300 Gülle, Jauche oder flüssiger Biogas-Gärrest

Diese zählen zum flüssigen Wirtschaftsdünger. Gülle (Flüssigmist, auch Schwemm- oder Treibmist) ist ein Gemisch aus Kot und Harn von Nutztieren, auch vermischt mit Wasser. Jauche ist Harn von Nutztieren, der nicht von der Einstreu aufgenommen wurde. Flüssiger Biogas-Gärrest bezeichnet die Rückstände der Fermentation organischer Substanzen, sowohl pflanzlicher als auch tierischer Herkunft, in Biogasanlagen, die mit Tankwagen ausgebracht werden.

2301 Festmist, Geflügeltrockenkot, fester Biogas-Gärrest

Diese zählen zum festen Wirtschaftsdünger. Festmist (ohne Hühner- und Putenmist) ist ein festes, stapelfähiges Gemisch aus Kot, Harn und Einstreu. Festmist kann darüber hinaus Futterreste sowie Reinigungs- und Niederschlagswasser enthalten. Zum Geflügeltrockenkot (einschließlich Hühner- und Putenmist) zählen Geflügelkot, Geflügelfrischkot oder einstreuarmer Geflügelmist. Geflügeltrockenkot kann darüber hinaus ebenfalls Futterreste sowie Reinigungs- und Niederschlagswasser enthalten. Fester Biogas-Gärrest bezeichnet die Rückstände der Fermentation organischer Substanzen, sowohl pflanzlicher als auch tierischer Herkunft, in Biogasanlagen. Die Ausbringung dieser festen Wirtschaftsdünger erfolgt aufgrund der festen Konsistenz über ein Streuwerk.

Aufgenommener und abgegebener Wirtschaftsdünger im Kalenderjahr 2015

Allgemeine Hinweise

Zur Umrechnung des festen Wirtschaftsdüngers von Kubikmetern (m³) in Tonnen (t) dienen folgende Umrechnungsfaktoren:

Festmist (ohne Hühner- und Putenmist)	1 m³	0,70 t
Geflügeltrockenkot, Hühner- und Putenmist		0,54 t
Fester Biogas-Gärrest		0,70 t

Abgegebener und aufgenommener Wirtschaftsdünger	Flüssiger Wirtschaftsdünger		Fester Wirtschaftsdünger	
	Code	In Kubikmeter	Code	In Tonnen Info
Menge des im Betrieb angefallenen Wirtschaftsdüngers, die an Dritte abgegeben wurde Info	2511	<input type="text"/>	2515	<input type="text"/>
Menge des vom Betrieb von Dritten aufgenommenen Wirtschaftsdüngers Info	2512	<input type="text"/>	2516	<input type="text"/>

2511, 2515 An Dritte abgegebene Wirtschaftsdüngermenge

Die im Betrieb angefallene Wirtschaftsdüngermenge, die über die Güllerbörse oder direkt an Andere (landwirtschaftliche Betriebe, Biogasanlagenbetreiber) abgegeben wurde.

2512, 2516 Von Dritten aufgenommene Wirtschaftsdüngermenge

Wirtschaftsdüngermenge, die über die Güllerbörse oder direkt von Anderen (landwirtschaftliche Betriebe, Biogasanlagenbetreiber) aufgenommen wurde.

Ausbringung von flüssigen Wirtschaftsdüngern auf Acker- und Dauergrünland im Kalenderjahr 2015

Ausbringungsmenge im Kalenderjahr 2015

Ausbringung auf Info		Ausbringungsmenge von flüssigen Wirtschaftsdüngern	
		Code	In Kubikmetern
Dauergrünland		2310	<input type="text"/>
Ackerland insgesamt		2311	<input type="text"/>
davon Ackerland	mit bestellten Flächen Info	2312	<input type="text"/>
	mit Stoppeln oder unbestellten Flächen Info	2313	<input type="text"/>

2310, 2311 Ausbringungsmenge für Dauergrünland und Ackerland insgesamt

Gesamtmenge an Gülle, Jauche und flüssigem Biogas-Gärrest aller Düngungen, die auf der entsprechenden Fläche im Kalenderjahr 2015 ausgebracht wurde, nicht die durchschnittliche Ausbringungsmenge je Hektar. Dabei zählen zum Dauergrünland nur Dauergrünlandflächen, kein Ackergras. Zum Ackerland insgesamt zählen alle Ackerflächen (Weizen, Roggen, Kartoffeln, Rüben etc.).

2312, 2313 Ausbringungsmenge für Ackerland auf bestellten Flächen, Stoppeln oder unbestellten Flächen

Gesamtmenge an Gülle, Jauche und flüssigem Biogas-Gärrest aller Düngungen, die auf der entsprechenden Fläche im Kalenderjahr 2015 ausgebracht wurde, nicht die durchschnittliche Ausbringungsmenge je Hektar. Zu bestellten Flächen zählen alle neu bestellten und noch nicht abgeernteten Flächen. Flächen mit ausschließlich zur Gründüngung oder zum Bodenschutz angebauten Zwischenfrüchten gehören auch dazu. Zu Stoppeln oder unbestellten Flächen zählen alle abgeernteten und noch nicht neu bestellten Flächen unabhängig davon, ob der Boden bearbeitet wurde oder nicht. Bei Ausbringung auf unbestelltem Ackerland gilt nach § 4 Absatz 2 der Düngeverordnung (DüV) die Verpflichtung zur unverzüglichen Einarbeitung.

Anteile der flüssigen Wirtschaftsdüngerarten im Kalenderjahr 2015

Wirtschaftsdüngerarten	Anteil an der Gesamtmenge des ausgebrachten flüssigen Wirtschaftsdüngers	
	Code	Angaben vollen Prozent
Rindergülle	2303	<input type="text"/>
Schweinegülle	2304	<input type="text"/>
sonstige Gülle und Jauche	2309	<input type="text"/>
flüssiger Biogas-Gärrest	2307	<input type="text"/>
Summe (wird automatisch ermittelt)		<input type="text"/>

2303, 2304**2309, 2307 Anteile der flüssigen Wirtschaftsdüngerarten im Kalenderjahr 2015**

Anteile der verschiedenen Wirtschaftsdüngerarten an der Gesamtmenge des flüssigen Wirtschaftsdüngers in Prozent. Dabei wird zwischen Gülle von Rindern, Schweinen oder sonstigen Gülle und Jauche sowie flüssigem Biogas-Gärrest unterschieden.

Ausbringungstechnik im Kalenderjahr 2015**Allgemeine Hinweise**

Anteil der genutzten Ausbringungstechnik für flüssigen Wirtschaftsdünger in Prozent auf Dauergrünland und Ackerland. Grundsätzlich können zwei Arten von Wirtschaftsdüngerausbringungstechniken unterschieden werden; solche, die den Wirtschaftsdünger auf landwirtschaftlichen Flächen verteilen, und solche, bei denen der Wirtschaftsdünger direkt in den Boden eingearbeitet wird.

Genutzte Ausbringungstechnik für flüssigen Wirtschaftsdüngers in Prozent	Anteil am Volumen des ausgebrachten flüssigen Wirtschaftsdüngers					
	auf Dauergrünland		auf Ackerland			
	Code	vollen Prozent	Code	vollen Prozent	Code	vollen Prozent
Breitverteiler Info	2320	<input type="text"/>	2320	<input type="text"/>	2340	<input type="text"/>
Schleppschlauch Info	2321	<input type="text"/>	2321	<input type="text"/>	2341	<input type="text"/>
Schleppschuh Info	2322	<input type="text"/>	2322	<input type="text"/>	2342	<input type="text"/>
Schleppverfahren Info	2323	<input type="text"/>	2323	<input type="text"/>	2343	<input type="text"/>
Güllegrubber oder andere Injektionstechnik Info	2324	<input type="text"/>	2324	<input type="text"/>	2344	<input type="text"/>
Summe (wird automatisch ermittelt)		<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>

2320, 2330, 2340 Breitverteiler

Die Gülle wird mit Hilfe von Pralltellern, Prallköpfen, Schwenkdüsen oder Düsenbalken nach unten abgestrahlt und breitflächig auf die Boden- und Pflanzenoberfläche verteilt.

2321, 2331, 2341 Schleppschlauch

Die Gülle wird in Schläuche eingeleitet, die hinter dem Gerät über den Boden geschleppt werden und die Gülle auf der Oberfläche in etwa 5 bis 10 cm breiten Streifen ablegen.

2322, 2332, 2342 Schleppschuh

Schleppschuhverteiler besitzen Ablaufschläuche, an deren Ende sich spezielle schuhähnliche Verteileinrichtungen befinden. Die Gülleablage erfolgt in den obersten Bodenbereich (0 bis 3 cm). Der Pflanzenbewuchs (soweit vorhanden) wird während des Ausbringens beiseite gedrückt.

2323, 2333, 2343 Schlitzverfahren

Bei den Schlitzverfahren wird der Boden mit Eggenscheiben aufgeschlitzt und die Gülle in diesem Schlitz abgelegt. Anschließend wird der Schlitz wieder geschlossen.

2324, 2334, 2344 Güllegrubber oder andere Injektionstechnik

Bei Güllegrubbern wird die Gülle über Schläuche direkt an die Grubberschare geleitet und mit diesen tief in die Ackerkrume eingeleitet. Die Gülleeinbringung erfolgt damit gleichzeitig mit einer Bodenbearbeitung.

Zeit, die der flüssige Wirtschaftsdünger im Kalenderjahr 2015 unbearbeitet auf Stoppeln oder unbestellter Fläche lag

Zeit bis zur Einarbeitung des flüssigen Wirtschaftsdüngers in Prozent	Anteil am Volumen des ausgebrachten flüssigen Wirtschaftsdüngers			
	bei Ausbringung mit Breitverteiler Info		bei Ausbringung mit Schleppschlauch Info	
	Code	Prozent	Code	Prozent
Innerhalb einer Stunde	2390	<input type="text"/>	2394	<input type="text"/>
Länger als eine Stunde	2391	<input type="text"/>	2395	<input type="text"/>
Summe		100		100

2390, 2394,

2391, 2395

Zeit bis zur Einarbeitung des flüssigen Wirtschaftsdüngers

Die durchschnittliche Zeit, die der flüssige Wirtschaftsdünger unbehandelt auf der Bodenoberfläche liegt, nach Ausbringung mit dem Breitverteiler oder mit dem Schleppschlauch. Dabei wird unterschieden, wie viel Prozent des flüssigen Wirtschaftsdüngers innerhalb einer Stunde eingearbeitet wurde und wie viel Prozent länger als eine Stunde unbearbeitet auf Stoppeln oder unbestellter Fläche lag.

Ausbringung von festen Wirtschaftsdüngern auf Acker- und Dauergrünland im Kalenderjahr 2015
Ausbringungsmenge im Kalenderjahr 2015

Ausbringung auf: Info	Ausbringungsmenge von festem Wirtschaftsdünger					
	Festmat (ohne Hühner- und Putenmat) Info		Geflügelrockenmat, Hühner- und Putenmat Info		fester Stoppel-Garnet Info	
	Code	Tonnen	Code	Tonnen	Code	Tonnen
Dauergrünland	2360	<input type="text"/>	2370	<input type="text"/>	2380	<input type="text"/>
Ackerland insgesamt	2361	<input type="text"/>	2371	<input type="text"/>	2381	<input type="text"/>
davon Ackerland	mit bestellten Flächen Info	2362	<input type="text"/>	2372	<input type="text"/>	2382
	mit Stoppeln oder unbestellten Flächen Info	2363	<input type="text"/>	2373	<input type="text"/>	2383

2360, 2370, 2380,

2361, 2371, 2381

Ausbringungsmenge für Dauergrünland und Ackerland insgesamt

Gesamtmenge des jeweiligen festen Wirtschaftsdüngers aller Düngungen, die auf der entsprechenden Fläche im Kalenderjahr 2015 ausgebracht wurde, nicht die durchschnittliche Ausbringungsmenge je Hektar. Dabei zählen zum Dauergrünland nur Dauergrünlandflächen, jedoch kein Ackergras. Zum Ackerland insgesamt zählen alle Ackerflächen (Weizen, Roggen, Kartoffeln, Rüben etc.). Zur Umrechnung des festen Wirtschaftsdüngers von Kubikmetern (m³) in Tonnen (t) dienen die unter den allgemeinen Hinweisen aufgeführten Umrechnungsfaktoren.

2362, 2372, 2382,

2363, 2373, 2383

Ausbringungsmenge für Ackerland

Gesamtmenge des jeweiligen festen Wirtschaftsdüngers aller Düngungen, die auf der entsprechenden Fläche im Kalenderjahr 2015 ausgebracht wurde, nicht die durchschnittliche Ausbringungsmenge je Hektar. Zu bestellten Flächen zählen alle neu bestellten und noch nicht abgeernteten Flächen. Flächen mit ausschließlich zur Gründüngung oder zum Bodenschutz angebauten Zwischenfrüchten gehören auch dazu. Zu Stoppeln oder unbestellten Flächen zählen alle abgeernteten und noch nicht neu bestellten Flächen unabhängig davon, ob der Boden bearbeitet wurde oder nicht. Zur Umrechnung des festen Wirtschaftsdüngers von Kubikmetern (m³) in Tonnen (t) dienen die unter den allgemeinen Hinweisen aufgeführten Umrechnungsfaktoren.

Zeit, die der feste Wirtschaftsdünger im Kalenderjahr 2015 unbearbeitet auf Stoppeln oder unbestellter Fläche lag

Zeit bis zur Einarbeitung des festen Wirtschaftsdüngers bei Ausbringung mit Streuwerk 	Anteil der Menge des ausgebrachten festen Wirtschaftsdüngers	
	Code	vollen Prozent
keine Einarbeitung	2501	<input type="text"/>
innerhalb der ersten vier Stunden	2502	<input type="text"/>
nach mehr als vier Stunden	2503	<input type="text"/>
Summe		100

2501, 2502, 2503 Zeit bis zur Einarbeitung des festen Wirtschaftsdüngers bei Ausbringung mit dem Streuwerk

Die durchschnittliche Zeit, die der feste Wirtschaftsdünger unbehandelt auf der Bodenoberfläche liegt. Dabei wird unterschieden, wie viel Prozent des festen Wirtschaftsdüngers nicht eingearbeitet, innerhalb der ersten vier Stunden oder nach mehr als vier Stunden eingearbeitet wird. Festmist wird mit Hilfe eines Abschiebebodens auf dem Anhänger nach hinten befördert und dann mit dem Streuwerk breit auf die Fläche verteilt.

Einkommenskombinationen im Betrieb im Kalenderjahr 2015

Allgemeine Hinweise

Dazu zählen ausschließlich solche Tätigkeiten, die im landwirtschaftlichen Betrieb ausgeübt werden und mit denen der landwirtschaftliche Betrieb Umsätze erzielt. Diese Tätigkeiten werden von Arbeitskräften des landwirtschaftlichen Betriebes und mit Hilfe der zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Betriebsmittel (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen) ausgeübt und/oder basieren auf im landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Produkten.








Wurde für diese Tätigkeiten dagegen ein rechtlich selbstständiger Gewerbebetrieb (z. B. Tochtergesellschaft) gegründet, zählt dieser hier **nicht** dazu.

Erzielte der Betrieb Umsätze aus folgenden Tätigkeiten?

Wurde für diese Tätigkeiten ein rechtlich selbstständiger Gewerbebetrieb (z. B. Tochtergesellschaft) gegründet, sind diese hier nicht zu berücksichtigen.

Code
0611 ☐ ja 1
☐ nein 2

0611 Erzielt der Betrieb Umsätze aus folgenden Tätigkeiten?

	Code	Bitte markieren. Mehrfachnennungen sind möglich.	
Bereitstellung von Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen (z.B. Tiertherapien, betreutes Wohnen, Seniorenbetreuung) 	0624	<input type="checkbox"/>	1
Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ohne Herstellung von Wein (z. B. Fleischverarbeitung, Käseherstellung)	0612	<input type="checkbox"/>	1
Fremdenverkehr, Beherbergung, Freizeitaktivitäten 	0613	<input type="checkbox"/>	1
Pensions- und Reitsportpferdehaltung 	0614	<input type="checkbox"/>	1
Erzeugung erneuerbarer Energien (ohne Eigenverbrauch) 	0615	<input type="checkbox"/>	1
Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen im Betrieb (z. B. Möbel aus Nutzholz)	0616	<input type="checkbox"/>	1
Be- und Verarbeitung von Holz (z. B. Bauholz, Brennholz)	0617	<input type="checkbox"/>	1
Fischzucht und Fischerzeugung	0618	<input type="checkbox"/>	1
Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe 	0619	<input type="checkbox"/>	1
Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft (z. B. für Kommunen) 	0620	<input type="checkbox"/>	1
Forstwirtschaft	0621	<input type="checkbox"/>	1
sonstige Einkommenskombinationen 	0622	<input type="checkbox"/>	1

0624 Bereitstellung von Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen

Dazu gehören pflegerische/therapeutische oder pädagogische und soziale Dienstleistungen des landwirtschaftlichen Betriebes. Diese umfassen z. B. Tiertherapien, Gartentherapien, betreutes Wohnen (z. B. für benachteiligte/behinderte Menschen, für Suchtkranke), Seniorenbetreuung, Kinderbetreuung, heiltherapeutisches Wohnen für Kinder, Transportdienste (z. B. für Kinder, Senioren und behinderte Menschen) sowie soziale Dienstleistungen für Schulen (z. B. Freizeitaktivitäten, Unterhaltungsaktivitäten, Erlebnispädagogik, um Kindern die Landwirtschaft und gesunde Ernährung zu vermitteln). Zu pädagogischen Tätigkeiten zählen weiterhin u. a. die Bauernhofpädagogik in Form von Schulbauernhöfen, Kindergartenbauernhöfen, die Kräuterpädagogik wie auch die Umwelt-/Outdoorpädagogik.

Die soziale Landwirtschaft mit Rehabilitationsmaßnahmen, z. B. für Langzeitarbeitslose, straffällig gewordene Jugendliche oder Obdachlose, gehört ebenfalls dazu.

Nicht dazu gehören Dienstleistungen ohne jeglichen pädagogischen, therapeutischen oder sozialen Hintergrund, die ausschließlich dem Zweck der Bereitstellung von Freizeitaktivitäten, Erholung etc. dienen und somit unter Fremdenverkehr, Beherbergung, Freizeitaktivitäten (Code 0613) fallen.

0612 Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Bearbeitung von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen zu einem im Betrieb verarbeiteten Produkt, unabhängig davon, ob der Rohstoff im Betrieb erzeugt oder von außerhalb zugekauft wurde. Hierzu zählen u. a. die Fleischverarbeitung und die Käseherstellung. Die verarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnisse müssen verkauft werden (auch Direktvermarktung). **Nicht** dazu zählen die Erzeugung nur für den Eigenverbrauch und die Herstellung von Wein.



Die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zählt hier dazu, es sei denn, sie gilt als Teil der landwirtschaftlichen (Ur-)Produktion.

Die Herstellung von Wein ist unter Code 0612 ausgeschlossen, da die Weinerzeugung zur landwirtschaftlichen Urproduktion zählt. Die Direktvermarktung von Wein (im Rahmen einer Straußenwirtschaft) gehört hingegen zu Code 0613 (Fremdenverkehr, Beherbergung, Freizeitaktivitäten).

Während die Erzeugung von Rohsprit und die Weiterverarbeitung zu Feinsprit zur landwirtschaftlichen Urproduktion zählen, gehört die Herstellung von Trinkbranntwein zur gewerblichen Tätigkeit. Dies gilt sowohl für Destillate aus Obst als auch aus Trester. Stellt ein Betrieb folglich Trinkbranntwein aus Obst oder Trester her, zählt dies zu Code 0612.

Flaschenweinvermarktung (Flaschenweinverkauf im eigenen Hofladen, Internetshop o.ä. an den Endkunden) zählt hierzu (Code 0612). Dagegen zählt die Fassweinvermarktung (Belieferung von Kellereien, anderen Winzern, etc.) nicht zu den Einkommenskombinationen.

Der Fokus liegt hierbei auf der Verarbeitung primärer landwirtschaftlicher Erzeugnisse (wie Gemüse, Obst, Milch, Eier, etc.) zu sekundären landwirtschaftlichen Erzeugnissen (wie Quark, Käse, Obstsaft, Marmelade, etc.). Gemäß der Definition gilt die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse an den Endverbraucher nicht als Einkommenskombination, es sei denn, die Erzeugnisse werden vorab im Betrieb verarbeitet. Beim Direktverkauf von Spargel/Erdbeeren handelt es sich um unverarbeitete Erzeugnisse, daher sind diese nicht anzugeben.

Die Verpackung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen gehört nicht zur Verarbeitung.

0613 Fremdenverkehr, Beherbergung, Freizeitaktivitäten

Hierzu zählen z. B. Landurlaub, Wellnessangebote und die Führung von Reisegruppen usw., bei denen der Grund und Boden, Gebäude und sonstige Betriebsmittel eingesetzt werden. Dazu gehört auch Reitunterricht. Pensions- und Reitsportpferdehaltung zählt gesondert zu Code 0614.



Hierzu zählt auch die Direktvermarktung von Wein im Rahmen einer Straußen-/Besenwirtschaft.

0614 Pensions- und Reitsportpferdehaltung

Hierzu zählen nur die Unterbringung (Pension) und Haltung von Pferden zur Ausübung von Freizeitaktivitäten, ggf. verbunden mit dem Einsatz von Verleih- bzw. Lehrpferden.

0615 Erzeugung erneuerbarer Energien (ohne Eigenverbrauch)

Die Erzeugung erneuerbarer Energien kann z. B. durch Photovoltaikanlagen, Windkraftanlagen, Biogasanlagen, Strohverbrennung und die Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen wie Raps, Mais oder Holz, in Anlagen zur Erzeugung von Wärme und Strom aus Biomasse erfolgen. **Ausgenommen** hiervon sind Anlagen, die ausschließlich dem Eigenverbrauch dienen sowie die ausschließliche Produktion bzw. der Verkauf von nachwachsenden Rohstoffen (z.B. Mais für eine Biogasanlage).

0616 Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen im Betrieb (z. B. Möbel aus Nutzholz)

Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen im Betrieb. Die hergestellten Erzeugnisse müssen verkauft werden. Hierunter fällt auch die Herstellung von Möbeln aus Nutzholz.

0617 Be- und Verarbeitung von Holz (z. B. Bauholz, Brennholz)

Be- und Verarbeitung von Rohholz für Vermarktungszwecke, z. B. im zum Betrieb gehörenden Sägewerk zu Bauholz oder Brennholz. Die Weiterverarbeitung, z. B. die Herstellung von Möbeln aus Nutzholz, fällt unter Code 0616.

0618 Fischzucht und Fischerzeugung

Aufzucht, Haltung und Nutzung von Fischen, Flusskrebsen u. Ä. im Betrieb. Fischzucht und -erzeugung wird betrieben, sobald in irgendeiner Form, z. B. durch regelmäßigen Besatz, Fütterung und Schutz vor natürlichen Feinden, mit dem Ziel der Produktionssteigerung in den Wachstumsprozess eingegriffen wird. Dazu müssen sich die Tiere im Besitz von natürlichen oder juristischen Personen befinden und sind Gegenstand von Rechtsansprüchen aus vertraglichen Bindungen. Befinden sich dagegen die Tiere nicht im Besitz einer natürlichen oder juristischen Person, gelten sie als jedermann zugängliche Güter, die von der Allgemeinheit mit oder ohne entsprechende Lizenzen genutzt werden können. In diesem Fall gehören sie wie die reine Fischfangtätigkeit (z. B. See- und Flussfischerei) nicht dazu.

0619 Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe

Die Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe werden auf Grundlage einer mündlichen oder schriftlichen Vereinbarung gegen Entgelt durchgeführt. Zu den vertraglichen Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe zählen alle landwirtschaftlichen Arbeiten, wie Feld- und Stallarbeiten, auch im Rahmen von Maschinenringen, buchhalterische Arbeiten und Transportleistungen. Vertragliche Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft siehe Code 0620.

Nicht dazu zählt die unentgeltliche Nachbarschaftshilfe.

0620 Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft (z. B. für Kommunen)

Die Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft werden auf Grundlage einer mündlichen oder schriftlichen Vereinbarung gegen Entgelt durchgeführt. Zu den vertraglichen Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft zählen z. B. die Landschaftspflege, der Straßenbau und der Winterdienst für Kommunen.

0621 Forstwirtschaft

Forstwirtschaftliche Arbeiten (z. B. Holzrücken), die von den Arbeitskräften und mit den Maschinen und Ausrüstungen, die im landwirtschaftlichen Betrieb vorhanden sind, ausgeführt werden.

0622 Sonstige Einkommenskombinationen

Zu den sonstigen Einkommenskombinationen zählt z. B. die Pelztierzucht. Das Unterstellen von Caravans bzw. Wohnwagen, Booten etc. in Wirtschaftsgebäuden des Betriebes zählt nur dazu, wenn diese Gebäude auch landwirtschaftlich genutzt werden.

Anteil des Umsatzes aus den genannten Tätigkeiten am Gesamtumsatz des Betriebes

Code		
0623	<input type="radio"/> bis 10 %	1
	<input type="radio"/> über 10 bis 50 %	2
	<input type="radio"/> über 50 bis unter 100 %	3

0623 Anteil des Umsatzes aus den genannten Tätigkeiten am Gesamtumsatz des Betriebes

Anteil des Umsatzes aus den angegebenen Einkommenskombinationen zusammen am Gesamtumsatz des Betriebes in Prozent. Tätigkeiten, die nicht mit dem Betrieb in Verbindung stehen und andere Einkommensarten, sind ausgeschlossen (z. B. Einkommen aus einer außerbetrieblichen Beschäftigung, Kapitaleinkommen, Einkommen aus Sozialleistungen).

Im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Arbeitskräfte

Allgemeine Hinweise

Zu den im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigten Arbeitskräften zählen Personen im Alter von 15 Jahren und älter.

Nicht dazu zählen Arbeitskräfte eines neben dem landwirtschaftlichen Betrieb rechtlich selbstständigen Gewerbebetriebes des Betriebsinhabers (z. B. in einem gewerblich geführten Beherbergungsunternehmen des Betriebsinhabers).

Beispiel

Ist eine Person als Verkäuferin im Hofladen des landwirtschaftlichen Betriebes tätig, dann zählt dies zur Einkommenskombination „Vermarktung“ (Code 0612) und die Arbeitszeiten zählen zu „für den Betrieb insgesamt“ (Code 0811 oder 0911) und „darunter in Einkommenskombinationen“ (Code 0812 oder 0912). Ist die Verkäuferin in einem nicht zum landwirtschaftlichen Betrieb zählenden gewerblich geführten Hofladen des Betriebsinhabers tätig, zählen die Arbeitszeiten nicht zu den Arbeitszeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb.

Der Ehegatte des Betriebsinhabers ist z. B. 20 Stunden mit Stallarbeiten im landwirtschaftlichen Betrieb und 20 Stunden mit Arbeiten im gewerblich geführten Hofladen beschäftigt, dann zählen 20 Stunden zu „für den Betrieb insgesamt“ (Code 0811) und 20 Stunden zu „in einer anderen Erwerbstätigkeit durchschnittlich geleistete Stunden je Woche“ (Code 0813).



Bei einem Rechtsformwechsel von Einzelunternehmen zu Personengesellschaften oder zu juristischen Personen sind die Arbeitskräfte unter den ständig beschäftigten Arbeitskräften aufzuführen.

D.h., falls im ehemaligen Einzelunternehmen Familienarbeitskräfte beschäftigt waren, sind deren Zeiten ebenfalls bei den ständig beschäftigten Arbeitskräften anzugeben.

Generell sollten bei Arbeitskräften die Eintragungen entsprechend der zum Befragungszeitpunkt geltenden Rechtsform praktikabel vorgenommen bzw. übertragen werden.

Familienarbeitskräfte in Einzelunternehmen (ohne GbR) von März 2015 bis Februar 2016

Allgemeine Hinweise

Nur für Einzelunternehmen, nicht relevant für Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR). Jede einzelne mitarbeitende Familienarbeitskraft ab 15 Jahre zählt hierzu. Zu den Familienarbeitskräften zählen Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die auf dem Betrieb leben und mitarbeiten. Dem Betriebsinhaber und seinem Ehegatten sind eheähnliche oder lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaften gleichgesetzt. Hat der Betriebsinhaber keinen Ehegatten oder ist keine dem Ehegatten gleichgestellte Person vorhanden oder ist diese Person nicht im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt, wird diese Zeile frei gelassen.

Nicht dazu gehören Familienangehörige, die ausschließlich außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes erwerbstätig sind oder Familienangehörige, die ausschließlich im **Haushalt** des Betriebsinhabers arbeiten, also nicht mit Arbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb oder nicht in Einkommenskombinationen entsprechend den angeführten Tätigkeiten zu den Codes 0612 bis Code 0622 und 0624 beschäftigt sind. Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die **außerhalb des Betriebes** leben und familienfremde Arbeitskräfte sowie die ständig beschäftigten Arbeitskräfte und mitarbeitenden Gesellschafter einer GbR zählen zu „Ständig beschäftigte Arbeitskräften ohne Familienarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen“.

Anzahl der Familienarbeitskräfte im Einzelunternehmen?

Code

0850

Familienarbeitskräfte in Einzelunternehmen (ohne GbR)	Lfd. Nr. der Person	Geschlecht	Geburtsjahr (Nur die letzten beiden Stellen eintragen)	Wer ist Betriebsleiter? (Nur eine Person auswählen)	Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche		In einer anderen Erwerbstätigkeit durchschnittlich geleistete Stunden je Woche
					für den Betrieb insgesamt	darunter in Einkommenskombinationen	
Code	0800	0801	0802	0803	0811	0812	0813
Betriebsinhaber	001	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ehegatte	002	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Familienarbeitskraft	003	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Familienarbeitskraft	004	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Familienarbeitskraft	005	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

0801 Geschlecht

Angabe des Geschlechts „männlich“ (Schlüsselnummer 1) oder „weiblich“ (Schlüsselnummer 2) jeder Person.

0802 Geburtsjahr

Angabe der letzten beiden Stellen des Geburtsjahres.

0803 Wer ist Betriebsleiter?

Der Betriebsleiter/Geschäftsführer ist diejenige Person, die den landwirtschaftlichen Betrieb zum Zeitpunkt der Befragung leitet, also alle Aufgaben zur laufenden Steuerung des Betriebes (Planung, Entscheidung, Organisation und Kontrolle) wahrnimmt. Je Betrieb gibt es **nur einen Betriebsleiter**. In Einzelunternehmen kann es sich um den Betriebsinhaber selbst, einen Familienangehörigen oder um eine andere mit der Leitung beauftragte Person handeln, die im landwirtschaftlichen Betrieb tätig ist.

0811 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche für den Betrieb insgesamt

Die gesamte für den landwirtschaftlichen Betrieb geleistete Arbeitszeit in durchschnittlich geleisteten Stunden je Woche je Familienarbeitskraft. Dazu zählen **alle landwirtschaftlichen Arbeiten für den Betrieb sowie alle Arbeiten in Einkommenskombinationen dieses Betriebes**.

Landwirtschaftliche Arbeiten für den Betrieb sind:

- sämtliche Feld-, Hof- und Stallarbeiten,
- Arbeiten für die Betriebsorganisation und -führung,
- Arbeiten für die Unterhaltung der Betriebsgebäude und Maschinen,
- Arbeiten für die Lagerung, Verarbeitung (z. B. Silierung) und Marktvorbereitung (z. B. Verpackung),
- innerbetriebliche Transportleistungen z. B. beim Absatz selbsterzeugter Produkte des Betriebes und beim Bezug von Produktionsmitteln,
- nicht abtrennbare Tätigkeiten, die mit der landwirtschaftlichen Haupttätigkeit verbunden sind sowie
- Nachbarschaftshilfe in anderen landwirtschaftlichen Betrieben.

Zu den **Arbeiten in Einkommenskombinationen** zählen ausschließlich die in „Einkommenskombinationen im Betrieb im Kalenderjahr 2015“ genannten Tätigkeiten (siehe Code 0612 bis Code 0622, 0624).

Arbeitszeiten für Arbeiten im Haushalt des Betriebsinhabers, wie die Versorgung der Familie in den Bereichen Ernährung, Wohnung, Bekleidung, Gesundheit (Krankenpflege) und Kinderbetreuung, zählen **nicht** dazu. Personen, die im Laufe des Berichtszeitraumes ihr Arbeitsverhältnis begonnen bzw. beendet haben, gehören anteilmäßig durch Umrechnung der geleisteten Arbeitszeiten auf 12 Monate dazu (einschl. Auszubildende). Arbeitszeiten an Sonn- und Feiertagen sowie Zeiten vorübergehender Krankheiten, des Urlaubs und des Mutterschafts- und Erziehungsurlaubs zählen dazu.



Berücksichtigung der Elternzeit: Erziehungs- und Elternzeiten zählen sowohl bei den betrieblichen als auch außerbetrieblichen Arbeitszeiten dazu. Unterschreitungen der Höchstgrenze sind entsprechend zu berücksichtigen. 40 Stunden können allerdings nur dann in den Fragebogen eingetragen werden, wenn die Elternzeit die 12 Monate des Berichtszeitraumes vollkommen abdeckt oder wenn z.B. nur 6 Monate der Elternzeit im Berichtszeitraum liegen und für die folgenden 6 Monate Vollbeschäftigung vorliegt. Liegt für die folgenden 6 Monate eine Teilzeitbeschäftigung mit z.B. 20 Wochenstunden vor, ist ein entsprechender Durchschnitt zu berechnen. In diesem Fall sind 30 Stunden in den Fragebogen einzutragen.

0812 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche in Einkommenskombinationen

Arbeitszeiten für Einkommenskombinationen gesondert für die Familienarbeitskräfte. Diese sind bereits in Code 0811 „für den Betrieb insgesamt“ enthalten. Es zählen nur Eintragungen für die in „Einkommenskombinationen im Betrieb im Kalenderjahr 2015“ aufgeführten Tätigkeiten hierzu.

0813 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche in einer anderen Erwerbstätigkeit

Hierzu zählen alle **außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes auf Erwerb** ausgerichteten Tätigkeiten des Betriebsinhabers, Ehegatten und der weiteren Familienangehörigen, die auch im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt sind.

Dazu gehören z. B. Arbeiten

- in anderen land-/forstwirtschaftlichen Betrieben des Inhabers dieses Betriebes mit eigener Rechnungslegung,
- in anderen landwirtschaftlichen Betrieben anderer Betriebsinhaber (z. B. gewerbsmäßig als Mitglied eines Maschinenringes oder Lohnunternehmens),
- in gewerblichen Betrieben anderer Eigentümer (z. B. Industrie, Handel, Handwerk, Beherbergungsunternehmen),
- in gewerblichen Betrieben des Betriebsinhabers (z. B. Metzgerei, Gastwirtschaft, Blumengeschäft), gleichgültig ob der gewerbliche Betrieb räumlich mit dem landwirtschaftlichen Betrieb verbunden ist oder nicht,
- im Öffentlichen Dienst,
- in Staats-, Körperschafts- oder fremden Privatforsten als Waldarbeiter oder Ähnliches,
- aufgrund eines Heimarbeitsvertrages oder
- als Selbstständiger oder freiberuflich Tätiger.

Ständig beschäftigte Arbeitskräfte ohne Familienarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen von März 2015 bis Februar 2016

Allgemeine Hinweise

Personen mit einem unbefristeten oder mindestens auf sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsvertrag. Mitarbeitende Gesellschafter einer GbR zählen ebenfalls dazu. Im Falle von Einzelunternehmen zählen hier nur die familienfremden ständig Beschäftigten und Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb leben, dazu.



Auch Beschäftigte von landwirtschaftlichen Versuchsbetrieben, -anstalten zählen hierzu. Allerdings nur die Arbeitskräfte, die tatsächlich mit landwirtschaftlichen Arbeiten bzw. Arbeiten in Einkommenskombinationen beschäftigt sind. Ebenso gehören nur die Arbeitszeiten für diese Tätigkeiten dazu. Gegebenenfalls müssen hierfür sorgfältige Schätzungen vorgenommen werden.

Personen im Rentenalter, die weiterhin im landwirtschaftlichen Betrieb arbeiten, zählen hierzu.

Nicht dazu zählen Arbeitskräfte, die sich in Altersteilzeit (z.B. Blockmodell) befinden und keine Arbeiten für den Betrieb insgesamt mehr ausführen und daher keine Stunden für den Betrieb insgesamt eingetragen haben.

Dazu gehören auch Arbeitskräfte in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (z. B. Maßnahmen, die mit einer Eingliederung in den Arbeitsmarkt einhergehen), sofern dem einstellenden Betrieb die Lohnkosten ganz oder teilweise von der Bundesagentur für Arbeit (BA) erstattet werden sowie Bundesfreiwilligendienstleistende.



Arbeitskräfte in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (hier Kurzarbeit) gehören dazu, sofern dem Betrieb die Lohnkosten ganz oder teilweise von der BA erstattet werden. Gleiches gilt für die Arbeitszeiten.

Unter der Voraussetzung, dass die im Beispiel angeführten 9 Monate a durchschnittlich 10 Stunden je Woche in den Berichtszeitraum von März 2015 bis Februar 2016 gefallen sind und in den verbleibenden 3 Monaten durchschnittlich 40 Stunden je Woche gearbeitet wurden, ergeben sich die im Fragebogen anzugebenden durchschnittlich geleisteten Stunden je Woche im Berichtszeitraum wie folgt:

$$9 \text{ Monate} \times 10 = 90$$

$$3 \text{ Monate} \times 40 = 120$$

$$\text{Die Summe } 210 / 12 = 17,5 \text{ Stunden}$$

Als im Berichtszeitraum durchschnittlich geleistete Stunden je Woche sind 18 Stunden einzutragen.

Anzahl der ständig beschäftigten Arbeitskräfte im Betrieb

Code

0950

Bis zu einer Anzahl von 100 ständigen Arbeitskräften tragen Sie diese Bitte hier ein.

Bei mehr als 100 ständigen Arbeitskräften wenden Sie sich bitte an Ihr zuständiges Landesamt.

Ständig beschäftigte Arbeitskräfte	Lfd. Nr. der Person	Geschlecht	Geburtsjahr (Nur die letzten beiden Stellen eintragen)	Wer ist Betriebsleiter? (Nur eine Person auswählen) Info	Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche	
					für den Betrieb insgesamt Info	darunter in Einkommenskombinationen Info
Code	0900	0901	0902	0903	0911	0912
Person	001	<input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Person	002	<input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Person	003	<input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Person	004	<input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Person	005	<input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Person	006	<input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Person	007	<input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Person	008	<input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Person	009	<input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Person	010	<input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1	<input type="text"/>	<input type="text"/>

0901 Geschlecht

Angabe des Geschlechts „männlich“ (Schlüsselnummer 1) oder „weiblich“ (Schlüsselnummer 2) jeder Person.

0902 Geburtsjahr

Angabe der letzten beiden Stellen des Geburtsjahres.

0903 Wer ist Betriebsleiter/Geschäftsführer

Der Betriebsleiter/Geschäftsführer ist diejenige Person, die den landwirtschaftlichen Betrieb zum Zeitpunkt der Erhebung leitet, also alle Aufgaben zur laufenden Steuerung des Betriebes (Planung, Entscheidung, Organisation und Kontrolle) wahrnimmt. Je Betrieb gibt es **nur einen Betriebsleiter/Geschäftsführer**.

Auch in Einzelunternehmen kann es sich um einen nicht auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen oder um eine familienfremde Arbeitskraft (z. B. Verwalter) handeln.

Bei einem Zusammenschluss von mehreren natürlichen Personen in Form einer Gesellschaft (z. B. GbR) oder einer Erbengemeinschaft ist die am Tag der Erhebung überwiegend mit der Geschäftsführung betraute Person der Betriebsleiter/Geschäftsführer.

0911 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche für den Betrieb insgesamt

Die gesamte für den landwirtschaftlichen Betrieb geleistete Arbeitszeit in durchschnittlich geleisteten Stunden je Arbeitskraft je Woche. Dazu zählen alle **landwirtschaftlichen Arbeiten für den Betrieb sowie alle Arbeiten in Einkommenskombinationen dieses Betriebes**.

Landwirtschaftliche Arbeiten für den Betrieb sind:

- sämtliche Feld-, Hof- und Stallarbeiten,
- Arbeiten für die Betriebsorganisation und -führung,
- Arbeiten für die Unterhaltung der Betriebsgebäude und Maschinen,
- Arbeiten für die Lagerung, Verarbeitung (z. B. Silierung) und Marktvorbereitung (z. B. Verpackung),
- innerbetriebliche Transportleistungen z. B. beim Absatz selbsterzeugter Produkte des Betriebes und beim Bezug von Produktionsmitteln,
- nicht abtrennbare Tätigkeiten, die mit der landwirtschaftlichen Haupttätigkeit verbunden sind.
- Nachbarschaftshilfe in anderen landwirtschaftlichen Betrieben.

Zu den **Arbeiten in Einkommenskombinationen** zählen ausschließlich die in „Einkommenskombinationen im Betrieb im Kalenderjahr 2015“ genannten Tätigkeiten (siehe Code 0612 bis Code 0622, 0624).

Arbeitszeiten für Arbeiten im Haushalt des Betriebsinhabers, wie die Versorgung der Familie in den Bereichen Ernährung, Wohnung, Bekleidung, Gesundheit (Krankenpflege) und Kinderbetreuung, zählen **nicht** dazu. Personen, die im Laufe des Berichtszeitraumes ihr Arbeitsverhältnis begonnen bzw. beendet haben, gehören anteilmäßig durch Umrechnung der geleisteten Arbeitszeiten auf 12 Monate dazu (einschl. Auszubildende). Arbeitszeiten an Sonn- und Feiertagen sowie Zeiten vorübergehender Krankheiten, des Urlaubs und des Mutterschafts- und Erziehungsurlaubs zählen dazu.

0912 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche in Einkommenskombinationen

Arbeitszeiten für Einkommenskombinationen sind bereits in Code 0911 „für den landwirtschaftlichen Betrieb insgesamt“ enthalten. Hierzu zählen nur die geleisteten Stunden für die in „Einkommenskombinationen im Betrieb im Kalenderjahr 2015“ aufgeführten Tätigkeiten.

Mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigte Saisonarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen von März 2015 bis Februar 2016

Allgemeine Hinweise

Saisonarbeitskräfte von Betrieben aller Rechtsformen. Saisonarbeitskräfte sind Personen mit einem befristeten, auf weniger als sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsvertrag. Für diese Personen zählen **nur die geleisteten Arbeitszeiten für landwirtschaftliche Arbeiten**. Zu den landwirtschaftlichen Arbeiten zählen sämtliche Feld-, Hof- und Stallarbeiten (siehe Hinweis zu Code 0911). Ist eine Saisonarbeitskraft mehrmals im Jahr im Betrieb beschäftigt, zählt diese als eine Person.

Arbeitszeiten für Tätigkeiten in **Einkommenskombinationen** gehören **nicht** dazu.

Waren von März 2015 bis Februar 2016 Saisonarbeitskräfte im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt?

Code
1000 ☐ ja 1
☐ nein 2

1000 Waren von März 2015 bis Februar 2016 Saisonarbeitskräfte im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt?

	Code	männlich	Code	weiblich
Zahl der Personen	1001	<input type="text"/>	1003	<input type="text"/>
Arbeitsleistung in vollen Tagen Info	1002	<input type="text"/>	1004	<input type="text"/>

1001, 1003 Anzahl der Personen

Anzahl der mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigten männlichen und weiblichen Saisonarbeitskräfte. Ist dieselbe Saisonarbeitskraft mehrmals im Jahr im Betrieb beschäftigt, zählt diese nur einmal.

1002, 1004 Arbeitsleistung

Die Arbeitsleistung in vollen Arbeitstagen. Bei stundenweise geleisteter Arbeitszeit gelten acht Stunden als ein voller Arbeitstag.

Beispiel für die Berechnung in vollen Arbeitstagen:

Im Jahreszeitraum Mai 2011 bis April 2012 waren 2 Männer und 2 Frauen im Betrieb, und zwar:

1 Mann Oktober/November 2011
 zu je 20 vollen Arbeitstagen
 März/April 2012
 zu je 10 vollen Arbeitstagen = 60 volle Arbeitstage

1 Mann März/April 2012
 zu je 8 vollen Arbeitstagen = 16 volle Arbeitstage

2 Frauen Juli/August 2011
 zu je 32 Arbeitsstunden
 (8 Stunden = 1 Arbeitstag) = 16 volle Arbeitstage

Einzutragen sind also insgesamt:

Männer	2
Arbeitsleistung	76
Frauen	2
Arbeitsleistung	16

Arbeitet also eine Person mehrmals während des Berichtszeitraumes, ist diese nur als eine Person zu zählen, die geleisteten Arbeitstage sind zu addieren.

Jahresnettoeinkommen in Einzelunternehmen (ohne GbR) im Kalenderjahr 2015

Allgemeine Hinweise

Die Grundlage für die Zuordnung der landwirtschaftlichen Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen zu den sozialökonomischen Betriebstypen (Haupterwerbsbetriebe bzw. Nebenerwerbsbetriebe) bildet das Verhältnis von betrieblichem und außerbetrieblichem Einkommen.

Zum außerbetrieblichen Jahresnettoeinkommen von Betriebsinhaber und/oder Ehegatten zählen Einkommen aus

- einem Gewerbebetrieb, aus selbstständiger oder freiberuflicher Erwerbstätigkeit,
- Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer,
- Quellen der privaten und gesetzlichen sozialen Sicherung (einschl. Kindergeld),
- Verpachtung, Vermietung und Kapitalvermögen,
- sonstigen Quellen (z. B. Gewinne aus anderen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben).

Für weitere Beispiele siehe Anhang 3.1.



Betriebliche Transferleistungen (z.B. Betriebsprämien) und Zahlungen für Förderprogramme zählen zum betrieblichen Einkommen, da diese Zahlungen das Führen eines landwirtschaftlichen Betriebes voraussetzen.

Beziehen der Betriebsinhaber und/oder Ehegatte außerbetriebliche Einkommen (einschließlich Kindergeld, Renten, Kapitalerträge u. Ä.)

Code
1011

☐ ja 1
☐ nein 2

Welches		Code	Bitte auswählen	
Jahresnettoeinkommen von Betriebsinhaber und/oder Ehegatte zusammen war höher?	aus außerbetrieblichen Quellen	1010	<input type="radio"/>	1
	aus dem landwirtschaftlichen Betrieb		<input type="radio"/>	2

1010

Welches Jahresnettoeinkommen von Betriebsinhaber und/oder Ehegatte zusammen war höher?

Stammt das gemeinsame Jahresnettoeinkommen von Betriebsinhaber und Ehegatte (oder einer dem Ehegatten gleichgestellten Person) im Kalenderjahr 2015 zum größeren Teil aus außerbetrieblichen Quellen (einschließlich Kindergeld, Rente, Kapitalvermögen u. Ä.) oder aus dem landwirtschaftlichen

Betrieb? Siehe Beispielsammlung zur Ermittlung des außerbetrieblichen Nettoeinkommens im Anhang zum vorliegenden Handbuch. Diese Frage dient der Unterscheidung von Haupt- und Nebenerwerb.

Berufsbildung des Betriebsleiters/Geschäftsführers 2016

Allgemeine Hinweise

Landwirtschaftliche und/oder gartenbauliche Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss des im Abschnitt „Arbeitskräfte“ benannten Betriebsleiters/Geschäftsführers. Dazu zählen Fachrichtungen der Landwirtschaft, des Gartenbaus, des Weinbaus, der Forstwirtschaft, der Fischzucht, der Tiermedizin, der Landtechnik, der Tierzucht/-haltung, der ländlichen Hauswirtschaft, der Ernährungslehre sowie verwandte Fachrichtungen. Bei fehlender landwirtschaftlicher oder gartenbaulicher Berufsausbildung zählt nur die ausschließlich praktische Erfahrung. Bei sowohl vorhandener landwirtschaftlicher als auch gartenbaulicher Berufsbildung zählen beide.

Bitte machen Sie Angaben zur landwirtschaftlichen und/oder gartenbaulichen Berufsbildung des Betriebsleiters/Geschäftsführers.		Code	Landwirtschaftliche Berufsbildung	Code	Gartenbauliche Berufsbildung
Ausschließlich praktische Erfahrung		0651	<input type="checkbox"/> 1	0656	<input type="checkbox"/> 1
Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss	Berufsschule/Berufsfachschule (ohne betriebliche Lehre)	0652	<input type="radio"/> 1	0657	<input type="radio"/> 1
	Berufsausbildung/Lehre (Gehilfen-, Facharbeiter- oder andere Abschlussprüfung)		<input type="radio"/> 2		<input type="radio"/> 2
	einjährige Fachschule, Landwirtschaftsschule (auch Weinbau-, Gartenbau-, Winterschule)		<input type="radio"/> 3		<input type="radio"/> 3
	Fortbildung zum Meister, Fachagrарwirt		<input type="radio"/> 4		<input type="radio"/> 4
	Höhere Landbauschule, Technikerschule, zweijährige Fachschule, Fachakademie		<input type="radio"/> 5		<input type="radio"/> 5
	Studium mit weniger als 4 Jahren Regelstudienzeit (Bachelor, Diplom (FH), Ingenieurschule)		<input type="radio"/> 6		<input type="radio"/> 6
	Studium mit mindestens 4 Jahren Regelstudienzeit (Diplom, Master, Promotion)		<input type="radio"/> 7		<input type="radio"/> 7

0651, 0656 Ausschließlich praktische Erfahrung

Es besteht keine landwirtschaftliche und/oder gartenbauliche Berufsbildung mit Abschluss, sondern ausschließlich **Erfahrung aufgrund praktischer Arbeit** in einem landwirtschaftlichen/gartenbaulichen Betrieb.

0652, 0657 Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss

Dazu gehört jede abgeschlossene, landwirtschaftliche und/oder gartenbauliche Ausbildung nach Ende der Pflichtschulzeit. Keine Mehrfachnennungen innerhalb der landwirtschaftlichen bzw. gartenbaulichen Berufsbildung möglich. Es zählt nur die landwirtschaftliche und/oder gartenbauliche Berufsbildung mit dem **höchsten Abschluss**.

Schlüssel-Nr. 1 Berufsschule/Berufsfachschule (ohne betriebliche Lehre)

Ausbildung erfolgt grundsätzlich innerhalb der Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr an einer Berufsschule ohne betriebliche Lehre oder an einer **auf bestimmte Fachrichtungen spezialisierten beruflichen Schule** (wie Landwirtschaft, Gartenbau, Weinbau, Forstwirtschaft, Nutztierhaltung, Fischerei, Milchwirtschaft, ländliche Hauswirtschaft, Landschaftspflege und verwandte Fachrichtungen).

Schlüssel-Nr. 2 Berufsausbildung/Lehre (Gehilfen-, Facharbeiter- oder andere Abschlussprüfung)

Mit einer in einem **Lehrvertrag** vereinbarten Lehre in Verbindung mit einer Berufsschule/Berufsfachschule.



Da die Weinherstellung zur landwirtschaftlichen Urproduktion zählt, zählt die Ausbildung zum Weinküfer als landwirtschaftliche Berufsausbildung.

Schlüssel-Nr. 3 Einjährige Fachschule, Landwirtschaftsschule (auch Weinbau-, Gartenbau-, Winterschule)

Einjähriger Fachschulbesuch mit Abschluss **Staatlich geprüfter Wirtschaftler** in land- oder hauswirtschaftsverbundenen Berufen; der Besuch einer „Winterschule“ rechnet auch dazu.


Schlüssel-Nr. 4 Fortbildung zum Meister, Fachagrарwirt

Abschluss einer Ausbildung gemäß der „Landwirtschaftsschule“ und einer mehrjährigen praktischen Tätigkeit als Landwirt oder in einem einschlägigen Beruf sowie einer weiteren Fortbildung in speziellen Lehrgängen mit Erwerb des **Meisterbriefes** bzw. des Abschlusses **Fachagrарwirt**.

Schlüssel-Nr. 5 Höhere Landbauschule, Technikerschule, zweijährige Fachschule, Fachakademie
An die Ausbildung gemäß der „Landwirtschaftsschule“ anschließende Fortbildung an einer weiterführenden Fachschule mit Abschluss **Staatlich geprüfter Landwirtschaftsleiter** bzw. **Staatlich geprüfter Landwirt oder staatlich geprüfter Techniker des Landbaus**.

Schlüssel-Nr. 6 Studium mit weniger als vier Jahren Regelstudienzeit (Bachelor, Diplom (FH), Ingenieurschule)
Abgeschlossenes Studium mit weniger als vier Jahren Regelstudienzeit in einer der unter „Berufsschule/Berufsfachschule“ angegebenen Fachrichtungen nach Erwerb der Fachhochschulreife und nach mindestens einjährigem berufsbezogenem Praktikum mit Abschluss **Dipl. Ing. (FH), Ing. agr. (grad.), Bachelor** und anderen fachspezifischen Berufsbezeichnungen.

Schlüssel-Nr. 7 Studium mit mindestens vier Jahren Regelstudienzeit (Diplom, Master, Promotion)
Abgeschlossenes Studium mit mindestens vier Jahren Regelstudienzeit in einer der unter „Berufsschule/Berufsfachschule“ angegebenen Fachrichtungen mit Abschluss **Dipl. Ing. agr., Dipl. Landwirt, Master, Dokortitel** und anderen fachspezifischen Berufsbezeichnungen. Dabei spielt es keine Rolle, ob der jeweilige Abschluss an einer Fachhochschule oder Universität/Hochschule erworben wurde.

Hat der Betriebsleiter/Geschäftsführer in den letzten 12 Monaten an einer beruflichen Bildungsmaßnahme teilgenommen?  Info

Code
0653 ☐ ja 1
 ☐ nein 2

0653 Hat der Betriebsleiter/ Geschäftsführer in den letzten 12 Monaten an einer beruflichen Bildungsmaßnahme teilgenommen?

Das kann sowohl eine Ausbildung zur Erlangung von Grundkenntnissen als auch eine Fortbildung zur Wissensvertiefung auf dem Gebiet der Landwirtschaft oder der Geschäftsbereiche in Verbindung mit Einkommenskombinationen sein. Die Aus- und Fortbildung findet im Regelfall außerhalb des Arbeitsplatzes statt und wird von dafür vorgesehenen **Bildungseinrichtungen** durchgeführt.



Eine Fortbildung findet bei einer Bildungseinrichtung statt und ihr Ziel ist der Erwerb neuer Fähigkeiten im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Tätigkeiten oder mit Einkommenskombinationen bzw. die Entwicklung und Verbesserung bereits vorhandener Fähigkeiten. Beispiele für Fortbildungen in Bildungseinrichtungen sind Lehrgänge, Kurse und Seminare in Landwirtschaftskammern, beim Bundesverband Landwirtschaftlicher Fachbildung e. V., bei landwirtschaftlichen Fachschulen und weiteren Einrichtungen, wie z. B. das landwirtschaftliche Bildungszentrum Triesdorf, das Haus der bayerischen Landwirtschaft Herrsching, das Agrarbildungszentrum Landsberg am Lech, etc.

Nach unserer Einschätzung dienen Vorträge über die Verbesserung der Milchleistung oder der Wirtschaftlichkeit von Biogasanlagen der beruflichen Weiterbildung und gehören damit zu den Fortbildungsmaßnahmen. Ebenso dazu zählt die Fortbildung zur Erlangung des Pflanzenschutz-Sachkundenachweises.

Nicht dazu zählen Veranstaltungen zu Verkaufszwecken, wie beispielsweise Werbeveranstaltungen von Düngelieferanten. Des Weiteren zählen Fachtagungen, Kongresse, Studienreisen und (Wochenend-)Veranstaltungen, die in erster Linie dem Austausch von Erfahrungen dienen, nicht zu beruflichen Bildungsmaßnahmen.

Gewinnermittlung/Umsatzbesteuerung im Wirtschaftsjahr 2015/2016

Allgemeine Hinweise

Die Gewinnermittlung kann für steuerliche Zwecke nach einem der vier aufgeführten Verfahren erfolgen. Die Umsatzbesteuerung kann in Form der Optierung (Regelbesteuerung) oder Pauschalierung durchgeführt werden.

Rechtsform der Betriebe		Gewinn- ermittlung für ertrag- steuerliche Zwecke	Wenn Gewinnermittlung „ja“ angegeben, muss eine von den jeweils zulässigen (mit x gekennzeichneten) Varianten angekreuzt sein - = unzulässig				Umsatzsteuer	
			Buchführung mit Jahresab- schluss	Einnahmen- Ausgaben- Überschuss- rechnung (§ 4 Abs. 3 EStG)	nach Durch- schnittssätzen (§ 13 a EStG)	Gewinn- schätzung durch das Finanzamt	Optierung (Regelbe- steuerung)	Pauscha- lierung
							angekreuzt werden kann:	
Einzelunternehmen		ja oder nein	x	x	x	x	entweder oder	
Personen- gemein- schaften, - gesellschaft en	Nicht eingetragener Verein	-	-	-	-	-	entweder oder	
	BGB-Gesellschaft	i.d.R. ja	x	x	x	x	entweder oder	
	OHG	nur ja	x	x	x	x	entweder oder	
	KG	nur ja	x	x	x	x	entweder oder	
	GmbH & Co. KG einschl. Ltd & Co. KG	nur ja	x	x	x	x	entweder oder	
	Sonstige Personengemeinschaften	i.d.R. ja	x	x	x	x	entweder oder	
Juristische Personen des privaten Rechts	Eingetragener Verein	nur ja	x	-	-	x	entweder oder	
	Eingetragene Genossenschaft	nur ja	x	-	-	x	entweder oder	
	GmbH	nur ja	x	-	-	x	entweder oder	
	AG	nur ja	x	-	-	x	entweder oder	
	Anstalt, Stiftung und andere Zweckvermögen	nur ja	x	-	-	x	entweder oder	
	Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	nur ja	x	-	-	x	entweder oder	
Juristische Personen des öffent- lichen Rechts	Gebietskörperschaft Bund	sind von der Körperschaft- steuer befreit und müssen daher keine Gewinner- mittlung durch- führen	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	entweder oder	
	Gebietskörperschaft Land						entweder oder	
	Sonstige Gebietskörperschaften						entweder oder	
	Sonst. juristische Personen d. öffentlichen Rechts						entweder oder	


Gewinnermittlung im Wirtschaftsjahr 2015/2016

Erfolgt für diesen Betrieb eine Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke?

Code
0461

☐ ja 1
☐ nein 2

0461 Erfolgt für diesen Betrieb eine Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke?

Art der Gewinnermittlung 	Code	Bitte auswählen
Buchführung mit Jahresabschluss	0462	<input type="radio"/> 1
Einnahmen - Ausgaben - Überschussrechnung		<input type="radio"/> 2
nach Durchschnittssätzen (§ 13a-Landwirt)		<input type="radio"/> 3
durch Gewinn-schätzung des Finanzamtes		<input type="radio"/> 4

0462 Art der Gewinnermittlung

Für Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen, die eine Einkommenssteuererklärung an das Finanzamt richten, erfolgt eine Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke nach einer der vier Arten der Gewinnermittlung. Für Personengemeinschaften/-gesellschaften (GbR, OHG, KG) und juristische Personen des privaten Rechts erfolgt stets eine Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke. Für

Personengemeinschaften und -gesellschaften in Form der GbR oder Erbengemeinschaften erfolgt eine der vier Arten der Gewinnermittlung. Für OHG und KG sowie für juristische Personen des Privatrechts erfolgt die Gewinnermittlung nur nach der Gewinnermittlungsart „Buchführung mit Jahresabschluss“. Die Besteuerung nach § 13a Einkommenssteuergesetz (EStG) sieht für kleinere landwirtschaftliche Betriebe die Möglichkeit vor, den Gewinn nach Durchschnittssätzen pauschal zu ermitteln.

Schlüssel-Nr. 1 Buchführung mit Jahresabschluss

Für Landwirte, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind, Bücher zu führen und aufgrund jährlicher Bestandsaufnahme Abschlüsse zu machen (z. B. nach der Abgabenordnung [§141 AO] oder wenn der Wirtschaftswert 25 000 €, der Gewinn im Kalenderjahr 50 000 € oder der Umsatz im Kalenderjahr 500 000 € übersteigt) oder freiwillig Bücher führen.

Auch wenn mit solchen Aufzeichnungen erst während der letzten zwölf Monate begonnen wurde, zählen diese dazu. Als Bestandsaufnahme gilt die Aufstellung über das lebende und tote Inventar an einem bestimmten Stichtag.

Schlüssel-Nr. 2 Einnahmen-Ausgaben-Überschussrechnung

Für Landwirte, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind, Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen, oder freiwillig Bücher führen und solche Landwirte, die die Voraussetzung für die Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen nicht erfüllen oder freiwillig auf Antrag aus dieser Gewinnermittlungsmethode ausgeschieden sind. Es müssen Inventurlisten angelegt und die laufenden Einnahmen und Ausgaben aufgeschrieben werden. Eine Bilanz wird jedoch nicht erstellt.

Schlüssel-Nr. 3 Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen (§ 13a-Landwirt)


Für Landwirte, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind, Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen, erfolgt die steuerliche Gewinnermittlung vom Finanzamt nach Durchschnittssätzen, wenn

- die selbstbewirtschaftete Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Sonderkulturen am 15. Mai innerhalb des Wirtschaftsjahres 20 Hektar nicht überschreitet und
- die Tierbestände insgesamt 50 Vieheinheiten nicht übersteigen und
- die selbstbewirtschafteten Flächen der forstwirtschaftlichen Nutzung 50 Hektar nicht überschreiten und
- die selbstbewirtschafteten Flächen der Sondernutzungen die in Anlage 1a Nummer 2 Spalte 2 des Einkommensteuergesetzes genannten Grenzen nicht überschreiten.

Schlüssel-Nr. 4 Gewinnschätzung des Finanzamtes

Für buchführungspflichtige Landwirte, die dieser Pflicht nicht oder nicht ordnungsgemäß nachkommen, oder Landwirte, die unter die Überschussrechnung fallen, aber keine entsprechenden Aufzeichnungen vorlegen können.

Umsatzbesteuerung 2015

		Code	Bitte auswählen
Form der Umsatzbesteuerung 	Optierung (Regelbesteuerung)	0471	<input type="radio"/> 1
	Pauschalierung		<input type="radio"/> 2

0471 Form der Umsatzbesteuerung

Landwirtschaftliche Betriebe können bei der Umsatzsteuer zwischen der Pauschalierung und Optierung (Regelbesteuerung) wählen. Bei der Pauschalierung entfällt im Regelfall die Zahlspflicht gegenüber dem Finanzamt und damit auch die Notwendigkeit von Aufzeichnungen. Auf schriftlichen Antrag gegenüber dem Finanzamt können landwirtschaftliche Betriebe aber auch die Optierung (Regelbesteuerung) wählen. Ab dem Übergang zur Optierung gelten nicht mehr (wie zur Pauschalierung) die Mehrwertsteuer-Pauschalsätze (für die Lieferung von forstwirtschaftlichen Erzeugnissen, ausgenommen Sägewerkserzeugnisse 5,5 %, auf Lieferungen von Sägewerkserzeugnissen, Getränken, alkoholischen Flüssigkeiten 19% und auf alle anderen Lieferungen 10,7%), sondern die allgemeinen Mehrwertsteuersätze von 7 % bzw. 19 %. Die vereinnahmte Mehrwertsteuer und die entrichtete Vorsteuer sind laufend aufzuzeichnen. Wurde ein entsprechender Antrag abgegeben, erfolgt stets die Optierung.

Förderung der ländlichen Entwicklung

(Angaben werden aus den Verwaltungsdaten übernommen und sind nicht Bestandteil des Fragebogens)

Allgemeine Hinweise

Förderungen, die der Betrieb im Zeitraum vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2016 nach der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 erhalten hat.

Dazu zählen Beihilfen, die der Betrieb direkt erhalten hat. Beihilfen, die nicht direkt an den Betrieb gezahlt, sondern auf höherer Ebene (z. B. regional) bereitgestellt wurden, auch wenn der Betrieb indirekt davon profitiert hat, **zählen nicht dazu**.

0701 Teilnahme an Qualitätsprogrammen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

Förderung im Rahmen der Teilnahme landwirtschaftlicher Betriebe an Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (gemäß Artikel 16 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0702 Zahlungen im Rahmen von Natura 2000 und der Wasserrahmenrichtlinie

Förderung zum Ausgleich von zusätzlichen Kosten und Einkommensverlusten, die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG, der Richtlinie 2009/147/EG und der Wasserrahmenrichtlinie entstanden sind (gemäß Artikel 30 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0703 Zahlungen für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen

Zahlungen an landwirtschaftliche Betriebe zur Erhaltung und Förderung von landwirtschaftlichen Verfahren, die sich positiv auf Umwelt und Klima auswirken (gemäß Artikel 28 VO (EU) Nr. 1305/2013). Hierzu zählen freiwillige Agrarumweltverpflichtungen, die über die gesetzlich vorgegebenen Grundanforderungen hinausgehen, beispielsweise bei der Anwendung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln.

0704 Ökologischer/biologischer Landbau

Förderung von Landwirten, die sich freiwillig verpflichtet haben, ökologische/biologische landwirtschaftliche Bewirtschaftungsverfahren und –methoden gemäß Verordnung (EG) Nr. 834/2007 anzuwenden (gemäß Artikel 29 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0705 Tierschutzmaßnahmen

Zahlungen an Landwirte, die sich freiwillig verpflichtet haben, Tierschutzauflagen einzuhalten, die über die gesetzlich vorgegebenen Grundanforderungen hinausgehen (gemäß Artikel 33 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0706 Investitionen in materielle Vermögenswerte

Förderung von materiellen und/oder immateriellen Investitionen landwirtschaftlicher Betriebe, die z.B. die Nachhaltigkeit, die Modernisierung oder auch die Verbesserung der landwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit betreffen (gemäß Artikel 17 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0707 Vorbeugung von Schäden und Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Produktionspotenzials nach Naturkatastrophen und Katastrophenereignissen

Förderung betrifft Investitionen in vorbeugende Maßnahmen zur Verringerung von Folgen von Naturkatastrophen wie auch zum Wiederaufbau durch Naturkatastrophen geschädigter landwirtschaftlicher Flächen und geschädigtem landwirtschaftlichem Produktionspotenzial (gemäß Artikel 18 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0708 Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe und sonstiger Unternehmen

Existenzgründungsbeihilfen für z.B. Junglandwirte, nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten in ländlichen Gebieten oder die Entwicklung kleiner landwirtschaftlicher Betriebe (gemäß Artikel 19 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0709 Investitionen in die Entwicklung von Waldgebieten und Verbesserung der Lebensfähigkeit von Wäldern

Förderung betrifft z.B. die Aufforstung, die Vorbeugung von Schäden und die Wiederherstellung von Wäldern nach Waldbränden sowie Investitionen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Waldökosysteme (gemäß Artikel 21 VO (EU) Nr. 1305/2013). Dieser Artikel fasst die unter den nachfolgenden Codes 0710 bis 0714 aufgeführten Maßnahmen zusammen.

0710 Aufforstung und Anlage von Wäldern

Förderung öffentlicher und privater Waldbesitzer, um Anlegungs- und Aufforstungskosten zu decken sowie landwirtschaftliche Einkommensverluste und Bewirtschaftungskosten auszugleichen (gemäß Artikel 22 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0711 Einrichtung von Agrarforstsystemen

Beihilfe zur Deckung der mit dieser Maßnahme verbundenen Anlegungs- und Bewirtschaftungskosten (gemäß Artikel 23 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0712 Vorbeugung von Schäden und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands von Wäldern

Förderung zur Deckung der Kosten für die Errichtung von Waldbrandschutzstreifen, vorbeugende Maßnahmen gegen Brände, die Verbesserung der Überwachung des Auftretens von Waldbränden, Schädlingen und Krankheiten sowie den Wiederaufbau des forstlichen Produktionspotenzials nach Bränden oder sonstigen Naturkatastrophen (gemäß Artikel 24 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0713 Investitionen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und des ökologischen Werts von Wäldern

Investitionen zur Einhaltung von Umweltzielen, Steigerung des Wertes des Waldes sowie Verbesserung der Ökosysteme zur Eindämmung des Klimawandels (gemäß Artikel 25 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0714 Investitionen in Techniken der Forstwirtschaft sowie in die Verarbeitung, Mobilisierung und Vermarktung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse

Investitionen im Zusammenhang mit der Verbesserung des wirtschaftlichen Werts der Wälder (gemäß Artikel 26 VO (EU) Nr. 1305/2013). Hierzu zählen z.B. Investitionen in bodenfreundliche und ressourcenfreundliche Erntemaschinen und –verfahren.

0715 Zahlungen für aus naturbedingten oder anderen spezifischen Gründen benachteiligte Gebiete

Zahlungen für Landwirte in Berggebieten und anderen aus naturbedingten Gründen benachteiligten Gebieten (gemäß Artikel 31 VO (EU) Nr. 1305/2013). Diese Zahlungen dienen dem Ausgleich zusätzlicher Kosten und Einkommensverlusten, die dem Landwirt aufgrund von Nachteilen für die landwirtschaftliche Erzeugung in entsprechenden Gebieten entstehen.

0716 Waldumwelt- und Klimadienstleistungen und Erhaltung der Wälder

Förderung für Waldbesitzer, die sich freiwillig dazu verpflichten, bestimmte Maßnahmen im Rahmen von Waldumwelt- und Klimaverpflichtungen umzusetzen (gemäß Artikel 34 VO (EU) Nr. 1305/2013).

0717 Risikomanagement

Finanzbeiträge an Landwirte für Versicherungen von Ernte, Tieren und Pflanzen gegen wirtschaftliche Einbußen infolge widriger Witterungsverhältnisse, Tierseuchen, Pflanzenkrankheiten, Schädlingsbefall oder eines Umweltvorfalls (gemäß Artikel 36 Abs. 1 Buchst. a) VO (EU) Nr. 1305/2013).

Finanzbeiträge gemäß Artikel 36 Abs. 1 Buchst. b) und c) der VO (EU) Nr. 1305/2013 werden an dieser Stelle nicht erfasst. Nur im Falle des Abschlusses einer entsprechenden Versicherung erhält der Landwirt direkte Beihilfen.

Ökologische Vorrangflächen

0264 Im Umweltinteresse genutzte Flächen

Gemäß Artikel 46 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 müssen Betriebe mit mehr als 15 ha Ackerland ab dem 1. Januar 2015 eine Fläche von mindestens 5 % des Ackerlandes des Betriebs als **im Umweltinteresse genutzte Flächen** (Ökologische Vorrangfläche – ÖVF) bereitstellen.

Zu den ÖVF zählen:

- a) Brachliegende Flächen;
- b) Terrassen;
- c) Landschaftselemente;
- d) Pufferstreifen;
- e) agro-forstwirtschaftliche Hektarflächen;
- f) Streifen von beihilfefähigen Hektarflächen an Waldrändern;
- g) Flächen mit Niederwald mit Kurzumtrieb;
- h) Aufforstungsflächen;
- i) Flächen mit Zwischenfruchtanbau oder durch Pflanzung und Keimung von Samen gebildete Begrünung;
- j) Flächen mit stickstoffbindenden Pflanzen.

Mit Ausnahme der unter g) und h) genannten Flächen des Betriebs muss sich die im Umweltinteresse genutzte Fläche auf dem Ackerland des Betriebs befinden bzw. bei c) und d) an das Ackerland angrenzen.

Da sich die einzelnen Flächen der ÖVF hinsichtlich ihres ökologischen Wertes unterscheiden, erfolgt eine Gewichtung der Flächen gemäß der in Anhang 2 der VO 639/ 2014 aufgeführten Gewichtungsfaktoren.

Gewichtungsfaktoren der ökologischen Vorrangflächen¹⁾

Kategorie	Gewichtungsfaktor
Brachliegende Flächen	1
Terrassen	1
Landschaftselemente:	
Hecken/Gehölzstreifen/Knicks	2
Einzelstehender Baum	1,5
Baumreihen	2
In Gruppe stehende Bäume/Feldgehölze	1,5
Feldrand	1,5
Teiche	1,5
Gräben	2
Traditionelle Steinmauern	1
Sonstige Landschaftselemente	1
Pufferstreifen	1,5
Agroforstflächen	1
Beihilfefähige Hektarstreifen an Waldrändern	
Ohne Erzeugung	1,5
Mit Erzeugung	0,3
Flächen mit Niederwald mit Kurzumtrieb	0,3
Aufforstungsflächen	1
Flächen mit Zwischenfruchtanbau oder Gründücke	0,3
Flächen mit stickstoffbindenden Pflanzen	0,7 ²⁾

1) Gewichtungsfaktoren aus Anhang X der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013, der mit Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 639/2014 ersetzt worden ist

2) Der Gewichtungsfaktor „0,3“ für stickstoffbindende Pflanzen in Anhang X der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 wurde in Verordnung (EU) Nr. 1001/2014 durch „0,7“ ersetzt.

Gewichtung und Berechnung der ökologischen Vorrangfläche im AGRA 2010 Datenmodell:

Die Gewichtung der aus InVeKoS stammenden Flächen und die Berechnung der ökologischen Vorrangfläche des Betriebes insgesamt kann unter Verwendung des Merkmals 0264 im AGRA 2010 Datenmodell erfolgen. Hierzu befinden sich fünf weitere Merkmale/Felder, eines je Gewichtungsfaktor, im Datenmodell denen die Flächenangaben aus InVeKoS entsprechend ihrer Gewichtungsfaktoren über die IF 24 zugeordnet werden können. Die eigentliche Gewichtung und Summierung der ÖVF eines Betriebes insgesamt zum Code 0264 erfolgt dann während der in AGRA2010 ablaufenden Typisierung.

Übersicht der neuen Merkmale/Felder für die Bearbeitung der ÖVF:

Merkmal	Zuordnung	Feld	Berechnung
m_0264_ lm_Umweltinteresse_genutzte_Flächen	Summe der gewichteten ÖVF	C0264	Summe der gewichteten Flächen
m_0265_ÖVF03	Fläche mit Gewichtungsfaktor 0,3	C0265	C0265 * 0,3
m_0266_ÖVF07	Fläche mit Gewichtungsfaktor 0,7	C0266	C0266 * 0,7
m_0267_ÖVF10	Fläche mit Gewichtungsfaktor 1,0	C0267	C0267 * 1,0
m_0268_ÖVF15	Fläche mit Gewichtungsfaktor 1,5	C0268	C0268 * 1,5
m_0269_ÖVF20	Fläche mit Gewichtungsfaktor 2,0	C0269	C0269 * 2,0

In der AGRA2010 Fachanwendung wird lediglich die errechnete Summe der gewichteten ÖVF in Feld C0264 angezeigt.

Alternativ kann die Gewichtung auch landesindividuell durchgeführt werden; die Felder C0265 bis C0269 dürfen dann nicht belegt werden.

Landesindividuelle Gewichtung und Berechnung der ökologischen Vorrangfläche:

Die errechnete Fläche wird über die IF 24 in AGRA2010 eingespielt. Um diese Berechnung zu veranschaulichen, folgendes Beispiel:

Beispielbetrieb Mustermann:

Kriterium	Eingebrachte Flächen	Gewichtungsfaktor	Anrechenbare Fläche
Stilllegung	2,3 ha	1	2,3 ha
Hecken	0,3 ha	2	0,6 ha
Pufferstreifen	0,5 ha	1,5	0,75 ha
Zwischenfruchtanbau oder Gründecke	2,0 ha	0,3	0,6 ha
stickstoffbindende Pflanzen	1,5 ha	0,7	1,05 ha
Summe			5,3 ha

Die angegebene Fläche eines Kriteriums multipliziert mit dem jeweiligen Gewichtungsfaktor ergibt die anrechenbare ökologische Vorrangfläche:

$$1,5 \text{ ha} \times 0,7 = 1,05 \text{ ha}$$

Die ökologische Vorrangfläche des Betriebes insgesamt ist die Summe der einzelnen anrechenbaren ökologischen Vorrangflächen:

$$(2,3 + 0,6 + 0,75 + 0,6 + 1,05) \text{ ha} = 5,3 \text{ ha}$$

Betriebe, müssen **keine ÖVF ausweisen**, wenn:

- diese weniger als 15 ha Ackerfläche besitzen;
- mehr als 75 % des Ackerlandes für die Erzeugung von Gras, Grünfütterpflanzen genutzt wird, brachliegendes Land ist, dem Anbau von Leguminosen dient und das verbleibende Ackerland nicht größer als 30 Hektar ist;
- mehr als 75 % der beihilfefähigen landwirtschaftlichen Fläche Dauergrünland ist, das für die Erzeugung von Gras, anderen Grünfütterpflanzen genutzt wird und das verbleibende Ackerland nicht größer als 30 Hektar ist.

Betriebsinhaber, die die Anforderungen gemäß Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 für die ökologische/biologische Landwirtschaft erfüllen, sind nach Artikel 43 Absatz 11 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 von den einzelnen Greening-Verpflichtungen befreit.

ANLAGE

zur Agrarstrukturerhebung 2016

- Durchführung der Agrarstrukturerhebung mit Hilfe eines Erhebungsbeauftragten
- Grundbegriffe
- Beispielsammlung
- IDEV-Systemvoraussetzungen
- Verwendung der Qualitätskennzeichen VG/GS
- Umgang mit Erhebungsteilwechslern und unvollständigen Online-Meldungen

1. Durchführung der Erhebung mit Hilfe eines Erhebungsbeauftragten

1.1 Rechte und Pflichten der Erhebungsbeauftragten

Zur Entlastung der Auskunftspflichtigen können Erhebungsbeauftragte eingesetzt werden. Sie haben sich auszuweisen und sind zur Geheimhaltung besonders verpflichtet. Die aus ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse dürfen sie nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden. Diese Verpflichtung gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit.

Die Erhebungsbeauftragten sollen den Auskunftspflichtigen bei der Beantwortung der Fragen behilflich sein. Sie dürfen die Fragebogen nach deren Angaben ausfüllen.

1.2 Erhebungsunterlagen

Zur Durchführung der Agrarstrukturerhebung stehen folgende Unterlagen zur Verfügung:

- Online-Fragebogen,
- Papierfragebogen für Länder, die gemäß §93 Absatz 1 AgrStatG die Onlinemeldepflicht ausgesetzt haben bzw. für Auskunftsgebende, die eine zeitlich befristete Ausnahme von der Online-Meldepflicht gewährt bekommen (Härfälle).
- Ergänzungsbogen E (Arbeitskräfte),
- Handbuch zur ASE 2016.

1.3 Durchführung der Erhebung

Der Erhebungsbeauftragte muss die Erhebung selbst durchführen; er darf seine Aufgaben keiner anderen Person übertragen.

Auf Wunsch kann der Auskunftspflichtige aber auch die Angaben zu den Fragen selber in den (Online-) Fragebogen eintragen; in derartigen Fällen muss der Erhebungsbeauftragte dem Auskunftspflichtigen die für die sach- und termingerechte Beantwortung der Fragen erforderlichen Hinweise und Erläuterungen schriftlich übergeben und erforderlichenfalls ausführlich mündlich erläutern.

Werden im Rahmen der Erhebung Erhebungsbeauftragte eingesetzt, sollte die Abgabe der Meldung grundsätzlich elektronisch erfolgen. In Ausnahmefällen können die Fragen mündlich oder schriftlich beantwortet werden. Bei schriftlicher Auskunftserteilung sind die ausgefüllten Erhebungsunterlagen dem statistischen Landesamt portofrei zu übermitteln. Beim Einsatz von Erhebungsbeauftragten kann der Fragebogen diesem in einem verschlossenen Umschlag übergeben, bei der Erhebungsstelle abgegeben oder dorthin postalisch übermittelt werden.

Änderung der Anschrift des Betriebsinhabers

Es ist zu prüfen, ob der in der Anschriftenliste vorgegebene Name und die Anschrift des Betriebsinhabers noch zutreffen. Etwaige Änderungen sind im Anschriftenfeld des (Online-) Fragebogens einzutragen. Eine Änderung des Betriebssitzes (siehe Seite IV, lfd. Nr. 6.) muss dem Statistischen Amt mitgeteilt werden.

Betriebsübergabe, Betriebsteilung, Betriebsauflösung

Wurde der Betrieb an einen anderen Inhaber übergeben, so ist dieser auskunftspflichtig (Betriebsübergabe). Der Name des neuen Inhabers ist in dem jeweiligen Fragebogen zu vermerken. Werden im Falle einer Betriebsteilung die abgegebenen Flächen und/oder Viehbestände von einem im Sinne der Definition des Betriebes neugegründeten Betrieb (Neugründung) übernommen, ist der Inhaber des neugegründeten Betriebes zusätzlich zum Inhaber des verbleibenden Restbetriebes auskunftspflichtig, wenn er entsprechend dem Agrarstatistikgesetz zum Erfassungsbereich der ASE gehört.

Falls ein Betrieb nicht mehr besteht, ist die Betriebsauflösung anzugeben und der Online-Fragebogen mit der Anmerkung „aufgelöst“ an das Statistische Amt zurückzusenden.

Betriebsteile

Besteht ein Betrieb aus mehreren voneinander entfernt liegenden Betriebsteilen, die einheitlich bewirtschaftet werden, dann ist die Meldung für den gesamten Betrieb dort abzugeben, wo sich der Hauptsitz des Betriebes befindet.

Unternehmen

Unternehmen im Sinne der Agrarstrukturerhebung sind unter einheitlicher und selbstständiger Führung stehende wirtschaftliche, finanzielle und rechtliche Einheiten. Gehören mehrere Betriebe zu einem Unternehmen, geben die Unternehmen die Meldungen für jeden ihrer inländischen Betriebe ab.

Unternehmen mit Betrieben in verschiedenen Bundesländern haben für jedes Land, in dem sie einen Betrieb haben, gesondert zu melden.

Unterschiedliche Berichtszeiträume

Beachtet werden muss der Berichtszeitpunkt bzw. Berichtszeitraum, für den die Fragen gestellt sind.

Auskunftsverweigerung

Verweigert ein Auskunftspflichtiger die Beantwortung der Fragen ganz oder teilweise, so ist er in angemessener und sachlicher Form sowohl auf seine gesetzlich begründete Auskunftspflicht als auch darauf hinzuweisen, dass alle mit der Erhebung betrauten Personen zur Geheimhaltung verpflichtet worden sind. Darüber hinaus ist er über das generelle Verbot der Weiterleitung von Einzelangaben an die Finanzverwaltung zu unterrichten.

Rufnummern und Adressen für elektronische Post, Löschung von Name und Anschrift

Zur Erleichterung etwaiger Rückfragen werden die Rufnummern und Adressen für elektronische Post des Betriebsinhabers oder -leiters erbeten. Die Beantwortung ist freiwillig. Hierauf ist der Auskunftspflichtige ausdrücklich hinzuweisen. Dem Auskunftspflichtigen sollte mitgeteilt werden, dass die Hilfsmerkmale lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen und nach Abschluss der Prüfung der Angaben vom Fragebogen abgetrennt und in das Betriebsregister übernommen werden.

1.4 Nachprüfung der Angaben in den Fragebogen

1. Vollzähligkeit
Für jeden Betrieb muss ein Fragebogen bzw. müssen Zugangsdaten für den Online-Fragebogen vorhanden sein.
2. Aufgelöste Betriebe oder Aussage verweigert
Wenn der Betrieb nicht mehr existiert oder der Betriebsinhaber bis zum Abschluss des Erhebungsgeschäftes die Aussage verweigert, ist ein Vermerk anzubringen.
3. Übereinstimmende Kennnummer des Betriebes
In sämtlichen für diesen Betrieb ausgefüllten Fragebogen muss die Kennnummer des Betriebes (siebenstellig) übereinstimmen.
4. Betriebe in der Hand von Einzelunternehmen
Bei den Familienarbeitskräften in Einzelunternehmen muss im Fragebogen zumindest der Betriebsinhaber eingetragen sein.
5. Für „Personengemeinschaften“ und „juristische Personen“ darf bei den Familienarbeitskräften keine Eintragung vorgenommen werden; bei den ständig beschäftigten Arbeitskräften ohne Familienarbeitskräfte in Betrieben aller Rechtsformen bzw. bei den mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigten Saisonarbeitskräften in Betrieben aller Rechtsformen müssen Angaben für mindestens eine ständig oder nicht ständig beschäftigte Person eingetragen sein.
6. Abstimmung der Angaben im Fragebogen

2. Grundbegriffe

Betrieb

Technisch-wirtschaftliche Einheit, die eine Mindestgröße an landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) aufweist bzw. über vorgegebene Mindesttierbestände oder Mindestanbauflächen für Spezialkulturen verfügt, für Rechnung eines Inhabers oder Leiters bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung untersteht und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse oder zusätzlich auch Dienstleistungen und andere Erzeugnisse hervorbringt. Die Absicht, Gewinn zu erzielen ist nicht erforderlich.

Im Einzelnen wird darunter Folgendes verstanden:

Als Betrieb im Sinne dieser Erhebung (einschl. Betriebe des Gartenbaus und des Weinbaus) gilt jede technisch-wirtschaftliche Einheit, die unabhängig von der Rechtsform, der steuerlichen Zuordnung und den Eigentumsverhältnissen

1. für Rechnung eines Inhabers bewirtschaftet wird (siehe Definition „Betriebsinhaber“),
2. einer einheitlichen Betriebsführung untersteht,
 - Diese liegt auch vor, wenn sie von mehreren Personen gemeinsam, d.h. mit einheitlicher Willensbildung, ausgeübt wird. Zur Unterscheidung Betriebsführung/Betriebsleitung siehe Definition zu „Betriebsinhaber/Betriebsleiter“.
3. dieselben Arbeitskräfte und Produktionsmittel (insbesondere Gebäude und Maschinen) einsetzt,
4. land- oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse oder zusätzlich auch Dienstleistungen und andere Erzeugnisse hervorbringt,
 - als solche gelten die (aufgrund der Rechtsgrundlage) zu erfragenden Merkmale der Bodennutzung sowie der Viehhaltung.
5. eine der für die Agrarstrukturhebung gesetzlich festgelegten Mindestgrenzen erreicht oder überschreitet (siehe Abschnitt „Erfassungsbereich“),
6. über den Ort des Betriebssitzes (Anschrift) lokalisierbar ist.
 - Betriebssitz ist das Grundstück, auf dem sich die Wirtschaftsgebäude des Betriebes befinden. Befinden sich Wirtschaftsgebäude des Betriebes auf mehreren Grundstücken, ist Betriebssitz das Grundstück, auf dem sich das wichtigste oder die in ihrer Gesamtheit wichtigsten Wirtschaftsgebäude befinden. Hat der Betrieb keine Wirtschaftsgebäude, so ist das Grundstück Betriebssitz, von dem aus der Betrieb geleitet wird.
 - In den meisten Fällen ist der Betriebssitz mit dem Betriebsort (Anschrift des Auskunftspflichtigen) identisch.

Sonderfälle

Sofern die vorstehend genannten Voraussetzungen erfüllt sind, rechnen zu den landwirtschaftlichen und/oder forstwirtschaftlichen Betrieben auch

- Wanderschäfereien, Bullen- und Eberhaltungen, Brütereien,
- landwirtschaftliche Versuchsbetriebe, -anstalten,
- landwirtschaftliche Betriebe von Heil-, Pflege- und Krankenanstalten sowie Heimen,
- landwirtschaftliche Betriebsteile gewerblicher Unternehmen,
- landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betriebe öffentlich-rechtlicher Körperschaften,
- zurückbehaltene Altenteilerflächen, sofern sie vom Altenteiler und/oder seinem Ehegatten mit eigenen Arbeitskräften und Produktionsmitteln bewirtschaftet werden,
- landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betriebe, die zusätzliche Einnahmen erzielen, z. B. durch
 - ihre Verbindung mit landwirtschaftlichen Nebenbetrieben und/oder Hilfsbetrieben,
 - Vermietung von Räumen, z. B. im Rahmen der Aktion „Ferien auf dem Bauernhof“,
 - Vermietung von Gebäuden, Gebäudeteilen oder Hofflächen,
 - vorübergehend stillgelegte LF,
 - gewerbliche Tierhalter, wenn sie die festgelegten Mindestgrenzen erreichen bzw. überschreiten.

Einzelproduktgemeinschaften und Betriebszweiggemeinschaften werden als eigenständige Betriebe erfasst, wenn sie im Wesentlichen mit eigenen Arbeitskräften und Produktionsmitteln (und nicht mit denen der Mitgliedsbetriebe) bewirtschaftet werden; Gemeinschaftsobstanlagen, bei denen die Pflege- und/oder Erntearbeiten überwiegend von den Teilhabern selbst durchgeführt werden, werden dagegen nicht als gesonderte Betriebe, sondern bei den Teilhabern jeweils mit den eingebrachten Flächenanteilen erfasst.

Mehrere Betriebe in der Hand eines Inhabers (Betriebsinhabers) gelten als ein Betrieb, wenn für die Bewirtschaftung dieser Einheiten in der Regel dieselben Arbeitskräfte und Produktionsmittel (insbesondere Gebäude und/oder Maschinen) eingesetzt werden.

Künstliche Gemeinschaftslandeinheiten

Die Verordnung (EG) 1391/2015 definiert diese als virtuelle Einheiten, die für die Zwecke der Datenerhebung und -erfassung geschaffen wurden, und die die landwirtschaftlich genutzte Fläche umfasst, die von landwirtschaftlichen Betrieben genutzt wird, die ihnen jedoch nicht unmittelbar gehört, d. h. Fläche, an der gemeinsame Rechte bestehen (Allmende). Nicht dazu zählen: Gemeinschaftslandflächen, die verpachtet oder unentgeltlich zur Bewirtschaftung überlassen sind. Diese gehören zu Pachtflächen bzw. als unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene Flächen und nicht zum Gemeinschaftsland.

Erhebungseinheiten

1. Erhebungseinheiten der ASE 2016 sind: Betriebe mit mindestens

- 5 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche,
- 10 Rindern,
- 50 Schweinen oder 10 Zuchtsauen,
- 20 Schafen,
- 20 Ziegen,
- 1000 Haltungsplätze für Geflügel,
- 0,5 Hektar Hopfenfläche,
- 0,5 Hektar Tabakfläche,
- 1,0 Hektar Dauerkulturfläche im Freiland,
- jeweils 0,5 Hektar Rebfläche, Baumschulfläche oder Obstfläche,
- 0,5 Hektar Gemüse- oder Erdbeerfläche im Freiland,
- 0,3 Hektar Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland,
- 0,1 Hektar Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern oder
- 0,1 Hektar Produktionsfläche für Speisepilze.

2. Betriebe mit mindestens 10 Hektar Waldfläche oder Fläche mit schnellwachsenden Baumarten.



Die Erfassungsgrenze zur Heranziehung der Betriebe nach § 91 Absatz 1a Nummer 2 AgrStatG "mit mindestens zehn Hektar Waldfläche oder Fläche mit schnellwachsenden Baumarten" bezieht sich auf beide Flächenarten. Das heißt, dass z. B. ein Betrieb mit 5 Hektar Wald und 5 Hektar Flächen mit schnellwachsenden Baumarten die o. g. Erfassungsgrenze erreicht.

Erhebungsmerkmale

Erfüllen Betriebe **mindestens eine** der vorgenannten Bedingungen, dann sind **alle** Erhebungsmerkmale des Fragebogens zur ASE 2016 anzugeben, unabhängig vom Erreichen einzelner, im Erfassungsbereich dargestellter Grenzen.

Betriebsinhaber

Inhaber/Unternehmer ist diejenige Person, für deren Rechnung und auf deren Risiko der Betrieb bewirtschaftet wird, ohne Rücksicht auf die jeweiligen individuell gestalteten Eigentumsverhältnisse (Eigentum, Pacht, Erbpacht, Nutznießung) an den Produktionsmitteln (insbesondere Boden, Vieh, Gebäude, Maschinen).

Ergänzende Bemerkungen zu vorstehenden Kriterien:

Eine Übertragung von Verantwortlichkeiten an einen Betriebsleiter entbindet den Betriebsinhaber nicht von seiner Eigenschaft als Betriebsinhaber, da er Träger des wirtschaftlichen Risikos und Nutznießer des wirtschaftlichen Erfolges bleibt.

Inhaber/Unternehmer können sein:

a) Einzelunternehmen

- Einzelperson (Ehepaar, Geschwister etc.),

b) Personengemeinschaften, -gesellschaften

- BGB-Gesellschaft, Gesellschaft bürgerlichen Rechts, nicht eingetragener Verein, Offene Handelsgesellschaft (OHG), Kommanditgesellschaft (KG) einschließlich GmbH und Co. KG einschließlich der Private Company limited by shares (Ltd.) (mit Gesellschaftsvertrag), sowie sonstige Personengemeinschaften (einschl. Erbengemeinschaft)

c) Juristische Personen des privaten Rechts

- eingetragene(r) Genossenschaft (eG) oder Verein (e.V.), Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) einschließlich der Unternehmergesellschaft (UG), Aktiengesellschaft (AG),
- Anstalt, Stiftung und andere Zweckvermögen
- sonstige juristische Personen des privaten Rechts

d) Juristische Personen des öffentlichen Rechts

- Gebietskörperschaften: Bund, Bundesland, Bezirk, Kreis, Gemeinde, Bezirks-, Kreis- oder Gemeindeverband,
- Kirche, kirchliche Anstalt oder dgl. Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts

Sonderfälle zu „Betriebsinhaber“

Sind zwei oder mehrere Personen Betriebsinhaber eines Einzelunternehmens (z. B. Ehepaare, Geschwister), so kann die am Tag der Erhebung überwiegend mit der Geschäftsführung betraute Person (bei gleichen Anteilen am Betriebsrisiko und bei nach Art und Umfang vergleichbarer Arbeitsleistung für den Betrieb) in Anlehnung an das Lebensalter im Sinne der Erhebung als Betriebsinhaber bestimmt werden. Leitet ein Betriebsinhaber mehrere landwirtschaftliche Betriebe, dann ist er im Sinne der Erhebung als Betriebsinhaber mit seiner anteiligen Arbeitsleistung für jeden Betrieb anzugeben.

Betriebsleiter/ Geschäftsführer

Der Betriebsleiter/Geschäftsführer ist diejenige Person, die den landwirtschaftlichen Betrieb leitet, also alle Aufgaben zur laufenden Steuerung des Betriebes (Planung, Entscheidung, Organisation und Kontrolle) wahrnimmt. Je Betrieb ist **nur eine Person** als Betriebsleiter/Geschäftsführer auszuweisen. In Einzelunternehmen kann es sich um den Betriebsinhaber selbst, einen Familienangehörigen oder um eine andere mit der Leitung beauftragte Person handeln, die im landwirtschaftlichen Betrieb tätig ist. Bei einem Zusammenschluss von mehreren natürlichen Personen in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder einer Personengemeinschaft oder einer Erbengemeinschaft (z. B. Betriebe mit mehreren Gesellschaftern), ist die am Tag der Erhebung überwiegend mit der Geschäftsführung betraute Person als Betriebsleiter/Geschäftsführer auszuweisen.

3. Beispielsammlung

3.1 Ermittlung des außerbetrieblichen Einkommens (Netto)

Zum außerbetrieblichen Einkommen (Netto) zählen folgende Einkommensarten:

- Nettoeinkommen aus einem **Gewerbebetrieb**, aus **selbstständiger oder freiberuflicher Erwerbstätigkeit**¹⁾²⁾:
Betriebseinnahmen abzüglich der Summe aus Betriebsausgaben, Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung und anteiliger Einkommenssteuer (entsprechend dem Anteil dieses Einkommensteiles am Gesamteinkommen),
- Nettoeinkommen aus **Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer**¹⁰⁾:
Bruttolohn oder Bruttogehaltsbezüge abzüglich der Summe aus Lohnsteuer und Beiträgen zur Sozialversicherung,
- Nettoeinkommen aus Quellen der **sozialen Sicherung**:
Gesamteinkommen aus Pension abzüglich Lohnsteuer, Renten und sonstige Bezüge ohne Abzug,
- Nettoeinkommen aus **Verpachtung oder Vermietung**¹¹⁾:
Einnahmen abzüglich der Summe aus Werbekosten (Grundsteuer, Gebäudeversicherung, Reparaturkosten, Verwaltungskosten usw.) und anteiliger Einkommenssteuer (Anteile dieses Einkommensteiles am Gesamteinkommen),
- Nettoeinkommen aus **Kapitalvermögen**:
Zins- und Dividendeneinnahmen abzüglich der Summe aus Kapitalertragssteuer, Vermögenssteuer und Abgabe zum Lastenausgleich,
- Nettoeinkommen aus **sonstigen außerbetrieblichen Quellen**:
Gewinne aus anderen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben: Betriebseinnahmen abzüglich der Summe der Betriebsausgaben.

Dem Nettoeinkommen kann - im Falle des Vorliegens von Unterlagen für die Einkommensbesteuerung - der Einkommensbetrag zu Grunde gelegt werden, der sich aus dem Bruttoeinkommen aus den Quellen außerhalb dieses Betriebes nach Abzug der Beiträge für die Sozialversicherung und die jeweils zutreffenden Personensteuern (in erster Linie Lohn- bzw. Einkommenssteuer) ergibt.

Bei Lohn- und Gehaltsempfängern kann, soweit keine genauen Unterlagen vorliegen, für die Ermittlung der Einkommenshöhe von Tarifarbeitszeiten und Tariflöhnen unter Berücksichtigung von Qualifikation, Alter und Familienstand ausgegangen werden.

¹⁰⁾ Auch Einnahmen aus vorübergehender Tätigkeit sind einzubeziehen.

¹¹⁾ Das Nettoeinkommen aus selbstständiger oder freiberuflicher Tätigkeit und aus Verpachtung und Vermietung ist, sofern eine genauere Schätzung in Anlehnung an entsprechende Unterlagen früherer Jahre nicht möglich ist, näherungsweise durch einen Abschlag von 20 % vom Bruttoeinkommen zu ermitteln.

3.2 Beispiele für verbreitet vorkommende Arten außerbetrieblichen Einkommens

Einkommen aus Gewerbebetrieb

Gewinne des Gewerbebetriebes oder der Gewerbebetriebe (Gastwirtschaft, Metzgerei o. Ä.) aus der laufenden Bewirtschaftung.

- Einnahmen größeren Umfangs aus der Tätigkeit in einem Maschinenring,
- Gewinne aus anderen gewerblichen Unternehmen,
- Gewinne aus Veräußerung oder Aufgabe von Gewerbebetrieben oder -betriebsteilen,
- Gewinne aus Veräußerung von Anteilen an gewerblichen Unternehmen.

Einkommen aus selbstständiger oder freiberuflicher Erwerbstätigkeit

Gewinne aus einer der nachstehend genannten oder ähnlichen Tätigkeiten, sofern diese selbstständig oder in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung durchgeführt wurden. In Frage kommen freie Berufe, wie z. B. Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, Architekten, Vermessungsingenieure. Gewinne bei Aufgabe einer selbstständigen oder freiberuflichen Tätigkeit.

Einkommen aus Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer

Lohn, Gehalt aus einem oder mehreren Dienstverhältnis(sen) als Arbeiter, Angestellter oder Beamter, Volontär, Auszubildender (Lehrling), nichtselbstständiger Vertreter o. Ä.

Dazu gehören auch:

Lohn- oder Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall, Lohn- oder Gehaltsnachzahlungen, 13. Monatsgehalt, Tantiemen, Leistungs- und Treueprämien, Weihnachts- oder Urlaubsgeld, Lohnausgleichszahlungen, Kurzarbeits- oder Schlechtwettergeld, Überstundengeld, Abfindungen beim Ausscheiden, Geldwert von Sachleistungen (Deputate, freie Kost und Wohnung, Essensgeldzuschuss, sonstige Zuschüsse des Arbeitgebers zu Versicherungs- oder Sparprämien).

Einkommen aus Quellen der gesetzlichen oder privaten sozialen Sicherung

Altersrente, Pension aufgrund beamtenrechtlicher Bestimmungen, Vorruhestandsgeld, Unfallrente; Leistungen für Personenschäden durch private Haftpflichtversicherungen (z. B. Kfz-Versicherungen), Landabgaberente, Renten aus dem Lastenausgleich, Kriegsopferversorgung, Arbeitslosengeld I oder II, Krankengeld, Wohngeld, Unterhaltszahlungen durch Verwandte, Kindergeld/Erziehungsgeld bzw. Elterngeld.

Einkommen aus Verpachtung und Vermietung

Pacht- oder Mieteinnahmen aus Überlassung

- unbeweglichen Vermögens (z. B. Grundstücke, Gebäude, Gebäudeteile) und Rechten (u. a. Erbbaurecht, Erbpachtrecht, Mineralgewinnungsrecht).

Hierzu zählen auch:

Einnahmen aus Campingplätzen, sofern für deren Betrieb bauliche oder sanitäre Einrichtungen geschaffen und die Flächen aus der LF ausgeschieden sind, Einnahmen aus der Verpachtung land- oder forstwirtschaftlicher Flächen des befragten Betriebes, die über das üblicherweise als „Kleinpachtungen“ bezeichnete Maß hinausgehen, Einnahmen aus der Vermietung von Hofflächen oder Scheunen u. Ä., als Lagerraum oder zum Ab- oder Unterstellen, z. B. von Wohnwagen, sofern damit die betriebliche Nutzung dieser Flächen bzw. Gebäude auf längere Dauer unterbunden ist, Einnahmen aus Zimmervermietung, sofern diese Räumlichkeiten nur in loser Verbindung zu den Gebäuden des Betriebes stehen, ohne die Grenzen der steuerlich als gewerblich bezeichneten Nutzung zu überschreiten (getrennte Gebäude, größerer Umfang der Übernachtungen) und die Zimmervermietung nicht als „Ferien auf dem Bauernhof“ zu rechnen sind.

- beweglichen Vermögens (z. B. Überlassung von lebendem und totem Inventar).

Einkommen aus Kapitalvermögen

Gewinnanteile (Dividenden), Zinsen von Sparkassen- oder Bankkonten, sonstige Bezüge aus Aktien, Kuxen, Genussscheinen, Gewinnanteile aus Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Einnahmen aus Beteiligung als stiller Gesellschafter, Zinsen aus Hypotheken und Grundschulden, Darlehen, Anleihen, Einnahmen aus Zuckerrübenaktien und Verpachtungen von Betriebsprämien.

Einkommen aus sonstigen außerbetrieblichen Quellen

Gewinne aus anderen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben einschl. etwaiger Veräußerungsgewinne.

3.3 Beispiele aus weder zum betrieblichen noch zum außerbetrieblichen Nettoeinkommen zählende Einnahmen

Zum Nettoeinkommen zählen u. a. **nicht**:

- Heirats- und Geburtsbeihilfen des Arbeitgebers,
- Schadensregulierungen durch Sach- oder Haftpflichtversicherungen (jedoch ohne Personenschadensregulierungen),
- Rückvergütungen oder Preisminderungen für Waren des privaten Bedarfs,
- Auszahlung fälliger Lebens- o. ä. Versicherungen,
- Aufgenommene Kredite oder Darlehen,
- Erbschaften,
- Lotterie oder ähnliche Gewinne,
- Aussteuerbeihilfen,
- Reisekosten-, Umzugskostenvergütungen aus öffentlichen Kassen,
- Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen,
- Beitragserstattungen seitens privat abgeschlossener Sachversicherungen,
- Erstattung privater Steuern (z. B. Einkommens-, Vermögenssteuer),
- durchlaufende Posten,
- Einnahmen aufgrund der Bestimmungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG).

4. IDEV-Systemvoraussetzungen

Nachfolgend werden einige Hinweise aus der IDEV-Online-Hilfe (siehe auch <https://www.idev.nrw.de/idev/doc/hilfe.html>) aufgeführt, die ggf. bei technischen Problemen mit der Anzeige des IDEV-Formulars, wenn beispielsweise Pop-up-Fenster nicht angezeigt werden, weiterhelfen können.

4.1 Systemvoraussetzungen

Für die optimale Darstellung des Online-Fragebogens wird die aktuelle Version eines gängigen Browsers z.B. Internet Explorer ab Version 8.0 oder Mozilla Firefox ab Version 10.0 benötigt. Bei Verwendung eines anderen Browsers und Problemen beim Senden der Meldungen wird ein Umstieg auf den Browser Mozilla Firefox empfohlen.

Um die vorhandenen Menüs verwenden zu können, muss JavaScript für den Browser aktiviert sein. Es werden keine Cookies verwendet.

Es ist möglich, dass für ein Formular Hilfsinformationen angeboten werden, die im PDF-Format vorliegen. Für das Öffnen dieser Dokumente kann ein kostenloser PDF-Betrachter/Reader (Download z. B. unter <https://acrobat.adobe.com/de/de/products/pdf-reader.html>) verwendet werden.

4.2 Kompatibilitätsansicht

Die Internet Explorer 8, 9 und 10 verfügen über eine Kompatibilitätsansicht. Diese Funktion hat Auswirkungen darauf, wie Websites angezeigt werden. Für eine fehlerfreie Darstellung der IDEV-Anwendung mit diesen Browsern muss die Kompatibilitätsansicht deaktiviert sein.

Um die Version Ihres Browsers zu überprüfen, klicken Sie auf das Fragezeichen in der Menüleiste Ihres Browsers und wählen in dem sich öffnenden Menü den Punkt **Info** aus.

So deaktivieren Sie die Kompatibilitätsansicht im Internet Explorer 8:

1. Öffnen Sie im Internet Explorer das Menü **Extras** und wählen Sie **Einstellungen der Kompatibilitätsansicht** aus.
2. Wählen Sie unter **Zur Kompatibilitätsansicht hinzugefügte Websites** den Namen der bzw. aller aufgeführten IDEV Webseiten aus.
3. Klicken Sie auf **Entfernen**.
4. Schließen Sie das Fenster. Die Kompatibilitätsansicht für IDEV ist deaktiviert.

So deaktivieren Sie die Kompatibilitätsansicht im Internet Explorer 9 und 10:

1. Klicken Sie in Internet Explorer mit der rechten Maustaste auf das Zahnrad-Symbol.
2. Wählen Sie im Kontextmenü die Option **Befehlsleiste** aus.
3. Öffnen Sie in der Befehlsleiste das Menü **Extras** und wählen Sie **Einstellungen der Kompatibilitätsansicht** aus.
4. Wählen Sie unter **Zur Kompatibilitätsansicht hinzugefügte Websites** den Namen der bzw. aller aufgeführten IDEV Webseiten aus.
5. Klicken Sie auf **Entfernen**.
6. Schließen Sie das Fenster. Die Kompatibilitätsansicht für IDEV ist deaktiviert.

4.3 POP-up-Blocker

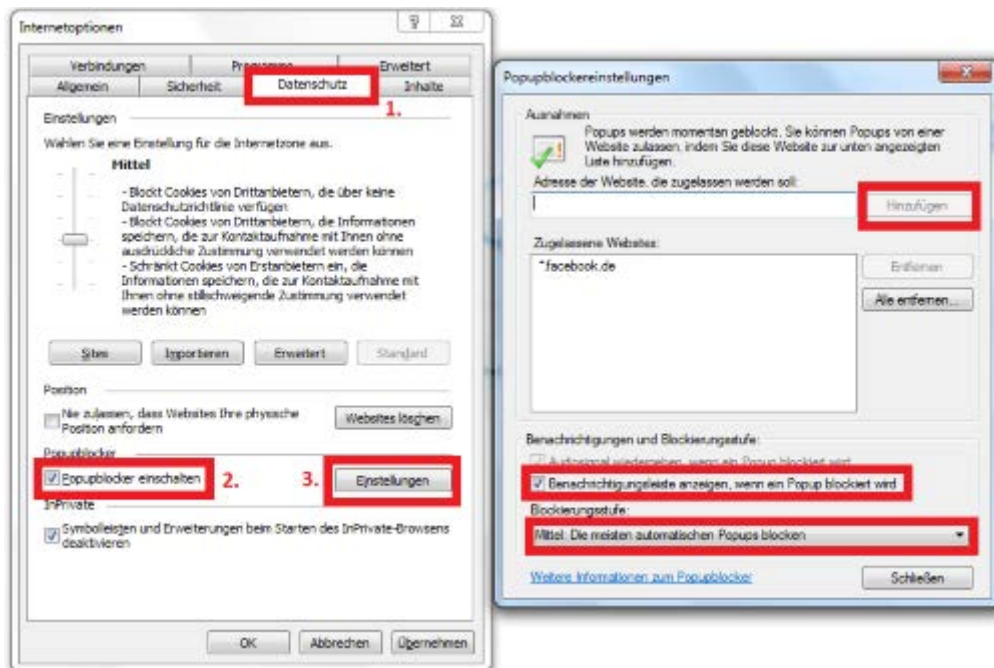
Pop-up-Blocker im Firefox Browser deaktivieren:

Der **Firefox Browser** beinhaltet Pop-up Blocker, die in der Voreinstellung alle Pop-ups blocken und daher möglicherweise Fehleranzeigefenster in IDEV blockieren. Der Pop-up-Blocker muss demnach ggf. deaktiviert werden um Pop-ups von www-idev.destatis.de zuzulassen:

1. Gehen Sie im Menü "Extras" auf "Einstellungen"
2. Wählen Sie das Tab "Inhalt"
3. Klicken Sie auf „Ausnahmen“ neben „Pop-up-Fenster blockieren“
4. Geben Sie „ www-idev.destatis.de “ in das Feld, Adresse der Website ein und klicken Sie auf „Erlauben“
5. Klicken Sie auf „Schließen“
7. Klicken Sie auf "OK"

Pop-up-Blocker im Internet Explorer deaktivieren:

- Starten Sie den Internet Explorer und klicken Sie oben rechts auf das kleine Zahnrad-Symbol.
- Wählen Sie dort den Punkt "Internetoptionen" aus.
- Es öffnet sich ein neues Fenster, in dem Sie oben auf den Reiter "Datenschutz" klicken (siehe Bild).
- Dort können Sie weiter unten den Pop-up Blocker aktivieren oder deaktivieren.
- Rechts daneben finden Sie den Button "Einstellungen". Hier können Sie nun einzelne Websites eingeben, auf denen Pop-ups trotzdem zugelassen werden sollen.
Bspw.: www-idev.destatis.de



5. Verwendung der Qualitätskennzeichen VG/GS in AGRA 2010

Hintergrund: Imputation fehlender Werte

Bei statistischen Erhebungen kann es zu Antwortausfällen kommen, wenn Auskunftspflichtige aufgrund mangelnder Kenntnis oder unzureichender Antwortmotivation auf bestimmte Fragen keine Antwort geben. Eine Möglichkeit zur Behebung dieser Antwortausfälle ist der Einsatz von „Imputationsverfahren“. Darunter versteht man Verfahren, mit denen fehlende Daten in statistischen Erhebungen vervollständigt werden, d.h. unvollständige Datensätze werden durch geschätzte Werte ergänzt. Zu den gängigen in den Ländern verwendeten Schätzverfahren, die dem Statistische Bundesamt bekannt sind, gehören:

- die Fortschreibung von Angaben,
- die Übernahme von Vorerhebungswerten,
- die Übernahme von Angaben vergleichbarer Betriebe,
- das Einsetzen von Mittelwerten (oder anderen berechneten Werten)
- das Einsetzen von Erfahrungswerten sowie
- ggf. weitere landesspezifische Schätzverfahren.

Dabei ist zu beachten, dass Imputationsverfahren nicht die sorgfältige Vorbereitung und Durchführung einer Erhebung ersetzen. **Antwortausfälle sind zunächst durch Rückfragen beim Auskunftspflichtigen und ggf. im Mahnverfahren zu vervollständigen, da auf diese Weise die bestmögliche Datenqualität und -menge erzielt werden. Imputationsverfahren sind als Hilfsinstrument für Situationen zu betrachten, in denen Rückfragen bei den Auskunftgebenden keine weiteren Erkenntnisse bringen.**

Kennzeichnung imputierter Werte oder Betriebe in AGRA 2010

Falls bei der Bearbeitung eines Betriebs in AGRA2010 eine Angabe nicht originär vom Auskunftspflichtigen stammt, sondern von dem/der Bearbeiter/in mit einem der oben genannten Schätzverfahren ermittelt wurde, ist der geschätzte Wert mit 'VG' (Verweigert und Geschätzt) als Erhebungsweg zu kennzeichnen. Dies gilt für alle Abschnitte des Fragebogens.

Die Vergabe des Erhebungswegs erfolgt über eine Schaltfläche vor dem Merkmalscode in der AGRA2010-Anwendung. Dieser sog. Toggle-Schalter bietet jeweils die zum Bearbeitungsstand möglichen Kennzeichen an. Durch Anklicken des Buttons kann der Erhebungsweg auf 'VG' oder den vorherigen Herkunftsweg (DE, DK, PB, leer, usw.) gesetzt werden. Gesetzte Kennzeichen bleiben bestehen bis sie über die Schaltfläche oder einen Datenimport geändert werden.

Auch bei Personentabellen kann der Herkunftsweg mit Hilfe des Toggle-Schalters verändert werden:

Neben der manuellen Kennzeichnung einzelner Werte ist für die ASE 2016 auch die Kennzeichnung des Erhebungswegs 'VG' für den Datenimport über die IF24-Schnittstelle vorgesehen. Dieses Verfahren ist anzuwenden, wenn ganze Betriebsdatensätze imputiert werden, d. h. wenn beispielsweise die kompletten Angaben des Betriebs aus dem Vorjahr oder von einem ähnlichen Betrieb übernommen wurden.

Die Erhebungswegkennzeichen werden reproduzierbar in der AGRA 2010-Datenbank abgespeichert. Die Auswertung der Kennzeichnung erfolgt über definierte Recherchefunktionen. Die Ergebnisse der Auswertung fließen in den Qualitätsbericht für Eurostat ein.

Kennzeichnung geschätzter Werte

Um die Datenqualität im Abschnitt „Eigentums- und Pachtverhältnisse“ besser beurteilen zu können, soll neben dem Erhebungsweg 'VG' auch die Kennzeichnung 'GS' (Geschätzt – und zwar durch den/die Auskunftgebende/n) verwendet werden, wenn Auskunftgebende angegebene Werte z. B. während einer telefonischen Rückfrage als grobe Schätzung bezeichnen.

6. Umgang mit Erhebungsteilwechslern und unvollständigen Online-Meldungen

Umgang mit Erhebungsteilwechslern


Stellt sich im Laufe der Erhebung heraus, dass ein Betrieb dem in der Vorbelegung zugeteilten Erhebungsteil nicht mehr angehört, sondern einem anderen Erhebungsteil zuzuordnen ist, so kann der Betrieb mit einer neu importierten aktualisierten Vorbelegungsdatei erneut befragt werden. Die Vergabe eines neuen Passworts ist nicht erforderlich, da sich der Betrieb mit seinem bisherigen Zugang einloggen kann.

In Agra2010 sind die Erhebungsteile F, N und S eingerichtet. Ist nun ein F-Betrieb während der Bearbeitung der Betriebe aufgrund seiner Hauptproduktionsrichtung (HPR) nicht mehr als Forstbetrieb einzustufen, muss dieser unter den Erhebungsteil S verschoben werden. Das Verschieben dieser Betriebe erfolgt ab 2016 mit einem extra Menüpunkt, der ausschließlich mit dem Recht des Verwalters ausgeführt werden darf. Der Menüpunkt ist unter „Extras“ zu finden und bietet die folgende Eingabemöglichkeit:

- Statistik _ Auswahl mittels Kombobox „ASE“.
- Berichtszeitraum _ Auswahl mittels Kombobox „201603“.
- Betriebseinheit-Nr. _ Manuelle Eingabe der 7-stelligen Betriebseinheitsnummer.



Nach der Bestätigung der Eingabe mit „OK“ wird der Betrieb, der den Erhebungsteil wechselt, im Batchjobmonitor dokumentiert.

Batchjobmonitor								
Letzte Aktualisierung des Batchjobmonitors: 16:00:56								
Filter								
Land	Erhebung	Bereich	Inhalt	JobNr.	Startzeit	Status	Benutzer	%
Statistisches Amt S...	ASE	201603	Erhebungsteil wechseln	24.400	28.10.2015 14:30:10	 Fehlerfrei	produktion...	100

Der in den Erhebungsteil S verschobene Betrieb erhält die folgenden Grunddaten:

- Erhebungsteil (C0025) = S
- Schichtnummer (C0070) = 0001
- Hochrechnungsfaktor (C0071) = 1,000

Umgang mit unvollständigen Online-Meldungen

Ist eine telefonische Abfrage der fehlenden Angaben nicht möglich, muss der Betrieb schriftlich aufgefordert werden, die fehlenden Auskünfte nochmals online zu melden. Hat der Betrieb seine Angaben lokal gespeichert, kann er sich mit dem bisherigen Passwort erneut einloggen, das Formular aufrufen und die fehlenden Merkmale komplettieren.

Wurde das Formular nicht lokal gespeichert, so muss der Betrieb den gesamten Fragenkatalog erneut melden. Es ist nicht möglich, einzelne Abschnitte getrennt vom restlichen Online-Formular separat einzublenden. Zudem ist zu beachten, dass eingegangene Daten, die eventuell schon plausibilisiert wurden, mit der neuen Meldung überschrieben werden. Daher ist zu prüfen, ob sich in diesem Fall ggf. eine telefonische Nachbefragung anbietet.

Die Funktion der serverseitigen Sicherung kann nicht zentral deaktiviert werden, sondern muss vom jeweiligen IDEV-Team in den statistischen Landesämtern in der RegDB gesetzt werden. Der Auskunftgebende hat dann nur die Möglichkeit eine Client-seitige Sicherung vorzunehmen (lokale Sicherung).